

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.



HARVARD LAW LIBRARY

Received Jan . 15, 1912

Outtentag'sche Sammlung Ar. 15. Prengischer Gefete.

Tert - Musgaben mit Unmerfungen.

Mr. 15.

Die

Areisordnungen

für ben

Preußischen Staat.

Tegt-Ausgabe mit Anmerkungen und Sachregifter

nod

O. Kolisch,

Lanbgerichts-Rath in Liffa i. Bofen, Mitglieb bes Saufes ber Abgeordneten.

Berlin.

3. Onttentag, Berlagsbuchhandlung. 1894.

Abkürzungen.

Mbab. = Abgeorbnetenhaus.

260. = Breußifche Allgemeine Gerichtsorbnung.

MRR. = Breußifches Allgemeines Lanbrecht.

BergBermo. = Bergifche Berwaltungs-Ordnung

Ber. b. Rom. b. Abgo. = Bericht ber Rommiffion bes Abgeordnetenbaufes.

Ber. b. Sh. == Bericht ber Rommiffion bes herrenhaufes.

BBBl. = Bunbesgefegblatt.

CFD. = Civil-Prozefordnung.

GB. = Ginführungegefet.

Entid. in Stoto. = Entideibungen in Staatsfteuerfachen.

GD. = Gemeinbeordnung.

86. = Befetfammlung.

BBB. = Berichteberfaffungsgefes.

588. = Deutsches Sanbelsgefegbuch.

3MBI. = Juftigminifterialblatt.

RrD. = Rreisordnung.

LGO. = Landgemeinbeorbnung.

288. = Lanbesvermaltungsgefes.

MBI. = Minifterialblatt für bie innere Berwaltung.

MR. = Minifterial-Reffript.

DB. = Minifterial-Berorbnung.

ObBInftr. = Oberpräfibial-Inftruttion,

DBG. = Oberverwaltungsgericht.

Pro. = Provinzialordnung.

RB. - Reichsgericht.

ROBI. = Reichsgefenblatt.

ROD. - Reichsgewerbeorbnung.

RetribB. = Reicheftrafgelenbuch.

StrBD. = Strafprozeforbnung.

SIRG. = Staaterechtegutachten.

Stre. = Straffachen.

Ruft. = Buftanbigfeitsgefet.

Hormort.

Auf Wunsch ber Berlagsbuchhandlung, welche bie in den Provinzen der Preußischen Monarchie geltenden Kreisordnungen in die Sammlung Preußischer Gesetze aufnehmen wollte, habe ich die vorsliegende Zusammenstellung gemacht. Dabei habe ich mich nicht blos auf die Zusammenstellung der Gesetzetze beschränkt, sondern ich habe auch alle Erlasse, Instruktionen, Ausführungs-Anweisungen, Reskripte und bergleichen, sämmtliche bezüglichen Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts und insbesondere alle einschlägigen Bestimmungen der neuen Gesetz, als des Einsommensteuergesetz, der Landgemeinde Drdnungen, des Kommunalsabgabengesetzes u. s. w. ausgenommen.

Der Kürze wegen sind die Sinweisungen auf bie einzelnen Kreisordnungen durch römische Zahlen markirt und es bebeuten

I. Kreisordnung für die Oftprovingen mit Ausnahme der Proving Posen,

II. Rreisordnung für bie Proving Bannover,

III. Rreisordnung für bie Proving Beffen-Raffau,

IV. Kreisordnung für die Proving Westfalen,

V. Kreisordnung für bie Rheinproving,

VI. Areisordnung für bie Proving Schlesmig-Solftein.

Von letzterer gelten die §§. 82, 84, 91, 92, 93 Abs. 1 und 3, 95 und 100 nach dem Gesetze vom 18. Februar 1891 (Gesetz-Samml. S. 11), betreffend die Bereinigung der Insel Gelgoland mit der Preußischen Monarchie, auch für die Wahl des von der Gemeinde Helgoland zu wählenden Kreistags-abgeordneten zwecks Theilnahme an den vom Kreistage des Kreises Süderdithmarschen zu vollziehenden Wahlen der Mitglieder des Kreisausschusses und der für Zwecke der allgemeinen Landesverwaltung angeordneten Kreiskommissionen.

Bum Schluß will ich bemerken, baß bie einzelnen Kreisorbnungen wie alle Gefete mit ber

Eingangsformel beginnen:

"Wir pp. verordnen, mit Zustimmung beiber Säufer bes Landtages ber Monarchie für bie Provinz, was folgt:"

Möge bas Büchlein Nugen schaffen!

Lissa i. P., ben 21. März 1894.

Der Verfaffer.

I. Areisordnung für die Provinzen Oft- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen.

Nom 13. Dezember 1872 19. März 1881.

(Befet Samml. 1881 S. 179.)

Erfter Titel.

Bon ben Grundlagen ber Areisverfaffung.

Erfter Abschnitt.

Non dem Amfange und der Begrenzung der Areife.

S. 1. Die Kreise bleiben in ihrer gegenwärtigen Bes grenzung als Berwaltungsbezirke bestehen.

(Lanbesberwaltungsgefet bom 30. Juli 1883 §§ 1, 3, 4, 36.) (Areisorbnung §§ 21, 76, 134 Nr. 5.)

II. Kreisordung für die Provinz Hannover. Nom 6. Mai 1884. (Geset-Samml. S. 181.)

Erfter Titel.

Bon ben Grundlagen ber Rreisverfaffung. Erfter Abidnitt.

Non dem Amfange und der Begrenzung der Areife.

S. 1. An die Stelle der bisherigen Rreife und Amis-

bezirke treten als Berwaltungsbezirke die in der Anlage A bezeichneten Kreise.

Aus denselben werden, unter Abänderung der Ziffer III ber Anlage zum Artitel 2 der Berordnung vom 14. September 1867 (Geset-Samml. S. 1482), die Wahlbezirke für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten gebildet, welche, nebst den Wahlenten und der Jahl der in sedem Bezirke zu mählenden Abgeordneten, das unter B anliegende Berzeichniß ergiebt. Die neue Abgrenzung der Wahlbezirke sindet zuerst dei der ersten, nach dem Inkrastitreten des gegenwärtigen Gesetzes ersolgenden Reuwahl des Hauses der Abgeordneten Anwendung.

III. Areisordnung für die Proving Bessen-Nassau.

Nom 7. Juni 1885. (Gefet. Samml. S. 193.)

Erfter Titel.

Bon ben Grundlagen ber Kreisverfaffung.

Erfter Abidnitt.

Non dem Amfange und der Begrenzung der Areife.

§. 1. Derselbe Wortlaut, wie bei II; nur im zweiten Absache statt Ziffer III "Ziffer I und II" und dritter Absach:

Die auf Grund ber Berordnung vom 22. Februar 1867 (Geset-Samml. S. 273) und des Allerhöchsten Erlasses vom 24. Juni 1867 (Geset-Samml. S. 1261) in dem Gebiete bes ehemaligen Herzogthums Raffau und bes Amtes Home burg, sowie in dem früheren Grobherzoglich Hessischen Areise Böhl nebst den Enklaven Simelrod und Höringhausen und dem früheren Bayerischen Bezirke Orb als engere Bermaltungsbezirke bestehenden Amtsbezirke werden ausgehoben.

IV. Kreisordnung für die Provinz Westfalen. Nom 31. Inti 1886. (Geset-Samml. S. 217.)

Erfter Titel.

Bon den Grundlagen der Kreisverfaffung.

Erfter Abfonitt.

Non dem Amfange und der Begrenzung der Areife.

S. 1. Derfelbe Wortlaut wie bei I.

V. Kreisordnung für die Rheinprovinz. Nom 30. Mai 1887. (Gefet-Samml. S. 209.)

Erfter Titel.

Bon ben Grundlagen ber Rreisverfaffung.

Erfter Abidnitt.

Hon dem Umfange und der Begrenzung der Areife.

S. 1. Die Kreise bleiben in ihrer gegenwärtigen Besgrenzung als Berwaltungsbezirke bestehen. Zeboch wird bie bisher zum Stabikreise Erier gehörig gewesene Land-

bürgermeisterei ber Bororte Erier, mit Ausnahme ber Gemeinden St. Barbara-Löwenbrüden, Maar, St. Paulin und Jurlauben, welche letztere mit dem Bezirke der Stadtsgemeinde Erier vereinigt werden, dem Landkreise Erier zugetheilt. Die in Folge hiervon nothwendig werdenden Ausseinandersetungen zwischen den betheiligten Berbänden sind auf dem im §. 3 dieses Gesets, beziehungsweise im §. 25 des Gesets über die Juständigkeit der Berwaltungsund Berwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesets-Samml. S. 237) bezeichneten Wege zu bewirken.

VI. Kreisordnung für die Proving Schleswig-Holftein.

Nom 26. Mai 1888. (Gesetz-Samml. S. 139.)

Erfter Titel.

Bon den Grundlagen der Areisverfaffung.

Erfter Abidnitt.

Hon dem Amfange und der Begrengung der Areife.

S. 1. Die Kreise bleiben in ihrer gegenwärtigen Begrenzung als Berwaltungsbezirke mit der Maßgabe besstehen, daß die Stadt Flensburg aus dem Kreise Flensburg ausscheibet und einen Stadtkreis bilbet.

§. 2. (Oftprovingen.)

Jeber Rreis bilbet nach näherer Borschrift bieses Gesetzes einen Kommunalverbanb') zur Selbstverwaltung

seiner Angelegenheiten mit ben Rechten einer Korporation.2)

- 1) Die Areise in ihrer gegenwärtigen Begrenzung, mit Bewahrung ber Gigenschaft als Berwaltungsbezirke des Staates, werden umgebildet zu vollen Kommunalverdinden behufs Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten, wie zur Erfüllung ftaatilcher Ausgaben, welche über das Eebiet der Kommunalinteressen im engeren Sinne des Wortes hinausreichen. Waren sie disher Korporationen zur Erfüllung einzelner, innerhalb bestimmter Grenzen eingeschänkter öffentlicher Zwecke, so treten sie jest in die Stellung staatisch averfannter Rommunen. (Begründung des Entwurfs. einer Kreisordnung im Kabre 1869 S. 54.)
- 9) Die Rechte ber Korporationen und zwar außere und innere Rechte find enthalten in ben 6§ 25 ff. Tit. 6 Th. II. ADR.

Die Beamten ber Rreise find unmittelbare Staatsbeamte. (\$5 68, 69 Tit. 10 Th. II. ABR.)

Korporationen und Gemeinden ftellen in den Geschäften des bürgerlichen Lebens Gine moralische Person vor (§ 81 Tit. 6 Th. II. ABR.), d. h. b. die Korporation wird als eine von den einzelnen Personen ganz verschiedene (juristische) Person singirt, welche nach Außen wie ein Unmündiger durch bestimmte vorgesette und repräsentirende Versonen vertreten wird.

Die Rreistorporation wird burch ben Rreistag (§ 115) und burch ben Kreisausschuß bertreten; ber Landrath vertritt ben Kreistag bezw. ben Kreisausschuß nach Außen.

Der Kreis kann gleich einer einzelnen Berson klagen und berklagt werben (AGO. Ah. l. Tit. 1 § 33); ber allgemeine Gerichtskand wird nach § 19 CBO. durch den Sitz bestimmt, als welcher, wenn nicht ein anderes erhellt, der Ort zellt, wo die Berwaltung geflihrt wird, das wird also der Ort zellt, wo der Bandrath die Geschäfte führt. Dieses Gericht ist auch für die Klagen zuständig, welche der Kreis gegen seine Beamten, überhaupt gegen seine Witglieder erhebt. (§ 23 CBO.) Die Zusellungen in den Krozssen erfolgen nach § 157 CBO. an den Borkeber, d. h. den Kandrath, oder wenn dersche während der gewöhnlichen Geschäfts-

funden in dem Geschäftslokale nicht angetroffen wird, oder an der Annahme verhindert ift, an einen anderen im Geschäftslokale anwesenden Beamten oder Bediensteten (§ 169 a. a. D.). Insofern die Aushebung der Folgen einer underschuldenen Bersäumnis zulässigit, wird eine Bersäumnis, welche in der Bersäumnis zulässigit, wird eine Bersäumnis, welche in der Bersäuldung eines Bersteteters, auch des Zustellungsdevollmächtigten, ihren Grund hat, als eine underschuldete nicht angesehen (§ 210 a. a. D.). Die Zuschiebung oder Zurücksiebung des Sides an den geschlichen Bersteter ist nur insoweit zulässig, als die berstetene Partel, wenn sie den Prozes in Berson führte, oder der Bertreter, wenn er selbst Vartei wäre, bieselde zusassen mitzte (§ 435 a. a. D.).

Nach § m Nr. 4 bes EG. zur EBO. bleiben bie lanbesgeseilichen Borschriften über die Zwangsvollftreckung wegen Gelbforberungen gegen den Fikkus, Gemeinde- und andere Kommunatverbände (Probinzial-, Kreis-, Amtsverbände) unberührt, insoweit nicht bingliche 3. B. hypothekarische Rechte verfolgt werben. Demnach sind die Borschriften des § 33 Sit. 35 Th. I, Anhang § 153 zu § 45 Sit. 24 Th. I und 242 zu § 33 oit. in Kraft.

§. 2. (Hannover.)

Derfelbe Wortlaut mit bem Bufate:

Der Kreiskommunalverband ist ein Wegeverband im Sinne bes §. 30 bes Hannoverschen Gesetzes über Ges meindewege und Landstraßen vom 28. Juli 1851. (Hannoversche Gesetz-Samml. S. 141.)

Die bisher bestanbenen Wegeberbänbe gehen ein und in ben Areiskommunalverbänben auf, baburch sind nicht nur leistungsfähigere Träger ber Wegelast geschaffen, sondern auch eine gleichmäßigere Berthellung der letzteren herbeigeführt.

Bezüglich ber Zwangsvollstredung wegen Gelbforberungen siehe Alg. Berf. v. 18. Juli 1881 (JWBI. S. 160).

§. 2. (Seffen : Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

Bezüglich ber Zwangsvollstredung wegen Gelbforderungen siehe Alla. Berf. v. 18, Juli 1881 (IWBI. S. 160).

S. 2. (Beffalen.)

Derselbe Wortlaut wie bei I.

S. 2. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei L

Bezüglich der Zwangsvollstreckung wegen Gelbforderungen fiehe Kheinisches Resportregt. v. 20. Inli 1818, Ges. v. 10 Vand. IV. Att. V. Art. 8, 9 Art. v. 12 Brum. Al; SchReb. 12. Ang. 1807 und 11. bis 26. Mai 1813; Berg. Berw.D. v. 15. Dez. 1808, Art. 38 st.; MRB. v. 28. Juli 1809 und 6. Febr. 1810, Art. 3, 4.

§. 2. (Schleswig - Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

Bezüglich ber Zwangsvollstreckung wegen Gelbforberungen fiehe Allg. Berf. v. 18. Juli 1881 (JWBI. S. 160).

Beranberungen ber Rreisgrenzen unb Bilbung neuer Rreife.

S. 3.1) (Oftbrobingen.)

Die Beränderung bestehender Kreisgrenzen und die Bildung neuer, sowie die Zusammenlegung mehrerer Kreise ersolgt durch Geset.2)

Der Bezirkauschuß3) beschließt über die in Folge einer solchen Beränderung nothwendig werdende Ausseinandersetung zwischen den betheiligten Kreisen, vorsbehaltlich der den letzteren gegen einander zustehenden Rage bei dem Bezirkausschuffe.

Beränberungen 1) solcher Gemeindes ober Gutsbezirksgrenzen, welche zugleich Kreisgrenzen find, sowie die Berseinigung eines Grundstückes, welches bisher einem Gemeindes ober Gutsbezirke nicht angehörte, mit einem in einem anberen Kreise belegenen Gemeindes ober Gutssbezirke, ziehen die Veränderungen der betreffenden Kreissgrenzen und, wo die Kreiss und Wahlbezirksgrenzen zussammensallen, auch die Veränderung der letzteren ohne Weiteres nach sich. •• o)

Gine jebe Beranberung ber Kreisgrenzen ift burch bas Amtsblatt bekannt zu machen.

1) Der § 3 bringt ben Grunbsat jur Geltung, baß bei Bezirtsveränderungen stets im öffentlichen Interesse junächst durch die Berwaltungsbehörben eine Festiebung im Bege des Beschlusverfahrens bezüglich der Auseinandersetzung getroffen werben soll, wobel ben Betheiligten überlassen bleibt, etwaige Streitpunkte dann im Berwaltungskreitversahren unter einander zum Auskrage zu bringen.

Dies Beschlußversahren charakterifirt sich als eine vorläufige Festjetung durch die Aufsichtsbehörde, welche bis zur etwaigen rechtskräftigen Entscheidung durch das Berwaltungsgericht maßgebend bleibt.

Den betheiligten Kreifen steht aber nicht bie Rlage gegen ben Befchluß bes Bezirksausschusses — also nicht gegen biese Behörbe, — sonbern nur gegeneinander zu.

Die Berlegung des Amissitges der Kreisberwaltung erfolgt burch Königliche Berordnung.

9 Solde Befete finb ergangen:

am 10. März 1873, betreffenb bie Theilung des Sternberger Areifes, am 27. März 1873, betreffenb die Theilung des Areifes Beuthen, am 25. März 1875, betreffenb die Theilung des Areifes Konit,

am 17. Juni 1875, betreffend die Beränberung ber Grenzen einiger Areise in ben Provinzen Preußen, Branbenburg, Schlesien und Sachlen,

am 5. Juli 1876, betreffend bie Beranberung ber Grengen einiger Rreife in ben Brovingen Breugen, Bommern, Schleften und Sachfen,

am 8. Febr. 1878, betreffend Beränberungen ber Grengen ber Probingen Preugen und Bommern, sowie einiger Areise in ben Probingen Preugen, Bommern und Sachien,

am 15. Märg 1882, betreffenb bie Beränberungen einiger Rreife in ben Brovingen Westpreußen und Branbenburg,

am 6. Juni 1887, betreffend bie Theilung von Rreifen in ben Brobingen Bofen und Weftbreußen.

am 19. Mai 1891, betreffend bie Beränderung einiger Kreise in ben Probinzen Ostpreußen, Brandenburg, Sachsen, Hannober und ber Rheinprobina.

") § 2 bes Zuftänbigkeitsgesehes vom 1. Aug. 1883: "In ben Fällen ber Beränberung ber Kreisgrenzen und ber Bildung neuer Kreise, sowie bes Ausscheibens großer Stäbte aus bem Kreisberbanbe beschießt ber Bezirksausschuß über bie Auseinanbersehung ber betbelligten Kreise, vorbehaltlich ber ben lehteren gegeneinander zustehen Klagen bei bem Bezirksausschuffe."

Die Boridrift bes gweiten Abfanes übertragt bem Begirts. ausichuffe bie Befdlugfaffung über bie infolge ber Beranberung ber Rreisarengen nothwendig merbenbe Museinanberfenung. Dem Begirts. ausschusse fieht biernach fomobl bie Beftatigung berienigen Museinanberfetjungen gu, welche im Bege ber gutlichen Bereinbarung amifchen ben betheiligten Rreifen au Stanbe tommen, wie auch bie Feftfetjung in bem Falle, bag lettere fich nicht einigen. Den betheiligten Rreifen ift überlaffen, etwa ftreitig bleibenbe Buntte burch Rlage im Bermaltungeftreitberfahren gum Mustrage gu bringen. Gegen ben Beidlug bes Begirtsausiduffes finbet eine Befdwerbe nicht ftatt. Der Befdlug hat vielmehr in Betreff ber ftreitig bleibenben Buntte ben Charafter einer porläufigen Feft. febung, welche, bis bie rechtsfraftige Enticheibung im Berwaltungsftreitverfahren erfolgt ift, maggebenb bleibt. (Cirt. bes Min. b. 3., betreffenb bie Abanberung ber Bestimmungen ber Rro. b. 26. Mara 1881, MBL 6. 69.)

- 4) Ueber die Beränderung der Gemeinde- und Sutsbezirksgrenzen, sowie über die Bereinigung von Grundstüden mit Gemeinden oder Gutsbezirken, enthält der § 2 der LGD. für die 7 östlichen Brovingen vom 3. Juli 1891 (G.S. S. 233) folgende Borschrift:
- § 2. Die gur Beit bes Infrafttretens biefes Gefetes vorhanbenen Bandgemeinden und Gutsbezirfe bleiben in ihrer bisherigen Begrengung unter ben nachfolgenben Maßgaben bestehen:

- 1) Grundstilde, welche noch keinem Gemeinbe- ober Gutsbezirke angehören, sind, sofern nicht ihre Eingemeindung in einen Stadtbezirk geeignet erscheint, nach Bernehmung der Betheiligten durch Beschluß des Arcisausschusses mit einer Landgemeinde ober einem Gutsbezirke zu vereinigen. Aus solchen Grundstüden tann, soweit dies nach ihren Umfange und ihrer Leiftungsfähigkeit angezeigt erscheint, mit Königlicher Genehmigung ein besonderer Gemeinde- oder Gutsbezirk gebildet werben.
- 2) Sanbgemeinben und Gutsbezirke, welche ihre öffentlich-rechtlichen Berpfichtungen ju erfüllen außer Stanbe finb, tonnen burch Rönigliche Berorbnung aufgelöft werben. Die Regelung ber tommunalen Berhältniffe ber Grunbftude berfelben erfolgt nach Maßgabe ber Borichiften in Rr. 1.
- 3) Lanbaemeinben und Gutsbezirte fonnen mit anberen Gemeinbe- ober Gutsbezirten nach Unborung ber betbeiligten Gemeinben und Gutsbefiger, fowie bes Rreisausichuffes mit Roniglicher Benehmigung bereinigt werben, wenn bie Betheiligten biermit einberftanben find. Wenn ein Ginberftanbnig ber Betheiligten nicht gu erzielen ift, fo ift bie Buftimmung berfelben, fofern bas öffentliche Intereffe bies erheifcht, im Beidlugberfahren burch ben Rreisausiduß au erfeten. Gegen ben auf Befdwerbe ergebenben Beidluß bes Begirtsausichuffes fieht ben Betheiligten und nach Makaabe bes § 123 bes Gefetes über bie allgemeine Lanbesbermaltung bom 30. Juli 1883 (GE. S. 195) bem Borfitenben bes Bezirtsausicuffes bie weitere Befdwerbe an ben Provingialrath gu. Grachtet ber Oberprafibent bas öffentliche Intereffe burd ben Befdluß bes Brobingialrathe für gefährbet, fo fteht bemfelben in ber gleichen Beife (§ 123 a. a. D.) bie Befdwerbe an bas Staatsminifterium offen. Der mit Gründen zu berfebenbe Beidlug bes Staatsminifteriums ift bem Oberpräfibenten behufs Ruftellung an bie Betheiligten augufertigen. Unter ben gleichen Borausfetzungen und in ber gleichen Beife tonnen Gutsbezirte in Landgemeinden und Landgemeinden in Gutsbezirte burch Röniglichen Erlag umgewanbelt werben.

Birb eine leiftungsunfühige Gemeinbe einem leiftungsfähigen Gutsbegirt gugelegt, fo bleibt letterer als folder bestehen, fofern ber Gutsbefiger bies beantragt.

- 4) Die Abtrennung einzelner Theile von einem Gemeinde- ober Gutsbezirke und beren Bereinigung mit einem anderen Gemeindeoder Gutsbezirke kann, wenn die betheligten Gemeinden und Gutsbestirke kann, wenn die betheligten Gemeinden und Gutsbestiger sowie die Bestiger der betressender Gemeinden und Gutsbestigter sowie die Bestiger der Betheligter das öffentliche Interesse
 es erheischt, durch Beschluß des Areisausschusses erfolgen. Gegen
 den auf Beschwerbe ergehenden Beschluß des Bezirksausschusses
 bei weitere Beschwerde an den Brobinzialrath, und gegen den Beschluß des Produgialraths dem Oberpräsidenten die sernere Beschluß des Produgialraths dem Oberpräsidenten bie sernere Beschwerde an das Staatsministerium nach Maßgade der Ar. 3 offen.
 Soll aus den abgetrennten Grundstüden ein neuer Gemeinde- oder
 Gutsbezirf gebildet werden, so ist die Königliche Genehmigung erorderlich.
- 5) Ein öffentliches Intereffe im Sinne ber Rr. 3 und 4 ift nur bann als vorliegenb angufeben,
- a) wenn Landgemeinben ober Gutsbegirte ihre öffentlich-recht-lichen Berpflichtungen ju erfüllen außer Stanbe finb.
- Bei Beurtheilung biefer Frage find Zuwenbungen, welche Gemeinden und Gutsbezirken bom Staate ober größeren Rommunalverbanden gufteben, nicht als bestimmend zu erachten,
- b) wenn die Zersplitterung eines Gutsbezirts ober die Bisdung bon Rolonien in einem Gutsbezirte die Abtrennung einzelner Theile befielben ober beffen Umwanblung in eine Landgemeinde oder beffen Zuschlagung zu einer ober mehreren Landgemeinden nothwendig macht.
- c) wenn in Folge örtlich verbundener Lage mehrerer Landgemeinden ober bon Gutsbegirfen oder Theilen derselben mit Landgemeinden ein erheblicher Wibersteit der kommunalen Interessen entstanden ift, bessen Ausgleichung auch durch Bildung von Berbänden im Sinne der §§ 128 ff. nicht zu erreichen ift.
- 6) Die vorftehenben Bestimmungen finden in den Fällen, in welchen es fich um die Bereinigung einer Landgemeinde ober eines Gutsbegirts mit einer Stadtgemeinde, um die Abtrennung einzelner Theile von einem Stadtbegirte und beren Bereinigung mit einem Kandgemeinder oder Gutsbegirte, fowie um die Abtrennung einzelner

Theile von einem Landgemeinde- ober Gutsbezirke und beren Bereinigung mit einem Stadtbezirke handelt, sinngemäße Anwendung mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Beschlußfassung des Kreisaussschussen nach erfordertem Gutachten des Kreistages die Beschlußfassung des Bezirksausschusses tritt.

- 7) In ben vorstehend bezeichneten, ber Königlichen Genehmigung unterliegenden Fällen ist vor deren Erwirtung der Beschluß des Kreisausschusses, des Bezirtsausschusses oder des Provinzialraths, sowie das Gutachten des Kreistages den Betheiligten mitzuthellen.
- 8) Jebe Begirtsveranberung ift burch bas Regierungsamisblatt gu veröffentlichen.
- 5) Die Beränberung von Semeinde- und Gutsbezirksgrenzen zieht ohne Welteres die Beränderung der Kreisgrenzen nach sich; wenn durch Beränderungen der Kreis- resp. Prodinzialgrenzen auch sich wenn durch Beränderungen der Kreis- resp. Prodinzialgrenzen auch eine Beränderung der Regierungsbezirke statissindet, so bedarf es zu der letzteren einer besonderen landesberrlichen Genehmigung, wie sie sonzeschrieben ist, nicht. Es genügt vielmehr, wenn bei der vorgeschriebenen Bekanntmachung der bezüglichen Grenzberänderungen durch die Amitsdiditer der gleichzeitig erfolgten Beränderung der Grenzen der Regierungsbezirke Erwähnung geschieht. (Erl. des Min. d. K. d. 3.4 iluli 1878. MBL. 1879 S. 3.)

Die Beranberung beftehenber Provinzialgrenzen erfolgt burch Gefet. (BrD. § 4 Al. 1.)

°) Für die Beuriheilung von Entschäigungsansprüchen wegen veränderter Areisgrenzen ist im Allgemeinen zu unterschelden, ob es sich um Areistheilungen und Abgrenzung größerer Distrikte bezw. um das Ausscheiden von Städten von mindestens 25 000 Seelen aus dem Areisverbande handelt, sir welche Fälle besondere Gesichtspunkte, namentlich die Erhaltung der Leisungskäbigkeit des Residerses bezw. die Sicherheit der Areisgläubiger in Betracht kommen — oder ob ein geringsügiger Areistheil abgetrennt wird, welcher nach seiner Lage und den gesammten Lebens- und Kerkeipsbeziehungen seiner Einwohner ihatsächlich bereits einem anderen Areise angehört als dem, dessen Mied er rechtlich ist. In letzterem Falle wird durch die Grenzzegulitung dem thatsächlichen Berhältnisse nur die erecht

liche Grundlage gegeben. Für einen solchen Fall hat der Minister des Innern den als Argel geltenden Grundlag ausgesprochen, daß eine im bisentlichen Interesse als nothwendiges Bedürfniß anerkannte Bezirksberänderung niemals zu einem Entschädigungsanspruche sühren könne, well das Anersenntniß der Rothwendigkeit der Beränderung auf der Boraussehung beruhe, daß das disherige rechtliche Berhältniß zwischen den betheiligten Korporationen und Grundstüden hinsichtlich der kommunalen Pflichten und Bedürfnisse ein unrichtiges war, welches eben durch die Beränderung der anderen Berhältnisse entsprechend beräcksicht werden son. (Urth. d. DBC. d. 28. Febr. 1877, Entsch Bb. II. C. 1.)

Bei ber Auseinanbersetzung bei Beränberung bestehenber Kreisgrenzen foll insbesonbere auch in Bezug auf die zur Durchführung gewährten Fonds und Beihilfen nach Billigkeit entschieden werben. (Urth. b. OBG. v. 22. Rob. 1880, Entsch. Bb. VII. S. 57.)

Ueber bie in Rolge einer Beranberung ber Grengen ber Landgemeinden und Guisbezirfe nothwendig werbenbe Auseinanderfebung amifchen ben Betheiligten befchlieft ber Rreisausiduß: foweit aber hierbei Stabtgemeinben in Betracht tommen, ber Begirfsausiduß, borbehaltlich ber ben Betheiligten gegeneinanber guftebenben Rlage im Bermaltungeftreitverfahren bei biefen Beborben. Bei biefer Auseinanberfenung find erforberlichenfalls Bestimmungen aur Musaleidung ber öffentlich-rechtlichen Intereffen ber Betheiligten au treffen. Insbesonbere tonnen einzelne Betheiligte im Berhaltnif au anberen Betheiligten, welche für gewiffe tommungle Amede bereits bon ber Bereinigung für fich allein Würforge getroffen haben, ober folde Betheiligte, welche borwiegenb Raften in bie neue Gemeinschaft bringen, ju Borausleiftungen berpflichtet merben. Much tann, wenn eine Gemeinbe ober ber Befiger eines Gutsbezirts burch Abtrennung bon Grunbftuden eine Erleichterung in öffentlich-rechtlicen Berpflichtungen erfahrt, ber Gemeinbe, welcher, ober bem Guisbegirfe, welchem iene Grunbftude einberleibt werben, ferner ber neuen Gemeinbe ober bem neuen Guisbegirfe, welche aus lenteren gebilbet werben, eine Beihilfe gu ben ihnen burch bie Begirfsberanberung erwachfenben Musgaben bis gur Sohe bes ber anberen Gemeinbe ober bem Gutsbefiger baburch entftebenben Bortheils zugebilligt werben. Im Falle ber Bereinigung von Gemeinben geht bas Bermögen berfelben auf die neugebildete Gemeinbe über. (§ 3 ber LGD. für die 7 öftlichen Provinzen v. 3. Juli 1891.)

Bon jeber bevorsiehenden Gemeinde- ober Gutsbezirksgrenzveränderung foll ben Gerichten Rachricht gegeben werben. (Cirk. b. Min. d. J. v. 2. Juli 1889, MBI. S. 127.)

Ueberschrift und §. 3. Absat 1. (Hannover.) Derselbe Wortlaut wie bei I.

Sweiter Absat: Der Bezirksausschuß beschließt über die in Folge einer solchen Beränderung nothwendig wersdende Auseinandersetzung zwischen den betheiligten Areisen, vorbehaltlich der den letzteren gegeneinander innerhald zwei Wochen zustehenden Alage dei dem Bezirksausschusse. (§. 2 des Gesetzes vom 1. August 1885 über die Justädnigkeit der Berwaltungs und Berwaltungsgerichtsbehörden. — Gesetzeamml. S. 237.)

Dritter und vierter Absats: Derselbe Mortlaut wie bei I. hier ist die Bestimmung des § 2 des Ges. v. 1. Aug. 1883 in ben Wortlaut des Gesets eingestochten worden.

Ueberschrift und §. 3. (Seffen-Raffan.) Derselbe Wortlaut wie bei II.

Ueberschrift und §. 3. Absat 1 und 2. (Westfalen.) Derselbe Wortlaut wie bei II.

Dritter Absat: Beränberungen solcher Gemeinbegrenzen, welche zugleich Kreisgrenzen sind, sowie die Bereinigung eines Grundstücken, welches bisher einem Gemeinbebezirke nicht angehörte, mit einem in einem anderen Kreise belegenen Gemeinbebezirke, ziehen die Beränderungen der

betreffenden Kreisgrenzen und, wo die Kreis und Bahlbezirksgrenzen zusammensallen, auch die Beründerung der letzteren ohne Weiteres nach sich.

Bierter Abfat wie bei II.

Gutsbegirte find bier weggelaffen, weil es in ber Proving Beftfalen folde nicht giebt.

Neberschrift und §. 3. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei II.

Heberschrift und §. 3. Abfat 1, 2, 3. (Schleswig-Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

Bierter Absat: Diese Wirkung tritt mit der ersten, nach Berkündigung des gegenwärtigen Gesetses stattsindenden Reuwahl des Hauses der Abgeordneten auch himstätlich aller Beränderungen von Kreisgrenzen ein, welche seit dem Erlasse des Gesets vom 15. Februar 1872 (Gesets-Samml. S. 158) erfolgt sind.

Fünfter Absat wie ber vierte bei II.

Rach bem Ges. v. 15. Febr. 1872 und § 2 Abs. 1 bes Ges. v. 23. Juni 1876 bildet jeber Kreis ber Brovinz einen Wahlbezirk für die Wahlen zum Abgd. mit der Ausnahme, daß die Kreise Apen-rade und Sonderburg, sowie die Kreise Hum und Eiderstadt, letztere in Verbindung mit der zum Kreise Schleswig gehörigen Stadt Friedrichstadt, zu je einem Wahlbezirke zusammengelegt find.

Mit Rudfict auf die inzwischen eingetretenen Beränderungen bon Areisgrenzen bedurfte es, um die letztern mit den Grenzen der betreffenden Bahlbegirte wieder in Uebereinstimmung zu bringen, der gefehlichen Bestimmung, daß jene Beränderungen auch für die Bablbegirtkarenzen in Bitramteit zu treten haben.

Ansicheiben ber großen Stäbte aus ben Areisverbanben.

§. 4. (Oftprovingen.)

Stäbte, welche mit Ausschluß ber aktiven Militärpersonen') eine Einwohnerzahl von minbestens 25 000 Seelen haben und gegenwärtig einem Landkreise angehören, sind befugt,2) für sich einen Kreisverband, Stadtkreis (§. 169), zu bilben und zu diesem Behuse aus dem bissherigen Kreisverbande auszuscheiben.

Auf ben Antrag ber Stadt wird bieselbe burch ben Minister bes Innern für ausgeschieben erklärt.

Durch Königliche Berordnung kann nach Anhörung bes Provinziallandtages auch Städten von geringerer Einwohnerzahl auf Grund besonderer Verhältniffe das Ausscheiben aus dem bisherigen und die Bildung eines eigenen Kreisverbandes gestattet werden.

Es ist jedoch zuvor in allen Fällen3) eine Ausseinandersetzung4) darüber zu treffen,4) welchen Antheil die ausscheibende Stadt an dem gemeinsamen Ativs und Passivermögen des bisherigen Kreises, sowie etwa an fortdauernden Leistungen zu gemeinsamen Zwecken der beiben neuen Kreise zu übernehmen bat.4)

Neber die Auseinandersetzung beschließt der Bezirksrath vorbehaltlich der den Betheiligten gegeneinander zus stehenden Klage bei dem Bezirksverwaltungsgerichte.

- 1) Nach § 38 bes Reichsmilitärgefetes vom 2. Mai 1874 gehören zu ben attiven Militärpersonen:
 - A. bie Militarperfonen bes Friebensftanbes, unb awar:
- 1) die Offiziere, Aerzie und Militärbeamten bes Friedensstandes bom Tage ihrer Anstellung bis jum Zeitpunkte ihrer Entlassung aus dem Dienste;

- 2) bie Rapitulanten vom Beginn bis zum Ablauf ober bis zur Aufbebung ber abgeschlossenen Rapitulation;
- 3) bie Freiwilligen und ausgehobenen Refruten von dem Tage, mit welchem ihre Berpflegung durch die Militärverwaltung beginnt, Einjährig-Freiwillige von dem Zeitpunkte ihrer definitiven Einftellung in einen Truppentheil an, sämmtlich dis zum Absauf des Tages ihrer Entsasjung aus dem aktiven Dienste.
- B. 1) die aus bem Beurlaubtenstande jum Dienst einberufenen Offiziere, Aerzie, Willitärbeamten und Mannichaften von dem Tage, zu welchem sie einberufen sind, bis zum Ablauf des Tages ber Wiederentlasiung:
- 2) alle in Kriegszeiten jum Geeresbienst aufgebotenen ober freiwillig eingetretenen Offiziere, Aerzte, Militarbeamten und Mannschaften, welche zu teiner ber borgenannten Kategorien gehören, von bem Tage, zu welchem sie einberufen sind, bezw. vom Zeitpunkte bes freiwilligen Gintritts an, bis zum Ablause bes Tages ber Entlassung.
- C. bie Civilbeamten ber Militarberwaltung bom Tage ihrer Anftellung bis gum Beitpunkte ihrer Entlaffung aus bem Dienfte.
- 9) Der § 4 bestimmt nur biejenigen Fälle, in welchen die Stäbte die Berechtigung haben, allein mit Justimmung des Ministers des Innern aus dem Areise auszuscheben. Auf dem anderen Wege, nämlich innerhalb des Geltungsbereiches der Ard. v. 13. Des. 1872 im Wege ber Gesetzebung, außerhalb diese Bereiches im Wege Königlicher Berordnung können auch jest schon Städte von geringerer Einwohnerzahl aus dem Areisverbande ausscheiden.
- 3) In allen Fällen, b. h. in beiben Fällen ber borberigen Abfate.
- 4) Die Auseinandersetzung muß im Falle bes § 4 bor bem Ausscheiben, im Falle bes § 3 nach ber Beränderung ber Kreisgrenze erfolgen.
- 5) Im § 4 ist auf bas bestimmteste ausgesprochen, baß bem sogenannten Restreise nicht von selbst die vorhandenen Bermögenstheile, ebenso wie die Schulben zusallen, sondern, daß dieserhalberft eine Auseinandersetzung statissinden soll.

Theilungsgrundsätze find im Gesetze nicht vorgesehen; der Gesetzeber hat sich absichtlich eines näheren Eingehens auf die zur Anwendung zu bringenden Grundsätze enthalten, damit den Behörden völlig frete Dand für eine Entscheidung nach Recht und Billigkeit gelassen der des Lebenstell nicht maßgebend. (Urth. b. DBG. v. 28, Juni 1883 Entsch. B. X. 5. 10 ff.

6) Ihrer Bestimmung gemäß find bie Chauffeen, weil fie bom Rreife und ben Brobingen au öffentlichem Gebrauche im öffentlichen Berfehrsintereffe gebaut werben, nicht Erwerbspuntte ber Rreife, belaften biefelben vielmehr mit fo hoben burch bie Unterhaltung bebingten Musgaben, bag bie Ginnahmen aus ben Rusungen weit bagegen gurudbleiben. Siernach tonnen bie Chauffeen, obwohl fie im Gigenthum ber Rreife fteben, ber Regel nach nicht als Aftibbermogen berfelben gum 3mede einer Bermogensauseinanberfetjung b. b. als Bermogensftud in Betracht tommen, beren Ruten auker ber Dedung ber Roften ihrer Unterhaltung auch noch gur Befriebigung anberer Beburfniffe ber Rreife bienen und baber bie Steuerlaft ber Rreiseingeseffenen berringern. (§§ 9 und 116 Mr. 8 RrD.) Ebensomenia fallt bie Unterhaltungelaft unter ben Begriff bes Baffibpermogens. Besteres begreift lebiglich bie Dritten gegenüber eingegangenen Berbinblichfeiten, insbefonbere alfo Rabitaliculben. einichlieklich ber rechnungsmäßig au tapitalifirenben Baffiprenten. (§. 52 Tit. 5 Th. II. NGO. und § 522 ff. Tit. 18 Th. II. NAR.)

Wo die Areischaussen auch nach dem Ausscheiben der Stadt gemeinsamen Zwecken der beiben Areise dienen, hat der Stadtkreis gemäß dem 3. Absah am Schlusse zu den Leistungen sür ihre Unterhaltung beizutragen. Die Gemeinsamkeit der Zweckbestimmung ift die Boraussehung fortbauernder Leistungen der aben Areisderbande ausscheidenden Städte zur Unterhaltung der Areisdaussen. (Urth. d. OBG. v. 27. Juni 1877, Entich. Bd. U. S. 15.)

Auseinandersetzung beim Ausscheiben einer größeren Stadt aus einem Laubtreisverdande, insbesondere in Bezug auf die Chausseunterhaltungslaft, Chaussebauschien, Ueberschüfte ber Fonds zur Durchführung ber Kreisordnung (odr. Urth. d. OBG. v. 25. Nob. 1880. Entich. Bb. VII S. 61).

Durch die Erhebung einer Stadt jum Stadtfreise erhalten die Areiskommunal-Angelegenheiten ben Charafter von ftäbtischen Kommunal-Angelegenheiten und sind solche von den ftäbtischen Kollegien nach Maßgabe der Städteordnung wahrzunehmen. (Erl. d. Min. d. 3. v. 15. Wärz 1885, M&H. S. 107.)

Scheibet gemäß § 4 ber Ard. b. 13. Dez. 1872 eine Stabt aus einem Landfreise aus, so ift berjenige Theil ber bem letteren auf Grund ber §§ 3 und 4 b. Bes. v. 30. April 1873 zur Durchsührung ber Rreisorbnung überwiesenen Summe, welcher nach bem im § 2 jenes Gesehes vorgeschriebenen Maßtabe auf die ausscheibende Stabt entsallen würbe, nach eben blesem Maßtabe auf sämmtliche Kandreis ber betreffenben Brovinz zu bertheilen und um ben hiernach auf seben Landfreis entfallenben Betrag die Dotation besselben zu erhöben.

Diese Bestimmung sindet auch auf die seit Erlaß des Ges. v. 30. April 1873 bereits ausgeschiedenen Städte Anwendung. (§ 27 des Sesetzes, betreffend die Aussührung der §§ 5 und 6 d. Ges. v. 30. April 1873 wegen der Octation der Provinzial- und Kreisberbände v. 8. Juli 1875, GS. 6. 497.)

7) Aufgehoben und erfest burch § 2 bes Buftanbigfeitsgefetes b. 1. Aug. 1883:

"In ben Fällen bes Ausscheibens großer Stäbte aus bem Areisverbande beschließt ber Bezirtsausschuß über die Auseinandersetzung ber betheiligten Areise, vorbehaltlich ber ben letzteren gegeneinander innerhalb zwei Wochen zustehenden Alage bei dem Bezirtsausschuffe."

8. 4. (Sannover.)

Derfelbe Bortlaut in ben erften 4 Abfagen wie bei I, nur hinter Stadtkreis "(§. 101)".

Fünfter Absat: Ueber bie Auseinandersetung besschieft der Bezirksausschuß vorbehaltlich der den Betheisligten gegen einander innerhalb zwei Wochen zustehenden Klage bei dem Bezirksausschusse (§. 2 des Gesets vom 1. August 1883).

Theilungsgrundsätze find im Gesetze nicht vorgesehen; der Gesetzeber hat sich absichtlich eines näheren Eingehens auf die zur Anwendung zu bringenden Grundsätze enthalten, damit den Behörden völlig freie Dand für eine Entscheidung nach Recht und Billigkeit gelassen werde. Die Bestimmungen der §§ 182 ff. Tit. 6 Th. II. UNR. sind auch eventuell nicht maßgebend. (Urth. d. OBG. v. 28, Juni 1883 Entsch. B. X. 5. 10 ff.

6) Ihrer Bestimmung gemäß find bie Chauffeen, weil fie bom Rreife und den Bropingen au öffentlichem Gebrauche im öffentlichen Bertehrsintereffe gebaut werben, nicht Erwerbspuntte ber Rreife, belaften biefelben vielmehr mit fo hoben burch bie Unterhaltung bebingten Ausgaben, bag bie Ginnahmen aus ben Rugungen weit bagegen gurudbleiben. hiernach tonnen bie Chauffeen, obwohl fie im Gigenthum ber Rreife fieben, ber Regel nach nicht als Aftibbermogen berfelben gum 3mede einer Bermogensauseinanberfetung b. h. als Bermogensftud in Betracht tommen, beren Rugen außer ber Dedung ber Roften ihrer Unterhaltung auch noch gur Befriedigung anberer Beburfniffe ber Rreife bienen und baber bie Steuerlaft ber Rreiseingeseffenen verringern. (66 9 und 116 Mr. 3 RrD.) Ebenfowenig fallt bie Unterhaltungslaft unter ben Begriff bes Baffibbermogens. Besteres begreift lediglich bie Dritten gegenüber eingegangenen Berbinblichfeiten, insbesonbere alfo Rapitaliculben, einschliehlich ber rechnungsmäßig zu tapitalifirenben Baffivrenten. (§. 52 Tit. 5 Th. II. AGO. und § 522 ff. Tit. 18 Th. II. ALR.)

Wo die Kreischaussen auch nach dem Ausscheiben der Stadt gemeinsamen Zwecken der beiden Kreise dienen, hat der Stadtsreis gemäß dem 3. Absah am Schlusse ju den Leistungen für ihre Unterhaltung beizutragen. Die Gemeinsamteit der Zweckbestimmung ist de Boraussehung fortbauernder Leistungen der aus dem Kreisderband ausscheidenden Städte zur Unterhaltung der Kreischaussen. (Urth. d. OBG. v. 27. Juni 1877, Entich. Bb. U. S. 15.)

Auseinandersehung beim Ausscheiben einer größeren Stadt aus einem Landfreisverbande, insbesondere in Bezug auf die Chausseunterhaltungslaft, Chaussebauschulden, Ueberschüffe ber Fonds zur Durchführung ber Kreisordnung (ofr. Urth. d. OBG. v. 25. Rod. 1880, Entsch. Bd. VII S. 61). Durch die Erhebung einer Stadt jum Stadtfreise erhalten die Areiskommunal-Angelegenheiten ben Charakter von ftäbtischen Kommunal-Angelegenheiten und sind solche von den ftäbtischen Kollegien nach Maßgabe der Städteorbnung wahrzunehmen. (Erl. d. Min. d. 3. v. 15. Ukärz 1885, MBL S. 107.)

Scheibet gemäß § 4 ber Ard. v. 13. Dez. 1872 eine Stabt aus einem Landbreife aus, so ift berjenige Theil ber bem letteren auf Grund ber §§ 3 und 4 b. Bef. v. 30. April 1873 zur Durchführung ber Reisordnung überwiesenen Summe, welcher nach bem im § 2 jenes Gesehes vorgeschriebenen Maßtabe auf bie ausscheibende Stabt entfallen würbe, nach eben biesem Maßtabe auf sämmtliche Kandreite ber betreffenben Brobinz zu vertheilen und um ben hiernach auf jeben Landbreis entfallenben Betrag die Dotation besselben zu erhöben.

Diefe Bestimmung sindet auch auf die seit Erlaß des Ges. v. 30. April 1873 bereits ausgeschiedenen Städte Anwendung. (§ 27 des Gesetz, betreffend die Ausssührung der §§ 5 und 6 d. Ges. v. 30. April 1873 wegen der Dotation der Prodinzial- und Kreisderbände v. 8. Juli 1875, C. C. 497.)

7) Aufgehoben und ersett burch § 2 bes Buftanbigfeitsgesets b. 1. Aug. 1883:

"In ben Fällen bes Ausscheinens großer Stabte aus bem Areisverbande beschließt ber Bezirtsausschuß über die Auseinandersetung ber betheiligten Areise, vorbehaltlich ber ben letteren gegeneinander innerhalb zwei Wochen zustehenden Alage bei bem Bezirtsausschusse."

§. 4. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut in ben erften 4 Absaten wie bei I, nur hinter Stadtkreis "(§. 101)".

Filnfter Absatz: Ueber die Auseinandersetung besschieft der Bezirksausschuß vorbehaltlich der den Betheisligten gegen einander innerhalb zwei Wochen zustehenden Klage bei dem Bezirksausschuffe (§. 2 des Gesets vom 1, August 1883).

§. 4. (Seffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei II, nur hinter Stabtfreis "(§. 102)".

§. 4. (Weftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei II, nur minbeftens 30 000 Seelen und hinter Stadtkreis "(§. 89)".

Das rapibe, eine normale Glieberung ber verschiebenen sozialen Schichten ber Bevölkerung nicht selten vermissen lassense Anwachsen ber Städte in den Industriebezirken der Proving Westfalen lätzt es angezeigt erscheinen, daß ein unbedingtes Ausscheidungsrecht der Städte erst bei einer höheren Zisser eintritt, da bei einem vorzeitigen und undoorbereiteten Ausscheiden einerseits die ersorberliche Garantie für eine nachhaltige Ersüllung der dem neuen Stadtreise obliegenden Pflichten verloren gehen und andererseits die Leisungsfähigteit des Resitreises gefährdet sein würde. Die Zahl ist daher von 25 000 auf 30 000 erhöht worden, was um so unbedenklicher, als auch bei geringerer Einwohnerzahl, falls es zwechienlich ist, das Ausscheiden der Stadt im Wege Königlicher Berordnung ersolgen kann. (Begr. S. 40.)

§. 4. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei II, nur minbeftens 40 000 Seelen und hinter Stadtkreis "(§. 89)".

40000 wurde mit Rücksicht auf das rapide und ungesunde Anwachsen einzelner Städte gewählt. Bei einer zu niedrigen Rormirung der zum Ausscheiben berechtigenden Berdlerungsziffer würde in kürzester Frist eine große Zahl von Stadtgemeinden die Berechtigung zur Bilbung eigener Stadtkreise erlangen, welche in ihren Gesamntverpältniffen noch nicht genügend befestigt sind, und die geeigneten Elemente zur Wahrnehmung der selchständigen Geschätzsführung nicht in ausreichender Weise bestigt. Andererseits würden de zurücksleibenden, als Landreise forwestehen Theile der jetzen Kreise durch das Ausscheiben der Städte in ihrer kommunalen Entwickslung gefährdet und so die Möglichkeit ihres Forwestehens in Frage gestellt. (Begr. S. 41.)

§. 4. (Schleswig-Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei II, nur hinter Stabtfreis "(g. 132)".

§. 5. (Oftprovingen.)

Privatrechtliche Berhältniffe werben burch Berunberungen ber Kreisgrenzen (§§. 3, 4) nicht berührt.

Die Bestimmung bezieht fich sowohl auf ben § 8, wie auch auf § 4, benn auch burch bas Ausscheiben einer Stabt aus bem Kreisverbanbe entsteht eine Beranberung ber Kreisgrenze.

§. 5. (Sanusver, Seffen-Raffau, Weftfalen, Rheinproving, Schleswig-Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei L.

3meiter Abicnitt.1)

Non den Areisangehörigen, ihren Rechten und Bflichten.

§. 6. (Oftprovingen.)

Angehörige bes Kreises sind, mit Ausnahme ber nicht angeseffenen servisberechtigten Militärpersonen bes aktiven Dienststandes,2) alle biejenigen, welche innerhalb bes Kreises einen Wohnsig 3) haben.

- 1) Rach § 169 RrD. finben bie Beftimmungen bes zweiten Abichnittes bes erften Titels auf Stabtfreife feine Anwenbung.
- 3) Ausgenommen von der Areisangehörigkeit find nur die servisberechtigten Mistärpersonen, soweit sie nicht im Areise angesessen sind. Besigen sie dagegen im Areise Grundeigenishum, oder betreiben sie in demselben ein stehendes Gewerbe, so ergiedt sich ihre Areisangehörigkeit als Konsequenz der sie als Grundbesiger oder Gewerbetreibende treffenden Steuerpflicht. (Begr. zur Ard.) b. 1871 S. 415.)

Den fervisberechtigten angeseffenen Militärpersonen finb insbefondere noch bas Bahlrecht, sowie die Bahlbarteit jum Areistage eingeräumt worben. Was die Uebernahme von Aemtern im Kreise betrifft, so sind hierüber bestimmte Borschriften gegeben, welche auch die angesessen Militärpersonen erfüllen müssen; treffen für sie die Bestimmungen des Gesehs nicht zu, so sind seselberteständlich nicht in der Lage, das Amt zu übernehmen. Solche besonderen Bestimmungen sind u. A. in Bezug auf die Uebernahme des Amtes eines Gutsvorstehers vorgeschrieben. Der betreffende Gutsbesitzenuß seines Gutsvorstehers vorgeschrieben. Der betreffende Gutsbesitzenuß seinen beständigen Aufenthalt im Gutsbezitze oder in dessen unmittelbarer Nähe haben. Da die aktiven Militärpersonen der Regel nach diese Bedingung nicht werden erfüllen können, so werden sie auch nicht Vorsteher eines Gutsbezitzes sein können. Anders steht es mit der Uebernahme eines Mandats zum Kreistage; es kann Jemand Mitglied des Kreistages sein, auch wenn er nicht im Kreise wohnt, sondern nur im Kreise mit Grundbesitz angesessen ist Stenze. S. 69).

Bu ben ferbisberechtigten Perfonen gehören alle Militärperfonen und alle Militärbeamten; fiehe Beilage I gu bem Gef. v. 3. Aug. 1878. (RGBL S. 243.)

Bortepee- Fahnrich gehört ju ben fervisberechtigten Berfonen. (Urth. b. DBG. b. 18. Ott. 1876, Entich. Bb. I S. 74.)

Das Gef. v. 29. Juni 1886, betreffend bie Gewerbebefteuerung ber Militärpersonen finbet nur auf Gemeinbe-, nicht auf Kreisabgaben Anwenbung.

3) "einen Wohnfig", es tann alfo Jemanb in mehreren Kreisen einen Wohnfit haben und bemgufolge auch in mehreren Kreisen treisangehörig fein.

Unter Bohnsit versieht man den Ort, an welchem Jemanb seinen wirklichen Aufenthalt in der Absicht genommen hat, diesen Ort zum dauernden Mittelpunkt feiner Birksamkeit zu machen.

Ein Reichs- ober Staatsbeamter, welcher außerhalb besjenigen Ortes und Areises wohnt, wo die Behörde. von welcher er angestellt ist, ihren Sith hat, kann in Begug auf sein Diensteinkommen nicht als Areisangehöriger des Areises seines Wohnortes im Sinne bes § 6 angesehen werden und unterliegt baber auch bezüglich seines Diensteinkommens nicht der Borschrift des § 9. (Urth. d. OBG. v. 13. Nob. 1882, Entsch. Bb. IX S. 30,

Ueberschrift und §. 6. (Hannsber, Heffen - Raffan, Weftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

Ueberschrift und §. 6. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

Alls Wohnfitz ift nach bem Gefetze, betreffend Bestimmung bes Wohnsitze im Sinne ber Rheinichen Gemeinde-Verfassungsgesetze b. 30. Juni 1884, berjenige Ort anzusehen, in welchen Jemand eine Wohnung unter Umftänden inne bat, welche auf die Absicht ber dauernden Beibehaltung einer solchen schlieben lätt.

Ueberschrift und §. 6 (Schleswig-Holftein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I.

Rechte ber Areisaugehörigen.

§. 7. (Oftprovingen.)

Die Rreisangehörigen 1) find berechtigt:2)

- zur Theilnahme an ber Berwaltung und Bertretung bes Kreises nach näherer Borschrift bieses Gesets,
- 2) zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Kreifes nach Maßgabe²) der für dieselben bestehenden Bestimmungen.
- 1) Areisangehörige find alle Menschen, welche im Areise wohnen und 21 Rabre alt find.
- ⁹⁾ Ebenso wie das Gesetz die aus der Kreisangehörigkeit folgenden Psichten seizukeilen dat, muß dasselbe auch die hieraus herzuleitenden Rechte bestimmen. Es gestattet jedoch der § 7 nicht die Schlußfolgerung, daß die darin ausgezählten Rechte nur allein dem Kreisangehörigen zustehen sollen. Eine Theilnahme an denselben kann auch den Forensen mit Kücksich auf ihre Abgadehstlicht nicht versagt werden. In welchem Maße eine solche in Beziehung auf die Bertretung des Kreises stattsinden soll, kann nur im Speziellen

bestimmt werben und ist aus den betreffenden Paragraphen des Gesetzes (§§ 83, 83, 88 ff.) zu entinehmen. Eine Thetlnahme der Forensen an der Berwaltung des Kreises verbietes sich durch ihre Abwesenheit vom Kreise in der Regel von sethst. Wie weit ihnen eine Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Kreises zusteht, ergiebt sich theils aus der Natur dieser Erscheinung, theils aus den hierilder ersassen des weiten zu der Freisenden Statuten 3. B. für eine Kreissparkasse, Kreiskrankenhaus 2c. (Begr. S. 415.)

9) Die Worte "nach Maßgabe" verfolgen ben Zweck, eine Uebereinstimmung mit ben Bestimmungen ber Pro. § 6 Ziff. 2 v. 29. Juni 1875 herbeizuführen.

Ueberschrift und §. 7. (Sannover, Heffen-Raffan, Weftfalen, Rheinprovinz, Schleswig-Holftein.) Derfelbe Bortlaut wie bei I.

Pflichten ber Kreisangehörigen.

a. Verpflichtung gur Annahme von unbefoldeten Aemtern. (Grunde der Ablehnung, Folgen einer ungerechtfertigten Ablehnung.)

§. 8. (Oftprovingen.)

Die Kreisangehörigen sind verpflichtet, unbesolbete Aemter¹) in der Berwaltung und Bertretung des Kreises zu übernehmen.²)

Bur Ablehnung ober zur früheren Rieberlegung folder Aemter berechtigen folgenbe Entschulbigungsgrünbe:

- 1) anhaltenbe Rrantheit;
- 2) Geschäfte, die eine häufige ober lange bauernbe Abwesenheit vom Wohnorte mit sich bringen;
- 3) bas Alter von 60 Jahren;
- 4) bie Bermaltung eines unmittelbaren Staatsamtes;3)

5) sonftige besonbere Berhältniffe,4) welche nach bem Ermeffen bes Kreistages eine gültige Entschulbigung begründen.

Beträgt bie Amtsbauer mehr als brei Jahre, b) fo kann bas Amt nach Ablauf von brei Jahren nieber gelegt werben.

Wer ein unbesolbetes Amt in der Berwaltung ober Bertretung des Kreises mährend der vorgeschriebenen regels mäßigen Amtsbauer versehen hat, kann die Uebernahme besselben oder eines gleichartigen) für die nächsten drei Jahre ablehnen.

Wer sich ohne einen der vorbezeichneten Entschuldigungsgründe i) weigert, ein unbesoldetes Amt in der Berwaltung oder Bertretung des Kreises zu übernehmen oder das übernommene Amt drei Jahre hindurch zu versehen, sowie derzenige, welcher sich der Berwaltung solcher Aemter trot vorhergegangener Aufsorderung Seitens des Kreissausschusses ihatsächlich entzieht, bi kann durch Beschluß des Kreistages für einen Zeitraum von drei die sechs Jahren der Ausübung seines Rechtes auf Theilnahme an der Bertretung und Berwaltung des Kreises ist siertel stärker, als die übrigen Kreisangehörigen, zu den Kreisabgaden berangezogen werden. 11)

Gegen ben Beschluß¹²) bes Kreistages findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksverwaltungss gerichte¹³) statt.

- 1) Bu ben unbefolbeten Aemtern bes Areifes werben in weiterem Sinne gerechnet:
 - a) bas Gemeinbeborfteber- und Schöffenamt;
 - b) bas Umt bes Amthauptmannes;

- c) bas Amt eines Mitgliebes bes Areistages;
- d) bas Amt eines Mitgliebes bes Kreisausschuffes ober einer Kreistommission.
 - Dazu tritt
 - e) bas Amt eines Rreisbeputirten;
 - f) bas Amt eines Mitgliebes bes Amtsausichuffes.
- 9) Das in ber Ard. vorgesehene Strafversahren wegen ungerechtertigter Ablehnung ober Rieberlegung unbesoldeter Aemter in der Bervolltung ober Bertretung des Areises findet gegen Gutsborsteher als solche keine Anwendung. (Urth. d. OBG. v. 29. März 1879, Entich. Bb. V. S. 110)
- 3) Die Uebernahme bes Manbates eines Kreistagsabgeordneten seines Staatsbeamten ist von der Erlaubnis der vorgesetzten Dienstbehörde nicht abhängig; der Beamte ist jedoch zur Anzeige verpflichtet. (MR. v. 24. Nob. 1873. MBI. 1874 S. 94.)
- 4) In ber Borlage war auch ärztliche und wundärztliche Praxis als Entschuldigungsgrund angesührt. Diese Bestimmung ift gestirichen worden, weil unter Nr. 5 als Entschuldigungsgründe sonstigen besondere Berhältnisse, welche nach dem Ermessen des Kreistages eine gültige Entschuldigung begründen, ausgestührt sind und weil daher alle diesenigen besonderen Berhältnisse, welche die ärztliche und wundärztliche Praxis mit sich führen können, berücklichtigt werden könnten, daß aber an und für sich z. B. bei einer auf die Kreisstadt beschänkten Praxis ein innerer Erund nicht zu sinden sie, weshalb man dem Arzie ein Privilegium vor den übrigen Kreistagsachgeordneten geben sollte. (Sten S. E. 1315.)
- 5) Wie 3. B. bei bem Gemeinbeborsteher, welcher auf 6 Jahre gewählt, bem Amtsborsteher, welcher auf 6 Jahre ernannt wirb.
- 6) "Gleichartigen" b. h. eines Amtes, welches benfelben Umfang an Wirksamkeit, Leistung und Zeit erforbert. Die breijährige Funktion als Stellbertreter befreit also nicht von der Uebernahme des Amtes eines Kreisausschußmitgliedes oder Amtsborstehers. (StenB. S. 1316.)
- 7) Richt bie formell mangelhafte Begründung ber Beigerung foll bestraft werben, fonbern bie saclic ungerechtfertigte, biejenige, welcher teiner ber im Gefebe anerkannten Entschulbigungsgründe

4 1

jur Seite fteht. Lebiglich bies bringen bie Worte "ohne einen ber vorbezeichneten Entschulbigungsgründe" jum Ausbruck. (Urth. b. OBG. v. 20. Jan. 1886, Entsch. Bb. XIII S. 209.)

- 8) Es find amei Falle gu unterscheiben:
- a) Es weigert sich Jemand ausbrücklich, ein Ehrenamt zu übernehmen,
- b) wenn Jemand zwar eine ausbrückliche Weigerung nicht ausfpricht, sich aber thatstäcklich ber Uebernahme entzieht, überhaubt nicht an ber Werwaltung theilnimmt. In biefem lethteren bralle sou ausbrücklich tonstatirt werden, daß die Unterlassung nicht eine bloße Folge der Behinderung ift, sondern es soll der böse Wille ausdrücklich seitgestellt werden, indem seitens des Areisausschusses an den Betreffenden die Aufforderung gerichtet wird, sich an der Berwaltung des Kreises zu betheiligen. Wenn in diesem Falle aber auch die Unterlassung der Pflicht fortbauert, so ist es gerechtseritgt, eine Strafe eintreten zu lassen. (Sten». S. 1317.)
- 9) Unter bem Rechte auf Theilnahme an ber Bertretung bes Kreifes ift nicht nur bas paffive, sonbern auch bas aktive Wahlrecht ju verfteben. (MR. v. 11. Marz 1874, MBl. S. 99.)
- 10) Der Thatbestand ber Weigerung eines Kreisangehörigen, ein unbesoldetes Amt in der Berwaltung oder Bertretung des Kreises zu übernehmen, kann erst dann als gegeben angesehen werden, wenn bereits die bestimmte Willensäußerung der zur Uebertragung des Amtes derusen. Der Antrag eines solchen, ihn nicht in die gemäß § 56 aufzustellende Borschlagsliste aufzunehmen, ist noch nicht eine nach § 8 Abs. 5 unter Strafe gestellte Weigerung. Die Strafbestimmung würde erst in Frage tommen, wenn der vom Ober-Präsilbenten zum Amtsvorseheher oder Stellvertreter Ernannte auch solcher Ernennung gegenüber die Annahme des Amtes absehnt. (Urth. d. OBG. d. 29. Junt 1888, Entsch. XII S. 6.)
- 11) Auf die Weigerung ber Annahme einer Bahl folgt die Beichlugfaffung, welche fich zugleich auf die Burbigung ber Ablehnungsgrunde und ebent. die Berfügung ber für den Fall nicht berechtigter Beigerung gefehlich borgeschriebenen Nachtheile erftrecen tann, ba

ein formelles Berfahren, welches zunächft die Mitthellung der Berwerfung ber Weigerungsgründe an den Gewählten, sodann bessen Erklärung darauf oder ebent. eine zweite Beschlünfassung über die Bestrafung der ungerechtsertigten Weigerung nicht vorgesehen ist. Die Erklärung des Interessenten in der Berufungsinstanz, die Wahl nunmehr annehmen zu wollen, kann von dem Berufungsrichter nicht berücksichtigt werden, da es sich in dem Berufungsbersahren lediglich darum handelt, od der angesochtene Strasseschung dem Gefete entspricht und für diese Frage eine spätere Sinnesänderung des Klägers ohne Bedeutung ist. (Urih. d. DBG. v. 20. Jan. 1886, Entsch. W. XIII S. 211.)

Die Rachtheile bursen über ben Zeitpunkt hinaus ausgebehnt werben, von dem ab der Betreffende durch Erreichung des Alters von 60 Jahren zur Ablehnung des Amtes berechtigt sein würde. (Urth. d. DBG. d. 20. Jan. 1886, Entsch. Bb. XIII S. 219.)

Der Areistag ist nicht zustänbig, die Folgen der unberechtigten Ablehnung eines Areisamtes über benjenigen Einwohner eines Gutsbezirks zu verhängen, der als ernanntes Mitglied der sir die Steuereinschätzung zur Staats-Einkommensteuer berufenen Kommission eines den Gutsbezirk mitumfassenden Boreinschätzungsbezirks bieses Amt ohne gesehlichen Entschuldigungsgrund ablehnt. (Urth. d. OBG. v. 30. Sept. 1892, Entsch. XXIII S. 1.)

13) Der Areisausichuß ift befugt, nur eine ber beiben Strafen gu verbangen.

Ueber die Weigerung, Gemeinbeamter zu übernehmen, beschließt bie Gemeinbevertretung und, wo eine solche nicht besteht, ber Gemeinbevorsteher. (§ 64 ber LGD. v. 3. Juli 1891.)

13) Die Brüfung bes Berwaltungsgerichts erstreckt fic barauf, ob ein entsprechenber Beschluß vom Kreistage formell gultig gesaßt worben ist. (Urth. b. OBG. v. 12. Jan. 1879, Entsch. Bb. III S. 46.)

Statt Bezirtsberwaltungsgericht jest Bezirtsausschuß. Buft. § 3.

Ueberschrift und §. 8. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, nur im letten Absatze statt Bezirksverwaltungsgericht "Bezirksausschuß", ~

Auch in der Provinz Dannover beschließt darüber, ob besondere Berhältnisse die Ablehnung des Amtes eines Gemeindevorstehers oder Beigeordneten rechtsertigen, nicht die Gemeindeversammlung, sondern die Gemeindebertretung, und da, wo eine solche nicht vorhanden ist, der Gemeindeberstand. (Urth. d. DBG. v. 15. Sept. 1888, Entsch. Bb. XVII C. 225.)

Ueberschrift und §. 8. (Seffen-Raffan.) Derfelbe Wortlaut wie bei II.

Ueberschrift und §. 8. (Weftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, nur im ersten Absate hinter bes Kreises "(§§. 31, 33, 75, 87)" und letzter neuer Absatz:

Die Verpflichtung zur Uebernahme unbesoldeter Aemter sindet auf das Shrenamt des Amtmanns und des Beisgeordneten mit der Maßgabe statt, daß als genügender Ablehnungsgrund auch die Größe des Geschäftsumsanges anzuerkennen ist, wenn derselbe nach Ermessen des Kreissausschusses die an ein Shrenamtzu stellenden Ansprüche überssteigt. Dieser Ablehnungsgrund ist innerhalb zwei Wochen nach der Bekanntmachung der Ernennung an den Betseisligten durch Klage dei dem Kreisausschuß geltend zu machen, welcher darüber endgültig entschet.

Unter den unbesolbeten Aemtern in der Verwaltung und Bertretung des Areises sind in der gleichlautenden Borschrift des § 8 der Ard. b. 13. Dez. 1872 auch das Amt des Gemeindevorstehers und des Amtsvorstehers verstanden. Da die Verpstichtung zur Uebernahme unbesoldeter Aemter in der ländlichen Gemeindebertretung durch § 78 der Landgemeinde-Ordnung sir Westfalen dom 19. März 1856 geregelt ist, und da nicht die Abslicht besteht, was die Stellung des Chrenammanns betrifft, die Uebernahme derselben obligatorisch zu machen, so erschien obligatorisch zu machen, so erschien es zweckmäßig, die

§ 8 festzustellenbe Berpflichtung auf den näher liegenden Sinn der Uebernahme von unbesolbeten Kreisämtern zu beschränken, was durch das Allegat §§ 31, 33, 75, 87 zum Ausdruck gebracht worden ist. (Begr. S. 40.)

Neberschrift und §. 8. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei II, nur hinter bes Rreifes "(§§. 31, 33, 75, 87)".

Ueberschrift und §. 8. (Schleswig - Holftein.) Derfelbe Wortlaut wie bei II.

b. Beitragspflichten ju den Areisabgaben.

§. 9. (Oftprovingen.)

Die Kreisangehörigen¹) sind verpflichtet,²) zur Besfriedigung der Bedürfnisse des Kreises Abgaben³) aufszubringen, insofern der Kreis nicht beschließt,⁴) diese Besdürfnisse aus dem Vermögen des Kreises oder aus sonstigen Einnahmen zu bestreiten (§. 116 Rr. 3).

- ') Zu ben Kreisangehörigen gehören nicht Einwohner einer Gemeinbe, welche, ohne in berselben einen Wohnstig zu haben, wegen ihres zeitigen Aufenthalts baselbst zu ben persönlichen Staatssteuern veranlagt sind. (Urth. d. DBG. v. 18. Oft. 1876, Entsch. Bd. I S. 74.)
- 9) Die Kreisabgabenpsticht richtet sich nicht banach, wo Jemanb zu ben persönlichen Staatssteuern veranlagt wird, ober wo basjenige Gericht seinen Sit hat, bei welchem die Bormunbschaft geführt wird; der Wohnsit entscheie. (Urth. b. DBG. v. 4. April 1881, Entsch. Bb. XIII S. 16.)
- 9) Die Rr.O. berpfilchtet also bie Kreisangehörigen nicht zu Raturalleiftungen für Kreiszweck; nur Abgaben son ber Kreistag beichließen können. Dies schließt nicht aus, bag nach Beichluß ber Kreisvertretung je nach Umftänben ben Kreis-Ginsassen freigeftelt werbe, die sie treffenbe Abgabenquote durch Raturalleistungen

aufzubringen. Zu einer Einschiebung bes Wortes "Leiftungen" läge tein Beburfniß vor. Es hanbelt sich hier nämlich ausschließlich um Leiftungen für Kreiszwede, und nicht auch um solche, welche für den Staat vom Kreise ober innerhalb ber Gemeinden als Gemeindelaft zu leiften wäre. Allerdings enthalten einige provinzielle Gesetz auch berartige Bestimmungen für die Kreise als solche, diese Bestimmung wird aber durch die Kreisordnung nicht alterirt. (Ber. d. S. S. 28.)

4) Die Rreistage muffen einen befonberen Beschluß faffen, wenn fie aus ben Einkunften ihres Bermögens bie Abgaben bestreiten wollen. Sie burfen aber auch, wenn Bermögen bes Kreifes vorhanden ift, die Aufbringung von Abgaben und die Ansammlung von Kreisfonds zu bestimmten Zweden beschließen. (StenB. S. 1819 ff.)

Ueberschrift und §. 9. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, nur anderes Allegat "(§. 73 Nr. 3)".

Ueberschrift und §. 9. (Seffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, nur anderes Allegat "(§. 74 Rr. 3)".

Ueberschrift und §. 9. (Weftfalen.)

Derselbe Wortlaut wie bei I, nur anderes Allegat "(§. 61 Rr. 3)".

Ueberschrift und §. 9. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, nur anderes Allegat "(§. 103 Nr. 3)".

Neberschrift und §. 9. (Schleswig-Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, nur anderes Allegat "(§. 103 Nr. 3)".

Grunbfage 1) über bie Bertheilung und Aufbringung ber Areisabgaben.

§. 10. (Oftprovingen.)

Die Bertheilung ber Kreisabgaben barf nach keinem anderen Maßstabe, als nach dem Berhältnisse der von den Kreisangehörigen zu entrichtenden direkten Staatssteuern und zwar nur durch Juschläge²) zu denselben, beziehungsweise zu den nach §§. 14 und 15 zu ermittelnden singirten Steuersätzen der Forensen, juristischen Personen 2c. erfolgen.³)

Die erste Stuse der Klassensteuer (§. 7 des Gesetzes vom 1. Mai 1851 vom 25. Mai 1873, Gesetze Samml. 1873 S. 213 ff.)°) kann von der Heranziehung zu den Kreisabgaden ganz frei gelassen oder dazu mit einem geringeren Prozentsatze, als die übrigen Stusen der Kassensteuer und die klassissiste Sinkommensteuer berangezogen werden. Bei den Bors

schriften bes §. 9a bes obenerwähnten Gesetes behalt es fein Bewenben.

- 1) Das Kreissteuerspftem ber Kreisordnung ift lediglich ein System don Zuschlagssteuern und zwar setzt sich der Kreissteuerderibeilungsmaßstab aus zwei Faktoren zusammen, aus den Krinzipalsteuersätzen, nach welchen zu verthellen ift, und aus der Duote, mit welcher dieselben daher zum Ansat kommen. Erstere ergiebt das Gesetz bezw. die auf Grund desselben (§§ 14, 15 der KrD.) ersolgende Einschätzung, lettere ftellt innerhalb gewisser, das Gesetz gezogener Grenzen der Kreistag sest. (Urth. d. DKG. d. 30. Juni 1871, Enisch Kb. II. E. 6.)
- 7) Die Kreissteuern sind in der Form von Zuschlägen zu allen direkten Staatssteuern, sei es zu den staatlicherseits veranlagten, sei es zu den von den Kreisen singtir zu veranlagenden Prinzipalsteuerschen, aufzudringen. Es steht nicht in der Wilklir des Kreistages, einzelne Steuern von Zuschlägen zu befreien. (Urth. d. OBG. v. 28. Oft. 1873, Entsch. Bd. IV. S. 60.)
- 3) Die Berbinblichkeit der Kreistagsbeschlüsse über Kreisabgaben ist nicht von der Beröffentlichung ihres Inhalts bezw. ihrer Bestätigung abhängig. (Urth. d. OBG. v. 25. Okt. 1880, Entsch. Bb. VII. S. 49.)
- Es hangt von dem Belieben des Kreifes ab, ob die Abgaben in monatlichen oder mehrmonatlichen Raten eingezogen werden sollen. Er kann auch befchlieben, daß der ganze Jahresbetrag auf einmal einzuziehen ift. (Urth. d. OBG. v. 5. Febr. 1890, Entsch. Bd. VI. S. 50.)
- Die Kreisabgaben bürfen nicht nach bem Berhältnisse bes Staatsscheuersolls eines früheren als bes betressenben (lausenben) Staatsjahres vertheilt werden. (Urth. b. OBG. v. 19. Mai 1881, Entsch. Bb. VII. 115 und Erl. bes Min. b. J. v. 16. Aug. 1880, MBC. S. 213.)
- Die Staatssteuern bes laufenben Jahres find ber Bertheilung bes Kreisadgabensolls jum Grunde ju legen, und es können mur solche Minderbeträge abgeseht werden, welche sich in dem gedachten Jahre ergeben. (Urth. d. OBG. bom 9. Ott. 1882, Entsch. Bb. IX. S. 6.)

Stimmt das Ctatsjahr des Kreises nicht mit dem Ctatsjahr des Staates überein, so sindet eine doppelte Beranlagung nach den verschiedenen Staatskeuerbeträgen staat, für den Zeitraum dom 1. Januar dis 31. März einerseits, und für den Rest des Jahres andererseits. (Urth. d. OBG. d. 19. Mai 1881, Entsch. Bd. VI S. 119).

- 4) An Stelle ber Klasse A I treten nach § 80 bes Gewerbesteuergesets vom 24. Juni 1891 die Klassen I und II; die Klasse I umfaßt diesenigen Betriebe, deren jährlicher Ertrag 50 000 Mart oder mehr, oder bei denen der Werth des Anlage- und Betriebskapitals 100 000 Mart oder mehr beträgt; die Klasse und Betriebskapitals Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 20 000 bis ausschließlich 50 000 Mart oder mit einem Anlage- und Betriebskapital im Werthe von 15 000 bis ausschließlich 100 000 Mart. (§ 6 d. Ges.)
- 3) Die Gewerbesteuer kann nach ber Borschrift bes § 10 von ber Heranziehung zu den Areisabgaben ganz frei gesassen, darf aber keinesfalls dazu mit einem höheren Prozentsatze als die Grundund Gebäubesteuer herangezogen werden. Einige Areistage haben viese Borschrift in der Art zur Anwendung gedracht, daß nur einzelne Klassen der Gewerbetreibenden von den Kreisabgaden freigesassen, die übrigen aber dazu herangezogen werden. Auch diese Bersahren kann als dem Geses entsprechend nicht erachtet werden, vielmehr sind mit Ausnahme der vom Gewerbebetriebe auf dem platten Lande ausschmenden Gewerbesteuer der Klasse Al und der Gewerbesteuer der Klasse Al und der Gewerbesteuer vom Hauftgewerbe sämmtliche Klasse der Gewerbesteuer kom Hauftgewerbe sämmtliche Klassen. D. 3. v. 10. Juni 1874 Nr. III, MBI. S. 155.)
- 9) Ebenso unzulässig erscheint es, nicht nur die bon bem Gewerbebetriebe auf dem platten Lande aufsommenden Gewerbesteuer der Alasse Al, sondern auch die übrigen Rlassen der Gewerbesteuer zu den Kreisadgaben für Berkehrsanlagen heranzuziehen, den den übrigen Kreisadgaben aber freizulassen; denn nach § 12 der Kreisordnung sind die Kreistage nur befugt, zu den Kreisadgaben für Berkehrsanlagen die Grund- und Gedäubesteuer, dowie die dem platten Lande aufsowie die dewerbebetriebe auf dem platten Lande aufsommende Gewerbesteuer der Klasse Al innerbalb der im § 10

festgesehten Grenzen mit einem höheren Prozentsabe als zu ben übrigen Areisabgaben heranzuziehen. (CirkBerf. v. 10. Juni 1874, Rr. IV MBC. S. 155.)

Der zu einer Rachforberung berechtigenbe Fall einer ganglichen liebergehung liegt vor, wenn ba, wo die Bertheilung ber Kreisabgaben nach bem Berhaltniß aller bireften Staatsfieuern zu erfolgen hatte, hierbei nur die Gewerbefteuer ber fammtlichen Gewerbetreibenden einer Gemeinbe übergangen ift. (Urth. b. OBG. b. 2, Dez. 1880, Enisch. Bb. VII S. 77.)

7) Die Heranziehung ber Eisenbahnabgabe und ber Bergwerksabgaben (Geses b. 30. Mai 1853 und v. 12. Mai 1851) zu ben Breisabgaben ift nicht zuläffig, weil jene Abgaben nicht zu ben birekten Staatskeuern, insbesonbere nicht zu den Gewerbeskeuern gerechnet werden. (Erl. b. Min. b. 3. v. 13. Juli 1874, MBI. S. 199.)

Die hunbefieuer barf als Areisftener nicht eingeführt werben (Erl. b. Min. b. 3. b. 11. Jan. 1875, MBI. S. 43.)

9) An bie Stelle biefer Bestimmungen tritt jest § 74 bes Gintommenstenergejetes vom 24. Juni 1891, welcher lautet:

Sind zu den Beiträgen und Lasten, welche kommunale und andere öffentliche (Schul-, Kirchen- u. s. w.) Berbandea) nach dem Rafsstade der Gintommensteuer aufzubringen bezw. zu vertheilen haben, Bersonen mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 Mark heranuziehen, so erfolgt deren Beranlagung auf Erund nachstehender singirter Rormalsteuersätze bei einem Jahreseinkommen:

bon mehr als bis einschließlich Sahressteuer 3/3 w.c. des ermitietten fieuerpflichtigen Einsommens dis zum Höchstbetrage von Döchstbetrage von 1,20 Mark

— Mart	420 Mart	1,20 Mart
420 "	660 "	2,40 "
660 "	900 "	4,00

Die borbezeichneten Berfonen tonnen, wenn die Dedung bes betreffenben Berbanbes ohne beren heranziehung gefichert ift, von

a) Die Gefete v. 1. Mai 1851 und 25. Mai 1873 find burch § 85 bes Gintommenfteuergefetes v. 24. Juni 1891 aufgehoben.

ber Beitragspflicht entbunden oder mit einem geringeren Prozentsate als das höhere Gintommen herangezogen werden b); ihre Freilaffung muß erfolgen, sofern fie im Wege der öffentlichen Armenvflege fortlaufende Unterftüsung erhalten.c)

Ueberschrift und §. 10. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, nur letter neuer Abfat: In Beziehung auf bie Bertheilung ber Wegeverbandslaften (§. 2) bleibt es auch fernerhin bei ben bisherigen gesetlichen Bestimmungen.

Die von den Areisabgaben handelnden Bestimmungen über die Doppelsteuerung finden keine Anwendung auf die Wegeverbandslaften in der Provinz Hannover. (Urth. d. OBC. v. 30. Sept. 1887, Entich. Bd. XV S. 177.)

Der im Laufe bes Rechnungsjahres eingetretene Fortfall ber Berbandsangehörigkeit (Wegeverband) hat zugleich die Freiheit von solchen Berbandslaften zur Folge, welche erft nach jenem Zeitpunkt zur Aussichreibung gelangt find. (Urth. b. DBG. v. 25. Febr. 1888, Entich. Bb. LVI S. 38.)

Ueberfdrift und §. 10. (Seffen - Raffan, Beftfalen, Rheinbroving, Schlesmig - Solftein.)

Derfelbe Mortlaut wie bei I.

Mit bem 1. April 1895 tritt bas Rommunalabgabengeset v. 14. Juli 1893 in Kraft, welches bestimmt:

b) Also bie Bersonen mit einem Einkommen unter 900 Mark tönnen von ber Beitragspflicht freigelassen werben, wenn bie Dedung bes Bebarfs ohne ihre Heranziehung geschert ift. Die Freilassung ober geringere Heranziehung von bezw. zu ben Gemeindeabgaben barf seboch nur unter Zustimmung bes Kreisbezw. Bezirksausschusses erfolgen.

o) Die Bersonen mit einem Einkommen unter 900 Mart muffen freigelassen werben, wenn fie im Wege ber öffentlichen Armenpflege fortlaufenbe, nicht eiwa blos einmalige, Unterftützung erhalten.

§. 91. Die bestehenden Vorschriften über die Aufbringung der Kreis- und Provinzialsteuern bleiben mit

folgenden Massgaben unberührt:

2) Bei der Vertheilung der Kreissteuerna) sind die Grund-, Gebäude- und die Gewerbesteuer der Klassen I und II b) in der Regel mit dem gleichen Betrage desjenigen Prozentsatzes heranzuziehen, mit welchem die Staatseinkommensteuer belastet wird.

Mit Genehmigung des Bezirksausschusses kann der Betrag, mit welchem die Realsteuern heranzuziehen sind, bis auf das Anderthalbfache jenes Prozentsatzes erhöht oder bis auf die Hälfte des-

selben herabgesetzt werden.c)

Die zur Ausführung der vorstehenden Bestimmungen erforderlichen Beschlüsse der Kreistage und Bezirksausschüsse können bereits innerhalbeines Jahres vor dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes gefasst werden. Mit dem bezeichneten Zeitpunkte treten Massstäbe für die Vertheilung der Kreisabgaben, welche den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht entsprechen oder die darnach erforderliche Genehmigung nicht erhalten haben, ausser Kraft.

Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln erfolgte Erhöhung oder Ermässigung der der Vertheilung von Kreis- und Provinzialsteuern zu Grunde gelegten Staatssteuersätze zieht die entsprechende Abänderung der Veranlagung zu den Kreis- beziehungsweise Provinzialsteuern nach sich.

- a) An Stelle ber entrichteten Steuer treten bann nach § 5 bes Gefetes, betreffend die Aushebung birefter Staatssteuern v. 14. Juli 1893 die veranlagten Steuern.
- b) Bu Rreissteuern werben in Jutunft auch alle Betriebe herangezogen, welche bisher ber Staatsgewerbesteuer nicht unterlegen baben, nämlich:

- 1) bie landwirthicaftlichen Brennereien,
- 2) ber Bergbau,
- 3) bie gewerbsmäßige Gewinnung von Bernstein, Ausbeutung von Torfftichen, von Sand-, Ries-, Lehm-, Mergel-, Thon- und bergleichen Gruben, von Stein-, Schiefer-, Kale-, Rreibe- und bergleichen Briden,
- 4) die Gewerbebetriebe tommunaler und anderer öffentlicher Berbande.
- 5) bie Gewerbebetriebe bes Staates und ber Reichsbant, vorausgesest, bag ber jährliche Ertrag 1500 Mart und ber Werth bes Anlage- und Betriebstapitals 3000 Mart beträgt.

Gewerbesteuergrei bleiben auch fernerhin die nach § 4 Rr. 4 bes Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 steuerfreien Gewerbetriebe der Kommunalverbände, als Sparkassen und andere Kreditinstitute, Kanalisations- und Wasserwerte, soweit sich der Betrieb auf den Bezirk der unternehmenden Gemeinde beschränkt, Schlachtbäuser und Biehhöfe, Markthallen, Bolksbäder, Pfandhäuser, sobann die Gewerbebetriebe des Reiches, der Betrieb der Staatkeisenbahnen und der der Eisenbahnabgabe unterliegenden Privateisenbahnen Kleinbahnen sind nach dem Gesch vom 28. Juli 1892, § 40, der Gewerbesteuer unterworfen —, endlich der Gewerbebetrieb im Umberziehen.

c) Zu bemerken ist, daß in Bezug auf die Rreissteuern nicht, wie bei den Gemeinbesteuern, eine Grenze für die Höchstbelaftung der Realsteuern festgesetzt ist. Während man also die Gemeinderealsteuern nach § 54 mit nicht mehr als 200 pCt. belastet wissen will, ist dei den Kreissteuern eine solche Grenze nicht bestimmt. (Stenk S. 2184.)

Auf bie Betriebsfteuer finbet biefe Beftimmung teine Un-

Rach § 93 bes Kommunalabgabengesetes sind die Kreise befugt, bas Halten von Hunden zu besteuern. Die Steuer barf jährlich 5 Mark für den Hund nicht übersteigen. Sie ist durch Steuerordnung zu regeln. Die Steuerordnung bedarf der Genehmigung bes Bezirksausschusses. Die Erhebung von Hundesteuer seitens der Freise berührt das Recht der Gemeinde zur Besteuerung der Junde nicht.

§. 11. (Oftprovingen.)

Unter Anwendung des nach diesen Grundsäten (§. 10) vom Kreistage beschloffenen Bertheilungsmaßstades wird das Kreisabgabensoll') für die einzelnen Gemeinden und selbststäden Gutsbezirke im Ganzen berechnet und denselben zur Untervertheilung 2) auf die einzelnen Steuerspsichtigen nach demselben Waßstade zur Sinziehung 4) sowie zur Abführung im Ganzen 3) an die Kreiskommunalstasse überwiesen.

Den Städten?) bleibt die Beschlufnahme darüber, wie ihre Antheile an den Kreisabgaben aufgebracht werden sollen, vorbehalten.

- 1) Der Berechnung bes Kreisabgabenfolls find gu Grunde gu legen:
- a) alle biejenigen Steuerbeträge, welche nach Ausweis ber Steuerliften von ben Einwohnern ber betreffenben Gemeinbe, bezw. bes betreffenben Gutsbezirfs zu entrichten find, jedoch mit Hinweglaffung berjenigen ganzen bezw. aliquoten Steuerbeträge, welche gemäß § 10 Abf. 3, §§ 16 u. 18 b. Ard. von ber Belaftung mit Arelsabgaben freibleiben ober als Einkommen- ober Klaffenfteuer ben fervisberechtigten Militärpersonen auferlegt find, und
- b) berjenigen Steuerbeträge, welche gemäß §§ 14 und 15 für bie Forensen, juristischen Bersonen, Kommanditgesellschaften auf Aftien, Aftiengesellschaften und Berggewerkschaften zu veranlagen sinb. (Urth. b. DBG v. 19. Sept. 1876, Entsch. Bb. I S. 70.)
- Bei der Berechnung des Kreisabgabenfolls einer Gemeinde kommt die klassisite Einkommensteuer eines zwar erst nach der Beranlagung dieser Steuer, jedoch vor Beginn des Steuerjahres aus dem Kreise verziehenden Censtien nicht noch in Ansah, insbesondere, wenn die Ueberweisung in die Steuerliste des neuen Domiziss erst später ersolgt. (Urth. d. DBG. v. 12. Okt. 1889, Entsch. BB. XX S. 20.)

Bei ber Bertheilung ber Kreisabgaben und ber hiernach anzulegenben Berechnung bes Kreisabgabensolls sind die in den §§ 16 bis 18 nachgelassens Ausnahmen zu berücksichen. (Urth. d. OBG. v. 2. Mai 1876, Entsch. Bb. I S. 31.)

- ⁹) Wenn einer Gemeinde ober einem Gutsbezirke Steuerpflichtige zu Unrecht ober mit einem zu hohen Betrage in Rechnung gestellt sind und diese auf Reklamation oder Klage Erlassung oder Minderung des Betrages erlangen, so mindert sich bemgemäß auch das Steuersoll ber Gemeinde bezw. des Gutsbezirks. Der entstehende Ausfall trisst nicht die Gemeinde bezw. den Gutsbezirk, sondern die Kreiskorporation. (Urth. d. DBG. v. 20. Dez. 1883, Entsch. Bd. X S. 4.)
- 5) Die Ausschreibung bes für die einzelnen Gemeinde- und Gutsbezirfe berechneten Kreisabgabensolls im Wege der Beröffentichung durch das sür die amtilichen Bekanntmachungen des Landraths (Kreisausschuffes) bestimmte Organ ift als ausreichende Form der Bekanntmachung (Heberolle) nur den Gemeinden und Gutsbezirken gegenüber anzuschen, nicht aber gegenüber den einzelnen beitragspflichtigen Individuen. Für leitere bedarf es der Aufftellung einer Pederolle bezw. der speziellen Mittheilung seitens der Orisbehörde. (Urth, d. DBG, d. 18. Oft. 1876, Entsch. R. 14.)
- 4) Das in ben §§ 10 bis 19 niebergelegte Shstem ber Bertheilung und Ausbringung ber Kreisabgaben ninmt seinen Ausgangspunkt von dem Prinzipe der Individualbesteuerung. Wie in dem Erkentnitisse des Oberberwaltungsgerichts dom 2. Mai 1876 ausgestührt ist, stehen die einzelnen mit ihrer Person und ihrem Eigenihum dem Kreise angehörenden Personen diesem in Betress die Unmittelbar Berpsichteten gegenüber. Die Bertheilung der Kreisabgaben nach dem gesehlich geordneten Maßtabe erfolgt daher nicht, wie biesenige der Provinzialabgaden, auf die engeren Kommunalverbände, sondern auf die einzelnen Kreisangehörigen bezw. die sonstigen Abgabepstichtigen. Dieses Shstem ist indessen nicht konsteuen durchgeführt worden, dasselbe erselbet vielmehr eine Modifisation badurch, daß nach § 11 das Kreisabgabensoll sie die einzelnen Gemeinden und selbststäden Gutsbezirke im Ganzen

berechnet und benfelben nicht nur jur Untervertheilung, sondern auch jur Einziehung und Abführung im Ganzen an die Areistommunallasse überwiesen werben soll. Damit wird berzeitsetommunallasse übernag, welcher von den Areisangehörigen der Gemeinde und Gutsbezirke zu gablen ift, den letzteren als ein selbes kontingent auferlegt, für welches sie dem Areise als solche verhaftet sind und das sie demzufolge auch in Höhe der von dem Areisaussichusse seständerungen in den Abgadepflichtigen und ohne Rücksicht auf die eintretenden Beränderungen in den Abgadepflichtigen und ohne Rücksicht auf die bei der Einziehung eintretenden Zwischefäus an die Areiskommunalkasse abzuliefern verdunden sind.

Die Individualbefteuerung bat barnach nur fur die Berangiebung gu ben Rreisabgaben und für bie Bertheilung berfelben Bebeutung. Dit Ausnahme bes im Schluffate bes § 11 gebachten Falles tonnen andere Berfonen, die an fich nicht freisabgabepflichtig finb, bon ben Gemeinben biergu nicht berangezogen werben, auch tann ble Bertheilung ber Rreisghaaben nach einem anberen als bem bon bem Rreistage feftgefesten Dagftabe nicht erfolgen, und es find bei einer Berlepung biefer Grunbfate bie Befdmerben und Ginfbrude nicht gegen bie Bemeinbe, fonbern gegen ben Rreis gu richten. Sobalb es fich aber um bie Gingiebung ber Rreisab. aaben banbelt, tommt bas Bringib ber Anbipibual-Befteuerung mit feinen Birtungen in Fortfall ; die einzelnen Abgabepflichtigen tommen bem Rreife gegenüber nicht mehr in Betracht, fonbern au ihre Stelle treten bie Gemeinben und felbitftanbigen Butsbezirte mit felbftidulbnerifder Berbaftung für ben gefammten Abagbenbetrag. welcher auf bie in ihren Begirten befindlichen Rreisangeborigen vertheilt worben ift. hieraus ergiebt fich als weitere Folge, bag bie Gemeinben bon ber Berpflichtung, bie ihnen überwiesenen Rreisabgabentontingente au geboriger Reit an bie Rreistommungl. taffe abauführen, ebenfowenig befreit bleiben tonnen, wenn bie beftellten Erbeber bie bon ihnen eingezogenen Rreisabgabenbetrage unterschlagen haben, als bies ber Rall ift, wenn und beam, soweit bie Rreisabaaben unbeitreiblich finb. In beiben Rallen baben vielmehr bie Gemeinben und felbitftanbigen Gutsbezirte ben Ausfall an beden. (Erl. b. Min. b. 3. v. 28, Aug. 1886, MBI, S. 199.)

5) Die Bebeutung bes Musbruds "im Gangen" geht lebiglich babin, bak, wie ben einzelnen Gemeinben und Gutsbezirten bie gegen bas Kreisabagbenfoll entftebenben Rugange zu Bute tommen. ibnen anbererfeits bem Rreife gegenüber auch bie Dedung ber Musfalle und Abgange obliegt. Rur eine ber Abficht ber §6 10 und 11 ber RrD. entiprechenbe Untervertheilung ber Rreisabgaben auf bie einzelnen Beitragspflichtigen innerhalb ber Rommunalbegirfe ift es erforberlich, bak ben Ortsvorftunben bas Rreisabgabenfoll unter getrennter Ungabe ber einzelnen Rategorien bes bon ben betreffenben Rommunalbezirfen aufzubringenben Staatsfteuerfolls mitgetheilt werbe. Gefchieht alsbann bie Unterbertheilung auf bie beitraaspflichtigen Staatsfteuerbetrage ber einzelnen Abgabepflichtigen nach bem für bie Bertheilung ber Rreisabaaben feftgeftellten Danftabe (6 11), fo mirb bas Staats. fteuerfoll bes Gingelnen nur mit berjenigen Rufchlagsquote getroffen, welche ber Bertheilungsmaßftab für bie Rreisabgaben feftgefest bat. (Erl. b. Min. b. R. b. 2, Rob. 1879, MBI. 1880 S. 10.)

Die Worte: "im Ganzen" im § 11 bebeuten nichts weiter, als daß die Zu- und Abgänge den Gemeinden und Gutsbezirken zur Last fallen. (Urth. d. OBG. v. 5. Febr. 1880, Entsch. Bb. VI. S. 41.)

6) Aus § 31 ist nicht zu folgern, daß ber Besitzer bes Gutes das für den Gutsbezirk berechnete Kreisabgabensoll allein zu tragen hat. (Erl. d. Min. d. J. v. 31. Jan. 1875, MBI, 1876 S. 14.)

Auf Grund ber Repartition unter die einzelnen Gemeinden und Gutsbezirte sind besondere Hebelisten für die von den einzelnen Steuerhsichtigen zu entrichtenden Abgabenbeträge auszuschlen und bekannt zu machen, wenn der § 1 bes Gesetzs über die Berjährung öffentlicher Abgaben vom 18. Juni 1840, dem zufolge Reflamationen binnen drei Monaten angebracht werden müffen, zur Anwendung kommen soll. (Urth. d. DBG. d. 18. Oft. 1876, Gutsch. Bb. I S. 76.)

Nachforberungen von Rreisabgaben im Sinne der Uebergehung einzelner Gattungen von Steuern ober einzelner Cenfiten find nur nach Maggabe der §§ 5, 6 u. 14 des Gefetes v. 18. Juni 1840 ftatthaft. (Urth. b. OBG. v. 7. Oft. und v. 9. Dez. 1878, Entich. Bb. IV S. 52 und 59.)

Die Abführung bes für die einzelnen Gemeinden und Gutsbezirke im Ganzen berechneten und benfelben zur Untervertheilung auf die einzelnen Steuerpflichtigen, sowie zur Einziehung überwiesenen Kreisabgabensolls an die Kreise ist gesetzliche Leistung der Gemeinde- und Gutsbezirke im Sinne der Zwangsetatistrung. (Urth. d. OBG. v. 14. Jan. 1888, Entsch. Bd. XVI S. 8.)

Da nach § 11 Abs. 1 bie für die Landgemeinden und selbstetändigen Gutsbezirke berechneten Antheile in jedem Falle unter Anwendung des allgemeinen Kreisabgadenmaßftades auf die einzelnen Steuerpflichtigen zu bertheilen sind, so werden die auf die letzteren nach Borschift der §§ 14 und 15 beranlagten Individualbeträge unmittelbar und mit dem Gemeindesoll festgestellt. Anders in Städten; da reicht die Wirkung des Individualsteuerschiftens nur dis zur Berechnung des der Stadt zu überweisenden Gesammtantheils. Darüber hinaus besteht keine Steuerpflicht des einzelnen Kreisangehörigen gegenüber dem Kreise, vielmehr ist die Stadt des für kraft des Gesetzs mit ihrem Gesammtantheile selbssflauldnertisch eingetreten. (Urth. d. DBG. d. 12. Sept. 1876, Smitch. Bd. I S. 62.)

Wenn eine Stabtgemeinde gemäß der ihr nach § 11 Abs. 2 zustehenden Besugniß, ihren Antheil an den Kreisabgaben nicht im Wege der Unterverthellung nach dem Kreisabgabenmaßstabe, sondern anderweitig, namentlich durch Uebernahme auf den Kämenerisonds, aufbringt, so darf ein zu solcher Stadt gehörige Kreisabgabenpflichtiger — sei er nun eine physsische ober juriftische Berson — nicht unmittelbar zu den Kreisabgaben herangesogen werden. (Urth. d. OBG. d. 17. Febr. 1879, Entsch. Bb. V S. 5.)

§. 11. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, nur andere Allegate (§. 10 Absatz 1, 2 und 3).

S. 11. (Seffen = Raffau.)

Derfelbe Wortlant wie bei I, nur andere Allegate (§. 10 Absat 1, 2 und 3).

§. 11. (Weftfalen.)

Erster Absah: Derselbe Bortlaut wie bei I, baran schließt sich als zweiter Sat:

Doch bleibt ben Gemeinden die Beschlußnahme, ihre Antheile an den Kreisabgaben in anderer Weise aufzubringen, porbehalten.

§. 11. (Rheinproving.)

Erster Sat: Derselbe Wortlaut wie bei I, nur fallen die Worte: "und selbstiständigen Gutsbezirke" sort. Ameiter Sat: wie bei IV.

§. 11. (Schleswig-Holftein.)

Erster Sat: Derselbe Wortlaut wie bei I. 3meiter Sat: Derselbe Wortlaut wie bei IV.

Beim § 11 erklärte ber Regierungs-Kommissauf Befragen, daß der Inhaber eines selbstkändigen Gutsbegirkes die auf benselben untervertheilten Rreisadgaben auf die einzelnen Abgabenpsichtigen innerhalb des Kommunalbegirks unter Anwendung des allgemeinen Kreisadgabenmaßkades zu repartiren besugt set. Anders stände es dagegen mit der Untervertheilung der Kosten der Amtsberwaltung (§ 61 a. C.), bei dieser set der Rückgriff auf die Gutsinsassen nicht zulässig, bleimehr set nach § 28 Uhs. 1 und den dort gegebenen Erläuterungen der Bestiger des Gutes der allein öffentlich-rechtlich Verystichtete. (Ber. d. Abad. C. s.)

Bom 1. April 1895 ab tommt § 91 Rr. 1 bes Kommunalabgabengefetes b. 14. Juli 1893 jur Anwenbung, welcher lautet:

Wie den Städten bleibt auch den Landgemeinden die Beschlussfassung darüber vorbehalten, in welcher Weise ihre Antheile an den Kreissteuern aufgebracht werden sollen.

Bekanntlich gilt zur Zeit nach ben bestehenden Areis- und Provinzialordnungen der Grundsatz der Individualbesteuerung, für die Provinzialabgaben der ber Kontigentirung, d. h. die Ber-

4

theilung ber Brovingialabaaben erfolgt nicht auf bie einzelnen Eingefeffenen ber Brobins, jonbern auf bie Rreife als folde: gegenüber ben einzelnen Gingeseffenen ber Brobing treten bie Brobingialabgaben als folde überhaupt nicht, fonbern nur als ein Theil ber Rreislaften in Ericeinung. Bei ben Rreisabgaben find bagegen bie einzelnen Rreisangebörigen bie eigentlich Steuerpflichtigen. Auf biefe find bie Rreissteuern nach bemfelben Dafftabe, nach welchem fie berechnet werben, bon ben Gemeinben, benen fie gur Unterbertheilung, aur Gingiebung und Abführung im Gangen überwiefen worben, unterauvertheilen. Den Stabten ift jeboch nach allen Rreisorbnungen, ben Gemeinben nur nach einigen (Befifalen. Rheinproving, Schlesmig-Solftein) bie Befdlufinahme barüber, mie ibre Untheile an ben Rreisabgaben aufgebracht werben follen, porbehalten, fo baf bort bie Rreisabgaben, wenn bie betreffenben Bemeinben befdließen, fie im Bege ber Rommunalbefteuerung aufaubringen, die Ratur bon Rommunalabgaben erlangen. lettere Befugnig will bie Borlage verallgemeinern, weil inzwifden burch bas Rommunalnothfteuergefet bie burch bie alteren Rreisorbnungen bereits für freisfteuerpflichtig ertfarten juriftifden Berfonen, Forensen u. f. w. allgemein auch in ben Lanbaemeinben fommunalfteuerpflichtig gemacht find und bamit ber Grund für bie frühere Unterideibung weggefallen ift. (Ber. b. Abab. S. 113.)

Feftftellung bes Rreisabgaben-Bertheilungsmaßstabes.

§. 12. (Oftprovingen.)

Der Raßstab, nach welchem die Kreisabgaben zu vertheilen sind, ist sür jeden Kreis dis zum 30. Juni 1874 ein sür alle Mal sestzustellen und bemnächt unverändert zur Anwendung zu bringen. 1) Der Kreistag 2) ist jedoch befugt, hierbei zu den Kreisabgaben sür Berkehrsanlagen die Grunds und Gedäubesteuer, sowie die von dem Gewerbesbetriebe auf dem platten Lande aussommende Gewerbessteuer der Klasse. AI innerhalb der im §. 10 sestgesten

Grenzen³) mit einem höheren Prozentsate als zu ben übrigen Kreisabgaben heranzuziehen, beziehungsweise nach Maßgabe bes §. 10 Absat 3 die erste Stuse der Klassenstieuer von der Heranziehung zu diesen Kreisabgaben ganz frei zu lassen oder dazu mit einem geringeren Prozentsate heranzuziehen.⁴)

Rommt ein gültiger Kreistagsbeschluß über ben Bertheilungsmaßstab innerhalb ber festgesetzten Zeit nicht zu Stande, so werden bis zur Herbeiführung bieses Beschluffes die Kreisabgaben auf die sämmtlichen birekten Staatsfteuern, mit Ausschluß ber Hausirgewerbesteuer, nach Maßgabe des §. 10 Absat 1 gleichmäßig vertheilt.

Der Kreistag kann ben festgestellten Maßstab von fünf zu fünf Jahren einer Revision unterziehen.

Wo gegenwärtig mit Königlicher Genehmigung zu bestimmten Zwecken Kreisabgaben nach besonderer Beretheilungsart erhoben werden, behält es dabei bis zum 31. Dezember 1875 sein Bewenden, sosern nicht der Kreistag schon in der Zwischenzeit auch hiersür den Nebergang zu dem, nach dem gegenwärtigen Gesetze fesigestellten Mahstabe für die Bertheilung der Kreisabgaben beschließt. Bom 1. Zanuar 1876 ab tritt der nach diesem Gesetze seitzustellende Mahstab (Absab 1 und 2) auch für die beseichneten Abgaben von selbst in Kraft.

1) Während für die erstmalige Feststellung des Vertheilungsmaßstades die absolute Stimmenmehrheit genügt, ist sin jede spätere Beränderung des Maßstades (worunter jedoch der Fall des § 13 nicht zu begreisen), eine Stimmenmehrheit von zwei Drittel erforderlich. Die Förmlichkeiten des § 119 sind zu beachten. (Erl. d. With. d. J. v. 13. April 1874, MBI. S. 104.)

- ²) Die in Betreff bes Bertheilungsmaßstabes gefaßten Befchluffe bes Kreistages unterliegen nicht ber Bestätigung burch die Regierung: dieselbe ist aber nach §§ 177 bis 178 als Aufsichtsbehörde berufen, die Ausschürung von Beschlüssen zu untersagen, welche die Besugnisse Kreistage überschreiten ober die Geses, namentlich auch den § 10 verlehen. (Erl. d. Min. d. J. d. 4. März 1874, MB. (S. 104.)
 - 3) cfr. bie Anmertungen gu § 10.
- 4) Es ift julaffig, nicht nur bie auf bem platten Lande auftommenbe Gewerbesteuer ber Rlaffe A I, sonbern auch bie übrigen Rlaffen ber Gewerbesteuer zu ben Rreisabgaben für Bertehrsanlagen heranzuziehen, bon ben übrigen Rreisabgaben aber freizulaffen.

Ueberschrift und §. 12. (Sannover, Seffen-Raffan, Weinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, nur der Anfang anders: Der Maßstab, nach welchem die Kreisabgaben zu verstheilen find, ift für jeden Kreis innerhalb 18 Monaten, nachdem dies Geses in Kraft getreten sein wird u. s. w. Der leste Absat fällt fort.

Ueberschrift biefelbe wie bei I.

§. 12. (Schleswig-Solftein.)

Der Maßstab, nach welchem die Kreisabgaben zu verstheilen sind, ift für jeden Kreis innerhalb 18 Monaten, nachdem dieses Gesetz in Kraft getreten sein wird, u. s. w. Derselbe Wortlaut wie bei I.

Letter Absat: Wo gegenwärtig mit ministerieller Genehmigung zu bestimmten Zweden Kreisabgaben nach besonberer Vertheilungsart erhoben werben, behält es babei bis zum 31. März 1892 sein Bewenben, sofern nicht ber Rreistag schon in der Zwischenzeit auch hierfür den Uebergang zu dem nach dem gegenwärtigen Gesetze sestgeleuten Maßstabe für die Bertheilung der Kreisabgaben beschließt. Bom 1. April 1892 ab tritt der nach diesem Gesetze sestgeleunden Waßstab (Absatz 1 und 2) auch für die bezeichen neten Abgaben von selbst in Kraft.

Bom 1. April 1895 ab, tritt § 91 bes Kommunalabgabengesets. v. 14. Juli 1893 in Kraft, fiehe die Anmertung bet § 10.

Bufchläge gur Ergangungsftener find nach § 36 biefes Befetes unguläffig.

Mehr: ober Minberbelaftung einzelner Rreistheile.

§. 13. (Oftprovingen.)

Sofern es sich um Kreiseinrichtungen ') hanbelt, welche in besonders hervorragendem oder in besonders geringem Maße einzelnen Kreistheilen zu Gute kommen, kann der Kreistag beschließen,2) für die Kreisangehörigen dieser Kreistheile eine nach Quoten der Kreisabgaben zu bemessende Wehre.3) oder Minderbelastung eintreten zu lassen.4) Die Wehrbelastung.5 kann nach Maßgabe der Beschlisse des Kreistages.4) durch Katuralleistungen?) erssetzt werden.

1) Der Ausbrud "Areiseinrichtung" ift auch auf folche Fälle zu beziehen, wo ber Areis eine Anlage ober eine Anhalt nicht felbst ins Leben ruft, sonbern nur das Unternehmen eines Anberen durch seine Betheiligung ober Unterftühung förbert. (Urth. d. OBC. v. 11. Mai 1885. Entich. 3d. NII, S. 27.)

Der § 13 hat nicht blos Einrichtungen im Auge, welche erft fünftig auf bem Kreistage beschlossen werben, sondern auch solche, welche schon vorhanden sind. (Urth. b. OBG. v. 25. Okt. 1880, Entsch. Bb. VII S. 27.) 3) Grunbfäge, nach welchen bas Raß ber einzelnen Theilen aus ber betreffenben Kreiseinrichtung erwachsenben Bortheile bemeffen werben soll, find im Gefetz nicht vorgesehen, bielmehr ift die Ermittelung und Feststellung angemessener Abstufungen dem pflichtmäßigen Ermessen ber Rreisvertretung überlassen. (Urth. b. DBG. b. 23. Mai 1879, Entsch. Bb. V C. 56.)

Die im § 13 ber Ard. ben Areistagen beigelegte Befugniß, für bestimmte Areiseinrichtungen Mehr- ober Minberbelastungen bet der Bertheilung der Areisabgaben eintreten zu lassen, ist eine neschädigte, sondern an die Boraussetzung gebunden, daß die in Frage kommenden Areiseinrichtungen der betheligten Areise einen besonders hervorragenden oder besonders geringen Bortheil gewähren. Es darf daher im Falle einer Mehrbelastung die aufgruerlegende höhere Quote von Areisabgaben nicht in willstürlicher Weise seise sessen, die ist vielmehr berartig zu bemessen, daß die zu leistenden höheren Beiträge in einem angemessenn Berhältnisse zu den höheren Bortheilen steinen angemessenn Berkütnisse zu den höheren Bortheilen steinen angemessen Berkütnisse zu den höheren Bortheilen steinen angemessen Berkütnisse zu den höheren Bortheilen steinen aus der fraglichen Einrichtung erwachsen werden. (Erl. d. Min. d. 3. v. 3. Rod. 1885 MBL. Nr. 245, und d. 27. April 1891, WBL. S. 62.)

- 3) Die Mehrbelastung ist allen Kreisangehörigen ber betreffenden Kreistheile und zwar unter Zugrundelegung des Maßtades der Bertheilung der für die fragliche Kreiseinrichtung aufzuderingenden Kreisabgaden (als Zuschlagsquote zur letzteren) aufzuerlegen. Die Mehrbelastung einzelner Klassen dom Kreisangehörigen, sowie die dom Kreisadgadenmaßstade abweichende prinzipale Heranziehung einzelner Gatungen der direkten Staatssteuern ist unzulässig. (Erl. d. Min. d. J. d. 31. Okt. 1873, MBC. S. 332, und Sirk v. 1. Rod. 1879, MBC. 1880 S. 11.)
- 4) Durch bie nunmehrige Fassung biese Paragraphen (Einschaltung ber Worte "ber Kreisabgaben" hinter bem Worte "Quoten") ift ber eigentiliche Sinn bes Geleges zum klaren Ausdrucke gebracht. Darnach barf bie Mehr- ober Minberbelastung ber Kreisangehörigen einzelner Kreistheile nur in Form von Quoten ber für die betreffenbe Kreiseinrichtung ausgubringenben Kreisabgaben, nicht aber

nach Quoten bes Koftenbebarfs erfolgen. (Cirk. b. Min. b. J. v. 26. März 1881, MBl. S. 69.)

Die Auferlegung einer berartigen Pracipualquote (20, 25, 30 n. f. w. pCt.) ber für die betreffenbe Einrichtung aufzubringenben Kreisabgaben tann fich beziehen:

- a) auf die Aufbringung ber herftellungstoften (Reubautoften bon Chauseen),
- b) falls ber Areis bie Aufnahme einer Anleihe zur Dedung biefer Koften beschließt, auf bie zur Berzinfung und Tilgung erforberlichen Mittel,
- c) auf die Kosten der Unterhaltung der Anlagen. (Cirt. d. Min. d. J. bom 1. Rob. 1879, MBl. 1880, S. 11.)

Der Beschluß des Kreistages ift nicht gebilligt, weil die Mehrbelastung nach Quoten sämmtlicher Kreisabgaben und nicht nach Quoten bersenigen Abgaben berechnet werden soll, welche auf die Kosten des Baues und der Unterhaltung fallen. (Erl. d. Min. d. J. v. 19. Febr. und 11. Aug. 1875, MBI. S. 78 und 211. Erl. d. Min. d. J. d. H. d. B. B. B. 26. März 1888, MBI. S. 101. Erl. d. Min. d. J. v. 27. April 1891, MBI. S. 62.)

Nach § 13 ber Krd. muß eine Mehr- ober Minberbelastung ber Angehörigen solcher Kreistihelle, weichen eine Kreiseinrichtung in besonbers hervorragendem ober in besonders geringem Maße zu Gute kommt, nach Quoten der Kreisabgaben bemessen werden. In Berbindung mit den sonstituten Borschriften der Krd. über die Kreisdesteurung ergiebt sich hieraus nicht nur, daß bei der Mehrbelastung berseinige Waßstad Anwendung sinden muß, nach welchem die Berthellung der für die betressende Einrichtung von dem gesammten Kreise auszubringenden Abgaben stattsindet, sondern daß auch die Mehrbelastung nur als ein sehre und underdinderlicher Zuschlag zu diesen Leisteren Abgaben auferlegt werden kann.

Eine Mehrbelastung in ber Weife, baß einem Kreistheile quantitativ feststehende Beträge auferlegt werben, ist daher ausgeschlossen, ba in diesem Falle, entgegen den Borschriften des § 13, bei einer über die Dauer eines Jahres hinausgehenden Mehrbelastung die Rehrbelastungsbeträge sich den allährlich in mehr ober minder großem Umfange eintretenden Beränderungen in den

der Beriheilung zu Grunde liegenden Staatssteuern nicht anschließen somen und bemnach auch die Rehrbelastungsquote nicht undersändert bleibt, sondern nach Bewandtniß der Umstände sich entweder erhöht oder ermäßigt. Dieselben Grundstätz gelten, wenn innerhölb eines mehr zu belastenden Areistheiles verschiedene Abstumgen gemacht werden, da eine solche Mehrbelastung in der Form, nicht aber dem Wesen nach von sonstigen Mehrbelastungen verschieden ist. Auch in diesem Falle darf daher die Mehrbelastungen berschlaßt als quantitativ sesstenen Betrag auferlagt werden, sei es, daß die Auferlegung direft erfolgt, set es, daß zwar zunächst sie den gesammten mehr zu belastenden Areistheil eine Zuschlagen quote ermittelt, letztere demmächt aber nach ein sur allemal sehenden Anthellen auf die zu dem mehr zu belastenden Areistheile gehörigen Gemeinden und Eutsbezirke weiter vertheilt wird.

Bei ber Ausmeffung ber Höhe ber Mehrbelastungsquote ist berjenige Betrag zu ermitteln und bezw. zu Grunde zu legen, welcher in der Mehrbelastung Deckung sinden soll. Die Berechnung geschieht in der Weise, daß zunächst diesenigen Beiräge, welche jährlich don dem gesammten Areise und don dem mehr zu belastenden Areisetheile aufzuhringen sind, auf Prozente der betressenden Etaatssteuern reduzirt und sodann der Mehrbelastungsbetrag in ein prozentuales Verhältnis zu dem von dem Gesammikreise aufzubringenden Betrage gebracht wird. (Erl. d. Min. d. J. d. 30. April 1885, MBI. S. 135.)

5) Gine Mehrbelastung einzelner Areistheile ift nur bann zulässig und ausführbar, wenn ber ganze Areis für die betressenbe Areiseinrichtung belastet wirb. (Berf. d. Min. d. J. v. 19. März 1892, MBl. S. 193.)

Rad §§ 13 u. 176 Rr. 2 b. Ard. bebürfen Mehr- ober Minberbelastungen in jedem einzelnen Falle ber Prüfung und Genehmigung seitens der zuständigen Behörben. Durch die Festsetung einer Razimalquote wird diesem Erfordernis umsoweniger genügt, als nicht allein die Höhe der Belastung, sondern auch das Berhältnis der Mehr- oder Minderbelastung der einzelnen Gruppen unter einander bei Ertheilung der Genehmigung in Betracht zu ziehen ist. Das in Aussicht genommene Bersahren würde aber auch gegen bas Prinzip ber gleichmäßigen Heranziehung aller Areisangehbrigen verstoßen. Ift einem Areistheile burch genehmigten Areistagsbeschluß eine Mehrbelastung auferlegt, so muß biese, wie bie Areisabgabe selbst alle Angehörigen bes betreffenben Areisetieles in berselben Weise treffen. (Erl. b. Min. b. J. v. 31. Oft. 1873, NOM. S. 332.)

Dem Areistage selbst steht nicht bas Recht zu, nachträglich in irgend welcher Weise Abstusungen in der Art der Auföringung der Prüzipualquote zu bilben. Thut er es, so setzt er damit eine dem bestätigten Beschlusse widersprechende Belastung der Areisangehörigen fest. (Berf. d. Win. d. R. dom 1. Auril 1889. WH. S. 6.63.)

Freiwillig übernommene Leistungen zu Gunsten ber Ausführung einer Kreiseinrichtung (Chausse u. s. w) bezw. einer unter Belbilfe bes Kreises auszuführenden Anlage sallen nicht unter den Begriff der im § 13 erwähnten Mehrbelastung, auch sind Bereindrungen zwischen den Interessenten und der Kreiskorporation über seistlechende Beträge unzulässig. (Erl. d. Min. d. J. v. 18. Febr 1880, MBL. S. 78.)

9) Benn ber Areistag eine Mehrbelaftung einzelner Areisthelle nicht beschließen will, so ift eine Rage beshalb nicht ftatthaft. (Urth. b. OBG. b. 5. Jan. 1878, Entsch. Bb. III S. 48.)

Gine Rlage ift auch nicht ftatthaft, wenn einzelne ber zu verschiebenen Interessententlassen eingeschätzte Ortschaften Anspruch auf Bersezung in eine minder belaftete Rlasse erheben. (Urth. b. OBB. b. 23. Dai 1879, Entich. Bb. V S. 58.)

Bu bem Beschlusse über Mehrbelastung eines Kreistheiles bedarf es einer Zweibrittelmehrheit der Stimmen nicht, da solche nach § 176 der Krd. nur bei einer Beränderung des sestgeschlen Bertheilungsmaßstades ersorberlich ist, eine solche Beränderung aber bei einer gemäß § 13 beschlossenen Mehrbelastung nicht vorliegt. (Urth. d. OBG. v. 12. Rov. 1885, Entsch. Sd. XII S. 27.)

7) Darnach hat ber Areistag jundoft in Gelb festguseben, welche Beitrage ein bestimmter Areistheil mehr zu leiften hat, als ber übrige Areis, und ift es bem Areistage alsbann gestattet, ju beschliegen, bag an Stelle ber pragipuellen Gelbleiftungen Natural-

leiftungen nach ben anschlagsmäßigen Preisen geleiftet werben burfen. (StenB. S. 420.)

Die Areisordnung enthält eine Beschränkung des Areistages hinsichtlich der Maßgaben, unter denen eine den Areisangehörigen eingelner Areistheile gemäß § 13 auferlegte Mehrbelastung durch abgeit deiner Beziehung der benden, nach keiner Richtung, so daß in diefer Beziehung das Ermessen des Areistages bestimmt ist. (Urib. d. OBG. d. 6. Nob. 1882.)

Eine Mehrbelaftung in Form von Naturalleiftungen kann ben Interessenten nicht wider ihren Willen auferlegt werben. Der Kreising kann seinen Beschluß nur dahin sormuliren, daß ben mit Auschlagsquoten belasteten Kreisangebörigen gestattet sei, jene Quoten burch Naturalleiftungen nach bestimmten, vom Kreistage setzustelben Grundstigen zu ersehen. (Erl. b. Min. b. J. v. 11. Aug. 1875, MBI. S. 211.)

Ueberschrift bieselbe wie bei I.

§. 13. (Pannover.)

Sofern es sich um Kreiseinrichtungen handelt, welche in besonders hervorragendem oder in besonders geringem Maße einzelnen Kreistheilen zu Gute kommen, kann der Kreistag beschließen, für die Kreisangehörigen dieser Kreistheile eine nach Quoten der Kreisabgaben oder, sofern es sich um Wegeverbands-Umlagen nach § 34 des Hannoversichen Gesetzes vom 28. Juli 1851 handelt, nach solchen zu bemessend Wehr- oder Minderbelastung eintreten zu lassen. Die Wehrbelastung kann nach Raßgabe der Beschlisse des Kreistages durch Naturalleistungen ersetzt werden.

Ueberidrift und §. 13. (Seffen Raffan, Beftfalen, Rheinbrobing.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

Ueberschrift und §. 13. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I. und neuer Absat:

Hinsichtlich der Borausbelastung einzelner Kreistheile mit einer Quote der Bausumme für den Ausbau von Rebenlandstraßen wird an der bezüglichen Borschrift im §. 5 Absat 21) des Gesetzes vom 26. Februar 1879 (Gesetz-Samml. S. 94) nichts geändert.

1) Rach § 5 Abs. 2 bes Gef. v. 26. Febr. 1879, burch welches bie Verpstichtung zum Reubau und zur Unterhaltung der ausgebauten Nebenlandstraßen von den früheren Wegebistrikten auf den Kreiskommunalverdand übertragen worden ist, kann der Kreistag bei dem Ausbau von Nebenlandstraßen bes damaligen Straßenetats die Areisangehörigen derjenigen Kreistheile mit einer Quote der veranschlagten Bausumme bezw. mit gleichwerthigen Naturalleistungen im Boraus belasten. Beschwertbei über detresfentde Beschülfe des Kreistages sind innerhalb einer Frist von 28 Aagen an den Ober-Brästdenten zu richten, welcher nach Anhörung des Provinzialausschusses zu entschen hat.

Die Aufrechterhaltung biefer Bestimmung empfiehlt sich burch bie, in ber Wegebaupsticht ber Provinz wurzelnben, nahen Beziehungen bes Provinzialausschusses zu bem Nebenlanbstraßenbau in ben einzelnen Kreisen.

9) Die Minberbelaftung einzelner Areistheile tann bis zur vollständigen Freilaffung biefer Areistheile von Areislaften führen. (Sten. 8 C. 1319.)

Bom 1. April' 1895 ab tritt bie Bestimmung bes § 91 Rr. 3 bes Kommunalabgabengesetes v. 14. Juli 1893 in Kraft, welche lautet:

Die Mehr- oder Minderbelastungen einzelner Kreistheile mit Kreissteuern und einzelner Kreise mit Provinzialsteuern darf auch nach einem anderen Massstabe, als nach Quoten 1) der Kreissteuern beziehungsweise der direkten Staatssteuern erfolgen.2)

- 1) Die Ausfihrung ber Bestimmungen bes § 13 ber Krd. führt in ber Praxis nicht selsen zu Unzuträglichkeiten. Auch scheint eine innere Rothwendigkeit zur Aufrechterhaltung der Anordnung nicht zu bestehen, da beitpielsweise bei Bemeflung der als Mehrbelastung aufzubringenden Abgabenquote berzeitige quantitative Beirag, welcher in der Mehrbelastung Deckung sinden soll, doch zunächst zu ermitteln und der Berechnung des Berhältnisses der Mehrbelastung der Interessenten zur Prodinzialbelastung des ganzen Kreises zu Erunde zu legen ist. Der Entwurf hat daher im Anschlusse an die Vorschrift im § 16 wegen der Mehr- und Minderbelastung eines Gemeindebezirkes die Mehr- oder Minderbelastung von Theilen eines Kreises für zulässig erachtet, ohne an dem Quotensphem sestablaten. (Begr. E. 70.)
- 7) Auf die Frage, ob die Bestimmungen des Gesets wegen Bermeibung der Doppelbesteuerung in Bezug auf die Landstraßenumlagen in der Prodinz Hannover anwendbar seien, wurde seitens eines Bertreters des Ministers des Innern erklärt:

Rach ber Rreisorbnung für Sannober feien bie Rechte unb Bflichten ber bortigen Begeberbanbe auf bie Rreife übergegangen: bie Wegelaften feien aber nach wie bor nach bem Gefete über bie Bemeinbewege 2c. b. 28, Ruli 1851, alfo nicht, wie bie Rreislaften im Allgemeinen, nach 66 10 ff b. RrD. aufgubringen. Gemäß 5 16 b. Rr.O. wurbe bei Aufbringung ber Rreislaften bas Gintommen aus ben Forenfallreifen bei Berechnung bes fteuerpflich. tigen Gintommens im Domigiffreife außer Unfas gelaffen werben. In Stelle bes 6 16 feien bie entfprechenben Beftimmungen bes Rommunalabgabengefetes bom 27. Juli 1885 megen Bermeibung ber Doppelbefteuerung getreten und an Stelle ber letteren follen bemnächft bie ben gleichen Amed verfolgenben Bestimmungen bes borliegenben Gefetes treten. Die Beantwortung ber angeregten Frage lief baber barauf binaus, ob bie Begeabgaben für Rreisabgaben im Sinne bes § 16 au erachten feien. Er wurbe nicht abgeneigt fein, die Frage zu bejaben, gebe inbeffen zu, bak Ameifel. bie in biefer Beziehung bereits aufgetaucht feien, eine gewiffe Berechtigung haben. (Ber. b. Abgh. S. 118.)

Herauziehung ber Forenfen, 1) juriftifchen Berfonen u. f. w. zu ben Kreisabgaben.

§. 14. (Oftprovingen.)

Diejenigen physischen Personen, welche, ohne in bem Kreise einen Wohnsts zu haben,2) beziehungsweise in bemsselben zu ben persönlichen Staatösteuern veranlagt zu sein,3) in bemselben Grundeigenthum besitzen,4) oder ein stehendes Gewerbe,5) oder außerhalb einer Gewerkschaft im Kreise wohnenden Sesellschafter einer offenen Handelsgesellsschaft 1) oder einer Rommanditgesellschaft 2) der einer Rommanditgesellschaft 3) oder einer Rommanditgesellschaft 3) oder einer Rommanditgesellschaft 3) oder einer Rommanditgesellschaft 3) ind verpslichtet, zu denjenigen Kreisabgaben beizutragen, welche auf den Grundbesitz, das Gewerbe, den Bergdau oder das aus diesen Quellen sließende Einkommen 3) gelegt werden.

Ein Gleiches gilt von ben juristischen Personen, 10) von ben Rommanbitgesellschaften auf Aktien 11) und Aktiengesellschaften 12) (Artikel 173 und 207 bes Hanbelsgesetzbuches), sowie Berggewerkschaften, 13) welche im Rreise Grundeigenthum besitzen, oder ein stehendes Gewerbe oder Bergbau betreiben.

Der Fistus kann zu ben Kreisabgaben wegen seines aus Grundbesit, Gewerbes und Bergbaubetrieb sließenden Sinkommens nicht herangezogen, dagegen mit der Grunds und Gebäudesteuer um die Hälfte bessenigen Prozentsasse stärker belastet werden, mit welchem die Klassen, und klassifikate Sinkommensteuer dazu herangezogen wird. Im

Falle des §. 12 (Absat 2) tritt biese Belastung auch ohne Beschluß des Kreistages 14) ein.

Bergwerksbesitzer, 18) welche in bem Umfange ihres Bergwerksbetriebes ben in ber Rlasse AI ber Sewerbessteuer veranlagten Gewerbetreibenben gleichstehen, sind zu ben Steuersätzen ber Rlasse AI einzuschätzen und nach Maßgabe bieser Einschätzung zu ben Kreisabgaben heranzuziehen. 10)

- 1) Der § 14 statuirt eine Ausnahme von der im § 10 aufgestellten Regel, daß Areisangehörige nur nach dem Verpältnisse von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern durch Juschläge zu benselben herangezogen werden dürsen in Betress derjenigen Kreisangehörigen, welche im Kreise Grundeigenihum bestigen oder ein stehendes Gewerde betreiben, in demselben aber zu persönlichen Staatssteuern nicht veranlagt sind, es mag die Beranlagung dieser Personen zu den persönlichen Staatssteuern nicht veranlagt sind, es mag die Beranlagung dieser Personen zu den persönlichen Staatssteuern in einem anderen Freise ersolgt sein ober nicht. Solche Areisangehörige sollen gleich den Forensen verpflichtet sein, auch zu bensenigen Kreisadgaben beizutragen, welche auf das aus dem Grundbestig, dem Gewerbe oder Bergbau stießende Einsommen unter Anwendung des § 15 gelegt werden, während ihr aus anderen Questen sließendes Einsommen frei bleibt. (Urth, d. OBG, d. 9. Mai 1876, Entsch. Bb. I, S. 33 und b. 21. Jan. 1877, Entsch. Bb. II S. 33.)
- 9) Wer in mehreren Kreisen einen Wohnsitz hat, gilt in bem Kreise, wo er nicht zu ben Staatssteuern veransagt ist, als Forense. (Urth. b. OBG. v. 4. April 1881, Entsch. Bb, VIII S. 19.)
- 3) Die Areisordnung tennt nur ben Begriff ber Areisforensen, nicht ben ber Gemeinbeforensen. Es ist baher auch ber Areisaussichus nicht berechtigt, Grundbestiger einer Gemeinbe, welche in einer anderen Gemeinde bes Areises ihren Wohnsts haben, bon dem Eintommen aus ihrem Grundbestige fingirt zur Alassen. und Gintommensteuer zu veranlagen und ben veranlagten Steuerbetrag ber Gemeinde, in deren Bezirf der Grundbestig gelegen ist, bet der Berechnung des Areisabgadensols mit in Ansah zu bringen. Hier

aus folgt wieberum anbererfeits, baß die Klassen- ober Einstommensteuer eines Censten in ihrem vollen Betrage bei der Berechnung des Kreisabgabeniolls derjenigen Gemeinde in Ansatzu bringen ist, in welcher er wohnt bezw. zu den persönlichen Staatskeuern veranlagt ist, auch wenn er sein keuerpkichtiges Einstommen oder einen Theil besselbt aus Grundbesit bezieht, welcher in einer anderen Semeinde desselbt kreises keinelber aus Grundbesit bezieht, welcher in einer anderen Semeinde desselbt kreises keiegen ist. (Urth. b. OBG. v. 19. Sept. 1876, Entsch. Bb. I S. 70)

Für die Steuerpflicht der Forensen ist der Zeitpunkt der Aussichteng der Kreisabgaben maßgebend. (Urth. b. OBG. v. 19. Mai 1879. Entich. Bd. V S. 54.)

Wenn ein Forense vor Ausschreibung der Areisabgaben aufhört, Forense zu sein, beisvielsweise, wenn ein nicht im Areise wohnhafter Grundbesitzer seinen darin belegenen Grundbesitz vor Ausschreibung der Areisabgaben veräußert, so hört er damit auf, kreisabgabenpflichtig zu sein. (Urth. d. DBG. v. 19. Mai 1879, Entsch. 3d. V S. 84.)

4) Die auf die Beranlagung ber Forensen und juristischen Bersonen bezüglichen Borschriften der §§ 14 und 15 finden für Stadt und Land gleichmäßig Anwendung. (Urth. d. OBG. d. 12. Sept. 1876. Entsch. Bd. I S. 64.)

Ueberall, wo im § 14 bavon die Rede ist. daß der Besth von Grundeigenthum oder Erundbesth die Aerpstichtung nach sich zieht, die auf diesen Besth gelegten Abgaden zu zahlen, ist nur der Eigenthümer der Berpstichtete, und bilbet nur das Eigenthum den obligirenden Grund und zwar das Eigenthum überhaupt, mithin das beschränkte und gethellte, ebenso wie das uneingeschränkte und ausschließliche. (§§ 16 ff. Tit. 8, §§ 1, 12, 13 ff. Tit. 18 Th. I, § 74 Tit 4 Th. II URK.) Der Eigenthümer hat die Abgade zu zahlen, gleichviel, od er seinen Grundbesth in Riesbrauch ausgethan oder vernachtet oder vermiethet oder einem Berwalter übergeben hat. (Urth. d. OBG. b. 27. März 1882, Entsch. VIII S. 57.)

Ruze alteren Rechts gehören nicht zu bem Erunbeigenthum im Sinne bes § 14, und es bilbet baber bas Eintommen aus biefen Bergibellen teine ber Areisbesteuerung unterworfene Ginnahme

aus Grundbefitz. (Urth. b. OBG. b. 15. Oft. 1889, Entsch. Bb. XVIII S. 16.)

5) Unter "Gewerbe" ift jebe Art werbenber Thatigteit zu verftehen, welche gesondert von bem Bohnfit des Gewerbetreibenden einen feften Sit und Bittelpuntt haben fann und worunter insbesondere auch handel und Rachtungen zu verstehen find. (Urth. d. OBC. v. 31. Nan. 1877, Entsch. Bb. II S. 33.)

Bu ben Gewerbetreibenden im Sinne bes § 14 ift ber ftille Gesellichafter (Art. 250 b. HBB.) nicht zu rechnen. (Urth. b. DBG. v. 30 Nov. 1885, Entfc. Bb. XII S. 106.)

Die Ausübung ber Rechtsanwoltschaft unb die amtliche Thätigkelt bes Kotars fallen nicht unter ben Begriff bes Gewerbebetriebes. Die Einrichtung und Benuhung eines Geschäftsbureaus it für fich allein zur Begründung bes Wohnsies im Gemeinbebezirk nicht ausreichend. (Utrit, b. DBG. b. 7. Juni 1887, Enisch Bb. XV C. 52.)

9) Eine Gewerkichaft, welche von ihrem gesammten über mehrere Areise sich erstreckenden Hüttenbetriebe nur in einem berselben gur Staatsgewerbesteuer herangezogen ift, hat zu ben in biesem Areise auf das Gewerbe gelegten Algaben nur insoweit beisutragen, als das im Areise belegene Gewerbe einträgt. (Urth. b. DBG. b. 16 Sept. 1880, Entsch. Bb. VII S. 34).

Gine Gewertichaft, welche einen Theil ihres Bergwertseigenthums einem anberen jur Ausbeutung gegen Entgelt überläßt, betreibt keinen Bergbau.

Der Begriff bes Betreibens fett eine werbenbe Thatigteit voraus, fei es bes Betreibenben, fei es bes von ihm Beauftragten.

Wenn ber Fistus bie Erze gegen Entgelt von Gewinnungsund Förberungstoften in Empfang nimmt, um fie weiter zu beförbern, so betreibt er teinen Bergbau. (Urth. b. DBG. v. 12. Juni 1891, Entsch. Bb. XXI S. 17.)

Auch ber Grundeigenthumer, welcher auf seinem eigenen Grund und Boben Roblen förbert, und bagu nach bem Gefet bom 22. Hebr. 1889 longessionirt ift, betreibt ebenso Bergbau wie berjenige, welcher laut staatlicher Berseihung auf Grund bes Berggesets Roblen fördert. (Urth, b. DBG. v. 3. März 1891, Entsch. Bb. XXI S. 12.)

- 7) Eine offene hanbelsgefellschaft ift nach Art. 85 b. Dh'GB. borhanden, wenn zwei ober mehrere Personen ein Handelsgewerbe unter gemeinschaftlicher Firma betreiben und bei teinem ber Gesellschafter bie Betheiligung auf Bermögenseinlagen beschräntt ift.
- 9) Eine Kommanbitgesellschaft ift nach Art. 150 b. SGB. vorhanden, wenn bei einem unter einer gemeinschaftlichen Firma betriebenen Handelsgewerbe ein ober mehrere Gesellschafter sich nur mit Vermögenseinlagen betheiligen (Kommanbitisten), während bei einer ober mehreren anderen Gesellschaften die Betheiligung nicht in bieser Beise beschränkt ist. Sind mehrere persönlich haftende Gesellschafter vorhanden, so ist in Ansehung ihrer die Gesellschaft augleich eine offene Handelskaefellschaft.

Gemäß § 14 find die nicht im Kreise wohnenden Gesellschafter einer Rommanditgesellschaft ausdrücklich als unter diejenigen Personen mit eingeschlossen angesehen, welche, ohne in dem Kreise zu wohnen, daselbst ein stehendes Gewerbe betreiben und in Folge bessen verpkichtet sind, zu den auf das Gewerbe oder auf das aus bemselben kießende Einkommen gelegten Kreisabgaben beizutragen. (Erl. d. M. d. K. d. 3. Nan. 1882, M.Bl. S. 82.)

Nur die Kommanditisten einer einfachen Kommanditgesellschaft im Gegensatz zu der Kommanditgesellschaft auf Attien können als ein Gewerbe betreibend der Bestimmung des aus dieser Quelle sließenden Einkommens unterworsen werden. (Urth. b. OBG. b. 24. Mai 1887, Entsch. Bd. XV S. 85.)

9) Als Einkommen gilt überall nur der Reinertrag, welcher nach Abzug aller zur Erzielung der Einnahmen und zur Erfüllung rechtlicher Berpflichtungen erforderlichen Ausgaben übrig bleibt. (Urth. d. OBG. v. 12. Febr. 1885, Entich. Bb. XI S. 77.)

Dasjenige Einkommen unterliegt der Einkommensbestruerung, welches thatsächlich bezogen ist, nicht basjenige, was aus der Benutzung der Grundstilde, sei es durch Pacht oder Selbstbewirthschaftung gezogen werden könnte. Zinsen von den auf den Gittern der Steuerpssicksigen hastenden Hoppothekenschulben, insbesondere von den darauf hastenden Phandbriefen sind bei der Berechnung des Keineinkommens von dem Bruttoerträgen der Güter in Abzug zu bringen. (Urth. d. QBG. v. 16. Mai 1877, Entsch. 36. II S. 47.)

Bei der Festsetzung des Einkommens aus Grundbesig sind außerordentliche, zur Amortisation von Deichverbandsschulden bestimmte Beträge abzugsfähig, dagegen die durch einen Brandsau u. s. w. berursachten Baukosten nicht adzugsfähig. (Urth. d. DBG. b. 2. Dez. 1880, Entsch Bb. VII S. 81.)

Die Worte "ober bas aus biesen Quellen fließende Einkommen" haben die Bebeutung, daß die Forensen, juristischen Bersonen u. s. w. außer dem Zuschlag zur Erund., Gebäude- und Gewerbesteuer u. s. w. auch noch wegen ihres Einkommens aus dem Gruudbesitze u. s. w. zu den Kreisabgaben herangezogen werden können. (Urth. d. OBG. d. 28. Okt. 1878, Entsch. Bb. IV S. 60.)

- 10) Bu ben juriftifden Berfonen gehören:
- a) ber Staat.
- b) bie ber torporativen Organisation bes Staates angehörenben Berbanbe, also bie Provingen, Kreise, Gemeinben, tommunalständischen Berbanbe:
- c) bie Kirchen und mit Korporationsrechten versehenen Religionsgesellschaften, Pfarreien, Küstereien und sonstige geistlichen Institute, die Universitäten, öffentliche Unterrichts- und Erziehungskunst- und wissenschaftliche Antialten, Armen-, Waisen- und öffentliche Krankenanstalten, die Besserungs-, Ausbewahrungs- und Gefängnisgankalten;
 - d) bie Stiftungen;
 - e) bie Aftiengefellichaften.

Stabtgemeinben und juriftische Personen sind zu den Areisabgaben verpflichtet. Die Gemeinde läßt sich in Bezug auf die Beranlagung der nach dem Einkommen umgelegten Areisadgaden weber den Forensen noch den Aftiengesellschaften gleichstellen; denn sie bezieht weber wie der Forense ein steuerbares Gesammteinsommen, welches sich nach seinen einzelnen Quellen sondern lätt, noch stellt sie sich wie das Aftienunternehmen als eine Einnahmequelle für ihre Angehörigen dar. Die Reinerträge ihrer Grundstide und gewerblichen Unternehmungen erscheinen bielmehr nur als Einnahmeposen des Gemeinbehausbalts, dessen Bedürsnisse siene nicht zu ihrer Deckung hinreichen, im Wege der Bekeuerung befritten werden. Die auf diesem Wege erzielten Gelde

- 7) Eine offene Hanbelsgefellschaft ift nach Art. 85 b. DhEB. borhanden, wenn zwei ober mehrere Bersonen ein Handelsgewerbe unter gemeinschaftlicher Firma betreiben und bei keinem ber Gesellschafter bie Betheiligung auf Bermögenseinlagen beschränkt ift.
- *) Eine Rommanbitgesellschaft ist nach Art. 150 b. SGB. borhanden, wenn bei einem unter einer gemeinschaftlichen Firma betriebenen Hambelsgewerbe ein ober mehrere Gesellschafter sich nur mit Vermögenseinlagen betheiligen (Kommanbitisten), während bei einer ober mehreren anderen Gesellschaften die Betheiligung nicht in bieser Beise beschränkt ist. Sind mehrere persönlich haftende Gesellschafter vorhanden, so ist in Ansehung ihrer die Gesellschaft zugleich eine offene Handelsgesellschaft

Nur die Kommanditisten einer einsachen Kommanditgesellschaft im Gegensatz zu der Kommanditgesellschaft auf Aktien können als ein Gewerbe betreibend der Bestimmung des aus dieser Quelle sließenden Einkommens unterworfen werden. (Urth. b. OBG. v. 24. Mai 1887, Entsch. Bb. XV S. 85.)

- 9) Als Einkommen gilt überall nur der Reinertrag, welcher nach Abzug aller zur Erzielung der Einnahmen und zur Erfüllung rechtlicher Berpstichtungen erforderlichen Ausgaben übrig bleibt, (Urth. d. OBG. v. 12. Febr. 1885, Entsch. Bb. XI S. 77.)
- Dasjenige Einkommen unterliegt ber Einkommensbestruerung, welches thatsächlich bezogen ist, nicht basjenige, was aus der Benutzung ber Grundstilde, sei es durch Pacht oder Selbstbewirthschaftung gezogen werden könnte. Zinsen von den auf den Eitern der Steuerpssichtigtigen haftenden Hopvothekenschulben, insbesondere von den darauf haftenden Pfandbriefen sind bei der Berechnung des Keineinkommens von den Bruttoerträgen der Giter in Abzug zu bringen. (Urth. d. OBG. v. 16. Mai 1877, Entsch. Bb. II S. 47.)

Bei ber Festsetzung bes Einkommens aus Grundbesitz sind außerordentliche, zur Amortisation von Deichverbandsschulden bestimmte Beträge abzugsfähig, dagegen die durch einen Brandfall u. s. w. berursachten Baukosten nicht abzugsfähig. (Urth. d. DBG. b. 2. Dez. 1880, Entsch Bb. VII S. 81.)

Die Worte "ober bas aus biefen Quellen fließenbe Einkommen" haben bie Bebeutung, daß die Forensen, juristischen Bersonen u. f. w. außer bem Zuschlag zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer u. s. w. auch noch wegen ihres Einkommens aus dem Grundbesitze u. s. w. zu den Areisabgaben herangezogen werden können. (Urth. b. DBG. v. 28. Oft. 1878, Entich. Bd. IV S. 60.)

- 10) Bu ben juriftifchen Berfonen gehören:
- a) ber Staat.

1

- b) bie ber forporativen Organisation bes Staates angehörenben Berbanbe, also bie Provingen, Areise, Gemeinben, tommunalstänbischen Berbanbe:
- o) bie Kirchen und mit Korporationsrechten versehenen Religionsgesellschaften, Pfarreien, Küftereien und sonstige geistlichen Insitute, die Universitäten, öffentliche Unierrichts- und Erziehungskunft- und wissenschaftliche Anstalten, Armen-, Baisen- und öffentliche Krankenanstalten, die Besserungs-, Ausbewahrungs- und Gefängnißanstalten;
 - d) bie Stiftungen;
 - e) die Attiengesellschaften.
- Stadtgemeinden und juristische Personen sind zu den Areisabgaben verpflichtet. Die Gemeinde läßt sich in Bezug auf die Beranlagung der nach dem Einkommen umgelegten Arelsadgaden weder den Forensen noch den Aftiengesellschaften gleichsteuen; denn sie bezieht weder wie der Forense ein steuerdares Gesammteinkommen, welches sich nach seinen einzelnen Quellen sondern läßt. noch stellt sie sich mie das Aftienunternehmen als eine Einnahmequelle für ihre Angehörigen dar. Die Reinerträge ihrer Grundstüde und gewerblichen Unternehmungen erscheinen belurspinur als Einnahmeposien des Gemeinbehaushalts, dessen Bedürfnisse, soweit jene nicht zu ihrer Deckung hinreichen, im Wege der Bekenerung bestritten werden. Die auf diesem Reae erzietten Gelde

mittel ergänzen zwar bie nothwenbigen Einnahmen bes Gemeinbeärars, haben aber nicht bie Ratur bessen. was die Steuergesetzgebung unter Einsommen versteht. Eine Einschätzung bieser Einnahmen ist daher überhaupt nicht ausführbar.

Das aus Grundbesitz, Gewerbebetrieb ober Berghau sießende Sinkommen der Gemeinde kommt daher nicht als Theil eines steuerpsichtigen Gesammteinkommens in Betracht, sondern lediglich als der benselben aus diesen Quellen zussiehende Keinertrag, bei dessen andere als solche Schulben, welche diesen Kaften und Abgaben andere als solche Schulben, welche diesen Ertrag schmälern, nicht in Rechnung zu ziehen sind. Zu den abzugskähligen Zinsen ind auch die Hopothekenzinsen zu rechnen. (Urth. d. OBG. b. 16. Mai 1877, Entsch. Sd. ll S. 55.)

Die Bestimmung, daß zu ben auf ben Grundbesitz ober das aus dieser Quelle stießende Einkommen gelegten Abgaben juristische Bersonen herangezogen werden dürsen, stellt keine Alternative in dem Sinne dar, daß die Einrichtung der einen Gattung von Kreisadgaben von der Einrichtung der anderen Gattung befreie, sondern sie stellt vielmehr mehrere selbstständige Begriffe gleichberechtigt nebeneinander. (Urth. d. OBG. v. 28. Ott. 1878, Entsch. Bb. IV S. 60.)

Auch das aus Grundbesit zustlesende Einkommen juristischer Personen, insoweit dasselbe kistungsmäßig zu öffentlichen milben Zwecken bestimmt ist, unterliegt der Bestenerung. (Urth. d. DBG. d. 11. Nob. 1876, Entsch. Bd. I S. 81.)

Symnafien find nach § 54 Tit. 12 Th. II ADR. juriftische Bersonen. Die Rgl. Symnasien sind nicht, wie der Fistus, sondern wie die übrigen juristischen Personen zu den Kreisabgaben beitragspflichtig. (Urth. b. DBG, v. 3. Nov. 1877, Entsch. Bb. III S. 11.)

Die einer Kirchengemeinde als öffentliche Abgaben (eigentliche Gebühren) zustießenden Gegenleistungen für die Einräumung von Erabstellen und Kirchenpläßen (Grab- und Kirchenfiellengeldern) gehören nicht zu dem Einkommen aus Grundvermögen. (Urth. d. ORG. d. 1. Mai 1889, Entsch Sd. XVII S. 23.)

Borfdugvereine (eingetragene Genoffenschaften) finb teine juriftifchen Bersonen. Ihr Einkommen aus bem Grundbefit ober

Gewerbebetrieb unterliegt baber nicht ber Heranziehung ju ben Rreisabgaben. (Urth. b. DBG. b. Sept. 1880, Entich. Bb. VII S. 27.)

Eine juriftische Person barf bas ihr aus mehreren Einkommenquellen (Grunbftide) erwachsene Defizit von bem Gesammtertrag ber übrigen nicht abziehen. (Urth. b. DBG. b. 2. Dez. 1880, Enisch. Bb. VII S. 81.)

Bei der Berechnung des der Besteuerung unterliegenden Eintommens aus einem Gisenbahnunternehmen tommen die Müdlagen in den Reserve-nicht, und die in dem Erneuerungssonds als Ausgaben in Abzug. (Urth. d. DBG. d. 22. Sept. 1881, Entsch. Bd. VIII S. 68.)

Die Prinzipalsteuer aus mehreren innerhalb besselben Areises belegenen Stationen einer Eisenbahngesellschaft muß nach dem für jebe einzelne Station berechneten Einsommen zu den Areisabgaben berangezogen werden. (Urth. b. OBG. v. 17. Febr. 1879, Entsch. V S. 5.)

Unter Eisenbahnstation ist eine solche Haltestelle zu verstehen, an welcher durch Annahme von Bersonen oder Gütern oder von Bersonen und Gütern Transportgeschäfte abgeschlossen werden. Ob bieser Geschäftszweig durch die Thätigkeit eigener Beamten des Unternehmers oder ob er durch die Thätigkeit fremder Beamten gegen eine Bauschalvergütung der Gehälter und Löhne seine Erledigung findet, ist für den Begriff der Station ohne Belang. (Urth. d. OBG. v. 19. OK. 1888. Entsch. Bb. II S. 995.)

11) Rach Art. 207 bes DBB. ift eine Gesellschaft eine Altiengesellschaft, wenn sich die sämmtlichen Gesellschafter nur mit Einlagen betheiligen, ohne persönlich für die Berbindlichkeit der Gesellschaft zu haften. Das Einlagetapital wird in Altien zerlegt.

Wenn bas Gesammtkapital ber Kommanbitiften in Aftien zerlegt wird, bann ift eine Kommanbitgesellschaft auf Attien vorhanden.

19) Während die Städteordnung v. 30. Mai 1853 sich noch auf das enge Gebiet der juristischen Personen beschränft, stellt die Ard. ihnen die Aftiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aftien zur Seite dergestalt, daß zwischen den in diesen Formen vereinigten Industrien und den Steuerberechtigten die Gesellschafter selbst als ein eingeschobenes besonderes Subjekt standen. Der

offenen Sanbelsgesellicaft bagegen ift trot ihrer banbelsrechtlich anertannten Rechtsfähigfeit fteuerlich eine gleiche Bebeutung nicht beigelegt; fie tommen für bie Besteuerung überhaupt nicht in Betracht, vielmehr bleiben ihre Mitglieber tros ihrer Bereinigung au einer Sanbelsgesellichaft bie allein verantwortlichen Steuertrager auch bezüglich berjenigen Erträge, bie fie in jener Bereinigung unb burch biefelbe erzielen. Siernach ift bie Befteuerungsunfabigfeit ber offenen Sanbelsgefellichaft als folder fein Sinbernig, fonbern gerabe ber Grund und bie Rechtfertigung bafür, bag beren Mitglieber für ihre Berfonen ber Steuerpflicht unterliegen. Das Bleiche aber gilt noch ameifellofer bon folden Affociationen, bie nicht einmal in ber befonbers organifirten Form einer unter gemeinicaftlider Form auftretenben offenen Sanbelsgefellicaft. fonbern bermoge eines einfachen Bertrages ihre Mittel und Rrafte gur Erzielung wirthichaftlicher Bwede vereinigen, fog. Synbitate. (Urth. b. DBG. b. 2. Dez. 1887, Entich. Bb. XVI S. 110.)

13) Unter die Berggewerkschaft fällt nicht jede ein Bergwerk betreibende Mehrieit von Berfonen. Boraussetzung einer Gewerkschaft ist die vermögensrechtliche Selbsitändigeit des Unternehmers. Im §14 wird unterschieden zwischen phissischen Berfonen, welche als Forensen im Kreise auherhalb einer Gewerkschaft Bergdau treiben und Berggewerkschaften, welche im Kreise Bergdau betreiben. Beibe Arten von Steuerpklichtigen sind mit Albak 4 und im §15 unter den Ausbruck Bergwerkschier zusammengescht. (Urth. b. OBG. d. 23. Januar 1881, Entsch. Bb. VIII S. 27.)

14) Die drei erften Abfäge bes § 14 enthalten ihrer Fassung nach ein Ganzes, in welchem der Fiskus zunächt den juriftischen Bersonen gleichgestellt wird, dennächt aber den letzteren gegenüber nur von der Einkommensteuerpsicht gegen ein bestimmt bemessenst Bequivalent befreit wird. (Urth. d. DBG. v. 8. Sept. 1876, Entsch. Bd. I S. 43.)

Die brei ersten Absätze erscheinen als ein Ganges, in welchem ber Fiskus zunächt ben jurifitigen Personen gleichgestellt wird, so baß er ebenso wie biese vom Grundbesitze und Gewerbebetriebe ben allgemeinen Prozentiatz an Areisabgaben zu entrichten hat, bemnächt aber im britten Absatze im Gegensatz zu ben sonstigen juristischen Bersonen ber Berpstichtung, von seinem Ginkommen Steuern zu zahlen gegen ein bestimmt bemessensen ub zwar nach Maßgabe der Grundsteuer und bes auf das Einkommen gelegten Prozentsates zu berechnendes Aequivalent enthoben wirb. (Urth. d. DBG. v. 12. Dez. 1878, Entsch. B. IV S. 72.)

Stärker b. h. ber Fiskus ist von seiner Grund- und Gebäubesteuer nicht zunächst mit dem vollen Prozentsate der Einkommenund Alassensteur und dann noch mit der Hälfte diese Prozentsates beranzuziehen, sondern zunächst nach demselben Prozentsate, nach welchem die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer der übrigen Areisabgabenpflichtigen belaste ist, und dann statt nach einer singirten Einkommensteuer noch um die Hälfte dessenigen Prozentsates fürker, mit welcher die Einkommenteuer und Alassensteuer heranzezogen ist. (Erl. d. Min. d. J. v. 10. Juni 1874, MBL. S. 155 und d. 28. Febr. 1875, MBL. S. 100.)

15) Bergwertsbefiger ofr. Anm. 13.

Die in dem Umfange ihres Bergwerkbetriebes den in der Rlasse A I der Gewerbesteuer veranlagten Gewerbetreibenden gleichgestellten Bergwerksbestiger dürfen zu einer singirten Gewerbesteuer nach höheren Sägen als den Mittelsätzen herangezogen werden. (Urth. d. DBG. v. 24. und 27. Juni 1878, Entsch. Bd. IV S. 26 und 37.)

16) Da, wo das Recht zur Gewinnung verschiebener Materialien innerhalb derselben Felbesgrenze verschiebenen Bergwerkseigenthümern zusteht, die Mineralien des einen Theils, welcher von dem
anderen dei planmäßiger Gewinnung seines Minerals zwar, well
beide nicht getrenut gewonnen werden lönnen, entgegengenommen
werden dürfen, senen aber herausgegeben werden müssen, sind dieselben bet Bestimmung des Umsanges des Bergwertbetriebes des
Ersteren nicht mit zu berücksichtigen. (Urth. d. OBG. v. 27. Juni
1878, Entsch. Bd. IV S. 37.)

17) Jest Gewerbesteuerflaffe I und II.

Ueberschrift und §. 14. (Sannover, Seffen-Raffan.) Derfelbe Wortlaut wie bei 1.

Rolifd, Rreisorbnungen.

Neberschrift und §. 14. Absat 1, 2 und 4. (Weftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

Dritter Absat: Der Fistus kann zu ben Kreisabgaben, soweit nicht die Ausbringung nach dem Schlußsatz bes §. 11 stattfindet, wegen seines u. s. w. derselbe Wortlaut wie bei I.

Ueberschrift und §. 14. (Rheinproving, Schleswig-Solftein.)

Derselbe Wortlaut wie bei IV.

§. 15. (Oftprovingen.)

Die Ginschäung der Forensen, der Bergwerksbestitzer, der Kommanditgesellschaften auf Aktien, der Aktiengessellschaften und der juristischen Personen zu den Kreissabgaben ersolgt, soweit sie zu den, der Bertheilung der letzteren zum Grunde gelegten Staatssteuern (§. 10) nicht schon unmittelbar herangezogen sind, von dem Kreisaussschuß, 1) nach den für die Beranlagung dieser Staatssteuern²) bestehenden gesetzlichen Borschriften, unter Answendung des für die Kreisabgaben bestimmten Antheilssverhältnisses.

1) Die Aufgabe bes Areisausschuffes ist eine boppelte, er hat einmal die prozentuale Heranziehung der Forensen, juristischen Bersonen u. s. w. zu den Areisabgaben nach Maßgabe der, der Bertibeilung der letzteren zu Grunde gelegten Staatssteuern, sosern die gedachten Areisabgabenpflichtigen zu solchen veranlagt sind, vorzunehmen und sodann, falls diese letztere Boraussetzung nicht zutrifft, auch die Einschätzung der betresenden Abgabenpflichtigen zu dem Prinzipalssteueriägen nach den für die Beranlagung dieser Staatssteuern bestehenden gesehlichen Borschriften, oder, wie § 10

im erften Abfate fich ausbrudt, bie Ermittelung ber fingirten Steuerfate ber Forenfen, juriftifchen Berfonen u. f. w.

Bei biefer Einschünung ju fingirten Steuerfähen fallen baber bem Rreisausschuffe alle biejenigen Funktionen zu, welche für die Beranlagung ber entiprechenben Staatssteuern ben ftaatlichen Berwaltungsorganen zugewiesen sind, mögen dies ganz ober theilweise aus Staatsbeamten bestehen ober aus ber Bahl seitens kommunaler Bertretungen, ober seitens der Steuerpflichtigen selbst herborgegangen sein. (Urth. b. DBB. v. 27. Juni 1878, Entsch Bb. IV S. 41.)

In Anfehung berjenigen Forensen, welche ausschließlich bon bem ihnen aus Grundbesitz u. f. w. im Areise zustießenden Einfommen auswärtes zur Staatseinkommensteuer herangezogen sind, ift lediglich biese Beranlagung für ben ben Areisabgabenauschlägen zu Grunde zu legenden Staatssteuersatz maßgebend, nicht aber der Areisausschuß zur selbsitändigen Einschlägung berechtigt. (Urth. b. DBG. v. 9. Febr. 1885, Entid. 3d. I. S. 22.)

§ 15 handelt nur von der Einschäung der darin bezeichneten Personen und Gesellschaften; die Ausschreibung der auf dieselben umgelegten Areisabgaden erfolgt dagegen nach Maßgade des § 11; eine direkte Einsorderung der Areisabgaden von den Forensen u. s. w. ist zwar sormell nicht richtig, materiell aber unschädlich. (Urth. d. OBG. d. 19. Mai 1879. Entsch. Bd. V S. 52.)

Die Rechtsmittel bes Einspruchs und der Klage gegen eine nach Maßgabe des § 15 dewirkte Deranziehung der dort genannten Gensten erleiben keine Einschränkung durch die Sahung, daß Einsprüche gegen die Jöhe von Kreiszuschlägen zu den direkten Staatskeuern, welche sich gegen den Prinzipalsas der letzteren richten, unzulässig sind. (Urth. d. OBG. d. 12. Mai 1888, Entsch. XVI S. 27.)

- 2) Die für bie Beranlagung ber biretten Staatsfteuern geltenben Bestimmungen finb:
- a) §§ 13, 14, 16 bes Einkommensteuergesets b. 24. Juni 1891 in Berbinbung mit ben Art. 10 bis 20 und 24 bis 27 ber Ausführungsanweisung v. 5. Aug. 1891, Th. I.
- b) §§ 19, 22, 23, 28 bes Gewerbesteuergesets b. 24. Juni 1891 in Berbinbung mit Art. 15, 16, 17 ber Ausführungsanweisung bom 10. April 1892, Ab. I.

o) Geset vom 21. Mai 1861, betreffend die anderweitige Regelung der Grundsteuer und Gesetz von demselben Tage, betreffend die Sinführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, auch Gesetz dom 12. März 1877.

§. 15. (Sannover, Seffen : Naffau, Weftfalen, Rheinproving, Schleswig : Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

Unguläffigfeit einer Doppelbesteuerung beffelben Gintommens.

§. 16. (Oftprovingen.)

Niemand darf von demselben Einkommen in verschiesbenen Kreisen zu den Kreisabgaben herangezogen werden. Es muß daher daßzenige Einkommen, welches einem Abzgabenpflichtigen aus seinem außerhalb des Kreises belegenen Grundeigenthume, oder aus seinem außerhalb des Kreises stattssindenden Gewerdes oder Bergdaubetriede zusließt, bei Fesistellung des im Kreise zu veranlagenden Einkommens desselben außer Berechnung gelassen werden. 'Dies geschieht durch Absetzung der bezüglichen Einkommensquote von dem zur Staatssteuer veranlagten Gesammteinkommen?) und durch verhältnißmäßige Herabssetzung des sestgestellten Steuersatss.

1) Es ist ganz einfach, daß Forensen, die in dem einen Areise besteuert werden, mit demselben Bermögensobjekte nicht auch noch in einem anderen Areise zur Steuer herangezogen werden können. Es ist dies in § 16 in der tonsequenten Ausdrucksweise ausgedrückt, daß daßjenige Einkommen, welches einem Abgadenpstichtigen aus außerhalb des Areises belegenem Grundbesitze zusließt, und das bereits versteuert ist, nicht noch einmal besteuert werden darf.

fonbern bei ber Beranlagung von ber Steuer freigelaffen werben muß. (StenB. b. Abgh. S. 1332.)

Der § 16 handelt nur von der Doppelbesteuerung im Domigilfreife. (Urth. b. OBG. v. 11. Des. 1879, Entich. Bb. VI S. 28.)

Es wird bie Frage aufgeworfen, ob nach ben Beftimmungen biefes Baragraphen ber Aftienbefiter berechtigt fei, bei Befteuerung feines Divibenbeneinkommens bie Steuer antheilig in Anrechnung au bringen, welche in einem anberen Rreife auf bas Gefammteintommen ber Attiengefellichaft gelegt ift. Bon einer Seite bejaht. wird bie Frage andrerfeits enticieben verneint, wenigftens fei man bei ber Befdluffaffung im Abgeordnetenbaufe bon ber Berneinung ausgegangen. Es murbe geltenb gemacht, bak meber bie Borausfebung bes Baragraphen in bem Ralle gutreffe, wonach es fich babei in beiben Rreifen um baffelbe Gintommen hanbeln muß, benn in bem einen Rreife fei es bas Gintommen ber Attiengefellichaft, in bem anbern bas bes Aftionars - noch bie Rolgerung bes Baragrapben möglich fei und beansprucht werben, bag barum baffelbe Gintommen in bem anbern Rreife gang fteuerfrei fet. Gine Anrechnung ber einen Steuer bei ber anbern, wobon bie Frage ausgebe, tenne ber Baragraph überhaupt nicht. (Ber. b. BB. S. 37.)

Nach § 16 muß es sich um basselbe Einkommen handeln, ein Aktienbesitzer ift also nicht berechtigt, bei Besteuerung seines Dividendeneinkommens die Steuer antheilig in Arrechnung zu bringen, welche in einem anderen Areise auf das Gesammteinkommen der Aktiengesellschaft gelegt ist, aus der er sein Dividendeneinkommen bezieht. (Urth. d. OBG. d. 11. Mat 1817, Entsch. Bb. II S. 64.)

Wenn es sich um die Besteuerung physsicher. der Staatseinkommensteuer unterliegender Bersonen in mehreren Kreisen handelt,
so sind den Gerträgen der einzelnen, den verschiedenen Kreisen
angehörigen Einnahmequellen nach Berhältniß dieser Erträge die
Schulden, welche als auf dem gesammten Bermögen des steuer-,
psichtigen Subjektes lastend, angesehen werden milsen, in Abzug
zu bringen. Demgegenilder stehen ader solche Lasten und Schulden
welche der einzelnen Einnahmequelle anhaften, lediglich mit Bezug
auf diese indernommen und eingegangen und daher auch auß deren
Erträgen zu bestreiten sind, so daß immer nur nach Abzug der-

selben von einem Reinertrage ber einzelnen Einnahmequellen bie Rebe sein kann. Zu biesen Schulben gehören auch die Hopvotheken und Grundbuchschulben, bezw. die von denselben zu entrichtenden Zinsen. (Urth. b. OBG. v. 16. Mai 1877, Entsch. Bb. II S. 51.)

Bei jurifticen Bersonen erfolgt bie Einschäung lebiglich nach bem Reinertrage ber einzelnen Einnahmequellen und biefer ift für jede Quelle besonders zu berechnen. Demnach find neben den dingichen Laften und Abgaben nur solche Schulden zu berücksichen, welche den Ertrag der betreffenden Einnahmequelle herabrücken; Ausgaben also, welche die juriftische Berson anderweit, sei es nach ihrem Zwecke, sei es aus besonderen Gründen zu leiften hat, erscheinen nicht abzugskäbig, und ein bei der einen Quelle entstehendes Defizit darf ebensowenig von dem Ertrage der andern abgerechnet werden; es fällt vielmehr nur die mit einem Desizit belastete Quelle bei der Berranlagung aus.

Das Gintommen, welches Forenfen, juriftifche Berfonen u. f. w aus in berichiebenen Gemeinben u. f. m. belegenen Befitungen begieben, ift für jebe Gemeinbe u. f. m. befonbere au veranlagen und bei Berechnung bes Reinertrages für bas in ber einen Gemeinbe belegene Befitthum tann ein Defigit, meldes bei bem in einer anberen Gemeinbe belegenen Befitthum fich beraussiellt, nicht ohne Beiteres berückfichtigt werben, vielmehr ericeint bas nur infoweit ftatthaft, als angenommen werben barf, baf bie Soulben. beren Berginfung bas Defigit berbeigeführt bat, gang ober theilweise auch auf bemienigen Grunbftude mitlaften, welches an fic einen Reinertrag abwirft. Gine folde Annahme ift aber bei Stabtgemeinden nicht gulaffig. Das Gintommen berfelben tommt ebenfo wie bas einer Aftiengefellichaft binfichtlich ber Rreisbefteuerung nicht als Gesammteinkommen in Betracht. Gegenftanb ber Befteuerung ift nur ber Reinertrag aus ben einzelnen Ginnabmequellen. Bei Ermittelung beffelben burfen unter ben binglichen Laften und Abaaben nur folde Schulbenginfen abaegogen merben. welche biefen Reinertrag ichmalern; babin geboren zwar auch Rinfen bon Oppotheteniculben und Afanbbriefen, aber auch nur unter ber Boraussetung, bag fie bas betreffenbe Grunbftud belaften. Ueberfteigen fie ben Ertrag bes Grunbftude, fo wirft baffelbe ein Einkommen nicht ab und fällt also bei der Beranlagung zur Kreisfieuer aus. (Urth. d. OBS. v. 16. Mai 1877, Entsch. Bd. II S. 47, und b. 2. Dez. 1880. Entsch. Bd. VII S. 81.)

Borbebingung bes Besteuerungsrechts ber Aufenthaltsgemeinbe bes Censtien, bessen gesammtes Einsommen aus Gewerbebetrieb innerhalb ber Gemeinbe seines Wohnsiges herrührt, ift ein mit Aufenthalt bes Abgabepstichtigen ober seiner Familie von mehr als breimonatlicher Dauer im Borjahre verbundener Wohnsig. (Urth. b. OBG. b. 7. Dez. 1888, Entsch. Bb. XVII S. 96.)

Als eine unguläffige Doppelbesteuerung ift es nicht anzusehen, wenn neben bem Einkommen einer im Areise Bergbau betreibenben Gewerkschaft auch noch bas Einkommen eines einzelnen Areisangehörigen aus Ruxen eben biefer Gesellschaft herangezogen wirb. (Urth. b. DBG. b. 28. Sept. 1878, Entich. Bb. IV S. 48.)

Das Einsommen aus einer Fabrik, beren zu taufmännischer Bertretung, insbesondere zum Bertreter des Fadrifortes bestimmtes Komptoir außerbalb des Kreifes liegt, unterliegt in beiden Areisen ber verhältnißmäßigen Besteuerung. (Urth. d. OBG. v. 11 Dez. 1879, Entich. Bb. VI S. 28.)

Derjenige, welcher in einem Kreise eine Ziegelei, in bem anberen einen für jene bas Rohmaterial liefernben Erbstich betreibt, ift von seinem Einkommen aus dem Gewerbedetriebe bem letzteren Kreise als Forense verhältnismäßig abgabepflichtig. (Urth. d. DBG. v. 4. Oft. 1880. Entich. Bd. VII S. 38.)

Es kommt nicht barauf an, ob basjenige Einkommen, welches einem Abgabepflichtigen aus seinem außerhalb bes Kreises belegenen Grundeigenthume u. f. w. zuschießt, auch in dem auswärtigen Kreise wirklich besteuert wird ober nicht. (Urth. d. OBG. v. 10. Mai 1883, Entsch. Bb. X S. 58 ff.)

9) Um zunächst ben hauptfaktor ber borgeschriebenen Berechnung bes "zur Staatssteuer veranlagten Gesammteinkommens" zu finden, kann es nicht auf die Steuerstufe, in welcher der Steuerpflichtige steuert, sondern nur auf das in bestimmten Bahlen ausgebrückte Ginkommen, welches die Bozirung in die fragliche Stufe zur Folge gehabt hat, ankommen. Demnächt handelt es sich um die Ermittelung der bezäglichen Einkommensdauote, b. b. besienigen Bruch-

theiles bes Gefammteinkommens, welchen bie außerhalb bes Domizilfreifes belegenen Einnahmequellen liefern, und endlich um eine verhältnihmäßige Perabfehung bes festgestellten b. t. bes von dem Gesammteinkommen zu entrichtenden Seuersahes, um eine Anwendung jenes Bruchtheiles auf diesen Steuersah. (Urth b. OBG, v. 20. Rob. 1879, Entich, Bd. VI S. 5.)

3) Die Höhe bessenigen, einem Kreisangehörigen aus seinem außerhalb bes Kreises betriebenen Gewerbe zustießenden Einkommens, welches bei der Feststellung des im Domisilfreise zu veranlagenden Einkommens außer Ansas zu bleiben hat, bestimmt sich nicht ohne Weiteres nach dem der Besteuerung im Forensakreise zu Grunde gelegten Betrage jenes ersteren Einkommens, sondern unterliegt der Feststellung des Kreisausschusses. (Urth. d. OBG. v. 7. April 1881, Entsch. Bd. VIII S. 64.)

Der 6 16 bringt in feinem allein enticheibenben bispositiven Theile jum flaren und beftimmten Musbrud, bag basjenige Gintommen, welches bem Abgabepflichtigen aus feinem außerhalb bes Domigilfreifes belegenen Grunbeigenthum ober ftattfinbenben Gewerbe- ober Bergbaubetrieb gufließt, bei Reftftellung bes im Domisilfreife su peranlagenben Gintommens auker Berechnung gelaffen werben muß, was burch Abfebung ber bezüglichen Gintommensauote bon bem gur Staatsfteuer beranlaaten Gefammteinkommen und burch berhältnikmakige Berablekung bes feftgestellten Steuerigkes ju geicheben bat, und er ichliekt bamit bie herangiehung bon Gintommen aus außerhalb bes Domigilfreifes belegenem Grundeigenthum und ftattfinbenbem Gewerbebefriebe ichlechtbin aus, mogen nun biefe Gintommensquellen fich in einem Stabtfreife, einem Sanbfreife ober im Muslanbe befinben, und mag bas aus ihnen fliekenbe Ginfommen bort rechtlich ber Befteuerung unterliegen ober nicht unterliegen, besteuert fein ober nicht besteuert fein. (Urth. b. DBG. p. 26. April 1887, Entich. Bb. XV. S. 36.)

Der burch § 16 geschaffene Rechtszuftand ist burch das Kommunalsteuergeset vom 27. Juli 1885 weber ausbrüdlich noch inhaltlich abgeändert. Die Bestimmungen der §§ 13 und 9 des letzteres Geses beden sich mit dem Inhalte des § 16 nicht bergestalt, daß sie als durch benselben ohne Weiteres erset angeleben werden

könnten. Das Gesetz vom 27. Juli 1885 bezweckt nicht die Frage ber Doppelbesteuerung in ihrem ganzen Umfange erschöpfend zu regeln, wie schon daraus hervorgest, daß der § 16 auch in die späteren Areisordnungen für die Mheinprovinz und Westfalen Aufnahme gefunden hat. (Urih. d. OBG. v. 24. Jan. 1888, Entsch. 39), XIV S. 34.)

Meberichrift und §. 16. (Sannover, Seffen-Raffan, Beftfalen, Rheinproving, Schleswig-Solfiein.)

Derfelbe Mortlaut mie bei I.

Gegenwärtig gist § 13 bes Gesets bom 27. Juli 1885 (GS. S. 327), betreffend die Ergänzung und Abanberung einiger Bestimmungen über Erhebung ber auf das Einkommen gelegten direkten Kommunalabgaben:

"Insoweit juristische Personen, Gesellschaften u. s. w. zur Entrichtung der in Kreisen beziehungsweise Provinzen vom Einkommen erhobenen Abgaben verpflichtet sind, oder physische Personen in verschiedenen Kreisen beziehungsweise Provinzen solchen Abgaben unterliegen, kommen bei Veranlagung derselben die Grundsätze der §§. 2 bis 11 gleichzeitig zur Anwendung."

Eine Ausbehnung ber Berpflichtung gur Zahlung von Areisund Provinzialabgaben ift burch ben § 13 nicht eingeführt. Gbensowenig haben im Geltungsbereiche ber Areisordnung bie Areise burch ben § 13 bas ihnen bisher nicht zustehende Recht zur Erhebung einer Einkommensteuer von ben eingetragenen Genoffenschaften und von bem Staatsfistus erhalten.

Die von den Areisabgaben handelnden Bestimmungen über die Doppelbesteuerung finden keine Anwendung auf die Wegeverbands-laften in der Provinz Hannover. (Urth. d. OBG. v. 30. Sept. 1887, Entsch. Bd. XV S. 17.)

Der § 13 hat Rreife, Provinzen, Rommunalberbanbe höherer Ordnung im Gegensate ju Gemeinden, Rreisabgaben und Brobinzialabgaben im Gegensat zu Gemeindeabgaben im Auge, und bezieht fich somit auf Stadtfreise, in welchen Kreisabgaben aber flicht zur Hebung gelangen, überhaupt nicht. (Urth. b. OBG. v. 26. April 1887, Entich. Bb. XV S. 36.)

Die 66 9 bis 11 bes bezeichneten Gefetes lauten:

§. 2. Ein die Abgabepflicht nach §. 1 begründender Pacht-,¹) Gewerbe-²) oder Bergbaubetrieb ist nur in den Gemeinden anzunehmen, in welchen sich der Sitz, eine Zweigniederlassung,³) eine Betriebs-,⁴) Werk- oder Verkaufsstätte ³) oder eine solche Agentur ³) des Unternehmens befindet, welche ermächtigt ist, Rechtsgeschäfte im Namen und für Rechnung des Inhabers beziehungsweise der Gesellschaft selbstständig abzuschliessen. Der Eisenbahnbetrieb unterliegt der Abgabepflicht in den Gemeinden, in welchen sich der Sitz der Verwaltung (beziehungsweise einer Staatsbahnverwaltungsbehörde), eine Station, oder eine für sich bestehende Betriebs- oder Werkstätte oder eine sonstige gewerbliche Anlage befindet.

Die zu dem abgabepflichtigen Betriebe gehörenden Grundstücke und Anlagen, welche in einer nach dem vorigen Absatze zur Erhebung einer Abgabe nicht berechtigten Gemeinde liegen, sind letzterer gegenüber bezüglich des aus ihnen fliessenden Einkommens einer Abgabepflicht nicht unterworfen.

Wird der Betrieb nicht auf Rechnung des Eigenthümers der zum Betriebe gehörenden Grundstücke und Anlagen geführt, so unterliegt das Pacht- oder sonstige Einkommen des Eigenthümers aus diesem Besitze der Abgabepflicht in denselben Gemeinden, in welchen das Einkommen aus dem Betriebe abgabepflichtig ist.⁷)

Jeder abgabepflichtige Grundstückskomplex des Staatsfiskus, sowie jede abgabepflichtige Unternehmung desselben gilt in Beziehung auf die Abgabepflicht als selbstständige abgabepflichtige Person. Was als selbstständige gewerbliche oder Bergbauunter-

4 1

nehmung des Staatsfiskus zu betrachten ist, setzt die zuständige obere Verwaltungsbehörde*) fest.

1) Ein bie Einfommenfteuerpflicht begrünbenber Gewerbebeirieb liegt ba nicht vor, wo bie entwicklte Thätigfeit mit ihren Ergebniffen nur auf die Befriedigung des eigenen Bebarfs — im Gegenfabe qu einer Betheiligung am allgemeinen wirthicaftlichen Bertehr — gerichtet ift.

Der Betrieb einer Bachtung kommt für die Gemeinbeeinkommensteuer nicht eiwa als Unterart des Gewerbes, sondern als selbstfländige Einkommensquelle in Betracht. (Urth. b. DBG. v. 9. Dez. 1887, Entsch. Bb. XV S. 85.)

³⁾ Die Thätigfeit eines vereibeten Fonds- und Wechselmasters ift als Betrieb eines stehenben Gewerbes und das Börsenlotal als Betriebsftätte anzusehen. Als Betriebsftätte wird diesenige Stelle zu bezeichnen sein, an welcher sich dauernd und bleibend der Hauptsache nach, aufolge der Willensbestimmung des Unternehmers ober nach der Natur des Gewerbes, biejenigen Thätigkeiten vollziehen, welche den Inhalt des Gewerbebetriebs bilden. (Urth. d. DBG. d. 26. Okt. 1886. Entich. Bb. XIV S. 121.)

Die Ausübung ber Rechtsanwalticaft und bie amtliche Thatigteit eines Rotars fallen nicht unter ben Begriff bes Gewerbebetriebes.

Die Einrichtung und Benutzung eines Geschäftsbureaus ift für sich allein zur Begründung des Wohnstiges in dem Gemeindebezirfe nicht ausreichend. (Urth. d. OBG. v. 1. April 1887, Entsch. Bb. XV S. 41.)

Das Einsommen aus einer gewerblich betriebenen Gasanftalt unterliegt ber Besieuerung nicht schon ba, wo nur bas Röhrennes fich befindet. (Urth. b. DBG. v. 24. Juni 1887, Entsch. 8b XV S. 120.)

Die Betriebsftätte eines Fuhrverleihers befindet sich bort, wo die Sespanne bauernd jum Zwede ihrer gewerblichen Berwerthung untergebracht sind und von ihrem Eigenthimmer bezw. den in besten Diensten steibenden Leuten gewartet und gepfiegt werden. (Urth. b. OBG. b. 11. Sept. 1889, Entich. Bb. XVII S. 128.)

3) Unter einer Zweignieberlassung ift nichts Anberes zu versteben, als bas, was nach bem Hanbelsgesethuch unter biesen Begriff fällt. (Urth. b. OBG. v 9. Juni 1891, Entsch. Bb. XXI S. 63.)

4) Die Betriebsftätte bei landwirthschaftlich benutten Grundstüden ift das Grundstüd, auf welchem die Landwirthschaft betrieben wird, nicht aber anstatt besselben die Stelle (Hof, Gehöft, Borwert), von welcher aus diefer Betrieb erfolgt. (Urth. d. DBG. v. 17. Sept. 1887, Entich. Bd. XV S. 1944)

Die Betriebsstätte eines Wasserwertes, von welchem sich bie Wassergewinnungsanlagen (Quellenfassungen, Brunnenstuben und Stollen mit selbstithätigen Stauborrichtungen), sowie das Leitungsrohr zum Hochreservir hin in einem Gemeindebezirke, im Bezirke ber Nachbargemeinde dagegen biese Reservoir sowie das, das Wasser von demselben auf die Berdrauchstätten vertheilende Rohrnetz besinden, ist als eine einheitliche, sich über den Bezirk beider Gemeinden erftreckende anzusehen. (Urth. d. DBG. b. 30. März 1889, Entich. Bb. XVII S. 249,)

Der Betrieb einer Pferbebahn ist nach bem ersten Absat bes § 2 dort abgabepstädtig, wo sich eine Betriebskätte befindet. Die mit dem Schienennetze bebeckten Straßen der Gemeinden bilben die einheitliche Betriebskätte. (Urth. d. OBG. v. 13. Mai 1891, Entsch. Bd. XXII S. 121.)

Wefentilch ift für die Besteuerung des Bergbaubetriebes durch ben Kreis, daß es sich um eine Bergbauunternehmung handelt und daß eine oberirdische Betriebsstätte vorhanden ist. (Urth. d. OBC. v. 14. März 1892, Entich. Bb. XXIII S. 280.)

Der Kanal ift eine einheitliche gewerbliche Betriebsstätte. (Urth. b. OBG. v. 14. Jan. 1893, Entsch. Bb. XXIV S. 103.)

5) Komptoire, in welchen regelmäßig und ausschließlich Distanzbertäuse (Art. 344 HBB.) geschlossen werden, sind Bertaufsstätten. Eine Bertaufsstätte ift nicht borhanden, wenn alle und jede Einrichtungen. — selbst die zeitweise bloße Anweienheit des Bertäufers, einer Bevollmächtigten oder Gehilsen — aus welchen auf die Absicht geschlossen verden tann, an diesem Orte dem ericheinenden Oritten den Abschluß von Kausgeschäften zu ermöglichen, fehlen. (Urth. d. OBG. d. 24. Sept. 1887, Entsch. XV S. 202.)

Berkaufsstätte ist ba vorhanden, wo der Gewerbetreibende eine feste, dem Publikum bekannte und zugängliche Stelle etablirt hat, zu dem Zwede, die Waaren dort durch den dazu ermächtigten

- 1

Bertreter an jeden annehmbar befundenen Käuser zu verkaufen und mit der Wirkung, daß, was dieser verkause, bedungenerweise geliesert und bezahlt werden muß, die Bertäuse auch regelmäßig und fortlausend an eben jener Stelle ersolgen. (Urth. d. OBG. v. 2. Dez. 1887, Entsch. Bd. XVI S. 110.)

- 9) Betreibt eine Bersicherungs-Attiengesellschaft gewisse Sweige ihres Gewerbes von ihrem im Inlande belegenen Site aus nur mit Hife unselbstftändiger Agenten, so ift das gesammte dadurch erzeite Einkommen, auch wenn sich der Geschäftskreis auf das Ausland mit erstreckt, in der Sitzemeinde zu versteuern. (Urth. d. DBC. d. 13. Sept. 1887. Entich. Bd. XV S. 98.)
- 7) Nach bem Kommunalabgabengeset b. 27. Juli 1885 begründet ber Nießbrauch an Grundstüden gleich bem Eigenthume die Berpflichtung, als Forense Einkommen aus Grundbesitz zu versteuern. (Urth. b. OBG. v. 30. Jan. 1889, Entsch. Bb. XVII S. 244.)
- s) Die Feststellung ber zuständigen oberen Berwaltungsbehörbe, fraft welcher eine gewerbliche Unternehmung des Staatsstsus in Beziehung auf die Kommunafabgabenpsicht nicht als seldsständs in Beziehung auf die Kommunafabgabenpsicht nicht als seldsständig innbern als zu einem größeren, über mehrere Gemeinden sich erstredenben Gesammtunternehmen gehörig zu gelten hat, greist der berwaltungsrichterlichen Entschelbung darüber, od nicht jener Abeil des Ganzen gleichwohl eine in der Weise sir sich bestehende Anlage bildet, daß die Belegenheitsgemeinde eine dem Auswande an Gehältern u. s. w. entsprechende Quote des Gesammteinsommens besteuern dars, nicht vor. (Urth. d. DBG. v. 16. März 1889, Entsch. XVIII S. 124.)
- §. 3. Bei Ermittelung des jährlichen Reineinkommens 1) ist, sofern sich nicht aus den §§. 4 bis 6 ein Anderes ergiebt, nach den für die Einschätzung zur Staatseinkommensteuer geltenden Grundsätzen zu verfahren. 2)

Bezüglich des Reineinkommens aus Bergbauunternehmungen gilt dies mit der Massgabe, dass die der jährlichen Verringerung der Substanz³) entsprechenden Abschreibungen zu den Ausgaben gerechnet werden. Insoweit eine Einschätzung zur Staatseinkummenbeziehungsweise Klassensteuer stattzufinden hat, ist das Ergebniss derselben für die Gemeindebesteuerung massgebend.⁴)

1) Reineinkommen ift basjenige Einkommen, welches nach Abzug aller zur Erzielung ber Einnahmen und zur Erfüllung rechtlicher Berpflichtungen erforberlichen Ausgaben übrig bleibt. Ob eine rechtsverbindlich eingegangene Berpflichtung freiwillig eingegangen ift, ober nicht, ift irrelevant. (Urth. b. OBG. v. 12. Febr. 1883, Entich. Bb. XV S. 77.)

Die Berechnung bes steuerpflichtigen Reineinsommens ber Attiengesellschaften hat unabhängig von den Bestimmungen des Jandelsgeschhucks über die Ausstellung der Silanz und über die Gewinn- und Berlustberechnung zu erfolgen. (Urth. d. OBC. v. 25. Mätz 1887, Entich. Bd. XIV S. 129. Urth. d. OBC. v. 1 Mai 1888, Entsch. Bd. XVI S. 95.)

Bei der Feststellung des steuerpsichtigen Reineinsommens der Attiengesellschaft bilden die aus dem Erneuerungssonds verausgabten Beträge keinen Theil des der Besteuerung unterliegenden Einsommens; die stautenmäßig den Mitgliedern des Aufsichtesungestigterte und gezahlte Tantidme bildet eine steuerfreie Ausgabe. (Urth. d. DBG. v. 28. Okt. 1887, Entsch. Bb. XV S. 109.)

9) Der Einkommenbesteuerung ber Altiengefellschaft ift lediglich bas zum Zwede der staatlichen Besteuerung ermittelte Einkommen zu Grunde zu legen, ohne Abzug der 3½ pCt. (Urth. b. OBG. v. 17. Febr. 1893, Entsch. Bb. XXIV S. 46.)

Rücklagen zur Deckung künftiger, im Laufe bes Steuerjahres zu erwartenber Aursberluste an Effekten kommen bei ber Feststellung bes Reineinkommens als Ausgabe nicht in Abzug. (Urth. b. OBG. v. 1. Mai 1888, Entsch. Bb. XVI S. 95.)

3) Als Substanz ist nur die Masse ber verliehenen unterirbisch lagernben Mineralien anzusehen. Bei Bergwerken kann die Berringerung der Substanz nur durch einen Bruch ausgebrückt werben, dessen Jähler das im Frühjahr abgebaute Quantum und dessen Benner das Gesammtquantum der Mineralsubstanz bilbet. Als Gesammtquantum kann ferner nur die zur Zeit der Steuerberau-

lagung thatfächlich borhandene, nicht aber bie in einem früheren Beitpuntte borhanden gewesene Mineralmaffe in Betracht tommen.

Die Abschreibung muß in bemjenigen Berhältniffe, welches ber die jährliche Subftangverringerung ausbrückende Bruch angeigt, zu dem Gesammtwerthe der Substang stehen. Der Werth der Substang besteht in der Brauchbarkeit, welche die verliebene Lagerstätte für den Bergwertseigenthümer hat, das Mineral zu gewinnen und durch bessen Absah sich ein Einsommen zu erwerben. (Urif. d. OBG. d. 19. Dez. 1888, Entsch. Bd. XVII S. 128.)

4) Die Gemeindebehörden sind, soweit nicht § 3 Abs. 3 Platg greift, bei der Einschäung der Forensen völlig frei, so daß sie sogar über das bei der staatlichen Beranlagung angenommene Gesammteinsommen hinausgehen dürfen. (Urth. d. OBG. v. 7. Okt. 1892, Entsch. Bd. XXIV S. 50.)

Die Grunbfage für bie Ginfcatung gur Staatseintommenfteuer find folgende:

b. Einkommen aus Grundvermögen.

§. 13. Das Einkommen aus Grundvermögen ') umfasst die Erträge sämmtlicher Grundstücke, welche dem Steuerpflichtigen eigenthümlich gehören, oder aus denen ihm in Folge von Berechtigungen irgend

welcher Art2) ein Einkommen zufliesst.3)

Von Grundstücken, welche verpachtet oder vermiethet sind, 1) ist der Pacht- oder Miethszins, 5) einerseits unter Hinzurechnung der dem Pächter beziehungsweise Miether obliegenden Natural- und sonstigen Nebenleistungen sowie der dem Verpächter beziehungsweise Vermiether vorbehaltenen Nutzungen, 5) andererseits unter Abrechnung der dem letzteren verbliebenen abzugsfähigen Lasten, 1) als Einkommen zu berechnen. 5)

Für nicht vermiethete, sondern von dem Eigenthümer beziehungsweise Nutzniesser selbst bewohnte oder sonst benutzte Gebäude⁹) ist das Einkommen nach dem Miethswerthe¹⁰) zu bemessen; ausser An-

satz bleibt der Miethswerth solcher von dem Eigenthümer beziehungsweise Nutzniesser zu seinem landwirthschaftlichen oder gewerblichen Betriebe benutzten Gebäude oder Gebäudetheile, deren Nutzungswerth in dem Einkommen aus Landwirthschafts- oder Gewerbebetrieb enthalten ist 11)

Bei Schätzung des Einkommens aus nicht ververpachteten Besitzungen ist der durch die eigene Bewirthschaftung erzielte Reinertrag ¹²) zu Grunde zu legen. Die Veranlagung solcher Betriebe, bei welchen die Erträgnisse der Substanz des Bodens entnommen werden, sowie die Veranlagung ländlicher Fabrikationszweige erfolgen nach den Grundsätzen des §. 14, soweit diese Betriebe und Fabrikationszweige nicht bei der Ertragsermittelung des Hauptbetriebes, zu welchem sie gehören, berücksichtigt werden. ¹³

Der Gewinn beim pachtweisen Betriebe der Landwirthschaft¹⁴) ist in gleicher Weise zu veranschlagen, wie beim Betriebe auf eigenen Grundstücken, unter Hinzurechnung des Miethswerths der mitverpachteten

Wohnung.15)

Der Pachtzins einschliesslich des Werths der etwa dem Pächter obliegenden Natural- und sonstigen Nebenleistungen ist davon in Abzug zu bringen.¹⁶)

1) Die leitenden Grundfäße über die Besteuerung des Einfommens aus Grundbermögen finden einerseits Anwendung auf das Einschmmen aus Grundbesig, welcher dem Steuerpstichtigen als Eigenthum im Sinne des Privatrechts zusieht, sowie auf alle aus Berechtigungen irgend einer Art an fremdem Grundbesig zusikehenn Bezüge und andererseits nicht nur auf Einslinste aus Grundbesig im engeren Sinne, d. h. zur landwirthschaftlichen oder sorstlichen Ruzung bestimmten Grundsstäden, sowie aus Gedäuden, sondern auch auf das Einsommen aus anderen einen Ertrag gewährenden Sachen, welche gesetzlich dem Grundbesig zeichgestellt sind. Es sind daher die Jahresrenten, welche auf Grund des Sigenthumsrechts oder auf Grund eines dinssiehen Rechts, einer

Servitutberechtigung, eines Niefbrauchs u. f. w. an frembem Erund und Boben bezogen werben, ferner die Einkunfte aus Gebäuben, sowie aus landwirthschaftlich ober forstwirthschaftlich benutzten Erundfinden als Einkommen aus Erundbesit zu behandeln.

Binfen von Rentenbriefen, welche für abgelofte Braftationen ausgefertigt werben, fofern fie Bertinengien bes berechtigten Gutes geblieben find, find bei bem Bezugsberechtigten als Gintommen aus Grundbermogen au verfteuern.

- 9) Berechtigungen irgend welcher Art, fel es, daß ber Eigenthumer das Grundftlid vermiethet ober verpachtet hat, fel es, daß Jemandem ein Riefbrauchs- ober sonstiges Ruhungsrecht an bem Grundstide austeht.
- 3) Ausgeschloffen bon ber Besteuerung ift jeboch bas Einkommen aus bem in anberen beutichen Bunbestaaten ober in einem beutichen Schutgebiete belegenen Grunbstide, sowie bas Einkommen ber nicht bes Erwerbes wegen in Breugen wohnenben ober fich aufhaltenben Auslänber aus ben im Auslanbe belegenen Grunbstüden. (cfr. § 6 Rr. 4 u. 2 GG.)
- 4) Im zweiten Abfahe wird die Beranlagung bes Gintommens aus folden Grunbftuden geregelt, welche bermiethet ober verbachtet finb.
- 2) Der Bacht- und Methszins zum Unterschiebe von dem im britten Absahe zu Erunde gelegten Methswerthe ift derjenige Racht- ober Methszins, welcher fitt die Zeitbauer, für welche die Ginkommensteuerveranlagung erfolgt, von dem Mether ober Bächter zu zahlen ift. Wann der Racht- ober Miethsvertrag geschlesse ift, ift gleichgültig, sofern eine Simulation nicht vorliegt und die rechtliche Gültigkeit des Bertrages nicht zu bezweifeln ist. Liegt Sinulation vor, so wird nicht der simulatie, sondern der wirflich zu ermittelnde bezw. zu schähende Mieths- oder Bachtzins anzurechnen sein.
- 9 Die bem Berpächter begm. Bermiether neben bem Bachtober Mietheginse gugeficherten sonstigen Leiftungen und borbehaltenen Ruhungen muffen ihrem burchschnittlichen Gelbwerthe
 nach veranschlagt und bem Bacht- ober Mietheginse gugelegt werben-

- 7) Abguziehen hat ber Berpachter bie ihm verbliebenen abzugs-fähigen Laften, wie fie in bem § 9 bes Gefetes aufgeführt finb.
 - 8) Als Gintommen bes Berpachters gilt biernach:
 - 1) Der bom Bachter qu entrichtenbe jahrliche Bachtains (610 Rr. 1).
- 2) Der Gelbwerth ber bem Rachter jum Bortheile bes Berpachters eima obliegenden Natural- ober sonstigen Nebenleistungen sowie ber bem Bervächter etwa vorbehaltenen Nubungen.

In Abjug ju bringen find bie bem Berpachter vertragsmäßig berbliebenen Laften, foweit biefelben iberhaupt abjugsfähig find. (flebe beguglich biefer abjugsfähigen Laften Unm. 15). (AnsfUnw. Art. 15 II.)

Die Berechnung ber Wirthschaftsergebnisse eines Pachtgutes kann nicht nach bem Durchschnitte von 3 Jahren ersolgen, wenn die Ginnahmequelle sich nur während eines Wirthschaftslahres (allerdings neben anderem 3 Jahre hindurch bewirthschafteten eigenem Grundbestige) in der Hand des Steuerpflichtigen befunden hat. Der muthmaßliche Jahresbetrag kommt, nöthigenfalls in Betracht. (Urth. d. DBG. v. 24. Jan. 1893, Entsch. in Steis. Bb. I S. 131.)

Als Einkommen bes Bermiethers gilt ber bebungene Jahresmiethszins unter hinzurechnung bes Gelbwerthes ber bem Miether zum Bortheile bes Bermiethers obliegenden Rebenleistungen, sowie ber bem Bermiether vordehaltenen Rutzungen, andererfeits unter Abrechnung ber bem letzteren verbliebenen, nach den Borschriften in Anm. 12 abzugsfähigen Laften, sowie eines angemessenen Prozentsabes bes bebungenen Jahresmiethszinses für die Abnutzung bes Gelöubes.

Nebenleiftungen bes Miethers, welche bemfelben im eigenen Interesse obliegen (3. B. für Benutzung von Gas-, Bafferleitungen und bergl.) kommen nicht in Anrechnung.

Steht der Miethzins, welchen das Gebäude ober einzelne Theile beffelben im Steuerjahre bringen werben, noch nicht fest, so kann insoweit der Beranlagung (Steuererklärung) der zeitige Stand der Miethen zu Grunde gelegt werden. (Ausfanw. Art. 16 II.)

Gin Steuerpflichtiger, welcher an bem Gebäube nur bertragsmäßigen Riefbrauch bat, ift jum Abjug für Abnutjung bes Gebäubes nicht berechtigt. (Urth. b. DBG. v. 24. April 1893, Entich. in StStS. Bb. I S. 364.)

9) Der britte Abfat regelt bie Beranlagung ber bon bem Gigenthumer bezw. Rugnießer felbst bewohnten ober benutten Gebaube, welche nicht vermietbet finb.

10) Als Einkommen aus ben bom Eigenthümer 'und seinen Haushaltungsangehörigen zu Wohnungs- und hauswirthschaftlichen Zwecken benuhten Gebäuben ober Gebäubetheilen gilt beren Jahresmiethswerth, beiffen Schähung bie bazu gehörigen Hofraume, Hausgärten, Parkanlagen und sonstigen Zubehörungen zu berückfichtigen find.

An Orten, an welchen eine größere gabl von Wohnungen burch Bermiethung benutt wirb, ift ber Methswerth burch Bergleichung mit bem wirklichen Methsertrage von Wohnungen aleider Befcaffenbeit zu ermitteln.

Fehlt es an folden Bergleichsgegenständen an demfelben Orte, fo ift geeigneten Falles auf die Miethspreise benachbarter Ortschaften gurudzugeben.

Wo auch bieses Auskunftsmittel versagt, können die behufs Beranlagung der Gebäubesteuer eingeschätzen Ruhungswerthe einen Anhalt sir die Bemessung des Melthswerthes gewähren; det Anwendung dieses Maßstades ist inbessen zu deachten, daß die Schäubung den gegenwärtigen Methhswerth richtig treffen soll, während der Gebäubesteuernutzungswerth nach anderen Geschütspunften, theils nach den durchschittlichen Miethspreisen eines vergangenen Zeitraumes, theils mit Rücksich auf den Umfang des zur Zeit der Beranlagung mit dem Gebäude verdundenen Grundbestiges sestgeskellt ist. Wegen der Ausstellung von Normalsägen für die Schähung der Miethswerthe, namentlich in ländlichen Ortschaften, ist im Z. Theile dieser Anweisung Bestimmung getrossen. (Ausstanw. Art. 43 II.)

Bon bem Miethswerthe find in Abgug gu bringen:

a) bie nach bem Durchschnitt (3 Jahre) zu berechnenben Ausgaben für Instandhaltung und Reparatur, nicht aber auch die Auswendungen für etwaigen Umbau, Ausbau oder bessere Ausftattung des Gebäudes oder für Anlage und Pflege des zur Apnehmlichleit für ben Besiter bienenben Hausgartens. Fehlt es an zuverlässigen Unterlagen für eine ziffermäkige Berechnung ber im Durchschnitte wirklich aufgewendeten Kosten, so muffen bieselben mit Ruckficht auf die Beschaffenheit und ben baulichen Zustanb bes Gebäubes nach technischen Erunbsäten und Erfahrungen geschätzt werben.

Werben bem Bermiether bie von bemfelben verausgabten Beträge für Gas und Wasser wieber erstattet neben der Miethe, so scheiben sie einsach für die Verechnung des Einkommens aus; sind dagegen die Belträge in den zu entrichtenden Miethen mit vordehalten, so darf, insoweit der Bermiether vertragsmäßig verpflichtet ift zur Lieferung, nur der ortsübliche, näher sestzustellende prozentiale Betrag hierstir von dem Miether in Abzug gebracht werden. (Urth. d. OBG. d. 7. März 1893, Entsch. in Steles. Bb. I S. 249.)

- b) Die Beiträge zur Berficherung bes Gebäubes ober einzelner Theile ober Zubehörungen bes Gebäubes gegen Feuer und anberen Schaben:
 - c) bie Staatsgebaubefteuer;
- d) ein angemeffener Prozentsat bes Jahresmiethswerths für bie Abnutung bes Gebäubes;
- e) bie auf besonderen Rechtstiteln beruhenben bauernden Saften und etwaigen Schulbenginfen (ofr § 9). (Ausfanw. Art. 16 I.)
- 11) Der Miethswerth solcher Gebäube, welche ber Eigenthümer zu seinem landwirthschaftlichen ober gewerblichen Betriebe benutzt, bleibt außer Ansat, soweit der Rugungswerth in dem landwirthschaftlichen oder gewerblichen Betriebe schon zur Berechnung gesommen ist. Das wird also gelten von Ställen, Arbeiterwöhnungen, Scheunen, Lagerräumen, Fabrit- oder Maschinenräumen, Schul- oder Leilanstalten und dergleichen Gebäuden, welche der Eigenthümer oder Rugnießer zum Betriebe der Landwirthschaft oder zu einem gewerblichen Betriebe, z. B. der Ziegelet, Molteret, Gast- oder Schankwirthschaft benutzt, wenn er wegen des Ertrages aus Landwirthschaft oder Gewerbebetrieb schon zur Einsommensteuer herangezogen ist.
- 19) Diefer Abfat regelt bie Beranlagung bes Einkommens aus nicht verpachtetem, fonbern aus felbft bewirthichaftetem Grundbefite.

Als Reinertrag gilt die ganze Robeinnahme ber maßgebenben Wirthischaftsberiode nach Whyug ber Bewirthischaftungskoften und unter Berücksichtigung bes bei Beginn und am Schlusse ber Beriode borbandenen Bekandes an Borrathen.

- I. In Ginnahme finb gu ftellen:
- 1) ber erzielte Breis für alle gegen Baarzahlung ober auf Arebit veräußerten Erzeugniffe aus allen Wirthschaftszweigen, sowie für die Berleihung von Zugtraft unb anderen Wirthschaftsmitteln:
- 2) ber Geldwerth aller Erzeugnisse, welche zur Bestreitung bes Haushalts bes Besitzers, zum Unterhalte seiner Angehörigen, sowie ber nicht zum Wirthschaftsbetriebe gehaltenen Hausgenossen verbraucht ober sonst zu ihrem Ruten ober ihrer Annehmlichkeit berwendet sind; bierher gehört namentlich auch der Auswahn an Raturalien für die Beköstigung des zur perfönlichen Bebienung gehaltenen Gesindes, für die Unterhaltung von Luguspferden und bergl.
- Sind Wirthschaftserzeugnisse theils für ben hausbebarf theils zu Wirthschaftszweden verwendet, so ist eine ben thatjächlichen Berhaltnissen entsprechende Trennung nach billigem Ermessen zuzulassen. Dasselbe gilt von ben gemeinsamen zu beiben Rweden gemachten Ausgaben:
- 3) ber Miethswerth ber bon bem Eigenthumer und seinen Angehörigen selbst bewohnten ober gur Führung bes haushaltes benutten Gebäuben;
- 4) ber Gelbwerth bes am Schlusse ber Periode vorhanbenen Bestandes an Wirthschaftserzeugnissen, soweit biefelben zur Berwerthung burch Berkauf ober zum Berbrauche im Haushalte bestimmt finb (val. II Nr. 9);
- 5) ber Gelbwerth ber Rugung bon etwaigen Gerechtsamen gegen andere Grunbftude und andere Zubehörungen.
- II. Bon ber Ginnahme find als Bewirthschaftungstoften in Abzug zu bringen bie Ausgaben:
- 1) für Unterhaltung, nicht auch für bie Erweiterung und ben Reubau ber Wirthschaftsgebaube, Tagelöhnerwohnungen und ber

übrigen bem Birthichaftsbetriebe bienenben ober benfelben fichernben baulichen Anlagen (Deiche, Mauern, Zäune, Wege, Brüden, Brunnen, Bafferleitungen, Schleufen, Entwäfferungsanlagen);

- 2) für die Erhaltung und Ergängung nicht auch für die Berbefferung und Bermehrung bes lebenben und todten Birthschaftsinbentars:
- 3) für die Berficherung der Wirthschaftsgebäube, des lebenden und todten Wirthschaftsindentars, der Borrathe an Wirthschaftserzeugnissen, sowie der noch ungeernteten Feld- und Gartenfrüchte, — nicht aber des haushaltungsmobiliars — gegen Feuer-, hagelund anderen Schaden;
- 4) für heizung und Beleuchtung ber Birthichaftsraume, nicht auch ber für ben haushalt benuten Raume;
- 5) für Samen, Bfianzen, Futter- und Dungmittel, Rohftoffe und sonftige Materialien, die für ben laufenden Birthichaftsbetrieb einschlich ber etwaigen Nebenbetriebe zugetauft worden find.

Wenn Erzeugniffe gewiffer Grunbstüdstheile zur Erhaltung ober zum Betriebe ber Wirthschaft bestimmt, berwenbet und erforberlich find, so kommen sie weber als Ausgabe noch als Einnahme in Betracht. (Urth. b. OBG. v. 9. Jan. 1898, Entsch. in Steis. Bb. 1 C. 91.)

- 6) für Gehalt, Lohn und sonstige Dienstemolumente soweit bieselben nicht den Wirthschaftserzeugnissen entnommen find an bas zum Wirthschaftsbetriebe, nicht auch an bas zum Haushalte ober zu persönlichen Dienstleistungen angenommene Bersonal;
- 7) bie gesetz- ober vertragsmäßig vom Eigenthümer für bas zum Wirthschaftsbetriebe angenommene Personal zu leistenben Beiträge zu Kranken- u. s. w. Kassen;
- 8) die Staats-, Grund- und Gebäudesteuer, sowie die von landwirthschaftlichen Rebenbetrieben zu entrichtenden Gewerbesteuern und indirekten Abgaben (Zudersteuer, Branntweinsteuer u. f. w.).

Dierau tommt:

9) ber Geldwerth ber aus ber vorangegangenen in bie gegenwärtige Wirthschaftsperiobe übernommenen Bestände an Borrathen ber zu I Rr. 4 bezeichneten Art.

- III. Für bie Abnuhung ber jum Birthichaftsbetriebe nothwenbigen Gebäube, Majchinen, Gerathichaften tann ein angemeffener Brogentiat bes Auhungswerthes in Abgug gebracht werben.
- 1V. Wegen bes Abzuges ber Schulbenzinfen und bauernben Laften wirb auf § 9 Rr. 1 u. 2 verwiesen.
- V. Bei benjenigen Betrieben, in welchen ber Bestand ber Borräthe (1 Rr. 4 u. II Rr. 9) am Schlusse ber einzelnen Wirthschaftsiahre wesentlichen Schwankungen nicht zu unterliegen plegt, tann ber Gelbwerth berselben sowohl bei ber Einnahme als auch bei ber Ausgabe unberücksichtigt bleiben. (Ausfanw. Art. 11.)
- 13) In biefen Källen wirb man unterscheiben muffen: Aft ber Grund und Boben bestimmt für ben Saubigewerbebetrieb, ober umgefehrt, ift ber Gewerbebetrieb nur Accessorium bes Grund und Bobens? Und je nach ber Sauptjache wirb zu untericheiben fein. ob Ginfommen aus Grundbermogen ober aus Sanbel und Gewerbe borliegt. So g. B. fallt bei Rabritgebauben, Speichern, Baarenbaufern, Geicaftsbaufern, überhaupt bei folden Grunbftuden, melde nothwendig jum Sanbels. und Gewerbebetriebe bienen, ber Brunbbefit und ber Erwerb beffelben in ben Reingewinn que Sanbels- und Gemerbebetrieb. Ebenfo giebt es auch landwirthicaftlich benuttes Grunbeigenthum, beffen Ertrag einen Rebenameig bes Sanbels- und Gemerbebetriebes bilbet, fo a. B. bei Stärkefabriten werben Riefelwiefen mit im Betriebe fein, bie lediglich bagu bienen, bie Rebennutungen bes Saubtbetriebes au bermerthen. Daffelbe gilt bon Medern, bie bon Ruderfabriten aum Unbau bon Ruderrüben gehalten werben.

Werben Brennereien, Brauereien, Stärke- und Krautfabriken, Mihjlen, Ziegeleien ober andere ländliche Habritationszweige in Berbindung mit landwirthschaftlicher Benutzung eines Grundflicks betrieben, so kann der gesammte Betrieb bei der Ermittelung bes Reinertrages als ein Ganzes behandelt werden. Für die aus dem einen Wirthschaftszweige in den anderen übernommenen Rohftoffe und Erzeugnisse sind Sadann weder bei dem ersteren Abgabepreise in Einnahme, noch bei dem letzteren Anschaftungswerthe in Ausaade zu stellen.

Daffelbe gilt von ber Berechnung bes Einkommens aus Sand-Lehm-, Thongruben, Stein-, Schiefer-, Kalk- ober Kreibebrücher, Torfstichen und anderen Rebenbetrieben, bei welchen die Erträgnisse ber Substanz bes Bobens entnommen werben.

Stehen jeboch gewerbliche Unternehmungen ber in vorstehenden Abfägen bezeichneten Art nicht in unmittelbarer Berbindung mit einem Landwirthschaftsbetriebe, so ist beren Ertrag nach den für das Gintommen aus handel und Gewerbe maßgebenden Bestimmungen (§ 14) zu ermitteln. (Ausfann. Art. 12.)

Bei Berechnung bes fteuerpflichtigen Gintommens aus Forften (Solgungen) finb

1) in Ginnabme au ftellen :

ber Erlös für bie in bem maßgebenden Zeitraume (3 Jahre) aus bem regelmäßigen Abtriebe, ben Zwischen- und Rebennugungen erzielten Brobutte.

2) in Ausgabe:

bie Aufwenbungen für Aufficht und Berwaltung, Schlagen, Aufbereitung, Ruden und Flößen ber Solzer, sowie für Unterhaltung ber Baulichteiten (Forsthäuser, Bruden, Wege u. f. w.)

3) Außer Anrechnung bleiben die Ergebnisse außergewöhnlicher, nicht innerhalb der regelmäßigen Ruyung liegenden Abtriebe, welche als eine Berminderung des Holzbestandskapitals anzusehen sind.

Koften für Aufforstungen bürfen nur insoweit in Abzug gebracht werben, als es sich um bie Erhaltung bes Forstbestandes handelt, nicht aber insoweit Reubeforstung unbewaldeter Flächen behufs Erweiterung bes Forstbestandes in Frage stehen. (Aussamw. Art. 12.)

Liegenschaften, welche einen landwirthschaftlichen Ertrag nicht abwerfen, sonbern als Bau-, Zimmer-, Holzpläte, Schladen-, Schuttober ähnliche Ablagen ober zu sonfigen gewerblichen Zweden (Gemüse-, Obst-, Blumenzucht u. bergl.) vom Eigenthümer selbst benutzt werben, find bei ber Ermittelung bes Einsommens aus bem Gewerbetriebe, welchem sie bienen, zu berücksichen.

Hofrdume und hausgarten werden bei Ginfchagung bes Ginfommens ben Gebauben, ju welchen fie gehören, in Anfchlag gestracht (ofr. Anm. 19). (Ausfanw. Art, 14.)

- 14) Also auch hier ift bei Schätzung bes Einkommens ber Reinertrag, ober, wie er hier genannt ift, ber Gewinn ju Grunbe ju legen; im übrigen aber auch bie Bestimmung bes zweiten Sates im borbergebenben Abschitte zu berückschitgen.
 - 15) Jeboch ift gu beachten:
- 1). biejenigen gemäß § 13 Anm. 15 zu II an sich abzugsfähigen Ausgaben, welche vertragsmäßig der Berpächter zu bestreiten hat, dürfen ebensowenig wie die zu III baselbst erwähnte Abnuhungsquote von dem Einkommen des Bächters abgezogen werden:
- 2) ben beim Bachter abgurechnenben Betriebsausgaben treten binau:

ber bebungene jabrliche Bachtgins,

ber Geldwerth ber vom Pächter neben dem Pachtpreise übernommenen Raturallieferungen und Leiftungen; soweit dieselben in Erzeugnissen der Wirthschaft oder in Arbeitsleiftungen des Pächters, seiner Angehörigen, Dienstleute und Wirthschaftspersonen bestehen, ist der Abzug unstatthaft, weil diese Erzeugnisse u. s. w. auch nicht unter den Einnahmen derrechnet werden. (Ausfanw. Art. 15.)

- 19 Bon bem Gewinn ift ber Bachtzins einschließlich ber bem Bachter obliegenben Ratural- und sonstigen Saften in Abzug zu bringen.
 - c. Einkommen aus Handel und Gewerbe einschliesslich des Bergbaues.
- § 14. Das Einkommen aus Handel und Gewerbe') einschliesslich des Bergbaues 2) besteht in dem in Gemässheit der allgemeinen Grundsätze (§§. 6-11) ermittelten Geschäftsgewinne.3) Mit dieser Massgabe 4) ist der Reingewinn aus dem Handels- und Gewerbebetriebe nach den Grundsätzen zu berechnen, wie solche für die Inventur und Bilanz durch das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch vorgeschrieben sind und sonst dem Gebrauche eines ordentlichen Kaufmannes entsprechen.6) Insbesondere gilt dieses einerseits von dem Zuwachs des Anlagekapitals und andererseits von den regelmässigen jährlichen Ab-

schreibungen, welche einer angemessenen Berücksichtigung der Werthverminderung entsprechen.6)

Im Uebrigen gilt für die Berechnung und Schätzung des Einkommens aus Gewerbe und Handel Folgendes:

- Die Zinsen des im Handels- oder Gewerbebetrieb angelegten eigenen Kapitals des Steuerpflichtigen sind als Theile des Geschäftsgewinnes zu betrachten.
- Der von einer nicht nach §. 1 Nr. 4 und 5 steuerpflichtigen Erwerbsgesellschaft erzielte Geschäftsgewinn ist den einzelnen Theilhabern nach Massgabe ihres Antheils anzurechnen.
- 3) Der Gewinn aus den zu Spekulationszwecken abgeschlossenen Geschäften, abzüglich etwaiger Verluste bei derartigen Geschäften, und aus der Betheiligung an derartigen Geschäften ist auch bei solchen Steuerpflichtigen, welche nicht zu den Handel- und Gewerbetreibenden gehören, nach den für das Einkommen aus Handel und Gewerbe massgebenden Grundsätzen zu berechnen.
- 1) Das Einkommen aus hanbel und Gewerbe umfaßt ben Gewinn aus gewerblichen ober Danbelsunternehmungen jeder Art, mögen biefelben in großem ober geringem Umfange, fabrit- ober handwertsmäßig betrieben werben. Außer Betracht bleibt ber Etwinn:
- a) aus bem in einem anberen beutschen Bunbesftaate ober in einem beutschen Schutzgebiete betriebenen Gewerbe (§ 6).
- b) aus bem auslänbischen Gewerbebetriebe eines in Preußen steuerpsichtigen aber nicht bes Erwerbes wegen sich aufhaltenben Ausländers.

Unter die Bestimmungen zu a und b fällt nicht jebe von einem Steuerpflichtigen außerhalb Preußens geübte gewerbliche Thätigkeit, sonbern nur eine solche, welche als Ausübung eines ftehenben Gewerbebetriebes anzusehen ift, wie die Unterhaltung einer Bweigenieberlaffung, einer Berkaufs- oder Fabrikationsstätte ober sonftigen gewerblichen Betriebsstätte. Steht ein biernach nicht steuerpflich-

tiger Gewerbebetrieb mit einem fteuerpflichtigen bergestalt im Zusammenhange, daß eine gesonderte Gewinnberechnung nach Maßgabe der solgenden Borschriften nicht ausssührbar ift, so muß der Gewinn für den gesammten Betrieb berechnet und auf die einzelnen Betriebsftellen nach dem Berhältnisse des Betriebsumfanges unter Berkcssichung der besonderen Betriebssoften veriheilt werden. Die hierbei zu beachtenden Merkmale (Werth und Menge der Produktion, Umsah u. s. w.) sind den besonderen Berhältnissen des einzelnen Falles zu entnehmen. Rann auf diesem Wege ein zutressenden Mahrabab für die Geminnbertheilung nicht geschnen werden, so ist der Gesammtgewinn auf die berschiedenen Gebete nach derkändigem Ermessen au vertbeilen.

Rach benselben Grundsähen ift zu versahren, wenn die Steuerpflicht gemäß § 2 Abs. 1 auf ben preußtichen Gewerbebetrieb beschänkt, mit bemselben aber auch ein Betrieb in anderen Staaten verbunden ift. (Ausfanw. Art. 17.)

- ⁹⁾ a) Für die Berechnung des Einkommens aus Bergbauunternehmungen, welche nicht den Borschriften über Aftiengesellschaften unterliegen, finden die Bestimmungen über die Besteuerung des Einkommens aus handel und Gewerbe Anwendung mit der Maßgabe, daß den zulässigen Abzügen die Bergwergsabgabe, sowie die der jährlichen Berringerung der Substanz des Bergwerfs entsprechenden Abschreibungen binau treten.
- b) Bei Ermittelung bes steuerpsichtigen Einkommens bürfen bie für einzelne Bergwertsantheile (Auxe) zu leistenden Zudußen nur insoweit in Abrechnung gebracht werden, als dieselben nicht in Folge von Kahitalanlagen zur Erweiterung des Bertiebes oder zu sonstigen Berbesserungen, sondern in Folge von Ausgaden entftanden sind, welche behufs Fortsekung des Betriebes in dem bisherigen Umfange nothwendig waren. (Ausfanw. Art. 20.)
- 2) Als steuerpflichtiges Einkommen aus hanbel und Gewerbe gilt ber im Durchschnitte in ben brei letten abgeschlossenen Seichäftsjahren erzielte Gewinn. Bei Gewerbebetreibenben, welche nicht Raufleute im Sinne bes Handelsgeschhucks sind, ergiebt sich ber Geschäftsgewinn aus ber Gegenüberstellung ber jährlichen Betriebseinnahmen und -Ausgaben.

- I. Ru ben Ginnahmen geboren insbefonbere:
- 1) bie für geschäftliche ober gewerbliche Leiftungen jeber Art bebungenen ober gewährten Provisionen, Zinsen und sonstigen Gegenleiftungen;
- 2) ber erzielte Preis für alle gegen Baarzahlung'ober auf Arebit bertauften Baaren und Erzengniffe;
- 3) ber Gelbwerth ber jum Gebrauche ober Berbrauche bes Steuerpfiichtigen, seiner Angehörigen und ber nicht jum Gewerbebetriebe gehaltenen Dienstboten und sonstigen hausgenoffen aus bem Betriebe entnommenen Erzeugniffe und Waaren.

Sind Erzeugnisse und Waaren theils für den Saushaltsbedarf, theils für Zwede des Gewerbebetriebes ververwendet, so ift eine ben thatsächlichen Berhältnissen entsprechende Arennung nach billiaem Ermessen quaulasien.

Daffelbe gilt von ben gemeinfamen gu beiben Zweden gemachten Ausgaben.

- II. Bon ber Einnahme find als Betriebskoften in Abzug zu bringen:
- 1) bie Koften ber Unterhaltung ber bem Betriebe bienenben Gebäube und sonstigen baulichen Anlagen, sowie zur Erhaltung und Ergänzung bes vorhandenen lebenden und tobten Betriebsinventars;
- 2) bie Roften für Berficherung ber gu 1 gebachten Gegenftanbe, fowie ber Baarenborrathe gegen Branb und fonftigen Schaben:
- 3) ber Bacht- und Miethains für bie gum Gefcaftsbetriebe gepachteten und gemietheten Grunbftude, Gebaube und Utenfilien:
- 4) bie Musgaben für bie im Betriebe erforberliche Beigung unb Beleuchtung:
- 5) bie Anschaffungskoften für die eingekauften Rob. und Hifsstoffe und Waaren, sowie für die sonst im Betriebe erforderlichen Materialien:
- 6) bie Löhnung ber für ben Gewerbebetrieb angenommenen Angeftellten, Gefüllen, Arbeiter einschließlich bes Geldwerthes ber etwa gewährten Beköftigung und sonstigen Natural-leistungen, soweit biese nicht aus ben Betriebsbeständen entnommen werden:

- 7) bie bon bem Unternehmer geseh- ober bertragsmäßig für bas Betriebspersonal (Rr. 6) zu entrichtenben Beiträge zu Kranfenu. f. w. Kassen.
- 8) Die Staatsgewerbesteuer, die auf ben bem Betriebe bienenben Grunbstuden haftenben Staats-, Grunb- und Gebaubesteuern, sowie die im Geschäftsbetriebe zu entrichtenben indiretten Abgaben (Bolle u. f. w.).

III. Für die Abnuhung der im Gewerbebetriebe nothwendigen Gebäude, Maschinen, Geräthschaften kann ein angemeffener Prozentjat bes Ruhungswerthes in Abzug gebracht werden. (Ausfanw. Art. 18.)

Führt ber Steuerpflichtige Hanbelsbucher nach Borfcrift ber Art. 20 ff. bes Allgemeinen Deutschen hanbelsgesehbuches, so find bie Bucherabschlüfte ber maßgebenben Geschäftsjahre (§ 10) nebst ben borschriftsmäßig angefertigten Bilangen ber Gewinnberechnung ju Grunbe au legen.

Soweit jeboch bei ber Buchführung bie in ben §§ 6—11 und 14 bes Gesehes bezw. in ben Artikeln 3—6 und 17 ber Anweisung angegebenen Grundsage nicht befolgt, insbesonbere Zinsen bes im Hanbels- ober Gewerbebetriebe angelegten eigenen Rapitales bes Steuerpsichtigen, ober Ausgaben, beren Abzug gemäß § 9 II überhaupt unzuläffig ift, vom Gewinne abgerechnet worden find, muffen behufs Ermittelung bes fteuerpflichtigen Ginkommens bie entsprechenben Betrüge wieber hinzugesetzt werben. (Ausfanw. Art. 19.)

- 1) "Mit biefer Maßgabe" heißt: In erfter Reihe haben bie allgemeinen Grunbsthe Geltung, wie sie bas Einsommenkenergefet für die Einsommensberechnung aufselt, und soweit keine Abweichungen von diesen allgemeinen Grundsthen vorliegen, haben bie Bestimmungen Anwendung zu sinden, wie sie das Deutice Handelsgesehduch mit Bezug auf Inventur und Bilanz aufstellt.
- 5) Der Sinn ift ber, daß die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches Anwendung sinden für einzelne Rausseute nach Art. 31 und für Kommanditgeseuschaften auf Altien und Altiengeseuschaften nach Art. 185a.

Reineswegs barf aber ber einzelne Raufmann bie Bilanz nach Art. 185a aufstellen. Ein bahin gehenber Antrag ift abgelehnt worden.

9) Für die Bewerthung der Bermögensstüde und Forberungen bei der Inventur und für das Maß der überhaupt julässigen Abschriebungen ist hiernach die Borschift im Artikel 31 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesehbuchs, der kaufmännische Gebrauch und innerhalb der durch benselben gezogenen Grenzen das Ermessen des Steuerpstäcktigen selbst bestimmend. Die von demselben in dieser hinklich bei seiner Buchführung angenommenen Grundsätzebleiben daher auch für die Berechnung des keuerpstichtigen selbst den dem geben bei der nicht die ungebührliche Höhe der Abschriedung im einzelnen Falle das nach allgemeinem Gebrauche übliche oder durch die bespieden kach das nach allgemeinem Gebrauche übliche derabriichnen beraberiedung des wirklichen Reingewinns erkennen lätzt (Ausfalm, Art. 19.)

Rach Art. 31 bes Allgemeinen Deutschen Hanbelsgesehhuches sind bei der Aufnahme des Inventars und der Bilanz sämmtliche Bermögensstilche und Forderungen nach dem Werthe anzusetzen, welcher ihnen zur Zeit der Aufnahme beizulegen ist. Zweiselhafte Forderungen sind nach ihrem wahrscheinlichen Werthe anzusetzen, uneindringliche Forderungen aber abzuschreiben.

e. Einkommen der Aktiengesellschaften u. s. w.

§. 16. Als steuerpflichtiges Einkommen der im §. 1 Nr. 4 und 5 bezeichneten Steuerpflichtigen 1) gelten unbeschadet der Vorschrift im §. 6 Nr. 12) die Ueberschüsse, 3) welche als Aktienzinsen oder Dividenden, gleichviel unter welcher Benennung, unter die Mitglieder vertheilt werden, und zwar

unter Hinzurechnung der zur Tilgung der Schulden oder des Grundkapitals, zur Verbesserung⁴) oder Geschäftserweiterung, sowie zur Bildung von Reservefonds⁵) — soweit solche nicht bei den Versicherungsgesellschaften zur Rücklage für die Versicherungssummen bestimmt sind⁵) — verwendeten

Beträge,

jedoch nach Abzug von 3½ Prozent des eingezahlten Aktienkapitals.¹) An Stelle des letzteren ¹) tritt bei eingetragenen Genossenschaften die Summe der eingezahlten Geschäftsantheile der Mitglieder, bei Berggewerkschaften ²) das aus dem Erwerbspreise und den Kosten der Anlage und Einrichtung beziehungsweise Erweiterung des Bergwerks sich zusammensetzende Grundkapital ¹¹) oder, soweit diese Kosten¹¹) vor dem 1. April 1892 aufgewendet sind, nach Wahl der Pflichtigen der zwanzigfache Betrag der im Durchschnitt der letzten vier Jahre ¹²) vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vertheilten Ausbeute.¹³)

Im Falle des §. 2b14) gilt als steuerpflichtiges Einkommen derjenige Theil der vorbezeichneten Ueberschüsse, welcher auf den Geschäftsbetrieb in Preussen beziehungsweise auf das Einkommen aus preussischem Grundbesitz entfällt. 18)

Der Kommunalbesteuerung ist das ermittelte Einkommen ohne den Abzug von 3¹/₂ Prozent zu Grunde zu legen.

- 1) Das find die Aftiengefellschaften, Kommanditgefellschaften auf Aftien, Berggewertschaften. welche in Preußen ihren Sit haben, und eingetragene Genoffenschaften, welche über ben Krels ihrer Ritglieder hinaus Geschäfte treiben, sowie Ronsumbereine mit offenem Laben, sofern sie eingetragene Genoffenschaften find.
- 3) Rach biefer Bestimmung find von der Besteuerung ausgeichlossen die Einkommen aus den in anderen beutschen Bundesstaaten ober in einem deutschen Schutzgebiete belegenen Grundstilden aber den daselbst betriebenen Gewerben.

Die Beranlagung auch berjenigen Unternehmungen, welche in Preußen an berichiebenen Orten Betriebsstätten unterhalten, erfolgt einheitlich nach bem gesammten in Preußen steuerpflichtigen Gintommen. (Ausfanw. Art. 27.)

9 Behnfs Ermittelung bes fteuerpflichtigen Gintommens tommen nur in Anrechnung:

"nach Abzug von 3 Prozent des eingezahlten Aftienkapitals bezw. ber Summe der Geschäftsantheile."

Diefes lettere follte bezogen werben auf bie eingetragenen Genoffenicaften und bie Berggewerkicaften.

9) Bezüglich ber Berggewerkschaften war bas Bebenken erhoben ivorben, baß bei benfelben Kure, aber nicht Geschäftsantheile vorhanden seien und baher eine Berechnung des Abzuges von Prozenten ber Summe der Geschäftsantheile nicht möglich sein würde; es würde bei den Berggewerkschaften überhaupt schwer festzustellen sein, an welchem Kapital die von der Steuer befreiten Prozente in Abzug zu bringen seien; denn eine Berechnung der während vieler Jahre geleisteten Zubußen, der gezahlten Ausbeuten gegeneinander, würde schwierig sein. Diese Bedenken wurden anerkannt, und deshalb ist die Fassung angenommen, wie sie vorliegt.

Die Bestimmung bes Kommunalnothsteuergesets vom 27. Juli 1885, welche den Bergwerten gestattet, bei der Festskung des keuerpstädigen Einkommens die jährliche Berringerung der Substanzen Anrechnung zu bringen, soll nach einer Erkärung des Finanzministers Dr. Maquel auch dier thatsächlich gehandhabt werden.

- 10) Beträge, welche zur Deckung ber laufenben Betriebskoften ober zur Fortführung bes Betriebes in bem bisherigen Umfange aufgewendet find, dürfen hierbei nicht in Anrechnung gebracht werben. (Ausfanw. Art. 27.)
- 11) nämlich bie Roften ber Anlage, Ginrichtung ober Erweiterung eines Berawerts.
- 12) Maggebenb find bie letten vier Betriebsjahre ber Gewertichaft, beren Ergebniffe gur Zeit ber Beranlagung (Steuererklärung) festgestellt werben tonnen. (Ausfanw. Art. 27.)
- 13) Die zum Zwede ber Berechnung bes Grundkapitals von ben Gewerkschaften anzugebenden Erwerbspreise, Kosten bezw. Ausbeuten sind auf Erfordern durch Borlegung der Bücher und Berwaltungsrechnungen nachzuweisen. (Ausfanw. Art. 27.)

Die Feststellung bes steuerpflichtigen Einkommens erfolgt auf Grund ber für die maßgebenden Betriebsjahre angefertigten Bilanzen, Jahresabicilisse (Gewinn- und Berlustrechnungen, Berwaltungsrechnungen), sowie der darauf bezilglichen Beschliffe der General- (Gewerken-) Bersammlungen nach dem Durchschnitt der letzen 3 Jahre gemäß 4.5. 10., jedoch sindet die dort vorgegeschene Schätzung "nach dem muthmaßlichen Jahresertrage" auf die nicht physischen Personen, welche neu in die Steuerpflicht einreten, keine Anwendung. Die Beranlagung derselben zur Eindommensteuer kann erst erfolgen, wenn ein das Borhandensein von Ueberschlissen ergebender Abschulb vollegt, und geschiedt alsdann von dem Beginne des Monats ab, der auf den Zeitraum folgt, für welchen der Abschulb gemacht ist. (Ausfänn. Art. 27.)

14) Rach § 2 b unterliegen ber Einkommensteuer ohne Rücklicht auf ihr Domigil auch alle Alktien- und steuerpflichtigen Erwerbsgesellichaften mit ihrem Einkommen aus preußischem Grundbesitz und aus preußischen Gewerbe- und handelsanlagen ober sonstigen gewerblichen Betriebsflätten.

15) Zu diesem Zwede ist der aus dem preußischen Grundbesits oder Gewerbebetrieb erzielte besondere Gewinn zu ermitteln und nach dem Berhältniffe dieses Gewinnantheils zu dem gesammten Reingewinn des Unternehmens der steuerpflichtige Theil der Ueberschiffe zu bestimmen.

Ift eine berartige besondere Gewinnberechnung nicht thunlich, so erfolgt die Festikellung des steuerpstichtigen Theils der Ueberschüfte nach den aus den thatsächlichen Betriedsberhälmissen eines jeden Unternehmens sich ergebenden Wertmalen, welche für die Gewinnerzielung dornehmlich bestimmend sind, insbesondere dei Bersicherungsgesellschaften nach dem Verhältnis der in Preußen aufsommenden zur gesammten Prämieneinnahme, dei Sphothetenbanken nach dem Verhältnis des Betrages der von preußischen Trundbesitzern zu entrichtenden Dahrlehnszinsen zu der gesammten Linseinnahme. (Ausfünw. Urt. 27.)

Bei benjenigen Unternehmungen, welche ihren Sit in Breugen haben, ift nur das Einkommen aus ben in einem anberen beutschen Bundesstaate ober in einem beutschen Schutzebiete belegenen Grundftlicken ober ben baselost betriebenen Gewerben von ber Besteuerung ausgeschlossen. Die Felistellung bes hiernach nicht fteuer-

"nach Abzug von 3 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals bezw. der Summe der Geschäftsantheile."

Diefes lettere follte bezogen werben auf bie eingetragenen Genoffenichaften und bie Berggewertichaften.

9) Bezüglich ber Berggewerkschaften war bas Bebenken erhoben ivorben, daß bei benfelben Kure, aber nicht Geschäftsantheile vorhanden seien und baher eine Berechnung des Whzuges don Prozenten der Summe der Geschäftsantheile nicht möglich sein würde; es würde bei den Berggewerkschaften überhaupt schwer festzuschellen sein, an welchem Kapital die von der Steuer befreiten Prozente in Abzug zu bringen seine; denn eine Berechnung der während vieler Jahre geleisteten Aubuken, der gezahlten Ausbeuten gegeneinander, würde schwerieg sein. Diese Bebenken wurden anerkannt, und beshalb ist die Kasuna anaenommen, wie sie vorliegt.

Die Bestimmung des Kommunalnothsteuergesets vom 27. Juli 1885, welche den Bergwerken gestattet, bei der Feststellung des steuerpsticktigen Einkommens die jährliche Berringerung der Substanzen Anrechnung zu bringen, soll nach einer Erkärung des Finanzministers Dr. Mauel auch dier thatkäcklich gehandbabt werden.

- 10) Beträge, welche jur Dedung ber laufenben Betriebstoften ober jur Fortführung bes Betriebes in bem bisherigen Umfange aufgewenbet find, bürfen hierbei nicht in Anrechnung gebracht werben. (Ausfanw. Art. 27.)
- 11) nämlich bie Roften ber Anlage, Einrichtung ober Erweiterung eines Bergwerfs.
- 12) Maggebend find die letten vier Betriebsjahre ber Gewertsichaft, beren Ergebniffe gur Zeit ber Beranlagung (Steuererklärung) festgestellt werben tonnen. (Ausfanw. Art. 27.)
- 13) Die zum Zwede ber Berechnung bes Grundfapitals bon ben Gewerkschaften anzugebenden Erwerdspreise, Kosien bezw. Ausbeuten find auf Erfordern burch Borlegung ber Bücher und Berwaltungsrechnungen nachzuweisen. (AusfAnw. Art. 27.)

Die Feststellung bes steuerpflichtigen Einkommens erfolgt auf Grund ber für die maßgebenden Betriebsjahre angefertigten Bilanzen, Jahresabschlüffle (Gewinn- und Berlustrechnungen, Berwaltungsrechnungen), sowie ber barauf bezüglichen Beschlüsse ber General- (Gewerter-) Bersammlungen nach bem Durchschnitt ber letten 3 Jahre gemäß 4. 5. 10., jedoch findet die dort vorgegeschene Schätzung "nach dem muthmaßlichen Jahresertrage" auf bie nicht physsischen Bersonen, welche neu in die Steuerpkicht eintreten, keine Anwendung. Die Beranlagung berselben zur Einkommensteuer kann erst ersolgen, wenn ein das Borhandensein von Uederschilfen ergebender Abschlus vorllegt, und geschieht alsdann von dem Beginne des Monats ab, der auf den Beitraum folgt, für welchen der Abschlus gemacht ist. (Ausfähnw. Art. 27.)

14) Rach § 2 b unterliegen ber Einkommensteuer ohne Rücklicht auf ihr Domizil auch alle Aktien- und fteuerpstichtigen Erwerbsgesellschaften mit ihrem Einkommen aus preußischem Grundbesit und aus preußischen Gewerbe- und Handelsanlagen ober sonstigen gewerblichen Betriebsstätten.

15) Zu biefem Zwede ist ber aus bem preußischen Grundbesits ober Gewertsebetrieb erzielte besondere Gewinn zu ermitteln und nach dem Berhältnisse biefes Gewinnantheils zu dem gesammten Reingewinn des Unternehmens der steuerpflichtige Theil der Ueberschüllfe au bestimmen.

Ift eine berartige besondere Gewinnberechnung nicht thunlich, so erfolgt die Festikellung des steuerpstichtigen Theils der Uederschüssen aus den thatsächlichen Betriedsverhältnissen eines jeden Unternehnens sich ergebenden Merkmalen, welche für die Gewinnerzielung dornehmlich bestimmend sind, insbesondere dei Berscherungsgesellschaften nach dem Berhältnis der in Preußen austommenden zur gesammten Prämieneinnahme, dei Sphothekenbanken nach dem Berbältnis des Betrages der den preußischen Grundbesitzern zu entricktenden Dahrlehnszinsen zu der gesammten Binseinnahme. (Aussammen Art. 27.)

Bei benjenigen Unternehmungen, welche ihren Sit in Preußen haben, ift nur bas Einkommen aus ben in einem anberen beutschen Bundesstaate ober in einem beutschen Schutzgebiete belegenen Grundftiden ober ben baselbst betriebenen Gewerben von ber Beftenerung ausgeschlossen. Die Feistellung bes hiernach nicht steuer-

pflichtigen Theiles ber nach ben Bestimmungen zu 1 bis 3 bes Art. 27 ber AusfAnw. zu berechnenben Ueberschüffen erfolgt nach ben im borhergehenben Absate gegebenen Grunbsätzen.

Soweit nicht abweichende Bestimmungen getroffen sind, finden die allgemeinen Grundsätze bes Gesetzes auch auf das steuerpsichtige Einkommen der nicht physischen Personen Anwendung. (AusfAnw. Art. 27.)

Attiengesellschaften, Kommanbitgesellschaften auf Attien, Berggewerkschaften und eingetragene Genofienschaften sind verpflichtet, ihre Geschäftsberichte und Jahresabschaftliffe sowie die darauf bestiglichen Beschiliffe ber Generalbersammlungen alljährlich dem Borstigenden ber Beranlagungskommission nach den näheren Bestimmungen des Kinanzminsters einzureichen. (Ausfänw. Art. 27.)

hierzu find folgende Enticheibungen bes Ober-Bermaltungs-Gerichts ergangen:

- 1) Boraussehung ber Beranlagung einer Aktiengesellschaft ist bas Borhanbensein eines Ueberschüffle ergebenden Abschlusses sir eine Geschäftsperiode, die die Attiengesellschaft bestimmt hat. (Urth. b. OBG. d. 13. März 1893, Entsch. in StStS. Bb. I S. 264.)
- 2) Für die Berechnung des steuerpsichtigen Ginkommens der Berggewerkschaften, insbesondere für die Berechnung des zugelassenen Abzuges der 3½ pCt. des Kapitalbetrages, kommt nur die wirklich vertheilte, nicht auch die eiwa zur Bertheilung versügbare Ausbeute in Betracht.
- Die Bahl ber Berggewerkschaft besteht zwischen bem Grundfapital einerseits und bem zwanzigsachen ber vertheilten Durchschnittsausbeute andrerseits, wobei das Grundkapital dahin näher bestimmt wird, daß es sich zusammensetz aus dem Erwerbspreise und aus dem Kosten ber Anlage, Einrichtung und Erweiterung des Bergwerks. (Urth. d. OBG. v. 15. Dez. 1892, Entsch. in Steis. Bd. I S. 264.)
- 3) Die für die Berechnung des Abzuges bei Berggewerkschaften in Betracht kommenden vier Jahre muffen vollkändig vor dem 30. Juli 1891, an welchem das Einkommensteuergeset in Kraft getreten ift, liegen. (Urth. d. DBG. v. 28. Febr. 1893, Entsch. in Stete. Bd. I S. 264.)

Die Berggewerlichaften find berechtigt, Abschreibungen für Substanzverminderung auch noch bei der Berechnung der Ueberschifte zweds Steuereinschähung zu machen, wenn fie dieselben auch bei Aufftellung ber Bilang nicht gemacht haben.

Absehungen für Abnuhung von Gebäuben, Maschinen und bergl. ift sie nur dann zu machen berechtigt, wenn die regelmäßigen Absehungen nicht bereits unter der Betriebsausgabe berechnet sind. (Urth. d. OBG. v. 4. April 1893, Entsch. in Stots. Bb. I S. 331 und 338.)

- 4) Das steuerpsichtige Einkommen ber Kommanbitgefellschaft auf Atten umfaßt auch Gewinnanthelle, die den persönlich haftenben Gesellschaftern (Geschäftslinhabern) abgesehen von ihrer Rapitalsetheiligung zusließen. (Urth. b. DBG. v. 14. Febr. 1893, Entsch. in StStS. IS. 175.)
- 5) Bas eine Aftiengesellschaft, die sich bei Kommanditgesellschaften als Kommanditiftin betheiligt, in der Bilbung der Spezialreserve für "Rommanditen" (Spezialreservesonds) zusührt, ift "Rücklage" zu einem Reservesonds im Sinne des § 16 des Einkommensteuergeses d. 24. Juni 1891, soweit es sich nicht eiwa um eine Wertherening von Bermögensobjekten handelt. (Urth. d. DBG. d. 27. Febr. 1893, Entsch. in Siese Bd. I S. 200.)
- 6) Der dem persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft auf Attien aus deren Unternehmen zufließende Bräsipualgewinnanthell unterliegt der Besteuerung seitens der Wohnsigsemeinde, nicht der Betriebsgemeinde. (Urth. d. OBG. d. 14. März 1893, Entich. Bd. XXIV S. 40.)
- 7) Der von einer Aktiengesellschaft bezw. einer Kommanditgesellschaft auf Aktien bei der Ausgabe neuer Aktien erzielte sogenannte Agiogewinn bilbet einen Theil des steuerpstichtigen Einsommens. (Urth. d. ONG. d. 27. März, Entsch. in Stels. Bd. I S. 292.)
- 8) Eine in der Bilanz enthaltene Abschreibung darf nicht deshalb verworfen werden, well sie der Inventuraufnahme noch nicht berücksichtigt ist. Die rechtsgültige Ausstellung der Bilanz erfolgt durch die Genehmigung der Generalversammlung. (Urth. d. DRG, v. 27, Kebr. 1893, Entsch. St. 186.)

- 9) Zur Tilgung von Schulben verwendete Beträge find bem steuerpstichtigen Einkommen nur zuzurechnen, wenn diese Beträge ben Ueberschiffen entnommen find. (Urth. d. OBG. v. 27. Febr. 1893, Entsch. in StStS. Bb. I S. 206.)
- 10) Entnahmen aus bem Extrareserbesonds zur Deckung für Kursverluste an bem Effektenbesitz sind nicht zum steuerpflichtigen Einkommen der Aktiengesellschaft zu rechnen. (Urth. d. OBG. v. 28. Febr. 1893, Entsch. in StStS. Bb. I S. 210.)
- 11) Bet einer Altiengesellschaft besteht zwischen Kapitals- und sonstigen Berlusten in ber Regel tein Unterschied. Fonds, welche lediglich zur Deckung eines möglichen und befürchteten Berlustes im Allgemeinen dienen, sind lediglich Reservesonds und nicht abzuscheiben. Delfrederesonds dienen dazu, eine bereits eingetreten ober auch nur veranschlagte Werthminderung von einer voll eingestellten ausstehenden Forberung auszugleichen. (Urth. d. OBG. d. März 1893, Entsch. in SiSiS. B. I S. 241.)
- 12) Zur Tilgung bes Grundkapitals verwendete Ueberschüffe bürfen nicht außer Ansatz bleiben. Abschreibungen auf den Werth zeitlich begrenzter Unternehmungen zum Bweck der Amortisation bes angelegten Kapitals sind an sich nicht gestattet. (Urth. d DBG. v. 13. März 1893, Gnisch. in Siest. Bb. 1 S. 266.)
- 13) Außerorbentsiche über bas Maß ber regelmäßigen Absetzung hinausgehenbe Abschreibungen zum Zwecke ber Bewerthung von Bermögenskticken, sowie ebensolche Kücklagen zur Ausgleichung möglicher Berlufte an unsicheren Forberungen sind nicht zu berlicktigen. (Urth. b. OBG. v. 20. März 1893, Entsch. in Steis. Bb. I S. 285.)
- 14) Der Besteuerung unterliegen nicht alle Ueberschüsse ber Aktiengesellschaften u. f. w., sondern nur solche, welche vertheilt oder zu einem der im Gesetze speziell angegebenen Zwecke verwender worden sind. Die zur Tilgung einer Unterbilanz aus Borjahren bienenden Beträge sind nicht anzurechnen. (Urth. d. OBG. v. 27. März 1893, Entsch. in StStS. Bd. I S. 288.)
- 15) Die Besteuerungsfähigkeit bon Buschüffen eines Dritten in bie Raffe einer Attiengefellichaft ift abhängig bon bem Rechtsber-

hältniffe, burch welches die Zuschüffe veranlast worden find. (Urth. b. OBG. v. 10. April 1893, Entich. in StStS. Bb. I S. 343.)

- §. 4. Als Reineinkommen der Privateisenbahnunternehmungen¹) gilt der nach Vorschrift der Gesetze vom 30. Mai 1853 (Gesetz-Samml. S. 449) und 16. März 1867 (Gesetz-Samml. S. 465) behufs Erhebung der Eisenbahnabgabe für jede derselben ermittelte (beziehungsweise zu ermittelnde) Ueberschuss abzüglich der Eisenbahnabgabe, mit der Massgabe, dass bei der Berechnung nach dem Gesetze vom 16. März 1867 die zur Verzinsung und planmässigen Tilgung der etwa gemachten Anleihen erforderlichen Beträge als Ausgabe mit in Anrechnung gebracht werden dürfen. Die sich darnach ergebenden abgabepflichtigen Beträge sind von den Staatsaufsichtsbehörden²) all-jährlich³) durch Resolut endgültig⁴) festzustellen und öffentlich bekannt zu machen.
- 1) Zu ben Kribateisenbahnunternehmungen gehören auch biejenigen inländischen Bahnen, welche sich im Betriebe eines auswärtigen Staates besinden. (Urth. b. OBG. b. 22. März 1889, Entsch. Bb. XVII S. 79.)

Eine Station ift ein Haltepunkt, an welchem burch die Annahme von Gütern ober von Bersonen und Gütern für Rechnung der Eisenbahn - Transportgeschäfte abgeschlossen werden können. (Urth. b. OBG. v. 22. März 1889, Entsch. Bb. XVIII S. 79.)

Pferbebahnen gehören nicht zu ben Eisenbahnunternehnungen. (Urth. b. OBG. v. 13. Mai 1891, Entsch. Bb. XXII S. 121.)

- 2) Als Staatsaufsichtsbehörbe fungirt in erster Instanz bas Eisenbahnkommissariat, in zweiter Instanz ber Resportminister. (Urth. b. OBG. v. 22. März 1889, Entsch. Db. XVIII S. 79.)
- 3) Nach Maßgabe bes bem Steuerjahre vorhergehenden Rechnungsjahres, nicht nach bem breifährigen Durchschnitt.
 - 4) b. h. unter Borbehalt ber Beschwerbe an ben Reffortminister.
- §. 5. Die gesammten Staats- und für Rechnung des Staats verwalteten Eisenbahnen sind als eine abgabepflichtige Unternehmung anzusehen.

Als Reineinkommen 1) gilt der rechnungsmässige Ueberschuss der Einnahmen über die Ausgaben mit der Massgabe, dass unter die Ausgaben eine 3½ prozentige Verzinsung des Anlage- beziehungsweise Erwerbs-Kapitals nach der amtlichen Statistik der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen zu übernehmen ist. Der sich darnach ergebende abgabepflichtige Gesammtbetrag²) ist durch Resolut³) des Ressortministers alljährlich endgültig festzustellen und öffentlich bekannt zu machen.

- 1) Das für die Einkommenbesteuerung zu ermittelnde Reineinkommen wird durch den rechnungsmäßigen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Borjahres dargestellt und das Steuerobjett des laufenden Jahres regelmäßig im Ottober oder Robember bekannt gemacht. (Urth. d. OBG. v. 3. März 1891, Entich. Bd. XX S. 1.)
- 9) Der § 5 regelt für die fiskalischen Steuerobjekte die Konstitutrung des steuerpsichtigen Sinkommens, stellt gewisse geselliche Fiktionen fest und schließt insoweit jegliche Schätzung aus, also auch eine etwaige subsidiere Anwendung der im § 3 bestimmten Sinschaungsgrundsätze. (Urth. d. OBB. v. 22. Sept. 1891, Entsch. Bd. XXI S. 61.)
- 3) Die erfolgte Feststellung bes Ministers ist eine enbgültige, bergestalt, baß bagegen Einwendungen ber Betheiligten und Nachprüfungen von irgend welcher Stelle aus unstatthaft sind. (Urth. b. DBG. v. 25. Nov. 1890, Entsch. Bb. XX S. 29.)

§s fallt meg, weil ber Staatsfistus vonber Rreisbefteuerung bes Gintommens aus ben fistalifchen Domanen und Forften befreit ift.

B. Vermeidung von Doppelbesteuerungen.

§. 7. Die Vertheilung des der Einkommensbesteuerung nach §. 1 unterliegenden Einkommens aus dem Besitze oder Betriebe einer sich über mehrere Gemeinden erstreckenden 1) Gewerbe-, 2) Bergbau- oder Eisenbahnunternehmung erfolgt, insofern nicht zwischen den betheiligten Gemeinden und dem Abgabepflichtigen ein anderweiter Vertheilungsmassstab vereinbart ist, 3) in der Weise, dass

- a) bei Versicherungs-,4) Bank- und Kreditgeschäften4) derjenigen Gemeinde, in welcher die Leitung des Gesammtbetriebes stattfindet, der zehnte Theil jenes Einkommens vorab überwiesen, dagegen der Ueberrest nach Verhältniss der in den einzelnen Gemeinden erzielten Bruttoeinnahme vertheilt,9)
- b) in den übrigen Fällen i das Verhältniss der in den einzelnen Gemeinden erwachsenen Ausgaben an Gehältern und Löhnen einschliesslich der Tantieme des Verwaltungs- und Betriebspersonals Grunde gelegt wird. Bei Eisenbahnen®) kommen jedoch die Gehälter, Tantiemen und Löhne desienigen Personals, welches in der allgemeinen Verwaltung beschäftigt ist, nur mit der Hälfte, des in der Werkstättenverwaltung und im Fahrdienst beschäftigten Personals nur mit zwei Drittheilen ihrer Beträge zum Ansatz. streckt sich eine Betriebsstätte, Station u. s. w., innerhalb deren Ausgaben an Gehältern und Löhnen erwachsen, über den Bezirk mehrerer Gemeinden, so beschliessen über die Vertheilung nach Lage der örtlichen Verhältnisse unter Berücksichtigung des Flächenverhältnisses und der den betheiligten Gemeinden durch das Vorhandensein der Betriebsstätte, Station u. s. w. erwachsenden Kommunallasten die Verwaltungsbeschlussbehörden, in den Provinzen Posen, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau, Westfalen und in der Rheinprovinz an Stelle des Kreisausschusses, beziehungsweise Bezirksausschusses bis zum Inkrafttreten des Ge-

setzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195) die Kommunalaufsichtsbehörden.

In den Fällen, in welchen die Stadt Berlin betheiligt ist, oder eine, beziehungsweise mehrere, aber nicht alle Gemeinden dem Geltungsbereiche des bezeichneten Gesetzes angehören, bestimmt der Minister des Innern die Behörde, die zu beschliessen hat.

Gegen die Beschlüsse der vorbezeichneten Behörden steht den Betheiligten nach Massgabe der einschlägigen Gesetze die Beschwerde zu.

c) Bei den Staats- und für Rechnung des Staats verwalteten Eisenbahnen o soll vom 1. April 1886 ab auf fünf Jahre die Hälfte, und auf weitere fünf Jahre ein Drittheil des gesammten nach §. 5 abgabepflichtigen Reineinkommens dieser Bahnen denjenigen Gemeinden, welche vor dem 1. April 1880 abgabeberechtigt 10) waren und dieses Recht thatsächlich ausgeübt haben, zur Vertheilung nach Verhältniss der im Durchschnitte der dem 1. April 1880 vorangegangenen drei Steuerjahre zu den Gemeindeabgaben herangezogenen Reinerträge vorab überwiesen werden; der Ueberrest wird nach den vorstehend unter b angegebenen Grundsätzen auf sämmtliche nach diesem Gesetz §§. 1 und 2 berechtigte Gemeinden vertheilt. 11)

Nach Ablauf der bezeichneten zehn Jahre erfolgt die Vertheilung nach den Grundsätzen unter b bei allen abgabeberechtigten Gemeinden.

1) Eines über mehrere Gemeinden sich erstredenden Grundbestiges geschieht keine Erwähnung, well das Einkommen aus Grundbestig das Steuerobjekt der Belegenheitsgemeinde bilbet und stets nur eine Belegenheitsgemeinde in Frage kommen kann. (Urth. b. DBG. v. 17. Sept. 1887, Entsch. Bd. XV S. 194.)

Auch wenn ein einheitlicher Gewerbebetrieb, welcher fich in einer Angahl gesonberter Betriebsstätten über mehrere Gemeinden ausbehnt, in Konfurrenz tritt mit bem Falle, daß sich zugleich eine jener Betriebsstätten über den Bezirk mehrerer Gemeinden erstreckt, nuß das Beschlusverfahren im § 7b vorhergehen. (Urth. d. OBG. b. 21. Kebr. 1888, Entich. Bb. XVI S. 120.)

- 2) Die Besteuerung bes gewerblichen Einkommens einer physischen Person, welche aus mehreren von ihr theils selbstkändig, iheils in sich zusammenhängend in verschiedenen Gemeinden außerhalb ihres Wohnsiges betriebenen Unternehmungen gewonnen wird, muß selbstkändig geschätzt und das so geschätzte Einkommen nach dem Berhältnisse des breijährigen Durchschnitts der Lohnausgabe vertheilt werden. (Urth. d. DBG. v. 14. April 1888, Entsch. Bd. XVI €. 210.)
- 3) §§ 7 ff laffen eine Bereinbarung zwischen ben Gemeinben und ben Abgabenpflichtigen zu, und machen ben Retteren bie Borlegung bes Bertheilungsplanes zur Pflicht, wobei es ihnen unbenommen bleibt, nicht nur bie Gehälter und Löhne, sondern auch das Reineinkommen anzugeben und beffen Bertheilung zu entwerfen. (Urth. d. DBB, b. 4. Mätz 1887, Entich. Bb. XIV. S. 187.)

Auf ben Umfang bes ben Preußlichen Gemeinben zusiehenben Besteuerungsrechtes sind bie Borschriften bes gegen die Doppelsteuerung gerichteten Reichsgesetzes v. 13. Mai 1870 ohne Einsluß, (Urth. b. OBG, v. 13. Sept. 1887, Entsch. AB. XV. S. 98.)

- Eine anderweite Bereinbarung ist nicht von Amtswegen, sondern nur auf Antrag der Bethelligten bezw. eines berselben herbeizuführen. (Erl. d. M. d. St. v. 19. Oft. 1889.)
- 4) Die Zinsen bes Reservesonds einer Bersicherungsgesellschaft gehören bem auf sämmtliche steuerberechtigte Gemeinden zu vertheilenden gewerblichen Reinertrage an und kommen als Sondereinnahmen der Gemeinde, in welcher sie eingehen, nur dadurch zur Geltung, daß sie Ermittelung der bortigen Bruttoeinnahmen in Rechnung zu bringen sind. (Urth. b. DBG. v. 3. Mai 1887, Entsch Bd. XV S. 103.)

Die in ben einzelnen Gemeinben erzielten Bruttoeinnahmen entideiben. Die Ginnahmen und Rudverficherungen werben nicht

schon burch ben Gewerbebetrieb bes Bersicherers an sich, sonbern erst baburch erzielt, daß er Mückersicherungen nimmt und die bezüglichen Berträge abschließt. (Urth. b. OBG. b. 2. April 1889, snisch. Bb. XVIII S. 92. cfr. Urth. b. OBG. b. 26. März 1889, Entsch. Bb. XVIII S. 124.)

Berficherungsgesellichaften auf Gegenseitigkeit find nicht gemeinbefteuerpflichtig.

Wenn eine Agentur nur für einen bestimmten Zweig bes Bersicherungsgeschäftes jum selbstftänbigen Abschlusse von Geschäften bevollmächtigt ift, so hat die betreffende Gemeinde nur Anspruch auf Heranziehung der Prämieneinnahmen aus diesem Zweige. (Erl. d. Min. d. J. d. 2. Sept. 1879.)

Bei Hranziehung einer Versicherungsgesellschaft zur Kommunaleinsommensteuer ist es gleichgültig, ob die Gesellschaft ihre Geschäfte den einer im Inslande oder im Aussande belegenen Dauptniederlassung aus betreibt. Dem entsprechend ist der Präzipualbeitrag von 10 pCt. zu Gunsten der Sitzemeinde auch dann zu berücksichtigten, wenn die aussändische Sitzemeinde nach den dortigen gesehlichen Borschriften zu besteuern nicht besugt ist, wogegen andererseits eine in den aussändischen Gemeinden stattsindende Kommunalbesteuerung nicht zu berücksichtigen ist, wenn diese Gemeinde nach den im Inslande bestehenden Borschriften zu solcher Besteuerung nicht besugt sein würde. (Ers. d. R. d. J. v. 7. März und 5. Mat 1881.)

- 5) Der § 7a findet auch auf Bant- und Kreditgeschäfte Anwendung, welche von phifischen Personen, sei es im eigenen Namen, sei es in Form einer Kommanbitgesellschaft ober offenen Hanbelsgesellschaft, betrieben werden.
- °) Die Ermittelung best fteuerpflichtigen Einkommensantheils einer bon mehreren Gemeinben, über welche fich ein Gewerbebetrieb erfirect, in welcher ein nicht unter § 7a best Gefeges bom 27. Juli 1885 fallenber Betrieb erft mit bem Steuerjahre ober innerhalb beffelben begonnen worben ift, geschieht burch Schähung. (Urif. b. DBC. b. 25. Rob. 1890, Guifch. Bb. XX S. 29.)

Das Borhanbenfein einer Zweignieberlaffung neben einer Sauptnieberlaffung ichlieft bie Behanblung bes an beiben Orten burchgeführten Betriebes als eines fich über mehrere Gemeinden erftredenden Gewerbebetriebes nicht blos nicht aus, sondern bilbet eine ber Boraussehungen für das Bestehen einer solchen und für die Abgrenzung bes Areises der zur Theilnahme an bessen Erträgen berechtigten Gemeinden. (Urth. d. DBG. v. 9. Juni 1891, Entsch. Bb. XXI S. 64.)

Das Einkommen aus einem erst im Laufe bes Steuerjahres begonnenen Gewerbebetriebe wird durch Schähung festgestellt. (Urth. b. OBG. v. 7. Oft. 1292, Entsch. Bb. XXIV S. 50.)

Die Bertheilung erfolgt, wenn sie zwischen einer Stabtgemeinbe von mehr als 10 000 Einwohnern und einer Landgemeinde desselben Kreises zu bewirken ist, durch die Regterung, wenn sie zwischen Landgemeinden desselben Kreises zu bewirken ist, durch den Landrath, liegen die Gemeinden in verschiedenen Kreisen, so hat die Regterung den Landrath zu bestimmen, welcher wegen der Bertheilung in erster Instanz beschließen soll. (Erl. d. M. d. J. d. 25, Rod. 1887, MWL 1888 & 43.)

Die Siggemeinde erhält ein Präzipuum von 10 pCt. sie hat aber kein Recht, außerdem das Einkommen der Gesellschaft zu besteuern, welches in auswärtigen Gemeinden mit einer Agentur erworben, von den Gemeinden aber nicht einer Rommunalbesteuerung unterworfen wird. Ob die betressenden Gemeinden im In- oder Auslande belegen sind, ift gleichgüllig. (Erl. d. N. d. J. v. 4. Dez. 1880, MBI. 1881 S. 8.)

- 7) Die Feftstellung der den Semeinden zur Besteuerung zufallenden Quote des Einkommens einer an sich besteuerungssähigen nicht physischen Berson ersolgt, wenn sich deren unter § 7 d des Kommunalabgabengesets vom 27. Juli 1885 fallender Gewerbebetrieb außer in Preußischen Gemeinden auch in solchen, die Zahlung vom Sehältern und Löhnen bebingenden Betriebsstätten u. s. w. dollzieh, die Isahlung vom Gehältern und Löhnen bebingenden Betriebsstätten u. s. w. dollzieh, die theils in Preußischen Gutsbezirken, theils im Auslande belegen sind, nach dem Maßstade des in ihnen gewonnenen Einkommens. (Urth. d. OBG. v. 24. Oktober 1890, Entsch. Bd. XX S. 25.)
- 8) Die Feststellung ber einer Gemeinde gur Besteuerung gufallenben Quote bes Einkommens bes Staatsfiskus aus Gisenbahnbetrieb erfolgt analog ben Borschriften bes § 7, wenn die in ihrem

schon durch den Gewerbebetrieb des Bersicherers an sich, sondern erst badurch erzielt, daß er Mückersicherungen nimmt und die bezüglichen Berträge abschießt. (Urth. d. DBG. d. 2. April 1889, Entsch. Bd. XVIII S. 92. cfr. Urth. d. DBG. d. 26. März 1889, Entsch. Bd. XVIII S. 124.)

Berficherungsgesellichaften auf Gegenseitigkeit find nicht gemeinbesteuerpflichtig.

Wenn eine Agentur nur für einen bestimmten Zweig bes Bersicherungsgeschäftes jum selbstftändigen Abschlusse von Geschäften bevollmächtigt ift, so hat die betreffende Gemeinde nur Anspruch auf Heranziehung der Prämieneinnahmen aus diesem Zweige. (Erl. d. Min. d. S. d. 2. Sept. 1879.)

Bei Heranziehung einer Bersicherungsgesellschaft zur Kommunaleinkommensteuer ist es gleichgültig, ob die Gesellschaft ihre Geschäfte den einer im Inlande oder im Auslande belegenen Dauptniederlassung aus betreibt. Dem entsprechend ist der Präzipualbeitrag von 10 pCt. zu Gunsten der Sitzemeinde auch dann zu berücksichtigten, wenn die ausländische Sitzemeinde nach den dortigen gesehlichen Borschriften zu besteuern nicht besugt ist, wogegen andererseits eine in den ausländischen Gemeinden stattsindende Kommunalbesteuerung nicht zu berücksichtigen ist, wenn diese Gemeinde nach den im Inlande bestehenden Borschriften zu solcher Besteuerung nicht besugt sein würde. (Erl. d. M. d. 3. v. 7. März und 5. Mai 1881.)

- 5) Der § 7a findet auch auf Bant- und Kreditgeschäfte Anwendung, welche von phyfischen Personen, sei es im eigenen Ramen, sei es in Form einer Kommanbitgesellschaft oder offenen Hanbelsgesellschaft, betrieben werden.
- °) Die Ermittelung bes steuerpflichtigen Einkommensantheils einer von mehreren Gemeinden, über welche sich ein Gewerbebetrieb erstrect, in welcher ein nicht unter § 7a bes Geses vom 27. Juli 1885 fallender Betrieb erst mit bem Steuerjahre oder innerhalb besselben begonnen worden ift, geschieht durch Schähung. (Urth. b. DBG, b. 25, Rob. 1890, Enisch. 28b. XX S. 29.)

Das Borhanbenfein einer Zweignieberlaffung neben einer Sauptnieberlaffung ichlieft bie Behanblung bes an beiben Orten burchgeführten Betriebes als eines sich über mehrere Gemeinden erftredenden Gewerbebetriebes nicht blos nicht aus, sondern bilbet eine ber Boraussetzungen für das Bestehen einer solchen und für die Abgrenzung bes Kreises ber zur Theilnahme an dessen Erträgen berechtigten Gemeinden. (Urth. d. OBG. v. 9. Juni 1891, Entsch. Bb. XXI S. 64.)

Das Einkommen aus einem erst im Laufe bes Steuerjahres begonnenen Gewerbebetriebe wird burch Schähung feftgestellt. (Urth. b. DBG. v. 7. Okt. 1292, Entich. Bb. XXIV S. 50.)

Die Bertheilung erfolgt, wenn sie zwischen einer Stabtgemeinbe von mehr als 10 000 Einwohnern und einer Landgemeinde desselben Kreises zu bewirken ist, durch die Regterung, wenn sie zwischen Landgemeinden desselben Kreises zu bewirken ist, durch den Landrath, liegen die Gemeinden in verschiedenen Kreisen, so hat die Regterung den Landrath zu bestimmen, welcher wegen der Bertheilung in erster Instanz beschließen soll. (Ert. d. M. d. J. v. 25. Rod. 1887, MBL 1888 & 43.)

Die Siggemeinde erhält ein Präzipuum von 10 pCt., sie hat aber kein Necht, außerdem das Einkommen der Gesellschaft zu besteuern, welches in auswärtigen Gemeinden mit einer Agentur erworden, von den Gemeinden aber nicht einer Rommunalbesteuerung unterworfen wird. Ob die betreffenden Gemeinden im In- oder Auslande belegen sind, ist gleichgültig. (Erl. d. R. d. J. v. 4. Dez. 1880, NXVI. 1881 S. 8.)

- 7) Die Feststellung der den Gemeinden zur Besteuerung zufallenden Quote des Einkommens einer an sich besteuerungsstädigen nicht physischen Berson erfolgt, wenn sich beren unter § 7 d des Rommunalabgabengesetes dem 27. Juli 1885 fallender Gewerbebetrieb außer in Preußischen Gemeinden auch in solchen, die Zahlung den Gehältern und Löhnen bedingenden Betriebsstätten u. s. w. vollzieht, die theils in Preußischen Gutsbeziren, ihells im Auslande belegen sind, nach dem Maßkabe des in ihnen gewonnenen Einkommens. (Urth. b. OBG. v. 24. Oktober 1890, Entich. Bd. XX C. 25.)
- 8) Die Feststellung der einer Gemeinde zur Besteuerung zufallenden Quote des Einkommens des Staatssiskus aus Eisenbahnbetrieb erfolgt analog den Borschriften des § 7, wenn die in ihrem

Bezirke belegene Betriebsstätte (Station) sich zugleich auf einen benachbarten Gutsbezirk erstreckt. (Urth. b. DBG. b. 29. Juni 1891, Entsch. Bb. XXI S. 71.)

Als in der Gemeinde erwachsen sind alle Gehälter anzusehen, welche an Beamte gezahlt werben, die innerhalb der Gemeinde ihr amtliches Domizil haben und alle Löhne, welche für innerhalb des Bezirtes der steuerberechtigten Gemeinde ausgeführten Arbeiten zu sablen find.

Unter bem in ber Wertstättenverwaltung beschäftigten Bersonal find nicht blos die an leitender Stelle fungirenden, sondern alle Bersonen zu verstehen, welche überhaupt in diesem Betriebe thätig find.

Der Werth ber Dienftwohnungen ber Beamten ift in Anfat gu bringen.

Erwachsen find die Gehälter und Löhne in dem den Bezugsberechtigten an sich zukommenden Betrage und gezahlt sind sie den Beamten und Arbeitern auch insoweit, als sie nicht in ihre Hände gelangen, sondern für ihre Rechnung direkt den Kranken- und Penisonsklassen zuschlieben; auch diesenigen Lohntheile und Gehaltskleich sind erwachsen und gezahlt, mit denen der Arbeitgeber berechtigtermaßen Schulden des Arbeiters oder Beamten tilgt. (Urth. d. DBG v. 7. April 1891, Entsch. Bd. XXI S. 80.)

Wenn eine Sisenbahnstation sich über ben Bezirk mehrerer Gemeinben erstreckt, so kann auch während bes Streitversahrens noch bie ben Berwaltungsbehörben zustehende Bertheilung beantragt werben. (Urth. b. OBG. v. 26. Okt. 1887, Entsch. Bb. XV S. 125.)

- 9) Die Bestimmung bes Kommunalabgabengesetzes vom 27. Juli 1885 (§ 7c), daß bei der Staats- und für Rechnung des Staats verwalteten Elsenbahnen während der Jahre 1886/96 eine gewisse Quote des gesammten abgabepsiichtigen Reineinkommens dieser Bahnen benjenigen Gemeinden, welche vor dem 1. April 1880 abgabeberechtigt waren u. s. w., sindet auf die Besteuerung seitens der Kreise keine Anwendung. (Urth. d. DBG. v. 24. Jan. 1888, Entich. Bd. XVI S. 34).
- 10) Abgabeberechtigt sind alle diejenigen Gemeinden, welchen bie vor dem 1. April 1880 geltende Gesetzebung die Abgabeberechtigung grundsätlich gewährt.

Unter die thatsächliche Ausübung des Rechts fallen alle die jenigen Handlungen, welche dazu dienen, das gesehlich gewährte Abgabenrecht in Wirksamkeit zu sehen, also nicht blos die schließliche Heranziehung, sondern auch alle dazu erforderlichen vorbereitenden Schritte, insbesondere die Beschlüßfassung der Gemeindeorgane, die Bestätigung der Beschlüße, die Ermittelung des steuerpflichtigen Sinkommens. (Urth. d. DBG. vom 27. April 1888, Entsch. Bd. XVI S. 127).

Diejenigen Reinerträge follen berlickfichtigt werben, welche thatfächlich von ber Gemeinbesteuer getroffen finb. (Urth. b. DBG. v. 6. März 1888, Entich. Bb. XVI S. 132.)

11) Die Besteuerung eines über mehrere Gemeinden sich erstredenden, aber einheitlich jur Staats-Gewerbesteuer veranlagten Betriebes nach bem Verpältnig biefer Steuer hat im Gebiete des UNR. zur Boraussezung, daß in der einzelnen Gemeinde eine die Sinschätzung des dort sich vollziehenden Betriebstheiles zur Kommunal-Gewerbesteuer regelnder bestätigter Beschluß besteht. (Urth. d. OBG. v. 22. Nob. 1890, Entsch. XX S. 143.)

Bu ben Bruttoeinnahmen gehören bei Berficherungsgefellschaften außer ben Prämieneinnahmen noch bie Jinfen bes Grundfapitals und bes Refervefonds, ber Gewinn von verlauften oder ausge-looften Werthpapieren, ber Agiogewinn bei Emission neuer Attien, die Erstattungen aus Rückversicherungsverträgen u. f. w. Bon biesen Einnahmen sind vorab 10 pCt. der Gemeinde, in welcher sich der Sitz der Eschlichgaft befindet, als Steuerobjeft zu überweisen. Diese Ueberweisung einer Präzipualquote sinder bei allen Bankund Krebitgefählten statt.

Der Ueberreft von 90 pCt bes Reineinkommens ist auf die Sitzgemeinde und auf alle biejenigen Breußischen und ausländischen Gemeinden, in welchen sich Zweigniederlassungen ober zum selbstnändigen Abschluß von Rechtsgeschäften ermächtigte Agenturen befinden, zum Zwecke ber Besteuerung nach Berhältniß der in jeder Gemeinde erzielten Bruttoeinnahme zu vertheilen.

Areisausichuß bei Landgemeinden, Bezirkausschuß bei Stadtgemeinden ober Stadt- und Landgemeinden. (§§ 57 ff. bes LBG.)

Bezirke belegene Betriebsstätte (Station) sich zugleich auf einen benachbarten Gutsbezirk erstreckt. (Urth. b. DBG. b. 29. Juni 1891, Entsch. Bb. XXI S. 71.)

MIS in der Gemeinde erwachen find alle Gehälter anzusehen, welche an Beamte gezahlt werden, die innerhalb der Gemeinde ihr amtliches Domizil haben und alle Löhne, welche für innerhalb des Bezirkes der steuerberechtigten Gemeinde ausgeführten Arbeiten zu zahlen find.

Unter bem in ber Werkstättenberwaltung beschäftigten Bersonal find nicht blos bie an leitenber Stelle fungirenben, sonbern alle Bersonen zu verstehen, welche überhaupt in biesem Betriebethätig finb.

Der Werth ber Dienftwohnungen ber Beamten ift in Anfat gu bringen.

Erwachsen sind die Gehälter und Löhne in bem den Bezugsberechtigten an sich zukommenden Betrage und gezahlt sind sie den Beamten und Arbeitern auch insoweit, als sie nicht in ihre Hände gelangen, sondern für ihre Rechnung direkt den Kranken- und Benstonskassen zustließen; auch diejenigen Lohntheile und Gehaltskeite sind erwachsen und gezahlt, mit denen der Arbeitgeber berechtigtermaßen Schulden des Arbeiters oder Beamten tilgt. (Urth. d. DBG v. 7. Avril 1891, Entich. Bb. XXI S. 80.)

Wenn eine Eisenbahnstation sich über ben Bezirk mehrerer Gemeinben erstreckt, so kann auch während bes Streitversahrens noch bie ben Berwaltungsbehörben zustehende Bertheilung beantragt werben. (Urth. b. OBG. v. 26. Okt. 1887, Entsch. Bb. XV S. 125.)

- 9) Die Bestimmung bes Kommunalabgabengeseiges vom 27. Juli 1885 (§ 7c), daß bei der Staats und für Rechnung des Staats verwalteten Eisenbahnen während der Jahre 1886/96 eine gewisse Quote des gesammten abgabepstichtigen Reineinkommens dieser Bahnen benjenigen Gemeinden, welche vor dem 1. April 1880 abgabeberechtigt waren u. s. w., sindet auf die Besteuerung seitens der Kreise keine Anwendung. (Urth. d. OBG. v. 24. Jan. 1888, Entsch. Bd. XVI S. 34).
- 10) Abgabeberechtigt find alle biejenigen Gemeinden, welchen bie bor bem 1. April 1880 geltende Gesetzebung bie Abgabeberechtigung grunbsählich gewährt.

Unter die thatfächliche Ausübung des Rechts fallen alle die jenigen Handlungen, welche bazu dienen, das gefehlich gewährte Abgabenrecht in Wirtsamkelt zu sehen, also nicht blos die schliehliche Heranziehung, sondern auch alle dazu erforberlichen borbereitenden Schritte, insbesondere die Beschünftglung der Gemeindeorgane, die Bestätigung der Beschüligen, die Ermittelung des steuerpsichtigen Einkommens. (Urth. d. DBG. dom 27. April 1888, Entich. Bd. XVI S. 127).

Diejenigen Reinerträge sollen berücksichtigt werben, welche thatfächlich von der Gemeindesteuer getroffen find. (Urth. d. OBG. d. 6. März 1888, Entich. Bb. XVI S. 132.)

11) Die Besteuerung eines über mehrere Gemeinden sich erftreckenden, aber einheitlich jur Staats-Gewerbesteuer veranlagten Betriebes nach dem Berhältnig dieser Steuer hat im Gebiete des U.R. zur Boraussezung, daß in der einzelnen Gemeinde eine die Sinschäung des dort sich vollziehenden Betriedstheiles zur Kommunal-Gewerbesteuer regelnder bestätigter Beschluß besteht. (Urth. d. DBG. v. 22. Nob. 1890, Entsch. IX. S. 143.)

Bu ben Bruttoeinnahmen gehören bei Bersicherungsgesellschaften außer ben Prämieneinnahmen noch bie Jinsen des Grundkapitals und des Meserbesonds, der Gewinn von verkauften oder ausgelooften Wertspapieren, der Agiogewinn bei Emission neuer Aftien, die Erstattungen aus Rückversicherungsverträgen u. s. w. Bon diesen Ginnahmen sind vorab 10 pCt. der Gemeinde, in welcher sich der Sitz der Estellschaft besindet, als Steuerobjett zu überweisen. Diese Ueberweisung einer Präzipualquote findet bei allen Bankund Krebitgeschäften katt.

Der Ueberrest von 90 pCt bes Reineinkommens ist auf die Sitzgemeinde und auf alle diejenigen Preußischen und ausländischen Gemeinden, in welchen sich Zweigniederlassungen oder zum selbständigen Abschluß von Rechtsgeschäften ermächtigte Agenturen befinden, zum Zweck der Besteuerung nach Berhältniß der in jeder Gemeinde erzielten Bruttoeinnahme zu vertheilen.

Areisausschuß bei Landgemeinden, Bezirlausschuß bei Stadtgemeinden ober Stadt- und Landgemeinden. (§§ 57 ff. bes LBG.)

- §. 8.¹) Die Ermittelung der in dem §. 7 gedachten Ausgaben an Löhnen und Gehältern beziehungsweise der Bruttoeinnahmen der Versicherungs-, Bank- und Kreditgeschäfte erfolgt in dreijährigem Durchschnitt nach Einsicht eines den abgabeberechtigten Gemeinden von dem Unternehmer beziehungsweise Gesellschaftsvorstande jährlich mitzutheilenden Vertheilungsplans.²) Derselbe ist bezüglich der Staatseisenbahnen (§. 5) für jeden Direktionsbezirk besonders aufzustellen.
- 1) Der § 8 bezieht sich nicht lebiglich auf den Gisendahnbetrieb, sondern auf alle über mehrere Gemeinden sich erstreckende gewerdiche Unternehmungen; die als Bertheilungsplan bezeichnete Aufstellung soll nur die Angade des Unternehmerk über die Ausgaden an Gedältern und Löhnen bringen, nach denen der Steuergläubiger die Rechnungssaktoren nach § 7 seinerseits ermittelt, ohne an die Angaden des Unternehmers gedunden zu sein; solche überhaupt zu liefern, besteht nach dem Gesetze kein Zwang, edensowenig ist der Gemeinde ein Mittel an die Hand gegeben, sich den Plan zu versichaffen. Sine Beranlagung, die ohne materielle Berücksichung des Inhaltsplanes gilltig vorgenommen werden kann, ist lediglich beshald, weil der Plan nicht eingesehen worden, nicht gültig. (Urth. d. ONG, d. 26. Mat 1891, Entsch. NXI S. 97.)
- 2) Der Anspruch, einen Bertheilungsplan gemäß § 8 zu erhalten, sieht nur benjenigen Gemeinben zu, welche eines ber nach § 2 die Abgabeberechtigung erzeugenben Momente für sich geltenb machen können. (Urth. b. OBG. v. 9. Juni 1891, Entsch. Bb. XXI S. 71.)

Der Berthellungsplan kann, muß aber nicht eine Berthellung bes Sinkommens vornehmen, er enthält auch keine absolut bindenben Bormen, sondern jeber Steuerberechtigte soll nach bessen Gistaft sich feinen Antheil zu berechnen in Stand geset werden und befugt sein. (Urth. d. OBG. v. 29. Juni 1891, Entich. Bd. XXI S. 71.)

3) Weigert fich ber Unternehmer, wiederholter Aufforberung ungeachtet, ben Bertheilungsplan mitzutheilen, fo tritt Schähung ein. (Urth. b. OBG. v. 4. März 1887, Entich. Bb. XIV S. 137.)

Bei Einschätzung der nach & 1 Absatz 31) abgabenflichtigen Personen 2) zur Einkommensbesteuerung in ihren Wohnsitzgemeinden ist unbeschadet 3) der Bestimmungen des §. 2 Absatz 2 und 3 derienige Theil des Gesammteinkommens, welcher aus ausserhalb des Gemeindebezirks belegenem Grundeigenthum oder ausserhalb des Gemeindebezirks stattfindendem Pacht-, Gewerbe-, Eisenbahn- beziehungsweise Bergbaubetriebe fliesst, ausser Berechnung zu lassen.4)

Die Gemeinde, in welcher der Abgabepflichtige seinen Wohnsitz hat,5) ist jedoch, wenn das in ihr steuerpflichtige Einkommen weniger als ein Viertheil des Gesammteinkommens beträgt, berechtigt, durch Gemeindebeschluss ein volles Viertheil des Gesammteinkommens unter entsprechender Verkürzung des der Forensalgemeinde zur Besteuerung zufallenden Einkommenstheils für sich zur Besteuerung in Anspruch zu nehmen. Hat der Abgabepflichtige einen mehrfachen Wohnsitz, so ist diese Quote nach Massgabe des §. 11 zu vertheilen.6)

1) Das find bie Forenfen.

2) Die Beftimmung finbet teine Unwenbung bei bem Bufammentreffen ber Gintommensbesteuerung feitens eines Sanbtreifes unb einer für fich einen Rreisberband (Stabtfreis) bilbenben Stabt. (Urth. b. DBG. v. 26. April 1887, Entich. Bb. XII S. 36.)

Die Beftimmung bes Rommunalabgabengefetes b. 27. Juni 1885 (§ 9), bag bei ber Gintommensbesteuerung ber Forenfen (§ 1 Abf. 3) in ihrer Bohnfiggemeinde ber aus außerhalb bes Gemeinbebegirfs ftattfindendem Gewerbe- u. f. m. Betriebe fliekende Theil bes Befammteintommens außer Rechnung gu laffen fei, fteht gwar benjenigen biegfeits mobnenben Gemerbetreibenben, beren Betrieb nur im Auslande ftattfindet, nicht gur Seite, laft aber anbrerfeits altere, einer Doppelbesteuerung auch für biefen Rall entgegentretenbe Bestimmmungen, wie bie ber Stäbteordnung für bie Rheinbrobing (6 49), bes Gemeinbeberfaffungsgefetes für Frantfurt a. D. (6 69)

unberührt. (Urth. b. OBG. v. 4. Sept. 1880, Enifch. Bb. XVII S. 140.)

- 3) § 9 handelt nur von der Einschätzung phhisicher Personen. (Urth. d. OBG. d. 24. Juni 1887, Entsch. Bb. XV S. 121.)
- 4) Anch ber Nießbrauch an Grunbstüden begründet gleich dem Eigenthum die Berpstichtung, als Forense Einkommen aus Grundbesitz zu versteuern. (Urth. d. OBG. v. 30. Januar 1889, Entsch. Bb. XVII S. 249.)
- 5) Die Besteuerung eines über mehrere Landgemeinden sich erftredenden, aber einheitlich jur Staatsgewerbesteuer veranlagten Betriebes nach dem Berpältniß dieser Steuer hat im Gebiete des UBR. zur Boraussehung, daß in der einzelnen Gemeinde ein die Einschäung des dort sich vollziehenden Betriebstheiles zur Kommunal-Gebäudesteuer regelnder bestätigter Beschliß besteht. (Urth. d. DBG. b. 22. Nob. 1890, Entsch. NX S. 146.)
- 9) Bur Begründung, jum Haben und Beibehalten eines Wohnstiges gehört der Wilke, einen bestimmten Ort jum dauernden Aufenthalt und Mittelpunkt der Lebensberhältnisse zu machen und außerdem die Berwirklichung dieses Wilkens durch entsprechende That. (Urth. d. DBG. d. 5. Mat 1887, Entich. Bd. XV. S. 58.)

Unter ben mehreren Gemeinden sind nicht etwa nur solche Wohnsigsemeinden zu verstehen, in welcher das daselöst steuerpsichtige Einkomnen weniger als ein Bierthell beträgt, die Theilung der Quote muß überall da eintreten, wo überhaupt mehrere Wohnsige vorhanden sind. (Urth. d. OBG. v 15. Nob. 1887, Entsch. XV S. 66.)

- Gleich ben Landgemeinden ber älteren öftlichen Probinzen bürfen auch die Holftenischen Landgemeinden die ihnen vermöge Wohnsiges ober Aufenthaltes abgabepflichtigen Personen, einschliebilch insbesonbere nichtpreußischer Reichsangehörigen, selbst don dem aus ausländischem Grundbestige ober Gewerbebetriebe fließenden Einkommen heranziehen. (Urth. b. DBG. b. 21. März 1891, Entsch. Bb. XXI S. 167.)
- §. 10. Die Ausführung des §. 9 erfolgt in der Weise, dass das Gesammteinkommen des Abgabepflichtigen zu der Gemeindeabgabe eingeschätzt, und

der so ermittelte Steuerbetrag dem Verhältniss des ausser Berechnung zu lassenden Einkommens zu dem Gesammteinkommen entsprechend herabgesetzt wird.

Der so ermittelte Steuerbetrag ift bie unter Beachtung aller gesehlichen Borichriften auf bas Gemeinbeeinkommen entfallenbe Gemeinbesteuer.

Die Bertheilung bes bas Gesammteinsommen treffenben Steuerbetrages auf Bohnstie und Forensasgemeinbe hat erft, nachbem die Beamtenborrechte boll zur Gestung gesangt find, zu erfolgen. (Urth. b. OBG. b. 6. San. 1888, Entich Bb. XVI S. 144.)

Das aus bem Betriebe einer offenen Handelsgesellschaft einem Gesellschafter traft des Gesellschaftsvertrages zusließende Einkommen gilt als gewerbliches, gleichviel was über die Art seiner Bennessung und die Stellung des Gesellschafters hinsichtlich der Geschäftsführng und der Bertretung der Gesellschaft vereinbart ift. (Urth. d. OBG. d. 21. Mai 1889, Entsch. AVIII S. 101.)

Der nach § 10 hu ermittelnbe Rommunalftenerbetrag bon einem Gesammteintommen, welches zu einem Theile aus außerhalb bes Gemeinbebegirts belegenem Grunbeigenthum ober außerhalb bes Gemeinbebegirts ftattfinbenbem Betriebe, gum anberen Theile aus fonftigem Gintommen befteht, belaftet - foweit nicht § 9 Mbf. 2 Anwendung gefunden hat - nur bas lettere, ba bas gum erfteren Theile gehörige Gintommen nach § 9 bon ber Gintommensbefteuerung in ber Bohnfiggemeinbe befreit ift. Der nach § 10 ermittelte Rommunalfteuerbetrag wirb, wenn im Steuertarif eine Progreffion liegt, unter Umftanben bober fein, als fic ergeben baben murbe, wenn bas in ber Wohnfingemeinbe erzielte Gintommen für fich allein gur Rommungleinfommenfteuer beranlagt morben mare und ber fich fo ergebenben Erhöhung bes Steuerbetrages fonnen auch bie Staatsbeamten auf Grund ihres Rommunalfteuer-Privilegiums Biberipruch an und für fich nicht entgegen feten. Unberührt bleiben muß aber im borliegenben Falle jenes Brivilegium, fowohl in ber Richtung, baf nur bie Salfte bes Dienfteintommens gur Quotifirung gebracht werben barf, wie binfictlich bes Maximalbetrages ber bon bem Dienfteintommen au entrichtenben Rommunalfteuer, (Erl. b. Min. b. R. v. 29. Oft. 1887, MBI. S. 241.)

unberührt. (Urth. b. OBG. b. 4. Sept. 1880, Entfc. Bb. XVII S. 140.)

- 3) § 9 handelt nur von der Einschätzung phyfischer Personen. (Urth. b. OBG. b. 24. Juni 1887, Entsch. Bb. XV S. 121.)
- 4) Auch ber Rießbrauch an Grunbstüden begründet gleich dem Eigenthum die Berpstächung, als Forense Einkommen aus Grundbesitz zu bersteuern. (Urth. d. OBG. d. 30. Januar 1889, Entsch. Bb. XVII S. 249.)
- 5) Die Besteuerung eines über mehrere Landgemeinden sich erftredenden, aber einheitlich jur Staatsgewerbesteuer veranlagten Betriebes nach dem Berbältniß dieser Steuer hat im Gebiete des UN. zur Boraussehung, daß in der einzelnen Gemeinde ein die Einschätzung des dort sich vollziehenden Betriebstheiles zur Kommunal-Gebäudesteuer regelnder bestätigter Beschliß besteht. (Urth. d. NBG. b. 22. Nob. 1890, Entsch. NX S. 146.)
- 9) Bur Begründung, zum Haben und Beibehalten eines Wohnsiges gehört der Wilke, einen bestimmten Ort zum dauernden Aufenthalt und Mittelpunkt der Lebensberhältnisse zu machen und außerdem die Berwirklichung dieses Wilkens durch entsprechende That. (Urth. d. DBG. d. 5. Mat 1887, Entsch. Bd. XV. S. 58.)

Unter ben mehreren Gemeinben sind nicht etwa nur folche Wohnstagemeinden zu verstehen, in welcher das daselschft keuerpstäckzige Einkommen weniger als ein Bierthell beträgt, die Theilung der Quote muß überall da eintreten, wo überhaupt mehrere Wohnsitze vorhanden sind. (Urth. d. DBG. v 15. Nov. 1887, Entsch. XV S. 66.)

- Gleich ben Landgemeinden ber älteren öfilichen Probinzen bürfen auch die Holftenischen Landgemeinden die ihnen vermöge Wohnsiges ober Aufenthaltes abgabepstichtigen Personen, einschliehlich insbesondere nichtpreußischer Meichsangehörigen, selbst don dem aus ausländischem Erundbestze ober Gewerbebetriebe fliehenden Einsommen heranzlehen. (Urth. b. DBG. b. 21. März 1891, Entsch. Bb. XXI S. 187.)
- §. 10. Die Ausführung des §. 9 erfolgt in der Weise, dass das Gesammteinkommen des Abgabepflichtigen zu der Gemeindeabgabe eingeschätzt, und

der so ermittelte Steuerbetrag dem Verhältniss des ausser Berechnung zu lassenden Einkommens zu dem Gesammteinkommen entsprechend herabgesetzt wird.

Der so ermittelte Steuerbetrag ift bie unter Beachtung aller gesehlichen Borschriften auf bas Gemeinbeeinkommen entfallenbe Gemeinbesteuer.

Die Bertheilung bes bas Gesammteinkommen treffenben Steuerbetrages auf Bohnsig- und Forensalgemeinde hat erst, nachbem die Beamtenvorrechte voll zur Geltung gesangt sind, zu erfolgen. (Urth. b. OBG. b. 6. Jan. 1888, Entsch. Bb. XVI S. 144.)

Das aus dem Betriebe einer offenen Handelsgesellschaft einem Gesellschafter traft des Gesellschaftsvertrages zusließende Einkommen gilt als gewerbliches, gleichtviel was über die Art seiner Bemessung und die Stellung des Gesellschafters hinschilch der Geschäftskührng und der Bertretung der Gesellschaft vereindart ist. (Urth. d. DBG. d. 21. Mai 1889, Entsch. Bd. XVIII S. 101.)

Der nach § 10 hu ermittelnbe Rommunalftenerbetrag bon einem Gefammteinkommen, welches zu einem Theile aus außerhalb bes Gemeinbebegirts belegenem Grunbeigenthum ober außerhalb bes Gemeinbebegirts ftattfinbenbem Betriebe, gum anberen Theile aus fonftigem Gintommen beftebt, belaftet - foweit nicht § 9 206f. 2 Unwendung gefunden hat - nur bas lettere, ba bas gum erfteren Theile gehörige Gintommen nach § 9 bon ber Gintommensbefteuerung in ber Bohnfiggemeinde befreit ift. Der nach § 10 ermittelte Rommunalfteuerbetrag wirb, wenn im Steuertarif eine Brogreffion liegt, unter Umftanben höher fein, als fich ergeben haben murbe, wenn bas in ber Bohnfiggemeinbe erzielte Gintommen für fich allein gur Rommungleinfommenfteuer pergnlagt morben mare und ber fich fo ergebenben Erhöhung bes Steuerbetrages tonnen auch bie Staatsbeamten auf Grund ihres Rommunalfteuer-Brivilegiums Biberfpruch an und für fich nicht entgegen feten. Unberührt bleiben muß aber im vorliegenden Falle jenes Privilegium, sowohl in ber Richtung, bak nur bie Salfte bes Dienfteintommens gur Quotifirung gebracht merben barf, wie hinfichtlich bes Maximalbetrages ber bon bem Dienfteinkommen au entrichtenben Rommunalfteuer. (Erl. b. Min. b. N. p. 29. Oft. 1887, MBl. S. 241.)

§. 11.') Personen, welche wegen eines mehrfachen Wohnsitzes oder eines den Zeitraum von drei Monaten übersteigenden Aufenthaltes²) in mehreren Gemeinden zu Einkommensteuern beizutragen verpflichtet sind, dürfen in jeder Gemeinde nur von einem der Zahl derselben entsprechenden Bruchtheil ihres Einkommens herangezogen werden, soweit dasselbe nicht aus Grundeigenthum oder aus Pacht-, Gewerbe-, Eisenbahn- oder Bergwerksbetrieb fliesst. Doch werden diejenigen Wohnsitzgemeinden, in welchen der Abgabepflichtige beziehungsweise seine Familie sich im Laufe des vorangangenen Jahres überhaupt nicht oder kürzere Zeit als drei Monate aufgehalten haben, hierbei nicht mitgezählt.³)

Wenn jedoch in den Gemeinden, in welchen der Abgabepflichtige seinen Wohnsitz hat, oder in welchen der Abgabepflichtige beziehungsweise seine Familie sich im Laufe des vorangangenen Jahres länger als dreu Monate aufgehalten haben, 4) das in ihnen steuerpflichtige Einkommen weniger als ein Viertheil⁵) des Gesammteinkommens beträgt, so findet die Vorschrift im §. 9 entsprechende Anwendung.

- 1) § 11 fetzt Personen voraus, welche in mehreren Gemeinden zu Einkommensteuern beizutragen verpstichtet sind. (Urth. d. OBG. v. 26. April 1887, Entsch. Bd. XV S. 37.)
- 9) Der Aufenthalt stellt sich als ein Zustand bar, in welchem sich die betreffende Person besinden muß. Er verlangt die Begründung eines Aufenthaltsverhältnisse und kann in dieser Beziehung dem Wohnste nach einer gewissen Kinn hin an die Seite gesetzt werden. Für die Begründung des Aufenthaltes ist eine zeitweilige Riederlassung ersorderlich. Zum Aufenthalt genügt deshald nicht eine körperliche Anwesenheit in bestimmten Abschnitten des Tages oder auch während des Tages; es muß noch ein Wehreres hinzukommen, die Riederlassung, das Wohnen. (Urth. d. OBG. v. 7. Kuni 1887. Entsch. St. XV S. 52.)

Ein ben Zeitraum von brei Monaten übersteigenber Aufenthalt, welcher nicht im Steuerjahre, sonbern nur im Borjahre stattgesunden hat, begründet für sich allein teine Seuerpslicht am Orte bes Aufenthaltsortes: Boraussetzung ist das Bestehen der Abgabepslicht. (Urth. b. DBS. d. 17. Mai 1887, Entsch. Bb. XV S. 72.)

3) Die zusolge der Borschrift § 11 Absat 1 mit dem Thatbestande, daß der Abgadepflichtige oder seine Familie sich im Laufe des dem Steuerjahre vorangegangenen Jahres in der Gemeinde drei Monate oder längere Zeit aufgehalten haben, verbundene Wirtung tritt auch dann ein, wenn der Ausenthalt kein ununterbrochener war. (Urth. d. OBG. d. 23. Jan. 1891, Entsch. Bd. XX S. 100.)

Demjenigen gegenüber, ber fich im Steuerjahre länger als brei Monate in einer anderen, als seiner Wohnstigemeinbe, im vorangegangenen Jahre aber nur in letzterer aufgehalten hat, ift jener Aufenthaltsgemeinde die tonkurrirende Besteuerung der Halfe des Kapitaleinkommens nicht versagt. (Urih. d. OBG. v. 2. Okt. 1891, Enisch. Bd. XXII S. 30.)

Die Einschränkung des Besteuerungsrechts, welche zu Gunsten ber wegen mehrsachen Wohnsites in mehreren Gemeinden einkommensteuerpklichtigen Versonen gesehlich vorgesehen ist, trifft gegenüber solchen Censiten auch die mit einer ausländischen Gemeinde fonkurrirende Preußische Gemeinde. (Urth. d. ONG. b. 24. Mai 1892, Entsch. Bd. XIII S. 47.)

Das aus ärztlicher Thätigkeit herrührenbe Einkommen gehört nicht zu bem gewerblichen, also auch nicht zu bemjenigen, welches gemäß § 11 für die Besteuerung seitens der Belegenheitsgemeinde reservit werden muß. (Urth b. OBG. v. 25. Nov. 1892, Entsch. Bb. XXIII S. 40.)

- 4) Der im zweiten Absah erwähnte Bohnsih muß ein mit Aufenthalt des Abgabepflichtigen oder seiner Familie von mehr als breimonatlicher Dauer im Borjahre verbundener sein. (Urth. d. OBG. v. 7. Dez. 1877, Entsch. Bb. XVIII S. 96.)
- 5) Die Brägipual-Gintommensquote, welche bas Gefet bom 27. Juli 1885 § 11 Abf. 2 ben mit anberen Wohnsits- ober Aufenthaltsgemeinden tonturrirenben Gemeinden gur Besteuerung für ben

Fall zuweist, daß das in ihr steuerpstichtige Sinkommen ein Biertheil bes Gesammteinkommens nicht erreicht, gebührt auch der Aufenthaltsgemeinde — selbst dann, wenn die konkurrirende Gemeinde keine Preußische ist. (Urth. d. DBG. v. 21. März 1891, Entsch. Bb. XXI S. 167.)

Die Quote wird auf ein Biertheil ausschließlich dann berechnet, wenn es sich nur um eine Wohnsitzemeinde handelt; in allen Fällen dagegen, in welchen ber Abgadepstichtige einen mehrfachen Wohnsitz hat, ist diese Quote von einem Viertheil nach Maßgabe des § 11 Albs. 1 zu vertheilen, der Mindesibetrag des der einzelnen Wohnsitzemeinde auszuwersenden Einsommenstheiles auf diezeinigen Bruchtheile zu bemessen, welcher sich aus einer Division des einen Viertheils durch die Zahl der überhaupt vorhandenen Wohnsitzemeinden ergiebt. (Urth. d. OBG. v. 15. Nov. 1887, Entsch. 38b. XV S. 66.)

Bom 1. April 1895 tritt bas Kommunalabgabengeset bom 14. Juli 1893 mit folgenben Bestimmungen in Kraft:

§. 91. Die bestehenden Vorschriften über die Aufbringung der Kreis- und Provinzialsteuern bleiben mit

folgenden Massgaben unberührt:

4) Insoweit juristische Personen, Gesellschaften u. s. w. zur Entrichtung der in Kreisen oder Provinzen vom Einkommen zu erhebenden Steuern verpflichtet sind oder physische Personen in verschiedenen Kreisen beziehungsweise Provinzen solchen Steuern unterliegen, kommen bei Veranlagung der Pflichtigen die die Gemeindeeinkommensteuer betreffenden Vorschriften dieses Gesetzes sinnentsprechend zur Anwendung.

Die bie Gemeinbeeinkommensteuer betreffenben Borfdriften finb enthalten in folgenben Paragraphen:

§. 35. Ein die Steuerpflicht begründender Betrieb von Handel und Gewerbe, einschliesslich des Bergbaues, der im §. 33 Nr. 2, 3 und 4 bezeichneten Personen und Erwerbsgesellschaften findet nur in denjenigen Gemeinden statt, in welchen sich der Sitz, eine Zweigniederlassung, eine Betriebs-, Werk- oder Verkaufsstätte oder eine solche Agentur des Unternehmens befindet, welche ermächtigt ist, Rechtsgeschäfte im Namen und für Rechnung des Inhabers, beziehungsweise der Gesellschaft, selbstständig abzuschliessen. Der Eisenbahnbetrieb unterliegt der Steuerpflicht in den Gemeinden, in welchen sich der Sitz der Verwaltung (beziehungsweise einer Staatsbahnverwaltungsbehörde), eine Station oder eine für sich bestehende Betriebs- oder Werkstätte oder eine sonstige gewerbliche Anlage befindet.

Das Einkommen aus dem nicht mit eigenem Betriebe verbundenen Besitze von Handels- und gewerblichen Anlagen, einschliesslich der Bergwerke, unterliegt der Besteuerung in denselben Gemeinden, in welchen das Einkommen aus dem Betriebe steuer-

pflichtig ist.

- S. 45. Als Reineinkommen der Staats- und für Rechnung des Staats verwalteten Eisenbahnen gilt der rechnungsmässige Ueberschuss der Einnahmen über die Ausgaben mit der Massgabe, dass unter die Ausgaben eine 3½ prozentige Verzinsung des Anlagebeziehungsweise Erwerbskapitals nach der amtlichen Statistik der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen zu übernehmen ist. Der sich darnach ergebende steuerpflichtige Gesammtbetrag ist durch den zuständigen Minister alljährlich endgültig festzustellen und öffentlich bekannt zu machen.
- §. 46. Als Reineinkommen der Privateisenbahnunternehmungen gilt der nach Vorschrift der Gesetze vom 30. Mai 1853 (Gesetz-Samml. S. 449) und 16. März 1867 (Gesetz-Samml. S. 465) behufs Erhebung der Eisenbahnabgabe für jede derselben ermittelte (beziehungsweise zu ermittelnde) Ueberschuss abzüglich

der Eisenbahnabgabe mit der Massgabe, dass bei der Berechnung nach dem Gesetze vom 16. März 1867 die zur Verzinsung und planmässigen Tilgung der etwa gemachten Anleihen erforderlichen Beträge als Ausgabe mit in Anrechnung gebracht werden dürfen. Die sich danach ergebenden steuerpflichtigen Beträge sind von den mit der Aufsicht über die Privateisenbahnunternehmungen betrauten Staatsbehörden alljährlich endgültig festzustellen und öffentlich bekannt zu machen.

Auf Kleinbahnen (Gesetz vom 28. Juli 1892, Gesetz-Samml. S. 225) findet die vorstehende Bestimmung

keine Anwendung.

§. 47. Die Vertheilung des gemeindesteuerpflichtigen Einkommens aus dem Besitze oder Betriebe einer sich über mehrere Preussische Gemeinden erstreckenden Gewerbe- oder Bergbauunternehmung erfolgt, sofern nicht zwischen den betheiligten Gemeinden und dem Steuerpflichtigen ein anderweiter Massstab vereinbart ist, in der Weise, dass:

a) bei Versicherungs-, Bank- und Kreditgeschäften derjenigen Gemeinde, in welcher die Leitung des Gesammtbetriebes stattfindet, der zehnte Theil des Gesammteinkommens vorab überwiesen, dagegen der Ueberrest nach Verhältniss der in den einzelnen Gemeinden erzielten Bruttoeinnahme vertheilt,

b) in den übrigen Fällen das Verhältniss der in den einzelnen Gemeinden erwachsenen Ausgaben an Gehältern und Löhnen, einschliesslich der Tantièmen des Verwaltungs- und Betriebspersonals zu Grunde gelegt wird. Bei Eisenbahnen kommen jedoch die Gehälter, Tantièmen und Löhne desjenigen Personals, welches in der allgemeinen Verwaltung beschäftigt ist, nur mit der Hälfte, des in der Werkstättenverwaltung und im Fahrdienst beschäftigten Personals nur mit zwei

Dritttheilen ihrer Beträge zum Ansatz.

Erstreckt sich eine Betriebsstätte, Station etc., innerhalb deren Ausgaben an Gehältern und Löhnen erwachsen, über den Bezirk mehrerer Gemeinden, so hat die Vertheilung nach Lage der örtlichen Verhältnisse unter Berücksichtigung des Flächenverhältnisses und der den betheiligten Gemeinden durch das Vorhandensein der Betriebsstätte, Station u. s. w. erwachsenen Kommunal-

lasten zu erfolgen.

Bei den Staats- und für Rechnung des Staats verwalteten Eisenbahnen wird bis zum 1. April 1896 ein Dritttheil des gesammten, nach §. 36 steuerpflichtigen Reineinkommens dieser Bahnen denjenigen Gemeinden. welche vor dem 1. April 1880 steuerberechtigt waren und dieses Recht thatsächlich ausgeübt haben, zur Vertheilung nach Verhältniss der im Durchschnitt der dem 1. April 1880 vorangegangenen drei Steuerjahre zu den Gemeindeabgaben herangezogenen Reinerträge vorab überwiesen. Der Ueberrest wird nach den vorstehend unter b angegebenen Grundsätzen auf sämmtliche nach §§. 33, 35 berechtigte Gemeinden vertheilt. Vom 1. April 1896 ab erfolgt die Vertheilung nach den Grundsätzen unter b bei allen steuerberechtigten Gemeinden.

§. 48. Die Ermittelung der Bruttoeinnahmen der Versicherungs-, Bank- und Kreditgeschäfte, sowie der Ausgaben an Löhnen und Gehältern (§. 47) erfolgt in dreijährigem Durchschnitt nach Einsicht eines den steuerberechtigten Gemeinden von dem Unternehmer beziehungsweise Gesellschaftsvorstande jährlich mitzutheilenden Vertheilungsplanes.

Derselbe ist bezüglich der Staatseisenbahnen (§. 45) für jeden Direktionsbezirk besonders aufzustellen.

§. 49. Bei Veranlagung der Steuerpflichtigen zur Einkommensteuer in ihren Wohnsitzgemeinden ist, unbeschadet der Bestimmungen des §. 35, derjenige Theil des Gesammteinkommens, welcher in anderen Preussischen Gemeinden aus Grundvermögen, Handelsoder gewerblichen Anlagen, einschliesslich der Bergwerke, aus Handels- und Gewerbebetrieb, einschliesslich des Bergbaues, sowie aus der Betheiligung andem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (§. 33 Nr. 2) gewonnen wird, ausser Berechnung zu lassen. Zu diesem Behufe wird das Gesammteinkommen des Steuerpflichtigen eingeschätzt und der so ermittelte Steuerbetrag dem Verhältniss des ausser Berechnung zu lassenden Einkommens zu dem Gesammteinkommen entsprechend herabgesetzt.

Die Gemeinde, in welcher der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz hat, ist jedoch, wenn das steuerpflichtige Einkommen weniger als ein Viertheil des Gesammteinkommens beträgt, berechtigt, durch Gemeindebeschluss ein volles Viertheil des Gesammteinkommens unter entsprechender Verkürzung des einer oder mehreren Forensalgemeinden zur Besteuerung zufallenden Einkommens für sich zur Besteuerung in Anspruch zu nehmen. Steht dieser Anspruch mehreren Wohnsitzgemeinden zu, so ist dieser Bruchtheil nach Massgabe des § 50 zu vertheilen.

§. 50. Bei der Einschätzung von Personen mit mehrfachem Wohnsitz innerhalb des Preussischen Staatsgebiets in ihren Wohnsitzgemeinden verbleibt derjenige Theil des Einkommens, welcher aus Grundvermögen, Handels- oder gewerblichen Anlagen, einschliesslich der Bergwerke, aus Handel oder Gewerbe, einschliesslich des Bergbaues, sowie aus der Betheiligung an dem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (§. 33 Nr. 2) fliesst, der

Belegenheits- beziehungsweise der Betriebsgemeinde. Beträgt jedoch dieser Theil des Einkommens mehr als drei Viertheile des gesammten Einkommens des Steuerpflichtigen, so gelangt die Bestimmung im §. 49 Absatz 2 dieses Gesetzes sinngemäss zur Anwendung.

Neuanziehende, welche in einer Gemeinde wegen ihres die Dauer von drei Monaten übersteigenden Aufenthalts zu den Gemeindesteuern herangezogen werden (§. 33 Absatz 4), sind insoweit denjenigen gleichgestellt, welche in dieser Gemeinde ihren Wohn-

sitz haben.

Im Uebrigen dürfen Personen mit mehrfachem Wohnsitz in jeder Preussischen Wohnsitzgemeinde nur von einem der Zahl derselben entsprechenden Bruchtheil ihres Einkommens herangezogen werden. Zu diesem Behufe wird der für das Gesammteinkommen berechnete Steuersatz auf die Wohnsitzgemeinden nach der Zahl derselben gleichmässig vertheilt. Wohnsitzgemeinden, in welchen der Steuerpflichtige sich im Laufe des vorangegangenen Rechnungsjahres überhaupt nicht oder kürzere Zeit als drei Monate aufgehalten hat, werden hierbei nicht mitgezählt.

§. 92. Die Vorschriften der §§. 51, 71 bis 74 finden bei der Kreis- und Provinzialbesteuerung mit nachstehenden Massgaben sinnentsprechende Anwendung:

1) Ueber die Vertheilung des dem Besteuerungsrechte mehrerer Kreise (Stadt- oder Landkreise) unterliegenden Einkommens beschliesst der Be-

zirksausschuss.

An Stelle der Frist von vier Wochen tritt eine solche von zwei Monaten.

§. 51. Ist das der Staatseinkommensteuer unterliegende Gesammteinkommen eines Steuerpflichtigen nach seinen Theilen in mehreren Preussischen Gemeinden steuerpflichtig, so darf das in diesen Gemeinden steuerpflichtige Einkommen im Ganzen den Höchstbetrag derjenigen Steuerstufe nicht übersteigen, in welche der Steuerpflichtige bei der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer eingeschätzt worden ist. Zu diesem Behufe sind die Theile des Einkommens, sofern sie auch nach erfolgter Richtigstellung im Ganzen den Höchstbetrag der Steuerstufe übersteigen, verhältnissmässig herabzusetzen (§S. 71 bis 74).

Besitzt der Steuerpflichtige in einer Gemeinde verschiedene Quellen von Einkommen, so sind dieselben für die Besteuerung in der Gemeinde als ein Ganzes zu erachten.

§. 71. Ueber die Vertheilung gemeindesteuerpflichtiger Einkommen auf eine Mehrzahl steuerberechtigter (Wohnsitz-, Aufenthalts-, Belegenheits-,
Betriebs-) Gemeinden gemäss den Vorschriften dieses
Gesetzes (§§. 47 bis 51 in Verbindung mit §§. 33
und 52) beschliesst auf Antrag des Steuerpflichtigen
unter Zugrundelegung der Einschätzung der einzelnen
Gemeinden der Kreisausschuss und, soweit die Stadt
Berlin oder andere Stadtgemeinden in Betracht kommen, der Bezirksausschuss nach Anhörung sämmtlicher
Betheiligten.

Der Antrag des Steuerpflichtigen, welcher binnen der Frist von vier Wochen, vom Tage der Bekanntmachung der Steuer (§. 65) seitens der zweiten oder einer weiteren eine Steuerforderung erhebenden Gemeinde ab gerechnet, zu stellen ist, tritt an die Stelle des Einspruches gegen die Heranziehung (Veranlagung) zu den bezüglichen Steuern in jeder einzelnen der betheiligten Gemeinden (§. 69).

Der Kreis- (Bezirks-) Ausschuss hat nach verhandelter Sache den auf jede Gemeinde entfallenden

Theil des steuerpflichtigen Einkommens und den von demselben zu entrichtenden Steuerbetrag festzusetzen.

Zutreffendenfalls kommen die Bestimmungen des §. 58 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 dahin zur Anwendung, dass auch in den Fällen, in welchen die Stadt Berlin betheiligt ist, der Minister des Innern den Bezirksausschuss bestimmt, welcher zu beschliessen hat.

§. 72. Gegen den Beschluss des Kreis- (Bezirks-) Ausschusses findet binnen einer Frist von 2 Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung in Verwaltungsstreitverfahren statt. In den Fällen, in welchen der §. 58 a. a. O. zur Anwendung kommt, ist für das Verwaltungsstreitverfahren derjenige Kreis-(Bezirks-) Ausschuss zuständig, welcher in Ansehung des Beschlussverfahrens für zuständig erklärt worden war.

Der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren steht sowohl dem Steuerpflichtigen, als auch einer jeden Gemeinde zu, auf deren Steuerforderung sich der Beschluss erstreckt, und richtet sich gegen sämmtliche Betheiligte, deren Theilverhältniss durch den von dem Kläger verfolgten Anspruch berührt wird.

§. 73. Wird während schwebenden Beschlussoder Verwaltungsstreitversahrens eine weitere Forderung auf Zahlung von Gemeindesteuern in Ansehung
des dem Versahren unterliegenden Einkommens erhoben, so hat der Steuerpflichtige binnen der Frist
von vier Wochen, vom Tage der Bekanntmachung
der bezüglichen Steuerforderung (§. 65) ab gerechnet,
deren Einbeziehung in das schwebende Versahren
bei derjenigen Behörde zu beantragen, bei welcher
die Sache anhängig ist. In diesem Versahren ist

alsdann gleichzeitig auch über die später erhobene Steuerforderung zu beschliessen oder zu entscheiden.

§. 74. Wird nach rechtskräftig entschiedener Sache eine weitere Steuerforderung in Ansehung des Einkommens erhoben, welches den Gegenstand des früheren Verfahrens gebildet hat, so finden die vorstehenden Bestimmungen (§§. 71 bis 73) sinngemässe Anwendung mit der Massgabe, dass derjenige Kreis-(Bezirks-) Ausschuss, welcher in dem ersten Verfahren beschlossen und entschieden hat, auch für das zweite Verfahren zuständig ist, und dass das rechtskräftig festgesetzte Antheilsverhältniss der bei dem ersten Verfahren betheiligt gewesenen Gemeinden in dem zweiten Verfahren nicht mehr geändert, in dem letzteren vielmehr nur noch darüber beschlossen und entschieden werden kann, welchen Betrag die früher aufgetretenen Steuergläubiger dem später aufgetretenen nach dem durch das rechtskräftige Urtheil für sie festgesetzten Antheilsverhältnisse zu erstatten haben.

Befreiung von ben Rreisabgaben.

§. 17. (Oftprovingen.)

Die dem Staate 1) gehörigen,2) zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche3) bestimmten 1) Liegenschaften und Gebäude, 1) die Königlichen Schlösser, sowie die im §. 4 zu c 1) und d 1) des Gesetzes vom 21. Mai 1861, bestressend die anderweite Regelung der Grundsteuer (Gesetzemml. S. 253), im Artisel I 1) des Gesetzes vom 12. März 1877 (Gesetzesmml. S. 19) und im §. 3 1) zu 2 bis 6 des Gesetzes vom 21. Mai 1861, betressend die Einsührung einer allgemeinen Gebäudesteuer (Gesetzesmml. S. 317),

bezeichneten Grundstücke und Gebäude find von den Kreislaften befreit.10)

- 1) Bezüglich ber bem Reiche zugehörigen Liegenschaften und Gebäude bestimmt ber § 1 bes Gesetes über bie Rechtsverhältnisse zum dienstlichen Gebrauche einer Reichsverwaltung bienenben Gegenstände vom 25. Mai 1873 (IS. S. 153): hinsichtlich ber Befreiung von Steuern und sonstigen binglichen Lasten sind bie im Gigenthum bes Reiches besindlichen Gegenstände oder im Gigenthum bes Staates besindlichen gleichartigen Gegenstände gleich gestellt.
- 2) Borausfetjung für bie Befreiung ift, bag bie betreffenbe Liegenschaft
 - 1) bem Staate gehört,
- 2) zu einem öffentlichen Dienste ober Gebrauche beftimmt ift. (Urth. b. OBG. b. 15. Dez. 1877, Entfc. 28b. III S. 24.)
- 3) Grundsat: Das Geset will nur die Hauptbestimmung einer solchen Liegenschaft als maßgebend angesehen wissen. Unterliegt in dieser das Grundstüd dem öffentlichen Dienste oder Gebrauche, so wird die hierdurch einmal begründete Befreiung nicht daburch ausgeschlossen, daß nebenher noch eine gewisse andere Rutzung statistindet, und solche auch dem Bester einen möhigen Reinertrag abwirft. (Urth. d. OBG. v. 3. Jan. 1877, Entsch. Bb. II S. 23.)
- 4) "Bestimmt" heißt: Die Beziehung ber Liegenschaft zum öffentlichen Dienst muß keine rein zufällige, keine im Berbältniß zu ben sonstigen Beziehungen mehr ober minber untergeordnete sein. Die Befreiung von Kreisabgaben ist geknüpft an die Boraussehung einer unmittelbaren Bestimmung zum öffentlichen Dienst ober Gebrauch. (Urth. b. OBG. b. 9. Dez. 1876, Entsch. Bb. I S. 87.)
- 5) Die Gebäube muffen bauernb, unmittelbar und ausschließlich bem öffentlichen Dienste gewibmet sein, so baß ohne sie betreffende Zweig bes öffentlichen Dienstes nicht burchführbar ift. (Urth. b. DBG. v. 4. Nob. 1878, Entsch. Bb. IV S. 63.)
- 9) § 4 c. Die ben Probinzen, ben tommunalstänbijden Berbanben, ben Kreisen, ben Gemeinben ober selbststänbigen Gutsbezirten gehörenben Grunbstüde, insofern fie zu einem öffentlichen Dienft ober Gebrauche bestimmt finb, insonberheit also: Gaffen,

- Bläte, Brüden, Fahr- und Fußwege, Leinpfabe, Bäche, Brunnen, schischare Kanäle, Säfen, Werften, Ablagen, Kirchhöfe, Begräbnitzpläte, Spaziergänge, Lust- und botanische Gärren, sowie lediglich zur Bepkanzung öffentlicher Pläte, Straßen und Anlagen bestimmte Baumschulen.
- 7) § 4d: Brilden, Runftstraßen, Schienenwege ber Gifenbahnen und schiffbare Ranäle, welche mit Genehmigung bes Staates von Privatpersonen ober Attiengesellschaften zum öffentlichen Gebrauche angelegt finb.
- 8) Art. I: Den nach § 4c bes Gefetes vom 21. Mai 1861, betreffend bie anderweite Regelung der Grundsteuer und, nach § 4c bes herzoglich braunschweigischen Gesetes vom 20. Februar 1875 betreffend die anderweite Regelung der Grundsteuer, von der Grundsteuer befreiten Grundstüden sind auch die Deichanlagen der Deicherbände und die im öffentlichen Interesse staatlich unter Schau gehaltenen Privatbeiche besaugählen.
- 9) § 3 zu 2. Diejenigen Gebäube, welche bem Staate, ben Probinzen, ben kommunalstänbischen Berbänben, ben Kreisen ober den Gemeinden, welche zu selbstständigen Gutsbezirken gehören, insosern sie zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmt sind, insonderheit also die zum Gebrauche öffentlicher Behörden oder zu dienstwohnungen für Beamte bestimmten Gebäude, als: Militär-Regierungs-, Justiz-, Bolizei-, Steuer- und Postverwaltungsgebäude, Kreis- und Gemeindehäuser, sowie Bibliotheken und Museen.
- (Nach § 24 bes Kommunalabgabengeseises kommen insbesonbere auch die Befreiungen der Diensigrundstücke und der Dienstwohnungen der Beamten in Fortfall.)
- 3u 3: Universitäts- und andere gum öffentlichen Unterricht bestimmte Gebäube.
- 3u 4: Rirchen, Kapellen und andere jum öffentlichen Gottesbienst gewidmeten Gebäube, sowie die gottesbienstlichen Gebäube ber mit Korporationsrechten versehenen Religionsgesellschaften,
 - ju 5: Die Diensthäufer ber Erzbifchofe, ber Bischöfe, ber Dom-, Rurat- und Pfarrgeiftlichen und sonstigen mit geiftlichen Funttionen belleibeten Berfonen ober mit Rorporationsrechten berfehenen

Religionsgefellicaften; ferner ber Gomnafial., Seminar- und Soullehrer, ber Rufter und anberer Diener bes öffentlichen Rultus,

au be Armen. Baifen- und Krankenbaufer, Befferungs., Aufbewahrungs- und Gefängnifanftalten, sowie Gebaube, welche mitben Stiftungen angehören und für beren Zwede unmittelbar benutt werben.

Bei Berathung bek Kommunalabgabengesete, welches aml. April 1895 in Kraft tritt, wurbe seigestellt, daß nur solche zu gemeinnützigen ober wohltschäigen Sweden blenende Gebäube, welche einem mit den Rechten ber milben Stiftung versehenen Institute angehören, von der Steuer befreit sind.

Beiter wurde bort mit Rudflot barauf, daß für die vielfach sehr gewinnbringenden ärzilichen Kliniken ein Grund zur Steuerbefreiung nicht borliegt, vor Krankenhäuser "öffentliche" eingeschaltet. Im Uebrigen wurde anerkannt, daß es sich bei den betreffenden Krankenankulten wirklich um eine Erwerbsthätigkeit handeln müsse; biese Borausseigung sei aber nicht ohne Weiteres stets scon in jeder Beanspruchung eines Entgelts für die Berpstegung und Behandlung zu finden.

Speziell mit Beziehung auf bie Frande'iche Stiftung in Salle wurde betont, bag bie Gebäube, soweit fie unmittelbar ben wohltibatigen Zweden ber Anftalt bienten, (unentgeltliche Bertreibung von Bibeln) befreit fein, soweit fie zur Betreibung bes Buchbanbels bienten, fteuerpflichtig fein sollen.

Auch Delonomiegebäube (3. B. Rubstäte), bie gur Erfüllung bes milben Zwedes einer Anstalt blenten, blieben frei. Zu ben öffentlichen Krantenhäusern werben auch Johanniter- und Maltefer-Krantenbäuser gerechnet. (Ber. b. Abah. S. 30—31.)

- 10) Befreit bon ben Rreislaften finb 3. B .:
- a) Die dem Staate gehörigen, zu Dienstwohnungen für die Kgl. Forstbeamten bestimmten Gebäude. (Urth. d. DBC. v. 30. Mai 1876, Entsch. Bb. I S. 40.)
- b) Die Artillerieschießpläte, auch wenn ihre Grasnutung berpachtet ift. (Urth. b. DBG. b. 3. Jan. 1877, Entsch. Bb. II S. 27.)
- o) Die Haffe in ber Oftfee. (Urth. b. DBG. b. 15. Dez. 1877, Entich. Bb. II S. 219.)

ichon burch ben Gewerbebetrieb bes Bersicherers an sich, sonbern erst baburch erzielt, daß er Mickversicherungen nimmt und die bezüglichen Berträge abschließt. (Urth. b. OBG. b. 2. April 1889, Entsch. Bb. XVIII S. 92. cfr. Urth. b. OBG. b. 26. Wärz 1889, Entsch. Bb. XVIII S. 124.)

Berficherungsgesellichaften auf Gegenseitigkeit find nicht gemeinbefteuerpflichtig.

Wenn eine Agentur nur für einen bestimmten Zweig bes Bersicherungsgeschäftes zum selbsträndigen Abschusse von Geschäften bevollmächtigt ift, so hat die betreffende Gemeinde nur Anspruch auf Heranziehung der Prämieneinnahmen aus diesem Zweige. (Erl. d. Min. d. J. d. 2. Sept. 1879.)

Bei Heranziehung einer Bersicherungsgesellschaft zur Kommunaleinkommensteuer ist es gleichgültig, ob die Gesellschaft ihre Geschäfte den einer im Inslande oder im Auslande belegenen Gauptniederlassung aus betreibt. Dem entsprechend ist der Präzipualbeitrag von 10 pCt. zu Gunsten der Sitzemeinde auch dann zu berücksichtigen, wenn die ausländische Sitzemeinde nach den dortigen gesehlichen Borschriften zu besteuern nicht befugt ist, wogegen andererseits eine in den ausländischen Gemeinden stattsindende Kommunalbesteuerung nicht zu berücksichtigen ist, wenn diese Gemeinde nach den im Inslande bestehenden Borschriften zu solcher Besteuerung nicht besugt sein würde. (Ers. d. M. d. 3. v. 7. März und 5. Mai 1881.)

5) Der § 7a finbet auch auf Bant. und Krebitgeschäfte Anwendung, welche von phyfischen Personen, sei es im eigenen Ramen, sei es in Form einer Kommanbitgesellschaft ober offenen Hanbelsgesellschaft, betrieben werben.

6) Die Ermittelung bes steuerpflichtigen Einkommensantheils einer von mehreren Gemeinben, über welche sich ein Gewerbebetrieb erfirect, in welcher ein nicht unter § 7a bes Geses vom 27. Juli 1885 fallenber Betrieb erft mit bem Steuerjahre ober innerhalb beffelben begonnen worben ift, geschieht burch Schätzung. (Urth. b. OBG. b. 25. Nob. 1890, Entich. Bb. XX €. 29.)

Das Borhanbenfein einer Zweignieberlaffung neben einer hauptnieberlaffung ichlieft bie Behanblung bes an beiben Orten burchgeführten Betriebes als eines fich über mehrere Gemeinben erftredenben Gewerbebetriebes nicht blos nicht aus, sonbern bilbet eine ber Boraussehungen für bas Bestehen einer folden und für bie Abgrenzung bes Areises ber zur Theilnahme an bessen Erträgen berechtigten Gemeinben. (Urth. b. DBG. v. 9. Juni 1891, Entsch. Bb, XXI S. 64.)

Das Einkommen aus einem erft im Laufe bes Steuerjahres begonnenen Gewerbebetriebe wird burch Schähung festgestellt. (Urth. b. OBG. v. 7. Ott. 1292, Entich. Bb. XXIV S. 50.)

Die Bertheilung erfolgt, wenn sie zwischen einer Stabtgemeinbe von mehr als 10000 Einwohnern und einer Landgemeinde desselben Kreises zu bewirken ist, durch die Regterung, wenn sie zwischen Landgemeinden desselben Kreises zu bewirken ist, durch den Landrath, liegen die Gemeinden in verschiedenen Kreisen, so hat die Regterung den Landrath zu bestimmen, welcher wegen der Bertheilung in erster Instanz beschließen soll. (Erl. d. M. d. J. d. 25. Rod. 1887, MBI. 1888 S. 43.)

Die Siggemeinde erhält ein Präzipuum von 10 pCt. sie hat aber kein Recht, außerdem das Einkommen der Gesellschaft zu besteuern, welches in auswärtigen Gemeinden mit einer Agentur erworden, von den Gemeinden aber nicht einer Kommunalbesteuerung unterworfen wird. Ob die betressenden Gemeinden im In- oder Auslande belegen sind, ist gleichgültig. (Erl. d. M. d. J. v. 4. Dez. 1880, MBl. 1881 S. 8.)

7) Die Feststellung der den Gemeinden zur Besteuerung zufallenden Quote des Einsommens einer an sich besteuerungssähigen nicht physischen Person erfolgt, wenn sich beren unter § 7 d des Kommunalabgabengesets vom 27. Juli 1885 fallender Gewerbebetried außer in Preußischen Gemeinden auch in solchen, die Zahlung von Gehältern und Löhnen bedingenden Betriedsstätten u. 5. w. dollzieh, die Istlie in Preußischen Gutsdezirken, theils im Auslande belegen sind, nach dem Maßkade des in ihnen gewonnenen Einsommens. (Urth. d. OBG. v. 24. Oktober 1890, Entsch. Bd. XX S. 25.)

8) Die Festftellung ber einer Gemeinde gur Besteuerung gufallenben Quote bes Einkommens bes Staatsfiskus aus Eisenbahnbetrieb erfolgt anglog ben Borschriften bes § 7, wenn die in ihrem Bezirke belegene Betriebsstätte (Station) sich zugleich auf einen benachbarten Gutsbezirk erstreckt. (Urth. b. DBG. b. 29. Juni 1891, Entsch. Bb. XXI S. 71.)

Als in der Gemeinde erwachsen sind alle Gehälter anzusehen, welche an Beamte gezahlt werden, die innerhalb der Gemeinde ihr amtlices Domizil haben und alle Löhne, welche für innerhalb des Bezirtes der steuerberechtigten Gemeinde ausgeführten Arbeiten zu gablen find.

Unter bem in ber Wertstättenberwaltung beschäftigten Personal find nicht blos bie an leitenber Stelle fungirenben, sonbern alle Personen zu versiehen, welche überhaupt in biesem Betriebethätig find.

Der Werth ber Dienftwohnungen ber Beamten ift in Ansat gu bringen.

Erwachsen find die Gehälter und Löhne in dem den Bezugsberechtigten an sich zukommenden Betrage und gezahlt sind sie den Beamten und Arbeitern auch insoweit, als sie nicht in ihre hände gelangen, sondern für ihre Kechnung direkt den Kranken- und Pensionskassen sie und diesenigen Lohntheise und Gesahlt, mit denen der Arbeitgeber berechtigtermaßen Schulden des Arbeiters oder Beamten tilgt. (Urth. d. DBG d. 7. Abril 1891. Gritsch Bd. XXI S. 80.)

Wenn eine Eisenbahnstation sich über ben Bezirk mehrerer Gemeinben erstreckt, so kann auch während bes Streitversahrens noch bie ben Berwaltungsbehörben zustehenbe Bertheilung beantragt werben. (Urth. b. OBG. v. 26. Okt. 1887, Entsch. Wb. XV S. 125.)

- 9) Die Bestimmung bes Kommunalabgabengeseiges vom 27. Juli 1885 (§ 7c), daß bei der Staats- und für Rechnung des Staats verwalteten Elsenbahren während der Jahre 1886/96 eine gewisse Quote des gesammten abgabepstichtigen Reineintommens dieser Bahnen benjenigen Gemeinden, welche vor dem 1. April 1880 abgabeberechtigt waren u. s. w., sindet auf die Besteuerung seitens der Kreise Teine Anwendung. (Urth. d. OBC. v. 24. Jan. 1888, Entsch. Bd. XVI S. 34).
- 10) Abgabeberechtigt find alle biejenigen Gemeinden, welchen bie bor bem 1. April 1880 geltenbe Gesetzebung bie Abgabeberechtigung grunbsählich gewährt.

Unter die thatsächliche Ausübung des Rechts fallen alle diejenigen Janblungen, welche dazu dienen, das gesehlich gewährte Abgabenrecht in Wirksamkeit zu sehen, also nicht blos die schließliche Heranziehung, sondern auch alle dazu erforderlichen borderetienden Schritte, insbesondere die Beschlüssfassung der Gemeindeorgane, die Bestätigung der Beschlüssen, die Ermittelung des steuerpflichtigen Sinkommens. (Urth. d. DBG. vom 27. April 1888, Entsch. Bd. XVI S. 127).

Diejenigen Reinerträge follen berücksichtigt werben, welche thatfächlich von ber Gemeinbesteuer getroffen finb. (Urth. b. DBG. v. 6. März 1888, Entich. Bb. XVI S. 132.)

11) Die Besteuerung eines über mehrere Gemeinben sich erstreckenben, aber einheitlich zur Staats-Gewerbesteuer veranlagten Betriebes nach bem Verstältnig biefer Steuer hat im Gebiete des ARR. zur Borausssetzung, daß in der einzelnen Gemeinde eine die Einschätzung des dort sich vollziehenden Betriebstheiles zur Kommunal-Gewerbesteuer regelnder bestätigter Beschluß besteht. (Urth. d. OBG. v. 22. Nob. 1890, Snifc, Bb. XX S. 143.)

Bu den Bruttoeinnahmen gehören bei Versicherungsgesellschaften außer ben Prämieneinnahmen noch die Zinsen des Grundkapitals und des Reserbesonds, der Gewinn von verkauften oder ausge-looften Werthyapteren, der Aglogewinn bei Emission neuer Artien, die Erstattungen aus Midbersicherungsverrägen u. s. w. Bon diesen Einnahmen sind vorad 10 pCt. der Gemeinde, in welcher sitz der Gesellschaft befindet, als Steuerobjett zu überweisen. Diese leberweisung einer Präzipualquote sindet bei allen Bantund Kreditgeschäften statt.

Der Ueberreft von 90 pCt bes Reineinkommens ift auf die Sitzemeinde und auf alle biejenigen Breußissen und ausländischen Eemeinden, in welchen sich Zweigniederlassungen ober zum selbständigen Abschluß von Rechtsgeschäften ermächtigte Agenturen befinden, zum Zweck der Besteuerung nach Berhältniß der in jeder Gemeinde erzielten Bruttoeinnahme zu vertheilen.

Areisausschuß bei Landgemeinden, Bezirkausschuß bei Stadtgemeinden oder Stadt- und Landgemeinden. (§§ 57 ff. des LBG.) Gerichtsvollzieher haben Anfpruch auf bas Privilegium. (Erl. b. Min. b. J. v. 22. März 1882, MBI. S. 81.)

Den Beamten ber nicht unter staatlicher Berwaltung stehenben Privateisenbahngefellschaften werden die Rommunalsteuer-Privilegien ber mittelbaren Staatsbeamten nicht zugestanden. (Berf. b. Min. b. F., b. J. u. b. H. v. 25. April 1876, MBl. S. 122.)

7) Das Gefet vom 11. Juli 1822 gewährt den Beamten bei der Besteuerung in den Gemeinden ein doppeltes Privilegtum: einmal soll nach § 2 deren Diensteinkommen nur mit der Hälfte in Ansatz gebracht, andererseits solen nach § 3 im äußersten Falle an direkten Beiträgen aller Art, und zu sämmtlichen Gemeindedbürfnissen die Gehältern unter 250 Abaler nicht mehr als 1 pCt. dei Gehältern von 250 bis 500 Thaler nicht mehr als 1½2 pCt. und bei höheren Gehältern nicht mehr als 2 pCt. des gesammten Diensteinsommens gesordert werden können.

s) Die Beiträge ber Beamten zu den Bedürfnissen der Gemeinden kommen behuss der Berechnung, ob und in welcher Johs die Staatsbeamten zu den Areisabgaben beizutragen haben, in benjenigen Städten, in welchen eine Untervertheilung des Areisabgabensolls auf die einzelnen Steuerpfsichtigen nach dem für diese Kogaden bestehenden Bertheilungsmaßstade nicht stattsindet, allein in Ansah (ohne Kreissteuern); die Art, wie die Beamten zu den Areislasten als solche beitragen sollen, bestimmt sich allein nach § 18. Dabei sind die neben den Gemeindeabgaben bereiten Admmereiennahmen als Decungsmittel sir das Areisabgabensol oder sir die eigentlichen Gemeindebedürfnisse zu verrechnen. (Urth. d. DBG. v. 24. Nob. 1885, Entsch Bd. VIII S. 34.)

9) Die jehige Fassung ber Ard. foll außer Zweifel stellen, baß für die Heranziehung bes Diensteinkommens der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten zu den Areisadgaben nicht nur die im § 3, sondern auch die im § 2 des Gesetzs vom 11. Juli 1822 enthaltenen Steuern maßgebend sind. (Eirkular, betreffend die Abänderung von Bestimmungen der Ard. b. 26. März 1881, MBL & 69.)

Rach § 8 bes Gefetes vom 11. Juli 1822 geniehen bas Brivilegium aber nur bie besolbeten unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten. Die Bestimmungen finden keine Anwendung auf nur borübergehend im Staatsbienste Seschäftigte Personen. (Bescheib b. Min. d. R. v. 6. Februar 1879, MBl. S. 97.)

Much ber zweite Sat im § 8 bes Gefetes bom 11. Juli 1829:

Seber Staatsbeamte aber, welcher einer Behörbe angehört und bei berfelben feinen ftanbigen Bohnfit haben muß, ift unter allen Umftanben als ein Einwohner berjenigen Stadt zu betrachten, in welcher tiefe Bebörbe ibren Sis bat.

findet auf bie Kreisbesteuerung ber Beamten Anwendung. (Urth. b. OBG. v. 13. Nob. 1889, Entsch. Bb. IX S. 30.)

- io) § 10 lautet: Jeboch bleiben von allen biretten Beitragen gu ben Gemeinbelaften befreit:
- a) die aus Staatskaffen gahlbaren Benfionen ber Wittwen und bie Erziehungsgelber für Waifen ebemaliger Staatsbiener.
- b) ebenbergieichen Benfionen, ingleichen Bartegelber ber Staatsbiener felbft, fofern beren jahrlicher Betrag bie Summe von 250 Thalern nicht erreicht.
 - c) bie Sterbe- und Gnabenmonate,
- d) alle biejenigen Dienstemolumente, welche blos als Erfat baarer Auslagen zu betrachten finb,
- e) alle Befolbungen und Emolumente ber beim fiehenben Seere und bei ben Landwehrstämmen in Reihe und Elieb befindlichen aktiven Militärpersonen, ingleichen ber auf Invalibitätsgehalt gesesten Offigiere und
 - f) biejenigen ber Geiftlichen und Elementarfoullehrer.
- 11) Die hinterbliebenen ber Geistlichen sind in Betreff bes sogenannten Gnabenjahres von ber Beitragspflicht zu ben Areisabgaben befreit. (Urth. b. OBG. v. 17. März 1885, Entsch. Bb. VII S. 104.)
- Das Gintommen ber Geiftlichen und Clementarschullehrer aus ben Dienstlänbereien ift bon ben Kreisabgaben befreit, nicht aber bas Gintommen ber Rirchenbiener.

§. 18. (Sannover.)

Bis jur anberweiten gefehlichen Regelung bleiben bie Dienftgrunbftilde ber Geiftlichen, Kirchenbiener und Ele-

mentarschullehrer, sowie die zu den Witthümern 1) der bet treffenden Diensistelle gehörigen Grundstüde gleichsals von den Kreislasten befreit. Auch ist dis zu dieser Regelung die Besteuerung des Diensteinkommens der unmittelbaren und mittelbaren Staatsdeamten nur nach Maßgade der §§. 4 und 5 der Berordnung vom 23. September 1867²) (Gesepssamml. S. 1648) und nur insoweit zulässig, als die Beiträge derselben zu den Bedürfnissen der Gemeinde ihres Wohnortes nicht bereits das in den gedachten Gesepsvorschriften bestimmte Nazimum erreichen und auch dann nur innerhalb der Frenzen der letzteren. Ebenso sindet der §. 1 der Verordnung vom 23. September 1867²) auf die Heranziehung zu den Kreissabaden Anwendung.

1) Die Freilaffung ber Grunbftude, welche ju ben Witthumern ber Geiftlichen u. f. w. gehören, entspricht ber Bestimmungen ber §§ 2 u. 3 bes hannoverichen Gefetes b. 5. Juli 1856.

*) Rach § 2 ber Berordnung, betreffend die Heranziehung der Staatsbiener zu ben Kommunalauflagen in den neu erwordenen Landestheilen d. 23. Sept. 1867 gehören zu den Beamten im Sinne dieser Berordnung alle, in unmittelbaren Dienfen des Staates und der densielben untergeordneten Obrigkeiten, Kollegien, tommunalen und ftändischen Korporationen stehende, mit fester Besoldung angestellte, beziehentlich in Ruhestand getretene öffentliche Beamte, einschließlich der Militär- und Hosbeamten, dagegen nicht diesenzien, welche nur alls außerordentliche Gehilsen dorübergehend im öffentlichen Dienste beschäftigt waren.

Die §§ 4 u. 5 entiprechen ben §§ 2 u. 3 bes Gef. b. 11. Juli 1822.

2) § 1 entspricht bem § 10 b. Ges. v. 11. Juli 1822 mit folgenben Abweichungen:

Militärärzte genießen rudfichtlich ihres Einkommens aus ber Civilpraxis bie Befreiung nicht, bagegen genießen biefelbe auch bie unteren Rirchenbiener, wo und foweit ben lehteren eine berartige

Befreiung feither rechtsgultig gugeftanben bat, hinfichtlich ihrer Befolbungen und Emolumente, einschließlich ber Rubegehalter.

§. 18. (Beffen-Raffan.)

Erster Sas, berfelbe Wortlaut wie bei I. Zweiter und britter Sas, berfelbe Wortlaut wie bei 11.

§. 18. (Weftfalen, Rheinproving.) Derfelbe Wortlaut wie bei I.

§. 18. (Schleswig . Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei II.

Befchwerben wegen ber Beranlagung ber Rreisabaaben.

S. 19. (Oftprovingen.)

Muf Befdmerben und Ginipruche,1) betreffenb:

- 1) bas Recht gur Mitbenugung ber öffentlichen Ginrichtungen und Anftalten bes Rreifes,2)
- 2) bie Peranziehung ober bie Beranlagung zu ben Kreisabgaben,3)

beschließt ber Rreisausschuß.4)

Beschwerben und Einsprüche ber zu 2 gebachten Art sind innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Bekanntinachung ber Abgabebeträge bei bem Kreisausschusse anzubringen. Einsprüche gegen bie Höhe von Kreiszuschlägen zu ben birekten Staatssteuern, welche sich gegen ben Prinzipalsas ber lesteren richten, sind unzuläffig.

Gegen ben Beschluß bes Kreisausschuffes findet innere halb zwei Wochen bie Klage o) bei dem Bezirksausschuffe')

Die Beschwerben und bie Einsprüche, sowie bie Rlage haben teine aufschiebenbe Birtung.

- 1) Beschwerben und Einsprüche brauchen nicht sofort erschöpfenb begründet zu werden; eine nachträgliche Bervollständigung im Berwaltungsstreitversahren ist zuläffig. (Urth. b. OBG. v. 20. Mai 1882, Entsch. Bb. IX S. 82.)
- *) Die Beschwerben, Einsprüche und Alagen ber einzelnen Areisabgabepflichtigen sind nicht gegen die Gemeinde, sondern gegen den Areis zu richten. (Urth. d. OBG. v. 9. Mai 1879, Entsch. Bb. V S. 125 u. v. 5. Febr. 1880, Entsch. Bb. VI S. 41.)
 - 2) cfr. § 7 Mr. 2.
- 3) Einspruch und Rlage gegen die Heranziehung zu den Areisabgaben können auf die Behauptung der Rechtsungültigkeit eines der Abgabenforderung zu Grunde liegenden bestätigten Areistagsbeschilfes gestügt werden. (Urth. d. OBG. v. 6. Nov. 1882, Entsch. IX S. 26.)
- 4) Die Entscheidung muß nicht nur die Grundsätze angeben, nach welchen das Reineinkommen aus dem fraglichen Grundbestige jum Zwede der Areisbesteuerung berechnet werden soll, sondern muß die Höhe diese Einkommens und damit den Betrag der zu zahlenden Steuer festjetzen. (Urth. d. DBG. v. 16. Mai 1878, Entsch. Bb. II S. 47.)
- 5) Gegenstand bes burch § 19 eingeführten Streitberfahrens ift lediglich bas Besteuerungsrecht ber Korporationen, nicht beren gesammtes Berwaltungsrecht, insbesonbere nicht beren Etatsrecht. (Urth. b. DBG. v. 5. Jan. 1878, Entsch. 38b. III S. 42.)

Die Borschrift bes § 19 Abs. 2 findet nur Anwendung auf die im § 10 erwähnten Juschläge, nicht aber auf die Quoten ber im § 15 nach der für die Beranlagung der Staatssteuern bestehenden gesehlichen Borschriften durch den Areisausschuß zu ermittelnden singirten Prinzipalfähe. (Urth. d. OBG. v. 19. Mai 1888, Entsch. Bd. XVI S. 28.)

Die Rechtsmittel bes Einspruches und ber Rlage gegen eine nach Maßgabe bes § 15 vermiste Deranziehung ber dort genannten Gensten erleiben keine Einschränklung durch die Sahung, daß Einschreiben gegen die Jöhe von Kreiszulfchlägen zu ben direkten Staatskeuern, welche sich gegen den Prinzipalsah der letzteren richten, unzulässig sind. (Urth. b. DBG. v. 12. Mai 1888, Entsch. Bd. XVI S. 27.)

Daraus, daß in das Kreisabgabenfoll für einen selbstständigen Gutsbezirf noch ein Beitrag für einen biesem Bezirfe nicht mehr Angehörenden Aufnahme sand, erwächt nicht dem Gutsvorsteher, sondern dem Gutsbesther ein Ginspruchsrecht. (Urth. d. DBG. v. 25. Sept. 1891, Entsch. Bb. XXI S. 8.)

Die Abführung bes für die einzelnen Gemeinben im Ganzen berechneten und benfelben zur Untervertheilung auf die einzelnen Steuerpflichtigen sowie zur Einziehung überwiesenen Areisabgabenfolls an die Areise ift gesehliche Leiftung ber Gemeinben u. f. w. im Sinne ber Zwangsetatifirung.

Die Feststellung ber Leiftung erfolgt nicht burch ben blogen Beichluß bes Kreisausichusses über bie Repartition, sonbern burch bie Ueberweisung bes für bie einzelne Gemeinbe im Gangen berechneten Kreisabgabenfolls an biese zur Einziehung und Abführung im Gangen. Diese Ueberweisung hat burch ben Kreisausschuß zu erfolgen.

Stwaige Reklamationen einzelner Censtien haben nach erfolgter Zahlung auf die Höhe des im Ganzen abzuführenden Steuersolls teinen Einstuß. Ist das abgeführte Gelb unterschlagen, so hat die Gemeinde bezw. der Gutsbezirk den Eenstien zu befriedigen. (Urth. d. DBG. v. 14. Jan. 1888, Entich. Bd. XVI S. 20.)

6) Durch bie Rlage tann ber Ginspruch nicht ersett werben, ohne vorgängige Reklamation finbet eine Rlage nicht ftatt. (Urth. b. OBG. v. 7, Webr. 1880, Entich. Bb. VI S. 129.)

7) Gegen bie Entscheibung bes Bezirtsausichuffes ift nur bas Rechtsmittel ber Revifion julaffig. (§ 3 b. Bufic.)

Der Berwaltungsrichter hat in Areisabgabesachen nicht bie Reklamationsbeschwerbe bes Areisausschusses zu beseitigen, aufzubeen ober abzuänbern, sonbern seine Entscheidung auf Abweisung ber Alage, Freilassung bes Klägers ober Fesiteung bes Areisabgabebetrages zu richten. (Urth. b. OBG. b. 19. Mai 1879, Entsch. Bb. V S. 55.)

b) Der Anspruch auf Zahlung von Berzugszinsen für bas Zuvielgezahlte und vom Areise zu Erstattenbe ift unzufässig. (Urth. b. DBG. v. 4. April 1881, Enisch. Bb. VIII S. 17.)

Der § 19 eröffnet bas Berwaltungsstreitversahren teineswegs für eine Erörterung und Feststellung ber Abgabepkichtigkeit im Prinzip, sondern lediglich für den einzelnen Fall ber Beranlagung ober Heransiehung. (Urth. d. OBG. b. 9. Dez. 1876, Entsch. Bb. I S. 91.)

9) Eine Entscheidung über die Grunbfate ber Beranlagung bezw. über die Aretsabgabepflichtigteit im Algemeinen, und abgesehen von dem einzelnen Falle der Hebung findet im Berwaltungsfireitverfahren nicht statt. (Urth. b. DBG. v. 4 Rob. 1878, Bb. VI S. 66.)

10) § 79 Tit. 14 Th. II b. NOR. lautet:

"Behauptet aber Jemand aus besonberen Gründen (nämlich durch Berträge, ausdrückliche Brivilegien oder Berjährung) die Befreiung von einer solchen Abgabe (§§ 4—8), oder behauptet er, in der Bestimmung seines Anthells über die Gebühr belastet zu sein (§ 9), so soll er darüber rechtlich gehört werden."

Neber die Berpflichtung jur Zahlung von Gemeinbesteuern 3. B. hundesteuern findet der Rechtsweg nur dann statt, wenn einer der im § 79 Ait. 14 Ah. II d. ALR. gedachten Ausnahmefälle vorliegt. (Urth. d. Gerichtsh. 3. Entsch. d. Rompftonst. b. 14. Oft. 1876, MBI. S. 275.)

Die Befreiung aus befonderen Gründen im § 79 bezieht sich nur auf die Befreiung durch Bertrag, Privilegien oder Berjährung; wegen Belasiung über Gebühr findet der Rechtsweg nur dann statt, wenn unter den Kontribuenten über die Bertheilung der Abgaben Streit entfteht. (Urth. beff. Ger. b. 11. Rob. 1876, MB.

Bu ben besonberen Grünben gehört auch bas ben Staatsbeamten im Ges. v. 11. Juli 1822 § 4 über die Deranziehung berselben zu ben Gemeinbesasten gegebene Brivilegium insofern, daß es zur Eröffnung des Rechtsweges sür eine auf Befreiung von einer als gemeinen Abgabe gerichteten Klage eines mehreren, als ber bloßen Angabe eines besonberen Grundes, und namentlich nicht erft noch des Rachweises bedarf, daß der für die Befreiung angegebene Grund auch ein wirklich zutressende sie Befreiung angegebene Grund auch ein wirklich zutressender staatsbeamte auf Befreiung von Beiträgen zu den Landwefer Pferdegelbern, welche wie alle übrigen Kriegsbedürfnisse als eine Kreiskommunallast aufzubringen sind, Anspruch machen können, der Rechtsweg zulässes, (Urth. best. Ger. v. 29. April 1834, JWBI. S. 37.9)

Bu ben besonberen Grunben gebort auch eine frubere rechtstraftige Enticeibung.

11) & 9 unb 10 lauten:

Wegen allgemeiner Anlagen und Abgaben (§§. 36, 41 der Verordnung vom 26. Dezember 1808, Gesetz-Samml. von 1817 S. 283; §§. 78, 79 Titel 14 Theil II Allgemeines Landrecht) kann auf Grund der Behauptung, dass die einzelne Forderung bereits getilgt oder verjährt sei, die Klage auf Erstattung des Gezahlten angestellt werden, jedoch bei Verlust des Klagerechts nur binnen spätestens sechs Monaten nach erfolgter Beitreibung oder geleisteter Zahlung.

Der Rechtsweg findet ferner statt, wenn der Herangezogene behauptet, dass die geforderte Abgabe keine öffentliche Abgabe sei, sondern auf einem aufgehobenen privatrechtlichen Fundamente, insbesondere einem früheren gutsherrlichen, schutzherrlichen oder grundherrlichen Verhältnisse beruhe.

inductification vernations se befune.

Die Motive gu biefen Paragraphen lauten:

"Die Sate, welche auf biefem Gebiete gur Beit Beltung haben, laffen fic babin gufammenfaffen:

- 1) Ob eine Forberung, eine Steuer eine allgemeine Anlage im Sinne biefes Gefetes sei, hat lebiglich bie Berwaltungsbehörbe zu bestimmen.
- 2) Ueber bie Berbinblichkeit gur Entrichtung allgemeiner Anlagen findet kein Broges fatt, aus welchem Grunde auch immer, der ungefestlichen Erbebung, der Brägravation oder sonft ein Anfpruch gegen ben Berechtigten auf Befreiung geltend gemacht werben möchte, mit alleiniger Ausnahme der folgenden Rummer.
- 3) Behauptet Jemand aus den befonderen Gründen: Bertrag, Privilegien oder erfitsende Berjährung, die Befreiung von einer Abgabe, so soll er barüber rechtlich gehört werden.
- 4) Behauptet Jemand in ber Bestimmung seines Antheils über bie Gebühr belaftet gu fein, so ift hierüber ein Prozes unter ben Kontribuenten, jeboch nur unter biesen zuläffig.
- 19) In ben Fällen, wo bei Bertheilung allgemeiner Laften und Abgaden Jemand über die Gebühr belastet zu sein behauptet und beshalb Bergiltung von den Berpfichteten verlangt, ist der Rechtsweg zulässig. (Urth. b. Gerichtsch. 3. Entsch. b. Kompkonst. v. 29. April 1854, INBB. S. 347.)
- 5) Wegen Prägrabation bei Gemeinbelasten steht Jebem, welcher sich durch zu geringe Belastung eines anderen Kontribuenten beschwert glaubt, die Klage gegen biesen auf entsprechende Erhöhung seiner Beitragspsticht gesetzlich zu. (Bräj. d. Sbertrib. 2662 v. 15. April 1856, Entsch. Bb. XXXIII S. 142.)
- 6) Ansprüche gegen ben Fiskus auf Erstattung wiberrechtlich erhobener Steuern können im Rechtswege nur dann geltend gemacht werben, wenn behauptet wird, daß die gezahlte Steuer keine öffentliche Abgabe, ober daß die Forderung verjährt ober bereits getilgt worden sei. (Urth. d. Gerichtsh. 3. Entsch. d. KompKonst. v. 9. März 1867, JWBI. S. 179.)

Die Frage, ob für die Beranlagung zur Kommunalsteuer bas ber Staatsklassenfensteuer zu Grunde gelegte oder bas (inzwischen erhöhte) wirkliche Einkommen maßgebend sei, ist von den Berwaltungsbehörben, nicht im Rechtswege zu entschein. (Urth. best. b. 13. Okt. 1877, MBL, 1876 S. 6.)

Ueberfdrift und §. 19. (Sannover.)

Derfelbe Bortlaut wie bei I, nur Absat 3 statt Bers waltungsgericht: "Berwaltungsgerichtsbehörbe" und letter neuer Absat:

Segen die Entscheidung des Bezirksausschuffes ift nur das Rechtsmittel der Revision zulässig. (§. 3 des Sesess vom 1. August 1883, Geset-Samml. S. 237.)

Ueberfcrift und §. 19. Seffen - Raffan, Beftfalen, Rheinprobing.)

Derfelbe Wortlaut wie bei II.

Ueberschrift und §. 19. (Schleswig - Solftein.)

Die ersten Absätze ebenso wie bei II; bann letzer Absatz: Hinsichtlich ber Beschwerben über die Beschlüsse bes Kreistages in Betreff ber Borausbelastung der Kreistangehörigen einzelner Kreistheile mit einer Quote der Bausumme für den Ausbau von Rebensandstraßen nach §. 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 26. Februar 1879 (Gessetzesamml. S. 94) bewendet es bei den dort getroffenen Bestimmungen. Die betreffenden Beschlüsse des Kreistages bedürfen der Bestätigung nach §. 139 Rr. 2 dieses Gesetzes nicht.

Auch ber § 79 Tit. 14 Th. II ALR ift im Kreife herzogthum Lauenburg eingeführt. cfr. § 3 bes Gefetes betreffenb bie Ausbehnung verschiebener Breuftischer Gefete auf ben Kreis herzogthum Lauenburg v. 25. Febr. 1878 (GS. S. 97.)

Rach § 5 Abf. 2 bes Gefetes vom 26. Febr. 1879, burch welches bie Berpfichtung gum Reubau und gur Unterhaltung ber ausgebauten Rebenlanbstragen von ben früheren Wegebistritten auf ben Kreistommunalverband übertragen worben ift, tann ber Kreis-

tag bei bem Ausbau von Rebenlandstraßen bes bamaligen Straßenetats die Areisangehörigen berjenigen Areistheile mit einer Quote ber veranschlagten Bausumme bezw. mit gleichwerthigen Raturalleiftungen im Boraus belaften. Beschwerben über betreffenbe Beschlifte bes Areistages sind innerhalb einer Frist von 28 Tagen an ben Oberpräsibenten zu richten, welcher darüber nach Anhörung bes Provingialausschussells untscheiden hat.

Die Aufrechterhaltung biefer Bestimmung empfiehlt sich burch bie, in ben Wegebaupstichten ber Provinz wurzelnden naben Beziehungen bes Provinzialausschusses zu bem Rebenlanbstraßenbau

in ben einzelnen Rreifen. (Begr. S. 56.)

Dritter Abichnitt. Areisftatuten und Reglements.

§. 20. (Ofeprovingen.)

Jeder Rreis ift befugt:

- 1) zum Erlasse besonderer statutarischer Anordnungen über solche Angelegenheiten des Kreises, hinsichtlich deren das gegenwärtige Gesetz Berschiedenheiten gestattet (§§. 104 Absatz 2,1) 108 Absatz 1 und 1092), oder das Gesetz auf statutarische Regelung verweist, sowie über solche Angelegenheiten, deren Gegenstand nicht durch Gesetz geregelt ist;
- 2) jum Erlaffe von Reglements über besondere Gins richtungen bes Rreifes.

Die Kreisstatuten und Reglements sind durch das Kreisblatt und, wo ein solches nicht besteht, durch das Amtsblatt auf Kosien des Kreises bekannt zu machen »).

1) Bezieht fich barauf, daß durch Statut die Zahl der Einwohner, auf welche ein Bahlmann zum Kreistage gewählt werden soll, erhöht werden kann.

- 5) Durch statutenmäßige Anordnung seitens bes Rreistages fann ein weiterer Termin als ber Robember jeben Jahres für die Ergänzungs- und Ersampten ber Rreistagsabgeordneten bestimmt werben.
 - 3) ofr. § 51 Mr. 1 Abs. 3. § 116 Mr. 1 u. 6. § 176 Mr. 1 Ard.
- 4) Der Kreistag ift befugt, über ben Ort ber Kreistagsbersammlungen, als einer Angelegenheit, beren Gegenftanb nicht burch Gefet geregelt ift, statutarische Anordnungen zu treffen. (Urth b. DBG. b. 1. Juli 1878, Entsch. Bb. IV S. 1.)

Durch statutarische Anordnung, welche aber ber Genehmigung bes Bezirtkaussschusses bedarf, haben biele Kreise sich bazu verstanden, die Debeammenbezirke ohne Rücksicht auf ihre Leistungsschiefett zu unterstützen. (Urth. b. DBG. v. 2. Okt. 1886, Entsch. Bb. XIV S. 20.)

Die Einführung von Hundesteuern durch Kreisstatut ist unstatthaft. (MinRest. v. 11. Jan. 1875, MinBl. S. 43.)

Bom 1. April 1895 ab find bie Areife nach § 94 bes Rommunalabgabengefetes jur Erhebung einer Dunbesteuer von höchftens 5 Mart ichrich befugt. Sie ift durch Steuerordnung, welche ber Genehmigung bes Bezirtsausschuffes bedarf, zu regeln und berührt das Recht ber Gemeinbe auf Erhebung einer Dunbesteuer nicht.

5) Belde Behörbe bestimmt bas Organ für bie öffentlichen Bekanntmachungen?

Den Rgl. Regierungen ift burch bie Allerh. Rabd. v. 8. Febr. 1840 und später burch bas Gef. v. 11. März 1850 über die Bolizeiberwaltung das Recht beigelegt, zu bestimmen, in welcher Weise treis- und lokalpolizeiliche Anordnungen zu veröffentlichen find, und auf dieses Recht gründet sich bie Befugniß, ein bestimmtes Blatt als Kreisblatt zu bezeichnen.

Ift ber Areisausichuß befugt, Statuten in anberen Blattern als ben Rreisblattern zu beröffentlichen ?

Dem Areisausicuffe bleibt es überlaffen, außer bem Areisblatt auch anbere Blätter jur Beröffentlichung wichtiger Areisangelegenbeiten, als Areisftatuten und bergl., ju benuten. (Ber. b. Abgh. S. 12.)

tag bei bem Ausban von Rebenlanbstraßen bes bamaligen Straßenetats die Areisangehörigen berjenigen Areisthelle mit einer Quote ber veranschlagten Bausumme bezw. mit gleichwertibigen Raturalleistungen im Boraus belasten. Beschwerben über betreffenbe Beschliße bes Areistages sind innerhalb einer Frist von 28 Tagen an ben Oberprässenten zu richten, welcher barüber nach Anhörung bes Provinzialausschusses zu entscheben hat.

Die Aufrechterhaltung biefer Bestimmung empfiehlt sich burch bie, in ben Wegebaupflichten ber Proving wurzelnden naben Beziehungen bes Provinzialaussichusses zu dem Nebenlandstraßenbau in ben einzelnen Kreisen. (Begr. S. 56.)

Dritter Abfonitt. Areisstatuten und Reglements.

§. 20. (Oftprovingen.)

Jeber Rreis ift befugt:

- 1) zum Erlasse besonderer statutarischer Anordnungen über solche Angelegenheiten des Kreises, hinsichtlich deren das gegenwärtige Gesetz Berschiedenheiten gestattet (§§. 104 Absatz 2,1) 108 Absatz 1 und 109 2), oder das Gesetz auf statutarische Regelung 2) verweist, sowie über solche Angelegenheiten, deren Gegenstand nicht durch Gesetz geregelt 1) ist;
- 2) jum Erlaffe von Reglements über besonbere Ginrichtungen bes Kreifes.

Die Kreisstatuten und Reglements sind durch das Kreisblatt und, wo ein solches nicht besteht, durch das Amtsblatt auf Kosten des Kreises bekannt zu machen b.

1) Bezieht fich barauf, daß durch Statut die Zahl ber Einwohner, auf welche ein Bahlmann zum Areistage gewählt werden foll, erhöht werden kann.

- 3) Durch statutenmäßige Anordnung seitens bes Kreistages kann ein weiterer Termin als ber Robember jeben Jahres für die Ergänzungs- und Ersatzwahlen ber Kreistagsabgeordneten bestimmt werben.
 - 3) ofr. § 51 Mr. 1 206. 3. § 116 Mr. 1 u. 6. § 176 Mr. 1 RrD.
- 4) Der Kreistag ist befugt, über ben Ort ber Kreistagsbersammlungen, als einer Angelegenheit, beren Gegenstand nicht burch Gefetz geregelt ift, statutarische Anordnungen zu treffen. (Urth. b. OBG. v. 1. Juli 1878, Entsch. Bb. IV S. 1.)

Durch statutarische Anordnung, welche aber ber Genehmigung bes Bezirksausschusses bedarf, haben viele Kreise sich bazu verstanden, die Debeammenbezirke ohne Mücklicht auf ihre Leiftungsschieftett zu unterstützen. (Urth. b. DBG. v. 2. Okt. 1886, Entsch. 89b. XIV S. 20.)

Die Einführung von Hundesteuern burch Kreisstatut ist unftatthaft. (MinRest. v. 11. Jan. 1875, MinBI. S. 43.)

Bom 1. April 1895 ab find bie Areise nach § 94 bes Rommunalabgabengeietes jur Erhebung einer Jundesteuer von höchstens 5 Mart jährlich besugt. Sie ist durch Steuerordnung, welche denehmigung des Bezirtsausschusses bedarf, zu regeln und berührt das Recht der Gemeinde auf Erhebung einer Jundesteuer nicht.

5) Welche Behörbe bestimmt bas Organ für bie öffentlichen Bekanntmachungen?

Den Kgl. Regierungen ist burch bie Allerh. Rabo. v. 8. Febr. 1840 und später burch bas Ges. v. 11. März 1850 über bie Bolizeiverwaltung bas Recht beigelegt, zu bestimmen, in welcher Weise Treis- und lokalpolizeiliche Anordnungen zu veröffentlichen sind, und auf bieses Recht gründet sich de Befugniß, ein bestimmtes Blatt als Kreisblatt zu bezeichnen.

Ift ber Rreisausicus befugt, Statuten in anberen Blattern als ben Rreisblättern gu veröffentlichen?

Dem Kreisausschuffe bleibt es überlaffen, außer bem Kreisblatt auch anbere Blätter gur Beröffentlichung wichtiger Kreisangelegenheiten, als Kreisftatuten und bergl., ju benuten. (Ber. b. Abgh. S. 12.)

Neberschrift und §. 20. (Hannover.) Derfelbe Wortlaut wie bei I, andere Allegate (§§. 60 Absat 2, 64 Absat 1 und 65).

Ueberschrift und §. 20. (Seffen-Nassau.) Derselbe Wortlaut wie bei I, andere Allegate (§§. 61 Absat 2, 65 Absat 1 und 66).

Ueberschrift und §. 20. (Westfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, andere Allegate (§§. 48 Absat 2, 52 Absat 1 und 53).

Ueberschrift und §. 20. (Rheinprovinz.) Derselbe Wortlaut wie bei I, andere Allegate (§§. 46 Absat 2, 48 Absat 3, 52 Absat 1 und 53).

Ueberschrift und §. 20. (Schleswig-Holftein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I, andere Allegate (§§. 90 Absat 2, 94 Absat 1 und 95).

3meiter Titel.

Bon der Gliederung und den Aemtern des Kreises.

Erfter Abfcnitt. Allgemeine Bestimmungen. Glieberung bes Kreifes.

§. 21. (Oftprovingen.)

Die Kreise, mit Ausnahme ber Stabtfreise (§§. 4 und 169), zerfallen in Amtsbezirke, beziehungsweise in Stabtsund Amtsbezirke.

Die Amtsbezirke bestehen aus einer ober mehreren Landgemeinden ober aus einem ober mehreren Gutsbezirken, beziehungsweise aus Landgemeinden und Gutsbezirken.

An der Spige der Berwaltung des Kreises steht der Landrath, 2) an der Spige der Berwaltung des Amtsbegirks der Amtsvorsteher, 3) an der Spige der Berwaltung der Gemeinde der Gemeindevorsteher. Hür den Bereich eines selbstständigen Gutsbegirks führt der Gutsvorsteher 3) die dem Gemeindevorsteher obliegende Berwaltung.

1) Inftruktion gur Ausführung ber brei erften Abschnitte bes zweiten Titels ber RrD. b. 20. Sept. 1878.

Die Borftanbe ber Landgemeinden und Gutsbezirke, ber Amtsund Stadtbezirke, sowie die Kreisvorftande (ber Kreistag, der Kreisausschuß und der Landrath) üben neben- und übereinander die Gesamntheit der öffentlichen Funktionen, welche das Geset ben Organen des Kreises überträgt, aus.

Die Gemeinden und Gutsbezirke find als selbstitändige, einander toordinirte Körper hingestellt, und ist in diesem Sinne die Leitung ihrer öffentlichen Angelegenheiten geregelt. Ihre Bereinigung zu fidrkeren und wirksameren Berbänden behufs Berwaltung der Polizei- und anderer öffentlichen Angelegenheiten erfolgt durch die Bildung der Antisbezirke.

Alls Bertreter bes Staatsintereffes und ber gemeinsamen, bauernben Rreisintereffen ift und bleibt ber Lanbrath erfter Beamter bes Kreifes.

- *) ofr. 66 74 ff.
- 8) cfr. § 50, §§ 56 ff.
- 4) ofr. 66 22 ff.
- 5) cfr. §§ 81 ff.
- 9) ofr. §§ 29 45 ber RrD. finb burch § 146 ber &GD. v. 8. Suli 1891 außer Rraft gefest; an ihre Stelle finb getreten ber

sechste und fiebente Abschnitt (§§ 74 bis 101) und ber britte Titel bes gehnten Abschnittes (§§ 129 bis 127).

Ueberschrift berselbe Wortlaut wie bei I.

§. 21. (Sannover.)

Die Kreise, mit Ausnahme ber Stabtkreise (§§. 4 und 101), bestehen aus Stabtgemeinben, Landgemeinden und Gutsbezirken 1) (vom Gemeindeverbande ausgenommene selbstständige Besitzungen; 2) Hamvoersches Gesetz vom 28. April 1859 — Hannoversche Gesetz-Samml. S. 389).

An der Spisse der Verwaltung des Kreises steht der Landrath, 3) an der Spisse der Verwaltung der Gemeinde der Gemeindevorsteher. 4) Für den Bereich eines selbstsständigen Gutsbezirks führt der Gutsvorsteher 6) die dem Gemeindevorsteher obliegende Verwaltung.

- 1) Die Gutsbezirke Hannobers beden sich volltommen mit ben Gutsbezirken ber östlichen Provinzen, und bezüglich dieser ift es unbestritten, daß nur mit staatlicher Genehmigung die abverdußerten Trennstüde aus dem kommunalen Gutsberbande ausscheiben, dieser Berband auch bei völliger Zerftickelung ohne jene nicht erlischt. (R. v. 27. Okt. 1870, MBI. S. 107.)
- ³⁾ Auch in der Probing Hannover bedarf es bei der Zerstückelung einer vom Gemeinbeverbande ausgenommenen, als selbstiständigen Gutsbezirf organisirten Bestung zu etwalger Auslösung des Gutsbezirkes eines entsprechenden, dort dem Oberpräsidenten zustehenden staatlichen Altes, aber auch nur eines solchen. (Urth. b. OBG. v. 3. Mai 1890, Entsch. Bb. XIX S. 152.)
 - *) §§ 22 ff.
 - 4) 99 31 仟.
 - 5) \$6 36 ff.

(Beffen - Raffan.)

Ueberschrift berselbe Wortlaut wie bei I.

§. 21.

Die Rreise, mit Ausnahme ber Stabtfreise (§§. 4 und 102), bestehen aus Stabtgemeinden, Landgemeinden und Gutsbezirken. 1)

An ber Spise ber Berwaltung bes Kreises steht ber Landrath, 2) an der Spise der Berwaltung der Gemeinde der Bürgermeister (Schultheiß, Gemeindevorsteher). 3) Für den Bereich eines selbstständigen Gutsbezirkes führt der Gutsvorsteher die dem Bürgermeister 4) obliegende Berwaltung.

- 1) Im Regierungsbegirt Wiesbaben gab es selbstständige Guisbezirke überhaupt nicht. Die Möglichkeit ber Bilbung von solchen ist zwar in der Großherzoglich Hefflichen Gesetzebung vorgesehen; jedoch ist in den an Breußen gekommenen Gebietstheilen von den Bestimmungen kein Gebrauch gemacht worden. Dagegen besteht im Regierungsbezirk Cassel auf Grund des § 5 Abs. 2 der Kurshssischen Gemeinde-Ordnung v. 23. Okt. 1834 eine größere Anzahl selbsständiger Guisbezirke; deshalb sind die Bestimmungen der Kro. hier aufgenommen.
 - 2) §§ 24 ff.
 - 8) §§ 34 ff.
- Im zweiten Absahe ist statt "Gemeinbevorsteher" Bürgermeister geseht, weil in dem weitaus größten Theile der Prodinz der Ortsboorfteher den Titel "Bürgermeister" sührt, und das Wort "Gemeindedorfteher" um so mehr zu Mithverständnissen Beranlassung geben tönnte, als im Gebiete der Nassaulschen Gemeinde-Ordnung b. 26. Juli 1854 hierunter die Mitglieder des kollegialen Gemeindevorstandes berstanden werden.

In ben Landgemeinden des Stadtfreifes Frankfurt a. M. heißt ber Ortsborfieher "Schultheiß", und nur in der Gemeinde-Ordnung für die vormals Bayerifchen Gebietstheile wird der Ortsborfieher "Gemeindeborfieher" genannt. Lettere beiden Bezeichnungen find

baher bem Borte "Bürgermeifter" in Rlammern beigefügt worben. (Begr. S. 54, 55).

4) §§ 37 ff.

§. 22.

Als Stadigemeinden im Sinne des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gessetz-Samml. S. 195) und des Gesetzes über die Justündigkeit der Berwaltungs- und Berwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetz-Samml. S. 237), sowie des gegenwärtigen Gesetzes sind im Regierungsbezirke Wiesdaden außer Frankfurt a. W. und Bockenheim die nachstehenden Gemeinden i anzusehen:

Biebrich : Mosbach, Biebenkopf, Braubach, Camberg, Caub, Eronberg, Diez, Dillenburg, Eltville, Ems, Friedrichsborf, Geisenheim, St. Goarshausen, Hachenburg, Padamar, Haisen, Serborn, Hocheim, Höchft, Hofsem, Homburg, Idein, Königstein, Oberlahnstein, Riesberlahnstein, Langenschwalbach, Limburg, Lorch, Montasbaur, Rassau, Nassätten, Oberursel, Köbelheim, Kübessheim, Kuntel, Usingen, Weilburg, Westerburg und Miesbaben.

In ben Gemeinben Biebenkopf und Röbelheim²) ift als Gemeinbevorstand ber Bürgermeister und als Gemeinbevertretung ber Gemeinberath, in ber Gemeinbe Friedrichsborf als Gemeindevorstand der Bürgermeister und als Gemeinbevertretung der Gemeindevorstand, und in der zum Regierungsbezirke Cassel gehörigen Stadt Orb als Gemeindevorstand der Magistrat und als Gemeindevertretung der Gemeindegusschuß zu betrachten,

In benjenigen in bem Absat 1 ausgeführten früher Rassauischen Gemeinben, in welchen zur Zeit ein Bürgers ausschuß noch nicht besteht, ist die Einsetzung eines solchen nach Maßgabe ber Borschriften ber §§. 28 und 29 bes Gemeinbegesetzes bes vormaligen Herzogthums Rassau vom 26. Juli 1854 (Berordnungsblatt bes Herzogthums Rassau für 1854 S. 166) zu bewirken.

1) hier waren in Erlebigung bes Borbehalts im § 29 bes Zufic. biejenigen Gemeinben bes Regierungsbezirks Wiesbaben zu bezeichnen, welche außer Frankfurt a. M. bezw. Bodenheim im Sinne bes Ait. IV bes Zufi. G. als Stabtgemeinben zu betrachten sind.

Sowohl ber Raffauischen Gemeinbeordnung, wie auch in bem ehemals landgräflich Heffischen Amt Jomburg und ben ehemals großberzoglich Bessischen Gebietstiellen geltenben Gemeinbeverfassungen sind Stadtgemeinben als solche unbekannt. Wenn gleichwohl eine größere Anzahl von Gemeinben die Bezeichnung "Stadt"führt, so beruht das nur zum Theil auf ausbrücklichen Verleihungen ber früheren Landesherren.

Bielfach läßt sich ble Berechtigung hierzu nicht nachweisen und es kann bie äußere Bezeichnung ein Kriterium für die zu treffende Auswahl um so weniger gewähren, als sich unter den sogenannten Städten mehrere ganz unbedeutende Ortschaften mit rein ländlichem Charakter besinden. Ebensowenig erschiere as aber thunlich, für den angegebenen Zweck eine bestimmte Bewölkerungszisser zu Grunde zu legen; diese zu hoch gegriffen, würde zu Undbilligkeiten und Zurücksetzungen sichen, oder aber zu niedrig, dann würden Gemeinden mit einfachen ländlichen Berhältnissen in die Kategorie der Städte aufgenommen werden. Deshalb sind die einzelnen Gemeinden indibidelt ausgesondert.

Bei der vorgenommenen Brufung haben nur biejenigen größeren Orticaften Berudflichtigung gefunden, welche nach Bauart, Erwerbs- und Berufsverhältnissen, geschäftlicher und gewerblicher Bebeutung den Charafter wirklicher Städte an sich tragen und gubaher bem Borte "Bürgermeifter" in Klammern beigefügt worben. (Begr. S. 54, 55).

4) \$\$ 37 ff.

§. 22.

Als Stadtgemeinden im Sinne des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzesamml. S. 195) und des Gesetzes über die Juständigkeit der Berwaltungs: und Berwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetzesamml. S. 237), sowie des gegenwärtigen Gesetzes sind im Regierungsbezirke Wiesdaden außer Frankfurt a. R. und Bockenheim die nachstehenden Gemeinden 1) anzusehen:

Biebrich Mosbach, Biebenkopf, Braubach, Camberg, Caub, Eronberg, Diez, Dillenburg, Eltville, Ems, Friebrichsborf, Geisenheim, St. Goarshausen, Hachenburg, Habamar, Haiger, Herborn, Hochheim, Höchft, Hofsheim, Homburg, Ibstein, Kömigstein, Oberlahnstein, Niesberlahnstein, Langenschwalbach, Limburg, Lorch, Montabaur, Rassau, Rassatten, Oberursel, Köbelheim, Kübessheim, Kuntel, Usingen, Weilburg, Westerburg und Mieshaben.

In den Gemeinden Biedenkopf und Rödelheim²) ift als Gemeindevorstand der Bürgermeister und als Gemeindevertretung der Gemeinderath, in der Gemeinde Friedrichsborf als Gemeindevorstand der Bürgermeister und als Gemeindevertretung der Gemeindevorstand, und in der zum Regierungsbezirke Cassel gehörigen Stadt Orb als Gemeindevorstand der Magistrat und als Gemeindevertretung der Gemeindeausschuß zu betrachten. In benjenigen in bem Absat 1 aufgeführten früher Raffauischen Gemeinden, in welchen zur Zeit ein Bürgers ausschuß noch nicht besteht, ist die Einsetzung eines solchen nach Maßgabe der Borschriften der §§. 28 und 29 des Gemeindegesetzes des vormaligen Perzogthums Raffau vom 26. Juli 1854 (Berordnungsblatt des Perzogthums Raffau für 1854 S. 166) zu bewirken.

1) Hier waren in Erlebigung bes Borbehalts im § 29 bes Zuft. biejenigen Gemeinden bes Regierungsbezirks Wiesbaden zu bezeichnen, welche außer Frankfurt a. M. bezw. Bodenheim im Sinne bes Tit. IV bes Zuft. G. als Stadtgemeinden zu betrachten find.

Sowohl ber Raffauischen Gemeinbeorbnung, wie auch in bem ehemals landgrästlich Sessischen Amt Homburg und ben ehemals großberzoglich Jessischen Gebietstheilen geltenben Gemeinbebersassingen sind Stadtgemeinben als solche unbekannt. Wenn gleichwohl eine größere Anzahl von Gemeinben die Bezeichnung "Stadt" führt, so beruht das nur zum Theil auf ausbrücklichen Berleihungen der früheren Laubesherren.

Bielfach lätt sich die Berechtigung hierzu nicht nachweisen und es kann die äußere Bezeichnung ein Artierium für die zu treffende Auswahl um so weniger gewähren, als sich unter den sogenannten Städten mehrere ganz unbedeutende Ortschaften mit rein ländlichem Charafter befinden. Ebensowenig erschien es aber thunlich, für den angegebenen Iwed eine bestimmte Bevöllerungszisser zu Erunde zu legen; diese zu hoch gegriffen, würde zu Undilligkeiten und Jurudssetzungen sühren, oder aber zu niedrig, dann würden Gemeinden mit einfachen ländlichen Berhältnissen in die Kategorie der Städte ausgenommen werden. Deshalb sind die einzelnen Gemeinden individuell ausgesondert.

Bei der vorgenommenen Prüfung haben nur diejenigen größeren Ortschaften Berücksichtigung gefunden, welche nach Bauart, Erwerbs- und Berufsverhältnissen, geschäftlicher und gewerblicher Bebeutung den Charafter wirklicher Städte an sich tragen und gu-

gleich die Elemente befigen, um ben an eine ftäbtische Berwaltung gestellten Anforberungen zu entsprechen. (Begr. S. 55.)

- 9) Unter ben zu Stabtgemeinben erklärten Ortschaften befinden sich auch die vormals großherzoglich Pessischen Gemeinden Röbelseim und Biedenkopf und die eigemals landgrässich Pessische Gemeinde Friedrichsdorf. Da betreffs berielben, ebenso wie bezüglich der Stadtgemeinde Orb im Regierungsdezirfe Kassel im § 23 des Zust. eine Bestimmung darüber sehlt, welche Körperschaft als Gemeindevorstand bezw. als Gemeindevertretung anzusehen ift, so war dieserhalb noch eine besondere Festschung zu treffen. (Begr. S. 56.)
- 3) Auch mußte mit Rücksicht barauf, daß durch § 27 ber Rassausschen Gemeinbeordnung vom 26. Juli 1854 die Gemeinden mit weniger als 1500 Seelen zur Bildung einer gewählten Gemeindevertretung nicht verpsichtet sind, der Tit. IV d. Zust. aber das Borhandensein einer solchen voraußsetzt, für die Einsetzung eines Bürgeraußschusses in den zu Stadtgemeinden erklärten, ehemals Rassausschen Gemeinden mit weniger als 1500 Einwohnern Borsorge getrossen werden.

Im Uebrigen liegt tein Grund bor, die ju Städten erklarten Gemeinden nur im Sinne des Tit. IV d. ZufiG. als folche ju be-handeln, bagegen ihnen die sonstigen, den Städten durch die neueren Berwaltungsgesete eingerdumten Befugnifie vorzubehalten.

Die Bestimmung bes letzten Absates bes § 22 hat daher eine hierauf bezügliche Erweiterung erfahren, was namentlich im hindlick auf die Borschriften in den §§ 127 ff. d. LBG., serner betreffs derjeutgen Bestimmungen des Zuständigkeitisgesehes, durch welche die Entscheiden in gewissen Angelegenheiten det Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern dem Magistrat übertragen wird, und endbig in Bezug auf die §§ 4, 11, 45 dieses Gesetzt von Wichtigkeit ist. (Begr. S. 56.)

§. 23.

Soweit in ben Gemeinbeverfaffungsgesetzen eine Ersnennung ber Bürgermeister und Beigeordneten vorgesehen

ift (vergl. §. 34), steht biefelbe fortan in ben Stäbten mit mehr als 10000 Einwohnern bem Könige, in ben übrigen Stäbten bem Regierungspräsibenten zu.

(Weftfalen.)

3meiter Titel.

Bon den Bestandtheilen des Kreises, von der Bertretung und Berwaltung derselben und von dem Landrathe.

Ueberschrift abweichend, weil unter ben Aemtern bes Rreises nach ber Krd. v. 13. Dez. 1872 die Dienstitellen der Gemeindevorsteher und Amisvorsteher mit verstanden werden, während in der Provinz Westfalen unter den Aemtern des Kreises die Amisbezirse und Amisbezichen zu werden pfiegen. (Begr. C. 42.)

Erfter Abichnitt.

Bon den Beftandtheilen des Areifes.

§. 21.

Die Kreise, mit Ausnahme ber Stadtkreise (§§. 4, 89), umfassen bie bazu gehörigen Städte und Amtsbezirke. Die Amtsbezirke umfassen bie bazu gehörigen Landzgemeinden und selbstständigen Gutsbezirke. Den Landzgemeinden werden die nach der Landzgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 (Gesetzsamml. S. 265) verwalteten Städte gleich geachtet, undeschadet der Bestimmungen in §. 37 dieser Kreiszordnung.

Die Berleihung 2) der Städeordnung an eine Landges meinde bewirkt deren Umwandelung in eine Stadtgemeinde, ohne daß es einer besonderen Aufnahme in den Stand der Städte bedarf. (§. 1 lester Sat der Landgemeindes ordnung vom 19. März 1856.)

1) Die nach ber Landgemeindeordnung verwalteten Städte sollen, wie bisher, in Betreff der Lokalberwaltung wie Landgemeinden angesehen werben. Was die Thellnahme an der Kreisdertretung betrifft, so ist denjenigen von diesen Städten, welche bisher im Stande der Städte auf dem Kreistage vertreten waren, ihre Stellung im Bahlverbande der Städte belassen worden. (Bgl. § 33 — Begr. S. 42.)

9) Eine Aufnahme in ben Stand ber Stäbte nach Maßgabe ber bisherigen Probinzialversassung (vergl. § 1 am Schlusse, sowie Art III b. Berord. b. 13. Juli 1827) sindet nicht mehr stätt; die Berleihung ber Stäbteordnung kann daher von diesem Borgange nicht mehr abhängig gemacht werden. (Begr. S. 42.)

§. 22.

Die Abänberung ber Amtsbezirke (§. 7 a. a. D., §. 25 Absat 2 bes Gesetses über die Juständigkeit der Berwalstungs: und Berwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883) erfolgt fortan durch den Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Bezirksausschusse nach vorheriger Anhörung der Betheiligten und des Kreistages.

Insoweit sich aus ber gegenwärtigen Abgrenzung einzelner Amtsbezirke Unzuträglichkeiten ergeben werben, wird die ersorberliche Abänderung von Fall zu Hall im Berwaltungswege zu bewirten sein. Der § 25 Abs. 2 d. Bufic. verorbnet in dieser Boziehung, daß es bei den bestehenden Borschriften sein Bewenden haben soll, wonach bei allseitiger Zustimmung der Bethelitigten der Oberpräsident, anderensalls nach Anhörung des Prodinziallandtages ber Rönig über Abanberung ber Amisbegirte enticheibet. (Begr. S. 42.)

(Rheinproving.)

3meiter Titel.

Bon ber Glieberung und ben Aemtern bes Rreifes.

Erfter Abichnitt. Gliederung des Areifes.

§. 21.

Die Kreise, mit Ausnahme ber Stadtkreise (§§. 4, 89) umfassen die dazu gehörigen Städte und Landbürgers meistereien. Die Landbürgermeistereien umfassen die dazu gehörigen Landgemeinden. Den Landgemeinden werden die nach der Gemeindeordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845 (Gesets-Samml. S. 523). verwalteten Städte gleichgeachtet, unbeschadet der Bestimmungen in §. 37 dieser Kreisordnung.

Durch Königliche Verordnung kann nach Anhörung bes Provinziallandtages die Städteordnung auch anderen als den bisher auf dem Provinziallandtage im Stande der Städte vertretenen Gemeinden auf ihren Antrag verliehen werden. (§. 1 Absat 2 der Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Wat 1856, Gesetz Samml. S. 406.)

Der Begriff bes Gutsbezirtes ift ber Rheinifden Gemeinbeverfassung unbekannt. Die gang vereinzelten Bezirke, welche biese Bezeichnung führen, werben in ihren Rommunalbeziehungen ben Gemeinden gleich behandelt, so bag bie Erwähnung ber Gutsbezirke bezw. ber Erlaß von Borfcriften für biefelben nicht nothwenbig erscheint.

Dagegen war in hinblid auf die Entwidlung, welche eine nicht unbebeutenbe Anzahl von Landgemeinden genommen hat; Borforge dafür zu treffen, daß auch solche zur Zeit nach der Landgemeindeordnung verwalteten Gemeinden, welche auf dem Prodinziallandtage im Stande der Städte nicht vertreten find, die Annahme der Städteordnung ermöglicht wird, was bisher durch die Borschrift im § 1 der Städeordnung für die Rheinprodinz v. 18. Mai 1856 ausgeschlossen war. Der Prodinziallandtag ift zu hören. (Begr. S. 43.)

8. 22.

Die Abanberung der Landbürgermeistereien (§. 9 ber Gemeindeordnung vom 23. Juli 1845, §. 25 Absatz 2 bes Gesetzes über die Zuständigkeit der Berwaltungs- und Berwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883) ers solgt fortan durch den Minister des Innern im Einversnehmen mit dem Bezirksausschusse nach vorheriger Anshörung der Betheiliaten und des Kreistages.

Nach § 9 b. Go. b. 23. Juli 1845 können Abänderungen in ber Begrenzung der Bürgermeistereibezirke nur mit Genehmigung des Ministers des Innern auf den mit dem Gutachten des Oberpräsibenten begleiteten Bericht der Regierung erfolgen; die betheiligten Bürgermeistereiversammlungen und die Areiskände müssen darüber zubor mit ihrer Erklärung gehört werden. Diese Bestimmung ist modiszirt und mit den analogen Borschriften für die Beränderung in der Begrenzung der Amisbezirke in den östlichen Prodinzen (§ 6 d. ZusiG.) und § 22 d. West. Krd. in Uebereinstimmung gebracht. (Begr. E. 43.)

Ueberschrift berfelbe Wortlaut wie bei I.

§. 21. (Schleswig-Solftein.)

Die Kreise, mit Ausnahme ber Stadikreise (§§. 4 und 132), zerfallen in Stadt- und Amtsbezirke.

Die Amisbezirke bestehen aus einer ober mehreren Landgemeinden oder aus einem oder mehreren Gutsbezirken, beziehungsweise aus Landgemeinden und Gutsbezirken.

An der Spige der Berwaltung des Kreises sieht der Landrath, an der Spige der Berwaltung des Amtsbegirkes der Amtsvorsteher, an der Spige der Berwaltung der Gemeinde der Gemeindevorsteher. Hür den Bereich eines selbstständigen Gutsbegirkes führt der Gutsvorssteher die dem Gemeindevorsteher obliegende Berwaltung.

- 1) cfr. §§ 66 ff.
- 2) cfr. §§ 48 ff.
- 3) §§ 22 ff.
- 4) 65 28 ff.
- 3) Die §§ 22 bis 31 und § 41 b. RrO. b. 26. Mai 1888 find burch § 143 bes Gefeges, betreffend die Einführung der Landgemeindeordnung für die fieben öflichen Probinzen der Monarchie b. 8. Juli 1891 in der Prodinz Schleswig-Holfein b. 4. Juli 1892 außer Kraft gefest. An ihre Stelle treten die §§ 74 ff.

(Oftprovingen.)

Zweiter Abschnitt.

Non dem Cemeindevorsteher- und dem Achöffenamte, sowie von der Ertsverwaltung der selbstständigen Cutsbezirke.

Gemeinbevorsteher und Schöffen,

8. 22.

Dem Gemeinbevorsieher 1) (Schulze, Scholze, Richter, Dorfrichter) stehen zwei Schöffen (Schöppen, Gerichtsmänner, Gerichts ober Dorfgeschworene) zur Seite, welche

ihn in den ihm obliegenden Amisgeschäften zu unterfüligen und in Behinderungsfällen zu vertreten haben.2)

Wo die Bahl ber Schöffen nach ben bestehenben Besfimmungen eine größere ift, verbleibt es bei berselben.

Auch tann auf Antrag ber Gemeinde bie Bahl ber Schöffen burch Beschluß bes Kreisausschuffes nach Ansbörung bes Amisvorsiehers vermehrt werben.3)

1) Der Gemeinbeborsteher bilbet mit ben beiben Schöffen nicht ein Rollegium, sonbern ber Gemeinbeborsteher bilbet ben Gemeinbeborftanb und bie beiben Schöffen find nur seine Behilfen bezw. seine Bertreter. (Ber. b. Rom. b. AD. v. 1880-81 S. 10.)

Der Gemeinbeborsteher vertritt die Gemeinde im Berwaltungsstreitversahren gegen dieselbe, ist aber in gewissen Fällen an die Mitwirtung der Schöffen gebunden. (Urth. d. OBG. v. 29. Jan. 1879, Entsch. Bd. V S. 157 und 5. Juni 1880, Entsch. Bd. VI S. 268.)

Die Gemeinbeborsteher find jur Führung von Dienststiegeln befugt. (Reft. b. Min. b. J. v. 10, Aug. 1874, MBI. S. 101.)

Diesenigen Gemeinben, in welchen nicht gemäß § 54 Tit. 7 Th. 11 ALR. die Einsammlungen der Steuern durch den Schulzen erfolgt, haben gemäß § 159 Tit. 6 Th. II ALR. und § 8 des Ges. v. 8. Febr. 1867 einen besonberen, vom Landrath zu bestätigenden Steuererheber zu mählen. (Instr. v. 20. Sept. 1873, MBI. S. 258.)

2) Die Bertretung bes Gemeinbeborstehers braucht nicht burch beibe Schöffen zu geschehen, vielmehr ist ein Schöffe zur Bertretung bes Gemeinbevorstehers berechtigt. (Urth. b. DBG. v. 5. Juni 1880, Entsch. Bb. V S. 268.)

In erster Linie ist zur Bertretung bes Gemeindeborstehers ber bem Dienstalter und bei gleichem Dienstalter ber bem Lebensalter nach älteste Schöffe berufen. (Urth. b. DBG. v. 5. Juni 1880, Entich. Bb. V S. 268.)

Ift ber Gemeinbevorsieher bei einer bienftlichen Angelegenheit mit einem persönlichen Interesse betheiligt, so muß er fich bon einem Schöffen bertreten lassen. (Urth. b. OBG. b. 12. Okt. 1878, Entsch. Bb. IV S. 326.)

3) Erfest burch § 74 b. 280. b. 8. Juli 1891:

An der Spitze der Verwaltung der Landgemeinde steht der Gemeindevorsteher (Schulze, Scholze, Richter,

Dorfrichter).

Dem Gemeindevorsteher stehen zwei Schöffen (Schöppen, Gerichtsmänner, Gerichts- oder Dorfgeschworene) zur Seite, welche ihn in den Amtsgeschäften zu unterstützen und in Behinderungsfällen zu vertreten haben.

Durch Ortsstatut kann die Zahl der Schöffen auf

höchstens sechs vermehrt werden.

Wo die Zahl der Schöffen nach der bisherigen Ortsverfassung eine grössere als zwei gewesen ist, aber die Zahl sechs nicht übersteigt, verbleibt es hierbei bis zu anderweiter ortsstatutarischer Festsetzung.

Wo dem Gemeindevorsteher nur zwei Schöffen zur Seite stehen,b) ist ein Stellvertreter zu wählen, welcher in Behinderungsfällen eines der beiden Schöffen

für diesen eintritt.c)

In grösseren⁴) Gemeinden kann durch Ortsstatut ein aus dem Gemeindevorsteher und den Schöffen bestehender kollegialischer Gemeindevorstand eingeführt werden.

a) Ortsftatuten ober Ortsverfaffungen, nach welchen bie gabl

ber Schöffen mehr als fechs beträgt, treten außer Rraft.

Bei ber Frage, ob eine solche anberweite ftatutarische Regelung in Anregung zu bringen sein wird, ist zu berücksichen, bas die größere Zahl ber Schöffen auch eine entsprechenbe Bermehrung ber Zahl ber Gemeinbeverordneten bedingt.

b) Beträgt bie Bahl ber Schöffen nur zwei, fo ift noch ein ftells

bertretenber Schöffe gu mablen.

o) Die Bertretung bes Gemeinbevorstehers erfolgt in ber Regel burch ben bem Dienstalter nach, bei gleichem Dienstalter burch ben bem Lebensalter nach allieften Schöffen.

d) In Betreff ber Ausführung ber Gemeinbebeichluffe über bie Benumung bes Gemeinbebermögens bat ber Gemeinbeborfteber eine

Berathung mit ben Schöffen eintreten zu lassen. (§§ 113, 88 Abs. 4 Rr. 3. — Ausfanw. 3. LGD. II Nr. III 2.)

Der Begriff "größere Gemeinbe" ift nicht befinirt, es entscheibet nicht allein die Seelenzahl, sondern daneben das Bermögen, die Steuerleiftung und die allgemeine Zusammensehung der Gemeinde. (Ber. d. AD. 3. LGD. S. 62.)

a) Wahl derfelben.

§. 23.

Der Gemeinbevorsteher und die Schöffen werden von der Gemeindeversammlung beziehungsweise der Gemeindevertretung aus der Zahl der stimmberechtigten!) Gemeindemitalieder durch absolute Stimmenmehrheit gewählt.2)

Bater und Sohn burfen nicht gleichzeitig Gemeindes porfteber und Schöffen fein.

Die Wahlen erfolgen nach näherer Vorschrift bes biesem Geses beigefügten Wahlreglements.

1) Unter filmmberechtigten Gemeinbemitgliebern sind nur solche zu verstehen, welche eine Stimmberechtigung aus eigenem Rechte haben, nicht solche, welche nur als Bertreter Dritter ein Stimmrecht haben. (Urth. b. DBG. v. 17. Aug. 1880, Entsch. Bb. VI S. 147.)

Der Berlust bes Stimmrechts führt von selbst ben Berlust berjenigen Aemter in ber Gemeinbeberwaltung nach sich, für welche basselbe eine Borbebingung ber Wählbarkeit bilbet. (Berf. b. Min. b. 3. v. 9. März 1891, MBl. S. 40.)

Für bie Uebernahme bes Amtes eines Gemeinbeschreibers ober Ortssteuererhebers ift bie Gigenschaft eines ftimmberechtigten Gemeinbemitgliebes nicht erforberlich, (§ 23 b. Inftr. b. 20. Sept. 1873.)

2) Die Wahlen ber Gemeinbevorsteher und Schöffen können nicht im Berwaltungsstreitverfahren angefochten werben. (Urth. b. OBG. b. 26. Febr. 1887, Entsch. Bb. XIV S. 181.)

Die rechtsmibrige Ausschließung eines fimmberechtigten Gemeinbemitgliebes vom Bablatte nöthigt nur bann gur Aufhebung ber rechtzeitig angesochtenen Wahl, wenn bas veröffentlichte Wahlergebniß trot ber borgesallenen Orbnungswidrigkeit als ber wirklich erkennbare Ausdruck bes freien Willens ber Majorität der Wähler nicht angesehen werben kann. (Urth. b. OBC. v. 21. Mai 1881, Entich. Bb. VII C. 195.)

§. 24.

Die Bahl ber Gemeinbevorsteher und ber Schöffen erfolgt auf sechs Jahre.

Diejenigen, welche außerhalb eines Kollegiums ein unbesolbetes Amt in ber Berwaltung bes Kreifes als Gemeinbevorsteher, Schöffen, Amtsborsteher, Kreisdeputirte führen, sind ohne Rücklicht auf die Amtsdauer ihrer Borgänger für die im Gesetz befimmte Anzahl von sechs Jahren zu wählen resp. zu ernennen. (Reft. b. 5. Mätz 1876, MBL. S. 110.)

In Betreff ber Amtsbauer ber Ortssteuererheber und der Gemeinbeschreiber gelten die Borschriften ber §§ 169 und 170, Tit. 6 Th. U bes ALR., wonach die Festseung berselben bei der Wahl der Gemeinbe überlasselt. Ist eine solche Festseung nicht getroffen worden, so wird angenommen, daß der Betreffende Beamte auf Lebenszelt angestellt worden ist. Der Regel nach wird es sich gedenfellen, die gedachten Beamten auf Kündigung anzustellen. (§ 24 Abs. Anstr. v. 20. Sept. 1870.)

Rach § 8 Abs. 3 ber Kro. tann bas Amt nach brei Jahren niebergelegt werben.

Erfest burch § 75 ber LED. b. 3. Juli 1891, melder lautet:

Der Gemeindevorsteher und die Schöffen werden von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) a) aus der Zahl der Gemeindeglieder b) auf sechs Jahre gewählt.

Nach dreijähriger Amtsdauer kann der Gemeindevorsteher auf weitere neun Jahre gewählt werden.c)

In Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern kann die Gemeindevertretung die Anstellung eines besoldeten Gemeindeverstehers beschliessen. 4) Die Wahl. desselben erfolgt auf die Dauer von zwölf Jahren und ist nicht beschränkt auf die Gemeindeglieder.

Vater und Sohn, sowie Brüder dürfen nicht gleich-

zeitig Gemeindevorsteher und Schöffen sein.

a) Nach § 49 ber LGD. tritt in benjenigen Landgemeinden, in welchen die Zahl ber Stimmberechtigten mehr als 40 beträgt, an die Stelle ber Gemeindeversammlung die Gemeindevertretung.

- b) Nach § 39 ber LGD. sind Gemeinbeglieber alle Gemeinbeangehörigen, welchen bas Gemeinberecht zusteht. Der Inhalt bes Gemeinberechts und wem bas Gemeinberecht zusteht, ist in ben §§ 40, 41 und 45 ber LGD. näher bezeichnet.
- o) Die Wahlperiode beträgt sechs Jahre, kann aber und zwar auch bei ben zur Zeit bes Jukrafttretens ber LGD. im Amte besindlichen Gemeinbeborstehern nach Ablauf ber ersten brei Jahre auf zwölf Jahre erstreckt werben. Bezieht sich aber nicht auf Schöffen. (Ausfänw, II und III, Rr. 1.)
- d) Die Anwendung biefer Bestimmung wird sich, da dem Amte des Gemeindevorstehers der Charakter eines unbesoldeten Chrenamies thunklichs zu erhalten ist, nur in dem Falle empfehlem, wenn der Umfang der Gemeindeverwaltung ein derartig gestelgerter ist, daß er die Kräfte einer ehrenamitichen Berwaltung übersteigt und die Anstellung eines Berufsbeamten unentbehrlich erscheinen läht. Liegt jedoch dieser Fall vor, so ist es auch die Ausgade der Aufscheberdbebe, diese Einrichtung in den bezüglichen Gemeinden in Anregung zu bringen, salls diese sich nicht aus eigenem Antriebe hierzu entschebet. (Ausfand. II. u. III, Nr. 4.)
- Θ) Bann unbefolbete Aemter ber Gemeinde verloren gehen, ift im § 43 ber LGD. bestimmt.
- \$4 76 bis 83 enthalten bie Bestimmungen für bie Bahl bes Gemeinbeborftebers und ber Schöffen :
- §. 76. Bezüglich der Einladung der Mitglieder der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) zur Wahl kommen die Vorschriften des §. 59 zur Anwendung.

- §. 77. Der Wahlvorstand besteht aus dem Gemeindevorsteher oder dem zu dessen Vertretung berufenen Schöffen, als Vorsitzenden, und aus zwei von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) zu wählenden Beisitzern. Der Vorsitzende ernennt einen der Beisitzenden zum Protokollführer. Erforderlichenfalls kann jedoch auch eine nicht zur Wahlversammlung gehörige Person zum Protokollführer ernannt werden.
- §. 78. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahlraume weder Berathungen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefasst werden. Ausgenommen hiervon sind Berathungen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäfts erheischt werden.
- §. 79. Jede Wahl erfolgt in einem besonderen Wahlgange durch Stimmzettel.
- §. 80. Die Wähler werden in der Reihenfolge, in welcher sie in der Wählerliste aufgeführt sind, aufgerufen.

Die Aufgerufenen legen ihre Stimmzettel uneröffnet

in die Wahlurne.

Findet die Wahl durch die Gemeindeversammlung statt, so wird das Stimmrecht nach Massgabe der Bestimmungen des §. 48 ausgeübt.

Die nach der Eröffnung, jedoch vor dem Schlusse der Wahlhandlung erscheinenden Wähler können noch

an der Abstimmung theilnehmen.

Sind keine Stimmen mehr abzugeben, so erklärt der Wahlvorstand die Wahl für geschlossen; der Vorsitzende nimmt die Stimmzettel einzeln aus der Wahlurne und verliest die darauf verzeichneten Namen, welche von einem durch den Vorsitzenden zu ernennenden Beisitzer laut gezählt werden. §. 81. Ungültig sind diejenigen Stimmzettel,

 welche nicht von weissem Papier, oder welche mit einem äusseren Kennzeichen versehen sind,

2) welche keinen oder keinen lesbaren Namen ent-

halten,

 aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist,

4) auf welchen mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist,

5) welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten. Alle ungültigen Stimmzettel werden als nicht abgegeben betrachtet. Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet vorläufig der Wahlvorstand.

Die Stimmzettel sind dem Wahlprotokolle beizufügen und so lange aufzubewahren, bis über die gegen das Wahlverfahren erhobenen Einsprüche rechtskräftig

entschieden ist.

§. 82. Als gewählt ist derjenige zu betrachten, welcher bei der ersten Abstimmung mehr als die Hälfte der gültig abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung diese Stimmenmehrheit nicht, so kommen bei der sofort vorzunehmenden zweiten Abstimmung diejenigen zwei Personen, welche im ersten Wahlgange die meisten Stimmen erhalten haben, auf die engere Wahl. Haben mehr als zwei Personen die höchste oder zweithöchste Stimmenzahl in der Weise erhalten, dass auf sie eine gleiche Stimmenzahl entfallen ist, so entscheidet das durch die Hand des Vorsitzenden zu ziehende Loos darüber, wer auf die engere Wahl zu bringen ist. Bei dem zweiten Wahlgange sind ausser den im § 81 angegebenen ferner auch alle diejenigen Stimmzettel ungültig, welche den Namen einer nicht zur engeren Wahl stehenden Person enthalten. Als gewählt ist derjenige zu betrachten, welcher die meisten

Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das durch die Hand des Vorsitzenden zu ziehende Loos.

Die Wahlprotokolle sind von dem Wahlvorstande zu unterzeichnen.

§. 83. Der Vorsitzende des Wahlvorstandes hat die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl mit der Aufforderung in Keuntniss zu setzen, sich über die Annahme oder Ablehnung der Wahl innerhalb längstens einer Woche zu erklären. Von demjenigen, welcher hierüber keine Erklärung abgiebt, wird angenommen, dass er die Wahl ablehne.

§. 25.

Wegen ber Berpflichtung zur Uebernahme, sowie wegen ber Gründe für die Ablehnung des Amts 1) eines Gemeindevorstehers oder Schöffen finden die Borschriften der Absätz 1 dis 4 des §. 82) mit der Maßgade Anwendung, daß an die Stelle des Kreistages (Absatz 2 Ziffer 5 a. a. O.) die Gemeindevertretung und, wo eine solche nicht besteht, die Gemeindeversammlung tritt.

Wer sich ohne einen ber im §. 8 Absat 2 bezeichneten Entschuldigungsgründe weigert, das Amt eines Gemeindevorstehers oder Schöffen zu übernehmen, oder das übernommene Amt drei Jahre hindurch zu versehen, sowie derzeinige, welcher sich der Berwaltung solcher Aemter thatsächlich entzieht, kann durch Beschluß der Gemeindevertretung und, wo eine solche nicht besteht, des Gemeindevorstandes für einen Zeitraum von drei die sech Jahren der Ausübung seines Rechtes auf Theilnahme an der Bertretung und Berwaltung der Semeinde für versentschaften.

luftig erklärt und um ein Achtel bis ein Biertel ftarker, als die übrigen Gemeindeangeborigen zu ben Gemeindeabgaben herangezogen werben.

Gegen ben Beschluß ber Gemeindevertretung beziehungsweise bes Gemeinbevorstandes findet innerhalb zwei Wochen die Rlage bei dem Kreisausschuffe ftatt.3)

- 1) Die Bestimmung finbet auf Baifenrathe teine Anwenbung. (Urth. b. DBG. b. 21. Oft. 1876, Entich. Bb. I S. 138.)
 - 2) cfr. Anm. 31 6 8.
 - 3) Erfest burch §§ 65, 66, 67 b. 200., welche lauten:
- §. 65. Die Gemeindeglieder sind verpflichtet, unbesoldete Aemter in der Verwaltung und der Vertretung der Gemeinde zu übernehmen, sowie ein angenommenes Amt mindestens drei Jahre lang zu versehen.

Zur Ablehnung oder früheren Niederlegung solcher Aemter berechtigen folgende Entschuldigungsgründe:

1) anhaltende Krankheit. 2) Geschäfte, welche eine häufige oder lange dauernde

Abwesenheit vom Wohnorte mit sich bringen.

3) das Alter von 60 Jahren.

4) die Verwaltung eines unmittelbaren Staatsamtes.

5) sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen der Gemeindevertretung oder, wo eine solche nicht besteht, des Gemeindevorstehers eine gültige Entschuldigung begründen.

Wer ein unbesoldetes Amt in der Verwaltung oder in der Vertretung der Gemeinde während der vorgeschriebenen regelmässigen Amtsdauer versehen hat, kann die Uebernahme desselben oder eines gleichartigen für die nächsten drei Jahre ablehnen.

Wer sich ohne einen der vorbezeichneten Entschuldigungsgründe weigert, ein unbesoldetes Amt in der Verwaltung oder Vertretung der Gemeinde zu übernehmen oder das übernommene Amt drei Jahre hindurch zu versehen, sowie derjenige, welcher sich der Verwaltung solcher Aemter thatsächlich entzieht, kann für einen Zeitraum von drei bis sechs Jahren der Ausübung seines Rechts auf Theilnahme an der Verwaltung und Vertretung der Gemeinde für verlustig erklärt und um ein Achtel bis ein Viertel stärker als die übrigen Gemeindeangehörigen zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden.

- §. 66. Die Gemeindevertretung, wo eine solche nicht besteht der Gemeindevorsteher, beschliesst...
 - 3) über die Berechtigung der Ablehnung oder Niederlegung einer Stelle in der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevertretung, sowie über die Nachtheile, welche gegen Gemeindeglieder wegen Nichterfüllung der ihnen nach diesem Gesetze obliegenden Pflichten zu verhängen sind.
- §. 67. Die Beschlüsse der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstehers in den Fällen des §. 66 bedürfen keiner Genehmigung oder Bestätigung von Seiten des Gemeindevorstehers oder der Aufsichtsbehörde.

Gegen die Beschlüsse findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt, welche, wenn der Beschluss von der Gemeindevertretung gefasst ist, auch dem Gemeindevorsteher zusteht.

Der Areistag ift nicht zuständig, die Folgen ber ungerechtfertigten Ablehnung eines Areisamtes über benjenigen Einwohner eines Gutsbezirkes zu verhängen, der als ernanntes Mitglied der für die Boreinschäung zur Staatseinkommensteuer berufene Kommission eines den Gutsbezirk mit umfassenben Boreinschätzungsbezirkes dieses dem ohne gesehlichen Entschuldungsgrund ablehnt. (Urth. d. OBG. v. 30. Sept. 1892, Entsch. Bd. XXIII S. 1.)

b) Beftätigung derfelben.

§. 26.

Die gemählten Gemeinbevorsteher 1) und Schöffen bebürfen ber Bestätigung burch ben Landrath.

Bor ber Bestätigung ift ber Amtsvorfteber mit feinem Gutachten zu boren.

Die Beftätigung kann unter Zustimmung bes Kreisausschuffes versagt werben.

Wird die Bestätigung versagt,2) so ist eine Reuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath auf den Borschlag des Amtse vorstehers unter Justimmung des Areisausschuffes2) einen Stellvertreter4) auf so lange, die eine erneuerte Wahl die Bestätigung erlangt hat.3)

Daffelbe findet ftatt, wenn keine Wahl zu Stande kommt.

1) Beftätigung zum Gemeinbevorsteher oft. § 51 Tit. 7 Th. II ARR.: Ber zum Schulzenamte bestellt werben foll, muß bes Lefens unb Schreibens nothburftig tunbig und von untabelhaften Sitten fein.

Schankwirthe als Schulzen zu bestätigen ist unstatthaft, bezw. Schulzen bürfen Schankwirthschaft nicht übernehmen. (MR. v. 17. März 1874, MBl. S 114.)

9 Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen und nicht eiwa dasjenige Gemeindemitglied, welches bei der betreffenden Bahl die nächst größte Stimmenzahl erhalten hat, als gewählt anzusehen und ebent. zu bestätigen. (MR. v. 3. Aug. 1874, RBI. S. 200 — Urth. d. OBG. v. 10. Nob. 1877, Entsch. Bb. III S. 17.)

Der Borichlag bes Amisvorstehers ift für ben Lanbrath nicht binbend, sonbern hat nur bie Bebeutung eines Gutachtens.

3) Ronnen fich ber Lanbrath und ber Rreisausfouß über ben gu ernennenben Stellvertreter nicht einigen, fo entidelbet auf An-

rufen bes einen ober bes anberen Theiles bas Berwaltungsgericht als Rommunalauffichtsbeborbe boberer Instans.

- 4) Der Stellvertreter ift gleichfalls aus ber gahl ber fitmmberechtigten Gemeindemitglieder ju ernennen, fo lange es barunter an geeigneten Personen nicht fehlt. (Infir. b. 20. Sept. 1873.)
- ³⁾ Die Befugniß des Areisausschusses zu dem Beschlusse, durch welchen der vom Landrathe vorgeschlagenen Richtbestätigung einer Gemeindeborsteherwahl die Zustimmung versagt wird, steht außer Zweisel. Ob aber der Areisausschuß dei dem Beschlusse in der Prüfung und Berückligung von Thatsachen sehlgegriffen hat, diese Frage ist keine der "Besugniß" b. h. der Zuständigteit, sondern betrifft lediglich den Beschluß nach seinem materiellen Inhalt. (Urth. d. DBG. v. 97. Febr. 1884, Entich. Bd. XI S. 84.)

Wenn einer Wahl bie Bestätigung nicht aus materiellen, sonbern nur aus sormellen Grünben bersagt wird (wegen angenommener Formfehler), so wird es auf ben kontreten Fall ankommen, zu prüsen, ob sofort mit ber Ernennung eines Stellbertreters vorgegangen ober eine Reuwahl anzuordnen ift.

Die Bestätigung ber Wahl von unbesolbeten Beamten ist einer Stempelsteuer nicht unterworfen, ebenso nicht, wenn die Besolbung des Beamten während der Dienstzeit den stempelpslichtigen Betrag von 150 Mt. nicht erreicht. (Erl. d. Min. d. J. d. 29. Aug. 1879, MBL S. 258.)

S. 26a.

Die Bestimmungen bes §. 26 finden auch auf anbere Gemeindebeamte ') Anwendung, beren Wahl nach Maßgabe bes Gesets ber Bestätigung bedarf. 2)

- 1) Baifenrathe beburfen ber Beftätigung nicht. (MR. b. 9. Des. 1875, MBC. S. 273.)
 - 2) §§ 26 unb 26a ersett burch § 84 b. BGD., welcher lautet:

Die gewählten Gemeindevorsteher und Schöffen bedürfen der Bestätigung durch den Landrath.

Vor der Bestätigung ist der Amtsvorsteher (Distriktskommissarius) b) mit seinem Gutachten zu hören. Die Bestätigung kann nur unter Zustimmung des Kreisausschusses versagt werden. Dieser Zustimmung bedarf es auch dann, wenn der Wahl die Bestätigung wegen formaler Mängel des Verfahrens versagt wird.

Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen. •) Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath unter Zustimmung des Kreisausschusses einen Stellvertreter auf so lange, bis eine erneuerte Wahl die Bestätigung erlangt hat.

Dasselbe findet statt, wenn keine Wahl zu Stande kommt.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen finden auch auf andere gewählte Gemeindebeamte d) Anwendung, deren Wahl der Bestätigung bedarf.

- a) Die Wahl bebarf sowohl bei ber ersten Bahl, wie bei einer Berlangerung ber Bahlperiobe ber Bestätigung burch ben Lanbrath.
 - b) in ber Proving Bofen.
- c) Die Bornahme ber erneuerten Bahl ift wie nach bem jeht geltenben Rechte ber Gemeinbeberfammlung (Gemeinbebertretung) jeber Beit gestattet.
- d) Bu ben erwähnten anberen Gemeinbebeamten gehören 3. B. bie nach § 64 bes Feld- und Forftpolizeigesetes vom 1. April 1880 gewählten Chrenfelbhüter, bagegen nicht bie nach § 62 befl. Gefl. angestellten Feld- und Forsthüter und ferner auch nicht bie Bolizeibeanten.

c) Vereidigung derfelben.

§. 27.

Die Gemeindevorsteher und die Schöffen werben vor ihrem Amtsantritte von dem Landrathe oder in seinem Auftrage von dem Amtsvorsteher vereidigt.

1) Die Gemeinbeborfteher und bie Schöffen, sowie die nach § 26 Abs. 2 gu ernennenben Stellvertreter berselben, ingleichen die Ortsfteuererheber und Gemeinbeschreiber haben ben im § 1 Abs. 1 ber Berord. v. 6. Mai 1867 (GS. S. 715) vorgeschriebenen Diensteib zu leiften. (Inftr. v. 20. Sept. 1873.)

9) Ift ein Diensteib schon früher geleistet worben, so bebarf es ber wiederholten Bereidigung nicht, auch nicht der Berweifung auf ben geleisteten Eib bei Einführung in bas neue Amt. (MR. b. 26. Ott. 1888, MBI. S. 191.)

Erfest burd § 85 ber &@D., welcher lautet:

Die Gemeindevorsteher und die Schöffen werden vor ihrem Amtsantritte von dem Landrathe oder in seinem Auftrage von dem Amtsvorsteher, in der Provinz Posen von dem Distriktskommissarius vereidigt.

Ratürlich auch nur im Auftrage bes Banbraths.

d. Dienfunkofenentschädigung derfelben.

§. 28.

Die Gemeinbevorsteher haben Anspruch auf Ersat ihrer baaren Auslagen und auf die Gewährung einer mit ihren amtlichen Mühewaltungen im billigen Berhältnisse stehenben Entschäbigung.

Die Aufbringung berfelben liegt ber Gemeinbe ob.

Alle fortlaufenden Gelds und Naturalbeiträge des Gutsherrn zur Remuneration des Gemeindevorstehers fallen fort.2)

Landbotationen, welche für die Berwaltung des Schulzenamts ausgewiesen sind, können auf Grund des gegenwärtigen Gesets nicht zurückgesorbert werden. Sind solche Landbotationen allein ober in Berbindung mit Gelds ober Naturalbeiträgen von dem Gutsherrn geswährt, so ist derselbe berechtigt, hierfür von dem Ges

meindevorsteher auch ferner die Wahrnehmung der Gutsvorstehergeschäfte beziehungsweise die Bertretung hierbei in dem bisherigen Umfange (§. 31 Absat 3) zu fordern.

Der Gutsherr wie die Semeinde kann die Lösung eines berartigen Berhältnisses gegen Fortfall der Geldund Naturalbeiträge und gegen Entschädigung für die Landdotationen verlangen. Der Gemeinde steht dabei das Recht zu, siatt der Gewährung einer Entschädigung die Landdotationen herauszugeben.

In Betreff ber Auseinanbersetzung kommen die Borsschriften der §§. 41 bis 45 mit der Maßgabe zur Answendung, daß zu den im ersten Absatze des §. 45 erwähnten Kosten auch die Gutsherren nichts beizutragen haben. 4)

Die Schöffen haben ihr Amt in ber Regel unentsgeltlich zu verwalten und nur auf ben Erfat baarer Ausslagen Anspruch.

- 1) Eine Erhöhung ber Dienstunkostenentschädigung ist, wenn sie angemessen erscheint, von dem Augenblide, wo Streit entsteht, zu bewilligen. Bet der anderweiten Festsetzung der Dienstunkostenentschädigung darf die in Ansehung der Befreiung des Gemeindevorstehers von Gemeindebiensten bestehende Ortsverfassung berücklicht werden. (Urth. d. OBG. v. 28. Mai 1879, Entsch. 39b. IV S. 99 ff.)
- 3) Daß bie Remuneration bes Gemeinbeborstehers von ber Gemeinbe unter Fortsall ber fortlausenben Gelb- und Naturalbeiträge bes Gutäherra aufzubringen, ift eine Folge ber Bahl bes Gemeinbevorstehers und ber Auflösung bes Abhängigkeitsberhältnisse ber Semeinbe von bem Gutäberrn.
- 3) Das Abkommen eines Gemeinbeborsiehers mit ber Gemeinbe über bie Sobe feiner Dienstunkostenentschädigung behält nur so lange seine Kraft, bis bas öffentliche Interesse erforbert, baß eine anderweite Regelung (unter Umfländen eine Erhöhung) burch ben

Kreisausschuß stattfindet. Einzelne Gemeinbemitglieber find gur Anfechtung bes Beschlusses bes Kreisausschusses über Festjetung einer Dienstunkostenentschädigung nicht befugt. (Urth. b. DBG. v. 20. März 1878, Entich. Bb. IV S. 92.)

Der Berwaltungsrichter und die Kommunalaufsichtsbehörben find bei Festiegung der Dienstunkostenentschäugung an vorgängige Berträge zwischen ber Eemeinde und bem Gemeindeborsteher über bie dem letzteren zu gewährende Dienstloftenentschädbigung nicht gebunden. (Urth. b. DBG. b. 7 Dez. 1878, Entsch. Bb. IV S. 94.)

4) Entstehen hierbei Streitigkeiten barüber, ob und welche Gelbund Raturalbeiträge bes Gutsherrn fortfallen, sowie ob und welche Landbotationen vom Gutsherrn gewährt worden sind, für welche er von der Gemeinde eine Entschäftigung zu beanspruchen hat und auf wie hoch ebent. diese Entschäftigung zu bemessen ift, sofern, so sind ebeneinde nicht vorzieht, die Dotation in natura zurückzugeben, so sind dieselben nach § 42 nicht von den ordentlichen Gerichten, sondern von den Auseinandersehungsbehörden zu entscheiden.

Borftebenbes gilt übrigens nicht für ben Fall, wenn Sanbbotationen vom Sutsherrn (allein ober in Berbinbung mit Gelbober Naturalbeiträgen) ohne Berpflichtung für ben Gemeinbevorfteber gur Bahrnehmung ber Gutsgeschäfte gewährt worben finb.

In diesem Falle bewendet es bei der Bestimmung, daß Landbotationen, welche für die Berwaltung des Schulzenamtes ausgewiesen sind, auf Grund der Ard. nicht zurückgeforbert werden können. (Inftr. v. 20. September 1873.)

5) Griett burch § 86 ber LOD. mit folgenben Menberungen:

Absatz 1. Die Gemeindevorsteher haben den Ersatz ihrer baaren Auslagen und die Gewährung einer mit ihrer amtlichen Mühewaltung in billigem Verhältnisse stehenden Entschädigung zu beanspruchen.

Absatz 2. Die Aufbringung derselben liegt der Gemeinde ob.

Absatz 3. Alle fortlaufenden Geld- und Naturalbeiträge des Gutsherrn zur Remuneration des Gemeindevorstehers fallen fort. Abfat 4. Derfelbe Wortlaut, nur gum Schluffe:

auch ferner die Wahrnehmung der Geschäfte des Gutsvorstehers oder die Vertretung hierbei in dem bisherigen Umfange (§. 124 Absatz 2) zu fordern.

Abfas 5. Derfelbe Bortlaut wie für bie Landbotationen.

Absatz 6. In Betreff der Auseinandersetzungen kommen die Vorschriften der §§. 97 bis 101 mit der Massgabe zur Anwendung, dass zu den im ersten Absatze des §. 101 erwähnten Kosten auch die Gutsherren nichts beizutragen haben.

Absatz 7. Die Schöffen haben ihr Amt in der Regel unentgeltlich zu verwalten und nur den Ersatz baarer Auslagen zu beanspruchen.

Rechte und Bflichten bes Gemeinbevorftehers.

§. 29.

Der Gemeinbevorsteher 1) ist die Obrigkeit des Gemeinbebezirks und, sofern er nicht zugleich selbst Amtsvorssteher ist (§. 56 Absat 5), das Organ des Amtsvorsstehers 2) für die Polizeiverwaltung.3)

Der Gemeinbevorsteher hat vermöge bessen das Recht und die Pstächt, da, wo die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein sofortiges polizeiliches Einschreiten nothwendig macht, das dazu Ersorderliche vorläufig anzuordnen und ausstühren zu lassen.

1) Die Gemeinde- und Guisvorsieher sind ausführende Organe bes Amisborstehers in polizeilichen Angelegenheiten. Der Amisborsteher kann denselben aber nicht bie ihm obliegende Bolizeiberwaltung zur selbstständigen Berwaltung übertragen, also nicht Dienstobliegenheiten, welche selbstständige polizeiliche Entschliegungen und Berfügungen erheischen, also beispielsweise auf dem Gebiete

ber Begepolizet nicht die selbstständige Anordnung bessen, was an Begebauten erforderlich oder die vorläusige Entscheidung darüber, wer zu ihrer Ausstührung verpsichtet ist. (Urth. d. OBG. d. 4. Jebr. 1880, Entsch. Bd. IV S. 208.)

3) Die Semeinbevorsteher find verpflichtet, den Aufträgen der Amisborsteher zur Behändigung polizeilicher Strafverfügungen an Ortseingeseffiene nachzukommen. (Urth. b. OBG. v. 6. Juni 1877, Entich. Bb. II S. 86.)

3) Der Gemeinbevorsteher ist legitimirt zur Wahrnehmung ber Obliegenheiten ber Gemeinbebehörbe in bem Berfahren über Anträge auf Erthellung ber Erlaubniß zum Betriebe ber Gast- und Schanswirthschaft. Er wird vertreten durch ben dem Dienste bezw. Zebensalter nach ältesten Schöffen. (Urth. d DBG. b. 5. Juni 1880, Entich. Bb. VI S. 264.)

Der Gemeinbevorsteher hat bas Recht, zur Erfüllung ber aus ber Kommunalangelegenheit herrührenden Berpflichtungen gegen die Mitglieber der Gemeinde Zwang zu üben. (Urth. d. OBG. v. 6. Nob. 1880, Entsch. Bb. VII S. 139.)

Dem Gemeinbevorsteher steht nach § 132 b. LBG. bas Recht zu, seine in Ausübung ber obrigkeitlichen Gewalt getroffenen, burch seine polizeilichen Befugnisse gerechtfertigten Anordnungen burch Anwendung bestimmer Zwangsmaßregeln burchzusehen. (Urth. b. DBG. b. 22. Rob. 1882, Entsch. 38b. IN S. 57.)

4) Erfest burd § 90 b. B.B. melder lautet :

Der Gemeindevorsteher ist, sofern er nicht zugleich selbst das Amtsvorsteheramt bekleidet, das Organ des Amtsvorstehers für die Polizeiverwaltung.

In dem gleichen Verhältniss steht der Gemeindevorsteher in der Provinz Posen zu dem Distrikts-

kommissarius. Der Geme

Der Gemeindevorsteher hat vermöge dessen das Recht und die Pflicht, da, wo die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein sofortiges polizeiliches Einschreiten nothwendig macht, das dazu Erforderliche vorläufig anzuordnen und ausführen zu lassen.

§. 30.

Der Gemeindevorsteher hat insbesondere das Recht und die Pflicht:

- 1) ber vorläufigen Festnahme und Verwahrung einer Person nach den Vorschristen des §. 1271) der Strasprozessordnung für das Deutsche Reich vom 1. Februar 1877 (Reichs-Gesehl. S. 253) und des §. 62) des Gesets zum Schutz der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 (Gesets-Samml. S. 45):
- 2) bie unter Polizeiaufsichts) stehenden Personen zu beaufsichtigen;
- 3) bie ihm von bem Amtsvorsteher, ber Staatss ober Amtsanwaltschaft aufgetragenen polizeilichen Maßz regeln auszusiühren und Verhandlungen aufzus nehmen:
- 4) bie in ben §§. 8 st. bes Gesetzes über die Aufnahme neu anziehender Personen vom 31. Dezember 1842 (Gesetz-Samml. 1843 S. 5) vorgeschriebene Relbung entgegenzunehmen.
- 1) § 127 StrBD. bestimmt:

Bird Jemand auf frischer That betroffen ober berfolgt, fo ift, wenn er ber Flucht verbächtig ift, ober seine Personlickleit nicht sofort feftgestellt werben tann, Jebermann befugt, ihn auch ohne richterlichen Befehl vorläufig feftgunehmen.

Die Staatsanwaltschaft und die Bolizei- und Sicherheitsbeamten sind auch dann zur vorläufigen Festnahme besugt, wenn die Boraussetzungen eines Haftbesehls (§ 112 bringender Berdacht und Kollustonsgefahr) vorliegen und Gefahr im Berzuge obwaltet.

Bei strafbaren Danblungen, beren Berfolgung nur auf Antrag eintritt, ift die vorläufige Festnahme von der Stellung eines solchen Antrags nicht abhängig.

Rach § 128 a. a. D. ift ber Feftgenommene unverzüglich, sofern er nicht wieber in Freiheit geseht wirb, bem Amtsrichter bes Bezirts, in welchem die Festnahme erfolgt ift, vorzuführen.

"Unverzüglich" schließt nicht aus, daß ber Beamte junächft über bie Festnahme ein Protokoll aufnimmt und ben Festgenommenen so lange gurüchält. (Urth. b. RG. v. 12. Dez. 1884, Rechtspr. in Str. Bb. VI S. 807.)

Auch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit tann die vorläufige Festnahme rechtfertigen. (Urth. b. DBG. v. 12. Dez. 1884, Rechtspr. b. RG. Bb. VI S. 807.)

Der Festgenommene soll unverzüglich dem Amtsrichter bes Begirts vorgeführt werben; wird etwa in Fällen, wo Amtsgericht und Staatsanwaltschaft ihren Sis an dem gleichen Orte haben, aus Zwedmäßigkeitsgründen eine abweichende Art der Borführung dahin vereindart, daß die Borführung an den Amtsrichter durch Bermittelung der Staatsanwaltschaft erfolgt, so werden die betheiligten Boligelbehörden hiervon jedesmal besondere Rachricht erhalten. (CittR. d. Min. d. J. d. 11. Juli 1881, JMBI. S. 1883.)

Die Amtsvorsieher und beren Stellvertreter, die Gemeindeund Gutsvorsieher, sowie beren Stellvertreter sind durch Rest. v. 15. Sept. 1879 (RBL S. 265) zu Hissbeamten der Staatsanwaltschaft bestimmt worden. Sie haben demzusosse die Befugnis, bei Gefahr im Berzuge Beschlagnahmen (§ 98 der StrBD.) und Durchsuchungen (§ 105 des. Ges.) anzuordnen und auch vorläusige Festnahmen zu bewirken. (§ 127 Abs. 2 a. a. D.)

Der Gemeindevorsteher ift verpflichtet jur Mitwirtung bei Saussuchungen; er wird bei biefen Amtshandlungen in Be-hinderungsfällen durch den Schöffen vertreten; er hat selbstittandig zu prufen, ob Anlaß zu einer Haussuchung vorliegt. (Urth. b. DBG. d. 6. Rod. 1878. Entich. Bb. IV S. 1811.)

9) Rach § 6 b. Gef. v. 12. Febr. 1850 burfen Berfonen in polizeiliche Berwahrung genommen werben, wenn ber eigene Schut biefer Berfonen ober bie Aufrechterhaltung ber öffentlichen Sittlichfeit, Sicherheit und Rube biefe Mahregel bringenb erforbern.

Der bie Feftnahme auf Grund bes § 6 bewirtende Beamte bat, fo lange bie Brufung bes Falles nicht an bas betreffenbe bobere

Polizeiorgan übergegangen ist, über Fortbauer ber Haft zu beschiehen und die Haft aufzuheben, sobalb er sich überzeugt, daß ein Grund für deren Fortbauer nicht mehr vorhanden ist. (Urth. d. RG. v. 23. Sept. 1887, Rechtspr. d. RG. Bd. 18 S. 455.)

- 2) Begen ber Polizeiaufficht cfr. §§ 38 unb 39 Retr B.
- 4) Darnach muß fich jeber Neuangiehenbe bei bem Gemeinbeborfieher melben.

Die Polizeibehörben sind befugt, über die Form der borgeschriebenen Auskunftsertheilung neu anziehender Bersonen, insbesondere auch dahin Bestimmung zu tressen, daß die bezüglichen Anforderungen der Behörde von den persönlich erscheinenden Betheiligten selbst entgegengenommen und durch protokolarische Erklärungen ersedigt werden. (Urth. d. DBG. v. 11. Dez. 1880, Entsch. 8db. VII S. 382.)

Die Anmelbung ber in Privat-Irrenanstalten aufgenommenen Kranken erfolgt bei bem Amisvorsteher, nicht bei ber Ortspoligeibehörbe. (Urth. b. OBG. vom 10. Juli 1878, Enifch. Bb. IV S. 400.)

Erfest burch § 91 ber LGO. mit bemfelben Wortlaut, nur ift in Rr. 3 hinter Amtsborsteber "Difiritis-Kommissarius" gesett, weil die LGO. auch in ber Brobins Bosen ailt.

Gutsvorfteher.

§. 31.

Für den Bereich eines selbstständigen Gutsbezirks') ist der Besitzer des Guts2') zu den Pflichten und Leistungen2) verbunden, welche den Gemeinden für den Bereich ihres Gemeindebezirks im öffentlichen Interesse gessetzlich obliegen.4)

Derselbe hat insbesondere die in den §§. 29 und 30 aufgeführten obrigkeitlichen Besugnifse und Pflichten entsweder in Person oder durch einen von ihm zu bestellenden, zur Uebernahme des Amtes befähigten Stellvertreter auszusiben. Der letztere muß seinen beständigen Aufs

enthalt im Gutsbezirke ober in beffen unmittelbarer Rabe haben.

Es können jedoch auch außer dem im §. 28 Absat 4 vorgesehenen Falle seitens des Bestiers des Guts sämmtliche oder einzelne Gutsvorstehergeschäfte an den Borsteher einer benachbarten Gemeinde unter Beider Justimmung gegen eine angemessene Entschädigung überstragen werden.

Shefrauen, sowohl groß- wie minberjährige werben rücksichtlich ber angeführten Rechte und Pflichten burch ihren Shemann, Kinder unter väterlicher Gewalt burch ihren Bater und bevormundete Personen durch ihren Bormund ober Pfleger vertreten.

1) Der Begriff eines felbftftanbigen Gutabegirts beruht auf ber Ginbeit bes Befites.

Die Abberäußerung einzelner Keinerer Parzellen von einem Gutsbezirke an dritte Personen wird, wenn neben demselben noch ein größeres leistungskähiges Restgut bestehen bleibt, die anderweite Regelung der kommunalen Verhältnisse eines solchen Gutsbezirks noch nicht nothwendig machen. In berartigen Hällen ist der Begriff "die Einheit des Bestiges" noch im Wesentlichen aufrecht erhalten; es kann ein Zweifel, wer als Juhaber des selbstständigen Gutsbezirks anzusehen ist, nicht wohl bestehen. Der Restgutsbestigts anzusehen ist, nicht wohl bestehen. Der Restgutsbestigts, welcher dem Staate gegenüber die Verpflichtung für die Grstütung der kommunalen Leistungen des Gutsbezirks trägt, ist zugleich der Repräsentant des Gutsbezirks bezw. der angesessen und nicht angesessenschaften einwohner desse in der Ausübung der Hentlichen Rechte. (Instr. d. Min. d. J. d. 10. März 1873, MBl. S. 121 zu Art. 3.)

Auch ber Sutsherr ohne Grunbbesit ift felbstitändig; diese Pflichten geben nicht über auf die Besitzer ber Parzellen, welche nicht Gutsherren sind. (Urth. d. DBG. v. 22. Nov. 1876, Entsch. Bb. 1 S. 147.)

Die Berleihung zu Kölmischen Rechten in Oftpreußen begründet nicht den selbsiständigen Gutsbezirk. (Uris. d. OBG. v. 12. Sept. 1891, Entsch. Bd. XXI S. 115. — Ers. d. Min. d. J. v. 18. Jan. 1890, MBI. S. 12 und v. 7. April 1890, MBI. S.57.)

*) Wenn ber Gutsborsteher nicht zugleich Gutsbesiger ist, so sungirt er nur als obrigkeitlicher Berwalter bes Gutsbezirkes, vertritt aber nicht die Bermögensrechte des Gutsherrn und ber Anwöhner. Aufsorderungen zur Instandhaltung von Wegen sind also in diesen Fällen nicht an den Gutsborsteher, sondern an den wegebaupslichtigen Gutsherrn von dem Amtsvorsteher zu richten. (Urth. d. DBG. v. 4. Febr. 1880, Entsch. DB. VI S. 206. — Urth. d. DBG. v. 28. Febr. 1883, Entsch. DB. 1X S. 138.)

Durch die Ard. find die bis bahin gesehlich begründeten Berpfischungen der Gutsherrschaften, zum Unterhalte der Lehrer an den öffentlichen Clementarschulen beizutragen, nicht aufgehoben. (Urth. b. OGG. v. 29. Rov. 1876, Entsch. Bb. I S. 196.)

Der § 31 beabsichtigt nicht, den Gutsbezirken neue Lasten aufzuerlegen, die öffentlich-rechtlichen Berpstichtungen der Inhaber der selbstätungen Güter neu zu regeln, sondern nur den bisherigen Rechtszusiand zum Ausdruck zu bringen. (Urth. d. OBG. v. 8. Nov. 1884, Entsch. Bd. XI S. 164 und v. 23. Sept. 1885, Entsch. Bd. XII S. 229.)

Dem Gutsbesitzer liegt die Berpsichtung ob, den Antheil an den Schulabgaben zu vertheilen, einzuziehen und an den Schulvorstand abzuführen. (Urth. d. OBG. v. 10. Sept. 1881, Entsch. Bb. VIII S. 165.)

Den Gemeinbebezirken stehen bezüglich ber Bilbung ber Jagbbezirke die selbsiftändigen Gutsbezirke gleich; in diesen werden die Funktionen ber Gemeinbebehörbe in Jagdangelegenheiten von den Gutsborstehern wahrgenommen. (Urth. d. OBG. v. 19. April 1888, Entsch. Bb. XVI S. 344.)

Das in der Krd. vorgeschene Strasversahren wegen ungerechtsertigter Ablehnung oder Riederlegung undesoldeter Aemter in der Berwaltung und Bertretung des Areises findet gegen Gutsvorsteher als solche nicht statt. (Urth. d. OBG. d. 29. März 1879, Entsch. V S. 110.)

Der Gutsborfteber ift befugt, ein Dienftstegel mit ber Aufschrift: "Der Gutsborfteber zu R. R." zu führen. (MR. v. 10. April 1874, MBL S. 101.)

Die Rreisabgaben werben nicht auf die Gutsbezirke als folche, sondern auf die in benselben wohnenden Rreisangehörigen umgelegt. (Urth. b. OBG. v. 6. Dez. 1879, Entich. Bb. VI S. 81.)

9) Der Gutsherr ift nach § 31 Abs. 1 zu ben Lasten und Pflichten berbunden, welche ben Gemeinden für den Bereich ihres Gemeindebezirks im öffentlichen Interesse obliegen. Eine Beriheilung biese Rommunallasten eines selbstkändigen Gutsbezirks, welcher sich nicht in einer Hand besindet, unter die verschiedenen Grundbesiger ist unstatthaft. selbst im Falle der Bereindarung; nur in Betress der Armenlasten (§ 8 d. Ges. b. 8. März 1871) und der Quartierleisung (§ 7 d. Ges. b. 25. Juni 1868) sindet eine Ausnahme statt. (Rest. v. 21. Rod. 1875, MBL S. 76.)

Beispielsweise hat der Gutsherr auch die Antheile an den Unterhaltungskosten der Standesämter zu tragen, welche nach §§ 7 ff. des Geses dom 6. Febr. 1875 in den aus mehreren Gemeinden und Gutsbezirten bestehenden Standesamtsbezirten auf den betreffenden Gutsbezirt repartirt werden. (Rest. dom 9. April 1878, MBC. S. 78. — Urth. d. DBG. d. 3. Juli 1878, Entsch. 3db. IV S. 143, und b. 6. Dez. 1879, Entsch. 3db. VI S. 85.)

- 4) Aus § 31 folgt nicht, bag ber Befiger bes Gutes bas für ben Gutsbezirf berechnete Kreistagssoll allein zu tragen habe. (Reft. b. 31. Jan. 1875, MBI. S. 14.)
- 5) Unter ber Boraussetzung, baß ber Stellvertreter seinen bestänbigen Aufenthalt in unmittelbarer Rähe haben muß, tann auch ber Gutsborfteber eines anberen Bezirks zum Stellbertreter ernannt werben.

In gerftidelten Gutsbegirten fteht bie Bestellung bes Stellverireters bem Besiger bes Resigutes gu, sofern nicht biefer selbst bas Amt bes Gutsborftebers übernehmen will.

6) Die Bestellung eines Stellvertreters tann sowohl in ber Art erfolgen, daß bemselben die Wahrnehmung sämmtlicher Gutsborstehergeschäfte dauernd und ausschließlich übertragen wird, als auch in ber Art, daß er für ben Gutsbesiber nur in bem Falle ber Behinderung besselben soweit und solange eintritt, als ihm dies aufgetragen wird. Selbstverständlich ist in dem letzteren Falle sowohlber Gutsbesitzer, als der Stellvertreter als Gutsborfteher gemäß 33 zu bestätigen und zu vereidigen. (Inst. b. 20. Sept. 1873.)

Rach ben Bestimmungen im britten Absahe können seitens bes Bestigers des Gutes auch außer dem im § 28 Abs. 4 borgeschriebenen Falle sämmtliche oder einzelne Gutsborstehergeschäfte, wie namentlich die Anfertigung der Kassenkeuer-Militärkammrossen und anderer Listen und Nachweisungen, die Borführung der Militärpsichtigen vor die Ersahsommissionen u. s. w. an den Borsteher einer benachbarten Semeinde unter Beider (d. 5), der Gemeinde und des Gemeindevorstehers) Zustimmung gegen eine angemessene Entschätzung übertragen werden.

Bon berartigem Abkommen ift bem Lanbrathe behufs ber Bestätigung (§ 33) Anzeige zu machen. (Inftr. b. 20. Sept. 1873, MBI. S. 262.)

Wird dem stellvertretenden Gutsvorsteher eine Entschäftigung gewährt, so erhält er dieselbe nicht als Beamter, sondern als Bertreter des Bestigers des Gutes von dem letteren; sie unterliegt voll der Kommunalbesteuerung. (Urth. d. OBG. v. 2. Juni 1880, Entsch. Bb. VI S. 119.)

Den Beamten ber Gutsbezirke steht bie Klage im Berwaltungsstreitversahren gegen Berfügungen, burch welche sie in Disziplinarstrafe genommen werben, nicht zu. (Urth. b. OBG. v. 10. Okt. 1888, Entsch. Bb. XVIII S. 442.)

Der Gutsbefiger, welcher ben ftellvertretenben Gutsborfteher ernannt hat, tann ihn auch entlassen. (Urth. b. DBG. b. 23. April 1881. Entich. Bb. VII S. 183.)

- 7) Erfett burch §§ 122 u. 123 ber &@D., welche lauten:
- §. 122. Für den Bereich eines selbstständigen Gutsbezirks ist der Besitzer des Gutes zu den Pflichten und Leistungen, a) welche den Gemeinden für den Bereich ihres Gemeindebezirkes im öffentlichen Interesse gesetzlich obliegen, mit den hinsichtlich einzelner dieser Leistungen aus den Gesetzen folgenden Massgaben verbunden.

Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend die Heranziehung oder die Veranlagung von Grundbesitzern und Einwohnern eines Gutsbezirkes zu den öffentlichen Lasten desselben, finden die Bestimmungen im §. 38 dieses Gesetzes sinngemässe Anwendung. b)

- a) Ausnahmen von dem Grundsate, daß die öffentlichen Laften für den Bereich eines selbstständigen Gutsbezirks dem Gutsbesiter obliegen, bilden die Bestimmungen des § 3 des Gesets, betressend die Ausstührung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsit v. 8. März 1871 (GS. S. 130), sowie des § 6 in Berbindung mit § 8 des Reichsgesetzes über die Kriegsleistungen v. 13. Juni 1873 (MGB). S. 139, Bear. S. 84).
- b) Rach § 38 beichließt auf Beichwerben und Ginfpruche, betreffend bie Deranziehung und bie Beranlagung zu ben Gemeinbelaften, ber Gemeinbevorfteber.

Gegen ben Befdluß finbet bie Rlage im Berwaltungaftreitber-fabren ftatt.

Der Entideibung im Bermaltungsfreitverfahren unterflegen bergleichen Streitigfeiten zwifchen Betheiligten über ihre in bem öffentlichen Rechte begrundete Berpflichtung zu ben Gemeinbelaften.

§. 123. Der Besitzer eines selbständigen Gutes hat insbesondere die in den §§. 90 und 91 aufgeführten obrigkeitlichen Befugnisse und Pflichten u. s. w.

berfelbe Wortlaut wie die letten Abfate bes § 31, nur Allegat im 3. Abfate § 86 Abf. 4.

8. 32.

Die Bestellung eines Stellvertreters muß 1) erfolgen, wenn:

1) bas Gut einer juristischen Person, einer Attiens gesellschaft ober einer Kommanditgesellschaft auf Aktien gehört, oder wenn mehrere Mitbesitzer sich nicht darüber einigen,2) wer von ihnen die Geschäfte des Gutsvorstehers wahrnehmen soll;

- 2) ber Gutsbefitzer tein Angehöriger bes Deutschen Reiches ift: 3)
- 3) berfelbe nicht seinen beständigen Aufenthalt im Gutsbezirke ober in bessen unmittelbarer Rabe hat, 4)
 ober
- 4) wegen Krankheit ober aus anderen in seiner Person liegenden Gründen außer Stande ist, die Pflichten eines Gutsvorstehers zu erfüllen.

In den vorstehend unter 1 bis 4 bezeichneten Fällen kann auf den Antrag des Gutsbestigers auch ein Stells vertreter für den ernannten Gutsvorsteher bestellt werden, welcher in Fällen der Behinderung des letzteren die Gutssvorstehergeschäfte wahrzunehmen hat. 6)

Für die von dem Hauptgute entfernt belegenen Theile eines selbstständigen Gutsbezirkes tann von dem Areis-ausschuffe die Bestellung besonderer Stellvertreter angesordnet') werden, sofern dies für eine ordnungsmäßige örtliche Berwaltung erforderlich ist. *)

1) Wie für ben Gutsborfteher ber Befit bes Gutes, so ift für ben ftellvertretenben Gutsborfteher ber Auftrag seitens bes Gutsbesiters ober im Falle bes § 34 ber Ard. ber Auftrag (Ernennung) seitens bes Lanbraths bie nothwenbige Boraussetzung für bie rechtliche Eriftenz seiner amtlichen Stellung.

Mit bem Wegfall biese Manbats enben bas Recht und bie Pflicht, die Gutsvorstehergeschäfte wahrzunehmen. Ift Jemand ftellvertretender Gutsvorsteher bermöge Auftrags des Gutsbesitzers, so ist die Festschung seiner Dienstunkoken-Entschädigung lediglich er Betheiligten, ift er es vermöge Auftraged des Landraths gemäß § 34 der Krd., so findet beim Mangel gutlicher Ginigung unter den Betheiligten, auf Anrusen eines derselben. die

Festschung der Entschädigung nach Maßgabe bes § 34 a Ard. statt. (Urth. b. OBG. v. 23. April 1881, Entsch. Bb. VII S. 183).

2) Den Borstehern von Gemeinde- und Guisbezirken, welche eine örtlich verbundene Lage haben, liegt es ob, sich darüber zu vereinbaren, wer von ihnen biejenigen amtlichen handlungen auszuführen hat, welche eine einheitliche Bollziehung ersorbern, wie beispielsweise die Anordnungen bei einheimischen und auswärtigen Behörben, Ueberschwemnungen und großem Schneefall, bei Ruheftörungen auf ber gemeinschaftlichen Dorsstraße, die Beaufsichtigung gemeinschaftlicher Wegebesserungen, Grabenräumungen u. f. w.

Bon ber getroffenen Bereinbarung ift bem Umisborfteber Ungeige ju machen.

Kommt eine Bereinbarung nicht zu Stanbe, so erläßt ber Amtsborsteber bie erforberlichen Bestimmungen (§ 65). Ist einer ber betheiligten Guts- ober Gemeinbeborsteber selbst Amtsborsteber, so bebarf es einer Bereinbarung nicht, vielmehr gebührt alsbann bie Anordnung barüber, wie es in ben gedachten Fällen gehalten werben soll, lebiglich bem Amtsborsteber.

Bie in Gemeinben ju mechanischen Dienftleiftungen ein besonderer Gemeinbebiener, fo tann in Gutsbezirken zu gleichem Zwede ein besonderer Gutsbiener angestellt und vereibigt werben. (Inftr. b. 20. Sept. 1873.)

Rollibirenbe Intereffen, Abmefenheit, Suspenfion bom Umte.

- 3) In den unter 1, 2 und 4 aufgeführten Fällen hat die Bestellung des Stellvertreters in der Art zu erfolgen, daß demselben die Wahrnehmung sämmtlicher Gutsborstehergeschäfte dauernd und ausschließlich übertragen wird. (Instr. b. 20. Sept. 1873.)
- 4) In bem Falle ber Rr. 3 ift es zuläffig, bag bem Bestiger eines Gutes, welcher zwar nicht seinen bestänbigen, aber boch regelmäßig einige Zeit im Jahre seinen Aufenthalt im Gutsbezirke ober in bessen unmittelbarer Rache hat, für diese Zeit die eigene Wahrnehmung ber Gutsvorstehergeschäfte gestattet wird und mit Mücklicht hierauf die Funktionen bes Stellvertreters in entsprechenber Weise geregelt werben. (Infir. b. 20. Sept. 1873.)
- 5) Unverheirathete Befigerinnen haben auch einen Stellbertreter zu bestellen. (StenB. b. Abg. S. 1348.)

- 6) Der neu eingesügte zweite Absat ermöglicht nunmehr die Bestellung eines Stellvertreters für den in den Fällen zu 1 dis 4 bestelluer stellvertretenden Gutäbesstellten, viernach modifizir sich der Erl. d. 24. März 1874 (MBL S. 100). Dagegen bleibt nach wie vor maßgebend der Himbels dieses Erlasses darauf, daß der Stellvertreter eines Gutsdorstehers, wenn letzterer auf Grund des § 56 letzter Absat gleichzeitig als Amtsvorsteher fungirt, nicht von selbst auch stellvertretender Amtsborsteher wird, in dieser Beziehung vielmehr die Borschrift des § 57 Plat greist. (Cirk. d. Min. d. J. d. 26. März 1881. WBL S. 69.)
- 7) Durch Befolug, gegen welchen Befchwerbe an ben Begirtsausichuß guftebt.

Diefe Stellvertreter haben in ben einen eigenen Amisbegirt bilbenben Gutsbegirten ben Gutsborfteher nicht in ben Amisborftehergeschäften zu vertreten. (Erl. b. Min. b. J. v. 21. Dez. 1887, MBl. 1888 S. 102.)

8) Erfest burch § 124 &GD., welcher lautet:

Die Bestellung eines Stellvertreters muss erfolgen, wenn:

- das Gut unverheiratheten oder verwittweten Besitzerinnen, einer juristischen Person, einer Aktiengesellschaft, einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, einer Berggewerkschaft oder einer eingetragenen Genossenschaft gehört, oder wenn mehrere Besitzer sich nicht darüber einigen, wer von ihnen die Geschäfte des Gutsvorstehers wahrnehmen soll,
- 2) der Gutsbesitzer kein Angehöriger des Deutschen Reichs ist.
- derselbe nicht seinen beständigen Aufenthalt im Gutsbezirke oder in dessen unmittelbarer Nähe hat oder
- 4) wegen Krankheit oder aus anderen in seiner Person liegenden Gründen ansser Stande ist, die Pflichten eines Gutsvorstehers zu erfüllen. a)

Auf den Antrag des Gutsbesitzers kann ein Stellvertreter für den ernannten Gutsvorsteher bestellt werden, welcher in Fällen der Behinderung des letzteren die Gutsvorstehergeschäfte wahrzunehmen hat. b)

Für die von dem Hauptgute entfernt belegenen Theile eines selbstständigen Gutsbezirkes kann von dem Kreisausschusse die Bestellung besonderer Stellvertreter angeordnet werden, sofern dies für eine ordnungsmässige örtliche Verwaltung erforderlich ist.

a) Musbehnung gegen früher.

b) Alfo in allen Fallen, nicht beschräntt auf bie Falle ber Rr. 1 bis 4.

§. 33.

Der Sutsbesitzer, beziehungsweise ber Stellvertreter, wird in seiner Gigenschaft als Gutsvorsteher von dem Landrathe bestätigt. Die Bestätigung kann unter Busstimmung des Kreisausschuffes versagt werden.

Der Gutsvorsteher wird vor seinem Amtsantritte von dem Landrathe oder in dessen Austrage von dem Amtsvorsteher vereidigt.²)

1) Befdwerbe an ben Begirtsausichuß ift gulaffig.

2) Begen ber Bereibigung fiehe bie Anmertungen gu § 27.

Erfett burch § 125 b. BBD., welcher lautet:

Der Gutsbesitzer, sowie dessen Stellvertreter werden in der Eigenschaft als Gutsvorsteher von dem Landrathe bestätigt. Die Bestätigung kann nur unter Zustimmung des Kreisausschusses versagt werden.

Der Gutsvorsteher wird vor seinem Amtsantritte von dem Landrathe oder in dessen Auftrage von dem Amtsvorsteher (Distriktskommissarius) vereidigt.

§. 34.

Unterläßt ber Besitzer bes Guts in ben im §. 32 angegebenen Fällen ober wenn ihm die Bestätigung als Gutsvorsteher versagt worden ist, die Bestellung eines Stellvertreters, oder bessindet er sich im Konkurse, oder bessindet er sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte, so stellvertreters aufschussen Landrathe unter Justimmung des Kreissausschusses die Ernennung des Stellvertreters auf Kosten des Besitzers zu.

Auch hiergegen finbet Befchwerbe an ben Bezirkausichuß ftatt. (Cirk. b. 26. März 1881, MBI. S. 69.)

Also nur in dem Falle der Ernennung durch den Landrath hat der Bestiger die Kosten zu tragen, sonst ist die Festsetung der Entschädigung Privatsache der Betheiligten. (Urth. d. OBG. v. 23. April 1881, Entsch. Bb. VII S. 186.)

Erfest burch § 126 LGD., welcher lautet:

Unterlässt der Besitzer des Gutes in den im §. 124 angegebenen Fällen oder wenn ihm die Bestätigung als Gutsvorsteher versagt worden ist, die Bestellung eines Stellvertreters, oder befindet er sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte, oder ist er in Konkurs verfallen, so steht dem Landrathe unter Zustimmung des Kreisausschusses die Ernennung des Stellvertreters auf Kosten des Besitzers zu.

§. 34 a.

Der Kreisausschuß beschließt auf Antrag der Bestheiligten über die Festsetzung der Dienstunkostenentschädigung der Gemeindevorsteher, der baaren Auslagen der Schöffen, der Remuneration stellvertretender Gutssvorsteher (§§. 28 und 34), sowie über die Festsetzung

ber Befolbungen und Remunerationen anderer Gemeindes beamten. 1)

Erfest burch §§ 87 unb 127 ber BBD., welche lauten:

§. 87. Ueber die Festsetzung der baaren Auslagen und der Entschädigung der Gemeindevorsteher und der kommissarischen Gemeindevorsteher, sowie über die baaren Auslagen der Schöffen beschliesst der Kreisausschuss auf Antrag der Betheiligten.

§ 127. Ueber die Festsetzung der dem stellvertretenden Gutsvorsteher in den Fällen des § 126 zu gewährenden Vergütung beschliesst der Kreisausschuss.

(Hannover.)

Dritter Abidnitt.

Hon dem Gemeindevorfteher und dem Gutgvorfteher. Beftätigung ber Gemeinbevorfteher.

§. 31.

Die gemählten Gemeinbevorsteher und Beigeordneten beburfen ber Bestätigung burch ben Sandrath.

Die Bestätigung kann unter Zustimmung bes Kreisausschuffes versagt werben.

Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath unter Zustimmung des Kreissausschusses einen Stellvertreter auf so lange, die eine erneuerte Wahl die Bestätigung erlangt hat.

Daffelbe findet statt, wenn keine Bahl zu Stande

§. 32.

Die Bestimmungen bes §. 31 finden auch auf Ansgestellte und Diener ber Gemeinde (§§. 23 und 24 bes

Sannoverschen Gesetzes vom 28. April 1859, betreffend bie Landgemeinden — Hannoversche Gesetze amml. S. 393) Anwendung, deren Wahl nach Maßgabe des Gesetzes der Bestätigung bedarf.

§. 33.

Wegen der Verpflichtung zur Uebernahme, sowie wegen der Gründe für die Ablehnung des Amtes eines Gemeindes vorsiehers oder Beigeordneten finden die Vorschriften der Absahe 1 dis 4 des §. 8 mit der Waßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Kreistages (Absah 2 Ziffer 5 a. a. O.) die Gemeindevertretung und, wo eine solche nicht besteht, die Gemeindeversammlung tritt.

Wer sich ohne einen ber im §. 8 Absat 2 bezeichneten Entschuldigungsgründe weigert, das Amt eines Gemeindevorstehers oder Beigeordneten zu übernehmen oder das übernommene Amt drei Zahre hindurch zu versehen, sowie derzeinige, welcher sich der Berwaltung solcher Aemter thatsächlich entzieht, kann durch Beschluß der Gemeindevertretung und, wo eine solche nicht besteht, des Gemeindevorstandes für einen Zeitraum von drei dis sechs Zahren der Ausübung seines Rechtes auf Abeilnahme an der Bertretung und Berwaltung der Gemeinde für verlustig erklärt und um ein Achtel dis ein Biertel stärker als die übrigen Gemeindeangehörigen zu den Gemeindeadgaben herangezogen werden.

Gegen den Beschluß der Gemeindevertretung beziehungsweise des Gemeindevorstandes findet innerhalb 2 Wochen die Klage bei dem Kreisausschuffe statt.

cfr. Anm. gu § 25 b. RrD. für bie Ofiprobingen.

Rechte und Pflichten bes Gemeinbevorftehers.

§. 34.

Der Gemeinbevorsteher ist die Obrigkeit des Gemeindes bezirks und das Organ des Landraths für die Polizeiverwaltung.

Der Semeinbevorsteher hat vermöge bessen das Recht und die Pflicht, da, wo die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein sosortiges polizeiliches Einschreiten nothwendig macht, das dazu Ersorderliche vorläufig anzuordnen und aussühren zu lassen.

In ben zu ben Landgemeinden im Sinne ber Gemeinbegesetz gehörenden Städten und Fleden hat der Gemeindevorstand die Rechte und Pflichten des Gemeindes vorstehers wahrzunehmen.

§. 35.

Der Gemeindevorsteher hat insbesondere das Recht und die Pflicht:

- 1) ber vorläufigen Festnahme und Verwahrung einer Person nach ben Vorschriften bes §. 127 ber Strafprozehorbnung für das Deutsche Reich vom 1. Februar 1877 (Reichs-Gesehl. S. 253) und bes fortan auch in der Provinz Hannover in Kraft tretenden §. 6 bes Gesehs zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 (Gesselssamml. S. 45);
- 2) bie unter Polizeiauffict ftehenben Personen zu beauffictigen;

- 3) bie ihm vom Landrathe beziehungsweise dem Hülfsbeamten, der Staats oder Amtsanwaltschaft aufgetragenen polizeilichen Wahregeln auszuführen und Verhandlungen aufzunehmen;
- 4) die vorgeschriebenen Meldungen neu anziehender Bersonen entgegenzunehmen.

Auch sind von dem Gemeindevorsteher — sosern nicht die Ortspolizeiverwaltung im Gemeindebezirke einer für eine Stadt bestehenden Ortspolizeibehörde übertragen ist — wahrzunehmen die Rechte und Pslichten der Ortspolizeibehörde:

- 5) rücksichtlich ber gutachtlichen Anhörung über bie Gesuche um Erlaubniß zum Betriebe ber Gasts wirthschaft, ber Schankwirthschaft, bes Aleinhanbels mit Branntwein ober Spiritus (§. 33 ber Reichse gewerbeorbnung vom 21. Juni 1869; §. 114 bes Gesets vom 1. August 1883 über die Juständigsteit ber Verwaltungss und Verwaltungsgerichtssbehörben);
- 6) hinsichtlich Erhebung ber Klage auf Untersagung bes Betriebes ber in ben §§. 33a, 35, 37, 42b, 53 Absatz 3 und 59a ber Reichsgewerbeordnung bezeichneten Gewerbe (§. 119b bes Gesetzes vom 1. August 1883; §. 4a, c, d und e ber Bersordnung vom 31. Dezember 1883 zur Ausstührung bes Reichsgesetzes vom 1. Zuli 1883, betreffend Abänderungen der Reichsgewerbeordnung Gessetzesamml. 1884, S. 7);

- 7) hinsichtlich Erhebung ber Klage auf Zurücknahme ber in ben §§. 33, 33 a, 34, 42 b Absat 1 ber Reichsgewerbeorbnung bezeichneten gewerblichen Konzesstonen (§§. 119 Kr. 2 bes Gesetzes vom 1. August 1883; §. 4 a und b ber Berorbnung vom 31. Dezember 1883);
- 8) rücklich ber Ersatgelbansprüche und der Pfändung von Thieren (§§. 69 bis 88 bes Feld: und Forst: polizeigesetes vom 1. April 1880 — Gesets-Samml. S. 230).

Diese Paragraphen entsprechen ben bezüglichen Borschriften der §§ 29 und 30 b. RtD. f. b. Oftprod. Einer allgemeinen Erweiterung ber ortspolizeilichen Juftändigfeit der Gemeindevorsteher steht indessen iner Berschiedensteit des Bildungsgrades jener Beamten ein schwerwiegendes Bedenken entgegen, und es ist deshalb in der gedachten Beziehung eine gesehliche Bestimmung zunächst nur unter Nr. 5, 6, 7 hinschlich einiger gewerbepolizeilichen Angelegenheiten in Aussicht genommen, in welchen der Kreisausschuß in erster Instanz zu beschlieben und zu entschelben hat und eine vorberige gutachtliche Anhörung der Ortspolizeiben hat und eine vorberige gutachtliche Anhörung der Ortspolizeibehörbe (§ 33 RGO.) vorgeschrieben oder das Berschren von einem Antrage der Ortspolizeibehörbe (§\$ 35, 37, 53 RGO.) § 119 b. BG.) abhängig ist. In Fällen dieser Arts würde der Bandrath als Borstzender des Kreisausschusses als Ortspolizeibehörbe nicht fungtren können.

Auch die rudfichtlich der Erfatgelbanfpruche und der Pfandung von Thieren durch das Feld- und Forstpolizeigeset den Ortspolizeibehörben übertragenen Befugnisse find auf den Gemeindevorsteher auszubehnen, da die Ragen gegen betreffende ortspolizeiliche Berfügungen nach gesehlicher Borschift beim Kreisausschusse zu erbeben find.

Soweit bem Gemeinbevorsteher nicht als Organ, sonbern an Stelle bes Lanbraths Buftanbigfeiten ber Orispolizeiberwaltung übertragen werben, bestimmen fich bie Rechtsmittel gegen bezilgliche

polizeiliche Berfügungen ber Gemeindeborfteber nach ben Borschriften unter a in §§ 127 und 128 bes Gesets über die allgemeine Landesberwaltung. (Begr. S. 71.)

Gnisvorfteher.

§. 36.

Für ben Bereich eines selbstiständigen Gutsbezirkes ist der Besitzer des Gutes zu den Pflichten und Leistungen verbunden, welche den Gemeinden für den Bereich ihres Gemeindebezirkes im öffentlichen Interesse gesetzlich obliegen.

Derselbe hat insbesondere die in den §§. 34 und 35 aufgeführten obrigkeitlichen Besugnisse und Pflichten entsweder in Person oder durch einen von ihm zu bestellenden, zur Uebernahme des Amtes besähigten Stellvertreter auszulben. Der letztere muß seinen beständigen Aufenthalt im Gutsbezirke oder in dessen unmittelbarer Rähe haben.

Es können jedoch seitens des Besigers des Gutes sämmtliche oder einzelne Gutsvorstehergeschäfte an den Borsteher einer benachbarten Gemeinde unter Beider Zuftimmung gegen eine angemessen Entschädigung überstragen werden.

Shefrauen, sowohl groß: wie minberjährige, werben rücksichtlich ber angeführten Rechte und Pflichten burch ihren Sehemann, Kinder unter väterlicher Gewalt durch ihren Bater, bevormundete Personen durch ihren Bormund oder Pfleger vertreten.

Unter "Gutsbezirken" find bie in bem Sannoverichen Gemeindeverfaffungsgefete als felbstftänbige bom Gemeindeberbande ausgenommene Befitzungen bezeichneten Kommunalbezirke zu versteben.

§. 37.

Die Beftellung eines Stellvertreters muß erfolgen, wenn:

- 1) bas Gut einer juriftischen Person, einer Attiengesellschaft ober einer Kommanditgesellschaft auf Altien gehört, oder wenn mehrere Mitbesitzer sich nicht barüber einigen, wer von ihnen die Geschäfte bes Gutsvorstehers wahrnehmen soll;
- 2) ber Gutabefiger tein Angehöriger bes Deutschen Reiches ift:
- 3) berselbe nicht seinen beständigen Aufenthalt im Gutsbezirke ober in bessen unmittelbarer Rabe hat.

ober

4) wegen Krankheit ober aus anderen in seiner Person liegenden Gründen außer Stande ist, die Pflichten eines Gutsvorstehers zu erfüllen.

In ben porftehend unter 1 bis 4 bezeichneten Fällen tann auf ben Antrag bes Gutsbestigers auch ein Stells vertreter für ben ernannten Gutsvorsteher bestellt werben, welcher in Fällen ber Behinderung bes letzteren die Gutssporschehergeschäfte wahrzunehmen hat.

Für die von dem Hauptgute entfernt belegenen Theile eines felbftftändigen Gutsbezirkes tann von dem Areisausschuffe die Bestellung besonderer Stellvertreter angesordnet werden, sofern dies für eine ordnungsmäßige örtsliche Berwaltung erforderlich ift.

§. 38.

Der Gutsbesitzer beziehungsweise ber Stellvertreter wird in seiner Gigenschaft als Gutsvorsteher von bem

Lanbrathe beftätigt. Die Beftätigung fann unter Busftimmung bes Kreisausschuffes versagt werben.

Der Gutsvorsteher wird vor seinem Amtsantritte von bem Landrathe vereidigt.

§. 39.

Unterläßt ber Besitzer bes Gutes in ben im §. 37 angegebenen Fällen ober wenn ihm bie Bestätigung als Gutsvorsteher versagt worden ist, die Bestellung eines Stellvertreters, ober befindet er sich im Ronturse, ober befindet er sich nicht im Besitze ber bürgerlichen Ehrenrechte, so sieht bem Landrathe unter Justimmung des Kreisausschusses die Ernennung des Stellvertreters auf Rosten des Besitzers zu.

Der Kreisausschuß beschließt, auf Antrag ber Bestheiligten, über die Remuneration stellvertretender Guts-vorsteher.

(Seffen = Raffan.)

Dritter Abidnitt.

Non der Ortspolizeivermaltung.

§. 27.

Mit der Berwaltung der Ortspolizei, soweit dieselbe nicht auf Grund bestehender Gesetze in einzelnen Gesmeinden und Bezirken einer besonderen Staatsbehörde, oder einem besonderen Staatsbeamten übertragen ist, oder in der Folge übertragen werden sollte, bleiben die Bürgermeister, beziehungsweise deren gesetzliche Stellvertreter, beaustragt. In der Stadt Orb tritt für die Bers

waltung ber Ortspolizeigeschäfte an die Stelle des Magistrats der Bürgermeister. Dan den auf Grund des $\S.$ 8 Absatz 1 der Gemeindeordnung für die Städte und die Landgemeinden des vormaligen Kurfürstenthums Heffen vom 23. Oktober 1834 (Kurhessische Gesetz-Samml. von 1834 S. 181) gebildeten Bürgermeisterbezirken wird die Ortspolizei von dem mit der Berwaltung des Bürgers meisterbezirkes betrauten Bürgermeister geführt.

- 1) Die Orispolizeiverwaltung fteht ben Burgermeiftern bezw ben Gemeinbeorganen au. Gingelne Sweige find anberen Behörben übertragen. Ge geboren biergu bie Ertheilung ber Genehmigung su Reubauten und Bauberanberungen, melde in beiben Regierungsbegirten ben Sanbrathen begm. ben Umtmannern augewiefen ift, ferner bie Brufung ber Mobiliarberficherungsbertrage, welche in Rurbeffifchen Lanbestheilen ben Sanbrathen obliegt, und enblich bie Ertheilung ber Genehmigung bon Tangluftbarteiten, bie im Regierungsbezirte Raffel mit Musnahme ber Baberifchen Theile unb im Rreife Biebentopf von Seiten ber Sanbrathe und begw. bes Amtmanne gu Bobl gu erfolgen bat. Da inbeffen im Regierungs. begirte Raffel bie Rreis- und Umtsbehörben ermächtigt finb. ihrerfeits bie Genehmigung gur Erlaubnig bon Tangluftbarteiten für bie nicht geichloffene Reit ben Ortsborftanben gur Erlebigung qu übermeifen. fo find nur bie beiben anderen Befugniffe ben Ortspolizeibehörden entgogen. In Bequa auf bie Befugniffe ber letteren gelten im Uebrigen bie Bestimmungen ber Berorbnung bom 20. September 1867 über bie Boligei-Bermaltung in ben neu erworbenen Sanbestheilen. (86. S. 1529. - Begr. S. 57,)
- 3) Der lette Absat soll die Möglichkeit gewähren, auch in ber Folge von der Befugniß des § 8 der Kurbessischen Gemeinbeordnung Gebrauch zu machen, nämlich bei dem Mangel an geeigneten Kräften für die Führung der Gemeinbeverwaltung eine Bereinigung der betreffenden Gemeinden zu einem gemeinschaftlichen Bürgermeisterbezirke ftatifinden zu lassen. (Begr. S. 58.)

§. 28.

Diejenigen Zweige der örtlichen Polizeiverwaltung, welche bei Erlaß dieses Gesess auf Grund gesetzlicher Borschriften oder von der Aufsichtsbehörde erlassener Berfügungen von anderen Behörden als dem Bürgermeister verwaltet werden, sind fortan, soweit dies nicht schon jetzt der Fall ist, von dem Landrathe wahrzunehmen.

Der Minister bes Innern ift jeboch besugt, bieselben gang ober jum Theil ben Gemeinden zur eigenen Bers waltung zu überweisen.

Die Borschrift im zweiten Absahe ist aus bem Grunde zwedmäßig, um insbesondere auf Grund berselben in geeigneten Fällen einzelnen Prodinzialverwaltungen, namentlich in größeren Orten, die Ertheilung der Baugenehmigungen zurückgewähren zu können. (Bear. S. 55.)

8. 29.

Dem Minister bes Innern sieht die Besugniß zu, im Sinvernehmen mit dem Bezirksausschusse, ländliche Gemeinde- und Gutsbezirke, welche innerhalb der Feldmark einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt belegen sind oder unmittelbar an dieselbe angrenzen, bezüglich der Berwaltung der Polizei nach Anhörung der Betheiligten und des Kreistages mit dem Bezirke der Stadt zu vereinigen, sofern dies im öffentlichen Interesse nothe wendig ist.

In Ermangelung einer Sinigung unter ben Betheiligten wird ber Beitrag ber betreffenden Landgemeinde, bes ziehungsweise bes betreffenden Gutsbezirkes zu ben Kosten

ber ftäbtischen Polizeiverwaltung von dem Bezirksausschusse selftgeset.

Besondere Bestimmungen für den Landfreis Frankfurt a. M.

§. 30.

Der Bezirk ber Königlichen Polizeiverwaltung zu Frankfurt a. M. wird nach Maßgabe ber Berordnung vom 29. Juni 1867 (Gesetzesamml. S. 917) auf sämmbliche Gemeinden bes Landkreises Frankfurt a. M. ausgebehnt.

Der Polizeipräsibent zu Franksurt a. M. ist zugleich Landrath des Landkreises Franksurt a. M. Die Bertretung des Landrathes führt ein vom Minister des Innern ernannter, zum höheren Berwaltungsdienst qualisizirter Beamter.

§. 31.

Bon den Bilrgermeistern (Schultheißen) der zum Lands treise Franksurt a. M. gehörigen Gemeinden sind wahrzunehmen die Rechte und Pflichten der Ortspolizeibehörde:

1) rücksichtlich ber gutachtlichen Anhörung über die Gesuche um Erlaubniß zum Betriebe der Gasts wirthschaft, der Schankwirthschaft, des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus (§. 33 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869, §. 114 des Gesess vom 1. August 1883 über die Juständigsteit der Berwaltungss und Berwaltungsgerichtsbehörben):

- 2) hinsichtlich Erhebung ber Klage auf Untersagung bes Betriebes ber in ben §§. 33a, 35, 37, 42b, 53 Absat 3 und 59a ber Reichsgewerbeordnung bezeichneten Gewerbe, §. 19 Rr. 1 bes Gesetzes vom 1. August 1883, §. 4a, c, d und 0 ber Berordnung vom 31. Dezember 1883 zur Aussührung bes Reichsgesetzes vom 1. Juli 1883, betreffend Absänderungen der Reichsgewerbeordnung (Gesetzemml. 1884 S. 7):
- 3) hinsichtlich Erhebung der Alage auf Zurücknahme der in den §§. 33, 33 a, 34, 42 d Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung bezeichneten gewerblichen Konzessionen (§. 119 Rr. 2 des Gesetzs vom 1. August 1883, §. 4a und b der Berordnung vom 31. Dezember 1883).

Achnliche Bestimmungen wie im § 35 ber Hannoverschen Kr.D.; nur ist die Nr. 8 daselbst weggeblieben, weil die Berwaltung der Feldpolizei in den zum gegenwärtigen Polizeibezirke Franfurt a. M. gehörigen Gemeinden den letzteren neben anderen Zweigen der Ortspolizeiverwaltung bereits auf Grund des § 2 der Berord. 29. Juni 1867 durch Erl. d. Min. d. J. v. 19. Sept. 1867 übertragen worden ist und den hinzusommenden Gemeinden in gleicher Weise zu belassen sein wird. (Begr. S. 60.)

§. 32.

Gegen ortspolizeiliche Berfügungen bes Polizeis Praksibenten finden in dem gesammten Landkreise Frankfurt a. M. die gleichen Rechtsmittel statt, wie in dem Stadtkreise.

Auf ahnlichen Erwägungen beruht bie Bestimmung im § 32, nach welcher in bem gesammten Landreife Frankfurt a. M. gegen

orispolizeiliche Berfügungen bes Polizeipräsibenten bie gleichen Rechtsmittel stattsinden sollen, wie in dem Staditreise. Was die fünftige Bertheilung der Kosten der Ortspolizeiverwaltung betriffi, io sind die Auswendungen für die Zwede der letzeren in den nicht zum Polizeibezirke Frankfurt a. M. gehörig gewesenen Gemeinden disder aus Gemeindemitteln bestritten worden, während den übrigen Ortschaften nach Maßgabe der Berord. b. 29. Juni 1867 nach einem von dem Minister des Innern sestgekulten Theilnahmeverhältniß nur die sächlichen Polizeikosieris wird letzteres Verhältniß auch bie Dusdehnung des Polizeibezirks wird letzteres Verhältniß auch für die demselben hinzutretenden Gemeinden Platz greifen. (Wegr. S. 60.)

§. 33.

Die Bestimmungen in den §§. 24 und 25 finden auf den Landfreis Frankfurt a. M. keine Anwendung.

Mit Rüdsicht auf die Bereinigung des Amtes des Landrathes mit dem des Polizehräfibenten für den Landbreis mußten die §§ 24. 25 wegen des Borschlagsrechtes des Breistages del der Besehung des Landrathsamtes und der Bestellung von Kreisdeputirten außer Kraft geset werden. (Begr. S. 60.)

Bierter Abichnitt.

Non dem Bürgermeifter in den Landgemeinden und dem Gutsvorsteher.

Beftätigung ber Bürgermeifter.

§. 34.

Die gewählten Burgermeifter (Schultheißen, Gemeindes vorsteher) und Beigeordneten (Abjunkten, Stellvertreter, Bigeburgermeister), sowie die Gemeindes und Stiftungspfleger in den vormals Bayerischen Gebietstheilen bes bürsen ber Bestätigung durch den Landrath. Die Bes

ficktigung kann von dem Landrathe unter Justimmung des Kreisausschusses versagt werden. Lehnt der Kreissausschuß die Zustimmung ab, so kann dieselbe auf den Antrag des Landraths durch den Regierungs-Präsidenten ergänzt werden. Wird die Bestätigung von dem Landsrath unter Justimmung des Kreisausschusses versagt, so steht binnen zwei Wochen dem Wahlkörper die Beschwerde an den Regierungs-Präsidenten zu, bei dessen Bescheibt.

Ist die Bestätigung versagt worden, so ist eine Reuwähl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath einen Stellvertreter in der Regel aus der Jahl der Gemeindebürger 2) auf so lange, bis eine erneuerte Wahl die Bestätigung erlangt hat.

Daffelbe findet ftatt, wenn teine Bahl zu Stande kommt.

Soweit in ben Gemeinbeversaffungsgesetzen eine Ernennung ber Bürgermeister und Beigeordneten vorgessehen ist (Großherzoglich Hesselfisches Gesetz, betreffend die Bildung des Ortsvorstandes und die Wahl des Gemeinderaths vom 8. Januar 1852, Großherzoglich Hesselfisches Regierungsblatt S 33 — Artitel 2 und 6; Hesselfisches Regierungsblatt S 33 — Artitel 2 und 6; Hesselfisches wesenst vom 6. Dezember 1852, Landgräslich Hesselfisches Regierungsblatt vom 12. Dezember 1852 Nr. 17 — Artitel 1; Gemeindes Ordnung auf den Landdorsschaften der Stadt Frankfurt a. M. vom 12. August 1824; Geset und Statutensammlung der Freien Stadt Frankfurt

ſ

1

Band III S. 263 — Artikel 4 und 14), steht bieselbe in ben Landgemeinden fortan dem Landrathe zu.

1) In Bezug auf die Bestellung ber Burgermeister und ihrer Stellbertreter gelten in ber Probing Deffen-Raffau verschiedenartige Bettimmungen.

Während dieselben in dem Geltungsbereiche der Kurhessischen, Rasiauischen und der Baberischen Gemeindeordnung gewählt werden, sindet in den vormals Großbergoglich Jestsichen Gemeinden, den Gemeinden bes früher Landgrässich Desslichen Amtes Homburg und den früher zu Franksurt a. M. gehörigen Landgemeinden eine Ernennung der Bürgermeister bezw. Schultheißen theils ohne jede Ginschäufung, theils aus einem bestimmten Personenkreise, in den Großherzoglich Desslich Gemeinden aus dem Gemeinderathe, in den Franksurter Landgemeinden aus drei von der Gemeinde gewählten Personen statt. Die Ernennung erfolgt durch die Regierung, mit Aussichluß jedoch der Bürgermeister im Amte Honburg, welche Landesberrlich ernannt werden.

ofr. Art. 2 und 6 bes Großberzoglich Deffischen Gesets, betreffend bie Bildung bes Ortsvorkanbes und die Wahl des Gemeinbevorstandes v. 8. Jan. 1852, Art. 1 bes Landgräftich Dessischen Geses, betreffend die Einrichtung des Gemeindewesens v. 30. Nov. 1852 und Art. 4 und 14 ber GO. auf den Landborfschaften der Stadt Frankfurt a. M. v. 12. August 1824.

Die gewählten Bürgermeister werben im Gestungsbereiche ber Kurhefsischen Gemeinbeordnung v. 25. Okt. 1834 gemäß § 50, soweit es sich um Landgemeinden handelt, von dem Landrathe befätigt, mit der Maßgabe sedoch, daß nach §. 51 a. a. D. bezw. nach § 2 des Kurhessischen Gesess v. 15. Mai 1863, eine Wahl auf Lebenszeit nur mit sandesperrlicher Genehmigung geschehen kann. Der Beigeordnete — Bizebürgermeister genannt — ist nach § 62 von dem Ortsvorstande, d. i. dem Bürgermeister, aus dem Gemeinderathe zu wählen, sedoch ist diese Wahl gleichfalls an die Zustimmung der Aussichtsbered gebunden. In dem Gebiete der LED. v. 26. April 1864 ist durch die PrNovelle v. 26. April 1869 bestimmt, daß in Gemeinden mit über 10000 Einvohnern der gewählte Bürgermeister

vom Könige, in Gemeinden von 1500 bis 10000 Einwohnern von der Bezirksregierung und in Gemeinden von weniger als 1500 Sinwohnern von dem Landrathe zu bestätigen ist. Dasselbe gilt von dem zweiten Bürgermeister (Bürgermeisteradjunkt) oder, sofern ein solcher nicht bestellt ist, von dem durch den Gemeinderath aus der Zahl seiner Mitglieder zu erwählenden Stellvertreter. Nach dem revidirten Baherischen Gemeinde-Edikt vom 17. Mai 1818 endlich sin den Laudsgemeinden sowohl der Gemeindevorseher, wie auch der Gemeindepsteger und der Sistungspsseger von dem Landsowerguisherrlichen Gerichte, jest dem Landrath, zu bestätigen.

Die Beftimmungen in bem Gefete 6 34 bezweden, bie Beftatigung ber gemählten Burgermeifter und Beigeordneten in ben Gemeinben, welche entweber icon jest rechtlich als Landgemeinden gelten, ober in ber Rolge, im Unterschiebe von ben im 6 22 bes Entwurfes ju Stabtgemeinben au erflarenben Bemeinben, als folde gu betrachten finb, gleichmäßig zu orbnen und biefelbe bem Sandraihe gu übertragen, mabrend nach Analogie ber in ben übrigen Lanbestheilen geltenben Borfdriften in ben au Stabten au ertlarenben Gemeinben bie bisberige lanbesberrliche Ernennung auf Stabte bon mehr als 10 000 Ginwohnern beidrantt, bie Ernennung in ben übrigen Stäbten bagegen bem Regierungs-Brafibenten gufallen foll. 216gesehen bon bem letteren Buntte wird burch biefe Boridrift ber jesige Ruftand eine Menberung nur babin erfahren, baf einerseits in bem Gebiete bes bormaligen Bergogthums Raffau bie Bestätigung ber gemahlten Bürgermeifter und ihrer Stellvertreter auch in benjenigen Gemeinben mit über 1 500 Seelen, welche nicht zu Stabtgemeinden erklärt werben, in ber Rolge bem Banbrathe aufteben wirb und bag anbererfeits bie Ernennung ber Burgermeifter und Beigeordneten anftatt burd bie Regierung bezw. burd ben Ronig in ben Landgemeinden burch ben Landrath erfolgt. Die borermahnte Bestimmung bes § 51 ber Rurheffischen BD. b. 23. Oft. 1834 wirb hierburd nicht berührt. (Begr. C. 61.)

3) Der Bufat "in ber Regel aus ber Bahl ber Gemeinbeburger", bezwedt nur als Pringip hinguftellen, bag in erfter Linie auf bie Gemeinbeglieber bei ber Ernennung ber Siellvertreter gurudgegriffen werben foll und will verhindern, daß fremben Berfonen ohne Beiteres bie Stellvertretung übertragen wirb.

§. 35.

Die Bestimmungen bes §. 34 finden auch auf Gemeinbebeamte Anwendung, deren Wahl nach Maßgabe ber Gemeindeversaffungsgesetze ber Bestätigung bedarf.

Die Beftimmungen bes § 34 sollen auch auf die von den Landgemeinden anzustellenben Beamten, sofern diefelben gewählt werden, Anwendung sinden. Daß hierzu die Bolizeibeauten, die Forsischubbeamten und die Felbhüter nicht zu rechnen, ergiebt sich aus den für diese Kategorien von Beamten bestehenden besonderen gesetzichen Borschiften.

Bu bemerken ift noch, bag soweit nach einzelnen Gemeinbeberfassungsgeseigen eine Beftätigung von Mitgliebern ber Gemeinbebertretung stattsanb, solche sich übrigens, abgesehen von ben Baberischen sogenannten Gemeinbebevollmachtigten, nur auf eine formelle Prüfung ber Babloerhanblungen erstreckt.

ofr. Art. 34 bes Großberzoglich Deffischen Gesets betreffend bie Bilbung bes Ortsvorstandes und die Wahl des Gemeinderathes v. 8. Januar 1852, Art 29 d. GO. auf den Landdorsschäften der Stadt Frankfurt a. M. v. 12. Aug. 1824 und § 96 des Bayerischen revidirten Gemeinde-Cbikts v. 17. Mai 1818 vo diese Bestätigung durch §§ 27 und 28 des JusiG. beseitigt ist. (Begr. S. 62.)

§. 36.

Wegen ber Berpflichtung zur Uebernahme, sowie wegen ber Gründe für die Ablehnung des Amtes eines Bürgermeisters oder Beigeordneten, sowie eines Gemeindes oder Stiftungspflegers sinden die Borschriften der Absate 1 bis 4 des §. 8 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Kreistages (Absat 2 Ziffer 5 a. a. D.) die Ges meinbevertretung und, wo eine solche nicht besteht, bie Gemeinbeversammlung tritt.

Ber sich ohne einen ber im §. 8 Absatz 2 bezeichneten Entschuldigungsgründe weigert, das Amt eines Bürgermeisters oder Beigeordneten, sowie eines Gemeindeund Stiftungspflegers zu übernehmen, oder das übernommene Amt drei Jahre hindurch zu versehen, sowie derjenige, welcher sich der Berwaltung solcher Aemter thatsächlich entzieht, kann durch Beschluß der Gemeindevertretung und, wo eine solche nicht besteht, des Gemeindevorstandes für einen Zeitraum von drei die sechs Jahren der Ausübung seines Rechtes auf Theilnahme an der Bertretung und Berwaltung der Gemeinde für verslustig erkärt und um ein Achtel dis ein Biertel stärter, als die übrigen Gemeindeangehörigen, zu den Gemeindeadgaben herangezogen werden.

Gegen ben Beschluß ber Gemeinbevertretung beziehungsweise bes Gemeinbevorstandes findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreisausschusse statt.

Als Gemeinbevorstand beziehungsweise Semeinbevertretung gelten die im §. 38 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Berwaltungs- und Berwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetz-Samml. S. 237) als solche bezeichneten Gemeindeorgane.

Gutsvorfteher.

§. 37.

Für ben Bereich eines selbstiftanbigen Gutsbezirkes ift ber Besitzer bes Gutes zu ben Pflichten und Leistungen

verbunden, welche ben Gemeinden für ben Bereich ihres Gemeindebegirtes im öffentlichen Intereffe gesetlich obliegen.

Derselbe hat die ihm zustehenden Besugnisse und obsliegenden Pflichten entweder in Person oder durch einen von ihm zu bestellenden, zur Uebernahme des Amtes des fähigten Stellvertreter auszuüben. Der letztere muß seinen beständigen Ausenthalt im Gutsbezirke oder in bessen unmittelbarer Rähe haben.

Es können jeboch feitens bes Besitzers bes Gutes sämmtliche ober einzelne Gutsvorstehergeschäfte an ben Borsteher einer benachbarten Gemeinde unter Beiber Zustimmung mit Genehmigung bes Landrathes gegen eine angemessene Enischäbigung übertragen werden.

Chefrauen, sowohl groß- wie minberjährige, werben rücksichtlich ber angeführten Rechte unb Pflichten burch ihren Shemann, Kinber unter väterlicher Gewalt burch ihren Bater, bevormundete Perfonen burch ihren Bormund ober Pfleger vertreten.

§. 38.

Die Beftellung eines Stellvertreters muß erfolgen, wenn:

- 1) bas Gut einer juristischen Person, einer Altiengesellschaft ober einer Kommanditgesellschaft auf Aktien gehört, ober wenn mehrere Mitbesitzer sich nicht darüber einigen, wer von ihnen die Geschäfte bes Gutsvorsiehers wahrnehmen soll;
- 2) ber Gutsbefiger tein Angehöriger bes Deutschen Reiches ift:

3) berselbe nicht seinen beständigen Aufenthalt im Gutsbezirke oder in bessen unmittelbarer Rabe hat,

ober

4) wegen Krankheit ober aus anderen in seiner Person liegenden Gründen außer Stande ist, die Pflichten eines Gutsvorstehers zu erfüllen.

In ben vorstehend unter 1 bis 4 bezeichneten Fällen kann auf ben Antrag bes Gutsbestigers auch ein Stells vertreter für ben ernannten Gutsvorsteher bestellt werben, welcher in Fällen ber Behinderung des letzteren die Gutsvorstehergeschäfte wahrzunehmen hat.

Für die von dem Hauptgute entfernt belegenen Theile eines selbstständigen Gutsbezirkes kann von dem Areisausschuffe die Bestellung besonderer Stellvertreter angeordnet werden, sosen dies für eine ordnungsmäßige örtliche Berwaltung erforderlich ist.

Ist ein ernannter Gutsvorsteher an ber Handhabung ber Polizei, insbesonbere in Kurhessen ber Wegepolizei, burch persönliche Betheiligung verhindert, so ist der vorgesetzte Landrath — von Fällen besonderer Dringlichseit abgesehen — nicht berechtigt, die Berwaltung der Polizei an sich zu ziehen, vielneher hat er die Bestellung eines Stellvertreters des verhinderten Gutsvorstehers herbeiguschiren. (Urth. d. DBG. v. 8. Juli 1892, Entsch. Bd. XXIII S. 210.)

&. 39.

Der Gutsbesitzer beziehungsweise ber Stellvertreter wird in seiner Sigenschaft als Gutsvorsteher von dem Landrathe bestätigt. Die Bestätigung kann unter Justimmung des Kreisausschusses versagt werden. Lehnt der Kreisausschuß die Justimmung ab, so kann dieselbe

auf ben Antrag bes Lanbraths burch ben Regierungspräsibenten ergänzt werben. Wird die Bestätigung von bem Lanbrath unter Zustimmung bes Kreisausschusses versagt, so steht dem Gutsbesitzer binnen zwei Wochen die Beschwerde an den Regierungs-Präsidenten zu, bei bessen Beschiebe es verbleibt.

Der Gutsvorsteher wird vor seinem Amtsantritte von bem Landrathe vereidigt.

§. 40.

Unterläßt ber Besitzer bes Gutes in den im §. 38 angegebenen Fällen, oder wenn ihm die Bestätigung als Gutsvorsteher versagt worden ist, die Bestellung eines Stellvertreters, oder besindet er sich im Konturse, oder besindet er sich im Konturse, oder besindet er sich im Konturse, oder besindet er sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte, so stellven Landrathe unter Justimmung des Kreisausschusses die Ernennung des Stellvertreters auf Kosten des Besitzers zu.

Der Kreisausschuß beschließt, auf Antrag ber Bestheiligten, über die Remuneration stellvertretender Gutssporsteher.

(Weftfalen.)

3meiter Abidnitt.

Non der Vertretung und Vermaltung der Laudgemeinden, selbstftändigen Gutsbezirke und Amtsbezirke.

§. 23.

Die in §§. 3, 21, 25 ff., 41 und 75 ber Landgemeindes ordnung vom 19. März 1856 erwähnten Borrechte ber Rittergüter (Rittergutsbesitzer) werden aufgehoben.

Die vorhandenen selbstständigen Gutsbezirke bleiben bestehen. Die Bildung selbstständiger Gutsbezirke erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 3 der Landgemeindeordnung, ohne daß die Rittergutseigenschaft ferner in Betracht kommt.

Die Bilbung selbsitftänbiger Gutsbezirke hat in Westsalen nur vereinzelt stattgesunden. Bon den zahlreichen Rittergütern ist nur ein sehr geringer Theil zu selbsitsändigen Gutsbezirken ertlärt worden, während sich die übrigen im Gemeindeverbande besinden. Wenngleich nicht beabsichtigt wird, die Bilbung selbstständiger Gutsbezirke zu fördern, so liegt doch auch zu einer Beseitigung der gegenwärtig bestehenden Gutsbezirke tein Grund vor. Es können aber auch ausnahmsweise Fälle eintreten, wo sowohl im Interesse dutes als der Restgemeinden eine Abtrennung des ersteren und bessen Erhebung zu einem selbsitständigen Gutsbezirke wünschenswerth, ja undermeiblich erscheint. An die Rittergutsgenschaft kann diese Berleihung nicht mehr geknüpft werden. (Wegr. S. 43.)

§. 24.1)

In Aemtern, welche nicht nur aus einer Gemeinde bestehen (§. 75 a. a. D.), wird die Amtsversammlung ges bilbet:

- aus ben Borstehern ber zum Amtsverbande gehörigen Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirke;
- 2) aus gewählten Amisverordneten, von benen aus jeber Gemeinde minbestens Giner von der Gesmeindeversammlung zu mählen ist.

Die Zahl ber aus ben Gemeinden zu wählenden Mitglieder der Amtsversammlung²) und der den Borstehern selbstständiger Gutsbezirke in der Amtsversammlung einzuräumenden Stimmen ift mit besonderer Rücksicht auf die Sinwohnerzahl und Steuerkraft durch das Amtssstatut sestzusezen. Wegen der Berpflichtung, die Stelle eines gewählten Amtsverordneten zu übernehmen und minsbestens drei Jahre lang zu versehen, kommt §. 78 a. a. O.3) zur Anwendung.

- 1) Der Paragraph regelt im hindlick auf die erfolgte Aufhebung der Rittergüter die Zusammensetzung der Amtsversammlungen in der Weise, daß neben den von der Gemeinde zu wählenben Abgeordneten auch die Borsteher der Gemeinde- und selbstkändigen Gutsbegirfe in bieselben berufen werden.
- 2) Das Amt wird in seinen Kommunalangelegenheiten (§ 5) burch die Amtsversammlung gebildet. Diese ist in benjenigen Aemtern, welche aus einer Gemeinde bestehen, von der Gemeindeversammlung nicht verschieben; in den übrigen Aemtern wird sie gebildet:
 - 1) aus ben Borftebern ber gum Amte gehörenben Gemeinben,
- 2) aus ben Besitern ber zu einer Stimme auf bem Rreistage berechtigten Guter, ohne Unterschieb, ob biese Suter für fich bestehenbe, ben Gemeinben gleichgestellte Besitzungen finb, ober im Semeinbeberbanbe fich befinben, unb
- 3) aus gewählten Amtsberordneten, bon benen aus jeder Gemeinbe minbeftens Giner von der Gemeinbebersammlung zu mablen ift. Die näheren Bestimmungen hierüber (Nr. 3) bleiben mit besonberer Rückficht auf die Einwohnerzahl und die Steuerkraft dem Ortsfatut borbehalten.
 - 3) § 78 b. BBD. b. 19. Märg 1856 lautet:

Ein jedes stimmfähige Gemeindemitglied ist verpflichtet, eine unbesoldete Stelle in der Gemeinde-Verwaltung oder Vertretung anzunehmen, sowie eine angenommene Stelle mindestens drei Jahre lang zu versehen.

Zur Ablehnung, oder zur früheren Niederlegung einer solchen Stelle, berechtigen nur folgende Entschuldigungsgründe:

1) anhaltende Krankheit;

 Geschäfte, die eine häufige oder langdauernde Abwesenheit mit sich bringen;

3) ein Alter über 60 Jahre;

 die früher stattgehabte Verwaltung einer unbesoldeten Stelle für die nächsten drei Jahre;

5) die Verwaltung eines anderen öffentlichen Amtes; 6) ärztliche oder wundärztliche Praxis;

 sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen der Gemeinde-Versammlung eine gültige Entschuldigung begründen.

Wer sich ohne einen dieser Entschuldigungsgründe weigert, eine unbesoldete Stelle in der Gemeinde-Verwaltung oder Vertretung anzunehmen, oder die noch nicht drei Jahre lang versehene Stelle ferner zu versehen, sowie derjenige, welcher sich der Verwaltung solcher Stellen thatsächlich entzieht, kann durch Beschluss der Gemeindeversammlung auf 3 bis 6 Jahre der Ausübung des Gemeinderechts verlustig erklärt, und um ein Achtel bis ein Viertel stärker zu den direkten Gemeindeabgaben herangezogen werden. Dieser Beschluss bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

8. 25.

Die Bestätigung der Wahl des Gemeindevorstehers und bessen Stellvertreters (§. 38 a. a. D.) kann von dem Landrathe nur unter Zustimmung des Kreisausschusses versagt werden. Erhält auch die im Falle der Richtbestätigung anzuordnende Reuwahl die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath unter Zustimmung des Kreisausschuffes einen Stellvertreter auf so lange, bis eine erneute Wahl die Bestätigung erlangt hat. Daffelbe findet statt, wenn keine Wahl zu Stande kommt.

Der Gemeindevorsteher und beffen Stellvertreter werden von dem Landrath oder in seinem Auftrage von dem Amtmann vereidigt.

Die Bestimmungen wegen ber Wahl und Bestätigung bes Gemeinbevorstehers finden auch auf anbere Beamte ber Landgemeinde Anwendung, soweit die Ernennung berfelben bisher dem Landrath zustand.

Rach § 38 b. LGD. v. 19. Mars 1856 erfolgt bie Bahl aus ber Bahl ber stimmberechtigten Glieber ber Gemeinbe burch bie Gemeinbeverwaltung auf 6 Jahre. Rach breiführiger Dienstzeit kann ber Borfteber auf 12 Jahre gewählt werben.

§. 26.

Der Sutsbesitzer (beziehungsweise ber Stellvertreter) wird in seiner Eigenschaft als Gutsvorsteher von dem Landrathe bestätigt. Die Bestätigung kann unter Zustimmung des Kreisausschusses versagt werden. Der Gutsvorsteher wird vor seinem Amtsantritte von dem Landrathe vereidigt.

Unterläßt ber Besitzer bes Gutes in ben im letten Sate bes §. 67 a. a. D. angegebenen Fällen!) ober wenn ihm bie Bestätigung als Gutsvorsteher versagt worben ist, die Bestellung eines Stellvertreters, ober befindet er sich im Konturse, ober besindet er sich nicht im Besitze der bürgerlichen Sprenrechte, so steht dem Landrathe unter Justimmung des Areisausschusses die Ernennung des Stellvertreters auf Kosten des Besitzers zu.

Der Kreisausschuß beschließt auf Antrag ber Betheiligten über bie Remuneration stellvertretenber Gutsvorsteher.

Die Bertheilung ber ben selbstständigen Gutsdezirken im öffentlichen Interesse obliegenden Lasten auf den Gutsdesitzer und die übrigen Sinwohner (§. 68 a. a. O.) 2) ersolgt durch ein Statut, welches der Bestätigung des Kreisausschusses nach Maßgabe des §. 31 des Gesetzes über die Juständigkeit der Verwaltungsz und Verwaltungszgerichtsbehörden vom 1. August 1883 bedarf.

- 1) Der Gutsbefiger muß einen Stellvertreter bestellen, wenn er bie gebachten Umtsverrichtungen felbst wahrzunehmen nicht im Stanbe ober geeignet ift.
- 2) Stellvertretungefoften für ben Stellvertreter bes Gutebor-fiebers.

§. 27.

Die Stelle bes Amtmannes ist ein Shrenamt, welches einem angesehenen und vorzugsweise aus den größeren Grundbesitzern auszuwählenden Amtseingesessenen übertragen werden soll. Sin Amtmann mit Besoldung soll nur angestellt werden, wenn ein geeigneter Shrenamtmann nicht zu gewinnen ist. — Den Amtmann ernennt auf Grund der Borschläge des Kreisausschusses, welche dieser nach Anhörung der Amtsversammlung zu machen hat, der Oberpräsident. Falls der Oberpräsident den sämmtlichen Borschlägen des Kreisausschusses steine Folge geden will, so bedarf es hierzu der Justimmung des Provinzialrathes. Lehnt der Provinzialrath die Justimmung ab, so kann dieselbe auf den Antrag des Oberpräsidenten durch den Minister

bes Innern ergänzt werben. Die kommissarische Berwaltung bes Amts wird von bem Oberpräsibenten angeordnet.

Ueber die Fesssehung ber Besoldung beziehungsweise Dienstunkossensticklich der Amtmänner beziehungsweise ber Ehrenamtmänner beschließt der Kreisausschuß nach Anhörung der Amtsversammlung 1) (§. 32 Rr. 4 des Gessetz über die Juständigkeit der Berwaltungs, und Berwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883).

Die nach §. 36 bes letteren Gesets bem Landrathe, in der Beschwerbeinstanz dem Regierungspräsidenten zusstehende Besugniß zur Berhängung von Ordnungsstrasen gegen die Amtmänner wird bezüglich der Ehrenamtmänner dem Kreisausschuß, in der Beschwerdeinstanz dem Bezirksausschuß übertragen.2)

In Betreff ber Beigeordneten finden die wegen Borsichlag und Ernennung der Amtmänner geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.

- 1) Damit foll bem Kreisausschuffe in Westfalen bie gleiche Zuftändigkeit zugelegt werden, wie er sie nach den angegebenen Borschriften für den ganzen Staat und nach § 69 a. a. D. in Betreff ber Amtsborsteher besitzt.
- 3) Was die Disziplinarstellung der Amtmänner andetrifft, so ist bieselbe bereits durch das Zuständigteitsgeset im § 36 geregelt worden. Bezüglich der Espenamtmänner erscheint es angemessen, bieselben den Amtsvorstehern in den öftlichen Provinzen gleichzustellen, welche namentlich einem Ordnungsstrafrecht des Landraths nicht unterworfen sind.
- 3) Hinzugefügt im hinblic auf § 71 Rr. 4 b. LGO. unb § 57 Abf. 1 b. Ard. v. 13. Dez. 1872.

§. 28.

Im Falle der Penfionirung der besoldeten Beamten der Amtsverbände und Landgemeinden kommt bei der Berechnung der Dienstzeit auch die Zeit in Anrechnung, während welcher der zu penfionirende Beamte bei anderen Amtsverbänden oder Landgemeinden der Provinz angesstellt gewesen ist.

Die Amtsverbände und Landgemeinden der Provinz werden zu einem Kaffenverbande vereinigt, welchem es obliegt, den in Auheftand versetzten besoldeten Beamten der Amtsverbände und Landgemeinden die ihnen zustehenden Pensionen zu zahlen.

Die zur Bestreitung ber Pensionszahlungen erforberslichen Beiträge werben von ben Amtsverbänden und Landgemeinden nach Berhältniß bes jeweiligen Betrages bes pensionsberechtigten Diensteinkommens ber Beamten aufgebracht.

Die Penfionskaffe wird durch Organe des Provinzials verbandes unter Aufsicht des Provinzialausschusses verswaltet. Im Uedrigen werden die Verhältnisse der Kasse durch ein nach Anhörung des Provinziallandtags von dem Minister des Innern zu erlassendes Regulativ geordnet.

Die Provinzialvertretung ist ermächtigt, einen Theil ber gemäß §. 1 Rr. 2 bes Gesetzes vom 30. April 1873 (Gesetz-Samml. S. 187) und §. 26 bes Gesetzes vom 8. Juli 1875 (Gesetz-Samml. S. 497) zur Bestreitung ber Kosten ber Amtsverwaltung aus ber Staatskaffe jährlich zur Berfügung gestellten Summe an die Pensionskasse zu überweisen.

Das Gesetz rechnet bei ber Pensionirung ber besolbeten Beamten ber Ortsveröände und Landgemeinden die gesammte in biesen kommunalen Berbänden zugebrachte Dienstzeit zusammten und vereinigt diese Berbände behufs gemeinschaftlicher Ausbringung der Bensonen zu einem Kassenderberdande. Die Borschrift soll dazu bienen, die Pensionsberhältnisse der Beamten zu verbessern, die Pensionskaft der Gemeinden zu erleichtern nnd um in bienstlichem Interesse erwänsche erwänsche geneindrung auch in solchen Hällen zu ermöglichen, in denen sie zur Zeit aus sinanziellen Gründen ausgeschlossen ist. (Bear. E. 47.)

§. 29.

Bezüglich ber Berwaltung ber Angelegenheiten ber Landgemeinben 1) verbleiben bem Amtmann die bemfelben in §§. 28, 31, 37, 43, 46, 48 und 65 der Landgemeindes ordnung vom 19. März 1856 übertragenen besonderen Geschäfte, sowie die Berpsichtung, zur Unterstützung des Gemeindevorsiehers nach Maßgabe des §. 49 a. a. O. mitzuwirken.2)

In Betreff ber allgemeinen Aufsicht über bie Berwaltung³) ber Angelegenheiten ber Landgemeinden und Gutsbezirke (§§. 41, 74 a. a. D.) ift der Amtmann das Organ des Landrathes, als Borsisenden des Kreisaussschuffes (§. 80 a. a. D., §. 24 des Gesetzs über die Juständigkeit der Berwaltungss und Berwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883).

Die Berwaltung der Ortspolizei steht, soweit sie nicht gesetzlich anderen Behörden übertragen ist, dem Amtmann zu, und der Gemeindevorsieher ist dessen Organ (§§. 41, 74 der Landgemeindeordnung vom 18. März 1856).

1) Für bie Lanbgemeinben in Beftfalen tann ortsftatutarifc

neben bem Gemeinbevorstande auch der Amtmann als diejenige Stelle bezeichnet werben, bei welcher die Einsprüche eingereicht werben tönnen. Dagegen ift der Amtmann nicht befugt, an Stelle bes Gemeindevorstehers der Beschlüg auf den Einspruch zu erlassen, so daß ein gleichwohl von demselben erlassener Beschlüß nicht zur Erundlage des Berwaltungsftreitversahrens über die angesochtene Steuerforderung gemacht werden kann. (Urth. d. DBG. Entsch. Sdb. XVII S. 332, b. 14. Rod. 1888, Entsch. Sdb. XVII S. 257.)

- 9) Rach bem Lanbgemeinberecht ber Proving Beftfalen tann nur ber Amtmann, nicht ber Stellvertreter besselben zugleich Gemeinbevorstand sein. (Urth. b. OBG. v. 31. Oft. 1890, Entsch. Bb. XX S. 73.)
- 3) Die Ertheisung ber erforberlichen Genehmigung steht bei kirchlichen Begräbnisplätzen bem Minister ber Geistlichen Angelegenheiten allein zu, bei nicht kirchlichen Begräbnisplätzen ber Ortspolizeibehörde, soweit nicht etwa bie Landespolizeibehörde bei Handhabung bes polizeilichen Schutzes ber Begräbnisprbaung, als eines Kheiles ber äußeren kirchlichen Orbnung, konkurrirt. (Urth. b. OBG. v. 13. Dez. 1890, Bb. XX S. 411.)

(Rheinproving.)

3meiter Abicnitt.

Non dem Gemeindevorsteher und dem Bürgermeister in den Landbürgermeistereien, sowie von den Beamten der Gemeinden und Landbürgermeistereien.

§. 231).

Bahl ber Gemeinbevorsteher und beren Stell-

Der Gemeinbevorsteher und bessen Stellvertreter (Beistanb), sowie die Bezirks:, Dors ober Bauerschaftsvorsteher werden von dem Gemeinderathe aus der Zahl der zur Ausübung bes Stimmrechtes befähigten Gemeinbes mitglieber auf die Dauer von sechs Jahren burch abfolute Stimmenmehrheit gewählt.2)

Die Bahlen erfolgen nach näherer Borschrift bes biesem Gesetse beigefügten Bablreglements.

Die Gemählten beburfen ber Beftätigung burch ben Lanbrath.

Bor ber Bestätigung ift ber Bürgermeister mit seinem Gutachten au hören.

Die Beftätigung tann unter Justimmung bes Rreisausschuffes verfagt werben.3)

Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Reuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath auf den Borschlag des Bürgermeisters unter Zustimmung des Kreisausschusses einen Stellvertreter auf so lange, die eine erneute Wahl die Bestätigung erlangt hat. Dasselbe sindet statt, wenn teine Wahl zu Stande kommt.

In benjenigen Gemeinben, welche für sich allein eine Lanbbürgermeisterei bilben, ist ber Bürgermeister zugleich Gemeinbevorsteher. 1) Der §. 74 ber Gemeinbevordnung vom 23. Juli 1845 wird aufgehoben.

1) Die Wirksamkeit der rheinischen Bürgermeister unterscheibet sich nicht unwesentlich von bersenigen des Amtmanns insofern, als der erstere der eigentliche Aräger der Kommunalberwaltung in den zur Bürgermeisterei gehörigen Gemeinden ist und die Borsteher derselben nur als seine Gehülsen dei der Besorgung der kommunalen Angelegenheiten erscheinen. Reben diesen kommunalen Funktionen liegt aber dem Bürgermeister nicht nur die gesammte Ortspolizieberwaltung ob, sondern es ist ihm auch in der Gemeindeordnung die Erlebigung aller in Landesangelegenheiten vorkommen-

ben Geschäfte, soweit hierzu nicht besondere Behörden bestellt find, ausbridlich übertragen, insbesondere soll er noch eben so berechtigt wie berpflichtet sein, darauf ju seben, daß überall die bestehenden Landesgesetze und Berordnungen gehörig beobachtet werden. (Begr. S. 47.)

- ⁹⁾ Die Bahl ber Gemeinbevorsteher und ihrer Stellvertreter ober Beisände, sowie ber Bezirks. Dorf- und Bauerschaftsvorsteher wird fortan ber Bertretung ber Gemeinde, bem Gemeinde, zugewiesen, während zugleich die passiber Bahlberechtigung, welche disher an die Mitgliedschaft des Gemeinderaths gedunden war, auf sämmtliche zur Ausübung des Gemeinderachts befähigten Gemeindeglieder ausgedehnt werden soll. Selbstredend wird hierdurch die Borschift in Art. 20 d. Ges. über die Gemeindeversassung in der Rheinprodinz d. 15. Mai 1856, nach welcher der Gemeindeverberborstehe in dem Gemeindebezirke wohnen muß, nicht berührt.
- *) Die folgenden Abfahe ftimmen bezüglich der Bestätigung mit § 26 b. RrD. v. 13. Dez. 1872 und bezw. Abf. 1 des § 25 b. RrD. für Westfalen überein.
- 4) In bem letzten Absahe bes § 23 wird die Borschrift des § 78 ber GD. nach der in den aus einer Gemeinde bestehenden Bürgermeistereien der Bürgermeister zugleich Gemeindeborstieher ist, wiedergegeben, so daß in den gedachten Gemeinden eine Wahl der Gemeindevorsteher nicht statzusinden hat. Dagegen wird durch die in Borschlag gebrachte Aussehnung des § 74 d. GD. die dem Oberpräsibenten bisher zustehende Besugniß, in zusammengesetzten Bürgermeistereien nach Bernehmen mit dem Gemeinderathe, den Bürgermeister zum Gemeindevorsteher dersenigen Gemeinde bestellen zu können, in welcher derselbe seinen Bohnsty hat, beseitigt, womit indessen die außgeschlossen wird, daß in diesen Bürgermeisteren der Bürgermeister zugleich zum Gemeindevorsteher seiner Wohnstygemeinde gewählt werden kann.

Die ursprungliche in § 74 enthaltene Borichrift, daß in ben auf dem Provingiallandiage im Stande der Städte bertretenen Gemeinden die Stellen des Gemeindevorstehers und bes Burce-meisters in der Regel verbunden, und Ausnahmen hierdon nur mit Genehmigung bes Ministers bes Innern gestattet sein sollen,

hat bei ber fehr geringen Anzahl ber in Frage tommenben Gemeinben teine Bebeutung und tann baber fortfallen.

Die Borte "Auf Borfclag bes Burgermeifters" haben nicht bie Bebeutung, bag ber Lanbrath nur einen solchen Bertreter bes Gemeinbeborftehers ernennen könne, welchen ber Burgermeifter vorgeschlagen hat, sonbern nur, bag ber Burgermeifter anzuhören ift. (Begr. S. 48.)

§. 24.

Ernennung ber Bürgermeifter ber Lanbbürgermeiftereien.

Für jebe Landbürgermeisterei wird von bem Oberpräsidenten ein Bürgermeister auf Lebenszeit ernannt.')

Bu bem Amte eines Bürgermeisters sollen an erster Stelle angesehene Personen in bem Bürgermeistereibezirke, insbesondere größere Grundbesitzer, berusen werden. Das Amt soll zunächst Densenigen übertragen werden, welche basselbe als ein unentgeltlich zu verwaltendes Sprenamt zu übernehmen in der Lage sind. Sin Bürgermeister mit Besoldung soll nur angestellt werden, wenn ein geeigneter Strenbürgermeister nicht zu gewinnen ist.

Die Ernennung erfolgt auf Grund von Borschlägen bes Kreisausschusses, welche dieser nach Anhörung der Bürgermeistereiversammlung zu machen hat. Falls der Oberpräsident den sämmtlichen Borschlägen des Kreisausschusses leine Folge geben will, so bedarf es hierzu der Zustimmung des Provinzialrathes. Lehnt der Provinzialrath die Zustimmung ab, so kann dieselbe auf Antrag des Oberpräsidenten durch den Minister des Innern ergänzt werden.

Wenn für die Befetzung einer erledigten Bürgermeisterstelle Borschläge nicht gemacht worden sind, oder
ben gemachten Borschlägen keine Folge gegeben wird, so
kann die Berwaltung derselben nach eingeholter Aeußerung
ber betheiligten Bürgermeistereiversammlungen, sowie des
Kreisausschusses auch dem Bürgermeister einer benachs
barten ländlichen oder städtischen Bürgermeisterei übers
tragen werden. Die Uebertragung ersolgt in diesem Falle
auf Widerruf und ist auszuheben, sobald für die betressende
Bürgermeisterei nach Raßgabe der Borschristen im dritten
Absate ein geeigneter Ehrenbürgermeister in Borschlag
gebracht wird.

Der befinitiven Ernennung eines besolbeten Bürgermeisters soll in der Regel eine die Dauer eines Jahres nicht übersteigende kommissarische Beschäftigung vorangehen.²) Die kommissarische Verwaltung der Bürgermeisterei wird im Uebrigen von dem Oberpräsidenten angeordnet.

Ueber die Festsetzung der Besoldung, beziehungsweise der Dienstunkostenentschädigung der Bürgermeister beziehungsweise der Ehrendurgermeister beschießt der Kreissausschuß nach Anhörung der Bürgermeistereiversammlung (§. 32 Rr. 4 des Gesetz über die Juständigkeit der Berwaltungss und Berwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883).

Die nach §. 36 best letteren Gesetzes bem Lanbrathe, in ber Beschwerbeinstanz bem Regierungspräsibenten zustehenbe Besugniß zur Berhängung von Orbnungsstrafen gegen die Bürgermeister wird bezüglich der Sprenburgers

meifter bem Rreisausichus, in ber Befcmerbeinftang bem Begirteausichus übertragen.2)

In Betreff ber Beigeordneten finden die wegen Borfchlag und Ernennung ber Bürgermeifter geltenben Beftimmungen entsprechenbe Anwendung.

- 1) Grunbfat ift, bag jebe Burgermeifterei ihren eigenen Bürgermeifter erhalten foll, und bag, wenn gleichwohl eine Bereinigung niehrerer Burgermeiftereien jur gemeinschaftlichen Berwaltung nicht zu umgeben ift, biefelbe nur auf Biberruf angeonbet werben fann. Die Bieberaufhebung einer gemeinschaftlichen Berwaltung mehrerer Burgermeiftereien ift nur insoweit in Ausficht zu nehmen, als eine ehrenantliche Berwaltung eingerichtet werben foll.
- 2) Rommiffarifde Befcaftigung auf 1 Jahr muß ber befinitiven Ernennung eines befolbeten Burgermeifters vorangeben.
- *) Der Borfchrift bes § 87 Rr. 1 bes Disziplinargefetes bom 21. Juli 1852 (Berfetung in ein anberes Umt von nicht geringerem Rang im Intereffe bes Dienstes) unterliegen bie Ehrenbürgermeister nicht, wohl aber die besolbeten Bürgermeister.

§. 25.

Berpflichtung zur Uebernahme von unbefolbeten Aemtern in den Landgemeinden und Landbürgermeistereien.

Wegen ber Berpflichtung zur Uebernahme, sowie wegen ber Gründe für die Ablehnung unbesoldeter Aemter in der Berwaltung und Bertretung der Landgemeinden und Landbürgermeistereien finden die Borschriften der Absstäte 1 bis 4 des §. 8 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Kreistages (Absatz 2 Jiffer 5 a. a. D.) der Gemeinderath beziehungsweise die Bürgermeistereis versammlung tritt. 1)

Für das Amt des Ehrenbürgermeisters?) ift als genügender Ablehnungsgrund auch die Größe des Geschäftsumfangs anzuerkennen, wenn derselbe nach Ermeffen des Kreisausschusses die an ein Shrenamt zu stellenden Ansprüche übersteigt.

Wer sich ohne einen ber im §. 8 Absat 2 bezeichneten Entschuldigungsgründe weigert, ein berartiges Amt zu übernehmen, oder das übernommene Amt drei Jahre hindurch zu versehen, sowie dersenige, welcher sich der Berwaltung des Amtes thatsächlich entzieht, kann durch Beschluß des Gemeinderaths beziehungsweise der Bürgermeistereiversammlung für einen Zeitraum von 3 dis 6 Jahren der Ausübung seines Rechtes auf Theilnahme an der Berwaltung und Bertretung der Gemeinde beziehungsweise der Landbürgermeisterei für verlustig erskärt und um ein Biertel dis ein Achtel stärker, als die übrigen Gemeindeangehörigen, zu den Gemeindeadgaben herangezogen werden.

- 1) Die Borschriften entsprechen bem Art. 27 der GO., und sind hier aufgenommen, um jeden Zweifel darüber auszuschließen, daß die gedachten Bestimmungen auch auf die unbesoldern Aemter in der Berwaltung und Bertretung der Landbürgermeisterei Anwendung zu sinden haben.
- 9) Ausnahmen bezüglich der Chrenbürgermeister, da es ein Widerspruch in sich sein würde, wenn durch das Gesetz die Berpstätung zur unentgelisichen Uebernahme eines Amtes sestgestellt werden sollte, welches, wie das Amt des Bürgermeisters, det den velleseigen an dasselbe herantretenden Ansorderungen Leineskalls im Rebenamt verwaltet werden Lann, sondern die Khätigkeit des Inhabers dauernd in Anspruch nimmt. (Begr. S. 52.)

§. 26.

Wahl ber Beamten ber Landgemeinden und Landbürgermeistereien.

Die Bestimmungen bes §. 23 finden bezüglich der Wahl und Bestätigung auch auf die Unterbeamten der Gemeinden, soweit deren Ernennung bisher dem Landrathe zustand, sowie auf die Unterbeamten der Landbürgers meistereien mit der Maßgabe Anwendung, daß die Wahl der letzteren durch die Bürgermeistereiversammlung zu vollziehen ist.")

Die Bestimmungen ber §§. 78 und 104 ber Semeinbes ordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845 werden insoweit aufgehoben, als sie Anstellungen dieser Beamten nur auf Kündigung gestatten.2)

- 1) Es werben zufolge dieser Bestimmung von der Wahl nur diejenigen Beamten der Gemeinde ausgeschlossen bleiben und auch sernerhin von dem Bürgermeister anzustellen sein, welche bloß zu nechanischen Dienstellungen bestimmt sind. Im Uebrigen wird es hinsicklich der von den Gemeinden anzustellenden Forsischusbeamten bei den Borschriften der Allerd. KabO. v. 24. Dez. 1816 und den bieselben ergänzenden Bestimmungen, wonach die Bestätigung dieser Besamten den Regierungen Lünstig dem Regierungspräsidenten obliect, auch in der Volge verbleiben. (Bear. E. 52.)
- 2) Der zweite Abfat foll ben Landgemeinden die Möglichkeit gewähren, auch Unterbeamte auf Lebenszeit anzufiellen.

8. 27.

Bilbung einer Benfionstaffe für bie Bürgermeifter und bie übrigen befolbeten Beamten ber Laubbürger-

meiftereien und Landgemeinden.

Im Falle ber Penfionirung bes Bürgermeifters einer Lanbbürgermeifterei tommt bei ber Berechnung ber Dienfte

zeit auch die Zeit in Anrechnung, während welcher der zu penfionirende Beamte bei anderen Landbürgermeistereien der Provinz als Bürgermeister angestellt gewesen ist.

Die Landbürgermeistereien und Landgemeinden der Provinz werden zu einem Kassenverbande vereinigt, welchem es obliegt, den in Ruhestand versetzten besoldeten Beamten') der Landbürgermeistereien und Landgemeinden die ihnen zustehenden Pensionen zu zahlen.

Die zur Bestreitung ber Pensionszahlungen erforberlichen Beiträge werden von den Landbürgermeistereien und Landgemeinden nach Berhältniß des jeweiligen Betrages des pensionsberechtigten Diensteinsommens der Beamten ausgebracht.²) Diesenigen Landbürgermeistereien, welche im Ehrenamte verwaltet werden, haben hierzu nach Maßgabe eines von dem Kassenvorstande seszunach eine girten Diensteinsommens beizutragen. Gegen den Festsepungsbeschluß sindet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuß statt.

Die Pensionskasse wird durch Organe des Provinzials verbandes unter Aussicht des Provinzialausschusses verwaltet. Im Nedrigen werden die Berhältnisse der Kasse durch ein nach Anhörung des Provinziallandtags von dem Minister des Innern zu erlassendes Regulativ gesordnet.

Die Provingialvertretung ist ermächtigt, einen Theil ber gemäß §. 1 Rr. 2 bes Gesetzes vom 30. April 1873 (Geset-Samml. S. 187) und §. 26 bes Gesetzes vom 8. Juli 1875 (Geset-Samml. S. 497) aus der Staatstaffe jährlich zur Berfugung gestellten Summe an bie Benfionskaffe zu überweisen.3)

Im Falle einem befinitiv angestellten Bürgermeister auf Grund der Borschriften des vierten Absahes des §. 24 die widerrussiche Berwaltung einer oder mehrerer Landbürgermeistereien übertragen wird, ist derselbe mit dem von den letzteren bezogenen Diensteinkommen pensionsberechtigt.

Das Auhegehalt*) ber pensionirten Bürgermeister und sonftigen Beamten der Landbürgermeistereien und Landbemeinden fällt sort oder ruht insoweit, als der Pensionirte durch anderweitige Anstellung im Staats oder Rommunaldienste.) ein Einsommen oder eine Pension erwirdt, welche, mit Hinzurechnung der ersten Pension sein früheres Sinsommen übersteigt.

- 1) Der Penfionstaffe werben auch die übrigen befolbeten Beamten ber Gemeinden und Landburgermeistereien, benen im Falle ber Dienstunfähigkeit ein Rubegehalt zusteht, anzuschließen sein, wobei namentlich die Gemeinbeforftbeamten, welche sich auf Grund bes Gefehes b. 11. Sept. 1865 im Besitze ber Penfionsberechtigung besinden, in Betracht tommen.
 - 2) Die Beitragspflicht ber Bürgermeifter ift abgelehnt worben.
- 3) Der Abf. 4 foll bie Ungutruglichkeiten beseitigen, welche fich ergeben würden, falls die ein Ehrenamt verwaltenben Bürgermeifter nicht zu Beitragen herangezogen werben, trobbem möglicherweise find hoher besolbete Beamte diefelben Benftonen gezahlt werben militen.
- 4) Durch ben Abf. 6 foll ber Rachtheil einigermaßen ausgeglichen werben, welchen bie auf Wiberruf mit ber Berwaltung einer benachbarten Bürgermeisterei beauftragten Bürgermeister erleiben, wenn biefer Auftrag in Folge ber Ginrichtung einer ehrenamtlichen Berwaltung in Fortfall fommt.
- 5) Rur im Staats- ober Rommunalbienst, nicht im Privatbienst, also 3, B. bei Aftiengesellschaften. (Begr. S. 58.)

6) Der lette Absat zielt bahin ab, die Pensionskaffe insofern zu erleichtern, als ein Bedürsniß zur Fortgewährung ber Bension nicht mehr vorbanden ift.

§. 28.

Die Berwaltung ber Ortspolizei steht, soweit sie nicht gesetzlich anderen Behörden übertragen ist, dem Bürgermeister zu, und der Gemeindevorsteher ist bessen Organ (§§. 76 und 108 der Gemeindeordnung vom 23. Juli 1845).

Der Burgermeister ift ber eigentliche Träger ber Ortspolizei, und ber Gemeindeborsteher, abgesehen von gewissen, ihm zukommenben selbstitändigen Befugniffen, nur fein Organ.

Auch in ben unter der Hertschaft des französsischen Rechtes stehenen Ahellen der Aheinproving ist die Orispolizeibehörde als Wegepolizeibehörde, und nicht der Reglerungspräsident, zuständig, die Anlegung neuer Gemeindefußwege anzuordnen. (Urth. d. OBC. v. 29. Oft. 1892, Entich. Bd. XXIII S. 215.)

§. 29.

Der Absat 2 bes §. 53 ber Gemeinbeordnung vom 23. Juli 1845, betreffend die Ernennung von Semeinbes verordneten, wird ebenso wie die Bestimmung in §. 110 Absat 4 a. a. O., nach welcher die Abgeordneten zur Bürgermeistereiversammlung vom Landrathe zu bestätigen sind, aufgehoben.

Die im § 58 ber GD. v. 28. Juli 1845 vorgeschriebene Brüfung ber Wahlberhanblungen findet burch § 27 bes nach Erlaß ber KrD. in Wirksamkeit tretenben Zusi. G. v. 1. Aug. 1883 ihre Erlebigung.

Schleswig - Solftein.

Die §§ 22 bis 31 ber Kro. für die Probing Schleswig-Holftein v. 26. Mai 1888 find burch § 143 der LGO. für Schleswig-Holftein b. 4. Juli 1899 aufgehoben; und an ihre Stelle find getreten die §§ 74 bis 87 bes britten Titels, 90 und 91 im sechsten Abschnitte und §§ 129 bis 197 bes britten Titels mit folgendem Wortlaut:

S. 74. An der Spitze der Berwaltung der Landges meinde steht der Gemeindevorsteher (Lehnsmann).

Dem Gemeindevorsteher steht ein Stellvertreter gur Seite, welcher ihn in den Amtsgeschäften gu unterftüten und in Behinderungsfällen gu vertreten bat.

Durch Ortsftatut tann bie Bahl ber Stellvertreter auf bochftens feche vermehrt werben.

Wo die Jahl der Stellvertreter nach der bisherigen Ortsverfassung zwei oder mehr, aber nicht mehr als sechs betragen hat, verbleibt es hierbei bis zu anderweiter ortsstatutarischer Festsehung.

In größeren Gemeinden kann durch Ortsstatut ein aus dem Gemeindevorsteher und den Stellvertretern bestehender kollegialischer Gemeindevorstand eingeführt werden.

Der Ausbrud Behnsmann finbet fich im Rreife Giberftabt unb ift feine Beibehaltung gewünscht.

§ 75. Der Gemeinbevorsteher und die Stellvertreter werden von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) aus der Jahl der Gemeindeglieder auf sechs Jahre gemählt. Nach dreijähriger Amtsdauer kann der Gemeindevorsteher auf weitere neun Jahre gemählt werden.

In Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern und in den Roogsgemeinden des Kreises Londern kann die Gemeindepertretung die Anstellung eines besoldeten Gemeinbevorstehers beschließen. Die Bahl besselben ersolgt auf die Dauer von zwölf Jahren und ist nicht beschränkt auf die Gemeinbeglieder.

Bater und Sohn, sowie Brüber bürsen nicht gleichzeitig Gemeindevorsteher und Stellvertreter sein.

- § 76. Bezilglich ber Einladung ber Mitglieber ber Gemeinbeversammlung (Gemeinbevertretung) zur Wahl kommen bie Borschriften bes §. 59 zur Anwendung.
- § 77. Der Wahlvorstand besteht aus dem Gemeinder vorsteher oder bessen Stellvertreter, als Borsitzenden, und aus zwei von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) zu wählenden Beisitzern. Der Borsitzende ernennt einen der Beisitzenden zum Protokollssührer. Ersorberlichen Falles kann jedoch auch eine nicht zur Wahlversammlung gehörige Berson zum Protokollssührer ernannt werden.
- §. 78. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahlraume weder Berathungen stattsinden noch Ansprachen
 gehalten, noch Beschlüsse gesaßt werden. Ausgenommen
 hiervon sind die Berathungen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäftes
 erheischt werden.
- §. 79. Jebe Bahl erfolgt in einem besonberen Bahlsgange burch Stimmzettel.
- §. 80. Die Wähler werben in ber Reihenfolge, in welcher fie in ber Wählerlifte aufgeführt find, aufgerufen.

Die Aufgerufenen legen ihre Stimmzettel uneröffnet in die Bahlurne.

Findet die Wahl durch die Semeindeversammlung statt, so wird das Stimmrecht nach Raßgabe der Bestimmungen des §. 48 ausgellbt.

Die nach ber Eröffnung, jeboch vor bem Schlusse ber Wahlhandlung erscheinenden Wähler können noch an der Abstimmung theilnehmen.

Sind keine Stimmen mehr abzugeben, so erklärt ber Wahlvorstand die Wahl für geschlossen; der Borsitzende nimmt die Stimmzettel einzeln aus der Wahlurne und verliest die darauf verzeichneten Namen, welche von einem durch den Borsitzenden zu ernennenden Beistiger laut gezählt werden.

- S. 81. Ungültig find biejenigen Stimmzettel,
- 1) welche nicht von weißem Papier ober welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind,
- 2) welche teinen ober teinen lesbaren Ramen enthalten,
- 3) aus welchen die Person des Gewählten nicht um zweiselhaft zu erkennen ist,
- 4) auf welchem mehr als ein Name ober ber Name einer nicht wählbaren Berson verzeichnet ist,
- 5) welche einen Protest ober Borbehalt enthalten.

Alle ungültigen Stimmzettel werben als nicht abgegeben betrachtet. Ueber bie Gültigkeit ber Stimmzettel entscheibet vorläufig ber Wahlvorstand.

Die Stimmzettel sind dem Wahlprotokolle beizustügen und so lange aufzubewahren, dis über die gegen das Wahlversahren erhodenen Einsprüche rechtsträftig entschieden ist. §. 82. Als gemählt ift berjenige zu betrachten, welcher bei ber ersten Abstimmung mehr als bie Halfte ber gültig abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Ergiebt fich bei ber erften Abstimmung biefe Stimmenmehrheit nicht, fo tommen bei ber fofort vorzunehmenben aweiten Abftimmung biejenigen awei Personen, welche im erften Bablaange bie meiften Stimmen erhalten haben, auf die engere Bahl. Saben mehr als zwei Bersonen bie hochfte ober zweithochfte Stimmenzahl in ber Beise erhalten, bag auf fie eine gleiche Stimmengahl entfallen ift, so entscheibet bas burch bie Sand bes Borfitenben zu ziehende Loos barüber, wer auf die engere Wahl zu bringen ift. Bei bem zweiten Bahlgange find außer ben im &. 81 angegebenen ferner auch alle biejenigen Stimmzettel ungültig, welche ben Namen einer nicht zur engeren Wahl stehenden Person enthalten. Als gewählt ift berfenige au betrachten, welcher bie meiften Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheibet bas burch bie Sand bes Borfigenben zu ziehenbe Loos.

Die Wahlprotokolle sind von dem Wahlvorstande zu unterzeichnen.

§. 83. Der Vorsitzende des Wahlvorstandes hat die Gemählten von der auf sie gefallenen Wahl mit der Aufforderung in Kenntniß zu setzen, sich über die Annahme oder Ablehnung der Wahl innerhalb längstens einer Woche zu erklären. Von demjenigen, welcher hierüber teine Erklärung abgiebt, wird angenommen, daß er die Wahl ablehne.

§. 84. Die gemählten Gemeinbevorsteher und Stells vertreter bedürfen ber Bestätigung burch ben Landrath.

Bor ber Bestätigung ift ber Amtsvorsteher mit seinem Gutachten zu hören.

Die Bestätigung kann nur unter Zustimmung bes Kreisausschuffes versagt werben. Dieser Zustimmung bebarf es auch bann, wenn ber Wahl die Bestätigung wegen formaler Mängel des Versahrens versagt wird.

Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath unter Justimmung des Kreis-ausschusses einen Stellvertreter auf so lange, die eine erneuerte Wahl die Bestätigung erlangt hat.

Daffelbe findet statt, wenn keine Bagl zu Stande

Die Bestimmungen bieses Paragraphen finden auch auf andere gewählte Gemeindebeamte Anwendung, deren Wahl der Bestätigung bedarf.

- §. 85. Die Gemeinbevorsteher und die Stellvertreter werden vor ihrem Amtsantritte von dem Landrathe ober in seinem Auftrage von dem Amtsvorsteher vereidigt.
- §. 86. Die Gemeindevorsteher haben den Ersat ihrer baaren Auslagen und die Gewährung einer mit ihrer amtlichen Mühewaltung in billigem Berhältniffe stehenden Entschäung zu beanspruchen.

Die Aufbringung berfelben liegt ber Gemeinbe ob.

Alle fortlaufenben Gelbs unb Naturalbeiträge bes Gutsherrn zur Remuneration bes Gemeindevorstehers fallen fort.

Die Stellvertreter haben ihr Amt in der Regel unsentgeltlich zu verwalten und nur den Ersat baarer Auslagen zu beanspruchen.

- §. 87. Ueber bie Festsetzung ber baaren Auslagen und ber Entschädigung ber Semeinbevorsteher und ber kommifsarischen Semeinbevorsteher, sowie über die baaren Auslagen ber Stellvertreter beschließt ber Kreisausschuß auf Antrag ber Betheiligten.
- §. 90. Der Gemeindevorsteher ist, sofern er nicht zugleich selbst das Amtsvorsteheramt bekleibet, das Organ des Amtsvorstehers sur Polizeiverwaltung.

Der Gemeindevorsieher hat vermöge bessen das Recht und die Pslicht, da, wo die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein sofortiges polizeiliches Sinschreiten nothwendig macht, das dazu Ersorberliche vorläusig anzuordnen und ausstühren zu lassen.

- §. 91. Der Semeinbevorsteher hat insbesondere bas Recht und die Bflicht:
 - ber vorläufigen Festnahme und Berwahrung einer Person nach ben Borschriften bes §. 127 ber Strasprozesiordnung für das Deutsche Reich vom 1. Februar 1877 (Reichs. Gesehll. S. 258), und bes §. 6 bes Gesehes zum Schutze der persönlichen

Freiheit vom 12. Februar 1850 (Geset. Samml. S. 45),

- 2) bie unter Polizeiaufsicht stehenden Personen zu beaufsichtigen.
- bie ihm von bem Amtsvorsteher, ber Staatss ober Amtsanwaltschaft aufgetragenen polizeilichen Maßsregeln auszuführen und Berhandlungen aufzusnehmen.
- 4) bie vorgeschriebenen Melbungen über neu ans ziehende Bersonen entgegenzunehmen.

Bezüglich ber felbsifitanbigen Gutsbezirfe wird zunächt aus ber Begrundung ber Areisordnung bie geschichtliche Entwicklung, wie folgt, hierhergesest:

\$ 28 ber Schlesmig-Solfteinichen B.G.D. b. 22. Sept. 1867 habe ber Rgl. Breug. Regierung bie Berpflichtung auferlegt, gunachft feftauftellen, welche bon ben borbanbenen fommunglen Gebieten als Banbaemeinben ober als Gutsbegirte anguertennen feien. 3m MIgemeinen feien babei als Landgemeinben bie borbanbenen Dorf. fcaften anertannt worben. In ben Rreifen Suber- und Rorberbithmaricen, Giberftabt, Sufum haben auf Grund ber ftattgehabten bolfteinichen Entwickelung nicht bie einzelnen Bauerober Dorficaften, fonbern bie Rirchiviele als Landgemeinden Unertennung gefunden. Das fei bort auch jest noch Rechtens unb insbesonbere baburd nicht beeinträchtigt morben, baf im Laufe ber Rabre, bem berborgetretenen prattifden Beburfniffe entipredenb. auch bie Bauer- und Dorffchaften für biejenigen Amede, welchen fie bisber gebient baben, ober melde ihnen feitens ber Rirchfpielgemeinde unter Ruftimmung ber Auffichtsbehörbe überwiefen werben möchten, als Gemeinben anerfannt worben feien.

Hiernach ift, wo die jehige Areisordnung ben Ausbruck Landgemeinde braucht, barunter in den bezeichneten vier Areisen die Kirchspielgemeinde zu versteben. Rach berfelben Landgemeindeordnung seien ferner die Kooge, auch die oktrohirten, zu den Landgemeinden, nicht zu den selbstftänbigen Gutsbezirken zu rechnen. Ob deren sogenannte Hauptpartizipienten als gewählte Gemeindebertreter oder als Urversammlung der Gemeinde zu betrachten seien, lasse sich generell nicht entschieden, ohne Zweisel würde man sie als Gemeinde-Urversammlung ausehen müssen, namentlich wenn die Mitglieder derselben einer Wahl nicht unterliegen. Die Laudgemeindeordnung trifft ausreichende Bestimmungen über das aktive und volstwe Bahlrecht.

Bei Erörterung bes Begriffes "selbstftänbiger Guisbezirt" sei vorauszuschieden, daß das bloße Wort "Gut" in der Areisordnung, namentilich bei Festschung bes neuen Großgrundbesites, lediglich die Landslächen bedeute, welche ein Einzelner als sein Eigenihum innerhalb des Areises bestige, gleichviel, ob dieselben in kommunaler hinkficht zu Landgemeinden oder zu selbstftändigen Guisbezirken gehörten. Abgesehen hiervon habe man in Schleswig-Holfein früher unter selbstftändigen Guisbezirken die abligen Güter und die Annzleigstier verstanden, welche einerseits einen einheitlichen Kommunalbezirt gebildet haben, der dem Staate gegenüber lediglich durch den Guisbestiger bertreten sei, andererseits auch einne einheitlichen Gerichts- und Bolizeisprengel, in welchem der Gutsbestiger die Patrimonial-Gerichtsdarfeit und Bolizei ausgesibt hat.

Bei den zahlreichen Bererbpachtungen der Gutsbezirke durch bie Gutsbefiger, deren Erbpächter jest durch die Ablöfungsgesetzgebung freie Eigenthumer geworden seinen, sei von dem Areal dieser Gutsbezirke sehr häusig ein großer Theil, oft sogar das ganze Gebiet den Gutsbesirken verloren gegangen und ditten Personen als Eigenthumern zugefallen. Hast überall da, wo dies in großem Maße geschehen, habe die Agl. Prenh. Staatsregierung nach Maßegabe der Landgemeindeordnung seit 1867 die vom Gutsbestiger abzutretenden und in die Hände von freien Eigenthumern gesommenen Landstäden in selbsständige Gemeinden umgewandelt, welche in sommunaler Beziehung von dem Gutsbezirke völlig losgelöst sein und alle Rechte und Bstichten selbsständiger Gemeinden hätten. Der dem Gutsbestige nest des untprüng-

licen Gutes fei babei meift für einen felbftftanbigen Gutsbegirt erflart worben, fo bag biefer Rompley nun für fich allein einen Rommunalberband bilbet, welcher bem Staate gegenüber allein burd ben Gutsbefiter bertreten merbe. Belde Gutsbesirte in Lanbaemeinben und in einen Reftautsbesirt serlegt, fet aus bem Amtsblatt zu erfeben. Trop biefer vielfachen Auflbfung ber Rommunaleinheit ber abligen Guter und ber Rangleiguter feien biefelben nach Aufbebung ber Batrimonialgerichtsbarfeit in ihrem alten Beftanbe noch einbeitliche Boligeisprengel geblieben, in welchen ber Gutsberr auf feine Roften bie Batrimonialpolisei fomobl über bie au felbfiftanbigen Gemeinben erhobenen, wie über bie ihm als Gutsbesirf berbliebenen Sanbflächen bes alten Gutsbesirts babe permalten muffen. Beil jest burch bie Rreisorbnung bie Batrimonial. polizei megfällig murbe, fo murben baburch bie bisberigen, ben gangen ebemaligen Gutsbegirf noch umfaffenben Boligeifprengel aufgehoben. Un beren Stelle treten fest bie Amisbenirfe. Die Roften ber polizeilichen Bermaltung in ben Amisbegirten werben jest auf bie einzelnen Rommungleinbeiten in ben Amtsbezirfen umaulegen fein, und ben Gutsberren nicht mehr für ben Begirt bes gangen früheren abligen Gutes, fonbern nur für ben Refitheil treffen, ber nach ber Abicheibung ber Lanbgemeinben gum felbftftanbigen Gutsbezirf erhoben fei. Daffelbe galt für bie flofterlichen Diftrifte. Bielfach murben baburd freilich jent bie Boligeitoften auf bie bon ben abligen Gutern abgesweigten felbftftanbigen Banbgemeinben übergeben; bas fei jeboch eine unbermeibliche Rolge ber Aufbebung ber Batrimonialboligei und ber Rerlegung ber abligen Giter in eine Debraabl bon Rommunglbegirten. Bas bie lanb. Iofen Gutsbefiger namentlich im Rreife Sternburg betreffe, fo feien beren Gliter icon feit 1867 in einzelne felbftftanbige ganbgemeinben aufgeloft. Der Gutsbefiber babe noch über ben alten Begirt bie Bairimonialboligei auf feine Roften ausguüben gehabt. Dit ber Ginführung ber Rreisorbnung falle and biefe Pflicht weg und bleiben ihm nur noch Patronatsrechte als Reft ber alten Guisberrlichfeit übrig.

Dritter Titel.

Selbstständige Gntsbezirfe.

§. 122. Für ben Bereich eines selbstständigen Gutsbezirks ist der Besitzer des Guts zu den Pflichten und Leistungen, welche den Gemeinden für den Bereich ihres Gemeindebezirks im öffentlichen Interesse gesetzlich obliegen, mit den hinsichtlich einzelner dieser Leistungen aus den Gesehen folgenden Maßgaben verdunden.

Auf Beschwerben und Einsprüche, betreffend die Heranziehung ober die Beranlagung von Grundbesitzern und Einwohnern eines Gutsbezirks zu den öffentlichen Lasten desselben, sinden die Bestimmungen im §. 38 dieses Gesselzes sinngemäße Anwendung.

§. 123. Der Besitzer eines selbstständigen Guts hat insbesondere die in den §§. 90 und 91 ausgeführten odrigsteitlichen Besugnisse und Pstäckten entweder in Person oder durch einen von ihm zu bestellenden, zur Uebersnahme des Amis als Gutsvorsteher besähigten Stellwertreter auszusiben. Der letztere muß seinen beständigen Ausenthalt im Gutsdezirke oder in dessen unmittelbarer Rähe haben. Es können jedoch auch außer dem im §. 86 Absat 4 vorgesehenen Falle seitens des Besitzers des Guts sämmtliche oder einzelne Gutsvorstehergeschäfte au den Borsteher einer benachbarten Gemeinde unter Beider Zustimmung gegen eine angemessene Entschädigung überstragen werden.

Shefrauen werben rücksichtlich ber angeführten Rechte und Pflichten burch ihren Shemann, Kinder unter väterlicher Gewalt burch ihren Bater und bevormundete Bersonen durch ihren Bormund ober Pfleger vertreten.

- §. 124. Die Beftellung eines Stellvertreters muß erfolgen, wenn:
 - 1) bas Gut unverheiratheten ober verwittweten Befitzerinnen, einer juriftischen Person, einer Attiengesellschaft, einer Rommanditgesellschaft auf Attien,
 einer Berggewerkschaft ober einer eingetragenen Genoffenschaft gehört, ober wenn mehrere Bestiger
 sich nicht barüber einigen, wer von ihnen die Geschäfte des Gutsvorstehers wahrnehmen soll,
 - 2) ber Gutsbefiger tein Angehöriger bes Deutschen Reichs ift,
 - 3) berfelbe nicht seinen beständigen Aufenthalt im Gutsbezirke ober in bessen unmittelbarer Rähe hat, ober
 - 4) wegen Krankheit ober aus anberen in seiner Person liegenden Gründen außer Stande ist, die Pflichten eines Gutsvorstehers zu erfüllen.

Auf ben Antrag bes Gutsbesitzers tann ein Stellvertreter für ben ernannten Gutsvorsteher bestellt werben, welcher in Fällen ber Behinderung des letzteren die Gutsvorstehergeschäfte wahrzunehmen hat.

Für die von dem hauptgute entfernt belegenen Theile eines felbstftändigen Gutsbegirtes tann von dem Areisausschuffe die Bestellung besonderer Stellvertreter angeorbnet werben, sofern bies für eine orbnungsmäßige örtsliche Berwaltung erforberlich ist.

§. 125. Der Sutsbesitzer, sowie bessen Stellvertreter werben in der Eigenschaft als Sutsvorsteher von dem Landrathe bestätigt. Die Bestätigung kann nur umter Justimmung des Kreisausschuffes versagt werden.

Der Gutsvorsteher wird vor seinem Amtsantritte von bem Landrathe oder in dessen Auftrage von dem Amtsvorsteher vereidigt.

- §. 126. Unterläßt ber Bestiger bes Gutes in den im §. 124 angegebenen Fällen, oder wenn ihm die Bestätigung als Gutsvorsteher versagt worden ist, die Bestellung eines Stellvertreters, oder besindet er sich nicht im Besige der bürgerlichen Ehrenrechte, oder ist er in Konturs versallen, so steht dem Landrathe unter Justimmung des Kreisausschusses die Ernennung des Stellvertreters auf Kosten des Besigers zu.
- §. 127. Ueber die Festsetzung der dem stellvertretenden Gutsvorsteher in den Fällen des §. 126 zu gewährenden Bergütigung beschieft der Kreisausschuß.

Dritter Abschnitt. (Oftprovinzen.) Aufhebung der mit dem Besthe gemisser Grundstücke verhundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Achnizenamies.

Aufgehoben burch § 146 b. BGO, und erfett burch §§ 92—101 b. BGO. mit folgendem Wortlaut:

§. 92. Die mit bem Befige gewiffer Grundftilde ver-

bundene Berechtigung und Berpflichtung zur Verwaltung bes Schulzen- (Richter-) amtes ist von dem Zeitpunkte bes Intrafttretens dieses Gesetzes ab auch in der Provinz Posen aufgehoben.

- §. 93. In Folge ber Aufhebung ber im §. 92 gebachten Berechtigung und Berpflichtung treten auch dies jenigen Festsetzungen außer Kraft, welche in Folge der Zerstückelung von Lehns und Erbschulzengütern nach §. 16 bes Geses vom 3. Januar 1845 (Geses Samml. S. 25) über die Berbindung der Berwaltung des Schulzenamtes mit dem Besitze eines der Theile des zerstückelten Grundsstücks oder die Ausweisung eines auskömmlichen Schulzengehaltes in Grundsstücken oder in Geld und die Berstheilung des Geldbeitrages auf die einzelnen Krennstücksbesitzer getroffen worden sind.
- § 94. Grunbstüde, Gerechtigkeiten und Einkünfte, welche ben Schulzengutsbesitzern erweislich von ber Gemeinbe selbst für die Amtsverwaltung verliehen sind, fallen an die Gemeinde zurück.
- §. 95. Ebenso hören biejenigen Borrechte und Befreiungen auf, welche bem Schulzengutsbesitzer für bie Berwaltung bes Schulzenamtes in Beziehung auf bie aus bem Rommunalverbanbe ober aus anberen Berbänben, z. B. bem Kirchen, und Schulverbanbe, entspringenben Dienste und Abgaben ber Gemeinbe ober beren Mitzgliebern gegenüber bisher zustanben.

Auf meitere Bergutigungen hat bie Gemeinde leinen Anfpruch.

§. 96. Die Beziehungen zwischen bem Besitzer bes Schulzengutes und britten Personen werben von ben Borschriften bieses Gesets nicht berührt.

In keinem Falle können jedoch Grundstilde, Gerechtigskeiten oder Befreiungen, welche dem Schulzengute, wennsgleich mit Beziehung auf die dem Bestiger zustehende Berwaltung des Schulzenamtes, von Dritten, insbesondere von dem Landesherrn oder von Gerichts- oder Gutäherren, sei es dei der Fundation des Schulzengutes oder später, ohne ausdrücklichen Borbehalt des Widerruss verliehen worden sind, sowie die etwa an Stelle der verliehenen Gerechtigkeiten und Freiheiten getretenen Landabssindungen oder sonstigen Entschädigungen von den Berleihern oder beren Rechtsnachfolgern in Anspruch genommen und zurückgesordert werden. Dieselben verbleiben vielmehr dem Schulzengutsbesitzer auch nach Aussetwaltung.

§. 97. Die nach ben §§. 94 und 95 etwa erforberliche Auseinandersetzung zwischen der Gemeinde und dem Schulzengutsbesitzer wird durch einen von dem Rreisausschusse zu ernennenden Kommissarius bewirkt.

Der über die Auseinandersetung aufzunehmende Rezest unterliegt ber Prüfung und Beftätigung des Rreisaussichuffes.

§. 98. Entstehen bei bem Außeinandersetzungsversfahren (§. 97) Streitigkeiten barüber, ob mit einem Grundstüde bie Berpflichtung zur Berwaltung bes Schulzens

amtes verbunden ist, oder ob und welche Grundstüde, Gerechtigkeiten, Borrechte oder Befreiungen der in den §§. 94 und 95 gedachten Art zurückzugewähren oder aufzuheden sind, oder wird die Bollziehung des Rezesses von den Betheiligten verweigert, oder die Bestätigung (§. 97, Absatz 2) von dem Kreisausschusse versagt, so sind die Berhandlungen zum weiteren Bersahren und zur Entscheidung an die betreffende Auseinanderschungsbeshörde (Generalkommission) abzugeben.

Gegen die Entscheidung der Generalkommission sindet die Berufung an das Oberlandeskulturgericht statt, welches endgültig entscheidet.

Bor ber Entscheibung in erster und zweiter Inftanz ift bas Gutachten bes Kreisausschuffes einzuholen und ben Betheiligten zur Erklärung mitzutheilen.

- §. 99. Ist das Auseinandersetzungsverfahren zufolge §. 98 auf die Auseinandersetzungsbehörde übergegangen, so steht dieser Behörde auch die Aufnahme, Prüfung und Bestätigung des Rezesses zu.
- §. 100. In Betreff bes Berfahrens (§§. 97 bis 99), sowie ber Wirkung und Ausführung ber Rezesse, gelten bie hinsichtlich ber Ablösung ber Reallasten und ber Regulirung ber gutsherrlichen Berhältnisse bestehenben Borsschriften.
- §. 101. Bu ben Roften, welche bie Ausführung ber in biefem Gefete ben Kreisausschüffen und beren Kommiffarien übertragenen Geschäfte verursacht, haben bie

Gemeinden und die Schulzengutsbesitzer nichts beizustragen.

Für das Berfahren bei den Auseinandersetzungsbehörden gelten die für dieselben bestehenden Kostenbestimmungen.

Bierter Abidnitt.

Non den Amtsbezirken und dem Amte der Amtsvorsteher. Aufhebung der gutsherrlichen Polizeiverwaltung.

. §. 46. (Oftprovingen.)

Die Polizei wird im Ramen bes Königs ausgeübt. Die gutsherrliche Polizeigewalt ift aufgehoben.

Aus dieser Bestimmung, daß die Polizeiverwaltung im Ramen des Königs geübt wirb, ist nicht zu folgern, daß die Amtsborsteher das Präditat "Königlich" führen dürfen. (MR. v. 15. Juni 1874, MBl. S. 159.)

Dritter Abidnitt.

Neberschrift und §. 32. (Schleswig-Holftein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I & 46.

Ans ber Begrindung: Die Ortspolizeiverwaltung auf bem Lande wurde wahrgenommen in den Gittern mit Ginschliß der Albster Jischoe, Prech, lletersen und St. Johannis von den Gutsbesitzern bezw. von dem Bertreter des Alosters oder einem von dem Berechtigten zu stelltenden Bevollmächtigten, der zwar nicht einer formellen Bestätigung der Aufsichtsbehörde bedarf, aber von derfelben durch Berweigerung der Beetbigung zurückgewiesen werden kann und als mittelbarer Staatsbeauter der Disziplinargewalt

ber Staatsbehörben unterliegt, in ber Mehrzahl ber sogenannten oftrohirten Looge (eingebeichte Narschbistrite) auf Erund bes Ottrohs (landesherrliches Privilegtum) bon einem Beamten ber sogenannten Hauptpartisipienten (Jutereffenten), in ben übrigen länblichen Diftriften, mit Ausnahme berjenigen bes Areises Eiberftäbt, von Diftriftsbeamten (Harbes-, Kirchspiel-, Landvögten), welche unmittelbare Staatsbeamte sind und zugleich als Organ bes Andrathes in allen benselben übertragenen Geschäftsweigen fungiren, im Kreise Eiberstäbt vom Landveth.

Alles bas ift aufgehoben und erfeht burch ben Amisborfteber. (Begr. S. 57.)

Amtsbegirfe.

§. 47. (Oftprovingen.)

Behufs Berwaltung ber Polizei und Wahrnehmung anderer öffentlicher Angelegenheiten wird jeder Kreis, mit Ausschluß ber Städte, in Amisbegirke getheilt.

Die Rosten ber Polizeiverwaltung in Amisbegirken fallen ben Amisberbanden zur Laft. (Urth. b. DBG. b. 14. Mai 1879, Entsch. Bb. V G. 66.)

Ueberfdrift und S. 33. (Schleswig-Bolftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 47.

Bei der Berathung ift die Frage aufgeworfen, ob nicht durch Wegfall der Hardes- und Rirchspielvögte und durch Einführung von Amtsborftebern, welche boch nur polizeiliche Funktionen hatten, in der Berwaltung Lüden entstehen können, indem für kommunale Funktionen, welche in Gefehen und Statuten den Bögten zugewiesen sein, demnächst Organe nicht mehr borhanden seien. Unter Hinweis auf § 57 meinte die Staatsregierung, daß solche Rüden nicht entstehen würden; schlimmkenfalls könnten sie durch Berfügungen der Ressortminisker leicht ausgefüllt werden. (Ber. d. Abg.).

Bilbung ber Amtsbegirte.

§. 48. (Ditprovinzen.)

Filr die Bilbung ber Amisbezirte geiten folgende Grunbfage:

- 1) Jeder Amtsbezirk soll thunlichst ein räumlich 310sammenhängendes und abgerundetes Flächengebiet
 umfassen, dessen Größe und Simmohnerzahl der
 gestalt zu bemessen ist, daß einerseits die Erfüllung
 der durch das Gesetz der Amtsverwaltung auferlegten Aufgaben gesichert, andererseits die Unmittelbarkeit und die ehrenamtliche Ausübung der
 örtlichen Berwaltung nicht erschwert wird.
- 2) Gemeinben, welche eine ben Bestimmungen bes Sesetses entsprechenbe Amtsverwaltung aus eigenen Kräften herzustellen vermögen, sind, wenn nicht bie örtliche Lage bie Juschlagung anderer Semeinbes ober Gutsbezirfe nothwendig macht, auf ihren Antrag zu einem Amtsbezirfe zu erflären.
- 3) Sutsbezirke von abgesonberter Lage, welche ohne wesentliche Unterbrechung ein räumlich zusammens hängendes Gebiet von erheblichem Flächeninhalte umfassen, können auf Antrag ohne Rücksicht auf ihre Einwohnerzahl unter den übrigen Borausssetzungen der Rummern 1 und 2 zu Amisbezirken erklärt werden.
- 4) Alle übrigen Gemeinden und Gutsbezirke werden zu Amtsbezirken vereinigt. Insbesondere sollen Gemeinden und Gutsbezirke, welche eine örtlich

verbundene Lage haben, zu einem und bemfelben Amtsbezirke gehören.

Bei Abgrengung ber zusammengesetzten Amtsebezirke ift möglichst barauf zu achten, baß bie innerhalb ber Kreise bestehenden Berbande (Kirchespiele, Schulverbande, Wegebaubezirke u. s. w.) nicht zerriffen werben.

Die aus zwei ober mehreren Gütern bestehenben Amtsbezirke find auch bann, wenn sie sich nur in einer Danb befinden, als zusammengesette Amtsbezirke zu behandeln, sofern biese Güter nicht zusammen einen selbstständigen Gutsbezirk bilben. (MR. v. 7. Febr. 1874, MBI. S. 45.)

So lange berartige Amtsbezirke fich in einer hand befinden barf von einer ausbrücklichen Ernennung von Amtsvorstehern, sowie von ber Bilbung von Amtsausschüffen abgesehen werden. (AR. v. 31. Mai 1874, MBl. S. 158.)

Ueberichrift und §. 34. (Schleswig - Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 48, nur ift im letten Absate "Wegebaubezirke" fortgelaffen.

Hier ist ber Wunsch ausgesprochen, daß thunlichst biesenigen größeren Rooge, welche bisher einen Kommunalbezirk für sich gebilbet haben. zu selbstitändigen Amtsbezirken erklärt werden, namentisch in Otthmarschen und Tondern, well dort bei Zusammenlegung von Kirchipielen und Koogen zu einem Amtsbezirk das Kirchipielen sonft möglichen Bortheil einbüßt, daß Landgemeinde und Amtsbezirk zusammensielen, die oktrohirten Rooge außerdem disher selbsständige Patrimonialpolizeisprengel gebildet haben. (Ber. d. Weg. S. 7.)

§. 49. (Oftprovingen.)

Die Bisbung ber Amtsbezirke,1) sowie bie etwa er-

forberliche Abänberung berselben erfolgt nach Anhörung ber Betheiligten, auf Borschlag bes nach biesem Gesetze gewählten Kreistages, burch ben Minister bes Innern.

Die Revision und endgültige Feststellung, sowie jede spätere Abanderung der Amtsbezirke erfolgt durch den Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Bezirksausschusse nach vorheriger Anhörung der Betheiligten und des Kreistages.2)

Die endgültige Feststellung der Amtsbezirke darf erst nach Ablauf einer öffentlich bekannt zu machenden ans gemessenen Frist stattsinden.

Beränberungen solcher Gemeindes und Gutsbezirksgrenzen, welche zugleich Amtsbezirksgrenzen sind, ziehen die Beränderung der letzteren ohne Weiteres nach sich.

1) Die Bereinigung von Semeinden und Gutsbezirken, welche in Gemähheit des § 48 d. Ar.D. ju eigenen Amtsbezirken erklätt worden sind, mit einer zusammengesetten Amtsbehörde ist im Allgemeinen nicht für angängig zu erachten, und es wird daher hierauf gerichteten Anträgen nur dann Folge zu geben sein, wenn ganz ausnahmsweise Berhältnisse eine berartige Mahregel im öffentlichen Interesse unerlählich erscheinen lassen. (Erl. b. Min. d. J. d. 15. Jan. 1887, MBI. S. 20.)

Die Oberpräsibenten sind ermächtigt, Antragen auf Aenderung ber Benennung der Amtsbehörde, sofern erhebliche Gründe dafür sprechen, stattzugeben. Sie haben aber über die von ihnen genehmigten Aenderungen dem Minister des Innern Anzeige zu erstatten. (MR. v. 17. März 1874, MBI. S. 99.)

3) § 6 b. Zuft. v. 1. Aug. 1883:

Im Geltungsbereich ber Krd. b. 13. Dez. 1872 erfolgt fortan bie Revision, Feststellung und Abanberung ber Amtsbezirke (§ 49, Abs. 2 b. Rrd.), die Bereinigung länblicher Gemeinden und Gutzbezirke bezüglich ber Berwaltung ber Bolizei mit bem Bezirke einer Stabt (§ 49a Abf. 1 a. a. D.), sowie die Aussicheibung ber erstern aus bem Amtsbezirke (§ 49a Abf. 3 a. a. D.) burch ben Minister bes Innern im Ginbernehmen mit bem Bezirksausschusse nach vorheriger Anhörung ber Betheiligten und bes Areistages.

.§. 35. (Schleswig-Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 49.

§. 49a. (Oftprovingen.)

Dem Minister bes Innern steht die Besugniß zu, im Einvernehmen mit dem Bezirksausschusse ländliche Gesmeindes und Gutsbezirke, welche innerhalb der Feldmark einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt belegen sind, und unmittelbar an dieselbe angrenzen, bezüglich der Berwaltung der Polizei nach Anhörung der Betheiligten und des Kreistages mit dem Bezirke der Stadt zu verseinigen, sosen dies im öffentlichen Interesse nothswendig ist. 1)

In Ermangelung einer Einigung unter ben Betheilige ten wird ber Beitrag der betreffenden Landgemeinde, beziehungsweise des betreffenden Gutsbezirkes zu den Rosten der städtischen Polizeiverwaltung von dem Bezirksausichusse festgesetzt.

Der Minister bes Innern kann im Sinvernehmen mit bem Bezirksausschusse in den Fällen des ersten Absahes gleichzeitig die Ausscheidung der betreffenden Landgemeinden und Sutsbezirke aus dem Amtsbezirke, welchem sie bisher angehörten, aussprechen. Ueber die hierburch nothwendig werdende Auseinandersetung zwischen ben Betheiligten beschließt ber Kreisausschuß.²) Gegen ben Beschluß findet innerhalb zwei Wochen ber Antrag auf mündliche Berhandlung im Berwaltungsstreitversahren statt.

1) Das Gefet fest ausbrudlich als Regel voraus, bag bie Bereinigung einer Landgemeinbe mit einer Stadtgemeinbe beguglich ber Bolizeiverwaltung und bas gangliche Ausscheiben ber erfteren aus bem Amtsbezirte, bem fie bis babin angehörte, gleichzeitig erfolgt. Den Beitrag ju ben Roften ber ftabtifden Boligeiberwaltung ftellt bann in Streitfallen ber Begirtsausfouß nach § 49 a feft. Wenn hierbei ber Roften nicht besonbers gebacht ift, bie etwa bem Bolizeiberwalter auch aus ben im § 66 bafelbft ermabnten Geicaften erwachsen, fo folgt baraus nicht, bag bie Entschäbigung für biefe im Bege ber Museinanberfegung bor bem Rreisausichuffe befonbers gu regeln mare, vielmehr behandelt bas Befet biefe Roften für ben Fall bes Ausscheibens einer Landgemeinde aus bem Amtsbegirte offenbar als Theil ber Roften ber Bolizeiverwaltung, ba bie Beichafte, aus benen fie erwachsen, ein Anner ber Boligeivermaltung bilben. Daraus folgt, bag, wenn bies Musicheiben, wie bier, nach. folgt, auch bie Beichlukfaffung barüber, ob nunmehr noch eine Grhöhung ber Entichabigung für bie Roften ber Boligeiverwaltung ftattfinben foll, lebiglich bem Begirtsausfcuffe gutommt. (Urth. b. OBG. b. 29. Nob. 1884. Entid. Bb. XI S. 27.)

Die Inkommunalisation ber aus bem Amisbezirke aussicheibenben, ber Polizei ber Stadt unterstellten Gemeinde in die Stadtgemeinde findet nicht statt. (Ber. d. D.D. S. 8.)

2) Der Abs. 3 soll entgegen ber zwingenben Bestimmung bes § 48, wonach alle Gemeinbe- und Gutsbezirke, welche nicht für sich einen Amtsbezirk bilben, zu Amtsbezirken vereinigt werben müffen, die Möglichkeit geben, daß ländliche Gemeinbe- und Gutsbezirke im Falle der Bereinigung mit bem Polizeibezirke einer Stadt aus dem Amtsbezirke, dem sie bis dahin angehört haben, ausscheiben.

§. 36. (Coleswig-Solftein.)

Dem Minister bes Innern steht die Besugnis zu, im Sinvernehmen mit dem Bezirksausschusse Gemeindes und Gutsbezirke, welche innerhalb der Feldmark einer Stadt oder in deren Rähe belegen sind, bezüglich der Berwaltung der Polizei nach vorheriger Anhörung der Bestheiligten und des Kreistages mit dem Bezirke der Stadt zu vereinigen, sosen dies im öffentlichen Interesse nothswendig ift.

In Ermangelung einer Einigung unter ben Betheiligten wird der Beitrag der betreffenden Gemeinde, beziehungsweise des betreffenden Gutsbezirkes zu den Kosten der städtischen Polizeiverwaltung durch Beschluß des Bezirksausschusses festgesetzt.

Der Minister bes Innern kann im Ginvernehmen mit bem Bezirkausschusse in ben Fällen bes ersten Absayes gleichzeitig die Ausscheidung der im Anschlußbezirke des legenen Landgemeinden und Gutsbezirke aus dem Amtsbezirke, welchem sie bisher angehörten, nach vorheriger Anhörung der Betheiligten und des Kreistages ausssprechen. Ueber die hierdurch nothwendig werdende Ausseinandersetzung zwischen den Betheiligten beschließt der Kreisausschuß. Gegen den Beschluß findet innerhalbzwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Berwaltungsstreitverfahren statt.

Abweichung von § 49 a und § 6 b. Buft. Nach § 89 Abf. 7 b. Gef. v. 14. April 1869, betreffend die Berfassung und Berwaltung ber Stäbte und Fleden in ber Probing Schleswig Politein tann

ber Bezirf ber stäbitichen Polizei im Falle bes Bedürfnisses burch Anordnung ber Regierung über die Grenzen des Stadtbezirfes hinaus erstreckt werden, während § 49 a. d. Ard. und § 6 d. Zusics. ein entsprechendes Recht und zwar dem Minister des Innern im Eindernehmen mit dem Bezirfsausschusse nur für solche ländlichen Gemeinden und Gutsbezirfs gewährt, welche innerhalb der Feldmark einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt belegen sind oder unmittelbar an dieselbe grenzen. Diese Bestimmung ist im öffentlichen Interesse aufrecht erhalten und erweitert worden durch die Bestinglich des Ministers des Innern, im Eindernehmen mit dem Bezirfsausschusse die Ministers des Innern, im Gindernehmen mit dem Bezirfsausschusse die Ministers des Annern, im Gindernehmen Redirftsausschusse aus dem Amtsbezirfe belegenen Landgemeinden und Gutsbezirfe aus dem Amtsbezirfe, welchem sie disher angehörten, auszuscheben.

Das Recht ber Ausbehnung bes fiabtischen Boligeibezirks bezieht fich sowohl auf gange Gemeinbe- und Gutsbezirke, wie auf Theile berfelben. (Begr. S. 60.)

Organe ber Amisverwaltung.

§. 50. (Oftprovingen.)

Die Organe der Amisverwaltung in den Amisbezirken find nach näherer Borschrift dieses Gesets der Amisvorsteher 1) und der Amisausschuß.2)

- 1) ofr. 66 56 ff.
- 2) cfr. §§ 51 bis 55.

Ueberschrift und §. 37. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 50.

Amtsausschuß.1)

§. 51. (Oftprovingen.)

Für die Bilbung bes Amtsausschuffes gelten bis zum Erlaß der Landgemeindeordnung 2) folgende Bestimmungen:

1) In ben zusammengesetzten Amtsbezirken besteht ber Amtsausschuß aus Bertretern sämmtlicher zum Amtsbezirke gehörigen Gemeinben und selbsteständigen Gutsbezirke. Zebe Gemeinde und jeder Gutsbezirk ift wenigstens durch einen Abgeordneten zu vertreten.

Die Bertretung ber Gemeinben erfolgt junächst burch ben Semeinbevorsteher, sobann burch bie Schöffen und, wenn auch beren Zahl nicht ausreicht, burch andere von ber Semeinbe zu wählenbe Ritglieber. 2)

Die Zahl ber von jeder Gemeinde zu entsfendenden Bertreter, sowie der jedem Gutsdezirk einzuräumenden Stimmen wird mit Rücksicht auf die Steuerleiftungen und die Sinwohnerzahl durch ein nach Anhörung der Betheiligten auf den Borsschlag des Kreisausschusses von dem Kreistage zu erlassendes Statut geregelt. Beschwerden gegen dieses Statut unterliegen der endgültigen des Sezirksausschusses.

Bertreter einer Semeinde ober eines Gutsbezirks bei dem Amtsausschuffe können nur Personen sein, welche die im §. 96 unter a und b bezeichneten Eigenschaften besitzen.

2) In benjenigen Amtsbezirken, welche nur aus einer Gemeinde bestehen, nimmt die Gemeindeversammlung beziehungsweise Gemeindevertretung die Gesschäfte des Amtsausschusses wahr.

- 3) In benjenigen Amtsbezirken, welche nur aus einem Gutsbezirke bestehen, fällt ber Amtsausichuk weg.
- 1) Der Amtsausschuß ist burch bas Abgeordnetenhaus vorgeschlagen worden, um für die bereits vielsach bestehende Bereinigung einzelner Gemeinden zu sommunalen Zwecken (z. B. Sprigen-, Graden-, Schau-, Wegebau-, Armenverände) ein wirfiames und entsprechendes Organ zu gewinnen, während der Anzierungsvorlage eigentlich nur ein Poliziverwaltungsbezirf sein sollte. (Ber. d. Rom. d. HD. S. 59 und 60.)
- ?) Durch § 146 b. B.B.D. v. 3. Juli 1891 finb § 51 und § 51 a ausbrücklich aufrecht erbalten worben.
- 3) Es könnte die Frage entstehen, ob die Wahl der Gemeinde nach dem der Areisordnung beigefügten Reglement erfolgt, oder ob sie nach den Bestimmungen der Landgemeindeordnung zu erfolgen hat. Ich glaube, man wird die Frage dahin beantworten müssen, daß die Wahl nach dem Wahlreglement zur Areisordnung zu erfolgen hat.
 - 4) Enbgültig, es finbet also tein Rechtsmittel ftatt.
- 5) b. h. fie muffen Angehörige bes Deutschen Reiches und selbsiftanbig (21 Jahre alt und in der Berfügung und Berwaltung ihres Bermögens nicht beschränkt) sein und fich im Befige ber bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

§. 38. (Schleswig-Holftein.) Amtsausichuß.

Für bie Bilbung bes Amtsausschuffes gelten folgenbe Bestimmungen:

Erfter Absat berselbe Wortlaut wie bei I &. 51.

Die Bertretung ber Gemeinben erfolgt junachft burch ben Gemeinbevorsteher, sobann burch bie Stellvertreter bes Gemeinbevorstehers und, wenn auch beren Jahl nicht ausreicht, burch andere von ber Gemeinde ju mablenbe Mitglieber.

Dritter Abfat berfelbe Wortlaut wie bei I &. 51.

Bierter Absatz berselbe Wortlaut wie bei I §. 51, nur "§. 82 unter a und b".

Der Gutsborsteher (selbstständiger Gutsbezirk) ist Bertreter des Gutsbezirks im Amtsausschusse; der von ihm bestellte und bestätigte Stellvertreter übt seine Funktionen in vollem Umfange aus, ausschlich Mitgliedschaft und Stimmrecht. Der Gutsvorseher ist zur Rlage wider einen Beschlich des Amtsausschusses, betreffend die Richtzulassung seines Stellvertreters, legitimirt. (Urth. d. DBG. v. 7. März 1891, Entsch. DL. XXI S. 20.)

§§ 38 und 39 find burd § 143 b. 28D. für Schleswig-Holftein ausbritdlich aufrecht erhalten.

§. 51 a. (Oftprovingen.)

Segen das zum Zwede der Wahl eines Abgeordneten zum Amtsausschuffe (§. 51 Rr. 1) stattgehabte Wahlversfahren kann jedes Witglied der Wahlversammlung innershalb zwei Wochen Sinspruch dei dem Borsitzenden des Wahlvorstandes!) erheben. Die Beschluftassung über den Einspruch, über welchen die Betheiligten vorab zu hören sind, steht dem Amtsausschuffe zu.

Im Nebrigen prüft ber Amtsausschuß bie Legitimation seiner Mitglieber von Amtswegen und beschließt barüber.

Jebe Wahl verliert dauernd ober vorübergehend ihre Wirkung, wenn sich ergiebt, daß die für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bebingungen 2) nicht vorhanden gewesen sind, ober wenn diese Bedingungen gänzlich ober zeitz weise aufhören. Das Gleiche gilt in Bezug auf die

unmittelbar auf bem Gesetze beruhende Mitgliedschaft bes Amtsausschuffes.2) Der Amtsausschuß hat darüber zu beschließen, ob einer der gedachten Källe eingetreten ist.4)

Segen die nach Maßgabe der vorstehenden Bestimsmungen gesaßten Beschlüsse des Amtsausschusses sindet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreisaussschusse statt. Dieselbe steht auch dem Amtsvorsteher zu. Die Klage hat keine aufschiedende Wirkung; jedoch dürsen Ersaswahlen vor rechtskräftiger Entscheidung nicht vorsgenommen werden.

Für bas Streitverfahren kann ber Amtsausschuß einen besonderen Bertreter bestellen.

- 1) Borfigenber bes Bahlborftanbes ift ber Gemeinbeborfieber ober ein Schöffe.
- 2) b. h. Selbstftänbigkeit und bezw. Richtbesit ber bürgerlichen Chrenrechte.
- 2) b. h. auch hier kann bie Mitgliebschaft ganglich ober theilweise aufhören, wenn 3. B. ber Gemeinbevorsteher vom Amte suspendirt wirb.
- 4) Db einer ber gedachten Falle eingetreten ift, b. h. ob bie Bebingungen ber Bählbarkeit ober bie auf bem Gefete beruhenbe Mitgliebicaft nicht vorhanden gewesen ift, ober ob fie ganglich ober theilweise aufgehört haben.
- 3) Es ift in bas Belieben bes Amisausichuffes geftellt, einen befonderen Bertreter ju bestellen.

§. 39. (Schleswig-Holftein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 51a.

8. 52. (Oftbrovingen.)

Bu ben Befugniffen bes Amtsausschuffes gebort:

 bie Rontrole sämmtlicher und die Bewilligung berjenigen Ausgaben ber Amtsverwaltung, 1) welche

- vom Amikbezirke aufgebracht werben (§. 69 unb 70 Absat 4);2)
- 2) bie Beschlußfaffung über biejenigen Polizeivers ordnungen, welche der Amtsvorsteher unter Midwirkung des Amtsausschuffes zu erlaffen befugt ift (§. 62);
- bie Neußerung über Abanberung bes Amisbegirfes (§. 49);
- 4) bie Bestellung, sowie die Bahl besonderer Kommissionen oder Kommissarien zur Borbereitung und Aussührung von Beschlüssen des Amtsausschusses:
- 5) die Beschluffassung über sonstige Angelegenheiten, welche der Amtsvorsteher aus dem Kreise seiner Amtsbesugnisse dem Amtsausschusse zu diesem Image unterbreitet.
- 1) Soweit der Amisborfteher nicht in der Lage ift, das Kaffenund Rechnungswesen des Amisberbandes ohne fremde Hülfe ordnungsmäßig zu führen, kann die Berwaltung der Amisbasse einem besonderen Rendanten, ebent. für mehrere Amisbegirke, übertragen werden. (MR. d. 3. April 1874, NB. S. 101.)
- 9) Die Anstellung von Amissetreiten wird nur in größeren Amisdezirfen als ein Bedürfniß hervortreten (ARR. v. 10. Juni 1873) und nur da zu erfolgen haben, wo der Umfang der Geschäfte oder bie besonderen Berhältnisse des Amisderdandes dieselbe unerläßlich machen. Es ist darauf zu halten, daß die Amissetreiter nicht Junitionen übernehmen, welche nur dem Amisdorsteher oder seinem Siellvertreter zusehen; ihre Thätigkeit soll sich auf den Bureausud Registraturdenst beschänken; sie sollen nicht Junitionen von materieller Bedeutung, ebenso wenig sonstige Amisdandlungen vornehmen, welche lediglich dem Amisdorsteher beim. besen Seille

vertreter perfonlich zufiehen. Dazu gehört jebenfalls bas Unterzeichnen von Berfügungen und Berichten.

Ein bon dem Amtsborsteher auf Grund eines Privatvertrages angenommener Amtsfefreihr erhält für seine Dienftleistungen aus der Amtsunkoftenentschäufigung des Amtsborstehers Bezahlung und ift in solchem Falle Privatbediensteter des Amtsborstehers, und sein bolles Einkommen ist kommunalkenerbstäckta.

Hat aber ber Areisausichuß die Areirung von Amisserreiteren beschlossen und die zur Befoldung berselben erforberlichen Mittel im Etat bewilligt, und ist die Genehmigung der Aufsichisbehörde erfolgt, so erhalten die Amisserreitere die Eigenschaft von mittebaren Beamten und sind nur mit dem halben Gehalt kommunalfeuerpflichig. (Urth. d. OBG. v. 2. Juni 1880, Entsch. Bd. VI S. 119.)

Das Bebürfniß zur Anstellung von besonderen polizeilichen Excentiobeamten (Amisdener) wird anzuerfennen sein. Die Amisdener bedürfen der Bestätigung durch den Landrath. Seie haben den vorgeschriebenen Diensteid zu leisten und dürfen als äußeres Erfennungszeichen ein Metallschild auf der Bruft tragen, welches mit dem Preußischen Abler und der Umschrift: "Amisdener des Amisdezirfs R. R." versehen ist, auch dürfen sie die in der Allerh. Kabd. d. 30. Mai 1874 bestimmte Dienstsledung der unteren polizeillichen Excentibleamten tragen. (MR. v. 20. März 1874, MBC. S. 39.)

In mittleren und Neineren Amtsbegirken wird ber Amtsbiener sein Amt in der Regel als Nebenamt verwalten tonnen. (MR. b. 10. Juni 1873, MBL & 138.)

Der Amisborsteher ist gegen die Amisdiener nur zu Barnungen und Berweisen befugt, nicht zur Berbängung bon Gelbftrafen. Lettere steht nur dem Landrath bezw. dem Regierungspräsibenten zu. (NR. b. 2. Ott. 1874, NBI. S. 250.)

Bas die Beschaffung von Amtsgefängnissen betrifft, so wird die Ausführung tofitivetiger Renbauten möglichst zu vermeiben sein. In nicht wenigen Fällen werden mit den Behörden einer benach barten Stadt wegen Mitbenugung der ftäbtischen Bolizeigefängnisse Absonmen getroffen werden tonnen. In anderen Fällen werden bie vorhandenen Bolizeigefängniffe der bisherigen ländlichen Orisobrigkeiten als Amtsgefängniffe ermiethet ober erworben werden tonnen. Wo zu Reubauten geschritten werden mut, wird unter Umftanden die Errichtung eines Gefängniffes für zwei ober mehrere Amtsbezirfe genugen.

In Bezug auf bie innere Einrichtung ber Amtsgefängniffe wird auf bas CirfR. v. 14. Nov. 1873 berwiefen. (Cirf. b. Min. b. J. v. 10. Juni 1873, MBI, S. 139.)

Der Amtsausschuß darf nur beschließen über die Amtsuntoften bes Amtsvorftehers und die Koften ber Amtsverwaltung. Zu ben letzteren gehören lediglich biejenigen periönlichen und schlichen genwendungen, welche die Berwaltung des Polizeiamtes verursacht, im Gegensate zu dem Koften öffentlicher, polizeilichen Zwecken bienender kommunaler Einrichtungen, welche bereits vor dem Erlasse der Kreisordnung den politischen Gemeinden, Gutsbezirken, Wegeberbänden, Armenberbänden u. f. w. oblagen und von den Bestimmungen des letzteren Gesehes über die Amtsbezirke zunächft unmittelbar nicht berührt worden find.

Die zu einem Amisdezirke gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke find nicht befugt, anstatt der Berwaltung einzelner Kommunalangelegenheiten einzelne bestimmte Ausgaden dem Amisbezirke in den Etat der Amiskasse zu überweisen. (Urth. d. OBG. b. 11. April 1888, Entich. Bb. XVI S. 44.)

Amisuntoftenentichabigung bes Amisborftebers und Roften ber Amisberwaltung.

§. 40. (Schleswig - Holftein.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 52, nur andere Allegate:

- 1) "(§§. 60 unb 61)".
- 2) "(§. 54)".
- 3) "(§§. 35 unb 36, Abfat 3)".

S. 53. (Oftprovingen.)

Aufgehoben burch § 146 b. 890. für bie fieben öftlichen Probingen v. 3. Juli 1891.

S. 41. (Schleswig Solftein.)

Aufgehoben burch § 143 b. 2GO. für bie Probing Schleswig-Holftein b. 4. Juli 1892.

§. 54. (Oftprovingen.)

Der Amtsvorsteher beruft den Amtsausschuß und führt ben Borsit; ') mit vollem Stimmrechte. Die Sitzungen des Amtsausschusses sind öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann durch einen in geheimer Sitzung zu fassenden Beschluß?) die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Der Amtsausschuß kann nur beschließen, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Sine Ausnahme hiervon findet statt, wenn die Mitglieder, zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand berufen, dennoch nicht in beschlußfähiger Anzahl erschienen sind. Bei der zweiten Verusung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

Die Beschliffe bes Amtsausschuffes werben nach Mehrheit ber Stimmen gesaßt. Bei Stimmengleichheit gilt ber Antrag als abgelehnt.

- 1) Der Amisvorsteher hat Borfit mit vollem Stimmrecht und bieses auszullben neben bem Stimmrechte, welches ihm außerbem als Bertreter eines Gemeinbe- ober Gutsbezirkes gebührt. (MR. v. 9. Okt. 1874, MBI. S. 257.)
- 2) Der Befdluß bes Ausichluffes ber Deffentlichteit muß in geheimer Sigung gefaßt werben.
 - 3) Obligatorisch.

§. 42. (Schleswig - Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 54.

§. 54 a. (Oftprovingen.)

Beschlisse bes Amtsausschusses, welche bessen Besugnisse überschreiten ober die Gesetze verletzen, hat der Amtsvorsteher, entstehenden Falles auf Anweisung der Aufsichtsbehörde, unter Angade der Gründe, mit aufschiedender Wirkung zu beanstanden.

Gegen die Berfügung des Amtsvorstehers steht dem Amtsausschusse innerhalb einer Frist von zwei Wochen die Rlage dei dem Kreisausschusse zu. Jur Wahrnehmung seiner Rechte im Berwaltungsstreitversahren kann der Amtsausschuße einen besonderen Bertreter wählen.2)

- 1) In den Fällen des § 54a ift der Grundfat durchgeführt, daß die Auflichtsbehörde, welche bisher bei den Berwaltungsgerichten Augdar werden mußte, im Wege der Berfügung die Beanstandung des deitreffenden Beschlusses aussiericht und es dem Amtsausschusse überläßt, gegen die Berfügung den Weg der Rlage im Berwaltungsfreitversahren zu beschreiten. (Cirk. d. Min. d. 3. b. 26. März 1881.)
- 9) Die Areisordnung legt den Areistagen bezw. Amtsausschiffen die Befugniß bei, bei Beanstandungen zur Wahrnehmung ihrer Rechte im Betwaltungsfreitbersahren einen besonderen Bertreter zu bestellen, bei Zwangsetatistrungen zur Wahrung der Rechte des Areises bezw. des Amtsberbandes. (Urth. d. OBG. d. 18. Dez. 1889, Entich. Bb. XIX S. 111.)

§. 43. (Schleswig - Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei 1 g. 54 a.

§. 55. (Oftprovingen.)

Für die nach näherer Borschrift dieses Gesess ben Gemeinden und Gutsbezirken gemeinsamen Angelegens heiten stehen dem Amtsverbande die Rechte einer Kors poration zu. Die Rorporation wird nach Außen burch ben Amtsvorsteher vertreten.

Urkunden, welche das Amt verpflichten sollen, sind von dem Amtsvorsteher und mindestens einem Mitgliede des Amtsausschuffes unter Anführung des betreffenden Beschuffes des Amtsausschuffes zu vollziehen.

Die Kreise bilben nach § 2 Kommunalverbände mit ben Rechten einer Korporation; bie Amitsbezirke sind nach § 47 nur Berwaltungsbezirke, sie haben nur für die den Gemeinde- und Gutsbezirken gemeinsamen Angelegenheiten die Rechte einer Korporation. (Urth. d. Dertritb. b. 22. Rob. 1877, Enisch. 3d. 81. S. 134.)

§. 44. (Schleswig . Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 55.

§. 55 a. (Oftprovingen.)

Beschlüsse ber Amtsverbänbe, betreffend die Beräußerung von Grundfülden oder Immobiliarrechten, oder die Aufnahme von Anleihen, durch welche der Amtsverband mit einem Schuldenbestande belastet oder der bereits vorhandene Schuldenbestand vergrößert werden würde, bebürfen der Bestätigung des Kreisausschuffes. 1) Ohne diese Genehmigung 2) sind die bezeichneten Rechtsgeschäfte nichtig.

Bis zum Erlaß einer Landgemeindeordnung ist zur Aufnahme von Anleihen durch den Amtsausschuß die Justimmung sämmtlicher zu dem Amtsbezirke gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke nothwendig.

¹⁾ Gegen ben Befchluß finbet innerhalb zwei Boden bie Befchwerbe an ben Bezirtsansichuß ftatt. (§ 121 b. 28mG.)

²⁾ Genehmigung ift gleich Beftatigung.

*) Der Abs. 2 bes Paragraphen ist durch § 146 b. BGO. für die fieben östlichen Provinzen v. 3. Juli 1891 aufrecht erhalten worden, so daß nach wie vor zur Aufnahme von Anleihen die Zustimmung sämmtlicher zum Amtsbezirke gehöriger Gemeinde- und Gutsbezirke neben der Genehmigung des Areisausschusses nothwendig ist.

§. 45. (Chleswig - Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I S. 55 a.

Der Abf. 2 bes Baragraphen ift burd § 143 b. 2GD. für Schleswig Dolftein b. 4. Juli 1892 ausbrücklich aufrecht erhalten,

§. 55 b. (Oftprovingen.)

Der Rreisausschuß beschließt 1) an Stelle ber Auffichtsbebörbe: 2)

- 1) über bie Art³) ber gerichtlichen Zwangsvolls fixedung wegen Gelbforberungen gegen Amtsvers bände (§. 15 zu 4 bes Einführungsgeses zur Deutschen Civilprozesorbnung vom 30. Januar 1877. Reichs-Gesehl. S. 244):
- 2) über die Feststellung und den Ersat der bei Kassen und anderen Berwaltungen der Amtsverbände vorkommenden Desette nach Maßgabe der Bersordnung vom 24. Januar 1844 (Gesets Samml. S. 52).
- 3) über die verweigerte Abnahme ober Entlastung von Rechnungen der rechnungsstührenden Beamten.

Der Beschluß zu 2 und 3 ift, vorbehaltlich bes orbents lichen Rechtsweges, enbgültig.

1) Befcluß foll vorangeben, nicht mehr bas orbentliche Streit-

- 3) Die Worte: "an Stelle ber Auffichtsbehörbe" finb hingugefügt wegen ber Faffung bes Defettengef. b. 24. Jan. 1844.
- 3) Die Art ber gerichtlichen Zwangsvollstreckung wegen Gelbforberungen gegen Amtsverbände richtet sich nach § 33 Tit. 35 Th. I AGD., Anhang § 153 zu § 45 Tit. 24 Th. I und § 242 zu § 33 oit.; diese Bestimmungen sind unberührt geblieben.
- 4) Das Befolugberfahren foll gulaffig fein, weil in ber Sache felbft noch ber orbentliche Rechtsweg gulaffig ift.
- 3) Die Gleichmäßigkeit verlangt, diese Angelegenheit wenigstens zur Beschlußsache mit nachfolgendem Rechtsweg zu machen, obwohl selbst im Wegfalle des Verwaltungskreitverfahrens eine wesentliche Berschlechterung liege, indem der Rechtsweg nur beim Borhandensein eines Nanko zu beschreiten sei, die Decharge aber auch wegen Unklarbeiten und bergl. verweigert werden könne. (Ber. d. Rhg. S. 14.)

§. 46. (Schleswig-Holftein.)

Derselbe Wortlaut wie bei I &. 55 b.

§. 55 c. (Oftprovinzen.)

Die Aufsicht bes Staates über die Berwaltung ber Angelegenheiten der Amtsverbände wird') unbeschabet der vorstehenden Bestimmungen in erster Instanz von dem Landrathe') als Borsitzendendes Kreisausschuffes, in höherer und letzter Instanz von dem Regierungspräsidenten geübt.

Beschwerben bei ben Aufsichtsbehörben in Angelegens heiten ber Amtsverbände sind in allen Instanzen innershalb zwei Wochen anzubringen.

- 1) Der erfte Absatz ift burch § 5 b. Zust G. v. 1, Aug. 1883 eingefügt.
- 2) Der Lanbrath als Borfigenber bes Rreisausichuffes; er tann also bei ber Aufficht über bie Amisberbanbe nicht vom Rreisfetretar vertreten werben.

§. 47. (Schleswig Solftein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 55 c.

Amisvorfteber.

a) Berufung deffelben.

§. 56. (Oftprovingen.)

Der Amisvorsteher ') wird von bem Oberpräsibenten ') ernamt.

Die Ernennung erfolgt auf Grund von Borschlägen bes Kreistages, in welche aus der Zahl der Amtsange hörigen*) die zu Amtsvorstehern befähigten Personen aufzunehmen sind.

Lehnt ein Kreistag die Aufforderung des Oberpräsidenten zur Bervollständigung dieser Borschläge ab, so hat der Provinzialrath auf Antrag des Oberpräsidenten darüber zu beschließen, ob und welche Personen nachträglich in die Borschlagsliste aufzunehmen sind.

Die Ernennung erfolgt auf sechs Jahre. Der Amissvorsieher mird o) von dem Landrathe vereidigt. ")

In benjenigen Amisbezirken, welche nur aus einer Gemeinde ober einem selbstftanbigen Gutsbezirke bestehen, ift ber Gemeindes beziehungsweise Gutsvorsteher zugleich Amisvorsteher.

1) Der Landrath kann nicht als Amisvorsteher fungiren, weil bies unvereindar mit seiner Stellung ift. (MR. b. 20. Sept. 1873 und 7. Jan. 1874, MBC. S. 258.)

Rönigliche Oberförster beburfen gur Uebernahme bes Amtes als Amtsvorsteher ber Genehmigung bes Ministers für Landwirthsicht. (MR. b. 20. März 1874, MBI. S. 136, und Allerh. Erl. b. 7. Aug. 1878, GS. 1879 S. 25.)

- 9) Es ift ber Entschließung bes Oberpräfibenten überlaffen, welche ber seitens bes Areistages zu Amtsvorstehern vorgeschlagenen Bersonen er aus ber Zahl ber Amtsangehörigen zum Amtsvorsteher ernennen will. (MR. v. 30. Mai 1874.)
- 3) Amtsangehörige, d. h. die innerhalb des Bezirks wohnhaften Personen.
- 4) Das Borschlagsrecht bes Kreistages ift übrigens kein Wahlrecht. Derfelbe ist beshalb verpflichtet, bem Oberpräsibenten alle in den einzelnen Amtsbezirken vorhandenen Personen vorzuschlagen. Der Kreistag hat in seinen Borschlägen auch diesenigen Bersonen aufzunehmen, welchen einer der im § 8 Rr. 1 bis 4 angeführten, zur Ablehnung des Amtes eines Amtsvorstehers berechtigenden Entschuldigungsgründe zur Seite steht, nur soll der Landrath zur Bermeibung von Weiterungen durch Rückfrage bei diesen Personen seitschleilen, ob sie im Falle einer Ernennung den Entschuldigungsgrund geltend zu machen beabsichigen. (Instr. d. Min. d. J. v. 18. Jun 1873 zu Art. 4, 1 WW. S. 15.3.)

Der Oberpräfibent barf nur eine ber borgefclagenen Berfonen ernennen. (Sten.B. b. Abgh. S. 86 ff.)

5) Eine Ablehnung während ber die Borschläge des Areistages zur Ernennung des (Stellvertreters) Umtsborstehers erst vordereitenden Berhandlungen berechtigt noch nicht zur Berhängung der Folgen einer ungerechtertigten Ablehnung, denn der Oberpräfident ernennt den Amtsvorsteher bezw. den Stellvertreter; der Areistag hat nur Borschlagsrecht. (Urth. d. DBG. v. 29. Juni 1885, Enisch. Bd. XII S. 6.)

Bor Ablauf ber sechsjährigen Beriobe, für welche bie Amtsvorsteher und beren Stellvertreter ernannt werben, ist ber Areistag
von dem Oberpräsibenten zu neuen Borschlägen aufzusordern. In der Zwischenzeit bleibt es dem Ermessen des Oberpräsibenten überlassen, ob er bei einer nöthig werdenden neuen Ernennung seine Auswahl auf die vorhandenen Borschlagslisten beschränken oder den Areistag zu deren Bervollständigung veranlassen will. (Inftr. v. 18. Juni 1873.)

6) Amtsvorsteher find mittelbare Staatsbeamte, führen nicht bas Pradifat "Königlich". (MR. v. 15. Juni 1874, MBI. S. 159.)

Die Bestellungeurfunde für Amisborsteher und beren Stellvertreter find nach bem Stempeltarif zu bem Gejete vom 7. Marg 1822 ftempelfrei.

Die Amtsvorsteher haben bei Ausübung ihres Amtes einen Abler aus Silber ober filberähnlichem Metall auf ber linken Brusteite des Kocks ober an der Kopfbebechung zu tragen, oder auch Uniformmütze aus dunkelblauem Tuch mit dunkelblauem Sammetkreisen und der Prensischen Kokarde, über welcher der Abler zu befestigen ist, zu tragen. Die Anlegung ist nicht obligatorisch. (Cirk. d. Min. d. J. d. 17. Dez. 1878, MB. 1879 S. 1.)

Die Amisborfieher find befugt, ein Amissiegel zu führen, welches ben Breuhlichen Abler tragt und die Umschrift: "Amt bes Kreifes R. R.* (MR. b. 24. Sept. 1873.)

Die Amtsvorsteher find hilfsbeamte ber Amtsanwalticaft. (Gemeinschaftl. Berf. b. Jufin. u. b. Min. b. 3. b. 15. Sept. 1879.)

Das Gefet vom 24. März 1873 betreffend die Tagegelber und Keijekoften der Staatsbeamten findet auf Amtsvorsteher keine Anwendung. (MR. v. 16. Jan. 1875.)

7) Gibesnorm nach ber Berorb, b. 6. Mai 1867.

8) Einer ausbrücklichen Ernennung berfelben zu Amisvorstehern bebarf es nicht. (Inftr. v. 18, Juni 1973 zu Art. 4 Nr. 6.)

Neberschrift und §. 48. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 56.

b) Stellvertretung deffelben.

§. 57. (Oftprovingen.)

Für jeben Amtsbezirk wird nach ben für die Ersnennung des Amtsvorstehers geltenden Bestimmungen (§. 56)') ein Stellvertreter des letzteren ernannt.

Ist ber Amtsvorsieher an ber Wahrnehmung seiner Amtsgeschäfte verhindert, so hat der Stellvertreter dieselben zu übernehmen;) ber Landrath ist hiervon zu benachrichtigen, sobalb bie Berhinberung länger als brei Tage bauert.

Erlebigt sich bas Amt bes Amtsvorstehers, so tritt bis zur Ernennung seines Rachfolgers ber Stellvertreter für ihn ein.

Findet sich im Amtsbezirke keine zur Ernennung als Stellvertreter geeignete Person,3) so hat der Areisaussschuß die Stellvertretung einstweilen einem der benachbarten Amtsvorsteher, oder, nach vorherigem Ginvernehmen mit der städtischen Bertretung, dem Bürgermeister einer benachbarten 1) Stadt zu sibertragen. Gine gleiche Anordnung erfolgt sür den Fall des gleichzeitigen Abganges oder der gleichzeitigen Behinderung des Amtsvorstehers und seines Stellvertreters.2)

Ist der Amtsvorsteher bei der Erledigung eines Amtsgeschäftes. persönlich betheiligt,) so hat der Areisausschuß? den Stellvertreter oder einen der benachbarten Amtsvorsteher, beziehungsweise Bürgermeister, damit zu betrauen.

In ben Gemeinden, welche einen eigenen Amtsbezirk bilben, vertritt nach der Bestimmung des Kreisausschuffes einer der Schöffen den Gemeindevorsteher.) in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher.

In ben Fällen ber Absätze 5 und 6 ift ber Beschluß bes Kreisausschuffes endgültig. 10)

1) Der Stellvertreter ift also von bem Oberpräfibenten aus ber gahl ber von bem Kreistage vorgefchlagenen Amisbezirkangehörigen auf die Dauer von sechs Jahren zu ernennen. (Inftr. v. 18. Juni 1873.) Die Ernennung bes Amtsborftebers und beffen Stellbertreters erfolgt nach § 56 Rr. 4 auf fechs Jahre, jedoch fieht es nach § 8 Abf. 3 bem Ernannten frei, nach brei Jahren bas Amt nieberzulegen.

9) Die Obliegenheiten bes Amisvorstehers sind für ben Fall seiner Behinderung oder persönlichen Betheiligung bon seinem Stellbertreter, nicht aber vom Kandrathe wahrzunehmen. (MR. v. 15. Sept. 1875, MBI. S. 267.)

9) Bezüglich ber Ernennung bon Stellvertretern für kommiffartiche Amtsvorfteber werben bie Bestimmungen bes § 57

Abs. 1 und 4 analog zur Anwendung zu bringen sein.

Jeber Amtsvorfteber, sowie Burgermeifter einer Stadt in ben Fallen bes Absahes 4 ift gur zeitweiligen Bertretung eines benachbarten Amtsvorftebers berpflichtet im Sinne bes § 8. (MR. v. 14. Marz 1874, AB. S. 98.)

4) Unier "benachbart" ist nur angebeutet, baß ein Amisborsteher ober Bürgermeister berufen werden soll, welcher in der Rähe wohnt und nicht durch zu weite Entsernung an der Erlebigung des Auftrages behindert wird. (Urth. b. DBG. v. 30. März 1883, Entsch. Bb. X S. 357, und v. 8. Oft. 1884, Entsch. Bb. XI S. 319.)

3) Unter der Erledigung eines Amtsgeschäftes ist beim Mangel einer hinzugestigten Einschaftung die Erledigung eines jeden in den Wirfungstreis des Amtsvorstehers fallenden Geschäftes zu verstehen, ganz gleichgültig, ob die Thätigkeit des Beamten eine längere oder fürzere Zeit in Anspruch genommen wird. (Urih. d. OBG. d. 20. 30. Afra 1883. Entich. Bb. X. E. 357.)

9) Bei bem Ableben eines gemäß § 61 bestimmten Amisborseigers bebarf es anders, als im Falle des Ablebens desjenigen, welcher dei verschnlicher Betheltligung des Amisborstehers nach § 57 Abs. 5 b. Ard. vom Areisansschusse mit der Erledigung des berieffenden Amisgeschäftes betraut worden ist, keiner anderweiten Bestimmung seitens des Areisausschusses. Estritt viellmehr bei seinem Tode von selbst für ihn sein Stellverireter und nach Ernennung des Amisvorstehers der legtere ein; benn es handelt sich hier nicht um eine Sache des besonderen Bertrauens, die deshalb an die Berson des Berechtigten gernücht ist. (Urif. d. DBG. v. 20. Febr. 1895, Ensich, Bd. XIV_S. 250.)

Rux ein von dem allgemeinen Interesse verschiedenes, besonderes Privatinteresse des Amisvorstehers begründet bessen persönliche Betheiligung. (Urth. d. OBG. v. 10. April 1880, Entsch. Bd. VI. S. 359.)

Eine persönliche Betheiligung läßt fich noch nicht allein aus ber Thatsache herleiten, baß ber Amtsvorsteher als Gemeinbemitglieb bei der Bertheilung ber Rommunallasten betheiligt ift. (Urth. b. DBG. v. & Nov. 1880, Entsch. Bb. VII S. 139.)

Ein Amtsvorsteher, welcher am Orte, eine, wenn auch verpachtete Wirthschaft bestigt, oder selbs die Wirthschaft treibt, ift bei der Entscheidung eines Schankonzessischaft west für diesen Ort persönlich betheiligt. (Urth. b. DBG. v. 21. Okt. 1876, Entsch. Bb. I VI. 412 und d. 12. Okt. 1878, Entsch. Bb. IV S. 326.)

Ein Amtsborsteher, welcher das Biehtreiben auf einem von ihm als Privatweg in Anspruch genommenen Wege verbietet, ift persönlich betheiligt. (Urth. b. OBG. v. 24. Jan. 1877, Entsch. Bb. I S. 413.)

Ein Amtsvorsteher, welcher sich als Mitglieb ber Gemeinbe, in einer die Gemeinbe betreffenben Begebausache an einem Gemeinbebeschiligt, ist noch nicht personlich betheiligt. (Urth. b. DBG. v. 10. Ott. 1877, Entsch. Bb. II S. 255.)

Eine persönliche Betheiligung ist noch nicht ohne Weiteres gegeben, wenn ber Amtsvorsteher mit einer Zuckerfabrik in Berbindung steht. (Urth. b. OBG. v. 20. März 1883, Entsch. Bb. X S. 357.)

7) Der stellvertretenbe Amisborsteher tritt nicht ohne Wetteres an Stelle bes persönlich betheiligten Amisborstehers, sondern nur auf Grund der Anordnung des Arcisausschusses. (Urth. d. OBC. v. 8. Ott. 1884, Entsch. Bd. XI S. 219.)

Ramens bes Kreisausschuffes barf auch ber Borstigenbe besselben bie Berufung bes Stellvertreters ergehen lassen, wenn ber Hall keinen Aufschuf zuläht. (WR. v. 15. Sept. 1875, MBI. S. 267, und Urth. d. OBS. v. 20. März 1883, Emisch. Bd. X. S. 357.)

9) Durch bie Bestimmungen im Absat 5 find die gesetslichen Borschriften abgeandert, wie 3. B. § 1 Abs. 3 b. Ges. v. 24. April 1854, betreffend die Berletzung der Pflichten des Gesindes u. s. w.,

wonach in Fällen ber perfönlichen Betheiligung ber Bokalpoligeibehörbe ber Landrath eintreten sollte. Auch in anderen polizeilichen Angelegenheiten, 8. B. Bau- und Wegesachen, in welchen nach frühren Bestimmungen ber Landrath einzutreten hatte, findet jest ble Bestimmung bes 5. Absahes ftatt. (MR. v. 15. Sept. 1875, MBI. S. 267.)

Amisborsteher und Bürgermeister, benen bom Kreisausschusse bie Bertretung bes Amisborstehers eines benachbarten Amisbesirkes übertragen ift, saben gegen biesen Bezirk keinen Anfpruch auf Bergütung für bie ihnen aus ber Stellvertretung erwachsende Mühewaltung, sondern nur auf Fnischbungn für wirkliche bermögensrechtliche Aufwendungen. (Urth. d. OBG. d. 22. April 1885, Entsch. 3d. XU C. 35.)

Das Eingreifen ber polizeilichen Aufsichtsbehörbe, des gandraths, an Stelle der nachgeordneten Ortspolizeibehörde (des Amtsborftebers), unmittelbar ihrerfeits Anordnungen zu treffen, bildet die Ausnahme von der Regel, welche eben deshalb einer besonderen Begründung bedarf, und welche nur da gerechtfertigt erscheint, wo der im öffentlichen Interesse zu erreichende Zwed auf andere Weise nicht sicher gestellt werden kann. (Urih. d. DBG. v. 20. März 1883, Knifc. Bd. XV. S. 357.)

Erreicht das Hauptamt eines Amisvorstehers ober Bürgermeisters, welcher mit der Bertretung eines persönlich betheiligten Amisvorstehers beauftragt ift, seine Endschaft, so hört auch das Recht zur Fortführung der Bertretung auf. (Urth. b. DBG. v. 28. Mai 1887, Entsch. Sdb. XV C. 328.)

Der Stellverireter eines gemäß § 32 fungirenden stellveriretenden Gutsvorstehers ist, wenn dieser im Falle des § 56 Abs. 5 zugleich als Amtsvorsteher fungirt, nicht ohne Weiteres zu dessen Stellveriretung auch in der Funktion als Amtsvorsteher befugt, bielmehr ist, wenn eine solche Stellvertretung nötigig wird, nach § 57 zu versahren. (MR. b. 26. März 1881 und 21. Dez. 1887 RBI. 1888 S. 102.)

Der Inhaber eines Gutsbegirtes ift nicht befugt, für ben bon ihm ernannten fiellvertretenben Gutsvorsteber, welcher im Jalle bes § 56 Abf. 5 gugleich Umisvorsteber ift, noch einen Stellvertreter bes

Sutsvorsiehers zu ernennen, welcher auch als Stellverireter best letteren in seiner Eigenschaft als Amtsvorsieher zu fungiren hat. Wenn in einem solchen Falle von dem Areistage ein Stellverireter für den Amtsvorsieher des aus einem Guisdezirke bestehenden Amtsbezirkes aus der Zahl der Amtsangehörigen nicht vorgeschlagen werden tann, so siehen das § 57 dem Areisausschusse zu, einem benachbarten Amtsvorsieher die Stellvertretung zu übertragen, welcher bieselbe nicht ablehnen darf. (MR. d. 24. März 1874, MBI. S. 100.)

- 9) Der Rreisausichuf hat ben Schöffen gu bestimmen, welcher bie Stellbertretung gu übernehmen hat.
- 10) Rur in den Fällen der Abstütze 5 und 6 ift der Beschliß des Kreistages endgültig, d. h. es sindet keine Beschwerde statt. Die Endsgültigkeit des in Gemäßheit des § 57 Abs. 5 gesaßten Beschlinses sieht einer Brüfung der Legitimation des dadurch berusennen Berrieters des öffentlichen Interesses seinen Berwaltungsrichters nicht entgegen. (Urth. d. OBG. d. 7. Des. 1880, Entsch. Bb. VIII S. 184.)

In ben Fallen bes Abf. 4 finbet Befcwerbe ftatt.

Ueberschrift und §. 49. (Schleswig-Polftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I \S . 57, nur im Absat 1 "(\S . 48)", unb

im Absat 6 statt Schöffe "einer ber Stellvertreter".

Beftellung tommiffarifder Amtsvorfteber.

§. 58. (Oftprovingen.)

Ist nach ber Erklärung bes Kreistages für einen Amisbezirk weber eine zum Amisvorsteher geeignete¹) Person zu ermitteln, noch bie zeitweilige Wahrnehmung ber Amisverwaltung burch ben Borsteher eines benachs barten Amisbezirkes²) ober burch den Bürgermeister einer benachbarten Stadt thunlich, so bestellt ber Obers präsibent auf Borichlag bes Kreisausschusses einen kommissarischen Amtsvorsteher.3)

:!

:

ď,

ç

Für die Uebernahme ber Berwaltung eines benachs barten Amtsbezirkes burch einen Bürgermeister ist die Zustimmung der fichtischen Bertretung erforderlich.

Sofern die Berhältniffe es gestatten, kann ein kommiffarischer Amtsvorsteher mit der Berwaltung zweier ober mehrerer Amtsbezirke gleichzeitig beauftragt werden.

- 1) b. h. teine hierzu befähigte und verpflichtete bezw. bereite Berfon.
- 3) Die zeitweilige Uebertragung ber Amtsverwaltung kann nur mit Einwilligung bes betreffenben Amtsvorstehers erfolgen, währenb jeber Amtsvorsteher zur zeitweiligen Bertretung bes benachbarten Amtsvorstehers verpflichtet ift. (MR. b. 14. Mars 1874, MBl. S. 98.)
- 3) Bei ber Auswahl ber kommissarischen Amtsvorsteher wird mit besonderer Sorgsalt zu verfahren, und werden hierbei nur solche Personen zu berücksichtigen sein, deren geschäftliche Borditbung, Integrität und soziale Stealung zu Bedenken keine Beranlassung ziebt. Was die Bestellung anbertist, so wird nach den in jedem Falle obwaltenden Berhältnissen auf Borschlag des Areisausschusses zu bestimmen sein, ob dieselbe auf Ründigung, auf eine bestimmte Zeit oder auf Lebenszeit zu erfolgen hat, und ob in dem lezteren Falle, eventuell nach welchen Grundlägen, ein Anspruch auf Benston zu gewähren ist. Ein solcher Pensionsanspruch darf jedoch nur unter Zustimmung der Bethelligten eingeräumt werden. (Instr. d. Min. d. 3. d. 1. 18. Nunt 1878. MBL. S. 153.)

Die Musfertigung ber Ernennungs-Urfunden für bie Amtsborfieber und beren Stellbertreter geschieht nach bem Stempeltarif gu
bem Gelebe b. 7. Mars 1839 ftempelfrei.

4) Daß bie von einem sommissarischen Amtsborfteber gleichzeitig zu verwaltenben zwei ober mehreren Amtsbegirte ein zufammenhängenbes Flächengebiet umfassen, erscheint nicht unbebingt erforberlich. Nur muß ber Amtsith für ben tommissarischen Amtsvorsteber so gemählt werben, daß ber amtliche Bertehr zwischen ihm und ben Bewohnern ber einzelnen Ortschaften ber unter seiner Berwaltung vereinigten Amtsbezirfe leicht und ohne Belästigung für ben einen, wie für ben anberen Theil stattfinden kann. (Inftr. b. 18. Juni 1873.)

Der Rostenersparnis wegen wird es sich empfehlen, das Amt eines tommissarischen Amtsborstehers einem Staats- ober Rommunalbeamten als Rebenamt zu übertragen.

Beftellung tommiffarifder Amtsvorfteber.

§. 50. (Schleswig-Holftein.)

Falls ber Oberpräsident den sämmtlichen nach §. 48 Absat 2 und 3') gemachten Borschlägen keine Folge geben will, so bedarf es hierzu der Justimmung des Provinzialsrathes. Lehnt der Provinzialsrath die Justimmung ab, so kann dieselbe auf Antrag des Oberpräsidenten durch den Minister des Innern ergänzt werden.

Wenn in Gemäßheit bieser Bestimmungen ben ges bachten Borschlägen keine Folge gegeben wird, ober Bors schläge für die Ernennung eines Amtsvorstehers nicht ges macht sind, und auch die zeitweilige Wahrnehmung der Amtsverwaltung durch den Borsteher eines benachbarten Amtsbezirks oder durch den Bürgermeister einer benachs barten Stadt nicht thunlich ist, so bestellt der Oberpräsident nach Anhörung des Kreisausschusses einen kommissarischen Amtsvorsteher.

Für die Uebernahme der Berwaltung eines benachs barten Amisbezirkes durch einen Bürgermeister ist die Zusstimmung der städtischen Bertretung erforderlich.

Sofern die Berhältniffe es gestatten, kann ein koms missarischer Amtsvorsteher mit der Berwaltung zweier ober mehrerer Amtsbezirke gleichzeitig beauftragt werden.2)

- 1) Benn also ber Oberpräfibent teine ber vorgeschlagenen Bersonen jum Amtsborfteber machen will, ober wenn ber Areistag bie Bervollftändigung ber Borschlagslifte ablehnt.
 - 2) Chenfo wie in ber alten Rreisordnung.

Obliegenheiten bes Amtsvorftehers.

§. 59. (Oftprovingen.)

Der Amisvorfteber verwaltet:

- 1) bie Polizei, 1) insbesondere die Sicherheits, 2) Ordnungs., 3) Sitten., Gesundheits., Gesinder, Armen., Wege., 4) Wasser, 5) Feld., Forst., Fischereis, Gewerber, 9) Bau., 1) Feuerpolizei u. s. w., soweit sie nicht durch besondere Gesete.) dem Landrathe oder anderen Beamten übertragen ist;
- 2) bie fonftigen öffentlichen Angelegenheiten bes Amtes nach naberer Borfchrift biefes Gefeges.)

Unter ber nach Jiffer 1 bem Amtsvorsteher überstragenen Wafferpolizei ist bie Strome, 10) Schifffahrtssund Hafenpolizei nicht begriffen.

1) Der Amtsvorsteher hat die örtliche Boligei zu verwalten. Die Befugnisse der Landespoligei werden burch § 59 nicht berührt. (MR. v. 24. Marg 1877, MBl. S. 117.)

Die vorgeseste staatliche Behörbe, zunächst ber Landrath, hat nicht ohne Weiteres, sondern nur in dringenden Fällen das Recht, die Funktionen des Amisvorstehers an sich zu ziehen und hierdurch in die gesehlich geordnete Zuständigkeit des leisteren einzugreisen. (MR. d. 18. Sept. 1875. MR. S. 267.)

Boligeiliche Befugniffe bes Amisborftebers finb:

- a) Erlag von polizeilichen Berfügungen.
- b) Boligeiliches Ginfdreiten nach § 60.
- c) Anwenbung polizeilicher Zwangsmittel. (§§ 132 ff. b. LBmG.)

Der die Ansechtung polizeilicher Berfügungen des Regierungspräfibenten regelnde § 130 d. MBwG. findet teine Anwendung auf ftrom- und schiffahrisholizeiliche Anordnungen eines gemäß § 138 a. a. D. als besondere Behörde zur Wahrnehmung bieser Zweige ber Polizeiverwaltung bestellten Regierungspräfibenten. (Urth. b. DBG. b. 24. Oft. 1887, Entich. Bb. XV S. 339.)

- d) Erlaß von Polizeiverordnungen. (§ 62 d. Ard. und §§ 5 ff b. Gef. v. 11. März 1850.)
- e) Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Uebertretungen. (§§ 453 ff. d. Str&D und Gef. v. 23. April 1883.)
- f) Bahrnehmung ber Funktionen eines hilfsbeamten ber gerichtlichen Polizei. Die Amisborfteber find zu folden hilfsbeamten ernannt burch Reffr. b. 15. Sept. 1879. (MBL S. 265.)
- 3) Wer ein Transportgewerbe betreibt, ift berpflichtet jur Herftellung berjenigen Anftalten, welche im gefundheits- und fittenpolizeilichen Interesse erforderlich werben. (Urth. b. DBG. v. 2. Juli 1879, Entsch. Bb. VII S. 389.)
- 4) Die Ortspolizeibehörden find zuständig, die Unterhaltung vorhandener, über öffentliche Flüsse führende Wege im verkehrspolizeilichen Interesse zu überwachen. (Urth. b. OBG. v. 26. Sept. 1889, Entsch. Bb. XVIII S. 225.)

Brivathersonen sind nicht legitimirt, einen Weg, bessen Eigenschaft als öffentlicher ober als Privativeg fireitig ift, für den öffentlichen Bertehr in Anspruch zu nehmen und auf Erhaltung öffentlicher Wege in ordnungsmäßigem Zustande zu klagen. (Urth. d. 186.) b. 20. Febr. 1878, Entsch Wh. III S. 186.)

- 3) Die Amtsborsteher sind zuständig, Räumungsanordnungen in nicht öffentlichen Flüssen zu tressen, auch im Bezirke eines Delch-verbandes. (Urth. d. OBG. v. 20. Febr. 1893, Entsch. Bb. XXIV S. 250.)
- 4) Die Bolizeibehörde ift berechtigt, zwangsweise bie öffentliche Anklindigung eines Gewerbebetriedes zu hindern, zu welchem die erforderliche Erlaubnig nicht ertheilt ift. (Urth. b. DBG. v. 1. Aug. 1876, Entich. Bb. I S. 319.)
- 7) Die Ertheilung ber Bauerlaubnig für Bauten an Chauffeen und Gifenbahnen, fowie für ben Bieberaufbau einer Mehrheit bon abgebrannten Gebauben bleibt binfort bem Amisvorfteber überlaffen. Die Amtsvorfteber haben jeboch bie Bauerlaubnig an Chauffeen und Gifenbahnen bor Ertheilung bes baubolizeilichen Beideibes ben Sanbrathen borgulegen, welche in Anfebung berfelben nach wie bor bie ihnen bon ber Staatsregierung übertragenen Obliegenheiten mabraunehmen haben und bemgemäß burch Berfügung an ben Amtsvorfteber über bie Bebingungen befinden, bie bom Standpunfte bes dauffee- und eifenbahnpolizeilichen Intereffes geftellt werben muffen. Dem Bauluftigen wirb unter Berudfichtigung biefer Berfügung bon bem Umteborfteber ein Beicheib ertheilt, welcher feinen Ameifel barüber lagt, bon melder Stelle bie ber Bermeigerung ober Ginfdrantung ber Bauerlaubnik aur Unterlage bienenbe polizeiliche Berfügung ausgeht. (Cirf. b. Min. b. 3. v. 4. April 1890, MBI. S. 64.)

Die Ertheilung ber erforderlichen Genehmigung steht bei kirchlichen Begräbnispläten dem Minister der geiftlichen pp. Angelegenheiten, bei nicht kirchlichen Begräbnispläten der Ortspolizeibehörde zu, soweit nicht eiwa die Landespolizeibehörde bei Jandbabung des polizeilichen Schutes der Begräbnisordnung als eines Theiles ber äußeren kirchlichen Ordnung konkurrirt. (Urif. d. DBG. v. 13. Dez. 1890, Enisch. 285. X. S. 411.)

- 6) Solche Befete finb:
- a) Die Bestimmung bes zweiten Abfanes bes § 59.
- b) Die Bestrafung ber Chausseebolizei-Kontraventionen ist bem Landrathe bezw. ber städisischen Ortspolizeibehörde übertragen. (ofr. 6 10 d. Regul. v. 7. Juni 1844, GS. S. 167.)

- o) Die Jagbpolizei ift bem Lanbrathe tibertragen. (ofr. §§ 7, 14 ff. bes Jagbpolizeiges, v. 7. März 1850 und Urth. b. OBG. v. 17. März 1881, Entsch. Bb. VII S. 246.)
- d) Rach § 2 bes Gefetes, betreffend bie Ausführung bes Reichsgesetes über bie Abwehr und Unterbrüdung von Reichsseuchen v. 12. März 1881, ift ber Landrath befugt, die Amtsverrichtungen ber Ortsvolizeibeborbe für ben einzelnen Seuchenfall zu übernehmen.
- 0) § 46 b. Fischereiges. b. 30. Mai 1874 läßt die Uebertragung ber Boligei an besonders angestellte Beamte au.

Beauffichtigung ber Binnenfischeret, ber Schonreviere und ber Fischpässe tann burch besondere vom Staate angestellte Beamte ausgestbt werben. (MR. b. 17. April 1883, MBI. S. 166.)

- 1) Rach §§ 196 ff. b. Allg. Berggef. v. 24. Juni 1865 üben bie Bergbehorben bie polizeilichen Befugniffe.
- g) § 23 bes Gefetes über die Etfenbahnunternehmungen b. 3. Rob. 1838 überläßt die Handhabung der Polizei der Gefellschaft bezw. den von derfelben zu beauftragenden Beamten.
- h) Rach § 29 bes Allerh. Erl. v. 14. Rob. 1853, betr. die allgemeinen Bestimmungen für fünftig zu erlassende Deichstatuten, führt ber Deichhauptmann die örtliche Bolizei.
- i) cfr. § 7 bes Lanbstraßen- und Wegereglements für bas Herzogihum Schleften und bie Grafschaft Glas vom 11. Jan. 1767.
- k) ofr. Ebift wegen Berrichtung ber Fuhren- und haubbienfte bei Reparirung ber Wege im ehemaligen herzogthume Magbeburg vom 14. Juli 1742.
- Buftandigkeit ber Landrathe zur Beriheilung und Anordnung ber Dienste auf die Dörfer. (Urth. b. DBG. b. 5. Oft. 1887, Entsch. Bb. XV S. 294.)
- 9) Wenn ble Berfügung ihrem Wortsatte und Inhalte nach die Unterhaltung eines öffentlichen Weges bezweck, so verliert fie lediglich dadurch, daß fie gleichzeitig auch anderen, 3. B. sandeskulturober feuerpolizeilichen Bedürfniffen entspricht, den Charakter einer wegepolizeilichen Anordnung um so wenigen, als die Wegepolizeil außer den Berkehrs- auch alle übrigen der polizeilichen Obhut andertrauten öffentlichen Interessen zu verlächschigen hat. (Urth. d. OBC. v. 26. Sept. 1888, Entsch. BD. XVII S. 292.)

Die Ard. enthält keine Bestimmung, wodurch bem Amtsborsteher das Recht gur selbstständigen exekutivischen Beitreibung öffentlicher oder ben öffentlichen gleich zu achtender Abgaben und zeistungen, mögen dieselben nun an den Staat, die Rommune, die Kirche, die Schuse oder beren Diener zu entrichten sein, eingerüumt wird. (Urif. b. DBG. d. 13. Jan. 1877, WBI. S. 88.)

Unter ber Bafferpolizei ift bie Strom- und Schiffspolizei nicht mitbegriffen, (Urth. b. OBG. v. 7. Rov. 1877, Entich. Bb. III S. 211.)

Ueberschrift und §. 51. (Schleswig-Holstein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 59.

§. 60. (Oftprovingen.)

Der Amtsvorsteher hat das Recht und die Pflicht, ') ba, wo die Erhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit sein Einschreiten nothwendig macht, das Erforderliche anzuordnen und ausstühren zu lassen.

1) Anbem 6 60 ausbrücklich bas Recht und bie Bflicht ber Amts. borfteber gur Anordnung und Ausführung bes Grforberlichen in ber ihnen im 6 59 übertragenen Bolizeiverwaltung feststellt, ift bamit gum flaren Musbrud gefommen, bag ber Amtsvorfteber bie örtliche Boligei felbftftanbig und mit eigener perfonlicher Berantwortlichfeit, nicht alfo nur als Organ einer hoberen Inftang, wie etwa ber Gemeinbe- ober Guisporfteber als Organ bes Amisborftebers (66 29, 80) vermaltet. Daraus folgt als Regel, baf bie bobere Inftang nicht bie Funttionen ber Amtsvorfteber an fich gieben tann, ba bierburch in bie gefestlich geordnete Ruftanbigfeit bes letteren eingegriffen merben murbe; nur infomeit gestattet bas Gefet einen berartigen Uebergriff, als ohnebies bie Amede ber burch baffelbe gleichfalls geordneten Aufficht nicht erfüllt werben tonnen. b. b. für biejenigen Falle, in benen, fei es wegen befonberer Dringlichfeit, fei es aus anberen, in ber Berfon bes Amtsborftebers unb beffen Stellbertreters ober in faclichen Momenten berubenben Brunben - ber im öffentlichen Intereffe polizeilicherfeits au erreichende Erfolg nicht auf dem als Regel gegebenen Wege der Auweisung zum Zwecke der Ausführung durch die Ortspolizeiverwalter, sondern mit Sicherheit nur durch das unmittelbare Einschreiten der Aufsicksinstanz erwartet werden kann. (Urth. d. OBG. v. 9. Juni 1877, Entsch Bb. II S. 415.)

⁹⁾ Die Zwangsbefugnisse find im § 132 b. LBwG. v. 30. Juli 1883 gegeben: Erwirtung einer Danblung burch Ausführung burch einen Dritten auf Rosten bes Berpflichteten, Androhung und Fessehung bon Gelbstrasen bis zur Döhe von 60 Mart, event. Dassiftrase bis zu einer Woche, unmittelbarer Zwang, wenn die Anordnung ohne einen solchen nicht aussiührbar ift, z. B. bei Feuers- und Wassersackate.

Die Amisberbanbe find befugt, polizeiliche Exetutivbeamte anauftellen. (MR, v. 20. März 1874, MBI, S. 99.)

§. 52. (Schleswig-Bolftein.)

Derselbe Wortlaut wie bei I &. 60.

S. 61. (Oftprovingen.)

Der Kreisausschuß bestimmt enbgültig 1) benjenigen Amtsvorsteher, beziehungsweise Bürgermeister, welcher die in Bezug auf die öffentlichen Wege 2) nothwendigen Ans ordnungen zu treffen hat, wenn die Betheiligten versschiedenen Amtsbezirken, beziehungsweise Amtss und Stadts bezirken angehören.3)

Diese Bestimmung findet gleichmäßig Anwendung auf die in Borfluths: und anderen polizeilichen Angelegens heiten zu treffenden Anordnungen.

1) Enbgültig, b. h. es ift Befdwerbe nicht gulaffig.

9) Die Bolizet über bie Chaussen fallt nicht bem Amtsborfteber gu, sonbern verbleibt in berfelben Ausbehnung wie bisher ber Regierung bezw. bem Regierungspräsibenten und dem Landrathe. (Ber. b. Rom. b. QQ. S. 10.)

- 9) Ein Amtsborfteber ift zu ben nothwendigen Anordnungen bezüglich eines in zwei Amtsbezirken laufenden Weges ohne besondere Bestimmung des Areisausschusses zuftändig, wenn er die Amtsborstedergeschäfte beider Amtsbezirke zu führen hat. (Urth. d. OBG. v. 3. Febr. 1891, Entsch. Bb. XX S. 215, und v. 4. Rob. 1890, Entsch. 3. Bb. XX S. 221.)
- 4) Die Borschrift, wonach es ber besonderen Bestimmung eines sum Ersasse wegepolizeilicher Anordnungen zuständigen Amtsborschers oder Bürgermeisters dann bedarf, wenn die Betheisigten derschiedenen Amtsbezirken bezw. Amts- und Stadtbezirken angebren, setz voraus, daß der Weg, in Bezug auf welchen polizeilig einzuscherien ist, zu verschliedenen Amts- bezw. Stadtbezirken gehört. (Urth. b. OBG b. 11. Juli 1892, Entsch. Bb. XXIII S. 175.)

§. 53. (Schleswig-Bolftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 61.

§. 62. (Oftprovingen.)

Das burch die §§. 5ff.¹) des Gesets vom 11. März 1850 (Gesets:Samml. S. 265) der Ortspolizeibehörde für dem Umfang einer Gemeinde ertheilte Recht zum Erlaß von Polizeifirasverordnungen wird auf den Amtsvorsteher mit der Maßgabe übertragen, daß er nicht nur für den Umfang einer einzelnen Gemeinde oder eines einzelnen Gutsbezirks, sondern auch für den Umfang mehrerer Gemeinden oder Gutsbezirke und für den Umfang des ganzen Amtsbezirks unter Zustimmung des Amtsaussichusses), auch im Falle des §. 7°) des Gesetses, derartige Berordnungen zu erlassen befugt ist.4)

Berfagt ber Amtsausschuß die Buftimmung, fo kann bieselbe auf Antrag bes Amtsvorstehers burch Beschluß

bes Areisausschuffes erganzt werben. Der Beschluß ift enbaultig.

- 1) Rach § 5 b. Gef. v. 11. März 1850 sind die mit der örtlichen Polizeiverwaltung beauftragten Behörden befugt, nach Berathung mit dem Gemeindevorstande, ortspolizeiliche, für den Umfang der Gemeinde gültige Borschriften zu erlassen und gegen die Richtbefolgung derselben Geldstrasen bis zum Beitage von 9 Mark, mit Genehmigung der Bezirksregierung bis zu 30 Mark, anzudrohen. Rach § 6 l. c. gehören zu den Gegenständen der ortspolizeilichen Borschriften:
 - a) ber Sous ber Berfonen unb bes Gigenthums;
- b) Orbnung, Siderheit und Leichtigkeit bes Berkehrs auf öffentlichen Stragen, Wegen und Blagen, Bruden, Ufern und Gewöffern:
- o) ber Marktverkehr und bas öffentliche Feilhalten bon Rahrungsmitteln;
- d) Orbnung und Gefehlichteit bei bem öffentlichen Zusammenfein einer größeren Angabl von Personen;
- o) bas öffentliche Intereffe in Bezug auf bie Aufnahme und Beherbergung von Fremben, bie Wein-, Bier und Kaffeewirthschaften und sonftigen Ginrichtungen zur Berabreichung von Speifen und Getränken;
 - 1) Sorge für Leben und Befunbheit;
- g) Fürforge gegen Feuersgefahr, bei Bauausführungen, sowie gegen gemeinschäbliche und gemeingefährliche Handlungen, Unternehmungen und Ereigniffe überhaupt;
- h) Schutz ber Felber, Biefen, Beiben, Balber, Baumpflanzungen, Weinberge u. f. w.;
- i) alles Anbere, was im befonderen Intereffe ber Gemeinben und ihrer Angehörigen polizeilich geordnet werben muß.
- 9) In benjenigen Amtsbezirken, welche nur aus einer Gemeinbe bestehen, nimmt die Gemeindeversammlung bezw. Gemeindever tretung die Geschäfte des Amtsausschusses wahr, und wenn zu ben Besugnissen des Mutsausschusses auch die Beschünftafiung über diejenigen Polizeiberordnungen, welche der Amtsvorsteher unter Mit-

wirtung bes Amisausschuffes zu erlassen befugt ift, gerechnet ift, so werben die Geschäfte des Amisausschuffes durch die Gemeindebersammlung bezw. Gemeindevertretung wahrgenommen. (Urth. b. Obertrib. d. 16. Auni 1876. MBI. S. 203.)

9) Rach § 7 1. 0. ift gu Berordnungen über Gegenftanbe ber landwirthichaftlichen Boligei bie Buftimmung ber Gemeinbebertretung erforberlich.

4) Ueber bas Polizeiverordnungsrecht hanbeln bie §§ 136 ff. bes RBinG.

S. 54. (Chleswig-Bolftein.)

Das durch die §§. 5 ff. der Berordnung vom 20. September 1867 (Geset Samml. S. 1529) beziehungsweise des Lauendurgischen Gesetzes vom 7. Januar 1870 (Ofst. Bochenbl. S. 13) der Ortspolizeibehörde u. s. w., berselbe Bortlaut wie in dem §. 62 bei I.

§. 63. (Oftprovingen.)

Der Amtsvorsteher hat in ben seiner Berwaltung ansheimfallenben Angelegenheiten bas Recht ber vorläufigen Straffestiezung nach ben Borschriften bes Gesetzes vom 14. Mai 1852. (Gesetz-Samml. S. 245.)

An die Stelle dieses Gesetzes ist das Geset, betreffend den Grlaß polizeillicher Strasverfügungen wegen Uebertretungen, bom 23. April 1883 (GS. S. 66) getreten, welches folgenden Indalt hat:

§. 1. Wer die Polizeiverwaltung in einem bestimmten Bezirke auszuüben hat, ist befugt, wegen der in diesem Bezirke verübten, in seinen Verwaltungsbereich fallenden Uebertretungen die Strafe durch Verfügungen festzusetzen, sowie eine etwa verwirkte Einziehung zu verhängen. Die polizeiliche Strafverfügung ist auch gegen Beschuldigte im Alter von 12 bis 18 Jahren zulässig.

Wird Geldstrafe festgesetzt, so ist zugleich die für den Fall des Unvermögens an die Stelle der Geldstrafe tretende Haft zu bestimmen.

Die festzusetzende Geldstrafe darf den Betrag von 30 Mark, die Haft, auch wenn sie an die Stelle einer nicht beizutreibenden Geldstrafe tritt, die Dauer von drei Tagen nicht überschreiten. Erachtet der Polizeiverwalter eine höhere Strafe für gerechtfertigt, so muss die Verfolgung dem Amtsanwalte überlassen werden.

Hierzu Ausführungs-Anweisung v. 8. Junt 1883 (GS. S. 65 ff.) §§ 7—8: § 1. Die Besugniß jum Erlasse der polizeilichen Strafverfügung steht berjenigen Befor ober berjenigen Behörde, welche bie Bolizeiberwaltung in einem bestimmten Bezirke auszuüben hat, wegen der in diesem Bezirke innerhalb ihres Berwaltungsbereichs begangenen Uebertretungen zu.

Ift gesetlich die Berwaltung der Polizei für einzelne Gegenftände, wie die der Hafen-, Strom- und Schifffahrtspolizet, die Deich-, Gisenbahn- und Chaussexpolizet, nicht der Polizeibehörde des Orts. sondern einer besonderen Behörde übertragen, so gebührt nur dieser die Befugniß zur polizeilichen Strasversigung wegen der innerhald ihres Bezirks begangenen Uebertretungen derzenigen Strasvorschriften, welche die ihr übertragene besondere Polizeiverwaltung betreffen.

Bas nachstehenb für Bollzeiverwalter bestimmt ift, finbet ba, wo die Polizei nicht von einzelnen Personen, sonbern von Behörden verwaltet wird, in gleicher Beise auf die letteren Anwendung.

§ 2. Wenn auch ber § 1 bes Gefetes bem Polizeiverwalter nicht die Berpflichtung auferlegt, sondern nur die Befugniß verleiht, polizeiliche Strafversügungen wegen Uebertretungen zu erlassen, so hat doch der Bolizeiverwalter zur Wahrung der polizeilichen Interessen allen dazu geeigneten Fällen von der gedachten Befugniß Gebrauch zu machen, da sonst daher in seben werbes bereitelt werden würde. Derselbe hat daher in sebem einzelnen, zu seiner Renntniß gelangenden Falle einer in seinem Berwaltungs-

bereiche begangenen Uebertretung zu prüfen, ob er felbst eine polizeiliche Strafberfügung zu erlaffen oder bie Sache an ben Amtsamwalt zur gerichtlichen Berfolgung abzugeben hat.

Des Erlasse einer polizeilichen Strasverfügung hat ber Bolizeiberwalter sich zu enthalten, wenn er die Anwendung eines seine Kompetenz übersteigenden Strasmaßes für angezeigt erachtet (Abs. 3 § 1 des Gesehes), oder wenn er in Ersarung bringt, daß der Amisanwalt bereits Schritte zur gerichtlichen Berfolgung einer Ueberrietung gethan hat. Dasselbe gilt von allen benjenigen Fällen, in welchen der Polizeiverwalter ein persönliches Interesse an dem Ausgange der Sache hat.

Berechtigt ift ber Bolizeiverwalter, von bem Erlaffe einer polizeilichen Strafverfugung abzuschen, und die Berfolgung dem Amtsanwalt zu überlaffen, wenn er es wegen der Zweifelhaftigkett des Falles in Betreff ver Feststellung des Kpatbestandes oder der Auslegung der Strafvorschrift oder aus einem sonstigen besonderen Erunde im Einzelfalle für angemessen erachtet.

- § 3. In ben hiernach nicht ausgenommenen Fällen hat fich ber Bolizeiverwalter, wenn er von einer in feinem Amtsbereiche vorgefallenen Uebertretung Renntniß erhält, zunächft bavon, zu welcher Beit, wie und von wem fie verübt ift, lleberzeugung zu verschaffen.
- § 4. Dat er die Uebertretung selbst wahrgenommen, ober die Ueberzeugung davon durch amtliche, auf eigener Wahrnehmung des Angeigenden beruhende, oder durch Angaben glaubwürdiger Zeugen unterfrützte Anzeigen oder Protokole eines Beamten erlangt, so bedarf es weiterer Nachforschungen nicht, sofern nur daraus die zur Strafversügung ersorberlichen Umftande (§ 10) hervorgehen.
- § 5. Ebenso wird es, falls er anderweitig von einer Uebertretung Kenntniß erhält, in der Regel genügen, wenn er die Uebertretung auf glaubhafte Weise in Ersahrung gebracht hat und minbestens eine glaubwürdige Person sie bezeugen kann.
- § 6. Erachtet ber Bolizeiverwalter, um die erforderliche Ueberzeugung von der Uebertretung oder von den Mitteln zu ihrem Beweise zu gewinnen, dennoch Ermittelungen für nötzig, so hat er diese auf die kürzeste, dadei aber hinreichend zuverlässige Art zu

veranlaffen. Er ift hierbei an teine Formlichteit, auch nicht an ein protofollarifches Berfahren gebunben.

Bu eiblichen Bernehmungen von Zeugen ift er nicht berechtigt. Beugenvernehmungen, burch welche Roften erwachsen, find zu unterlaffen.

- § 7. Ueber die polizeilichen Strafverfügungen wegen Uebertretungen ift eine Strafliste mit für jedes Ralenberjahr fortlaufenden Rummern zu führen.
- § 8. Findet der Polizeiverwalter den zu seiner Kenninis gelangten Fall einer Uebertretung zu einer polizeilichen Strafverfügung geeignet, so trägt er diese in die Straftiste ein, fertigt die Strafversügung nach dem bezüglichen Formular aus und füllt die Kr. 2 und 8 des Aktenbogens (i. o. Formular II) in entsprechender Beile aus.

Die polizeiliche Strafverfügung gegen Beschulbigte im Alter von 12 bis 18 Jahren (§ 1 Abs. Gesetzes) ift gegen ben Beschulbigten selbst, und nicht gegen ben gesehlichen Bertreter besselben zu richten, welcher letzere indes nach § 3 bes Gesetzes ebenfalls innerhalb ber für ben Beschulbigten laufenben Frift zum Antrage auf gerichtliche Entscheidung befugt ift.

§. 2. Die Festsetzung einer Strafe durch die Polizeibehörde findet nicht statt:

 bei Uebertretungen, für deren Aburtheilung die Rheinschifffahrtsgerichte, die Elbzollgerichte oder die Gewerbegerichte zuständig sind;

2) bei Uebertretungen der Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle;

3) bei Uebertretungen bergpolizeilicher Vorschriften.

Ausschhrungs-Anweisung § 1 Abs. 3: Ausgeschlossen von der polizeilichen Strasversügung sind die im § 2 des Geses angeführten Uebertretungen, sin deren Aburtheilung die Aheinschiffsahrtsgerichte (Geseh v. 8. März 1879, GS. S. 129) oder die Eldzollgerichte (Geseh v. 9. März 1879, GS. S. 192) zuständig sind, sowie beizeitigen, sit deren Aburtheilung Gewerbegerichte als besondere Gerichte gemäß § 14 Ar. 4 des Gerichtsbertassungsgesehes d. 27. Jan. 1877 nu-

ftändig sind (Berord., die Gewerbegerichte in der Rheinprobinz betreffend, v. 7. Aug. 1846, G. S. 403), endlich die der bergyoligeilichen Borfckristen, welche durch § 209 des Allgem. Berggesehes für die Preußischen Staaten v. 24. Juli 1865 (G. S. 705) von dem abministrativen Straspersahren außgeschlossen sind.

Der Erlaß einer polizeilichen Strafverstigung findet ferner nicht statt dei Zuwiderhandlungen gegen das Forstdiebstahlsgeses b. 15. April 1878 (SS. S. 221), da die in diesem angedrohte Freiheitsstrafe, auch wenn sie nur an die Stelle einer Gelbstrafe tritt, nicht in Haft, sondern in Gefängniß besteht.

§. 3. Der Beschuldigte kann gegen die Strafverfügung binnen einer Woche nach der Bekanntmachung in Gemässheit der Strafprozessordnung auf gerichtliche Entscheidung antragen.

Ist gegen einen Beschuldigten im Alter von 12 bis 18 Jahren eine Strafverfügung erlassen, so kann binnen der für den Beschuldigten laufenden Frist auch der gesetzliche Vertreter desselben auf gerichtliche Entscheidung antragen.

§. 4. Die Strafverfügung muss ausser der Festsetzung der Strafe die strafbare Handlung, Zeit und Ort derselben, die angewendete Strafvorschrift und die Beweismittel, sowie die Kasse bezeichnen, an welche die Geldstrafe zu zahlen ist.

Sie muss die Eröffnung enthalten:

 a) dass der Beschuldigte binnen einer Woche nach der Bekanntmachung auf gerichtliche Entscheidung antragen könne;

 b) dass der Antrag entweder bei der Polizeibehörde, welche die Strafverfügung erlassen hat, oder bei dem zuständigen Amtsgericht anzubringen sei;

c) dass die Strafverfügung, falls innerhalb der bestimmten Frist ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung nicht erfolge, vollstreckbar werde. §. 5. Die polizeiliche Strafverfügung ist nach Massgabe der zu erlassenden Ausführungsbestimmungen (§ 13) dem Beschuldigten durch einen öffentlichen Beamten zu behändigen.

Ausführungs-Anweifung §§ 9 bis 14: § 9. Die polizeiliche Berfügung muß bie im § 4 bes Gefetes bezeichneten Angaben vollftanbig enthalten.

Ift die Uebertretung mit Gelbstrafe ober mit Haft bebroht, fo hat ber Bolizeiverwalter nach ben bei ber Uebertretung obwaltenden Umftanden und mit Rückficht auf die Berson des Beschuldgten, 3. B. auf seine Borbestrafungen zu ermessen, ob Gelbstrafe oder soaleich Haft frase eber soaleich Haft geit.

Bird eine Gelbstrafe festgesett, so darf sie nicht weniger als eine Mart betragen, sofern die zur Anwendung tommende Strafvorschrift nicht ausdrücklich eine geringere Strafe zuläßt. Die für den Fall des Undermögens des Beschulbigten statt der Geldstrafe siets sogleich festzusesende Haft aber ist so zu bestimmen, daß nach dem Ermessen Bes Bolizeiverwalters der Beirag von Einer die fünfzehn Mart einer eintägigen Freiheitsstrafe gleichzuachten ist. (§ 27, 28 des Str&B.)

§ 10. 1) Die ausgefertigte Strafverfügung ift bem Beichulbigten burch einen vereibeten öffentlichen Beamten zuzustellen. Der Beamte hat die Berfügung dem Beschulbigten in Person, wenn dieser aber in der Wohnung nicht angetroffen wird, einem zu der Familie gehörenden erwachsenen Pausgenoffen, oder einer in der Familie dienenden erwachsenen Person, falls solche Personen in der Wohnung des Beschuldigten angetroffen werden, anderenfalls dem in demselben hause wohnenden Hauswirth oder Bermiether, vorausgesetzt, daß biefe zur Annahme bereit sind, zu übergeben.

Für Gewerbetreibenbe, welche ein besonberes Gefcaftslotal haben, tann, wenn fle bort nicht angetroffen werben, bie Bustellung an einen barin anwesenben Gewerbegehilfen erfolgen.

Wird die Annahme in einem Falle, in welchem dies nach vorstehenden Bestimmungen nicht ausdrücklich zugelassen ist, verweigert, so ist die Aussertigung der Strafverfügung am Orte der Zustellung zurüczusassen.

- 9) Ift die Zustellung nach biesen Bestimmungen nicht ausführbar, so kann sie dadurch erfolgen, daß die Aussertigung der Strasversügung bei der Orisdessörde (Gemeinde- oder Poligeibehörde) oder bei dem Postamte des Zustellungsorts niedergelegt und die Riederlegung sowohl durch eine an die Thir der Wohnung an besestigende schriftliche Anzeige, als auch, soweit thunsich, durch mindliche Mittheilung an zwei in der Rachbarschaft wohnende Versonen bekannt gemacht wird.
- 3) Der zustellende Beamte hat auf ber Ausfertigung ber Strafverfügung unter Beifügung seines Ramens ben Tag ber Zustellung, s. B.: "Zugestellt am 20. Ottober 1883. Müller, Amisbote" zu vermerten und auf dem ihm mit ber Ausfertigung zu übergebenden Attenbogen unter Mr. 4 über die Zustellung unter Angabe des Tages berfelben zu berichten.
- 4) Die Zustellung kann auch burch die Bost erfolgen. In biesem Falle kommen die §§ 15 und 16 b. Allerh. Berord. v. 7. Sept. 1879 (GS. S. 591) zur Anwendung. Die Postgebühren hat die Polizeibehörde zu entrichten, vorbehaltlich der etwalgen Einziehung derselben von dem Beschulbigten im Falle bes § 20 dieser Anweisung.
- 5) Die Bustellung für einen Unteroffigier ober einen Gemeinen bes aktiven Qeeres ober ber aktiven Marine erfolgt an ben Chef ber zunächst vorgesehten Kommanbobehörbe (Chef ber Kompagnie, Sklabron, Batterie).
- § 11. Gegen bie polizeiliche Strafverfügung finbet nur ber Antrag auf gerichtliche Entscheibung fiatt. Der Weg ber Beschwerbe bei ber vorgesetten Beborbe ift ausgeschloffen.

Stellt ber Beschulbigte bis jum Ablaufe einer Boche nach bem Tage ber Zustellung ber Strafverfügung, biesen nicht mit eingerechnet, bei bem Polizeiverwalter, welcher bie letztere erlassen hat, mündlich ben Antrag auf gerichtliche Entschelbung, so ist barüber eine Berhanblung aufzunehmen und biese nehft bem Attenbogen nund ben eiwa zur Sache sonst vorhandenen Schriftstücken, welche zu bem Attenbogen zu sammeln und ebenfalls mit ber Rummier ber Strafliste zu versehen, sind, ohne daß es einer weiteren Bet-

fcrift bebarf, an ben Amtsanwalt abzusenben, die Absenbung aber in ber Straflifte zu verzeichnen.

In gleicher Beise ist die Sache an den Amisanwalt abzugeben, wenn der Antrag auf gerichtliche Entscheidung schriftlich bei dem Polizeiverwalter eingereicht wird, oder wenn er bei dem Amisgericht angebracht worden ist.

- § 12. Gegen die Berfäumung der Antragsfrift gestattet ber § 455 d. StrBD. unter ben in den §§ 44, 45 bezeichneten Boranssetzungen Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. hiernach tann
- 1) bie Wiebereinsetzung in ben vorigen Stand beantragt werben, wenn ber Antragfteller burch Raturereignisse ober andere unabwendbare Zusälle an ber Einhaltung der Frist verthindert worden st. Als unabwendbarer Zusall ift es insbesondere anzusehen, wenn der Antragsteller von der Zuskellung der Strafversügung ohne sein Berschulden keine Kenninis ertangt hat.
- 2) Das Gesuch um Wiebereinsetzung in ben vorigen Stand nuß binnen einer Woche nach Beseitigung bes hindernisses unter Angabe und Claubhasimachung ber Berstunmisgründe (§ 45) bei ber Polizelbehörde ober bei dem Amisgerichte angebracht werden. (§ 485 b. SirBD.)
- 8) Ueber das Gesuch entscheidet der Amtsrichter. Die dem Gesuche flatigebende Entscheidung unterliegt keiner Amsechung; gegen die das Gesuch verwersende Entscheidung findet sofortige Beschwerde bei dem Landgerichte flatt. (§ 455 Abs. 2 und 8 d. StrBD. § 72 d. SBG. d. 27. Jan. 1877.)
- § 18. Hat ber Beschulbigte gegen die polizeiliche Strafverfägung den Antrag auf gerichiliche Entscheldung angebracht, so hat nach § 454 d. SirBO. der Bolizeiberwalter die Bestugnis, anstat der Uebersendung der Berhandlungen (§ 18 bieser Anweisung) aus den Amisanwalt, die Strasversügung zurückzunehmen. Bon dieser Bestugnis ist in benjenigen Fallen Gebrauch zu machen, in welchen die polizeiliche Strasversügung auf einem Irrihume bernht.
- § 14. Ift innerhalb ber Frift einer Woche ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei ber Polizeibehorbe nicht geftellt, auch biefer Behörbe eine Bescheinigung bes Amtsgerichts über bie er-

folgte Einlegung ber Bernfung nicht vorgelegt worben, so ift bie Strafverfügung zu vollstrecken.

- §. 6. Für dieses Verfahren (§§. 1 bis 5) sind weder Stempel noch Gebühren anzusetzen, die baaren Auslagen aber fallen dem Beschuldigten nach näherer Massgabe der zu erlassenden Ausführungsbestimmungen (§. 13) in allen Fällen zur Last, in welchen eine Strafe endgültig gegen ihn festgesetzt ist.
- §. 7. Die in Gemässheit dieses Gesetzes endgültig festgesetzten Geldstrafen, sowie die eingezogenen Gegenstände fallen Demjenigen zu, welcher die sächlichen Kosten der Polizeiverwaltung zu tragen hat.

Der Letztere ist dagegen verpflichtet, die durch Festsetzung und Vollstreckung der Strafen entstehenden, von dem Beschuldigten nicht beizutreibenden

Kosten zu tragen.

Insoweit besondere Vorschriften bestehen, nach welchen Geldstrafen oder eingezogene Gegenstände einem anderen Berechtigten zufallen, findet die Vorschrift des ersten Absatzes keine Anwendung. Desgleichen bleiben vertragsmässige Bestimmungen unberührt.

- §. 8. Ist der Amtsanwalt eingeschritten, bevor die polizeiliche Strafverfügung dem Beschuldigten behändigt worden, so ist die letztere wirkungslos.
- §. 9. Wird bei dem Amtsgericht auf gerichtliche Entscheidung angetragen, so ist dem Antragsteller eine Bescheinigung hierüber kostenfrei zu ertheilen.
- §. 10. Ist die polizeiliche Strafverfügung vollstreckbar geworden, so findet wegen derselben Handlung eine fernere Anschuldigung nicht statt, es sei denn, dass die Handlung keine Uebertretung, sondern ein Vergehen oder Verbrechen darstellt und daher die Polizeibehörde ihre Zuständigkeit überschritten hat.

In diesem Falle ist während des gerichtlichen Verfahrens die Vollstreckung der Strafverfügung einzustellen; erfolgt eine rechtskräftige Verurtheilung wegen eines Vergehens oder Verbrechens, so tritt die Strafverfügung ausser Kraft.

Ausführungs-Anweisung §§ 15—22: § 15. War eine Gelbftrafe festgeset, so ist ber Attenbogen unter Beifügung ber zur Sache sonst noch gestörigen Schriftstlice ohne weitere Beischrift berzienigen Kasse zu übersenben, zu welcher nach ber hierüber ergehenben besonberen Bestimmung die Gelbstrafen einzuziehen find, und die Absendung in der Strafisste zu vermerken.

Ist der Polizeiverwalter zur vorläufigen Empfangnahme der Geldstrafe im Allgemeinen ermächtigt und zahlt der Bestrafte an denseiben, so hat er die Gelbstrafe nebst dem Altenbogen an die beirreffende Raffe sofort zu übersenden, die Zahlung aber auf der Ausfertigung der Strafverfügung oder auf besonderem Blatte zu bescheinigen.

- § 16. Die zur Annahme ber Gelbstrase bestimmte Kasse zieht bie Gelbstrase ein. Ift lettere nicht beizutrelben, so vermerkt die Kasse bies auf bem Altenbogen und sendet ihn dem, welcher die Strasverstügung erlassen hat, zurück, worauf von diesem nach der Borschrift des § 17 die Qast zu vollstrecken ist.
- § 17. Ift teine Gelbftrafe, sonbern nur Daft feftgefett, so wird biefelbe bon bem, welcher die Strafverfügung erlaffen hat, im Bolizeigefängniffe vollftredt.

In ber Benutzung ber Kantongefängnisse in ber Rheinprobing zur Berbühung von Haftstrafen wegen Uebertretungen ist burch bas Geses vom 23. April 1883 nichts geändert.

Der Bermert Rr. 5 bes Altenbogens ift auszufüllen und ber Haftbefehl bamit gleichlautend, burch Ausfüllung bes Formulars V, auszufertigen, und biefe Ausfertigung bem mit der Bollziehung beauftragten Beamten zu übergeben, welcher ben Beschuldigten, falls biefer auf bie an ihn ergangene Labung zum Antritt ber Strafen sich nicht gestellt hat, zur gefänglichen haft zu bringen und ben haftbefehl nach bessenkappageben hat, worauf ber

Bermert Rr. 6 auf bem Aftenbogen auszufullen, and bie Bollftredung in ber Straflifte ju bermerten ift.

§ 18. Ift eine Gingiehung festgefest und bie Berfügung bollftredbar geworben, so ift ber einzugiehenbe Gegenstand, wo bies noch nicht geschehen sein sollte, in Beschlag zu nehmen und bemnächst bemjenigen zu übergeben, welchem bergleichen eingegangene Gegenstände austeben.

Ift ber Boligeiverwalter zweifelhaft barüber, mem bas Ronfistat gufällt, fo hat er hierüber von ber vorgefesten Behörbe weiteren Befchelb einzuholen.

§ 19. Liegt ein gesetzlicher Grund vor, den Beschuldigten vorläufig sestzunehmen (StrBD. § 125 in Berbindung mit § 113), so sindet, da der Festgenommene unverzüglich dem Amtsrichter vorgestührt werden muß (§ 128 ebenda), der Erlaß einer polizeilichen Strasversiaung nicht katt.

Besteht jeboch die an erster Stelle festzusetenbe Strafe nicht in haft, sondern in Gelbstrafen, so kann der Bolizeiberwalter bon der Festnahme Abstand nehmen und die Strafverfügung erlassen, falls der Beschulbigte für die Strafe, deren Betrag ihm bekannt zu machen ift. Sicherbeit leiftet.

Ergiebt fich ber Anlaß zur vorläufigen Festnahme erft nach Erlaß und Behändigung der Strafverfügung, jedoch bevor lettere vollstreckbar geworben ift, so kann der Polizieberwalter von dem Beschuldigten die sofortige Bestellung einer Sicherheit für die Strafe digte beiten. Wird die Sicherheit nicht bestellt, so kann der Beschuldigte sestgenommen werden und ift sodann dem Amisrichter vorzusüberen.

Die Sobe ber gu leiftenben Sicherheit barf ben Betrag ber feftgufetenben ober feftgefesten Gelbftrafe nicht überfteigen.

- § 20. Als baare Auslagen bes Berfahrens (§ 6 bes Gefetes bom 23. April 1883) burfen bon ben Befdulbigten nur eingezogen werben:
 - 1) Boftgebühren,
- 2) bie Koften ber Beitreibung ber Eelbstrafen nach Maggabe bes Gebührentarifs bom 7. Sept. 1879 (GS. S. 591),

3) bie Haft- und Transportfosten, welche burch Bollftredung ber haft entsteben.

Die entstandenen Auslagen find in der Straflifte und auf dem Attenbogen (Nr. 7) ju verzeichnen.

- § 21. Sind die in dem Straffestjungsverfahren entstandenen Auslagen nicht beizutreiben, so fallen sie als Roften der Ortspolizeiverwaltung demjenigen zur Laft, welcher die letztgedachten Roften überhaupt zu tragen hat.
- Ift aber die Strafverfügung von einer anderen Behörbe als ber Orispolizeibehörbe erlaffen, fo find die nicht beizutreibenben Auslagen als Berwaltungskoften jener Behörbe zu tragen.
- § 11. Gegen Militärpersonen dürfen die Polizeibehörden Strafen nur wegen solcher Uebertretungen festsetzen, zu deren Aburtheilung im gerichtlichen Verfahren die ordentlichen Gerichte zuständig sind. Eine Festsetzung von Haft für den Fall des Unvermögens (§. 1 Absatz 2) findet durch die Polizeibehörde nicht statt.
- § 22. Gegen aktive Militärpersonen, b. h. gegen alle nicht jum Benrlaubtenstanbe gehörenbe Personen bes Solbatenstanbes, darf bie vorläufige Straffestetung nur dann erfolgen, wenn die Uebertretung im Gesehe blos mit Gelbstrafe oder Einziehung bedroht ift.
- In bagegen bie Uebertretung im Gefetse nur mit Gelb ober Haft ober nur mit haft bebroht, ober trifft mit ber Uebertretung ein Bergeben ober Berbrechen zusammen, so ift die Bestrafung bei bem betreffenden Militärgerichte in Antrag zu bringen.

Bird die gegen eine aktive Militarperson eine Geldkrafe sestigende, oder eine Enzischung verhängende Berfügung vollftreckung, so ist die Bollstreckung dei dem betreffenden Militärgerichte zu benatragen und in dem Requisitionsschreiben stets zu bemerken, wohin die Geldstrafe oder die eingezogene Sache abgeliesert werden, so wird dieselbe don dem Militärgericht in eine verhältnismäßige militärische Freiheitsstrafe umgewandelt und nach Bollstradung dieser Strafe die requirirende Behörde biervon benachrichtigt.

Dienfiliche Stellung ber Gemeinbe- und Gutsvorftunbe, fowie ber Genbarmen gu bem Amisvorfteber.

§. 65. (Oftprovingen.)

Die Semeindes und Sutsvorsteher!) sind verbunden, den Anweisungen und Aufträgen des Amtsvorstehers?), welche derfelbe in Semäßheit seiner gesetzlichen Besugsnisse in Dienstangelegenheiten an sie erläßt, nachzukommen, und können hierzu von ihm unter Anwendung der den Ortspolizeibehörden nach §. 68 des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 26. Juli 1880²) (Gesetzeamml. S. 291) zustehenden Iwangsmittel, mit Ausnahme der Haftsvorsstehen. Ein Ordnungsstrafrecht sieht dem Amtsvorssteher gegen die Gemeindes und Gutsvorsteher nicht zu.

Die Genbarmen haben ben Requisitionen bes Amtsvorstehers in polizeilichen Angelegenheiten zu genügen.") Der Dienstaufsicht bes Amtsvorstehers unterliegen sie nicht.

- 1) Der Amisdorsteher ist dem Gemeindevorsteher in bestimmten Beziehungen übergeordnet, und hat insofern auch eine geschäftliche Aufsicht über denselben zu führen, er besitzt aber nicht ein person liches Aufsichtsrecht, welches sich über die gesammte Diensstührung des Gemeindevorschers erstrecht und die Bestagnis verleitht, in bessen Gemeindevorschers erstrecht und die Bestagnis derleiht, in bessen Geschäftstreis durch Kontrole oder in anderer Weise einzugreisen. Demzusolge ist der Amisdorskeher auch nicht besugt, gemäß § 196 des SertGB. als Borgesehter des Gemeindevorschers den Strafantrag wegen Beleibigungen zu stellen, welche dem lehteren blos in Bezug auf Gemeindeangelegenheiten widersahren sind. (Urth. d. Obertrib. v. 15. Okt. 1874, IWBI. S. 285.)
- 9) Anordnungen bes Amisvorstehers bariber, wer in örtlich verbundenen Gemeinden ober Gutsbezirken die dem Gemeinde- bezw. Gutsvorsteher obliegenden polizeiamtlichen Handlungen, welche eine einheitliche Bollziehung erfordern, auszuführen hat, find keine

polizeilichen Berfügungen, und es findet gegen dieselben die Mage im Berwaltungsstreitversahren nicht statt. (Urth. b. DBG. v. 2. Juni 1880, Entsch. Bb. VI S. 155.)

5) Diefe Gefețesbestimmung ift erfett burch § 132 bes Lanbes-

bermaltungsgefetes bom 31. Juli 1883.

Die Gemeinbevorsteher find verpflichtet, ben Aufträgen bes Amtsvorstehers zur Behändigung polizeilicher Strafverfügungen an Ortseingeseifene nachzutommen. (Urth. b. OBG. v. 6. Juni 1877, Entsch. Bb. II S. 86.)

⁵⁾ Die Befugniß der Amtsvorsteher, die Gendarmen zu requiriren, ist auf die Berwendung derselben innerhalb ihres Patrouillenbezirts beschränkt. Handelt es sich um Berwendungen außerhalb des Batrouillenbezirts, so ist in der Regel die dorgängige Bestimmung des Landraths einzuholen, in dringlichen Fällen abei nachträgliche Genehmigung des Landraths zu beantragen. (MR. d. 21. Jan. 1882, MBI. S. 37. — MB. d. 20. März 1874.)

Ueberschrift und §. 56. (**Chleswig-Holftein.**) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 65, nur anstatt nach §. 68 u. s. w.

"nach §. 132 bes Gesetzes über die allgemeine Landessverwaltung vom 30. Juli 1883".

Dienftliche Stellung bes Amtsvorftehers zu bem Landrathe und bem Kreisansichus.

§. 66. (Oftprovingen.)

Der Landrath und ber Kreisausschuß sind befugt, für

bie Seschäfte ber allgemeinen Landess und Kreiskomsmunalverwaltung, sowie bei Beaufsichtigung der Kommunalangelegenheiten der zu dem Amtsbezirke gehörigen Semeinden und Sutsbezirke die vermittelnde und begutsachtende Thätigkeit des Amtsvorstehers in Anspruch zu nehmen.

Den Amisborftebern fann bie Rebifion ber Gemeinberechnungen übertragen werben. (MGrl. b. 13. Juni 1874, MBl. S. 158.)

Der Landrath ift befugt, dem Amtsborfteber auch die außerordentliche Revision ber Gemeindekaffe zu übertragen; die Amtsborfteber follen aber nicht zur Entbindung der landräthlichen oder Rreisausschußverwaltungen mit laufenden, namentlich bureaumäßigen Arbeiten betraut werden. (Urth. b. DBG. b. 15. Oft. 1879, Entsch. Bb. VI G. 77.)

Den Amtsvorstehern barf auch die Regulirung der öffentlichen Abgaben und Leistungen in Folge der Dismembration von Grundfücken durch die Landräthe nicht allgemein übertragen werden, ihre Mitwirtung ist für jenes Geschäft nur in einzelnen Fällen aus sachlichen Gründen in Anspruch zu nehmen und thunlichst auf die Aufnahme der Informationsverhandlungen, wenn solche nicht ohne Erschwernis der Beiheiligten auf dem Landrathsamte bewirft werden fann, zu beschränken. (MR. v. 2, Webr. 1875, MBI S. 61.)

Ueberschrift und §. 57. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Bortlaut wie bei I §. 66.

§. 67. (Oftprovingen.)

Der Kreisausschuß beschließt über Beschwerben') gegen Berfügungen') ber Amtsvorsteher in nicht polizeilichen Angelegenheiten.

Die Aufsicht über die Geschäftsführung der Amtsvorsteher führt der Landrath 3) als Borsitzender des Kreisausschuffes.4)

- 1) Die Beschwerben, um welche es sich hier handelt, wunnen nicht allein die Geschäftsführung des Amisvorstehers, sondern alle öffentlichen Augelegenheiten des Amtes betreffen, welche weder kommunaler noch volizeilicher Rainr find. (Bear. S. 23.)
- 9) Gegen polizeiliche Berfügungen ber Orispolizeibehörden findet nach § 127 b. 286. b. 30. Juli 1883 Beschwerbe an den Landrath, und gegen dessen Bescheid an den Reglerungspräsidenten statt, und zwar gegen die Berfügungen der Ortspolizeibehörden auf dem Lande oder einer zu einem Landreise gehörigen Stadt, deren Einwohnerzahl bis zu 10 000 Einwohnern beträgt.
- *) Der Landrath ist der Dienstvorgesetzte des Amisvorstehers, obwohl ihm ein Ordnungsstrafrecht gegen denselben nicht zusteht (Urth. d. OBG. v. 16. Oft. 1878, I. Sen. Nr. 1279.)

Die Befchwerben über bie Anordnungen bes Lanbraths bei Auslibung ber Aufficht geben an ben Regierungsprafibenten.

4) Der Landrath hat besonders die Kontrole über das Kassenwesen der Amtsverbände. (MR. v. 3. April 1874, MBl. S. 101.)

Im Falle ber Behinderung des Landraths führt nach § 136 Abs. 2 ber Stellvertreter den Borfit des Areisausschusses — niemals der Areissekretär.

Ueberschrift und §. 58. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 67.

Dienfivergehen bes Amtsvorftehers.

§. 68. (Oftprovingen.)

Bezüglich ber Dienstvergehen!) ber Amtsvorsteher finden die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten (Gesetzesamml. S. 465), mit folgenden Maßzgaben Anwendung:

1) Ueber die Berhängung von Ordnungsstrasen gegen die Amtsvorsteher beschließt im Umsange des den Provinzialbehörben beigelegten Orbnungsstrafrechtes ber Kreisausschuß und im Umfange bes bem Minister') beigelegten Orbnungsstrafrechtes ber Regierungspräsibent. Dem Landrathe steht das Recht zur Berhängung von Ordnungsstrafen gegen bie Amtsvorsteher nicht zu.

Segen ben Beschluß bes Kreisausschusses) sinbet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuß, gegen die Strasversügungen des Regierungspräsidenten innerhalb gleicher Frist die Beschwerde an den Oberpräsidenten statt.

Segen ben auf die Beschwerbe ergehenden Besschuß des Bezirksausschuffes beziehungsweise des Oberpräsidenten sindet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

2) In bem auf Entfernung aus bem Amte gerichteten Berfahren wird die Einleitung des Disziplinars verfahrens von dem Landrathe oder von dem Regierungspräsidenten verfügt und von dem selben der Untersuchungskommissar, sowie der Bertreter der Staatsanwaltschaft für die erste Instanzernannt.

Die entscheibende Behörde erster Instanz ist der Kreisausschuß, die entscheidende Behörde zweiter Instanz das Oberverwaltungsgericht. Der Bertreter der Staatsanwaltschaft bei dem Oberverwaltungsgerichte wird von dem Minister des Innern ernamt.

- 1) Das Berfahren in Betreff ber Dienstvergehen ber Amtsvorsteher hat im § 68 eine von den Bestimmungen des § 61 b.
 Rust. v. 26. Juli 1876 abweichende Regelung ersahren. Ge bleiben
 dagegen die Borschriften des letzteren Baragraphen in Betreff der
 sonstigen Beamten der Amtsverbande, sowie der Gutsvorsteher,
 Gemeindevorsteher, Schöffen und sonstigen Beamten der Sandgemeinden unverändert in Gestung. (Cirt. d. Nin. d. J. v. 26. März
 1881, MBL & 69.)
- 3) Das ben Brovingialbehörben guftehende Ordnungsfirafrecht geht bis zu bem Betrage bon 9 Mart; die Minifter haben die Befugnis, allen ihnen unmittelbar oder mittelbar untergebenen Benuten Gelbbufen bis zum Betrage bes monatlichen Diensteindmmens, unbefolbeten Beamten aber bis zur Summe von 90 Mart aufguerlegen.
- 3) Die Disziplinargewalt über Kreiskommunalbeamte, welche bas Kreiskommunalamt als Nebenamt belleiben und verwöge ihres Qauptamtes unmittelbare Staatsbeamten find, sieht den Organen der Selbstverwaltung zu. (Urth. d. OBG. d. 3. Mai 1879, Entsch. V S. 41.)

Die von den Areisausschüffen auf Grund bes § 68 festgesetzten Gelbstrafen siehen zur Areiskommunalkasse. (MR. v. 12. Dez. 1874, MBl. 1875 S. 2.)]

Ebenso fließen zur Areistommunalkaffe auch biejenigen Gelbfirafen, welche in ben zur Zuftändigkeit des Areisausschuffes gehörenden Disziplinarsachen durch die Berwaltungsbehörden festgesetzt find. (MR. v. 23. März 1878, MBl. S. 46.)

Die burch bie Disziplinaruntersuchung gegen einen Amtsborfteber entstehen Roften geboren zu ben bon ber Kreistorporation zu tragenden Kreisausschuftosten. (MR. b. 26. März 1880, MBC. S. 167.)

Die Gelbstrafen, welche die Landräthe im Disziplinarwege verfügen, ebenso wie die Gelbstrafen, welche sie im Wege des polizeilichen Zwangsverfahrens festsetzen, sließen zur Staatstasse. (NR. v. 12. Dez. 1874, MBI. 1875 S. 3.)

Ueberschrift und §. 59. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I & 68.

Roften ber Amisverwaltung.

§. 69. (Oftprovingen.)

Der Amtsvorsteher ist berechtigt,1) eine Amtsunkostenentschäbigung zu beanspruchen, welche nach Anhörung der Betheiligten von dem Kreisausschuffe als ein Pauschquantum festgesetzt wird.2)

In gleicher Weise erfolgt die Festsetung der einem kommissarischen Amtsvorsteher zu gewährenden Remuneration.

- 1) Rach § 69 sind die Amtsborsteher berechtigt, eine Unkosten-Entschäbigung zu beauspruchen, welche nach Anhörung der Betheiligten (b. h. der betheiligten Gemeinde- und Gutsbezirke) bon dem Kreisausschusse als Pauschquantum festgesetzt wirb. (Instr. b. 18. Juni 1875 Art. 4 Nr. 2.)
- 9) Der wefentliche Unterschied swischen ben etatmäßig zu leistenben Ausgaben und benjenigen, welche ber Amisvorsteher aus ber ihm als Bauschauntum bewilligten Amisunkoftenentschädigung beftreitet, ift ber, daß über ble ersteren ber Amisvorsteher bem Amisausschusse Rechnung zu legen hat, über lehtere nicht.

Der Kreisausschuß stellt die Amtsunkostenentschäbigung fest, und ist berechtigt, anzuordnen, welche Ausgaben der Amtsborsteher auf die Entschäbigung nehmen soll, und so mittelbar den Kreis der anderweit aus den Mitteln der Amtskasse zu bedenden, und daher dei Ausstellung des Etats zu berlicksichenen Ausgaben zu bestimmen. (Urth. d. DBG. d. 8. Jan. 1881, Entsch. Bd. VII S. 121 — Rest. d. 3. März 1881, MBI. S. 75.)

Der Areisausichuß tann bas ohne Borbehalt für bie fechsjührige Amtsbauer bes Amtsvorstehers festgesetzte Baufchquantum nur bann berabminbern, wenn wöhrend biefer Zeit eine Aenberung in ben objektiven Berhältnissen bes Amtes erfolgen sollte. (Urib. b. DBG. b. 9. Rebr. 1878. Entich. Bb. IV C. 77.)

Die Amisborfteber haben in Berwaltungsftreitsachen, in welchen fie als Partei bas bffentliche Interesse vertreten, Anspruch auf Er-

fiattung ber baaren Auslagen für Reifen an ben Sit bes Ber-waltungsgerichts. (Berf. b. OBG. v. 22. Dez. 1880, WBL 1881 S. 125.)

Den Amisborstehern sieht bei ber Aussührung von Reisen in Expropriationssachen für Eisenbahnen ein Anspruch auf Reiselosten und Tagegelber zu.

Das Gesetz vom 24. März 1878 über die Tagegelber und Reisetoften der Staatsbeamten findet auf Amisvorsteher teine Anwendung, allgemeine Tariffätze für die Reisen derselben sind nicht vorgeschrieben. (Rest. v. 16. Jan. 1875, Decker, Ard. S. 308.)

Der Amtsvorsieher hat Anspruch auf eine Chauffeegelb-Freifarte. (MR. v. 4. Juli 1874, MBl. S. 173.)

Die Festsehung ber ben kommissarischen Amisborstehern angemessen zu gewährenden Remuneration steht dem Areisausschussenach Anhörung der Betheiligten zu. Dieselbe wird der Auswahl ber zu kommissarischen missorstehern in Borschlag zu bringenden Bersonen vorausgehen missen, da definitive Bewerbungen um ein solches Amt stüllich erft nach Festseng des damit verbundenen Ginkommens erfolgen lönnen. (Inftr. v. 18. Junt 1873.)

Für die Bemefjung ber Amisuntoftenentschäbigungen ber Amisvorsteher tonnen je nach Lage ber Berhaltniffe in Betracht tommen die Roften

- a) für etwaige Befchaffung eines Dienftlotales,
- b) für Licht, Deigung, Schreibmaterialien, Schreibhilfe und Borto.
 - c) für Dienftreifen bes Amtsborftebers,
- d) für die Remunerirung eines Amtsbieners, der in mittleren und kleinen Amtsbezirken sein Amt der Regel nach als ein Rebenamt zu verwalten im Stande sein wirb.
- 0) für die Unterhaltung ebent. auch für die Beschaffung eines Amtsgefängnisses. (Cirk. d. Min. d. J. und des Finanzwinisters v. 10. Juni 1878, WBL S. 139.)

Anlangend die Remunerirung der kommissarischen Amisborsteher, so wird benselben außer einer angemessenen Besolbung gleichfalls eine als Pauschquantum sestzuschene Amisunkostenenischebigung zu gewähren sein. (Cirk. v. 10. Juni 1878.)

Neberschrift und §. 60. (Schleswig-Holstein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 69.

§. 70. (Oftprovingen.)

Als Beitrag zu ben Kosten ber Amtsverwaltung') überweist ber Staat ben Kreisen biesenigen Summen, welche er in Folge bes gegenwärtigen Gesetzes burch das Singehen der Königlichen Polizeiverwaltungen, durch den Wegfall der Schulzenremunerationen und anderer Polizeiverwaltungskosten an den im Staatshaushalts. Stat für das Jahr 1873 für ebengenannte Zwecke veransschlagten Ausgaben sernerbin ersparen wird.

Die Bertheilung bes für jede Provinz festzustellenden Betrages auf die einzelnen Kreise erfolgt nach Maßgabe des Bedürsnisses durch die Provinzialvertretung beziehungsweise durch eine von dieser zu erwählende Kommission.

Außerbem wird der Staat für die den Kreisen beziehungsweise Amtsbezirken durch die Wahrnehmung von Geschäften der Staatsverwaltung erwachsenden Ausgaben besondere Fonds überweisen. Das hierüber zu erlassende Geset wird über den Betrag und die Vertheilung dieser Fonds nähere Anordnungen tressen.

Soweit die Kosten der Amtsverwaltung durch die vom Staate überwiesenen Beträge ihre Deckung nicht finden, trägt dieselbe das Amt. ()

In den zusammengesetten Amtsbezirken gilt für die Aufbringung der Berwaltungskosten in Ermangelung einer Bereinbarung unter den Betheiligten der nach Raßgabe bieses Gesetzes in bem Kreise für die Kreisabgaben fests gestellte Maßstab.")

1) Zu ben Kosten ber Amisberwaltung gehören lediglich biejenigen personlichen und sachlichen Auswendungen, welche die Berwaltung des Bolizelamtes (Zeugengebühren, Haftsoften u. dergl.)
verursacht, im Gegensat zu den Kosten öffentlicher, polizeilichen Zwecken dienender kommunaler Einrichtungen, welche bereits bor dem Erlaß der Arelsordnung den politischen Gemeinden, Gutsbezirken, Wegeverbänden, Armenverbänden u. s. w. oblagen und von den Bestimmungen des lehteren Gesehes über die Amisdezirke zunächst nicht unmittelbar berührt worden sind. (Urth. d. OBG. v. 11. April 1888. Entsch. N. VI S. 44.)

Die Amtsbezirke find verpfilchtet, die Koften der örtlichen Bolizeiverwaltung, insbesondere die Koften der Konstatirung des Ausbruches anstedender Krantheiten zu tragen. (Urth. d. OBG. v. 14. Mai 1879, Entsch. Bb. V S. 60.)

Die Polizeibehörde ift befugt, dem Amtsborsteher die Zuziehung technischer Beihilfe bei der Erledigung ortspolizeilicher Geschäfte, der Alchmeister bei der Revision der Maße und Gewichte der Gewerdetreibendem — aufzugeben; die Amtsbezirke sind verpflichtet, die aus solcher Zuziehung erwachsenkon koften zu tragen. (Urth. d. OBG. v. 2. Juli 1879, Entsch. Bd. V S. 68.)

Die Kosten ber Einrichtungen in Privatstüssen (Setzung von Höhenpfählen in benselben zum Zwecke ber polizeilichen Kontrolle ber regelmäßigen Räumung des Flußbettes, sind Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung und als solche von den Amtsbezirken ann den nicht ausschließlich vom Amtsbonn zu tragen, wenn die Kontrole nicht ausschließlich vom Amtsvorsteher, sondern zunächst von dazu eingeseiten Kommissionen gesibt wird. (Uris. d. DBG. v. 30. Jan. 1886, Entsch. Bb. XIII S. 62.)

Roften von Untersuchungen örtlicher Mifftanbe (Berjauchung von Brunnen burch mit ftabificen Kanalisationswerten verbundene Mieselaulage), welche ble Landespolizet um des mit der Sachlage verbundenen allgemeinen polizeilichen Interesses willen, oder zu dem Zwede anordnet, um die Grundlage für die Ausgleichung der Interessen, verschiedernen, Bolizeilezirte zu gewinnen,

fallen ber Lanbespolizeiverwaltung zur Laft, und nicht wie in den Fällen, wo die Landespolizeibehörbe in Bertretung der Ortspolizeibehörbe im öffentlichen Interesse verfügt, der Ortspolizeibehörde. (Urth. b. OBG. v. 6. Rod. 1886. Entsch. Sd. XIV C. 23.)

9) Die Rosten ber Amisberwaltung tragen die Amisbezirke, im Gegensat hierzu stehen die Rosten ber polizeilichen, unter der Berfügung oder Obhut der Ortspolizeilehörde stehenden Ginrichtungen und Anstalten, welche entweder von den durch besondere Gesetz bezeichneten Pflichtigen, oder nach allgemeinen Rechtsnormen von den Gemeinden oder Gutsbezirten zu tragen find.

Bu ben Roften ber Amtsberwaltung gehören bie Aufwendungen für die im sicherheitspolizeilichen Interesse erforberliche Abstedung bon Wegen bon ben bom Publifum benutten Eisstächen ber Seen. (Urth. b. DBG. v. 27. Oft. 1888, Entich, Bb. XVII S. 74.)

3) Gesetz, betreffend die Dotation der Provinzial- und Areisverbände vom 30. April 1873, und Gesetz, betreffend die Aussührung der §§ 5 und 6 des Gesetz vom 30. April 1873 wegen der Dotation der Provinzial- und Areisverbände vom 8. Juli 1875.

Soweit ble vom Staate überwiesenen Beträge zur Deckung sammtlicher Raften ber Amtsverwaltung nicht ausreichen, ift bie Bertheilung vieser Beträge auf die einzelnen Amtsbezirke bergestalt zu bewirken, daß die letzteren durch das von ihnen aufzubringende Rostenquantum möglichft gleichmäßig und ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend belastet werden. (Girk b. 10. Juni 1878.)

- 4) Das entftebenbe Borto:
- 1) für bie von ben Umisvorsiehern als Ortspolizeiverwalter in Folge von Requisitionen ber Juftigbeborbe zu erftattenben Unzeigen und Mittbellungen in Straffacen und
- 2) für die bon ben Standesbeamten gemäß ber allgemeinen Berf. b. 8. Sept. 1874 ben Gerichten zu erstattenden Anzeigen iber Geburts- und Sterbefälle, welche eine Bebormundung nöthig machen.

ift auf ben Juftigfonbs gu übernehmen.

Demsufolge find bie Amtsvorfteher und Standesbeamten berechtigt, ihre gebachten Sendungen an die Juftigbehörden unter der Bezeichnung "portopslichtige Dienstfache" unfrankirt abzulaffen während die Justisbehörben die an diese Behörben in Angelegenheiten der vorwezeichneten Art zu erlassenden Schreiben vorschriftsmäßig zu franktren haben. (Berf. d. JustMin. d. 31. Aug. 1875, IWBC. S. 230.)

Nach § 70 Abs. 4 b. Ard. find die Kosten der Amisberwaltung vom Amte, und nach § 8 b. RG. v. 6. Febr. 1875 find die sachlichen Kosten der Standesämter von der Gemeinde zu tragen.

Unter biefe Bestimmung fällt auch bas Porto für bienftliche Senbungen ber gedachten Beamten, und als Senbungen solcher Art sind alle biesenigen anzusehen, welche die Umtsvorsteher auf Grund ihrer in den §§ 59 u. 66 b. Ard. begründeten Dienstverpflichtungen bezw. die Standesbeamten auf Grund ihrer aus den §§ 11, 14, 27, 60 u. s. w. b. RG. v. 6. Febr. 1875 sich ergebenden dienstillichen Obliegenheiten an die Landrätse zu richten haben.

Für die von den Amtsvorstehern auf Requisition der Justizbehörde zu erstattenden Anzeigen in Strassaden und für die don den Standesbeamten den Gerichten zu erstattenden Anzeigen über Geburten und Sterbefälle, welche eine Bevormundung nöthig machen, hat das Porto zu Lasten der Staatskasse übernommen werden können, weil es sich dabei um eine Thätigkeit handelt, zu welcher die betressenden Beamten im Interesse der ihnen an sich fremden Staatsangelegenheit eines anderen Resorts verpsichtet sind. (Berf. d. Min. d. J. v. 15. April 1876, WBL. S. 101.)

5) Die Berthellung ber Amtsunkoften unter die Betheiligten muß nach dem im Kreise für die Kreisabgaben feftgestellten Maßstabe, nach welchem unter anderen direkten Staatssteuern auch die Finkommensteuer in ihrem vollen Betrage zur Anrechnung kommt, borgenommen werben. (Urth. b. DBG. v. 7. Dez. 1881, Entsch. Bb. XII S. 74.)

Das Kreissteuerisstem ist lediglich ein System ber Zuschlagssteuern und zwar setzt sich ber Kreissteuervertheilungsmaßtab, auf
welchen § 70 verweift, aus 2 Faktoren, dem Prinzipasteuersatz,
nach welchem zu vertheileu ift, und der Quote, mit welcher derfelbe
abei zum Ansatz kommt, zusammen. Erstere ergiebt bas Gesetz
bezw. die auf Grund bestelben (§§ 14 u. 15 d. RrD.) erfolgende
Einschätzung, letzter fiellt innerhalb gewisser durch das Gesetz ge-

zogener Grenzen ber Areistag fest. Reiner biefer beiben Fattoren tann modifizirt werben, ohne bamit ben Areissteuervertheilungsmaßstab aufzugeben und an Stelle besselben einen neuen eigenthümlichen Rahstab zu sehen.

Den Umtsbegirten fteben als abgabepflichtige Glieber bie aus ben einzelnen Amtseingeseffenen gebilbeten Gemeinden und Gutsbezirte als folde gegenüber, nicht bie einzelnen Amtseingeseffenen.

In Amisbezirken, welche nur aus Theilen von Gemeinden und Gutsbezirken zusammengesetzt sind, sind die Amiskosten in Ermangelung einer Bereinbarung zwischen den betheiligten Gemeinden und Gutsbezirken auf deren Theil ganz ebenso, als wenn bleselben selbstschändige Gemeinden bezw. Gutsbezirke bildeten, unter Ansendung des Kreisabgabenvertheilungsmaßkades zu repartiren, und bie so bestimmten Quoten der Amisuntosten sind von den Gemeinden und Gutsbezirken, deren Theile in Betracht kommen, einzustehen. (Urth. d. OBG. v. 30. Juni 1877, Entsch. Bd. U. C. 72.)

§. 61.1) (Shleswig-Bolftein.)

Als Beitrag zu ben Kosten ber Amtsverwaltung bes ziehungsweise Polizeiverwaltung im Falle bes § 36 überweist ber Staat ben Kreisen biesenigen Summen, welche er in Folge bes gegenwärtigen Geses burch das Einsgehen ber Königlichen Harbes-, Kirchspiel- und Landvögte und burch den Wegfall anderer Polizeiverwaltungskoften an den im Staatshaushalts-Etat für das Rechnungssiahr 1888/89 für ebengenannte Zwecke veranschlagten Ausgaben fernerhin ersparen wird. Die Ersparungsbeträge werden für den Kreis Herzogthum Lauendurg abgesondert sestgestellt und demselben unmittelbar überwiesen. Die Bertheilung der für die Gesammtheit der übrigen Kreise der Proving sestzustellenden Beträge auf die einzelnen Kreise ersolgt nach Maßgabe des Bedürsnisses durch die

Provinzialvertretung, beziehungsweise durch eine von dieser zu ermählende Kommission. Bei dieser Bertheilung sowie bei der Untervertheilung im Kreise sind auch diezienigen Landgemeinden und Gutsbezirke zu berücksichtigen, welche mit dem Polizeibezirk einer benachdarten Stadt vereinigte) sind. (§ 36.)

Soweit die Rosten der Amtsverwaltung durch die vom Staate zu überweisenden Beträge ihre Deckung nicht finden, trägt dieselben das Amt.

- 1) Die Abanderungen find entsprechend ben Abanderungen in § 36.
- 9) Das herzogthum Lauenburg ift ausgenommen, weil es nicht bem Provinzialverbanbe ber Provinz Schleswig-Golftein angehört.
- *) Entfprechend bem § 53 ber RrD. hat bie RrD. für Schleswigholftein in 641 amar bie Ueberweifung einzelner Rommunglangelegenheiten und bie gufammengefesten Amtsbegirte bon ber Bereinbarung, alfo bon einem übereinftimmenben Beidluffe ber auge borigen Gemeinden und Ontsbezirte, fowohl hierüber, als auch über ben Bertheilungsmafftab für bie zu biefem Amede erforberlichen Abaaben, foweit folder nicht festftebt, abbangig gemacht. fich aber ieber Bestimmung über ben Dagftab für bie Aufbringung ber Roften aur Erfüllung ber gefetlichen Aufgaben ber aufammengefetten Amtsbezirte enthalten. Die Beftimmungen bes § 70 Mbf. 5 ber RrD. f. b. Oftprob., bak bie burd bie Beitrage bes Stagtes nicht gebedten Roften ber Amisbermaltung in ben gufammengefesten Amisbezirten mangels einer Bereinbarung ber Betbeiligten nach bem Rakftabe für bie Rreisabaaben aufaubringen find, ift im 6 61 ber RtQ, für Schleswig-Bolftein nicht enthalten. Deshalb fieht ber Weftfebung bes Dafftabes für bie Aufbringung ber gefetlichen Roften feitens ber gum Amtsbegirte geborigen Gemeinben und Butsbegirte burch einen Debrheitsbeschluß bes Amtsausschuffes nicht icon bie bierin enthaltene außergewöhnliche Machtvollommenbeit entgegen. Diefe hat der Bermaltungsrichter anguertennen und für die ber Befdlufe-

nahme bes Amtsausschussen unterliegenden Angelegenheiten ift die Genehmigung des gesaßten Beschüssen, abgelehen den § 45. durch die Aufsichts- oder eine andere Behörde überhaupt nicht vordehalten, andrerseits der Amtsausschuß zur Fassung seiner Beschlüsse mit Stimmenmehrbeit im § 42 ausdrücklich ermächtigt. Die Abgrenzung des Amtsausschusses in beiden Kreisordnungen rechtfertigt sich dahin, daß der Amtsausschuß über alle nicht ausdrücklich den Gemeinden und Gutsbestren vordealtenen oder von übere Zustimmung bedingten Angelegenheiten selbsstädnig zu besinden hat. (Urth. d. OBG. d. 4. Rob. 1891, Entsch Bb. XXII S. 3.)

S. 70a.1) (Oftbrovingen.)

Muf Beichwerben und Ginfpruce, betreffenb:

- 1) bas Recht jur Mitbenusung ber öffentlichen Ginrichtungen und Anstalten bes Amtsbezirkes,
- bie Heranziehung ober bie Beranlagung zu ben Koften ber Amtsverwaltung ober zu anberen Amtsabgaben,

beschließt — in zusammengeseten Amtsbezirken — ber Amtsausschuft.

Beschwerben und Einsprilche ber zu 2 gebachten Art sind innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Bestanntmachung ber Abgabebeiträge bei bem Amtsvorssteher anzubringen. Einsprüche gegen die Höhe von Amtszuschlägen zu ben direkten Staatssteuern, welche sich gegen den Prinzipalsat ber letzteren richten, sind uns aulässig.

Gegen den Beschluß des Amtsausschuffes findet innerhalb zwei Wochen die Rlage bei dem Kreisausschuffe statt. Hierbei finden die Borschriften des §. 19 Absah 3 Sah 22) Anwendung. Die Beschwerben und die Ginsprüche, sowie die Rage, haben teine aufschiebende Wirkung.

1) Entiprechen ben Bestimmungen bes § 19, ofr. bie Bemertungen bagu.

9) Hierbei ist die Zuständigkeit des Berwaltungsgerichts auch insoweit begründet, als disher duch § 79 Tit. 14 Theil II des ARR., bezw. §§ 9 und 10 des Gesehse über die Erweiterung des Rechtsweges dom 24. Mai 1871 (SS. S. 241) oder sonstige bestehende Borschriften der ordentische Rechtsweg für zulässig ertlärt wirb.

§. 62. (Schleswig-Holftein.)

Derselbe Wortlaut wie bei I S. 70a.

§. 71. (Oftprovingen.)

In benjenigen Gemeinden und Gutsbezirken, welche einen Amtsbezirk für sich bilden,1) werden die Kosten der Amtsverwaltung gleich den übrigen Kommunalbedürsnissen aufgebracht. Solche Amtsbezirke haben keinen Anspruch auf die vom Staate gewährten Fonds.2)

- 1) Wenn zwei ober mehrere in einer Hand befindliche Gutsbezirke zu einem Amtsbezirk' vereinigt find, so ist ber Amtsbezirk als ein zusammengeseter anzuseben; ob er Anspruch auf die bom Staate gewährten Dotationsbeträge hat, ist zuvörderst ber Beschluffassung ber betheiligten Kreistage zu überlassen. (Berf. b. Min. b. 31. d. 31. Wat 1874, MBC. C. 158.)
- 3) Den im § 71 erwähnten Gemeinben, welche einen Amisbezirf für fich bilben, steht zwar ein Anspruch auf die vom Staate gewährten Fonds nicht zu; unter besonderen Umständen kann ihnen aber eine Beihilfe bewilligt werden, wofern sie ohne ihren Antrag zu besonderen Amisbezirken erklärt worden find. (Berf. d. Min. b. J. d. 3. unt 1873 zu Art. 2 d. Instr. vom selben Tage, MBI.

§. 63. (Schleswig-Holftein.) Rur ber erste Say bes §. 71 bei I.

§. 72. (Oftprovingen.)

Unterläßt ober verweigert ein Amtsverband die ihm gesetlich obliegenden, von der Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Juständigkeit sestgestellten Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen, so versügt der Landrath unter Ansührung der Gründe die Eintragung in den Stat, beziehungsweise die Feststellung der außerordentlichen Ausgabe.1)

Gegen die Berfügung des Landraths steht dem Amtisverbande innerhalb zwei Wochen die Rlage bei dem Bezirksverwaltungsgerichte zu. Jur Aussührung der Rechte des Amtsverbandes kann der Amtsausschuß einen besonderen Bertreter bestellen.

- 1) Auch hier ist ber Grundsatz ausgesprochen, daß die Aufsichtsbehörbe, welche bisher bei den Berwaltungsgerichten klagbar werden mußte, im Wege der Berfügung die Eintragung in den Etat beranlassen fam und es den betreffenden Berbänden überlassen bielbt, gegen die Berfügung den Weg der Klage im Berwaltungsfreitbersahren zu beschreiten. (Cirl. d. Min. d. J. v. 26. März 1881, S. 69.)
- 9 Birb tein besonberer Bertreter bestellt, so vertritt ber Amts-
- Die Areisordnung legt ben Areistagen und Amisausschüffen die Befugniß det, bei Beanftandungen einem besonderen Bertreter zur Wahrnehmung ihrer Rechte zu bestellen, dei Zwangsetatistrungen zur Wahrnehmung der Rechte des Areises bezw. Amtsberbandes. (Urth. d. DBG. d. 18. Dez. 1889, Entig. Bd. XIX. S. 111.)

§. 64. (Schleswig-Holftein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 72.

Einnahmen ans Gelbbuffen unb Ronfistaten, §. 73. (Ofterovingen.)

Die von den Amtsvorsichern in Gemäßheit des Sessieses vom 14. Mai 1852¹) (Gesets-Samml. S. 245) ends gültig sestgesetzen Gelddußen und Konsistate, sowie die von denselben sestgesten Systutiogelddußen werden — soweit nicht in Ansehung gewisser Uebertretungen des sonders destimmt ist, wohin die durch dieselden verswirkten Gelddußen und Konsistate sließen sollen²) — zur Amtstasse, beziehungsweise zu den Kassen der einen eiges nen Amtsbezirk bildenden Gemeinden und Gutsbezirke verseimnähmt und zur Deckung der Kosten der Amtsverwaltung mitverwendet.⁴)

- 1) Jest Gefes bom 23, April 1883, cfr. oben bei 6 63.
- 3) Solche Musnahmebestimmungen finb:
- a) Borläufige Berordnung über die Ansübung der Walbstreuberechtigung vom 5. März 1843 (GS. S. 105); die Gelbstrafen fallen nach § 7 den Walbeigenthümern zu.
- b) Gefet, betreffend die Berletung ber Dienstpflichten bes Gefindes und ber länblichen Arbeiter vom 24. April 1854 (GS. S. 214); die Gelbstrafen fallen nach § 5 ber Ortsarmentaffe zu.
- o) Das Felb- und Forstbiebstahlsgeset vom 1. April 1880; nach § 96 fließen die Gelbstrafen zur Gemeinde bezw. Staatstaffe.
- 9) Bu ber Amtskaffe fließen nur biejenigen Gelbstrafen, welche bon bem Amtsborsteher enbgültig festgesetzt worden sind. Die bon den Landrälsen 3. B. in Chausserschreintrabentionssachen oder im Wege des polizeiliden Zwangsberfahren festgesetzt Strafe oder die im Disziptlinarwege versügten Ordnungsftrafen sließen zur Staatskaffe. (Beldeib b. Min. d. 3. b. 19. Des. 1874. MBI. 1875 S. 2.)

Ueberschrift und §. 65 (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 73, nur ist bas Geset vom 23. April 1883 citirt.

Sünfter Abidnitt.

Non dem Amte des Landraths. Lanbrath.

- a) Ernennung deffelben.
- §. 74. (Oftprovingen.)

Der Lanbrath wird vom Könige ernannt.

Der Kreistag ist befugt, für die Besetzung des ersledigten Landrathsamtes geeignete Personen, welche seit mindestens einem Jahre dem Kreise durch Grundbests oder Wohnsit angehören, in Borschlag zu bringen.

Geeignet zur Bekleibung ber Stelle eines Lanbrathes find biejenigen Personen, welche

- 1) bie Befähigung jum höheren Berwaltungs- ober Justizbienste erlangt haben,1) ober
- 2) bem Kreise seit minbestens einem Jahre burch Grundbesitz ober Wohnsts angehören, und 2) zus gleich mindestens während eines vierjährigen Zeitzaumes, entweder
 - a) als Referendare im Borbereitungsbienste bei ben Gerichten und Berwaltungsbehörben 3) ober
 - b) in Selbstverwaltungsämtern) bes betreffens ben) Kreises, bes Bezirkes ober ber Provinz, — jedoch nicht lediglich als Stellvertreter ober als Mitglieder von Kreiskommissionen thätig gewesen sind.

Auf ben Zeitraum von vier Zahren kann ben zu 2 b bes zeichneten Personen eine Beschäftigung bei höheren Ber-

waltungsbehörben. bis zur Dauer von zwei Jahren in Anrechnung gebracht werben.

- 1) Befähigung zum höheren Berwaltungsbienst, ost. § 10 b. Gef. b. 6. Mai 1869 (GS. S 656), 11. März 1879 (GS. S. 160) und 23. Mai 1883 (GS. S. 99).
- 2) Beibe Boraussehungen muffen gegeben fein, einjähriger Grunbbefit und Wohnsts im Kreife und a ober b.
- 3) Der Referenbar muß während eines bierjährigen Zeitraumes bei ben Gerichten und Berwaltungsbehörben im Borbereitungsbienfte beschäftigt gewesen sein.
- 4) Selbstverwaltungsämter find bie Aemter ber Amisborsteher, ber gewählten Mitglieber ber Areisausschüffe, Bezirtsausschüffe, Brobinzialrathe und Brobinzialausschiffe.
- 5) "Betreffenb" bezieht fich auf den Bezirf und die Proving. (StB. b. Ab. 1880—81 S. 1874.)
- 9) höhere Berwaltungsbehörben find bie Regierungen, Oberpräfibent.

3 meiter Abidnitt.

Non dem Amte des Landrathes und der Ortspolizeibehörde.

a) Ernennung deffelben.

§. 22. (Sannover.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 74.

3meiter Abicnitt.

Non dem Amte des Kandrathes und der Ortspolizeibehörde.

a) Ernennung deffelben.

§. 24. (Seffen: Raffan.) Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 74. Dritter Abschnitt. Non dem Kandrathe. Ernennung beffelben.

§. 30. (Weftfalen.)

Der an ber Spize ber Berwaltung bes Kreises stehenbe Landrath wird vom Könige ernannt.
Sonst berselbe Wortlaut wie bei I & 74.

Ueberidrift wie bei IV.

§. 30. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 74, nur b., als Chrens bürgermeister, sowie in Selbstverwaltungsämtern u. f. w.

Das Amt als Chrenbürgermeister ist hier aufgeführt mit Rüdsicht darauf, daß in der alten Areisordnung auch das Amt des Ehrenamisborstehers unter die Selbstverwaltungsämter fällt.

Bierter Abiconitt.

Neberschrift und §. 66. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 74.

b) Stellvertretung deffelben.

§. 75. (Oftprovingen.)

Behufs Stellvertretung bes Lanbrathes 1) werben von bem Kreistage aus ber Zahl ber Kreisangehörigen zwei Kreisbeputirte auf je sechs Zahre2) gewählt.3) Dieselben bebürfen ber Bestätigung bes Ober-Präsibenten. Sie sind von bem Landrathe zu vereibigen.

Für fürzere Berhinberungsfälle tann ber Rreisfetretär als Stellpertreter eintreten.

1) Auch für die Beurlaubung der Landräthe find die Borschriften in § 11 und 12 d. ObBInstr. b. 31. Dez. 1825 und in § 39 Ar. 6 d. RInstr. b. 25. Ott. 1817, verbunden mit der Bestimmung unter D I d. Allerh. Radord. b. 31. Dez. 1825 als maßgedend zu erdeten. Ein Selbstweisungsrecht ist den Landräthen nicht gegeben. (Berf. d. Rin. d J. d. 13. Nob. 1880, MBl. S. 204.)

Die Stellvertretung bes Lanbraths tann auch einem Königlichen Beamten übertragen werben, nicht blos ben Kreisdeputirten. (Urth. b. OBG. v. 17. Mai 1888, Entich. Bb. X S. 24.)

- 1) Wenn bie Areisorbnung nach bem Borgange ber Stäbteorbnung und anderer Gefete für bie Rreisbertretungen und bie Berwaltungstollegien ber Rreisqueiduffe regelmakige Ergangungsmablen eingeführt und bementsprechend Erfatmablen nur für ben Reft ber Bablberiobe ber Musgeichiebenen gugelaffen bat, fo ift boch anbererfeits an bem Grunbfate feftgehalten morben, bak biejenigen, welche außerhalb eines Rollegiums ein unbefolbetes Amt in ber Berwaltung bes Rreifes als Gemeinbevorfteber, Schöffe, Amisvorfteber, Rreisbebutirter führen, ohne Rudfict auf bie Umtsbauer ibrer Boraanger für bie im Befet bestimmte Angabl bon 6 Rabren gewählt beaw, ernannt merben. Die Beamten ber letteren Rategorien, fofern fie bor Beenbigung ber regelmäßigen Amteperiobe ihrer Borganger in ihr Amt eintreten, laffen fich überhaupt nicht als Grfatmanner ber Ausgeschiebenen betrachten. Gine einheitliche Amtsbauer für fammtliche Rreisbeputirte murbe nicht au erreichen fein, weil dieselben gemäß § 8 Abf. 3 b. RrD., ungeachtet fie auf 6 Jahre gemablt werben, nach Ablauf bes britten Jahres jebergeit ihr Amt nieberlegen tonnen. (Erl. b. Min. b. 3. b. 5. Mars 1876, MBL €. 110.)
- 3) Es empfiehlt fich, die Wahl auf solche Personen zu lenten, welche Mitglieber des Areisausschuffes und als solche in der Lage sind, sich mit den Geschäften besselben vertraut zu machen. (MR. v. 7. Sept. 1873.)

Diaten und Reifekoften für Dienstangelegenheiten außerhalb bes Kreifes erhält ber Kreisbeputirte nach ben Sagen ber Staatsbeamten ber IV. Rlasse. (MR. b. 14. Juli 1874, MBI. S. 226.)

Den Kreisdeputirten pflegt mit Klücsticht auf die durch die Stellvertretung des Landraths gebotenen Aufwendungen eine Remuneration von 6 Marf täglich gegeben zu werden, auch wenn sie des Sandrathsamtes wohnen. (MR. v. 29. Okt. 1874, MBC. pro 1875 S. 65.)

Den mit der kommissarischen Bertretung eines Landrathsamtes betrauten Personen durfen im Falle ihrer Beursaubung nur die Kommissonsditten auf die Dauer den 4 Wochen und auch nur soweit underkürzt gelassen werden, als durch ihre Bertretung teine bessonberen Koken für die Staatskasse entstehen, analog des Erlasses, 29. Rob. 1849. (Cirk. d. 5. März 1891, MBL. S. 29.)

Die Landräthe find verpflichtet, die ihnen als hilfsbeamte zugeordneten Regierungsaffestoren angemessen zu entschädigen. (Cirk. b. Min. d. 3. v. 8. Mars 1899, MBL S. 166.)

4) Der Kreissetreidr kann ben Lanbrath nicht als Borfitzenber bes Kreisausschusses (§ 118) vertreten. Ebenso tann er nicht über Gelber quittiren, welche bem Lanbrathe nicht zu einem bienstlichen Zweck, sonbern etwa zur Dedung einer auf Grund von Dienstvorschriften bestrittenen Ausgabe zustehen. (MR. v. 9, Ott. 1888, W.Bl. S. 177.)

Der Richter hat nicht zu prüfen, ob eine von dem Kreissekretär nach dem Gesetz b. 14. Mai 1852 erkassene Strasverfügung gemäß § 75 Abs. 2 zu Recht unterzeichnet ist. (Urth. d. Obertrib. v. 3. Sept. 1879. IMBBL S. 459.)

Rach bem Reft. v. 10. Mai 1831 (MBl. 1841 S. 314) bürfen die Regierungen die Stellvertretung des Landraths in Berhinderungsfällen niemals länger als 14 Tage den Kreissefreidren anvertrauen, und es muß dei einer Berhinderung von längerer Dauer, sowie bei eintretender Bakanz die Stellvertretung einem Kreisdeputirten übertragen werben.

Die Areissetretäre sind nach der Areisordnung die gesehlichen Stellvertreter der Landräthe und als solche nicht wählbar zu Stadtverordneten. (Urth. d. OBG. d. 27. Jan. 1886, Entsch. Bb. XVI C. 78.)

Bei benjenigen Lanbrathsämtern, bei welchen bem Rreisfefretär ein aus Staatsfonds remunerirter Bureau - Silfsarbeiter gur Seite gestellt ift, barf weber von bem Areissekretär, noch von bem Bureauhilfsarbeiter eine Rebenbeschäftigung übernommen werden. (Berf. b. Min. b. J. v. 29. Aug. 1891, MBL S. 165.)

Die Stellvertretung bes Kreissetreturs burch eine Person, welche nicht Beamter ift, ist unstatthaft; bagegen statthaft burch einen vorschriftsmäßig vereibigten mittelbaren Beamten, wenn ein Staatsbeamter nicht zur Berfügung stand, immer aber mit ministerieuer Genehmigung. (Berf. b. Diin. b. J. v. 29. Aug. 1891, MBL S. 185.)

Ueberschrift und §. 23. (Sannsver.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 75.

Das Institut der Areisdeputirten ist in derselben rechtlichen Bedeutung, welche dasselbe in den alten Provinzen gewonnen hat und mit den dort maßgebenden Beschränkungen eingesührt. Der Staatsregierung verbleibt daher auch hier die ihr rechtlich zustehende und thatsächlich steits gesibte, auch seitens des Oberverwaltungsgerichts in einer Entscheidung v. 17. März 1883 ausdrücklich anerkannte Besugniß, nach freiem Ermessen die Stellvertretung des Landrathes trot des Borhandenseins von Kreisdeputirten und trot der Bereitwilligkeit derselben zur Uedernahme der Stellvertretung in allen Fällen einem besonderen Rommissar zu übertragen. (Begr. S. 66.)

Ueberschrift und §. 25. (Seffen-Raffan.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 75.

Ueberfdrift und §. 31. (Beftfalen.)

Derselbe Wortlaut wie bei 1 §. 75; zweiter neuer Sat zum zweiten Absat: Jeboch barf diese Bertretung die Zeitbauer von vierzehn Tagen in der Regel nicht überschreiten.

Neberschrift und §. 31. (Rheinprovinz.) Derselbe Wortlaut wie bei IV. Ueberschrift und §. 67. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei 1 §. 75.

c) Amtliche Stellung deffelben.

§. 76. (Oftprovingen.)

Der Landrath führt als Organ der Staatsregierung 1) die Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung im Kreise und leitet als Borsizender des Kreistages und des Kreissausschusses die Kommunalverwaltung des Kreises.²)

- 1) Die Lanbräthe sind die Organe der Regierung. Es kann also die gesehliche Befugniß der Königlichen Regierung, zur Bermittelung des Geschäftsverkehrs mit dem Magistrat und zur Ausführung ihrer Berfügung auch in Angelegenheiten der städtischen Schulen sich des Landraths als ihres Kommissans zu bedienen, nicht in Frage gestellt werden. (Erl. d. Min. f. g. pp. A. b. 6. Mai 1887, Centralbt. f. Unterrichtsverw. S. 533.)
- ⁹⁾ Dem Landrath steht als Borsigendem bes Kreisausschusses bie Aufsicht über die Geschäftsführung der Amtsvorsteher zu, und er ist als nächste vorgesetze Staatsbehörde berechtigt, diesetben mit Anweisungen zu versehen, benen sie Folge zu leisten verpslichtet sind. (Erl. b. Min. d. J. f. g. pp. A. v. 16. Nov. 1881, Centralbl. f. b. Unterrichtsberm. S. 610.)
- 5) Die Regierung ift befugt, wenn fie eine Anordnung trifft, beren Durchstibrung bem Lanbrathe als ihrem Organe zu überlaffen. Der Lanbrath ift berpflichtet, bem nachzutommen. Er hat zu biesem Behufe von seiner odrigkeitlichen Gewalt Gebrauch zu machen. (Urth. b. OBG. b. 13. Dez. 1884, Entic. Bb. XI S. 388.)

c) Amtliche Stellung deffelben.

§. 24. (Sannover.)

Der Lanbrath führt als Organ ber Staatsregierung, porbehaltlich ber Borschriften in ben §§. 27 bis 30, die

Geschäfte ber allgemeinen Lanbesverwaltung und bie örts liche Polizeiverwaltung im Areise beziehungsweise die Aufssicht über bie letztere, soweit bieselbe anderen Behörden oder Beamten übertragen ist. (Bergl. jedoch §. 25.)

Er leitet als Borsihender des Kreistages und des Kreisausschuffes die Kommunalverwaltung des Kreises.

Dem Landrath soll wie in den übrigen Probinzen die Aufficht über die Briliche Bolizeiverwaltung im Areise, soweit dieselbe von anderen Behörden und Beamten wahrzunehmen ift, mit der hinschilich der selbstständigen Städte vorzubehaltenden Maßgabe zusteben.

§. 25 (Sannsver.)

Die Einführung des Institutes der Amtsvorsteher nach Maßgabe der betreffenden Bestimmungen der Kreisordnung vom 13. Dezember 1873 (Gesetz Samml. 1881 S. 155) in der Provinz kann auf Antrag des Provinziallandtages durch Königliche Berordnung erfolgen.

S. 26. (Seffen-Raffan.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §.76 mit solgendem Zusat: Er hat insbesondere, vordehaltlich der Bestimmungen in den §§. 27 st., die gesammte Polizeiverwaltung im Kreise und in dessen einzelnen Stadtgemeinden, Landgemeinden und Gutsbezirken zu überwachen.

§. 32. (Weftfalen.)

Derselbe Wortlaut wie bei III §.26, nur fallen die Borte: "vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§. 27 ff." fort.

§. 32. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei III §. 26, nur fallen bie Worte "vorbehaltlich ber Bestimmungen in ben §§. 27 ff." und "und Gutsbezirken" fort, bagegen wird vor Landges meinden bas Wort "und" eingefügt.

§. 68. (Schleswig-Holftein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 76.

d) Rechte und Pflichten deffelben.

§. 77. (Oftprovingen.)

Soweit bie Rechte und Pflichten bes Lanbrathes nicht burch bas gegenwärtige Gesetz abgeanbert sind, behält es bei ben barüber bestehenben Borschriften auch ferner sein Bewenben. 1)

Demgemäß 2) hat ber Lanbrath auch ferner bie gessammte Polizeiverwaltung im Kreise und in bessen zelnen Amtsbezirken, Gemeinden und Gutsbezirken zu überwachen.

1) Der Lanbrath kann in die Funktionen bes Amisborftehers eingreifen. ofr. § 57 Abf. 2 und die Anmerkungen bazu.

Der Landrath ift nach § 142 bes LBwG. befugt, unter Mitwirtung bes Kreisausschusses nach Maßgade des Geses über die Polizeiverwaltung b. 11. März 1830, bezw. der Berord. d. 20. Sept. 1867 und des Lauenburgischen Geses d. 7. Jan. 1870 für mehrere Ortspolizeibezirfe ober für den ganzen Umfang des Kreises gültige Polizeivorschriften zu erlassen und gegen die Richtefolgung derselben Gelbstrafe dis zum Betrage von 30 Mark anzubrohen.

Auch in ben zum Areisverbande gehörigen Städten (felbst über 10 000 Einwohner) hat ber Lanbrath bie Polizeiverwaltung zu überwachen. (Erl. b. Min. b. J. v. 15. März 1874, MBl. S. 103.) ⁹⁾ "Demgemäß" heißt nach Maßgabe ber bereits bestehenben Borjchriften, insoweit solche nicht burch die Arelsordnung abgeändert worden find. (Urth. d. OBS b. 6. Juni 1877, Entsch. Bb. N S. 415.)

Der Landrath ift zuständig, die für die Landgemeinden ergehenden Sundesiener-Regulative ohne die Zustimmung des Kreisausschusses zu bestätigen. (Urth. b. OBG. b. 5. März 1881, Entsch. Bb. VII S. 170.)

Daraus, daß die Landräthe die Organe der Chaussepolizei sind, folgt nicht ihre Zuständigkeit zur Handhabung der örtlichen Baupolizei dei Bauten an Chaussen über die Wahrung der besonderen chaussedsupolizeisichen Interessen hinaus. (Urth. d. ORG. d. 25. Rod. 1889. Entsch. Bd. XVIII S. 390.)

d) Rechte und Pflichten deffelben.

§. 26. (Sannover.)

Der Landrath tritt an die Stelle des Kreishauptmanns und des Amtsbauptmanns.

Durch bie Bestimmung, wonach ber Lanbrath an bie Stelle bes Rreisbaubtmanns und bes Amishauptmanns tritt, wirb bie Ruftanbiateit beffelben ericoppfent bestimmt, ba nach ben §§ 2 und 7 ber Berordnung bom 12. Sept. 1867, betreffend bie Amts- und Preisberfaffung in ber Brobing Sannober, ber Amisbaubtmann alle Ruftanbigfeit ber Beamten nach ber Sannoverichen revibirten Amtsorbnung bom 10. Mai 1859 mabraunehmen und augleich, mit Ausnahme ber bem Rreisbaubtmann jugewiesenen Militar- und Steuerfachen, die Runttionen bes Landraths mabraunehmen bat. Rach ben 66 5 und 6 ber Hannoverschen revibirten Amtsorbnung ift ber Amisbanbimann und bemnachft also ber Lanbrath auch perpflichtet, Die Geschäfte ber örtlichen Bermaltung bes Domanialund Rlofterautes mabraunehmen. Es befteht aber fein gefetliches Sinbernig, andere Beamten mit biefen Befcaften ju beauftragen, wie bies binfichtlich ber Rlofterautspermaltung geicheben ift. Bei ber Bilbung ber neuen Rreife ift baber babon ausgegangen, bag bie Landrathe für biefe Befchafte, welche fie in manchen Rreifen jum Rachtheile ihrer fonftigen Aufgaben über bie Gebühr belaften, und welche überbies ihrer Stellung wenig entsprechen wurben, regelmäßig nicht werben in Anspruch genommen werben.

Der Lanbrath wird auch alle Funktionen bes Kirchenkommissars, soweit solche zur Zeit bem Amtshauptmann zugestanden, zu übernehmen haben. (Begr. S. 67.)

§. 27. (Sannover.)

In ben Städten, auf welche die Hannoversche Städtes ordnung vom 24. Juni 1858 (Hannoversche Gesets-Samml. S. 141) Anwendung findet, behält es bei den bestehenden Borschriften hinsichtlich der Berwaltung der Polizei und der Wahrnehmung der Geschäfte der allgemeinen Landess verwaltung sein Bewenden.

Diese Borschriften sinden jedoch in den Städten Bunstors, Eldagsen, Reustadt a. R., Münder, Pattensen, Bodenwerder, Woringen, Burgdorf, Gifhorn, Winsen a. d. L., Lüchow, Dannenderg, Otterndors, Quakendrück, Relle und Sjens, sowie in den Gemeinden, welche, nachdem dies Geses in Kraft getreten sein wird, zur städtischen Berssassung übergehen, mit der Waßgade Anwendung, daß die Aufsicht über die Polizeiverwaltung und die Wahrsnehmung der Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung dem Landrathe zustehen. Jur Mitwirtung det der letzteren sind die Wagistrate gleich den Gemeindevorstehern verspsichtet.

Die felbsiständigen Städte in der Probinz Hannover haben hinsichtlich der Berwaltung der Polizei- und Landesangelegenheiten im Stadtbezirfe von Alters her eine eximitrie, von der Einwirfung der landesherrlichen Beamten der angrenzenden ländlichen Distrikte freie Stellung gehabt und dis auf die Gegenwart gewahrt mit Ausnahme der durch die Berordnung vom 12. Sept. 1867 dem Kreishauptmann überwiesenen Staatssteuer- und Militärsachen. Diese Eximirung von der Aufstät des Landrathes hinsichtlich der Polizeiverwaltung, der eigenen Berwaltungsgeschäfte, der allgemeinen Landesverwaltung im Stadikreise, soweit sie nicht disher schon dem Arelsdauhimann zugestanden, und die Eximirung von der Zuständigeit des Areisausschusses foll den selbstitändigen Städten bewahrt werden, wenn die Boraussesungen nicht sehlen, daß ihre Simwohnerzahl in wirthschaftlicher Bebeutung gering ist und sür nachbaltige Einrichtungen zu genügender Wahrnehmung der in Betracht kommenden Geschäfte ausreichende Sicherheit nicht vorhanden ist. Im Allgemeinen sollen alle Städte mit mehr als 4000 Einwohnern eximirt sein, mit Ausnahme der Städte Buztehude und Bremervörde, welche nach ihren gesammten Berhältnissen ben größeren Städten gleichzuachten sind.

Die hiernach nicht ju eximirenden Städte (aufgeführt im § 27 Abf. 2), sowie diejenigen Gemeinden, welche fünftig gur ftädtischen Berfassung übergehen, werden zwar, den Bestimmungen der Städteordnung entsprechend, der Independente und Kreisausschuffe dieselbe Stellung erhalten, welche den Städten der Landtreise angewiesen ift. (Bear. S. 67, 68.)

§. 28. (Sannover.)

- 1) Die auf die Zuständigkeiten der Berwaltungse und Berwaltungsgerichtsbehörden in Städten mit mehr als 10 000 Sinwohnern bezüglichen Bestimmungen in den §§. 127 und 128 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Zuli 1883 (Gesetzemml. S. 195) und in anderen Gesetzen sinden auf die im ersten Absatz des §. 27 bezeichneten Städte, soweit sie nicht im Absatz 2 besselchen Paragraphen ausgenommen sind, ohne Rücksicht auf deren Sinwohnerzzahl Anwendung.
- Segen bie von bem Lanbrathe als Ortspolizeibehörbe ausgehenden Berfügungen, burch welche die Erlaubs

niß zum gewerbsmäßigen öffentlichen Berbreiten von Druckschiten (§. 43 ber Reichsgewerbeordnung) verssagt ober die nicht gewerbsmäßige öffentliche Berbreitung von Druckschiften (§. 5 bes Reichsgesesses über die Presse vom 7. Wai 1874, Reichsgesessesses. 65) verboten worden ist, findet innerhalb zwei Wochen die Rlage bei dem Bezirksausschusse statt (§. 116 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Bermaltungss und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883).

Rr. 2 enthält eine Boridrift, melde baburd erforberlich geworben ift, bak im 6 116 bes Ruft . b. 1. Mug. 1883 bie Rlage gegen bie Berfügungen ber Ortsvolizeibehörbe, burch welche bie Erlaubnis gum gewerbemakigen öffentlichen Berbreiten bon Drudidriften berfagt. ober bie gewerbsmäßige öffentliche Berbreitung von Drucficriften berboten wirb, nur für Stabtfreife und bie gu einem Sanbfreife gehörenben Stabte mit mehr als 10 000 Ginmobnern an ben Begirfsausiduß, im Uebrigen - alfo que für bie Ralle, mo ber Landrath als Ortspolizeibeborbe bie Berfügung erlaffen bat - an ben Rreisqueichuf bermiefen ift, mabrent bie Unfechtung polizeilicher Berfügungen ber Sanbrathe nach 66 197 unb 128 bes Gefetes über bie allgemeine Sanbespermaltung nur in ber Begirtsinftang erfolgen tann. Da bie betreffenben Buftanbigteiten ber Ortspolizeibehörbe ihrem Gegenstanbe nach ben Gemeinbeborftebern (6 34) nicht übertragen werben tonnen, vielmehr bem Banbrathe für bie Begirte, in welchen er bie Ortspolizei gu permalten bat, belaffen werben muffen, fo ift es nicht zu umgeben, bie Rlage gegen bezugliche Berfügungen bes Lanbrathes unter fomeitiger Abanberung bes 6 116 b. Gef. b. 1. Mug. 1883 an ben Begirfsausichuß au bermeifen. (Bear. S. 68.)

§. 29. (Sannover.)

3m Rreise habeln bleibt es in Beziehung auf bie

Zuständigkeit der Kirchspielgerichte zur Berwaltung von Geschäften der Ortspolizei dei den Bestimmungen der Hannoverschen Berordnung vom 1. September 1852 (Hannoversche Geschschamml. S. 339).

In dem den Areis Jadeln bilbenden Lande Habeln, welches die seldstitändige Stadt Otterndorf und den aus 12 Atrospielen bestehenden Antisbegirt Otterndorf umfatt, wird nach der Jannoverschen Berord. v. 1. Sept. 1852 §§ 22, 23, 26 die Ortspolizeiverwaltung in der Stadt Otterndorf gemäß den Bestimmungen der Städteordnung dom Magistrat, im Amisdezirt Otterndorf dagegen, abwelchend von dem allgemeinen Rechtszustande in der Proding, nur hinsichtlich einiger Zweige von dem Amishauptmann, im Uedrigen aber in den einzelnen Rirchiptelen von dem die Bezelchnung Rirchiptelgericht sibrenden, aus einem Schultheiß und einigen Zandschöffen bestehenden Gemeindevorstande wahrgenommen. Diese Einrichtung bleidt bestehen. (Wegr. S. 68.)

§. 30. (Sannover.)

Die im §. 78 Absat 3 ber Hannoverschen Stäbtesordnung vom 24. Juni 1858 begründete Besugniß der Regierung, den Bezirk der für eine Stadt bestehenden Polizeiverwaltung im Falle des Bedürsnisses über die Grenzen des Stadtgebietes hinaus zu erstrecken, steht dem Provinzialrathe im Einverständnisse mit dem Winister des Innern zu; an den betressenden, gegenwärtig bestehenden Berhältnissen wird nichts geändert. Auch ist der Minister des Innern besugt, für Oststeisische Inseln, für das Jadegebiet, sowie für Theile der Kreise Isseld, Bleckede, Geestemünde, Osterholz und Grassfhaft Bentheim die örtliche Polizeiverwaltung besonderen Staatsbeamten — Silsbeamten des Landrathes — zu übertragen.

Die Semeindes und Sutsvorsteher des betreffenden Distriktes sind in diesem Falle verbunden, den Answeisungen und Aufträgen des Hilsbeamten, welche dersselbe in Semäßheit seiner gesetzlichen Besugnisse in Dienstangelegenheiten an sie erläßt, nachzukommen und können hierzu von ihm, unter Anwendung der den Ortspolizeibehörden nach §. 132 des Sesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 zustehenden Iwangsmittel, mit Ausnahme der Haftstrase, angehalten werden.

Ein Ordnungkstrafrecht gegen die Gemeindes und Gutsvorsteher, sowie die Befugniß zum Erlasse ortspolizeilicher Borschriften (§. 5 der Berordnung vom 20. September 1867, Geses Samml. S. 1529) steht dem Hilfsbeamten nicht zu. Auch bleibt dem Landrathe die Besugniß, in dem Distrikte des Hilfsbeamten als Ortspolizeibebörde unmittelbar einzuschreiten.

Der Grundsat, daß der Landrath die Ortspolizei auf dem platten Lande zu verwalten hat, erleibet eine Einschrätung durch die Aufrechterhaltung der in § 78 Abs. 3 der Hannoverschen Städteord. v. 24. Juni 1858 beruhenden Besugniß der Regierung, unter welcher nicht eine bestimmte Behörde, sondern die Staatsregierung zu verstehen ist, den Bezirt der für eine Stadt bestehenden Polizeiderwaltung im Falle des Bedürfnisses über die Erenzen des Stadtgebietes hinaus zu erstrecken.

Außerbem erscheint es geboten, für einige Kreise mit Rücksicht auf beren örtliche Berbältnisse bem Minifter bes Innern bie Befugniß vorzubehalten, die örtliche Polizeiverwaltung besonderen Beamten zu übertragen. Es sind bies die Kreise Emben, Norden und Bittmund mit Rücksicht auf die dazu gehörigen, von der Kordse umflossenen Inseln, sowie auf das durch Oldenburgliche Gebietstbelle von dem Kreise Wittmund getrennte Jadegebiet (Gemeinde

Bilhelmshaben); ber Rreis Alfelb, beffen füblicher Theil (Amisbegirt hobenftein) bon bem nörblichen Theile (Elbingerobe) burch weite gebirgige Braunichweigifche Gebietstheile getrennt ift; ber Rreis Bledebe, welcher burd bie Elbe in zwei Theile getheilt wirb, mabrend gerabe gur Reit, mo bie Elbe bort nicht paffirbar ift, eine unmittelbare Sandhabung ber örtlichen Bolizeiberwaltung in Rudficht auf bie Deichverhaltniffe nicht entbehrt werben tann; ber Areis Ofterholg, mo bie Berbinbung amifchen bem westlichen Theile (Amtsbegirf Ofterhola) mit bem öftlichen Theile (Lilienthal) oft langere Reit burd Ueberichmemmungen ber Bannoverichen Rieberung in hobem Grabe erschwert wirb; und endlich ber Rreis Graficaft Bentheim, wo fowohl in ber Obergraffcaft (bisberiger Amtsbegirt Bentheim) mit Rudficht auf bie bort vorhandenen bebeutenben gewerblichen Betriebe und wegen bes Berfehrs auf ber bon Salgbergen über Bentheim nach ben Rieberlanden führenben Gifenbahn, wie in ber weitab gelegenen umfangreichen Untergraficaft eine felbftftanbige Bolizeiperwaltung nicht entbehrt werben tann.

Bur Sicherung ber möglichsten Bereinigung ber Polizeiberwaltung für die ländlichen Theile des Areises beim Andbrath auch in denjenigen Diftrikten, in welchen die Polizei einem besonderen Beamten übertragen wird, empfiehlt es sich, diesem letzeren die Stellung eines hilfsbeamten des Landraths anzuweisen, so daß er zwar nach außen hin selbstitändig ist, dem Landrathe gegenüber aber eine . Selbstitändigkeit nicht in Anspruch nehmen darf. Als Folge dieser Stellung ergiebt sich auch die im Gesehe sicherzustellende Befugnis des Landrathes zur unmittelbaren eigenen Wahrnehmung der Bolizei in dem Distrikt des dilssbeamten.

Auch für andere Bezirke wird das Institut auf Initiative bes Areistages auszudehnen sein. Die dienstliche Stellung der Hispanien gegenüber dem Gemeinde- und Gutsborsteher ift nach den betreffenden Bestimmungen bes § 65 b. Ard. geregelt.

Bestimmte Ariterien für die Qualifikation der hilfsbeamten laffen sich im Boraus nicht aufstellen. Die Regierung ift nicht beschräft auf die bom Areistage vorgeschlagenen Personen. Abhaltung von Sprechagen in den Bezirken seitens des Landraths ift erwünsicht. (Begt. S. 69.)

S. 69. (Schleswig-Bolftein.)

Soweit die Rechte und Pflichten des Landrathes nicht durch das gegenwärtige Gesetz abgeändert sind, oder durch die im §. 155 bezeichneten Gesetz eine Abanderung ersahren, behält es bei den darüber bestehenden Borschriften auch ferner sein Bewenden.

Demgemäß hat der Landrath auch ferner die gefammte Polizeiverwaltung im Kreise und in dessen einzelnen Amtsbezirken, Gemeinden und Gutsbezirken — jedoch
mit Ausnahme derjenigen Gemeinden und Gutsbezirke,
welche nach is. 36 bezüglich der Polizeiverwaltung mit
dem Bezirke einer, einen Stadtkreis bildenden oder zu
einem solchen gehörenden Stadt vereinigt worden sind —,
zu überwachen.

§§. 78—83. (Oftprovinzen.) Fortgefallen.

Dritter Titel.

Bon der Bertretung und Berwaltung des Rreifes.

Erfter Abicnitt.

Non der Jusammensehung des Areistages.

Bahl ber Mitglieber bes Rreistages.

§. 84. (Oftprovingen.)

Die Rreisversammlung (ber Kreistag) besteht in Kreisen, welche unter Ausschluß ber im altiven Militär-

bienste stehenden Personen 1) 25 000 oder weniger Sinwohner haben, aus 25 Mitgliedern. In Areisen mit mehr als 25 000 bis zu 100 000 Sinwohnern tritt für jede Bollzahl von 5000 und in Areisen mit mehr als 100 000 Sinwohnern für jede über die letztere Zahl überschießende Bollzahl von 10 000 Sinwohnern je ein Bertreter hinzu. 2)

- 1) Siehe bie Anmertung bei § 4.
- ³) Infir. v. 10. Mārz 1873 (MH. S. 81) und Refl. v. 1. Mai und 21. Juli 1876 (MH. S. 121 und 223) und v. 2. Mai 1888 (MH. S. 103).

Ueberschrift wie bei I.

§. 40. (Sannover.)

Die Kreisversammlung (ber Kreistag) besteht in Kreisen, welche unter Ausschluß ber im aktiven Militärdienste stehenden Personen 20000 oder weniger Sinwohner haben, aus 20 Mitgliedern. In Kreisen mit mehr als 20000 bis zu 50000 Sinwohnern tritt für jede Bollzahl von 2500 und in Kreisen mit mehr als 50000 Sinwohnern für jede über die letztere Zahl überschießende Bollzahl von 5000 Sinwohnern je ein Bertreter hinzu.

Ueberschrift wie bei I.

§. 41. (Seffen=Raffan.)

Die Rreisversammlung (ber Rreistag) besteht in Rreisen, welche unter Ausschluß ber im aktiven Militärbienste stehenben Personen 30000 ober weniger Sinwohner haben, aus 20 Mitgliebern. In Kreisen mit mehr als 30000 bis zu 100000 Sinwohnern tritt für jebe Bollzahl von 5000 und in Kreisen mit mehr als 100000 Sinwohnern

für jebe über die letztere Zahl überschießende Bollzahl von 10 000 Einwohnern je ein Bertreter hinzu.

Ueberschrift wie bei I. S. 33. (Beftfalen.)

Die Kreisversammlung (ber Kreistag) besteht in Kreisen, welche unter Ausschluß ber im aktiven Militärdienste stehenden Personen 35 000 oder weniger Sinwohner haben, aus 20 Mitgliedern. In Kreisen mit mehr als 35 000 bis zu 70 000 Sinwohnern tritt für jede Bollzahl von 5000 und in Kreisen mit mehr als 70 000 Sinwohnern für jede über die letztere Zahl überschießende Bollzahl von 10 000 Sinwohnern je ein Vertreter hinzu.

Ueberschrift wie bei I. §. 33. (Rheinbroving.)

Die Kreisversammlung (ber Kreistag) besteht in Kreisen, welche unter Ausschluß der im aktiven Militärdienste stehens dem Personen 25 000 ober weniger Sinwohner haben, in den Regierungsbezirken Aachen, Söln und Düsseldorf aus 25 und in den Regierungsbezirken Coblenz und Trier aus 20 Mitgliedern. In Kreisen mit mehr als 25 000 dis zu 100 000 Sinwohnern tritt für jede Bollzahl von 5000 und in Kreisen mit mehr als 100 000 Sinwohnern für jede über die letztere Jahl überschießende Bollzahl von 10 000 Sinwohnern je ein Bertreter hinzu.

Ueberschrift wie bei I.

§. 70. (Schleswig. Politein.) Die Rreispersammlung (ber Rreistag) befteht in Rreisen, welche unter Ausschluß ber im aktiven Militärbienste stehen ben Personen 35 000 ober weniger Einwohner haben, aus 20 Mitgliebern. In Kreisen mit mehr als 35 000 bis zu 70 000 Einwohnern tritt für jebe Bollzahl von 5000 und in Kreisen mit mehr als 70 000 Einwohnern für jebe über die letztere Zahl überschießende Bollzahl von 10 000 Einwohnern ie ein Bertreter hinzu.

In ben Kreisen Siberstebt, Rorberbithmarschen und Süberbithmarschen kann bie Zahl ber Mitglieber burch statutarische Anordnung bes Kreistages erhöht werben.

Bilbung von Bahlverbanben für bie Bahl ber Rreistagsabgeorbueten.

§. 85. (Oftprovingen.)

Sum Zwede ber Wahl ber Kreistagsabgeorbneten werben brei Wahlverbanbe gebilbet und zwar:

- a) ber Bahlverband ber größeren ländlichen Grundsbefitzer.
- b) ber Wahlverband ber Landgemeinden 2) und
- c) ber Wahlverband ber Stäbte.3)

In Kreisen, in welchen keine Stadtgemeinde vors handen ift, scheibet der Bahlverband ber Städte aus.

Für Kreise, welche nur aus einer ober mehreren Städten bestehen, gelten die Borschriften ber §§. 169 und 171 bis 175 bieses Gesets.

¹⁾ cfr. § 86.

²) cfr. § 87.

^{*)} cfr. 6 88.

Ueberschrift wie bei I.

§. 41. (Sannover.)

Erster Absat berfelbe Wortlaut wie bei I &. 85.

In Kreisen, in welchen keine bem Bahlverbande ber Städte angehörige Gemeinde vorhanden ist, scheibet bieser Bablverband aus.

Für Rreise, welche nur aus einer Stadt bestehen, gelten bie Borschriften bes §. 101 bieses Gefetes.

Ueberichrift wie bei I.

§. 42. (Seffen-Raffan.)

Jum Zwede ber Wahl ber Kreistagsabgeorbneten werben brei Wahlverbanbe gebilbet, und zwar:

- a) ber Bahlverband ber größeren Grunbbefiger,
- b) u. f. w. wie bei II §. 41, nur im letten Abfate "bes §. 102 biefes Gefetes".

Ueberschrift wie bei I.

§. 34. (Weftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei II §. 41, nur b) Bahls perband ber Amisverbande und im lesten Absat "§. 89".

Ueberschrift wie bei I.

§. 34. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei II §. 41, nur b) Wahlverbanb ber Landbürgermeistereien und im letten Absate "§. 89".

Ueberschrift wie bei I.

§. 71. (Schleswig-Holftein.)

Abfat 1 berfelbe Wortlaut wie bei I §. 85.

In ben Kreisen Siberstebt, Husum, Norderbithmarschen und Süberbithmarschen scheibet der Bahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer und in Kreisen, in welchen leine Stadtgemeinde vorhanden ist, scheibet der Bahlverband der Städte aus.

Dritter Absat wie bei I §. 85, nur "§§. 132 und 134 bis 138 bieses Gesetzes".

Bildung bes Bahlverbandes ber größeren ländlichen Grundbefiger.

§. 86. (Oftprovingen.)

Der Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer besteht aus allen benjenigen zur Jahlung von Kreisabgaben verpslichteten Grundbesitzern, mit Sinschluß der juristischen Personen, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, welche von ihrem gesammten, auf dem platten Lande innerhalb des Kreises) belegenen Grundeigenthume²) den Betrag von mindestens 225 Mark an Grund- und Gebäudesteuer entrichten,³) beziehungsweise zu entrichten haben würden, wenn sie nach Waßgabe der Geste vom 21. Mai 1861 (Gesets-Samml. S. 253 und 317) zur Grund- beziehungsweise Gebäudesteuer veranlagt wären.⁴)

Nach Erlaß ber Provinzialordnung bleibt den Provinzialvertretungen ⁵) überlaffen, für ihre Provinz oder auch für einzelne Kreise derselben den Betrag von 225 Mark auf den Betrag von 300 Mark zu erhöhen oder bis auf den Betrag von 150 Mark zu ermäßigen.

Für einzelne Kreise ber Proving Sachsen barf biefe Erhöhung bis zu bem Betrage von 450 Mart erfolgen.

Dem Bahlverbande ber größeren ländlichen Grundsbesitzer treten biejenigen Gewerbtreibenden und Bergswerksbesitzer hinzu, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse A I der Gewerbesteuer mit dem Mittelsatze veranlagt sind (§. 14 Absatz 4).

- 1) Die kommunale Beziehung und Bebeutung des Grundbesites kommt in diesem Wahlberbande nur insofern in Betracht, als die Grundstüde innerhalb des Kreises gelegen sein müssen und daher mit Kreisadgaden belegt werden können, und daß sie nicht zu städtischen Gemeindebezirken gehören dursen; im Uebrigen ift es unwesentlich, ob die Grundstüde Landgemeinden oder Gutsbezirken oder beiden zusammen angehören, oder auch kommunalfrei sind. (Uris. d. DBG. d. 8. Rod. 1876, Entsch. Bb. I S. 117.)
- *) Es mag baffelbe in Ritter-, Rölmer unb Bauern- ober fonftigen Gitern, in Koffäthen-, Räthner-, Gärtner-, Bübner- ober Eigenthumerfiellen, bezw. in Trennstiden folder Bestigungen ober sonstigen Liegenschaften bestehen, in einer ober in verschiebenen Gemarkungen beleaen fein.
- 3) Nach bem biesseitigen Erl. v. 20. Febr. 1880 (MBl. S. 107) soll bei Beurtheilung von Anträgen auf Neubilbung selbstikändiger Guisdeşirke in der Regel davon ausgegangen werden, daß Grundfücke, deren Grund- und Gebäubesteuer nicht den in § 86 Abs. 1 vorgeschriebenen Mindestbeitrag erreicht, nicht für genügend zu erachten sind, neben und gleich den Gemeinden (§ 36 a. a. D.) eine selbstind, neben und gleich den Gemeinden (§ 36 a. a. D.) eine selbstindige kommunale Existens zu führen. Wenngleich der Wortlaut des Erlasses darauf hinweist, daß die Stattgabe von Anträgen der gedachten Art nicht unbedingt von dem Nachweise des vorerwähnten, auf 225 Mark sich belausenden Steuerbetrages abhängig gemacht werden joll, so werden Abweichungen doch grundstälich nur stattsinden dürfen, wenn die Kothwendigkeit einer kommunalen Regelung ländlicher Einzelbesitzungen durch das Geset (§ 1 Abs. 2 des Ges.

v. 18. April 1856, § 4 bes Ges. v. 6. Junt 1870) ober burch bas öffentliche Interesse bebingt wird und die Bereinigung besselben mit einem benachbarten Gemeinbebezirt im Hindlic auf die öffentliche Lage und die sonst in Betracht tommenden Berhältnisse unthunlich ist.

Die persönlichen Berhältnisse der Beiheiligten werden zu berückschigen sein. Der Umftand, daß die betreffende Einzelbesitung sich disher als präkationssähig erwiesen hat, kann aber den zur Begründung des Antrages auf Erhebung zum selbständigen Gutsdezirt geforderten Rachweis eines bestimmten Erundstenerbetrages nicht ersehen, denn jener Umstand läst sich ersahrungsmäßig vielscha auf die betreffenden Eigenschaften und die Bermögensverhältnisse des betreffenden Bestigers zurücksühren, und ist daher nicht geeignet, als Maßkab für die Beurtheilung der Frage über die Leistungskähigkeit zu dienen. (Erl. d. Min. d. J. v. 5. Jan. 1888, MB. (S. 82. — Erl. d. Min. d. J. u. d. Landwirthschaft v. 20. März 1888, MB. (S. 102.)

Es genügt ein Grunbeigenthum, für welches 225 Mart an Grunbsteuern ober Gebäudesteuern entrichtet werben. (Urth. b. OBG. v. 8. Jan. 1880.)

Wenn die Gebände eines selbssthändigen Gutes innerhalb einer stäbilichen Felbmart, das Areal jum Thell auf dem platten Laude, jum Thell in einem städischen Gemeindebezirte belegen ist, von dem Gesammtareal aber ein Grund- und Gebändestenerbeitag entrichtet wird, welcher den Bestiger an sich zur Ausübung eines Wahlrechts im Wahlverbande der größeren Grundbestigter bestätigen würde, so seih dem Bestiger, wenn die Grund- und Gebäudesteuer don den auf dem Platten Lande gelegenen Ländereien den in § 86 Abf. 1 und bezw. § 183 bezeichneten Mindestbetrag erreicht, ein Wahlrecht im Wahlverbande der größeren Grundbestigter zu. Anderenfalls ist er nur besugt, nach § 87 Rr. 2 und § 98 Ar. 2 ein Wahlrecht im Wahlverbande der Lande gelegenen kanbereien bei duf dem platten Lande belegenen Ländereien einen selbsstiften, sosen deut dem platten Lande belegenen Ländereien einen selbsstiften Gutsbezirk bilden. (Instr. d. 10. März 1873 zu Art. 2.)

9 Begen ber Befreiung ber Grunbftude von ben Rreisabgaben fiebe §6 17. 18.

Alle übrigen von ber Staats, Grund- und Gebäubesteuer befreiten Grundstüde und Gebäube — selhstverständlich mit Ausnahme der im § 8 unter 7 und 8 des Gebäubesteuergeiezes aufgesührten unbewohnten Gebäude — sind den Berpstichtung zur Zahlung von Kreisabgaden unterworfen, und sind demgemäß die Bestiger berselben in das Berzeichnig der größeren Grundbestiger mit aufzunehmen, sofern sich ihre auf dem platten Lande innerhalb des Kreises belegenen, von der Staats, Grund- und Gebäudesteuer befreiten, nach Maßgabe des Ges. v. 21. Mai 1861 singirt zu veranlagenden Realitäten, event. unter Hinzurechnung des Grundund Gebäudesteuerbetrages, welchen sie von ihren nicht befreiten kiegenschaften und Gebäuden entrichten, ein Gesammtbetrag von mindestens 225 Mart an Grund- und Gebäudesteuer ergiebt.

Die Berechnung ber Grundfteuerbeirage für die bon ber Staatsgrundsteuer befreiten Liegenschaften erfolgt burch Anwendung bes aulgemeinen Grundsteuerprozentsates auf die in Ausführung bes Grundsteuergefetes festgesiellten Reinerträge.

Die von ber Staatsgebaubesteuer befreiten, treisabgabepflichtigen Gebäube find, soweit bies nicht bereits anderweitig geschehen ift, von ben Kreisveranlagungstommissionen, ben Grundfagen bes Gebäubesteuergeses entsprechend, besonders einzuschätzen.

Die Grund- und Gebaubebefitzer find in bas Berzeichniß, georbnet nach ber Sobe ber wirklichen bezw. fingirten Grund- und Gebäubefteuerbeträge, beginnend mit bem bie höchften Betrage gahlenben Befitzer, einzutragen.

Der Fistus ift hierbei in Bezug auf seinen gesammten, auf bem platten Lanbe innerhalb bes Kreifes belegenen Befige bon Domanen, Forften und sonftigen freisabgabepflichtigen fistalischen Liegenschaften und Gebäuben nur als Ein Besitzer zu betrachten. (Art. 2 b. Juftr. b. 10. Mars 1878.)

- 5) Provingial-Lanbtag.
- 6) Nach § 80 b. Gewerbesteuerges. b. 24. Juni 1891 ireten an Stelle ber Klasse A I die Klassen I und II; die Mittelfätze ber Klassen I und II betragen 300 Mark.

Dit Ginicolug ber juriftifden Berfonen, Attiengefellicaften unb Rommanbitgefellicaften auf Aftien, b. h. wenn fie ben Mittelfat

entrichten ober ju entrichten haben würben, wenn fie lediglich von ihren auf bem platten Sanbe innerhalb bes Arrifes betriebenen Unternehmungen jur Gewerbesteuer veranlagt wären.

Ueberschrift wie bei I. §. 42. (Sannsver.)

Der Wahlverband der größeren ländlichen Grundsbesitzer besteht aus allen benjenigen zur Zahlung von Kreisabgaben verpflichteten Grundbesitzern, mit Einschluß der juristischen Personen, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, welche von ihrem gessammten auf dem platten Lande innerhalb des Kreises belegenen Grundeigenthume

in bem Fürstenthume Oftfriesland minbestens 450 Mark.

in ben Bremenschen Marschen und im Lande Habeln minbestens 360 Mart,

in dem Fürstenthume Sildesheim mindestens 300 Mark, in den Fürstenthümern Calenberg, Göttingen und Grubenhagen, einschließlich des Sichsfeldes und der Grafschaft Hohenstein, ferner in dem Fürstenthume Osnabrild und in den Marschiftitten des Fürstenthums Lünedurg, sowie in denjenigen der Grafschaft Hona mindestens 240 Mark

und in ben übrigen Theilen ber Provinz minbestens
180 Mark

an Grundsteuer ²) zu entrichten haben, ¹) beziehungsweise zu entrichten haben würden, wenn sie dazu nach Maßgabe des Gesetz vom 21. Nai 1861 (Gesetz-Camml. S. 253) veranlagt wären. Der Provinzialvertretung³) bleibt überlaffen, bie maßs gebenden Steuerbeträge bis auf ben Betrag von 600 Mart zu erhöhen oder bis auf ben Betrag von 150 Mart zu ermäßigen, sowie innerhalb dieser Grenzen für jeden Kreiß einen einheitlichen Steuerbetrag sestzustellen.⁴)

Dem Wahlverbande ber größeren ländlichen Grundsbesitzer treten biejenigen Gewerbtreibenden und Bergswerksbesitzer hinzu, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse AI der Gewerbesteuer mit dem Mittelsatze veranlagt sind (§. 14 Absat 4).

1) Die Amtsbersammlungen in der Provinz Jannover werden nach Abs. 1 § 4 bes bezüglichen Jannoverichen Ges. 28. April 1859 durch die Borsteher der Kandgemeinde und durch die Besther bezw. Bertreter der größeren Domanial-, Rloster- und sonstigen Güter und Hoffe gebildet. In den Bremenschen Marschen sindet ziedoch nach § 4 Abs. 2 eine unmittelbare Bertretung der größeren Güter und Hofe nicht statt.

Die Boraussehungen für die unmittelbare Bertretung ber Domanen, Güter und Sofe find in § 8 a. a. D. nach Maßgabe ber babon zu entrichtenden jährlichen Grundsteuern für die einzelnen Landestheile, der Berschiedenheit der Bertseilung um Ertragsfähigkeit des Grundbesitzes entsprechend, verschieden, und zwar zu den Mintmalfäßen von bezw. 180, 240, 300 und 450 Mart bestimmt,

Bei Anordnung ber Kreise burch die Berord. v. 12. Sept. 1867 wurde die Kreisbersammlung aus Abgeordneten der Schädte und der Landgemeinden, sowie den in den Amisdersammlungen des Kreises zu Birlistimmen berechtigten Grundbestgern gebildet, und es wurde in den Bremenschen Marichen, wo für die Amisderwaltung ein Birlistimmrecht nicht bestand, denjenigen Gütern und Sösen, welche zu mindestens 860 Mart jährlicher Grundsteuer beraulagt sind, Birlistimmrecht sür die Kreisbersammlungen beigelegt. Im Kreise Otterndorf wurde die Bertretung des Kreises der bisher

ftanbifden Bertretung — ben Stanben bes Rreifes Sabeln — übertragen.

Die Abgrengung swifchen Groß- und Reingrundbefit hat fich bewährt und in beibehalten, auf ben Krels Habeln ausgebeint in bem für die Bremenschen Marschen maßgebenden Steuerbetrage. (Bear. S. 72.)

- 3) Rur Grundfteuer, nicht Bebaubefteuer.
- 5) Der Provinzialvertretung wird aber auch in der Provinz Hannover die Befugniß vorzubehalten sein, den die Grenze bildenden Steuerbetrag für die verschiedenen Theile der Provinz anderweitig seszuhrellen, und zwar nicht allein innerhalb der vorgesehenen Maximal- und Wintmalbeträge, sondern mit Rückschi auf die Bodenverhältnisse der Regierungsbezirke Aurich darüber hinaus dis zu 600 Mart und darunter hinad dis zu 150 Mart jährlicher Grundsteuer. Auch erschieden des zwecknäßig, diese Befugniß der Brovinzialvertretung auf die Festhellung eines einheitlichen Steuerbetrages innerhalb zener Grenzen für zehen Krets auszubehnen.
- 4) Bei der Berechnung der für die Zugehörigkeit zum Wahlverbande der größeren ländlichen Grundbesitzer erforderlichen Grundsteuer dürfen zu Gunsten des Hofeswirtses diezenigen Steuerbeträge nicht mit angerechnet werden, welche er für nach gowalchem Meierrechte besessen, von seiner Ehefran in die Schogebrachte oder ihr während der Che zugefallene Meierstelle zu entrichten hat. (Urth. d. OBG. v. 13. Jan. 1888, Entsch. IS. XVI S. 14.)

Bildung des Bahlverbandes der größeren Grundbefiter.

§. 43. (Seffen = Raffan.)

Der Wahlverband ber größeren Grundbesitzer besteht aus allen benjenigen zur Jahlung von Rreisabgaben verpsiichteten Grundbesitzern, mit Ginschluß ber juristischen Personen, Altiengesellschaften und Rommanditgesellschaften auf Altien, welche von ihrem gesammten, innerbalb bes Kreises belegenen Grunbeigenthume minbestens 180 Mark an Grundsteuer zu entrichten haben beziehungsweise zu entrichten haben würden, wenn sie dazu nach Waßgabe des Gesetzes vom 21. Rai 1861 (Gesetzesamml. S. 253) veranlagt wären.

Der Provinzialvertretung bleibt überlaffen, diesen Steuerbetrag für einzelne Kreise bis auf den Betrag von 225 Mark zu erhöhen, oder bis auf den Betrag von 150 Mark zu ermäßigen.

Dem Wahlverbande der größeren Grundbesitzer treten diejenigen Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer hinzu, welche wegen ihrer innerhalb des Kreises betriebenen ges werblichen Unternehmungen in der Klasse A. I. der Geswerbesteuer mit dem Mittelsatze veranlagt sind (§. 14 Absat 4).

Bon ber Theilnahme an bem Wahlverbande ber größeren Grundbesiger sind die zu dem Kreise gehörigen Gemeinden bezülalich ihres innerhalb des letzteren bes legenen Grundbesitzes ausgeschlossen. Dasselbe gilt von denjenigen Bereinigungen von Grundbesitzern — Hausbergsgenossenschaften, Märkerschaftsgenossen, Semeindes nutungsberechtigten, Sinwartsberechtigte u. s. w. —, deren gemeinschaftliches Siegenthum nicht nachweislich durch ein besonderes privatrechtliches Berhältniß entstanden ist vergl. §. 1 Nr. 1 des Gesetzes über gemeinschaftliche Holzungen vom 14. März 1881, Gesetzesamml. S. 261).

1) a) Regierungsbezirk Raffel. Rach ber Berorbn. v. 9. Sept. 1867 werben bie Kreistage im Regierungbezirk Kaffel außer ben zur unbeschränkten Führung einer Birtlstimme berechtigten Grund-

befigern, b. h. folden, beren Guter gu einem Grunbftenerreinertrage bon minbeftens 3500 Thalern bergnlagt find, aus größeren Grundbefigern, Abgeordneten ber Stadt- und Abgeordneten ber Lanbaemeinben gufammengefest. Die Lanbaemeinben entfenben in ben Rreistag in jebem Rreife acht Abgeordnete; bie Bahl ber Abgeorbneten ber Stabte ift für jebe Stabt besonbers festgestellt. Die Rabl ber grokeren Grundbefiger, b. b. berienigen, welche bon ihren im Greife belegenen Gutern ober Balbungen zu einem Grunbfteuerreinertrage bon minbeftens 1000 Thalern veranlagt finb. foll bie Balfte ber Gesammtgabl ber Abgeorbneten aus ben Stabten unb Bandgemeinben nicht überfteigen. Ift bie Bahl ber berechtigten Grundbefiger groker, fo merben amei ober mehrere Guter mit Musfoluk jebod bes Domanenfistus, welchem unter ber Borquefenung. baß ber fistalifche Befit minbeftens 1000 Thaler Reinertrag ergiebt, ebenfalls ein unbeidranttes Birilftimmrecht auftebt, au Rollettip. ftimmen vereinigt.

Die Aenberungen in bem Shftem ber Kreisorbnung betreffen ausschlieflich ben Bahlberband ber größeren Grundbefiger und find folgenbe:

- 1) Bei der Bahlberechtigung wird nur die Grundsteuer berückstigt und der maßgebende Betrag berfelben vorbehaltlich der dem Prodinziallandtage einzuräumenden Befugniß zur Ermäßigung bezw. Erhöhung für einzelne Areise, auf 180 Mart festgesetzt, ledig-lich aus Zwedmäßigteitsgründen.
- 2) Ein Unterschied zwischen ftabtifdem und ländlichem Grundbesite, Gewerbe- und Bergwertsbetriebe wird nicht gemacht, weil eine so icarfe Abgrenzung zwischen stabtichem und ländlichem Grundbestige wie in den öftlichen Prodinzen nicht vorhanden ift und vielsach größere, ihrem ganzen Charatter nach rein ländliche Besthungen innerhalb ftabtischer Feldmarten belegen find, für deren Aussichliehung von der Wahlberechtigung ein innerer Grund nicht vorhanden ift.
- 3) Die jum Kreise gehörigen Gemeinben, sowie gewisse Bereinigungen von Grundeigenthumern (Haubergsgenoffenschaft, Marterschaftsgenoffen u. f. w.) werben bezüglich ihres innerhalb bes

Areifes belegenen Grundbefiges von bem Bahlberbanbe ber größeren Grundbefiger ausgefcloffen.

Diese Bestimmung war nothwendig, weil sonst die Gemeinben eine doppelte Bertretung im Kreistage — als Gemeinde und als Größgrundbesigter — erhalten würden. Den Gemeinden gleichgustellen sind die unter verschiedenen Bezeichnungen als Haubergsgenossensigenschaft, Märterschaftsgenossen, Einwartsberechtigte u. s. w. borkommenden Bereinigungen von Grundbesistern. Auf öffentlichen rechtlichen Grundlagen beruhend, stehen dieselben in Begug auf die borliegende Frage den Gemeinden gleich und sind beshalb ebenfalls von der Theilnahme an dem Wahlverbande der größeren Grundbesitzer auszuschließen. Für die nähere Begriffsbesitmmung dieser Genossenschaften, deren Zahl im Regierungsbesit 16 beträgt, gewährt ber § 1 Rr. 1 des Gesehes über gemeinschaftliche Holzungen vom 14. März 1881 den erforderlichen Anbalt, welcher lautet:

Diefes Gefet finbet Unwenbung:

- 1) Auf Holzungen und die damit im örtlichen Zusammenhange stehenden Waldblößen, an welchen bei dem Inkraftireten besselben das Eigenthum mehreren Bersonen gemeinschaftlich zusieht, sofern nicht nachgewiesen wird, daß die Gemeinschaft durch ein besonderes privatrechtliches Berhältniß entstanden ist, insbesondere auf die Folzungen der Realgemeinden, Ruhungsgemeinden, Markgenossenschaften, Gehöferschaften, Erbgenossensichen und gleichartiger Genossenschaften.
 - b) Regierungsbezirt Biesbaben.

Wefentlich anders liegen die Berhältnisse in Wiesbaben. Die auf der Berord, d. 26. Sept. 1867 beruhende Zusammensehung der Kreistage ist zur Zeit derartig, daß, abgesehen don dem Staditreise Franksur a. M., für welchen besondere Bestimmungen gelten, die Bertretung der Kreise durch die Bezirkrätige der Aemier bezw. im Kreise Biedenkopf durch den nach dem Großberzoglich Hessischen Gesehe der 10. Febr. 1858 zusammengesetzen Bezirkrath gebildet wird, denen die Bestiger der im Kreise belegenen Güter, die mindestens 500 Gulben Grundsteuer zahlen — einschließlich des Domakenen fistus und des Rassaulischen Gentralstudiensonds — als Birlistimmberechtigte hinzutreten. Durch Kreisstatut kann dieselbe Berechtigung

auch bem Befiger eines umfangreichen Fabriketablissements, sowie bon Berg- und Hittenwerten und auch ber die Stimmberechtigung ber Giter auf bem Areistage bebingenbe Steuerbetrag anderweitig festgestellt werben.

Die Bezirksräthe in dem Gebiet des vormaligen Herzogthums Raffau — je 6 für den Amtsbezirk und ebenso viele Stellvertreter, werden durch besondere Wahlförper, zu denen jede zum Bahlförper gehörige Gemeinde einen Ortswähler entsendet, gewählt, sofern nicht eine Gemeinde für sich einen oder mehrere Witglieder des Amtsbezirksrathes zu wählen hat, in welchem Halle die Wahl durch bie stimmberechtigten Gemeindebürger direkt erfolgt.

Das Shftem ber Rreisorbnung ift gu übertragen.

Ein größerer Grundbesit ift, wenn von bem Besite der Gemeinbe und bem fistalischen Besite abgesehen wirb, nur in besichränktem Umfange vorhanden. (Begr. S. 63 ff.)

Bilbung bes Bahiverbandes ber größeren Grundbefiger.

§. 35. (Weftfalen.)

Der Wahlverband der größeren Grundbesitzer besteht aus allen benjenigen zur Jahlung von Kreisabgaben verspsichteten Grundbesitzern, mit Sinschluß der juristischen Bersonen, Aktiengeseuschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, welche von ihrem gesammten, innerhalb des Kreises belegenen Grundeigenthume, unter Ausschluß der dem Wahlverbande der Städte (§ 37) angehörigen Semeindebezirke, mindestens 225 Wark an Grundsteuer zu entrichten haben, beziehungsweise zu entrichten haben würden, wenn sie dazu nach Waßgabe des Gestes vom 21. Mai 1861 (Geset-Samml. S. 253) veranlagt wären.

Der Provinzialvertretung bleibt überlaffen, biefen Steuerbetrag für einzelne Rreife bis auf ben Betrag von

450 Mark zu erhöhen ober bis auf ben Betrag von 150 Mark zu ermäßigen.

Dem Bahlverbande ber größeren Grundbesitzer ireten biejenigen Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer 3) hinzu, welche wegen ihrer innerhalb des Kreises betriebes nen gewerblichen Unternehmungen unter Ausschluß der dem Wahlverbande der Städte (§. 37) angehörigen Gesmeindebezirke, in der Klasse AI der Gewerbesteuer mit dem Wittelsatze veranlagt sind (§. 14 Absat).

Bon der Theilnahme an dem Wahlverbande der größeren Grundbesitzer sind die zu dem Kreise gehörigen Gemeinden bezüglich ihres innerhalb des letzteren des legenen Grundbesitzes ausgeschlossen. Dasselde gilt von denjenigen Bereinigungen von Grundbesitzern — Haubergszgenossenschaftliches Sigenthum nicht nachweislich durch ein besonderes privatrechtliches Berhältniß entstaden ist (vergl. §. 1 Rr. 1 des Gesets über gemeinschaftliche Holzungen vom 14. März 1881, Gesets-Samml. S. 261).

- 1) Abweichend von den Bestimmungen der Areisordnung für bie östlichen Provinzen, als bei der Berechnung des zur Aufnahme in den Wahlverband der größeren Grundbesiter berechtigenden Immobilien-Steuerbetrages die Gebäudesteuer ebenso, wie in den Provinzen Hannober und Dessen-Aassau, außer Betracht bleiben soll.
 - 3) Bergwertsbefiger, nicht Berggewertichaften.
- 3) Es erschien geboten, ben in einigen Kreisen nicht unerheblichen Großgrundbefit ber Landgemeinden und anderen öffentlichen rechtlichen Berbände (3. B. Jaubergsgenoffenschaften, Jahnichaften u. f. w.) ebenso wie in der Kreisordnung für die Broding Dessensung aus benselben Gründen von dem Wahlberbande auszufclieben.

Bilbung bes Bahlverbanbes ber größeren Grundbefiber.

§. 35. (Rheinproving.)

Der Wahlverband der größeren Grundbesitzer besteht aus allen benjenigen zur Jahlung von Kreisabgaben verpstichteten Grundbesitzern, mit Sinschluß der juristischen Versonen, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, welche von ihrem gesammten, innerhalb des Kreises belegenen Grundeigenthum in den Regierungsbezirken Aachen, Söln und Düsseldorf mindestens 225 Mark, und in den Regierungsbezirken Soblenz und Krier mindestens 150 Mark an Grundsteuer zu entrichten haben beziehungsweise zu entrichten haben würden, wenn ste dazu nach Waßgabe des Gesetzes vom 21. Mai 1861 (Gesetzemml. S. 253) veranlagt wären.

Der Provinzialvertretung bleibt fiberlaffen, biefen Steuerbetrag für einzelne Kreife bis auf ben Betrag von 450 Mark zu erhöhen ober bis auf ben Betrag von 100 Mark zu ermäßigen.

Dem Wahlverbande der größeren Grundbesitzer treten diesenigen Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer hinzu, welche wegen ihrer innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse AI der Gewerbessteuer mit dem Wittelsatz veranlagt sind (§. 14 Absat 4).

Von der Theilnahme an dem Wahlverbande der größeren Grundbesitzer sind die zu dem Kreise gehörigen Gemeinden bezüglich ihres innerhalb des letzteren beleges nen Grundbesitzes ausgeschlossen. Dafselbe gilt von dens jenigen Bereinigungen von Grundbefitzern — Gehöfersschaften 2c. —, beren gemeinschaftliches Eigenthum nicht nachweislich durch ein besonderes privatrechtliches Bershältniß entstanden ist (vergl. §. 1 Rr. 1 des Gesetzes über gemeinschaftliche Holzungen vom 14. März 1881, Gesetzschamml. S. 261).

Die Zugebörigkeit zum Wahlverbande der größeren Grundbester, welche in den öftlichen Probinzen und in Hannover und Wefffalen auf den Grundbestig des platten Aandes deschänkt ift, erfirect sich hier auf den Grundbestig im ganzen Areise, so daß auch der ftäbtische Grundbestig bei der Feststellung der Wahlberechtigung in diesem Berbande mit in Berechung gezogen werden muß. Zur Begründung diese Wahlverbandes der größeren Grundbestiger auf das platte Land von demselben eine nicht unerhebliche Anzahl von Bestigern ausgeschlossen werden würden, welche unzweiselast den Undblichen Bestigern zuzurechnen sind und daher einen berechtigten Anspruch auf Zulassung zu dem Wahlverbande der größeren Grundbestiger Bulassung zu dem Wahlverbande der größeren Grundbestiger haben.

Dem Bahlverbanbe ber größeren Grundbesiger treten biejenigen Gewerbetreibenben und Bergwerkbesiger hingu, welche wegen ihrer innerhalb bes Areifes betriebenen gewerblichen Unternehmungen in ber Rlasse A I ber Gewerbesteuer mit bem Mittelfate veranlagt finb. (§ 14 Abs. 4.)

Wenn bie Theilnahme an bem Bahlberbanbe ber größeren Grundbesiger auch bem stäbtischen Grundbesige eingeräumt wirb, so wird auch ber in ben Stäbten befindliche Großgewerbebetrieb Berückstigung finden muffen.

Die Ausbehnung bes Wahlberbanbes ber größeren Grundbestiger auf ben gangen Kreis macht es erforberlich, baß als Grundlage ber Wahlberechtigung nur bie Grundsteuer mit Ausschluß ber Gebäubesteuer genommen wird, da anbernfalls ber ftäbtische Sauferbestig eine ihm nicht zukommenbe Bertretung erlangen würde. (Begr. S. 57.)

Bilbung bes Bahlverbandes ber größeren ländlichen Grundbefiger.

§. 72. (Chleswig-Solftein.)

Der Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer besteht aus allen denjenigen zur Jahlung von Kreisabgaben verpslichteten Grundbesitzern, mit Sinschluß der juristischen Personen, Aktiengesellschaften und Rommanditgesellschaften auf Aktien, welche von ihrem gesammten, auf dem platten Lande innerhalb des Kreises belegenen Grundeigenthume im Kreise Hadersleben den Betrag von mindestens 400 Mark, in den Kreisen Apenrade und Sonderburg den Betrag von mindestens 250 Mark, im Kreise Tondern von mindestens 600 Mark, in den übrigen Kreisen den Betrag von mindestens 500 Mark an Grundsteuer entrichten, beziehungsweise zu entrichten haben würden, wenn sie nach Maßgabe des Gesetze vom 21. Mai 1861 (Gesetzemml. S. 253) zur Grundsteuer veranlagt wären.

Der Provinzialvertretung bleibt überlaffen, biesen Steuerbetrag für einzelne Kreise auf ben Betrag von 600 Mark zu erhöhen ober bis auf ben Betrag von 300 Mark zu ermäßigen. Sine Abänberung ber für die Kreise Haberbleben, Apenrade und Sonderburg sestiellten Steuerbeträge durch die Provinzialvertretung bes darf landesherrlicher Genehmigung.

Dem Wahlverbande der größeren ländlichen Grundsbesitzer treten diejenigen Gewerbetreibenden und Bergswerksbesitzer hinzu, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in Klasse A I der Gewerbesteuer mit dem Mittelsatze veranlagt sind (§. 14 Abs. 4).

Bilbung bes Bahlverbandes ber Landgemeinden.

§. 87. (Oftprovingen.)

Der Wahlverband ber Landgemeinden umfaßt:

- 1) sammtliche Landgemeinden bes Kreises;
- 2) sammtliche Befiger selbstiständiger Süter 1) mit Einschluß der juristischen Personen, Attiengesellschaften und Rommanditgesellschaften auf Attien, welche nicht zu dem Berbande der größeren Grunds besiger (§. 86) gehören;
- 3) biejenigen Gewerbtreibenden und Bergwerksbessster,2) welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse A 1 unter dem Mittelsate veranlagt sind.3)
- 1) b. h. folder, welche einen selbstitändigen Gutsbezirf bilben. Mit ben Worten "selbstitändige Güter" hat nicht die wirthschaftliche, sondern die kommunale Selbstitändigett ausgedrückt werden sollen. Der Begriff eines selbstitändigen Gutes beruht auf der Einhelt des Bestiges. Wo diese Einheit in Folge den Abvertäufen und Berftücklungen verloren gegangen ift, da liegt die Beranlassung vor, eine anderweite Regelung der kommunalen Verhältnisse vorzunehmen. Die Abverdüßerung einzelner kleinerer Parzellen von dem Gutsbezirke an dritte Personen wird, wenn neben demselben noch ein größeres leistungsfähiges Restgut bestehen bleibt, die anderweite Regelung der kommunalen Berhältnisse eines solchen Gutsbezirkes noch nicht notdwendig machen.

Ein Zweifel, wer als Inhaber bes Reftgutes anzusehen ift, kann nicht wohl bestehen, benn ber Restgutsbesitzer, welcher bem Staate gegenüber die Berpsichtung für die Erfüllung ber kommunalen Beistungen bes Gutsbezirkes trägt, ist zugleich ber Repräsentant bes Gutsbezirkes bezw. ber angesessenen und nicht angesessenen Ginwohner besselben in ber Auslibung ber bffentlichen Rechte.

Dagegen wird bort, wo Zerstüdelungen von Gutsbezirken in größerem Maßstade katigefunden haben, die Ermittelung dessen wer als Resignisdesiger und Träger der öffentlichen Rechte und Pflichten des Gutsbezirtes anzusehen ist, unter Umftänden Schwierigseiten bereiten. In keinem Falle kann es gesehlich für zulässig erachtet werden, den sämmtlichen Bestigern eines zerstüdelten Gutsbezirkes, in welchem ein einzelner Träger der öffentlichen Rechte und Pflichten nicht mehr zu ermitteln ist, das Recht beizusegen, einen besonderen Repräsentanten sin die Ausübung des Wahlrechts zum Areistage zu wöhlen (zu Art. 8 Instr. d. 10. März 1873 Pr. 8).

Unter felbstftändigen Gütern im Sinne des § 87 find kommunalrechtlich felbstftändige Gutsbezirte zu verstehen. Die Bestiger den Abzweigungen selbstftändiger Süter und von kommunalfreien Frundftüden sind überhaupt nicht stimmberechtigt. (Urth. d. OBG. b. 13. Oft. 1876. Entsch. Bb. 1 S. 109.)

Sind in Folge von Abbertaufen und Zerftückelungen in einem selbstiftanbigen Gutsbezirke mehrere Besiger vorhanden, so ift in das Berzeichniß nur der Besiger bes Refigutes mit der auf basselbe fallenben Grund- und Gebäudesteuer aufzunehmen. (Art. 3 b. Inftr. b. 10. Mara 1878.)

- 2) Mit Einschluß ber juriftifchen Berfonen, Aftiengeseuschaften und Kommanbitgeseuschaften auf Aftien.
- 3) ober biefen Sat zu entrichten haben murben, wenn fle lebiglich von ihren auf dem platten Lande innerhalb des Areifes betriebenen gewerblichen Unternehmungen zur Gewerbesteuer veranlagt wären.

Jest in Gewerbesteuerklaffe I und II unter 300 Mart.

Bilbung bes Bahlverbandes ber Landgemeinden.

§. 43. (Sannover.)

Der Wahlverband ber Landgemeinden umfaßt:

 fämmtliche Landgemeinden des Kreises, soweit die selben nicht zum Wahlverbande der Städte (§§. 41 und 44) gehören;

- 2) fämmtliche Besitzer selbsiständiger Güter, mit Gins
 schlig ber juriftischen Personen, Attiengeseuschaften
 und Rommanditgeseuschaften auf Attien, welche
 nicht zu bem Berbande ber größeren Grundbesitzer
 (§. 42) gehören;
- 3) biejenigen Gewerbtreibenben und Bergwerksbesitzer, welche wegen ihrer auf bem platten Lanbe innershalb bes Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in ber Klasse A I unter bem Mittelsatze veranlagt sind.

Bilbung bes Bahlverbanbes ber Lanbgemeinben.

S. 44. (Seffen-Raffan.)

Der Bahlverband ber Lanbgemeinben umfaßt:

- 1) fammtliche Landgemeinden des Rreifes, soweit bies felben nicht jum Bahlverbande ber Städte (§§. 42 und 45) gehören;
- 2) fammtliche Besitzer selbsiständiger Guter, mit Ginjchluß der juristischen Personen, Attiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Attien, welche nicht zu dem Berbande der größeren Grundbesitzer (§. 43) gehören;
- 3) biejenigen Gewerbtreibenben und Bergwerksbefizer, welche wegen ihrer auf dem platten Lande
 innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse A I unter dem Mittelsatz veranlagt sind.

Auf die Gemeinden und die ihnen gleichgeftellten Genoffenschaften, welche innerhalb bes Rreifes

selbstständige Güter besitzen, findet ber lette Absat bes §. 43 gleichmäßig Anwendung.

Bilbung bes Wahlverbandes ber Amtsverbanbe.

§. 36. (Weftfalen.)

Der Wahlverband ber Amtsverbande umfaßt bie Amtsverbande bes Kreises.

Bilbung bes Wahlverbanbes ber Lanbbürgermeistereien.

§. 36. (Rheinproving.)

Der Bahlverband ber Landbürgermeistereien umfaßt bie Landbürgermeistereien bes Kreises.

Bilbung bes Wahlverbandes ber Landgemeinden.

§. 73. (Schleswig - Solftein.)

Derfelbe Mortlaut wie bei I §.87, nur in 2) "(§. 72)" und neuer Absat:

In den Kreisen, in welchen der Mahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer ausscheidet, treten Sewerbetreibende und Bergwerksbesitzer dem Mahlverbande der Landgemeinden nicht hinzu.

Bilbung bes Bahlverbandes ber Stäbte.

§. 88. (Oftprovingen.)

Der Mahlverband ber Stäbte umfaßt bie Stabtges meinden bes Kreises.

Bilbung bes Bahlverbandes ber Städte.

§. 44. (Sannover.)

Der Bahlverband ber Stäbte umfaßt bie Gemeinden bes Rreifes, welche bisher auf ben Rreistagen ober auf

bem Provinziallandtage im Städtestande vertreten gewesen sind. Diese Gemeinden sind im Titel III des gegenwärtigen Gesetzes unter dem Ausdrucke "Stadtgemeinden" oder "Stadt" begriffen.

Biele ber im Sinne ber Hannoberschen Gemeinbegesetzebung gegenwärtig zu ben Landgemeinden gehörenden Städte und Fleden und einige größere Odrere find in den Hannoberschen Landschaften von Alters her die Städtestande vertreten. Die Bertretung in diesem Stadte ist densche ist densche ist derfende vertreten. Die Bertretung in diesem Stadte ist densche ist densche ist densche in der Bildung der Kreisversammlungen durch die Berord. d. 12. Sept. 1867 belassen worden, und ist hieran auch für den Wahlverband der Städte sestzaufen. Daher werden die Berschiebenheiten, welche in der Beziehung bestehen. Daher werden die Berschiebenheiten, welche in der der im Prodinziallandtage, andere dagegen zwar im Prodinziallandtage, nicht aber im Prodinziallandtage, im Städtestande vertreten werden, für den neuen Wahlverdand der Städte dadurch zu beseitigen sein, daß demselben sowohl die im Preistage, als auch die im Prodinziallandtage, disher im Städtestande vertreten gewesenen Gemeinden zugewiesen werden. (Begr. S. 72.)

Bilbung bes Bahlverbandes ber Stäbte.

S. 45. (Seffen-Raffan.)

Der Bahlverband ber Städte umfaßt im Regierungsbezirk Caffel die Gemeinden des Kreises, welche bisher auf dem Kreistage, beziehungsweise dem Kommunallandtage im Städtestande vertreten gewesen sind, im Regierungsbezirk Wiesbaden diesenigen Gemeinden des Kreises, welche im §. 22 dieses Gesetzes ausgeführt sind.

Die in bem genannten Paragraphen als Stäbte in Borfchlag gebrachten Gemeinden führen nicht nur zum großen Theile von Alters her den Titel "Stadt", sondern haben auch auf die Bezeichnung berechtigten Anspruch insofern, als sie in ihrer Bebbllerungsiffer herborragen, in ihrer außeren Bauart ftabtifchen Charafter an fich tragen, borwiegend bon hanbel und Gewerbe leben und für mehr ober weniger große Bezirke einen Mittelpunkt best gewerblichen und geschäftlichen Lebens bilben. (Bear. S. 66.)

Die ehemals Baberischen Landgemeinden Gersselb und Tann sollen mit Ridficht barauf, daß sie bisher im Stande der Städte bertreten gewesen find, auch in der Folge im Bahlberbande der Städte verbleiben.

Bilbung bes Bahlverbanbes ber Stabte.

§. 37. (Weftfalen.)

Der Bahlverband der Städte umfaßt die Gemeinden des Kreises, welche bisher auf dem Kreistage, beziehungsweise dem Provinziallandtage im Städtestande vertreten gewesen sind, und diesenigen Gemeinden, denen später die Städteordnung verliehen wird.

Der Paragraph enthält eine mit Rückficht auf die nach ber Landgemeindeordnung berwalteten, aber bisher im Provinziallandtage bertretenen Studte formulirte Borfchrift.

§. 37. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei IV §. 37.

Das in der Gemeinbeordnung für die Rheinprobinz b. 23. Juli 1846 (§ 46) gewissen Melikbegünstigten gewährte Recht, als geborene Mitglieder dem Gemeinderathe anzugehören, besteht zur Zeit anch benjenigen Gemeinden gegenüber, welche auf dem Produnziallandtage im Stande der Städte vertreten waren. (Urih. d. OBG. b. 14. März 1890, Entsch. Bb. XIX S. 214.)

Bilbung bes Wahlverbandes ber Städte.

§. 74. (Schleswig-Holftein.)

Der Bahlverband ber Städte umfaßt bie Stadt-

gemeinben bes Rreifes. Bu ben Stabtgemeinben (Stäbten) im Sinne bes Gefetes geboren auch bie Rledensgemeinben.

Bertheilung ber Kreistagsabgeordneten auf bie einzelnen Wahlverbanbe.

§. 89. (Oftprovingen.)

Die nach §. 84 bieses Gesetzes jedem Kreise nach Mass gabe seiner Bewölkerungsziffer zustehende Zahl von Kreisstagsabgeordneten wird auf die brei Wahlverbände der größeren Grundbesitzer, der Landgemeinden und der Städte nach folgenden Grundfätzen vertheilt:

- 1) Die Zahl ber städtischen Abgeordneten wird nach dem Berhältnisse der städtischen und ländlichen Bevöllerung, 1) wie dasselbe durch die letzte allgemeine Bollszählung sestgeselt worden ist, bestimmt. Die Zahl der städtischen Abgeordneten darf die Hälte, und in denjenigen Kreisen, in welchen nur eine Stadt vorhanden ist, ein Drittel der Gesammtzahl aller Abgeordneten nicht übersteigen. 2)
- 2) Bon ber nach Abzug ber ftäbtischen Abgeordneten übrig bleibenden Jahl der Kreistagsabgeordneten erhalten die Berbände der größeren Grundbesiger und der Landaemeinden ein ieder die Sälfte.
- 1) Der Feststellung der Zahl der Mitglieder des Kreistages, sowie der Bertheilung der Kreistagsabgeordneten auf die einzelnen Bahlverdande ist überal die durch die letze Bolfszählung ermittelte ortsanwesende Bevöllerung mit Ausschluß der im aktiven Militärdienst kehenden Bersonen zu Grunde zu legen. (Rr. 11 zu Krt. 5 b. Instr. d. 10. März 1873.)

³⁾ Ueber bie Berechnung fiebe § 93.

Bertheilung ber Areistagsabgeordneten auf Die einzelnen Wahlverbanbe.

§. 45. (Hannover.)

Die nach §. 40 bieses Gesetzes jedem Kreise nach Rassgabe seiner Bevölkerungsziffer zustehende Jahl von Kreistagsabgeordneten wird auf die brei Bahlverbande der größeren Grundbesitzer, der Landgemeinden und der Städte nach folgenden Grundbaten vertheilt:

- 1) Die Zahl ber stäbtischen Abgeordneten wird nach dem Berhältnisse der städtischen und ländlichen Bevölkerung, wie dasselbe durch die letzte allgemeine Bolkszählung sestgestellt worden ist, bestimmt. Die Zahl der städtischen Abgeordneten darf die Hälte, und in densenigen Kreisen, in welchen nur eine Stadt vorhanden ist, ein Drittel der Gessammtzahl aller Abgeordneten nicht übersteigen. Diese Beschränkung sindet jedoch auf den Kreis Zellerselb keine Anwendung.
- 2) Bon ber nach Abzug ber stäbtischen Abgeordneten übrig bleibenden Zahl der Kreistagsabgeordneten erhalten die Berdände der größeren Grundbestiger und der Landgemeinden ein jeder die Hässte. In denjenigen Kreisen aber, in welchen die Zahl der im Wahlverdande der größeren Grundbestiger Wahlberechtigten nicht mindestens doppelt so groß ist, wie die aus der vorstehenden Bestimmung sich ergebende Zahl von Kreistagsabgeordneten dieses Wahlverdandes, erhält letzterer nur so viel Kreistagsabgeordnete, als sich ergeben, wenn für jeden

berselben zwei Wahlberechtigte vorhanden sind, mindestens jedoch ein Drüttel der Zahl sämmtlicher ländlichen Kreistagsabgeordneten. Die dadurch ausfallende Zahl von Abgeordneten des Wahlverbandes der größeren Grundbesitzer fällt dem Wahlverbande der Landgemeinden zu.2)

- 1) Die Bestimmung, daß die Zahl der städtischen Abgeordneten die Sälfte der Gesammtgahl der Kreistagsabgeordneten nicht übersteigen dars, wird für den Kreis Zellerfeld außer Geltung zu sehen sein, weil von den 28 903 Civilpersonen 24 564 den sieden Bergsädten und nur 4130 ben Landgemeinden und 208 den fünf Gutsbegirten des Fiskus angehören. Letterer ist der alleinige größere lämbliche Grundbesiber des Kreises.
- 2) In den Amtsbersammlungen darf die Zahl der Bertreter der größeren Güter und höfe die Gesammtzahl der Mitglieder nicht übersteigen. In den Amtsbersammlungen sind aber die Städte nicht vertreten, und im § 19 d. Berord. v. 12. Sept. 1867 ist für die Kreisbersammlungen, in benen auch die Städte ihren Piate erhalten, die Stimmenzahl der Größgrundbesitzer ebenfalls auf ein Hrittl der Gesammtzahl der Mitglieder bestimmt, also den Landgemeinden gegenüber verstärkt worden.

Der Thellungsmaßstab ber Kreisbertretung ist angenommen, jedoch so, daß über ein Drittel der Kreistagsabgeordneten bes platten Landes hinaus für jeden Abgeordneten bes Wahlberbandes zwei Wahlberechtigte vorhanden sind. (Begr. S. 73.)

Ueberschrift wie bei I.

§. 46. (Deffen:Raffau.)

Die nach \S . 41 u. s. W. Derselbe Wortlaut wie bei I \S . 89, Anfang und Nr. 1.

Rr. 2) Derfelbe Wortlaut wie bei II §. 45, nur wird eingeschaltet hinter bem Wort: mindestens jedoch "im Regierungsbezirk Cassel ein Orittel und im Regierungsbezirk Wiesbaben ein Biertel ber Jahl" u. s. w.

Ueberichrift wie bei I.

§. 38. (Befffalen.)

Die nach &. 33 u. f. w. Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 89 Anfang und Nr. 1, nur ftatt Landgemeinden "Amtsperbanbe" unb

Rr. 2) Derselbe Wortlaut wie bei II &. 45. nur in beiben Rällen ftatt Landgemeinben "Amtsperbanbe".

Ueberidrift wie bei I.

§. 38. (Rheinproving.)

Die nach &. 33 u. f. m. Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 89 Anfang und Nr. 1, nur statt Landgemeinden "Landbürgermeiftereien".

Rr. 2) Derselbe Worlaut wie bei II &. 45. nur ftatt Landgemeinden "Landbürgermeiftereien" und einzuschieben hinter minbeftens jeboch "in ben Regierungs: bezirken Aachen, Coln und Duffelborf ein Drittel und in ben Regierungsbezirken Coblenz und Trier ein Biertel ber Babl" u. s. w.

Ueberschrift wie bei L

S. 75. (Schleswig-Holftein.)

Die nach &. 70 u. f. m. Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 89 Anfang und Nr. 1.

2) in ben Rreisen Edernförbe, Olbenburg und Plon erhält ber Wahlverband ber größeren Grundbe fiter die Salfte aller Rreistagsabgeordneten (S. 70) und ber Wahlverband ber Landgemeinden ben Reft, nach Abzug der auf die städtischen Abgeordneten fallenden Bahl:

- 3) in ben Kreisen Siberstebt, Husum, Rorberbitsmarschen und Süberdithmarschen erhält ber Wahlverband ber Landgemeinden die ganze nach Abzug ber städtischen Abgeordneten übrig bleibende Zahl ber Kreistagsabgeordneten;
- 4) in ben übrigen Kreisen erhalten bie Berbände ber größeren Grundbesitzer und der Landgemeinden von der, nach Abzug der städtischen Abgeordneten übrig bleibenden Jahl der Kreistagsabgeordnetene in jeder die Hälfte, mit der Maßgade, daß in denjenigen Kreisen, in welchen die Jahl der im Wahlverbande der größeren Grundbesitzer Wahlberechtigten nicht mindestens doppelt so groß ist, wie die aus der vorstehenden Bestimmung sich ergebende Jahl von Kreistagsabgeordneten dieses Wahlverbandes, letzerer nur so viel Kreistagsabgeordnete erhält, als sich ergeben, wenn sür jeden derselben zwei Wahlberechtigte vorhanden sind, mindestens jedoch ein Biertel der Jahl sämmtlicher ländlichen Kreistagsabgeordneten.

§. 90. (Oftprovingen.)

Bleibt die vorhandene Zahl der in dem Wahlverbande der größeren Grundbestiger!) Wahlberechtigten (§. 86) in einem Kreise unter der ihrem Verbande nach §. 89 zustommenden Abgeordnetenzahl,2) so mählt dieser Berband nur so viele Abgeordnete, als Wähler vorhanden sind, und fällt die demselben hiernach abgehende Zahl von Abgeordneten dem Wahlverbande der Landgemeinden zu.

- 1) Rur auf ben Bahlberband bes größeren Grundbefites anwenbbar.
- 1) Die Zahl ber zu Wählenben barf bie Zahl ber Wahlberechtigten nicht übersteigen. (Urth. b. OBC. v. 25. Sept. 1888, Entsch. Bb. XVII S. 8.)

§. 46. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 90, nur Allegat: "(§. 42)" und "§. 45".

Diejenigen Bersonen, welche in § 46 als Babler vorhanden sind, sind ibentisch mit benjenigen, welche in Zeile 2 baselbst als Wahlberechtigte bezeichnet werden. (Urth. b. DBG. v. 25. Sept. 1888, Entsch. Bb. XVII S. 8.)

S. 47. (Deffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 90, mur Allegat: "(§. 43)" und "§. 46".

§. 39. (Weftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 90, nur Allegat: "(§. 35)" und "§. 38" und statt Landgemeinden "Amtsperbände".

§. 39. (Rheinproving.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 90, nur Allegat: "(§. 35)" und "§. 38" und statt Landgemeinden "Landbürgermeistereien".

§. 76. (Schleswig-Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 90, nur Allegat: "(§. 72)" und "§. 75".

Bertheilung ber vom Wahlverbande der Landgemeinden zu wählenden Abgeordneten auf die einzelnen Wahlbezirke.

§. 91. (Oftprovingen.)

Zum Zwede der Wahl der von dem Verbande der Landgemeinden zu wählenden Abgeordneten werden, unter möglichster Anlehnung an die Amtsbezirke, in räumlicher Abrundung und nach Maßgabe der Bevölkerung') Wahlbezirke') gebildet,3) deren jeder die Wahl von einem bis zwei Abgeordneten zu vollziehen hat.4)

- 1) Bei der Bilbung der Wahlbegirte ift die Bevöllerungsziffer berjenigen selbsstätnindigen Gutsdezirke außer Betracht zu lassen, beren Bestiger zum Wahlberbande der größeren ländlichen Grundbestiger gehören, während andererseits diesenigen Grundbestiger, während andererseits diesenigen Grundbestiger, sewerbetreibenden und Bergwertsbestiger dadei zu berücksichten, welche zwar dem Wahlberbande der größeren Grundbesiger angehören, ihren Wohnstig iedoch in Kandegemeinden oder in solchen Gutsbezirken haben, welche zu dem Wahlberbande der Kandegemeinden gehören. (Rr. 18 zu Art. 6 d. Zinftr. b. 10. März 1873.)
- *) Ferner ift bei Bilbung ber Wahlbezirke außer auf die möglichfte Anlehnung an die Anisdezirke darauf zu achten, daß die einzelnen Wahlbezirke eine solche Bebölkerungszahl enthalten, bei welcher für die bemnächsige Bertizellung der Abgeordneten die Anwendung der Bestimmungen des § 93 Abf. 2 und insbesondere die Entscheidung durch das Loos möglichst vermieden werden. Rücksicht auf die Zahl der für die Wahlbezirke sich ergebenden Wahlstimmen darf nur insoweit genommen werden, als dadurch der Brundsah, daß die Wahlbezirke in räumlicher Abrundung und nach Maßgade der Bebölkerung gebildet werden sollen, nicht verleht wird. (Art. 6 d. Inftr. b. 10. Wärz 1873 und Rt. 14 dazu.)
- 2) Die Bertheilung erfolgt nach § 111 b. Rrd. burch ben Kreistag auf Borfchlag bes Kreisausschuffes und ift öffentlich bekannt zu machen.

4) Ob die Wahlbezirke so abzugrenzen sind, daß jeder derselben nur einen oder zwei Abgeordnete zu wählen hat, wird von den besonderen Berhältnissen eines jeden Kreises abhängen. Es wird hierbei insbesondere in Betracht kommen: die größere oder geringere Jahl der von dem Wahlverbande der Kandgemeinden insgesammt zu wählenden Abgeordneten, die größere oder geringere Einwohnerzahl und räumliche Ansbehnung der einzelnen Wahlbezirke. Im Allgemeinen wird es sich zur Erleichterung des Wahlbezirke. Im Allgemeinen wird es sich zur Erleichterung des Wahlbezirke. daß auf einen zieden nur ein Abgeordneter entsällt. (Art. 6 Ar. 3 d. Justr. v. 10. Wärz 1873.)

Ueberfdrift und S. 47. (Sannsver.)

Derfelbe Bortlaut wie bei I §. 91, nur fallen die Borte "unter möglichfter Anlehnung an die Amtsbezirke" fort.

Ueberschrift und §. 48. (Seffen - Raffan.) Derselbe Wortlaut wie bei II §. 47.

Neberschrift und §. 77. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 91.

Bertheilung ber vom Wahlverbande der Städte zu wählenden Abgesrdneten auf die einzelnen Stadtgemeinden, beziehungsweise Bildung von Städtewahlbezirken.

§. 92. (Oftprovingen.)

Die Jahl ber vom Bahlverbande ber Städte überhaupt zu wählenden Kreistagsageordneten wird auf die einzelnen Städte des Kreises nach Raßgade der Seelenzahl vertheilt. Sind in einem Aretse mehrere Städte vorhanden, auf welche hiernach nicht je ein Abgeordneter fällt, so werden diese Städte behufs der Wahl mindestens eines gemeinschaftlichen Abgeordneten zu einem Wahlbezirke vereinigt.

Ist in einem Kreise neben anberen großen Stäbten nur eine Stadt vorhanden, welche nach ihrer Seelenzahl nicht einen Abgeordneten zu mählen haben würde, so ist berselben gleichwohl ein Abgeordneter zu überweisen.

Die Feststellung ber auf einzelne Städte bezw. Städtewahlbezirke entfallenden Zahl von Abgeordneten geschieht in der Weise, daß gundcht durch Division mit der Zahl der ftädbischen Abgeordneten in die Gesammteinwohnerzahl aller Städte die auf einen Abgeordneten entfallende Einwohnerzahl und sodann durch Division mit dieser Zahl in die Bevölkerungszahlen der einzelnen Städte bezw. Städtewahlbezirke die jeder bezw. jedem der letzteren zukommende Zahl von Abgeordneten ermittelt wird. Ergeben sich bei bieser Berechnung für die einzelnen Städte bezw. Städtewahlbezirke neben ganzen Thellen Bruchthelle, so ist in Betress der letzteren nach den Bestimmungen des § 93 mit folgender Maßgabe zu verfahren:

- a) Wenn ber im § 93 vorgeschriebene Ausfall ber 1/2 nicht erreichenben Bruchtheile zur Folge hat, daß die Zahlen ber auf bie einzelnen Städte bezw. Städtewahlbezirke zu vertheilenden Abgeordneten zusammengenommen die Gesammizahl der § 89 Rr. 1 auf die fädtische Bevöllerung fallenden Abgeordneten nicht erreichen, so erhält diejenige Städt bezw. berjenige Städtewahlbezirk den übrig bleibenden Abgeordneten, für welche bezw. für welchen die Berechnung den größten, 1/2 sich am meisten nähernden Bruchtseil ergeben hat.
- b) Wenn die Anrechnung ber 1/2 erreichenben ober übersteigenben Bruchtheile für voll zur Folge hat, daß die Zahl der auf die einzelnen Städte bezw. Städtewahlbezirke zu vertheilenden Abgeordneten zusammengenommen die Gesammtzahl der nach § 89

Ar. 1 auf ble ftäbtische Bevöllerung entfallenben Abgeordneten überfleigen, so erhält, unbeschabet ber Bestimmungen im 2. und 3. Abs. des § 92 biejenige Stadt bezw. berjenige Städtewahlbezirk einen Abgeordneten weniger, für welche bezw. für welchen ble Berechnung den Keinsten, hinter einem ganzen Aheile am weitesten zurückbleibenden Bruchtheil ergeben hat. (Art. 7 b. Justr. v. 10. März 1873.)

Neberschrift und §. 48. (Hannover.) . Derselbe Wortlaut wie bei I §. 92.

Ueberschrift und §. 49. (Heffen-Raffan.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 92.

Bertheilung ber vom Wahlverbaube der Städte und vom Wahlverbande der Amtsverbände zu wählenden Abgeordneten, beziehungsweise Bildung von Wahlbezirken.

§. 40. (Weftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 92, nur neuer vierter Absat:

In gleicher Weise erfolgt die Bertheilung der vom Bahlverbande der Amtsverbände zu wählenden Abgesarbneten.

Bei ber in Abs. 2 gegebenen Bestimmung hat bie Borschrift bes 6 41 in Betracht zu tommen.

Bertheilung ber vom Wahlverbanbe der Städte und vom Wahlverbande der Landbürgermeistereien zu wählenden Abgeordneten, beziehungsweise Bildung von Wahlbezirken.

§. 40. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 92, nur neuer vierter Absat:

In gleicher Weise erfolgt die Bertheilung der vom Wahlverbande der Landbürgermeistereien zu wählenden Abgeordneten.

Ueberschrift und §. 78. (Schleswig-Holkein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 92.

Ausgleichung ber fich bei ber Bertheilung ber Rreistagsabgeorbneten ergebenben Bruchtheile.

§. 93. (Oftprovingen.)

Ergeben sich bei ben nach Maßgabe ber §§. 89 bis 92 bes Gesets vorzunehmenden Berechnungen Bruchteile, so werden dieselben nur insoweit berücksichtigt, als sie ½ erreichen ober übersteigen.

Uebersteigen sie 1/2, so werben sie für voll gerechnet, kommen sie 1/2 gleich, so bestimmt bas Loos,2) welchem ber bei ber Bertheilung betheiligten Wahlverbande und Wahlbezirke, beziehungsweise welcher Stadtgemeinde ber Bruchtheil für voll gerechnet werben soll.

1) Die Bestimmungen sinden auf biejenigen Fälle keine Ammendung, in denen dem Wahlverbande der Städte bezw. der in einem Kreise vorhandenen einzigen Stadt nach der Bedölkerungszahl in Gemäßheit des § 89 Kr. 1 Satz 2 die Hälfte bezw. ein Arittel der Gesammizahl aller Abgeordneten zufällt; denn die Anwendung jener Bestimmungen würde unter Umständen dahin sühren, daß der Wahlverband der Städte bezw. die in einem Kreise vorhandene einzige Stadt mehr als die Hälfte bezw. ein Orittel sämmtlicher Abgeordneten erhalten würde, während nach der dispositioen Vorschrift in § 89 Kr. 1 Satz 2 die Zahl der städtschaften die Hälfte bezw. ein Orittel der Wesammizahl aller Abgeordneten nicht übersteigen dars.

Wenn also beifpielsweise in einem Kreise, in welchem unr eine Stadt vorhanden ist, die Zahl der Abgeordneten 26 beträgt, und die Stadt nach ihrer Bedöllerungsgiffer ein Drittel der Gesammizahl der Abgeordneten zu erhalten hat, so würde anf die Stadt 13/4, auf das platte Land 173/2 Abgeordnete entsallen. Gleichwohl erhält die Stadt nur 8 und das platte Land 18 Abgeordnete; denn wollte man der ersteren 9 Abgeordnete überweisen, so würde die Zahl der städtischen Abgeordneten ein Drittel der Gesammizahl aller Abgeordneten übersteigen. Stenso erhalten in dem Falle, wo auf den Wahlverband der Städte und auf das platte Land beispielsweise zusammen 164/2 Abgeordnete entsallen, die Städte zusammen unr 16, das platte Land 17 Abgeordnete.

Bon ber lehteren Zahl entfallen hintviederum auf die beiden Mahiberbände der größeren Grundbestitzer und der Landgemeinden je 8½, Abgeordnete, und hat demgemäß das Loos zu entscheiden, welcher von den beiden Berbänden 9, und welcher 8 Abgeordnete zu erhalten hat. (Urt. 5 d. Instr. v. 10. März 1873.)

Der Areistag vertheilt bie bem Areife nach ber lehten Bollsjählung jufichenbe Anjahl von Areistagsabgeorbucten auf bie einzelnen Bahlverbanbe.

2) Das Loos wird burch die Hand bes Lanbraths gezogen.

Neberschrift und §. 49. (Hannsver.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I \S . 93, nur Allegat: " $\S\S$. 45 bis 48".

Die gesehliche Regel über die Ansgleichung der bei der Berthellung der Areistagsabgeordneten sich ergebenden Bruchtheile sindet leine Anwendung dei Festikeung der Boranssehung, unter welcher mehrere Städte eines Areises behufs der Wahl mindestens eines gemeinschaftlichen Abgeordneten zu einem Wahlbezirt vereinigt werben. (Urts. d. OBC. v. 26. Juni 1888, Entsch. Bd. XVI C. 10.)

Heberfchrift und S. 50. (Seffen : Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 93, mur Allegat: "§ 46 bis 49".

Ueberfdrift unb §. 41. (Beftfalen.)

Erster Absat: Derselbe Wortlaut wie bei I §. 93, mur Allegat: "§s. 38 bis 40".

Sweiter Absat: Uebersteigen sie 1/2, so werben sie für voll berechnet, kommen sie 1/2 gleich, so bestimmt bas Loos, auf welcher Seite ber Bruchtheil für voll gesrechnet werben soll.

Ueberschrift und §. 41. (Rheinproving.) Derselbe Wortlaut wie bei IV §. 41.

§. 79. (Saleswig . Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie Gei I §. 93, nur Allegat: "§§. 75 bis 78" und neuer Absats:

In den Kreisen Edernförde, Oldenburg und Plön bleibt dei Bestimmung der Jahl der Kreistagsabgeordneten des Wahlverbandes der größeren Grundbesitzer (§. 75 Kr. 2) ein sich ergebender Bruchtheil unberücksichtigt.

Bollziehung ber Bahlen in ben Bahlverbanben ber größeren Grunbbefiber.

§. 94. (Oftprovingen.)

Bur Wahl 1) ber von bem Wahlverbande der größeren Grundbesitzer zu mählenden Kreistagsabgeordneten treten die zu diesem Verbande gehörigen Grundbesitzer, Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer in der Kreisstadt unter dem Vorsitze des Landraths?) zusammen.

¹) Die Bahlberechtigten werben burch ben Landrath mindestens 8 Zage vor dem Bahltermine mittels schriftlicher Entladung gegen Empfangsbescheinigung nach der Kreisstadt zusammenderusen. Die Einladung muß das Bosal, den Tag und die Stunde der Bahl genau bestimmen. (Art. 14 d. Inftr. d. 10. März 1873.)

Zwischen ben beiben Tagen, in welchen die Ergänzungswahlen zunächt im Wahlberbande ber Landgemeinden, und sodann im Wahlberbande ber größeren Grundbestzer vorgenommen werden, muß ein Zeitraum von mindestens 8 Tagen offen bleiben. Die Einhaltung der für das Wahlberfahren vorgeschriebenen Fristen ift nnertäßliche Boraussetzung der Gültigkeit der Wahlen. (Urih. d. OBG. v. 6. Rod. 1888, Entsch. XVII S. 4.)

Bei ber gesehlichen Regelung bes Bablverfahrens baben bie eingeführten besonberen Rormen und Rormlichteiten je nach ber Bericiebenheit bes Inbalts und bes burch fie betroffenen Gegenftanbes eine weientlich vericiebene Bebeutung. Sie find entweber unerlakliche Bebingung ber Gultigfeit ber bemnach borgunehmenben Rechtsbanblung, bergeftalt, bak bie lettere ohne Beobachtung ber Form überbaubt nicht gur rechtlichen Griftens gelangt, bie Berlehung ber bezüglichen Borfdriften für bas Bablberfahren unter allen Umftanben bie Ungultiafeit ber Bablhanblung sur Rolge bat und für bas richterliche Ermeffen tein Raum fibrig bleibt, ober bie Ginführung einer Formlichteit erftrebt nur bie befonbere Rlarfiellung unb Weftftellung bes Inbalis einer Billenserflarung; fie foll als Sicherungsmittel insbefonbere für ben Ginzelnen gegen Benachtheiligung burch bie Rebrbeit bienen: fie berfolgt ben Amed mehrerer Beglaubigung bes unter ihren Sons gestellten Aftes. Bei Formlichkeiten ber leiteren Art ift bem Bermaltungerichter bie Befugnig nicht gu berfagen, je nach ber befonberen Lage bes Falles über bie Bebeutung ber Richtbeachtung berfelben frei gu befinben.

Au lehtgebachter Art gehört ble im Art. 19 unter Ar. 11 b. Inftr. v. 10. Marg 1873 angeordnete Berpflichtung ber Beifiger, bes Protofollsührers und ber Stimmengähler. (Urth. b. OBC. v. 5. Sept. 1878, Gnifch, Bb. IV S. 5.)

⁹) Eine Substitution bes Lanbraths bei Leitung ber Wahlen ber Areistagsabgeordneten im Wahlverbande der größeren Grundbesitzer ist ausgeschlossen. (Urth. b. OBG. b. 17. Mai 1883, Entsch. Bb. X S. 24.)

Ueberfdrift und §. 50. (Sannover.)

Ueberschrift und S. 51. (Seffen-Raffan.)

Ueberschrift und §. 42. (Beftfalen.)

Ueberschrift und §. 42. (Rheinproving.)

Ueberschrift und §. 80. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 94.

§. 95. (Oftprovingen.)

Bei bem Bahlatte hat jeber Berechtigte nur Eine Stimme.

Auch als Stellvertreter können Personen, welche bereits eine Stimme führen, ein ferneres Stimmrecht nicht ausüben. Ausgenommen sind die im §. 97 Rr. 7 bezeichneten Bertreter.

Das find Chemanner für ihre Chefrauen, Bormunber und Pfleger für ihre Pflegebefohlenen.

§. 51. (Hannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 95, nur Allegat: "§. 53 Nr. 7".

§. 52. (Seffen-Raffan.)

Derfelbe Worlaut wie bei I &. 95, nur Allegat:

Rolifd, Rreisorbnungen.

§. 43. (Beftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 95, nur Allegat: "§. 45 Rr. 7".

§. 43. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 95, nur Allegat: "§. 45 Nr. 7".

§. 81. (Shleswig-Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 95, nur Allegat: "§. 83 Nr. 7".

§. 96. (Oftprovingen.)

Das Recht zur persönlichen Theilnahme an den Wahlen (§. 94) steht vorbehaltlich der nachfolgenden besonderen Bestimmungen (§. 97) benjenigen Grundbesitzern, Gewerbtreibenden und Bergwertsbesitzern zu, welche

a) Angehörige bes Deutschen Reiches und selbste ständig find.

Als selbstständig wird bersenige angesehen, welcher das 21. Lebensjahr vollendet hat, sosern ihm das Recht, sider sein Bermögen zu verfügen und dasselbe zu verwalten,1) nicht durch gerichtliche Anordnung entzogen ist:

b) sich im Besitze ber bürgerlichen Chrenrechte bes finden.2)

Das Wahlrecht geht verloren, sobalb eins ber vorstehenden Erfordernisse bei dem bis dahin Wahlberechtigten nicht mehr zutrifft. Es ruht während der Dauer eines Konkurses, serner während der Dauer einer gerichtlichen Untersuchung,3) wenn bieselbe wegen Berbrechen ober wegen solcher Bergehen, welche ben Berlust ber bürgers lichen Chrenrechte nach sich ziehen müssen.4) ober können,6) eingeleitet ober wenn bie gerichtliche Haft versügt ist.6)

- 1) Die burch Ortsstatut ober Gesetz an die Eröffnung bes Konturses ober an die Abertennung des Rechts, über sein Bermögen zu versätzen und basselbe zu verwalten, geknüpften Beschrätungen in der Ausübung des Gemeindestimmrechts treten nicht schon dann ein, wenn im Gemeindebezirke belegene Grundstücke des Stimmberechtigten unter gerichtliche Administration genommen sind. (Urth. d. OBG. v. 22. Nod. 1882, Entsch. Bb. IX S. 63.)
- *) Alle brei Boraussehungen muffen zusammentreffen: Der Stimmberechtigte muß Angehöriger bes Deutschen Reiches, selbständig fein und fich im Besitze ber bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Geht eine Boraussehung verloren, so geht auch bas Stimmrecht verloren.
- 3) Unter "gerichtlicher Untersuchung" ift nicht schon die Erdffnung ber Boruntersuchung, sondern die Erdffnung bes Hauptverfahrens zu verstehen. (Urth. d. DBG. v. 13. Sept. 1890, Entsch. Bb. XVIII S. 1.)
- 4) Die Aberkennung ber bürgerlichen Ehrenrechte ist in ben Fallen bes Meineibs, ber schweren Auppelei und bes schweren Buchers (§§ 161 Abs. 1, 181 und 302 d) vorgeschrieben.
- 5) Die Aberkennung ber bürgerlichen Chrenrechte kann wegen Berbrechen, welche mit Tobessirafe und Zuchthausstrafe bebroht sind, wegen Bergehen nur erfolgen, wenn die Gefängnißstrafe brei Monate erreicht und das Gefetz die Aberkennung der dürgerlichen Chrenrechte ausdrücklich zulät oder die Gefängnißstrafe wegen Annahme milbernder Umstände an Stelle der Zuchthausftrafe tritt.
- 9) Die Worte "wenn die gerichtliche Haft verfügt ist", find nur bon der gerichtlichen Untersuchungshaft, nicht von einer zu verbüßenden Gefängnißstrafe zu verstehen. (Urth. b. DBG. v. 11. Mai 1885, Entsch. Bb. XII S. 11.)

§. 52. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 96, nur andere Allegate: "§§. 50 und 53".

§. 53. (Seffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 96, nur andere Allegate: "§§. 51 und 54".

§. 44. (Weftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I \S . 96, nur andere Alles gate: " $\S\S$. 42 und 45".

§. 44. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I \S . 96, nur andere Allegate: " \S §. 42 und 45".

§. 82. (Schleswig-Bolftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 96, nur andere Alles gate: "§§. 80 und 83".

§. 97. (Oftprovingen.)

Durch Stellvertretung 1) können sich an ben Wahlen betheiligen:

- 1) ber Staat burch einen Bertreter aus ber Jahl seiner Beamten, seiner Domänenpächter ober ber ländlichen Grundbesitzer bes Kreises;
- 2) juriftische Personen,2) Altiengesellschaften und Rommanditgesellschaften auf Aktien durch einen Päckter oder mit Generalvollmacht versehenen Administrator eines im Kreise belegenen größeren3) Gutes, oder

burch einen Bertreter aus ber Jahl ber ländlichen Grundbestiger bes Kreises; Rorporationen⁴) sind besugt, sich nach Maßgabe ihrer Statuten ober Berfassungen vertreten zu lassen:

- 3) Eltern burch ihre Sohne,") welchen fie bie Berswaltung ") felbsischändiger Guter bauernd übertragen haben;
- 4) unverheirathete ') Besitzerinnen burch Bertreter aus ber Zahl ber ländlichen Grundbesitzer bes Kreises:
- 5) die Mitglieder regierender Häufer durch ein Mitglied") ihrer Familie oder einen Bertreter aus der Zahl ihrer Beamten, ihrer Gutspächter oder der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
- 6) bie gemeinschaftlichen Bester) eines größeren Grundeigenthums (§. 86) durch einen Mitbester, beziehungsweise die Theilnehmer eines gewerblichen Unternehmens durch einen berselben;
- 7) Chefrauen, 10) sowohl groß, wie minberjährige, können durch ihren Chemann, Kinder unter väterslicher Gewalt durch ihren Bater, bevormundete Personen durch ihren Bormund 11) oder Psieger vertreten werden. Wird die Bormundschaft oder Psiegschaft von weiblichen Personen geführt, so kann deren Bertretung nach Waßgabe der Bestimmung unter 4 12) ersolgen,

insofern die unter Nr. 2¹³) genannten Berechtigten im Deutschen Reiche ihren Sit haben und die unter Nr. 3 bis 7¹⁴) genannten Berechtigten Angehörige des Deutschen

Reiches find und fich im Genuffe ber bürgerlichen Shrenrechte befinden.

Die Bertreter, mit Ausnahme ber unter Nr. 7 bes zeichneten, 10) müffen in bem Kreise entweber einen Wohnstitz haben ober in bemselben Grundeigenthum besten. Außerbem gelten für die Bertreter die Grundstige, 10) welche der §. 96 für die Wahlberechtigung vorschreibt. 12)

- 1) Diejenigen, welche als Stellvertreter in bem Wahlberbanbe ber größeren Grundbesitzer ober ber Landgemeinden ein Wahlrecht ansüben, verlieren daburch nicht das passive Wahlrecht nach § 106 biese Gesetzes. (Urth. d. OBG. v. 28. Nov. 1877, Enisch, Bb. III S. 21.)
- 9) Der juristischen Personen im Allgemeinen, also sowohl ber mit juristischer Personlichseit bekleibeten Gesellschaften (Korporationen), als auch ber juristischen Personen im engeren Sinne (Stiftungen, Anstalten u. f. w.).
- 3) Unter "größeren Gitern" ift nicht ein folches Gut zu verstehen, welches zur Theilnahme an dem Wahlberbande der größeren Grundbesiger berechtigt, sondern die Berechtigung zur Theilnahme an dem Wahlberbande der größeren ländlichen Grundbesiger knihpft sich an den Besig eines auf dem platten Lande des betreffenden Kreises belegenen Grundeigenthums überhaupt, gleichviel welcher Bechänsenheit, sofern nur dieses Grundeigenthum zur Grund- und Gebändessener in einem gewissen Betrage eingeschätzt ist. (Urth. d. ODB, d. 30, Jan. 1879, Entsch. Bb. V S. 1.)
- 4) Die Befugniß ber Korporationen, sich nach Maßgabe ihrer Statuten ober Berfassungen burch Stellvertretung an ben Wahlen zu bethelligen, bestehe nur unbeschabet der Borschrift, daß die Bertreter in dem Kreise entweder einen Wohnsth haben oder daselbst Grundelgenihum besigen mussen. (Urth. b. OBG. v. 7. Febr. 1893, Entsch. Bb. XXIV S. 23.)
 - 5) Sohne, nicht auch Entel. (Urth. b. DBG. b. 6. Oft. 1877.)
- 9) Die Berpachtung sieht ber Berwaltung nicht gleich. (Urth. d. OBG. b. 16, Febr. 1878, Entsch. Bb. III S. 64, und b. 25. Mai 1886, Entsch. Bb. XIII S. 29.)

- ⁷, also auch Wittwen. (Urth. b. OBG. v. 25. März 1886, Entsch. Bb. XIII S. 29.)
- 9) Im Falle bes § 97 Ar. 5 ift bas wahlberechtigte Mitglieb eines regierenben Daufes nicht genötitigt, die Bollmacht felbst auszuschlen; bas Recht zur Bevollmächtigung kann vielmehr von berzienigen Behörbe ausgeübt werben, welche nach ber Berfassung bes betressenben Regentenhauses zur Berwaltung bes die Berechtigung zur Betbellsqung an der Bahl begründenden Grundbesitzes berufen ist. (Urth. b. OBG. v. 3. März 1881.)
- 9) Die Eigenthümer einzelner selbstständiger Güter können um beswillen, weil die letteren einen Gutsbezirk bilben, bei der Wahl des Kreistagsachgeordneten im Wahlberbande der größeren ländlichen Grundbesitzer eine Stimme durch einen Mitbesitzer nicht führen, wenn auch von den Gütern zusammen mehr als 225 Mark an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet wird. (Urit, d. OBG. d. 8. Rob., 1876, Entsch. 38b. l. E. 113.)
- ¹⁰⁾ Ehefrauen können fic nur burch ihre Ehemänner an ber Wahl betheiligen. (Urth. b. OBG. v. 25. März 1886, Entsch. 39b. XIII S. 29.)
- 11) Die Frage, ob ber Bormund eines minberjährigen Rittergutsbestigers mit ber Bertretung besselben einen anderen Rittergutsbesselben ber Bormund selbst die gesehlichen Boraussehungen zur Ausübung des Rechts der Kreisstandschaft nicht erfüllt, muß bejaht werden. (Erl. d. Min. d. J. d. 31. Ott. 1885, MBl. S. 244.)
 - 19) alfo burch einen länblichen Grundbefiger bes Rreifes.
- 19) b. h. bie juriftifchen Berfonen, Attiengesellichaften und Rommanbitgefellichaften auf Aftien; fle muffen ihren Sit im Deutschen Reiche haben.
 - 14) b. h. alfo bie Befiger ber Güter.
- 15) mit Ausnahme ber Chemanner, ber Bater, Bormunber unb Bfleger.
- 19) b. h. fie muffen Angehörige bes Deutschen Reiches, selbstftanbig fein und fich im Genuffe ber burgerlichen Ehrenrechte befinden.

- 17) Die Bollmacht muß ftets fchriftlich fein.
- 18) Die Bollmacht barf auf die Wahrnehmung der Rechte im Wahltermine beschränkt sein. (Urth. d. OBG. d. 28. Nob. 1877, Entsch. Bd. III S. 21.)

§. 53. (Sannover.)

Durch Stellvertretung können fich an ben Wahlen bestbeiligen:

- ber Staat und ber Allgemeine Kloftersonds burch einen Bertreter u. s. w. berselbe Wortlaut wie bei 1 §. 97;
- 2) sonstige juristische Personen u. s. w. bis 7) einsschließlich berselbe Wortlaut wie bei I §. 97, nur bei Nr. 6 Allegat: "(§. 42)".

Die ben Mitgliebern regierender Häuser vorstehend unter Nr. 5 eingeräumte Besugniß steht auch zu: bem Herzoge von Arenberg in den Kreisen Meppen, Aschenborf und Himmling, dem Herzoge von Looz: Cork: waren im Kreise Lingen, dem Fürsten von Bentheim im Kreise Bentheim, dem Grafen von Stolberg: Mernigerode und dem Grafen von Stolberg: Mreise Isseld.

Folgt letter Absat wie bei I §. 97, nur Allegat: "§. 52".

Die Befugnis, an bem Wahlatt selbst persönlich ober burch Stellvertreter theilzunehmen im Gegensatz zur Wahlberechtigung: Handlit es sich um Feststellung des Kreises der Wahlberechtigten, so sind lediglich die Mersmale des § 42 entscheidend, auf welchen allein der § 68 verweist. Steht aber das eventuelle Stimmrecht im Frage, so bedarf es weiter der Heftstellung der in §§ 52 und 53 gedachten persönlichen Sigenschaften.

Chefrauen tonnen fic auch in ber Proving Sannober nur burch ihre Chemanner, Eltern burch ihre Sohne u. f. w. an ber Bahl be-

theiligen. Die Berpachtung ist auch in ber Probinz Hannober ber Berwaltung nicht gleichgestellt. (Urth. b. DBG. v. 25. März 1886, Entich. Bb. XIII S. 29.)

§. 54. (Seffen - Raffau.)

Durch Stellvertretung konnen fich an ben Bablen betheiligen:

- 1) ber Staat und ber Raffauische Centralstudiensonds burch einen Bertreter u. s. w. berselbe Wortsaut wie bei 1 §. 97;
- 2) sonstige juristische Personen u. s. w. bis 7) eins schiedlich berselbe Wortlaut wie bei I §. 97, nur Allegat bei Nr. 6: "(§. 43)".

Die ben Mitgliebern regierender Haufer vorstehend unter Rr. 5 eingeräumte Befugniß steht auch den Mitgliedern des Raffauischen und des Hessischen Fürstenhauses, sowie der fürfilichen und gräslichen ehemals reichsunmittelbaren Familien zu.

Letter Absat wie bei I §. 97, nur Allegat: "§. 53".

§. 45. (Weftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 97, nur 2) "sonstige" juristische u. s. w., 6) "(§. 43)" und im letzten Absatz: "§. 44".

§. 45. (Rheinproving.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 97, nur 2) "sonstige" juxistische u. s. w., 6) "(§. 43)" und im letten Absah: "§. 44."

§. 83. (Schleswig-Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 97, nur fällt in Nr. 6 bas Allegat fort, und im letten Absat ift "§. 82" allegirt.

Bollziehung ber Wahlen in ben Wahlbezirken bes Berbanbes ber Lanbgemeinben.

§. 98. (Oftprovingen.)

In jedem Bahlbezirke des Wahlverbandes der Landsgemeinden wird die Wahlversammlung gebildet:

- 1) burch Bertreter ber einzelnen Landgemeinden;1)
- 2) burch bie Bestiger ber in bem Bezirke liegenben felbstitändigen Gliter,2) welche nicht zu ben größeren Grundbestigern (§. 86) gehören;
- 3) burch biejenigen Gewerbtreibenben und Bergwerksbesitzer, welche wegen ihrer auf bem platten Lande innerhalb bes Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse A I 2) der Gewerbesteuer unter dem Mittelsatz veranlagt sind.

Auf die in den Nummern 2 und 3 erwähnten **Bahl**sberechtigten finden die Bestimmungen der §§. 95 bis 97 Anwendung.

- 1) cfr. § 100.
- 9 Durch bie Bestimmung "selbstständige Giter" sollen nicht sollen thatsächlich geschoffene und wirthschaftlich selbstständige Güter getroffen werben, welche sich in dem tommunalen Berbande von Landgemeinden befinden. Bon der Theilnahme an den Bahlen werben die Eigenthümer sogenannter tommunalfreter Bestigungen und außerdem die Besiger solcher Giter, welche zu ländlichen Gutsbezirfen als Absplisse berselben gehören, ausgeschlossen. (Urth. b. DBG. v. 13. Oft. 1876, Entich. Bb. I C. 102.)
- 3) Rach bem Gewerbesteuergesete vom 24. Juni 1891 (§ 80) jett in Rasse I und II unter 300.

§. 54. (Hannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 98, nur 2) "(§. 42)" und im letten Abfat "§§. 51 bis 53".

§. 55. (Seffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 98, nur 2) "(§. 43)" und im lesten Absase "§§. 52 bis 54."

Beftfalen.

Bollziehung ber Bahlen in ben Amtsbezirten beziehungsweife in ben Bahlbezirten ber Amtsverbanbe.

§. 46.

Die Wahl ber Kreistagsabgeordneten ber Amtsversbände erfolgt in benjenigen Amtsbezirken, welche für sich einen ober mehrere Abgeordnete zu wählen haben, durch bie Amtsversammlung.

In benjenigen Amisbezirken, welche mit anderen Amisbezirken des Kreises zu einem Wahlverbande vereinigt sind, hat die Amisversammlung auf je 250 Sinwohner einen Wahlmann zu wählen. Durch statutarische Ansordnung des Kreistages kann biese Zahl erhöht werden.

Die Wahlmänner des Wahlbezirkes treten unter der Leitung des Landrathes an dem von dem Kreisausschuffe zu bestimmenden Wahlorte behufs der Wahl der Kreistagsabgeordneten zusammen.

§. 47.

Ausgeschloffen von ber Theilnahme an der Wahl in der Amtsversammlung sind die Bertreter der selbste ständigen Gutsbezirke, insofern sie zum Wahlverbande der größeren Grundbesitzer gehören, sowie die Bertreter der zum Wahlverbande der Städte gehörigen Stadtgemeinden.

Durch bie Ausübung eines Wahlrechts als Wahls mann einer Amtsversammlung wird die Ausübung des persönlichen Wahlrechts im Berbande der größeren Grundbesitzer nicht ausgeschlossen.

Rheinproving.

Bollziehung ber Wahlen in ben Lanbbürgermeistereien, beziehungsweise in den Wahlbezirken der Landbürgermeistereien.

§. 46.

Die Wahl ber Kreistagsabgeordneten der Landsbürgermeistereien erfolgt in benjenigen Bürgermeistereibezirken, welche für sich einen oder mehrere Abgeordnete zu mählen haben, durch die Bürgermeistereiversammlung, beziehungsweise den Gemeinderath.

In benjenigen Bürgermeistereibezirken, welche mit anderen Bürgermeistereibezirken des Kreises zu einem Wahlverbande vereinigt sind, hat die Bürgermeistereiversammlung, beziehungsweise der Gemeinderath auf je 250 Einwohner einen Wahlmann zu wählen. Durch statutarische Anordnung des Kreistages kann diese Zahl erhöht werden.

Die Wahlmänner bes Wahlbezirkes treten unter ber Leitung bes Landrathes an dem von dem Kreisausschuffe zu bestimmenden Wahlorte behufs der Wahl der Kreistagsabgeordneten zusammen.

Diejenigen im Besitze von vormals reichsunmittelbaren Fürsten besindlichen Berbande, welche einem Bürgers meistereibezirke nicht angehören, werden zum Zwecke ber

Bollziehung ber Wahlen gemäß Absat 1 und 2 burch ben Kreisausschuß mit einer benachbarten Bürgermeisterei vereinigt und in der Bürgermeistereiversammlung durch bie angestellten Borsteber vertreten.

Diese besondere Bestimmung ift borgefeben betreffs berjenigen mit den Bestiqungen ebemaliger reichsunmittelbarer Fürsten gebilbeten sogenannten standesberrlichen Gemeinden, welche nach Raßgabe der mit der Staatsregierung geschlossenn Rezesse einem Bürgermeistereiverbande nicht angehören. (Begr. S. 59.)

8. 47.

Ausgeschloffen von der Theilnahme an der Bahl in der Bürgermeistereiversammlung sind die meistbegüterten Grundbestiger (§. 110 der Gemeindeordnung vom 23. Juli 1845), insosern sie zum Bahlverbande der größeren Grundsbesiger gehören, sowie die Bertreter der zum Bahlverbande der Städte gehörigen Gemeinden.

Durch die Ausübung des Bahlrechts als Bahlmann einer Bürgermeistereiversammlung wird die Ausübung des persönlichen Bahlrechts im Berbande der größeren Grundbesitzer nicht ausgeschlossen.

Die meiftbegitterten Grundbefiger find biejenigen, welche bon ihrem im Gemeinbebegirte belegenen Grundbefige minbeftens 50 Mart an Saubtarunbfteuer gablen.

Schleswig-Solftein.

Ueberschrift wie bei I, §. 98.

§. 84.

Die Wahl ber Kreistagsabgeorbneten ber Sandgemeinden erfolgt in benjenigen Wahlbezirken, welche nur aus Einer Zandgemeinde gebildet find, und welchen ein Durch bie Ausübung eines Wahlrechts als Wahlmann einer Amtsversammlung wird die Ausübung des persönlichen Wahlrechts im Berbande der größeren Grundbester nicht ausgeschloffen.

Rheinproving.

Bollziehung ber Wahlen in ben Lanbbürgermeistereien, beziehungsweise in ben Wahlbezirken ber Landbürgermeistereien.

8. 46.

Die Wahl ber Kreistagsabgeordneten der Landbürgermeistereien erfolgt in benjenigen Bürgermeistereibezirken, welche für sich einen oder mehrere Abgeordnete zu mählen haben, durch die Bürgermeistereiversammlung, beziehungsweise den Gemeinderath.

In benjenigen Bürgermeistereibezirken, welche mit anderen Bürgermeistereibezirken des Kreises zu einem Wahlverbande vereinigt sind, hat die Bürgermeistereis versammlung, beziehungsweise der Gemeinderath auf je 250 Einwohner einen Wahlmann zu wählen. Durch statutarische Anordnung des Kreistages kann diese Zahl erhöht werden.

Die Wahlmänner bes Wahlbezirkes treten unter ber Leitung bes Landrathes an dem von dem Kreisausschuffe zu bestimmenden Wahlorte behufs der Wahl der Kreisstagsabgeordneten zusammen.

Diejenigen im Besitze von vormals reichsunmittels baren Fürsten besindlichen Berbände, welche einem Bürgers meistereibezirke nicht angehören, werden zum Zwecke ber Bollziehung ber Bahlen gemäß Absat 1 und 2 burch ben Kreisausschuß mit einer benachbarten Bürgermeisterei vereinigt und in der Bürgermeistereiversammlung durch bie angestellten Borsteher vertreten.

Diese besondere Bestimmung ift vorgesehen betreffs berjenigen mit den Bestigungen ehemaliger reichkunmitielbarer Fürsten gebilbeten sogenannten standesherrlichen Gemeinden, welche nach Maßgabe der mit der Staatsregierung geschlossenn Rezesse einem Bürgermeistereiverbande nicht angehören. (Begr. S. 59.)

8. 47.

Ausgeschloffen von der Theilnahme an der Wahl in der Bürgermeistereiversammlung sind die meistbegüterten Grundbesitzer (§. 110 der Gemeindeordnung vom 23. Juli 1845), insosern sie zum Wahlverbande der größeren Grundsbesitzer gehören, sowie die Bertreter der zum Wahlverbande der Städte gehörigen Gemeinden.

Durch die Ausübung des Wahlrechts als Wahlmann einer Bürgermeistereiversammlung wird die Ausübung des persönlichen Wahlrechts im Berbande der größeren Grundbesitzer nicht ausgeschlossen.

Die meiftbegüterten Grundbefiger find biejenigen, welche bon ihrem im Gemeinbebezirke belegenen Grundbefige minbeftens 50 Mart an hauptgrundfteuer gablen.

Schleswig-Solftein.

Ueberschrift wie bei I, §. 98.

§. 84.

Die Wahl der Kreistagsabgeordneten der Landgemeinden erfolgt in denjenigen Wahlbezirken, welche nur aus Einer Landgemeinde gebildet find, und welchen ein im Bahlverbande der Landgemeinden wahlberechtigter Sewerbetreibender oder Bergwerksbesitzen nicht angehört, durch die Semeindeversammlung, sofern aber eine gewählte Semeindevertretung besteht, durch die letztere.

In den übrigen Wahlbezirken des Wahlverbandes der Landgemeinden u. s. w., derfelbe Wortlaut wie bei I, nur 2) "(§. 72)" und im letzten Absat "§§. 81 bis 83".

§. 99. (Oftprovingen.)

Befinden sich in einem Wahlbezirke zwei oder mehrere Giter (§. 98 Rr. 2),1) beren jedes zu weniger als 60 Mark Grunds und Gebäudesteuer veranlagt ist, so werden die Besitzer derselben nach Anordnung des Rreisausschusses dergestalt zu Gesammts (Kollektivs) Stimmen vereinigt, daß auf jede Stimme, soweit möglich, ein Grunds und Gebäudesteuerbetrag von 60 Mark entfällt.

Der Kreisausschuß regelt 3) die Art, in welcher das Kollektivstimmrecht ausgesibt wird. 4)

- 1) Selbftftanbiger Guter ofr. § 87 und Anmertungen.
- 2) Der Areisausschuß hat die Bereinigung zu Kollektivstimmen anzuordnen. (MGrl. v. 21. Juli 1876, MBl. S. 223.)
- 3) Diese Regelung wirb, wenn nur zwei selbsitändige Güter in einem Wahlbezirke vorhanden sind, am zwedmäßigsten in der Art erfolgen, daß daß Rollektivskimmrecht abwechselnd von dem einem und dem anderen Bestiger derselben außgeübt, die Reihenfolge, in welcher dasselbe auszuliben ift, aber durch das 2008 bestimmt wird.

Sind drei oder mehrere Gitter in einem Wahlbegirke vorhanden, so wird zu beftimmen sein, daß die Bestiger berselben vor jeder Bahl einen aus ihrer Mitte durch absolute Stimmenmehrheit zu wählen haben, welcher das Wahlrecht für alle aussuitden dat.

Benn in bem lehtgebachten Falle von ben betheiligten Gutern an Grund- und Gebaubefteuern gusammen ber Betrag von 40 ober

mehr Thalern anftommt, so haben die Besitzer zur Ausübung des Wahlrechts zwei oder mehrere aus ihrer Mitte zu wählen, so daß auf jede Stimme, soweit möglich, ein Grund- und Gebäudesteuerbetrag von 20 Thalern entfällt. Befindet sich in einem Wahlbezirke nur ein selbstständiges Sut, welches zu weniger als 20 Thalern Errund- und Gebäudesteuer veranlagt ist, so ist der Besitzer bei der Besitzer gleich den übrigen Bestigen selbstständiger Giter bet der Wögeordnetenwahl für sich allein eine Stimme zu führen berechtigt. (Art. 6 b. Sinftr. b. 10. März 1873.)

4) Ein ordentliches Rechtsmittel, insbesondere die Beschwerbe an den Bezirtsausschuß findet nicht ftatt gegen die Beschüffle des Kreisausschuffes, betreffend die Bereinigung mehrerer kleinerer Güter oder der Einwohner mehrerer kleinerer Gemeinden zu Kollektivstimmen, und betreffend die Bestimmung des Wahlrechts in den Bezirken des Berbandes der Landgemeinden, der Städte und der Städtewahlbezirke. (Urth. b. DBG. vom 11. Juni 1883, Entsch. 396. X S. 44.)

§. 55. (Hannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 99, nur Allegat: "(§. 54 Rr. 2)".

S. 56. (Seffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 99, nur Allegat: "(§. 55 Rr. 2)".

§. 85. (Shleswig-Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 99, nur Allegat: "(§. 84 Nr. 2)".

§. 100. (Oftprovingen.)

Die Bertretung ber Landgemeinden erfolgt bei Gesmeinden:

1) von weniger als 400 Einwohnern burch einen Wahlmann.

im Bahlverbande der Landgemeinden wahlberechtigter Sewerbetreibender oder Bergwerksbesiger nicht angehört, durch die Gemeindeversammlung, sosern aber eine gewählte Gemeindevertretung besteht, durch die letztere.

In den übrigen Wahlbezirken des Wahlverbandes der Landgemeinden u. s. w., derselbe Wortlaut wie dei I, nur 2) "(§. 72)" und im lesten Absas "§§. 81 bis 83".

§. 99. (Oftprovingen.)

Befinden sich in einem Wahlbezirke zwei oder mehrere Giter (§. 98 Rr. 2),1) beren jedes zu weniger als 60 Mark Grunds und Gebäudesteuer veranlagt ist, so werden die Besitzer derselben nach Anordnung des Kreisausschusses 2) bergestalt zu Gesammts (Kollektivs) Stimmen vereinigt, daß auf jede Stimme, soweit möglich, ein Grunds und Gebäudesteuerbetrag von 60 Mark entsällt.

Der Kreisausschuß regelt's) die Art, in welcher bas Kollektivstimmrecht ausgeübt wird.

- 1) Selbftftanbiger Guter cfr. § 87 unb Unmertungen.
- 3) Der Areisausschuß hat die Bereinigung zu Kollektivstimmen anzuordnen. (RErl. v. 21. Juli 1876, MBl. S. 223.)
- 3) Diese Regelung wird, wenn nur zwei selbsiftänbige Giter in einem Mahlbegirte vorhanden sind, am zwednäßigsten in der Art erfolgen, daß daß Kolletivstimmtrecht abwechselnd von dem einem und dem anderen Bestiger derselben ausgeübt, die Reihenfolge, in welcher dasselbe auszuichen ift, aber durch das Loos bestimmt wird.

Sind drei oder mehrere Gliter in einem Wahlbezirke vorhanden, so wird zu bestimmen sein, daß die Bestiger derselben vor jeder Wahl einen aus ihrer Mitte durch absolute Stimmenmehrheit zu wählen haben, welcher das Wahlrecht für alle auszuüben hat.

Benn in bem lehtgebachten Falle von ben betheiligten Gitern an Grund- und Gebaubesteuern gufammen ber Betrag von 40 ober

mehr Thalern auftommt, so haben bie Besitzer zur Ausübung bes Bahlrechts zwei ober mehrere aus ihrer Mitte zu wählen, so baß auf jede Stimme, soweit möglich, ein Erund- und Gebäubesteuerbetrag von 20 Thalern entfällt. Besinder fich in einem Wahlbezirke nur ein selbstständiges Gut, welches zu weniger als 20 Thalern Grund- und Gebäudesteuer veranlagt ist, so ist der Besitzer ben gleich den übrigen Besitzern selbstständiger Güter bet der Abgeordnetenwahl für sich allein eine Stimme zu führen berechtigt. (Art. 6 b. Inftr. b. 10. März 1873.)

4) Ein ordentliches Rechtsmittel, insbesondere die Beschwerbe an den Bezirtsausschuß findet nicht ftatt gegen die Beschüffe des Areisausschuffes, betreffend die Bereinigung mehrerer kleinerer Gitter oder der Einwohner mehrerer kleinerer Gemeinden zu Kollektibetimmen, und betreffend die Bestimmung des Wahkrechts in den Besirken des Berbandes der Landgemeinden, der Städte und der Städtewahlbezirke. (Urth. d. OBG. dom 11. Juni 1883, Entsch. 39b. X C. 44.)

§. 55. (Hannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 99, nur Allegat: "(§. 54 Rr. 2)".

S. 56. (Seffen-Raffau.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 99, nur Allegat: "(§. 55 Rr. 2)".

§. 85. (Shleswig-Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 99, nur Allegat: "(§. 84 Rr. 2)".

S. 100. (Oftprovingen.)

Die Bertretung ber Landgemeinden erfolgt bei Gesmeinden:

1) von weniger als 400 Einwohnern burch einen Wahlmann.

- 2) von 400 und weniger als 800 Einwohnern burch zwei,
- 3) von 800 und weniger als 1200 Ginwohnern burch brei,
- 4) von 1200 und weniger als 2000 Einwohnern burch vier,
- 5) von 2000 und weniger als 3000 Einwohnern durch fünf Wahlmänner, und für jebe fernere Bollzahl von 1000 Seelen durch einen ferneren Wahlmann.

Die Wahlmänner der Landgemeinden werden von der Gemeindeversammlung, in denjenigen Landgemeinden aber, in welchen eine gewählte Gemeindevertretung besteht oder eingeführt wird, 1) von der letzteren und dem Gemeindevorstande aus der Zahl der stimmberechtigten 2) Gemeindemitglieder durch absolute Stimmenmehrheit gemählt. 3)

Die Wahlen erfolgen nach näherer Borschrift bes biesem Gesetz beigefügten Wahlreglements.

Ausgeschloffen von der Theilnahme an der Wahl in der Gemeindeversammlung sind diejenigen, welche zum Wahlverbande der größeren Grundbesitzer gehören.

- 1) Nach § 49 b. BGO. für die öftlichen Probinzen b. 3. Juli 1891 tritt an die Stelle der Gemeindeversammlung in benjenigen Landgemeinden, in welchen die Zahl der Stimmberechtigten mehr als 40 beträgt, eine Gemeindevertretung.
- 9 Stimmberechtigt find alle felbstftanbigen Gemeinbeangeborigen, welche
 - a) Angehörige bes Deutschen Reiches finb,
 - b) bie bürgerlichen Ehrenrechte befigen,
- o) feit einem Jahre in bem Gemeinbebegirt ihren Bobnfit haben,

- d) teine Armenunterftühungen aus öffenilichen Mitteln empfangen,
- e) die auf fie entfallenben Gemeinbeabgaben bezahlt haben und auferbem
 - 1) entweber ein Bohnhaus in bem Gemeinbebegirte befigen, ober
- 2) von ihrem gefammten innerhalb bes Gemeinbebegirtes belegenen Grundbefige einen Jahresbeitrag von minbeftens 8 Mart an Grund- und Gebäubefteuer entrichten, ober
- 3) jur Staatseinkommensteuer veranlagt find ober zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 Mark herangezogen werben. (§ 41 d. L. C.)

Wer, ohne im Gemeinbebegirke einen Wohnfit zu haben, in bemfelben feit einem Jahre ein Grundfild besitzt, welches wenigstens ben Umfang einer die Saltung von Zugvied zur Bewirthschaftung erforbernden Adernahrung hat, ober auf welchem sid ein Wohnhaus, eine Fabril ober eine andere gewerbliche Anlage besinde bie dem Beerthe einer solden Adernahrung mindestens gleichstommt, ift ebenfalls stimmberechtigt, wenn bei ihm die oben unter a, b, d, o bezeichneten Boraussetzungen vorhanden find.

Ingleichen fteht bas Stimmrecht juriftifchen Berfonen, Aftiengefellicaften und Rommanbitgefellicaften auf Aftien, Berggewertschaften, eingetragenen Genoffenschaften und bem Staatsfistus zu, fofern bieselben Grundftlice in bem bezeichneten Umfange in bem Gemeinbebezirte beitzen.

Frauen und nicht felbstftanbige Berfonen find, wenn ber ihnen im Gemeinbebegirte geborige Grundbefig jum Stimmrecht befähigt, fimmberechtigt, wenn bie Borausfehungen bes § 41 unter o bis o borliegen. (§ 45 b. SGD.)

Als selbstftänbig wird nach vollenbetem 21. Lebensjahre ein Jeber betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat, sofern ihm nicht bas Berfügungsrecht über die Berwaltung seines Bermögens durch richterlichen Beschluß entgogen ift. (§ 41 Abs. 5 b. LGD.)

2) Die Rlage gegen eine in Folge Ginfpruches gegen bie Bablerlifte ergangene Enticheibung ber Gemeinbebertretung finbet nur noch in bem Falle ftatt, bag Jemanb gegen ben Inhalt einer

Wählerliste bezw. gegen ben ergangenen Bescheib ein Stimmrecht sit in Anspruch nimmt. Die anderen Gemeindemitglieber haben, um ein Korrestiv der Wählerliste zu erlangen, zunächst nur die Beschwerbe an die Kommunalausschischörde, demnächst aber nach vollzogener Wahl die der die der des des Einspruchs bezw. der Alage wegen Ordnungswidrigkeit der Wahl. Sosern letztere Klage auf die Behauptung gestütt wird, daß die Wählerliste in Bezug auf das Stimmrecht Oritter Unrichtigkeiten enthalten habe, ist dieselbe in-bessen nur unter der Boraussetzung statthaft, daß durch solche Ordnungswidrigkeit der Ausgang der Wahl ihatsächlich beeinsluste gewosen ist. (Eirt. d. Win. d. 3. d. 25. Junt 1882, WVI S. 195.)

Das Bahlergebniß kann baburch nicht berührt werben, baß ber Inhaber mehrerer Bertretungsvollmachten, well mit einer berfelben zu Unrecht zurückewiesen, die Borlegung der übrigen nur demfelben Lurückeifungsgrund unterliegenden Bollmachten unterläßt. Die Bahlmänner haben das Alagerecht gegen einen in Beziehung auf ihre Bahl neben berjenigen der Abgeordneten die Ungültigkeit aussfyrechenden Areistagsbefchluß. (Urih. b. OBG. v. 11. Nov. 1880, Entich. Bb. III S. 54.)

§. 56. (Hannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 100

Nach der Instruktion des Ministers richtet sich die Theilnahme an dem Simmtrecht und die Art der Ausübung desselben in der Gemeindeversammlung nach den Bestimmungen in den §§ 3 bis 30 des Hannoverschen Ges. v. 28. April 1859, beitessend die Landgemeinden, und nach den in Ausführung dieser Bestimmungen erfolgten Festsengen.

Forensen (Ausmärker), b. h. Auswärtige, welche in einem Gemeinbebegirke unbebaute Grundsstäde haben, sind berechtigt, an dem Stimmrecht bei der Bahl der Bahlmänner in dem Wahlbezirke des Berbandes der Landgemeinden iheilzunehmen. (Urih. d. OBG. d. 14. Dez. 1885, Enisch, Bd. XII S. 18.)

§. 57. (Seffen-Raffan.)

Derfelbe Bortlaut wie bei I §. 100, nur mit folgens bem Busas:

Als Gemeinbevorstand beziehungsweise Gemeinbeverstretung gelten in den einzelnen Gemeinden die in §. 38-des Gesets über die Zuständigkeit der Berwaltungsund Berwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesets-Samml. S. 237) als solche bezeichnete Gemeindesorgane.

§ 38 lautet:

 In den Landgemeinden des vormaligen Kurfürstenthums Hessen ist als Gemeindevorstand der Gemeinderath, als Gemeindevertretung der Gemeindeausschuss,

 in den vormals Grossherzoglich Hessischen Landestheilen ist als Gemeindevorstand der Bürgermeister, als Gemeindevertretung der Gemeinderath.

 in den Landgemeinden der vormals Königlich Bayerischen Landestheile ist als Gemeindevorstand der Gemeindevorsteher, als Gemeindevertretung der Gemeindeausschuss,

 in den Gemeinden des vormaligen Herzogthums Nassau ist als Gemeindevorstand der Gemeinderath, als Gemeindevertretung der Bürgerausschuss,

 in den Gemeinden des vormals Landgräflich Hessischen Amtes Homburg ist als Gemeindevorstand der Bürgermeister, als Gemeindevertretung der Gemeindevorstand.

6) in den Landgemeinden des Stadtkreises Frankfurt a. M. ist als Gemeindevorstand der Schultheiss, als Gemeindevertretung der Gemeindeausschuss

zu betrachten.

§. 86. (Schleswig-Solftein.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 100.

§. 101. (Oftprovingen.)

Befinden sich in einem Wahlbezirke zwei oder mehrere Gemeinden,1) beren jede weniger als 60 Mark Grunds und Gebäudesteuer entrichtet und weniger als 100 Einswohner zählt, so werden dieselben nach Anordnung des Kreisausschusses) in gleicher Weise, wie die Besitzer der im §. 99 gedachten Güter, zu Gesammt- (Kollektiv-) Stimmen vereinigt.

1) Behufs Regelung der Ausübung dieses Kollektivstimmerchts wird anzuordnen sein, daß jede der Gemeinden nach Nachgade der Borschriften des § 100 einen Wahlmann zu wählen hat, und dah den bemnächt, wenn brei oder mehrere Gemeinden in einem Rahlbezirke dorhanden sind, die Wahlmänner derselben einen oder, sofern die Sinwohnerzahl der Gemeinden zusammen 400 und mehr beträgt, zwei bezw. drei u. f. w. Kollektivwahlmänner aus ihrer Mitte durch absolute Simmenmehrheit zu wählen haben, welchen die Bertretung der Gemeinden bei der Abgeordnetenwahl obliegt; daß dagegen, wenn nur zwei Gemeinden sind, das Kollektivsstimmercht berselben abwechselnd burch den von der einen und den von der anderen Gemeinde gewählten Wahlmann ausgelibt, die Keihenfolge, in welcher dasselbe auszuüben ist, aber durch das Loos bestimmt mirk.

Befindet sich in einem Wahlbezirke nur eine Gemeinde, welche weniger als 20 Thaler Grund- und Gebäudesteuer entrichtet und zugleich weniger als 400 Einwohner gahlt, so ift dieselbe gleich den ihrigen Gemeinden von weniger als 400 Einwohnern berechtigt, für sich allein einen Wahlmann zur Abgeordnetenwahl zu entsenden. (Art. 6 b. Inftr. b. 10. März 1873.)

Gin orbentliches Rechtsmittel, insbesonbere bie Beschwerbe an ben Bezirksausschuß findet nicht ftatt gegen Beschlüffe bes Kreisausschusses, betreffend die Bereinigung der Einwohner mehrerer Kleiner Gemeinden zu Kollektivstimmen. (Urth. d. OBG. v. 10. Juni 1883. Entich. Bb. X S. 44.)

§. 57. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I S. 101, nur Allegat: "S. 55".

S. 58. (Seffen-Raffau.)

Derfelbe Worlaut wie bei I §. 101, nur Allegat: "§. 56".

S. 87. (Schleswig-Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 101, nur Allegat: "§. 85".

§. 102. (Oftprovingen.)

Wer als Befiger eines selbstständigen Guts, als Geswerbtreibender oder Bergwerksbesitzer zur Theilnahme an den Wahlen im Verbande der Landgemeinden persönlich berechtigt ist (§. 98 Nr. 2 und 3),1) darf die auf ihn gessallene Wahl als Wahlmann einer Landgemeinde ablehnen. Nimmt er die Wahl an, so ist er zur Ausübung seines persönlichen Wahlrechts nicht befugt.2)

Dagegen wird burch bie Ausübung eines Bahlrechts als Bahlmann einer Landgemeinde die Ausübung bes perfönlichen Bahlrechts im Berbande der größeren Grunds befitzer nicht ausgeschlossen.

- 1) Bezieht sich nur auf bie persönliche Berechtigung, nicht auf bie Wahl als Stellbertreter ber Lanbgemeinbe.
- 9) Ift eine Folge ber Bestimmung, bag jeber Berechtigte nur eine Stimme bat.

§. 58. (Hannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 102, nur andere Allegate: "(§. 54 Rr. 2 und 3)".

§. 59. (Seffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I \S . 102, nur andere Allegate: "(\S . 55 Nr. 2 und 3)".

§. 88. (Schleswig-Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 102, nur andere Allegate: "(§. 84 Nr. 2 und 3)".

§. 103. (Offprovingen.)

Die Vertreter der Gemeinden des Mahlbezirks, die Bessitzer der zu dem letzteren gehörigen selbstständigen Güter und die wahlberechtigten Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer treten unter der Leitung des Landraths!) oder in dessen Auftrage eines Amtsvorstehers an dem von dem Kreisausschusse zu bestimmenden Wahlorte?) beshuss der Wahl der Kreistagsabgeordneten zusammen.

- 1) Zur Leitung ber Ersatzwahl für ben Kreistagsabgeordneten eines ländlichen Bezirks ist nur der Landrath ober in bessen Auftrage ein Amisdorsteher befugt, nicht kann jeder Beliebige zum Wahlvorsteher ernannt werden. (Urth. d. OBC. v. 13. Febr. 1882, Entsch. Bd. VIII S. 42.)
- 3) Die Bestimmung des Wahlortes durch den Kreisausschuß bei den Wahlen von Kreisiagsabgeordneten in den Wahlbezirken des Verbandes der Landgemeinden bildet eine wesentliche Boraussetung für die Rechtsgültigkeit des Wahlaktes.

Hatte ber Kreisausschuß auch für die Ersatwahlen ben Wahlort im Boraus bestimmt, so kann ber Landrath auch an diesen Ort susammenberusen. (Urth. d. OBG. d. 11.) Mai 1885, Entsch. Bd. XII S. 11.)

§. 59. (Sannsver.)

Derfelbe Wortlaut wie bei 1 §. 103, nur fallen bie Worte "ober in bessen Auftrage eines Amtsvorstehers" fort.

§. 60. (Seffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei II §. 59.

§. 89. (Schleswig-Dolftein.) .

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 103.

Bollziehung ber Wahlen in ben Städten beziehungsweise Städtemahlbezirken.

§. 104. (Oftprovingen.)

Die Bahl der städtischen Kreistagsabgeordneten erfolgt in denjenigen Städten, welche für sich einen oder mehrere Abgeordnete zu wählen haben, durch den Ragistrat und die Stadtverordnetenversammlung, beziehungsweise das bürgerschaftliche Repräsentantenkollegium,') welche zu diesem Behuse unter dem Borsitze des Bürgermeisters zu einer Wahlversammlung vereinigt werden.

In benjenigen Städten, welche mit anderen Städten bes Kreises zu einem Wahlbezirke vereinigt sind,2) haben der Wagistrat und die Stadtverordneten beziehungsweise die bürgerschaftlichen Repräsentanten in vereinigter Styung auf je 250 Einwohner einen Wahlmann zu wählen. Durch statutarische Anordnung des Kreistages kann jene Jahl 3) erhöht werden.

Die Wahlmänner bes Wahlbezirks treten unter Leitung bes Landraths 1) an dem von dem Rreisausschuffe ju bestimmenden Bahlorte 3) zur Bahl der Abgeordneten zusammen.

- 1) Bezicht fic auf bie Conberverfaffung ber Stäbte Renverpommerns und Augens.
 - 2) cfr. § 93 unb bie Aumertung bagu.
 - 3) Die Jahl 250.
- 9) Die Bahlen der Areistagsabgeordneten in den Städtewahlbegirfen muffen durch den Landrath geleitet werden. Gine Bertreiung des Landraths hierdet durch andere, als diejenigen Perfonen, welche gesehlich zur Bertreiung des Landraths als folche in Behinderungsfällen derufen sind, ift unguläfig. (Urif. d. OBS. d. 22. Jan. 1878, Snifch. Bd. III S. 60.)
 - 5) Begen bes Bahlortes fiche Ann. 2 jum § 103.

Ueberschrift dieselbe wie bei I §. 104.

§. 60. (Hannsver.)

Die Bahl ber städtischen Kreistagsabgeordneten erfolgt in benjenigen Städten, welche für sich einen ober
mehrere Abgeordnete zu wählen haben, durch ben Ragistrat
und die Bürgervorsteher, welche zu diesem Behuse unter
bem Borsitze des Bürgermeisters zu einer Bahlversammlung vereinigt werden.

In benjenigen Städten, welche mit anderen Städten bes Areises zu einem Wahlbezirke vereinigt sind, haben ber Ragistrat und die Bürgervorsteher in vereinigter Sitzung auf je 250 Einwohner einen Wahlmann zu wählen.

Durch statutarische Anordnung des Kreistages tann jene Zahl erhöht werden.

In benjenigen bem Bahlverbanbe ber Städte angehörigen Gemeinden, welche nicht durch einen Ragistrat und durch Bürgervorsteher vertreten werden, ist an beren Stelle bie Bahl von ber Semeinbeversammlung, bes ziehungsweise wenn eine gewählte Semeinbevertretung besteht, von bieser wahrzunehmen.

Die Bahlmänner des Wahlbezirkes treten unter Leitung des Landrathes an dem von dem Kreisausschuffe zu bestimmenden Wahlorte zur Wahl der Abgeordneten zussammen.

Meberschrift bieselbe wie bei I §. 104. §. 61. (Seffen-Raffan.)

Die Bahl ber städtischen Kreistagsabgeordneten ersfolgt in benjenigen Städten, welche für sich einen ober mehrere Abgeordnete zu wählen haben, durch ben Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung, welche zu biesem Behuse unter dem Borsitze des Bürgermeisters zu einer Bahlversammlung vereinigt werden.

In benjenigen Stäbten, welche mit anberen Stäbten bes Kreises zu einem Wahlbezirke vereinigt sind, haben ber Gemeinbevorstand und die Gemeinbevertretung in vereinigter Sizung auf je 250 Einwohner einen Wahlsmann zu wählen. Durch statutarische Anordnung des Kreistages kann jene Zahl erhöht werden.

Als Gemeinbevorstand beziehungsweise Gemeindeverstreiung sind die in den §§. 23 1) und 38 2) des Gesetzes über die Juständigkeit der Berwaltungss und Berwaltungssgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetz-Samml. S. 237), beziehungsweise im §. 22 dieses Gesetzes als solche bezeichneten Gemeindeorgane anzusehen.

Die Wahlmänner bes Wahlbezirkes treten unter Leitung bes Landrathes an dem von dem Kreisaussichuffe zu bestimmenden Wahlorte zur Wahl der Abgeordneten zusammen.

1) In ben jum ehemaligen Aurfürstenihum Beffen gehörigen Stäbten ift als Gemeinbevorftanb ber Stabtrath, als Gemeinbevertreter ber Gemeinbeausschuf,

in ben Stadtgemeinben bes vormaligen herzogihums Raffau ift als Gemeinbevorftanb ber Gemeinberath, als Gemeinbevertretung ber Bürgerausschuß,

in ber Gemeinbe Homburg v. d. H. ift als Gemeinbeborftanb ber Bürgermeister, als Gemeinbebertretung ber Gemeinbeborftanb zu betrachten.

2) cfr. Anm. 1 zu § 57.

Neberschrift wie bei I §. 104. §. 48. (Befffalen.)

Die Wahl der städtischen Kreistagsabgeordneten erfolgt in benjenigen Städten, welche für sich einen oder mehrere Abgeordnete zu mählen haben, durch den Gesmeindevorstand und die Gemeindevertretung, welche zu diesem Behuse unter dem Borsitze des Bürgermeisters zu einer Wahlversammlung vereinigt werden.

In benjenigen Stäbten, welche mit anderen Stäbten bes Kreises zu einem Wahlbezirke vereinigt sind, haben der Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung in vereinigter Sitzung auf je 250 Einwohner einen Wahlsmann zu wählen. Durch statutarische Anordnung des Kreistages kann jene Zahl erhöht werden.

Die Wahlmänner bes Wahlbezirks treten unter Leitung bes Landrathes an dem von dem Kreisausschuffe zu bes stimmenden Wahlorte zur Wahl der Abgeordneten zus fammen.

Ueberschrift wie bei I §. 104. §. 48. (Rheinproving.)

Die Wahl ber städtischen Kreistagsabgeordneten erfolgt in benjenigen Städten, welche für sich einen oder mehrere Abgeordnete zu wählen haben, durch die Stadtwerordnetenversammlung, sowie in benjenigen Städten, beren Berwaltung nach Titel VIII der Städteordnung vom 15. Mai 1856 gesührt wird, durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, welche zu diesem Behuse unter dem Borsitze des Bürgermeisters zu einer Wahlversammlung vereinigt werden.

In benjenigen zum Wahlverbande der Städte gehörigen Gemeinden, welche nach den Borschriften der Gemeindes ordnung vom 23. Juli 1845 verwaltet werden, ist die Wahl durch den Gemeinderath zu vollziehen, wobei die Borschriften im §. 47 entsprechende Anwendung zu finden haben.

In benjenigen Stäbten, welche mit anderen Stäbten bes Kreises zu einem Wahlbezirke vereinigt sind, ist nach Maßgabe der Bestimmungen des ersten Absays auf je 250 Sinwohner ein Wahlmann zu wählen. Durch statutarische Anordnung des Kreistages kann jene Jahl erhöht merden.

Die Wahlmänner des Wahlbezirkes treten unter Leitung des Landrathes an dem von dem Kreisausschuffe zu bes stimmenden Wahlorte zur Wahl der Abgeordneten zus sammen.

Bei den durch die Stadtverordnetenbersammlung erfolgenden Wahlen der Areistagsabgeordneten hat der Bürgermeister als Borfihender volles Stimmrecht, auch in denjenigen Städten, deren Berwaltung nach Tit. I dis VII d. Städteord. v. 15. Mai 1856 geführt wird; ebenso in Schleswig-Holstein bei den dem Wahlberdande Stit. II d. Ges. 14. April 1869 geführt wird. (Urih. d. OBG. v. 20. Oft. 1891, Enisch. XXI S. 1.)

Ueberschrift wie bei I §. 104.

§. 90. (Schleswig-Bolftein.)

Die Wahl der städtischen Kreistagsabgeordneten erfolgt in benjenigen Städten, welche für sich einen oder mehrere Abgeordnete zu wählen haben, durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, welche zu diesem Behuse unter dem Borsitze des Bürgermeisters zu einer Wahlversammlung vereinigt werden. 1)

In benjenigen Stäbten, welche mit anberen Stäbten bes Kreises zu einem Wahlbezirke vereinigt sind, haben ber Magistrat und die Stadtverordneten in vereinigter Sitzung auf je 250 Sinwohner einen Wahlmann zu wählen. Durch statutarische Anordnung des Kreistages kann jene Zahl erhöht werden.

In benjenigen bem Wahlverbande ber Städte angehörigen Gemeinden, beren Berfaffung nach Titel XI bes Gesetes vom 14. April 1869, betreffend die Berfassung und Berwaltung der Städte und Fleden in der Proving Schleswig-Polstein (Geset-Samml. S. 589), geregelt ift, sind die Wahlen (Absat 1 und Absat 2) von der Stadt-verordnetenversammlung, beziehungsweise der Fledenversordnetenversammlung vorzunehmen.

Die Wahlmänner des Wahlbezirkes treten unter Leitung bes Landrathes an dem von dem Kreisausschuffe zu bes stimmenden Wahlorte zur Wahl der Abgeordneten zus sammen.

- 1) ofr. Urth. b. OBG. b. 20. Oft. 1891, Entsch. Bb. XXI S. 1 oben bei V S. 396.
- 9) Die Bestimmung ist daburch erforderlich geworben, daß in benjenigen Gemeinben, beren Berfassung nach Tit. XI b. Ges. v. 14. April 1869 geregelt ist, ein kollegialischer Magistrat nicht besteht und ber an Stelle besselben tretenbe Bürgermeister von Amtswegen als kimmberechtigter Borstenber ber Stadiverorbneten- bezw. Fledenberorbneten-Bersammung fungirt. (Begr. S. 70.)

§. 105. (Oftprovingen.)

Die nach ben vorstehenden Bestimmungen vorzusnehmenden Wahlen 1) erfolgen nach näherer Borschrift bes biesem Gesetze beigefügten Wahlreglements. 2)

- 1) Auch in bem Bablberbanbe ber größeren Grunbbefiger.
- 9) cfr. Anbang.

§. 61. (Hannover.)

§. 62. (Deffen-Raffan.)

Bahlreglement.

§. 49. (Weftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 105.

Bahlreglement.

§. 49. (Rheinproving.)

§. 91. (Schleswig-Bolflein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 105.

Wählbarkeit zum Wahlmanne und zum Kreistagsabgeordneten.

§. 106. (Oftprovingen.)

Mählbar zum Mitgliebe bes Kreistages und beziehungsweise zum Wahlmanne ift:

- 1) im Mahlverbande ber Städte jeder Einwohner ber im Kreise belegenen Städte, welcher sich im Besitze bes Bürgerrechts!) befindet;2)
- 2) in ben Wahlverbänden der größeren Grundbestiger, sowie der Landgemeinden, ein jeder seit einem Jahre in dem Kreise angesessene ländliche Grundbestiger,³) sowie ein Jeder, welcher in einer Berssamklung dieser Berbände ein Wahlrecht ausübt, und seit einem Jahre in dem Kreise einen Wohnstig hat.⁴)

Für die Wählbarkeit zum Wahlmanne und zum Abgeordneten gelten die im §. 96 für die Wahlberechtigung gegebenen Bestimmungen. •)

- 1) Jeber felbfiftanbige Breuße erwirbt bas Bürgerrecht, wenn er feit einem Jahre
- 1) Einwohner bes Stabtbezirles ift und gur Stabtgemeinbe gebort.
 - 2) teine Armenunterftütung aus öffentlichen Mitteln empfangen,

- 3) bie ibn betreffenben Gemeinbeabgaben bezahlt hat unb außerbem
 - 4) entweber
 - a) ein Wohnhaus im Stabtbegirt befitt ober
- b) ein ftehenbes Gewerbe felbfiftanbig als haupterwerbsquelle und in Stäbten bon mehr als 10000 Einwohnern mit wenigstens zwei Gehilfen felbsiständig betreibt ober zur Staatseinsommenfteuer ober zu einem fingirten Normalfteuersatze bon 4 Mart veranlagt ift.
- (cfr. § 5 b. Stäbeorb. für die öfilichen Provinzen der Preußischen Monarchie b. 30. Mai 1853 uub §§ 77 bis 85 des Einkommensteuergeses v. 24. Juni 1891).
- Wirthschaftlich ober ökonomisch-selbsiständige Personen, welche sich im Bestige einer gemietheten, wenn auch mit Möbeln und Gerätischaften des Bermiethers ausgestatteten Wohnung befinden und einem fremden Hausstand nicht angehören, haben einen eigenen Jausstand im Sinne des § 5 d. Städteord. (Urth. d. DBG. v. 8. Okt. 1888, Entich. 9db. XIV S. 171.)
- 2) Der Besth bes Bürgerrechts gilt als befondere Boraussehung ber Mählbarkeit zum Mitgliede bes Kreistages im Wahlberbande ber Städte auch für den Bürgermeister. (Urth. b. OBG. b. 17. Febr. 1879, Entsch. Bb. V S. 11.)
- 9) Einjähriger länblicher Grundbesit ober Ausübung des Wahlrechts im Wahlverbande der größeren Grundbesitzer und der Landgemeinden in Berbindung mit einjährigem Wohnsige im Kreise sind Bedingungen der Wählbarkeit in dem betressenden Wahlverbande. (Urth. b. ONG. v. 19. Dez. 1877, Entsch. 36). II S. 31.)

Für bie ländlichen Grundbefiter ift ber perfonliche Wohnfit im Kreife nicht erforberlich. (Art. 18 Rr. 3 b. Infir. b. 10. März 1873.)

4) Bur Ausübung bes Wahlrechts find befugt die im § 86 letter Absa, §§ 97 und 98 Ar. 8 ber Ard. und §§ 41, 45 ff. ber LGO. b. 8. Juli 1891 bezeichneten Personen, wenn sie seit einem Jahre einen Wohnsit im Kreise haben. (Art. 13 Ar. 3 ber Inftr. v. 10. März 1873.)

Die Bahlbarkeit jum Areistagsabgeordneten erftreckt fich auch auf biejenigen, welche als Stellvertreter in einem Bahlverbande ber größeren Grundbefiger ober ber Landgemeinden ein Bahlrecht ansüben. (Urth. b. OBG. b. 28. Nob. 1879, Entich. Bb. III S. 21.)

5) Staatsbeamte bebürfen zur Uebernahme bes Manbaies als Kreistagsabgeordnete der Genehmigung der vorgeseiten Diensibehörbe nicht, müssen aber behufs Theilnahme an den Kreistagssitzungen rechtzeitig Urlaub nehmen. Dieser Urlaub soll nur ausenhöweise verfagt werden, wenn dies in Umfänden, welche die Erfüllung der dienstlichen Obliegenheiten als durchaus nothwendig erscheinen lassen, seine Rechtsetzigung findet. (Erl. d. Min. d. J. v. 24. Nob. 1873, WBI. S. 94.)

Ueberschrift und §. 62. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 106 mit folgender Aenderung: "1) im Wahlverbande der Städte jeder Einwohner der im Kreise belegenen Städte, welcher sich im Besitze des Bürgerrechtes, beziehungsweise wo Bürgerrecht nicht besteht, des Gemeindestimmrechtes besindet"; und zweiter Absat Allegat: "§. 52".

Die Erweiterung ift erforberlich, weil eine Angahl bem Bahlverbande ber Stäbte angehöriger Gemeinben vorhanden ift, in welchen ein Bürgerrecht nicht besteht.

Neberschrift und §. 63. (Heffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 106 mit folgenber Aenberung: "2) ausübt und seit einem Jahre bem Kreise burch Wohnsitz oder Grundbesitz angehört" und im letzen Absatz Allegat: "§. 53".

Wegen bes Bürgerrechts fiebe § 5 ber Stäbteorb. für ben Regierungsbegirt Wiesbaben v. 8. Juli 1891.

Ueberichrift und §. 50. (Weftfalen.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 106 mit folgenben Aenberungen: 1) "2) in ben Wahlverbänben ber größeren Grundbesitzer, sowie ber Amtsverbänbe ein jeber, seit einem Jahr in bem Kreise angesessene ländsliche Grundbesitzer, sowie ein Jeber, welcher in einer Bersammlung dieser Berbände ein Wahlrecht ausübt und seit einem Jahre in dem Kreise einen Wohnsitz hat, sosern er nicht ein besoldetes Amt bekleibet, welches der Aussicht bes Landrathes untersiellt ist."2)

Absat 2: Für die Wählbarkeit zum Wahlmanne und zum Abgeordneten gelten im Nebrigen die für die Wahls berechtigung gegebenen Bestimmungen. 3)

1) Wegen bes Bürgerrechts fiebe § 5 ber Stäbteorb. v. 19. Marz 1856: berfelbe Wortlaut wie bei I Anm. 1.

9) Die Wählbarkeit ber Beamten ift ausgeschloffen, weil die Abhängigkeit biefer Beamten vom Landrathe eine unbefangene Beurtheilung ber vorkommenden Fragen nicht zulassen, ihr Einfluß auf die ländliche Bevöllkerung ihnen aber die Wahl in den meisten Fällen, in benen sie selbst folche erstrebten, sichern würde. (Begr. S. So.)

In der Proving Westfalen sind die ein besoldetes, der Aufsicht bes Landraths unterstelltes Amt bekleidenden Personen als Einwöhner einer zum Wahlberbande der Städte gehörigen Gemeinde, wenn sie das Bürgerrecht bezw. das Gemeinderecht besitzen, wie zu Kreistagsabgeordneten im Wahlberbande der Städte so auch zu Kreistausschuswisgliedern wählbar. (Urth. d. DBG. v. 18. Juni 1889, Entsch. Bb. XVIII S. 7.)

3) Siehe § 44.

Ueberschrift wie bei I §. 106. §. 50. (Rheinproving.)

Wählbar zum Mitgliebe bes Kreistages und be ziehungsweise zum Wahlmanne ift:

- im Bahlverbande der Städte jeder Einwohner der zum Bahlverbande gehörigen Gemeinden, welcher sich im Besitze des Burgerrechtes!) beziehungsweise des Gemeinderechtes besindet,
- 2) in ben Bahlverbänben ber größeren Grundbefiger sowie ber Landbürgermeistereien ein jeder, seit einem Jahre in dem Kreise angesessene ländliche Grundbesiger, sowie ein Jeder, welcher in einer Bersammlung dieser Berbände ein Bahlrecht aussibt und seit einem Jahre dem Kreise durch Wohnsty oder Grundbesig angehört,2) insosern er nicht ein besoldetes Amt bekleidet, welches der Aufsicht des Landrathes unterstellt ist.

Für die Wählbarkeit zum Wahlmanne und zum Absgeordneten gelten im Uebrigen die für die Wahlberechstigung gegebenen Bestimmungen.3)

- 1) Wegen bes Bürgerrechts fiebe § 5 ber Stäbteorb. für bie Rheinbroving v. 15. Mai 1856.
- 3) Die passive Wahlberechtigung hat insofern eine Erweiterung ersahren, als darnach in dem Wahlberbande der größeren Grundbestiger und der Bürgermeisterein ein Jeder, welcher in einer Bersammlung der genannten Berbände ein Wahlrecht ausübt, seit einem Jahre dem Kreise durch Wohnsty oder Grundbestig angehört, soll gewählt werden können. Diese Anordnung rechtsettigt sich dadurch, daß der Wahlberband der größeren Grundbestiger auf den ganzen Kreis erftrecht worden ist und daß in Folge dessen in Bezug auf die Wählbarteit der städtliche Bestig nicht schlechter gestellt sein kann, als der ländliche.

Auch bier ift die Bestimmung wegen Ausschluffes ber Beamten aufgenommen worben. (Bear. C. 60.)

⁵⁾ cfr. § 44.

Ueberfdrift und &. 92. (Schleswig : Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 106, nur im letten Absat Allegat: ". 82".

Daner ber Bahlperiobe ber Rreistagsabgeorbneten.

§. 107. (Oftprovingen.)

Die Kreistagsabgeordneten werden auf fechs Jahre') gewählt.

Alle brei Jahre scheibet die Hälfte der Abgeordneten eines jeden Wahlverbandes aus und wird durch neue ersest.2) Ift diese Zahl nicht durch 2 theilbar, so scheibet das erste Wal die nächstgrößere Zahl aus. Die das erste Wal Ausscheidenden werden durch das Loos bestimmt, welches der Landrath auf dem Kreistage zu ziehen hat.

- Die Musicheibenben tonnen mieber gemablt merben.3)
- 1) Unter "Jahre" sind Kalenberjahre zu verstehen. Jebes Ralenberjahr, in welchem ein Mitglieb bes Kreistages ober bes Kreisausschusse im Amt gestanben hat, ist als volles Jahr anzusehen. (Erl. b. Min. b. N. v. 26. Jan. 1887.)
- ⁹⁾ Die Borichrift, wonach alle brei Jahre bie Halfte bezw. bie ber Halfte am nächsten kommenbe Zahl ber Abgeorbneten eines Mahlverbandes ausscheibet und burch neue zu erfetzen ift, findet auch bann Anwendung, wenn sich nicht eine bementsprechende Zahl burch Ablauf der sechsichrigen Wahlperiode erlöschender Mandate innerhalb des Wahlberbandes vorfindet.

Diejenigen, welche neben ben bereits 6 Jahre im Amt befindlichen Abgeordneten auszuschieben haben, werden burch bas Loos befilmmt. (Urth. d. OBG. v. 14. Juni 1880, Entsch. Bb. VI S. 70.)

3) Die Wirfung der Wahl eines Kreistagsabgeordneten hört auf mit dem Aufhören einer Bedingung der Wählbarkeit. (Urth, b. OBG, v. 29. Dez. 1877, Entsch. Bb. III S. 35.) Neberschrift und §. 63. (Pannover.)
Neberschrift und §. 64. (Peffen-Raffan.)
Neberschrift und §. 51. (Weftfalen.)
Neberschrift und §. 51. (Rheinprovinz.)
Neberschrift und §. 93. (Schleswig-Polstein.)
Derselbe Wortlaut wie bei I §. 107.

Ergänzungs- und Erfatwahlen ber Rreistagsabgeordneten.

§. 108. (Oftprovingen.)

Die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung bes Kreistages finden alle drei Jahre im Monat November 1) statt, sofern nicht durch stattenmäßige Anordnung seitens des Kreistages ein anderer Termin bestimmt wird. Die Wahlen in dem Berbande der Landgemeinden erfolgen vor 2) den Wahlen in dem Berbande der größeren Grundsbesitzer.

Ergänzungs: und Ersatzwahlen werden von denselben Bahlverbänden, Stadtgemeinden und Bahlbezirken vorgenommen, von denen der Ausscheidende gewählt war.

Wo in städtischen oder ländlichen Wahlbezirken 3) die Wahl von Wahlmännern durch dieses Geset vorgeschrieben ist (§§. 100 und 104), ersolgt dieselbe aufs Reue vor jeder Wahl, mit Ausnahme der Ersatwahlen, 4) bei welchen die früheren Wahlmänner sungiren.

Der Ersatmann bleibt nur bis zum Ende berjenigen sechs Jahre in Thätigkeit, für welche ber Ausgeschiebene gewählt war.

1) Eine Abwelchung ber Borschrift, baß die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung bes Kreistages im Monat November stattsinben sollen, hat nicht nothwendig die Ungültigkeit der Wahlen zur Folge. (Urth. b. OBG. v. 16. Kebr. 1899, Entsch. Bb. XXII S. 1.)

9) Zwischen ben beiben Tagen, an welchen bie Ergänzungswahlen gunächft im Bahlverbande ber Landgemeinden und sodann im Bahlverbande ber größeren Grundbesiter borgenommen werben, muß ein Zeitraum von mindestens 8 Tagen offen bleiben.

Die Einhaltung ber für bas Bahlverfahren vorgeschriebenen Friften ift unerläßliche Boraussehung ber Gultigleit ber Bahlen. (Urth. b. OBG. v. 6. Nob. 1888, Entich. Bb. XVII S. 4.)

- 3) Für die Wahl der Kreistagsabgeordneten im Wahlverbande der größeren Erundbestiger sind biejenigen Ausschlprungsbestimmungen des Ministers des Innern außer Kraft gesetz, welche bis dahin für die Kadung der Wählter, für die Anderaunung des Wahltermins und für das zeitliche Berhältniß zu den Wahlen im Berdande der Landgemeinden neben der gesehlichen Borschrift, daß die letzteren vorder vorzumehmen die Einhaltung gewisser Termine und Fristen anordneten. (Urth. d. OBG. d. 3. Dez. 1889, Entsch. XIX S. 1.)
- 4) Bei ber Ersatwahl für ben Areistagsabgeordneten eines ländlichen Bezirfes fungiren die früheren Wahlmänner weiter und neue Wahlmänner sind nur in den Fällen zu wählen, in denen die früheren Wahlmänner durch Tod, Wegziehen oder auf sonstige Weise ausgeschieden oder Wahlmännerwahlen nicht zu Stande gedommen oder für ungültig erkart worden sind. (Berf. d. Min. d. J. d. 10. Aug. 1877, M.Bl. S. 209.)

Ueberschrift und §. 64. (Sannover.)

Derfelbe Worlaut wie bei I §. 108, nur andere Alles gate: "(§§. 56 unb 60)".

Ueberichrift und §. 65. (Deffen-Raffau.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 108, nur andere Allegate: "(§§. 57 und 61)".

Neberschrift wie bei I. §. 108. §. 52. (Weftfalen.)

Derselbe Wortsaut wie bei I &. 108, nur im ersten Absase statt Landgemeinden "Amtöverbände", im zweiten Absase hinter Stadtgemeinden "und Amtöverbänden" und im dritten Absase andere Allegate: "(§§. 46 und 48)".

Ueberschrift wie bei I §. 108.

§. 52. (Rheinproving)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 108, mur im ersten Absate statt Landgemeinden "Landbürgermeistereien", im zweiten Absate statt und Wahlbezirken "Landbürgermeistereien und Wahlbezirken" und im dritten Absate andere Allegate: "(§§. 46 und 48)".

Neberschrift und §. 94. (Schleswig-Holftein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 108.

Ginführung ber Rreistagsabgeorbneten.

§. 109. (Oftprovingen.)

Die bei ber regelmäßigen Ergänzung neugewählten Kreistagsabgeordneten treten, sofern nicht durch statutarische Anordnung ein anderer Termin bestimmt wird, ihr Amt mit dem Ansange des nächstsolgenden Jahres!) an; die Ausscheidenden bleiben dis zur Sinsührung der neugewählten Mitglieder in Thätigkeit. Die Sinsührung der Gewählten erfolgt durch den Borsigenden des Kreistages.2)

- 1) bes Ralenberjahren; bie bei Erfahmahlen neugemahlten Abgeorbneten fogleich.
 - 3) b. i. ber Banbrath.

Ueberschrift und §. 65. (Pannover.)
Ueberschrift und §. 66. (Peffen-Raffan.)
Ueberschrift und §. 53. (Westfalen.)
Ueberschrift und §. 53. (Rheinproving.)
Ueberschrift und §. 95. (Schleswig-Polstein.)
Derselbe Wortlaut wie bei I §. 109.

Aufstellung von Berzeichniffen ber Bahlberechtigten.

§. 110. (Oftprovingen.)

Für jeben Kreist) werben alle brei Jahre 2), vor jeber neuen Wahl ber Kreistagsabgeorbneten:

- ein Berzeichniß ber zum Wahlverbande ber größeren Grundbestiger gehörigen Grundbestiger, Gewerbtreibenden und Bergwerksbestiger unter Angabe ber in dem §. 86 enthaltenen Merkmale,3)
- 2) ein Berzeichniß der zum Wahlverbande der Landsgemeinden gehörigen Bestiger selbstständiger Gutssbezirke und wahlberechtigten Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer unter Angabe der in den §§. 87, 98 und 99 enthaltenen Merkmale,
- 3) ein Berzeichniß ber Landgemeinden unter Angabe ber Jahl ber von jeder einzelnen Gemeinde oder von den zu einer Kollektivstimme vereinigten Gemeinden zu wählenden Wahlmänner (§§. 100 und 101)

burch ben Kreisausschuß aufgestellt und durch das Kreisblatt, oder, wo ein solches nicht besteht, durch das Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Anträge auf Berichtigung4) bieses Berzeichnisse sind binnen einer Frist von vier Wochen nach Ausgabe des Blattes, durch welches das Berzeichnis veröffentlicht worden ist, dei dem Areisausschuffe anzubringen, welcher darüber beschließt. degen den Beschluß sindet innershalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt.

- 1) Für bie gemäß § 108 b. Ard. vorzunehmenden Bahlen gur Erganzung ber Areistagsabgeordneten wird folgendes bestimmt:
- 1) Zum Zwede ber Borbereitung ber Bahlen find nach ben Borfchriften im § 110 bie Berzeichnisse ber Bahlberechtigten aufzuftellen.
- 2) Die Auffiellung ber Berzeichnisse erfolgt nach ben Bestimmungen ber Art. 1 bis 4 ber Instr. v. 10. März 1873 und ben zu benselben burch Cirkularverstigung von bemselben Tage erlassenen Busatheftimmungen mit folgenber Maßgabe:
- a) Die Aufftellung ber Berzeichnisse bewirkt ber Kreisausschuß (6 110).
- b) Die Beträge ber Erund-, Gebaube- und Gewerbesteuer in ben Berzeichniffen I bis III find in Reichswährung anzugeben.
- o) Den im Art. 2 aufgeführten, von ben Areisabgaben befreiten Biegenschaften treten bie Deichanlagen ber Deichverbanbe und bie im öffentlichen Interesse ftaatlich unter Schau gestellten Privatbeiche bingu.
- d) Die Reihenfolge ber Landgemeinden in dem Berzeichniß III (Art. 4) wird bestimmt nach der, durch die Bollkzählung ermittelten ortsanwesenden Bevöllerung, mit Ausschluß der im aktiven Militärbienst stehenden Beröllerung, S. 84—89 Nr. 1). (Cirk. d. Min. d. J. v. 2. Mai 1888, NVBL. S. 103.)

- *) Die nach § 110 aufgestellten Berzeichnisse gelten für die breijührige Beriode. Die Wählerlisse ift lediglich auf Grund bieses
 Berzeichnisses aufzustellen; eine Eintragung von Personen, die nicht im Berzeichniss stehen, entbehrt der gesetlichen Grundlage. Berichtigungen des Berzeichnisses im Laufe der breifährigen Periode bürfen bei eingetretenen Zuzügen oder Wechsel im Besitze der selbstkändigen Gutsbegirte nicht vorgenommen werden, und es können in Folge bessen die Besitznachsolger eine Zeit lang von dem ihnen an sich gebührenden Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. (Urth. b. DVG. b. 18. Febr. 1882, Entsch. WIII S. 42.)
- 3) Der Fiskus ift bei Aufftellung bes im § 110 Nr. 1 gebachten Berzeichnisse in Bezug auf seinen gesammten, auf bem Lanbe innerhalb bes Kreises belegenen Besit von Domänen, Forsten unb sonstigen kreisabgabepstichtigen fiskalischen Liegenschaften und Gebäuben nur als ein Besitzer zu betrachten. (Instr. b. 10. März 1873, MBC. S. 39.)

Die in bem für brei Jahre aufgestellten Berzeichnisse ber Mitglieber bes Wahlberbandes ber größeren Grundbestiger aufgesührten Wahlberechtigten sind zur Auslidung des aktiben Wahlrechts nicht mehr befugt, wenn nach Abschluß jenes Berzeichnisse im Zaufe ber breijährigen Beriode ihre Eigenschaft als Großgrundbestiger im Kreise in Fortfall gekommen ist. (Urth. d. DBG. b. 2. Juli 1888, Entich. Bb. XVI S. 1.)

4) Benn Anträge auf Berichtigung ber Berzeichnisse ber Wahlberechtigten nicht eingegangen ober bie gestellten Anträge bom Kreisausschusse berücksichtigt, ober bie Rlage gegen bie Beschlüsse bes Areisausschusses enhaltlig entschieben, ober bie Klageanträge ber Art sind, baß nach ber Ansicht bes Kreisausschusses bie Entscheibungen bes Bezirtsausschusses besw. Oberverwaltungsgerichts, auch wenn sie ben Rlageanträgen entsprechen sollten, die Bertheilung der Abgeordneten auf die Wahlberbände, Wahlbezirke und Siddte nicht beeinsussen wurden, hat der Landrath ebent. nach Revision der Vorjaläge durch den Kreisausschus einen Kreistag zur Ausstellung des Bertheilungsplanes nach §§ 111 und 112 anzuberaumen.

In bem Ginlabungsforeiben, welchem bie Borfolage bes

Kreisausschusses beizufügen find, ist mitzuthellen, welche Klagen bezüglich ber Feststellung ber Berzeichnisse ber Wahlberechtigten noch schweben. (Cirk. v. 2. Mai 1888, MBs. S. 103.)

Der Einwand der ros judicata darf aus einem zur Berichtigung des Berzeichnisses ergangenen Erkenntnisse bei Anfechtung des sir eine spätere neue Wahl aufgestellten Berzeichnisse nicht erhoben werden, bezw. ist nicht durchgreisend. (Urth. d. OBC. v. 13. OR. 1876, Entsch. Sb. 1 C. 102.)

- 3) Der Befchluß gehört zu ben in Kreistommunalangelegenheiten gesaften Beschlüssen bes § 178 b. Krd. (Urth. b. OBG. v. 11. Juni 1883, Entsch. Bb. X S. 44.)
- 9) Rach Ablauf ber Friften bezw. nach Erledigung ber gegen bie Berzeichnisse erhobenen Anträge ober nach Entschiung ber Rlagen und Berufungen, welche gegen biese Berzeichnisse ober gegen bie vom Arelstage bewirtten Bertheilungen und Feststellungen angebracht worben sind, sowie nach event. vorheriger Berichtigung ber Berzeichnisse und Bertheilungspläne burch ben Areisausschuß zur Bollziehung der Ergänzungs- bezw. Neuwahlen zum Areistage zu schreiten und zwar:
- a) im Bahlverband ber größeren Grundbefiger feitens aller Bablberechtigten.
- b) in den Wahlverbänden der Landgemeinden und Städte seitens derjenigen Wahlbezirke und Städte, welche nach der Feststellung des Kreisinges bezw. nach der Entscheidung des Königl. Oberverwaltungsgerichts Ergänzungs- bezw. Neuwahlen vorzunehmen haben. (CirtBerf. v. 21. Juli 1876, MBI. S. 223, und d. 2. MbI. S. 103.)

Eine Ergänzung ber nach § 110 b. Ard. aufzusiellenben Berzeichnisse ber Wahlberechtigten aus Anlaß ber innerhalb ber breisährigen Periode borzunehmenben Ersatwahlen ift nicht statthaft. (Erl. b. Min. b. J. v. 25. März 1882, MBI. S. 83.)

Ueberschrift und S. 66. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 110, nur andere Allegate: 1) "§. 42", 2) "§§. 43, 54 und 55", 3) "(§§. 56 und 57)".

Der Alage gegenüber, daß bas Berzeiciniß der Wahlberechtigten mittels Abichung eines barin Aufgenommenen berichtigt worden, ift nicht ber Aufgenommene, sondern nur der Kreisausschuß passibereitimirt. (Urth. d. DBG. d. 2. Robember 1888, Entsch. Bb. XVII S. 24.)

Ueberichrift und §. 67. (Deffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 110, nur andere Alles gate: 1) "§. 43", 2) "§§. 44, 55 und 56", 3) "(§§. 57 und 58)".

Aufftellung von Bergeichniffen ber Bahlberechtigten.

§. 54. (Weftfalen.)

Für jeben Kreis wird alle brei Jahre vor jeder neuen Mahl der Kreistagsabgeordneten ein Berzeichniß der zum Mahlverbande der größeren Grundbesitzer gehörigen Grundbesitzer, Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer unter Angabe der in dem §. 35 enthaltenen Merkmale durch den Kreisausschuß ausgestellt und durch das Kreissblatt u. s. w. berselde Mortlaut wie dei I §. 110.

Ueberschrift und §. 54. (Rheinproving.) Derselbe Wortlaut wie bei IV §. 54.

Ueberschrift und S. 96. (Schleswig-Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 110, nur andere Allegate: 1) "§. 72", 2) "§§. 73, 84 und 85", 3) "(§§. 86 und 87)".

Aufstellung bes Bertheilungsplanes.

§. 111. (Oftprovingen.)

i

Die Bertheilung ber Rreistagsabgeorbneten auf bie

einzelnen Wahlverbände (§§. 89 und 90), die Bildung von Wahlbezirken für die Landgemeinden und die zum Bersbande derselben gehörigen selbstständigen Gutsbezirke, Gewerbtreibenden und Bergwerksbesiger, sowie die Berstheilung der Abgeordneten der Landgemeinden auf diesselben (§. 91), ingleichen die Bertheilung der ftädtischen Abgeordneten auf die einzelnen Städte, beziehungsweise die Bildung von Städtewahlbezirken (§. 92), ersolgt auf den Borschlag des Kreise beziehungsweise durch den Kreistag, und ist durch das Kreise beziehungsweise Amtsblatt zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Der Rreisausichuß bat bie geeigneten Borfclage über

bie Bertheilung ber Areistagsabgeorbneten auf bie einzelnen Bablverbanbe,

bie Bilbung von Wahlbegirten für die Landgemeinden und die gum Berbande berfelben gehörigen selbsiftanbigen Gutsbegirte, Gewerbtreibende und Bergwertsbesitzer,

bie Bertheilung ber Abgeordneten auf die einzelnen Stabte, begiehungsweise die Bilbung von Stabtemahlbegirken

auszuarbeiten, und ber Kreistag erlebigt bann bie Gefchäfte nach Art. 5, 6, 7 ber Inftr. v. 10. März 1873, ben CirtBerf. v. 1. Mai und 21. Juli 1876 und 2. Mai 1888. (cfr. zu § 112.)

Ueberschrift und §. 67. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 111, nur andere Alles gate: "(§§. 45 und 46)", "(§. 47)", "(§. 48)".

Ueberschrift und S. 68. (Deffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 111, nur andere Allegate: "(§§. 46 und 47)", "(§. 48)", "(§. 49)".

Aufftellung bes Bertheilungsplanes.

S. 55. (Weftfalen.)

Die Bertheilung ber Kreistagsabgeordneten auf die einzelnen Wahlverbände (§§. 38 und 39), die Bilbung von Wahlbezirken der Städte und der Amisverbände (§. 40), ingleichen die Bertheilung der städtischen Abgesordneten auf die einzelnen Städte, Amisverbände und Wahlbezirke (§. 40), erfolgt auf den Borschlag des Kreissausschusses durch den Kreistag und ist durch das Kreisbeziehungsweise Amisdlatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Ueberschrift und §. 55. (Mheinproving.) Derselbe Wortlaut wie bei IV, nur statt Amisvers bände "Landbürgermeistereien".

Ueberschrift und §. 97. (Schleswig-Holfrein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 111, nur andere Alles gate: "(§§. 75 und 76)", "(§. 77)", "(§. 78)".

§. 112. (Oftprovingen.)

Die nach ben Borschriften bes §. 111 festgestellte Bertheilung ') ber Abgeordneten bleibt das erste Mal für brei Jahre, sodann für einen Zeitraum von je zwölf Zahren maßgebend. Nach bessen Ablauf wird sie durch ben Kreisausschuß einer Revision unterworsen und der Beschluß bes Kreistages über die etwa nach Maßgabe der Borschriften der §§. 84, 89 bis 93 nothwendigen Absänderungen eingeholt. In der Zwischenzeit') erfolgt eine Revision nur: 3)

- 1) wenn die Jahl der Städte des Kreises sich versmehrt oder vermindert, oder wenn eine Stadt in Gemäßheit des §. 4 aus dem Kreisverbande aussscheidet. In diesen Fällen4) ist alsbald eine anderweite Bertheilung der Abgeordneten auf die einzelnen Wahlverbände und eine Reuwahl sämmtslicher Kreistagsabgeordneten4) vorzunehmen;
- 2) wenn die Zahl der Berechtigten in dem Verbande der größeren Grundbesitzer sich dergestalt vermehrt oder vermindert, daß nach § 90 die Zahl der diesem Verbande zukommenden Abgeordneten eine größere oder geringere wird, als dei der letzten Vertheilung. In diesem Falle ist vor den nächsten regelmäßigen Ergänzungswahlen (§ 108) von dem Kreistage eine Verichtigung des Vertheilungsplans vorzunehmen und sind sodann nach diesem berichtigten Vertheilungsplan die ersorderlichen Ergänzungs beziehungsweise Reuwahlen zu vollzziehen.
- 1) Der Areistag erlebigt bie ibm nach §§ 111 unb 112 obliegenben Gefcafte in folgenber Reihenfolge:
- 1) Der Kreistag vertheilt bie bem Kreise nach ber letten Bolksählung gustehenbe Anzahl von Kreistagsabgeordneten auf die einzelnen Wahlverbände nach Maßgabe des Art. 5 d. Instr. v. 10. März 1873 und der Zusatbestimmungen der CirkBerf. von demfelben Tage.
- 2) Der Kreistag bilbet die Wahlbezirke für den Wahlberband der Landgemeinde und vertheilt die Abgeordneten ihrer Zahl nach auf die einzelnen Wahlbezirke nach Maßgade des Art. 6 Kr. 1 bis 3 und Rr. 6 d. Instr. und der Zusahlbestimmungen der Cirkularderfügung.

- 3) Der Kreistag vertheilt bie von bem Wahlberbande ber Stäbte ju wählenben Abgeordneten auf die einzelnen Stäbte und bilbet die Stäbtewahlbezirte nach Maßgabe bes Art. 7 b. Inftr. und ber Bujatbestimmungen ber Cirtularberfügung.
- 4) Der Rreistag bertheilt bie am 1. Jan. t. J. nicht aussicheiben Kreistagsabgeorbneten aus bem Bahlbestranbe ber Banbgemeinden auf die gemäß Nr. 2 gebilbeten Wahlbesirte in ber Art, daß die neuen Wahlbesirte an die Stelle berjenigen früheren Bahlbezirte ireten, welchen sie nach der Seelengahl der in den neuen Wahlbezirten berbliebenen Ortichaften der früheren Wahlbezirte am meiften entsprechen. Ebentuell entschelbet zwischen den bei der Bertheilung der einzelnen Abgeordneten in Frage tommenben Wahlbezirten das Loos, welchen Wahlbezirten die einzelnen nicht ausschiedenn Abgeordneten als Bertreier zu überweisen sind
- 5) Wird bei der Bertheilung gemäß Rr. 3 ein früherer Städtewahlbesirf aufgelöft und scheidet der Abgeordnete besselsten am
 1. Jan. k. J. aus dem Kreistage nicht aus, so wird derselben am
 1. Jan. k. J. aus dem Kreistage nicht aus, so wird derselbe als
 Mögeordneter berjenigen Stadt überwiesen, in welcher er seinen
 Wohnsis hat. Eventuell entschet das Loos darüber, sin welche
 Stadt derselbe als Abgeordneter weiter sungiren soll. Sollte nach
 der gemäß Rr. 3 vorzunehmenden Bertheilung die auf eine Stadt
 oder auf einen Städtewahlbezirf entsallende Anzahl von Abgeordneten geringer sein als früher, gleichwohl aber von den für diese
 Stadt oder Städtewahlbezirf nach der früheren Bertheilung am
 1. Jan. k. J. seiner ausscheiden, so sind bei überzähligen Abgeordneten benjenigen Städten bezw. Städtewahlbezirken als Bertreter
 zu überweisen, welche, nach der Zahl ber zu wählenden Abgeordneten
 berechnet, in ihrer Bevöllerungszisser den übrigen Städten und
 Städtewahlbezirken nachkeben.
- 6) Auf Grund biefer Bertheilungen stellt ber Kreistag bie Zahl berjenigen Abgeordneten fest, welche ein jeder Wahlverband nach § 108 bei der Wahl im Nob. d. J. bezw. in dem durch Kreisskatut anderweitig festgeseten Zeitabschnitt zu wählen hat. Die Zahl wird gefunden aus der Differenz der nach Kr. 1 ermittelten Anzahl der dem Kreise zustehenden Abgeordneten und der Anzahl der am I. I. nicht ausschehen Kreistansabsaberbneten.

١

Ferner bezeichnet ber Areistag biejenigen Bahlbezirke und Stäbte, welche nach Nr. 4 u. 5 bie Ergänzungswahlen bezw. soweit bie Zahl ber Areistagsabgeordneten nach ber neuen Bertheilung vermehrt worden ift, die Neuwahlen zu vollziehen haben.

- 7) Rach Maßgabe dieser Berthellungen und Feststellungen stellt ber Kreistag nach Art. 6 kr. 7 und Art. 7 kr. 5 das Berzeichniß IV der Wahlbezirke der Landgemeinden 2c. und das Berzeichniß V der Städtewahlbezirke auf.
- 8) Die nach Rr. 1 bis 7 erforberlichen Bertheilungen erfolgen nach ber burch die Bolfszählung ermittelten ortsanwesenben Civilbebolferung.

Die hierüber vom Königlichen ftatiftischen Bureau veröffentlichten Zahlen find überall maßgebenb. (Cirk. v. 2. Mai 1888, MBC. S. 103.)

- 2) b. h. innerhalb bes Zeitraumes von 12 Jahren.
- 3) Rur bie beiben Falle gu 1 unb 2 geben bie Möglichkeit ber Rebifion.
- 4) nämlich, wenn bie Zahl ber Stäbte bes Areises fich vermehrt ober verminbert, ober wenn eine Stabt aus bem Areisverbande ausicheibet.
- 5) Das Ausscheiben einer Stadt aus bem Areisverbande hat die Neuwahl ber Areisdeputirten, sowie ber Mitglieder ber Areiskommission und bes Areisausschusses nicht zur Folge. (MR. v. 23. Dez. 1876).
- 9) Neuwahl sämmtlicher Areistagsabgeordneten, welche alle drei Nahre stattfindet.

§. 68. (Hannover.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 112, nur andere Allegate: "§. 67", "§§. 40, 45 bis 49", "§§. 45, 46", (§. 64)".

§. 69. (Beffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 112, nur andere Allegate: "§. 68", "§§. 41, 46 bis 50", "§§. 46, 47", "(§. 65)".

§. 56. (28eftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 112 erfter Absatund Nr. 1, nur andere Allegate: "§. 55", "§§. 33, 38 bis 41."

2) wenn die Zahl ber Amtsverbände des Kreises sich vermehrt oder vermindert, sowie, wenn die Zahl der Berechtigten in dem Berbande der größeren Grundbesiter u. s. w. —

wie bei I §. 112 nur andere Allegate: "§§. 38, 39", "(§. 52)".

§. 56. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei IV §. 56, nur ftatt Amtsverbände "Landbürgermeistereien".

§. 98. (Schleswig-Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 112, nur andere Allegate: "§. 97", "§§. 70, 75 bis 79", "§. 76", "(§. 94)".

S. 112a. (Oftprovingen.)

Gegen die von dem Kreistage gemäß §§. 111 und 112 wegen Bertheilung der Kreistagsabgeordneten gesfasten Beschlüsse1) steht den Betheiligten2) innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Ausgabe des Blattes2), durch welches die Bertheilung bekannt gemacht worden ist, die Klage bei dem Bezirksausschusse zu.

Gegen die Endurtheile des Bezirksausschusses findet sowohl in diesen, wie in den Fällen des §. 110 Absat 23) nur das Rechtsmittel der Revision statt.

1) Der Kreistag ift nicht berechtigt, bei Prüfung ber Legitimation seiner Mitglieber auch noch bie bem eigentlichen Wahlbersahren vorangehenben, dasselbe vorbereitenben Afte, insbesondere die Bertheilung der fädtischen Kreistagsachgeordneten auf die einzelnen Städte, nachdem einmal diese Afte bereits früher zu formell forreitem Stödlusse gelangt sind, in sachlicher Beziehung zu prüfen und darüber Beschlusz zu fassen. (Urth. b. OBG. v. 7. Aug. 1879, Entsch. Bd. V S. 20.)

Der Umstand, daß ein Beschliß auch die berufene Behörde hätte angesochten werden können, bildet für den Berwaltungsrichter kein hinderniß, ihn seinerseits einer Krüsung auch auf Antrag des Einzelnen zu unterwersen, und, salls der Beschluß gesehwidig beseinnden wird, die Wirtung besselben sir denkeine Fall zu beseitigen, es sei denn, daß das Geseh für einzelne Fäll etwas Anderes bestimmt, insbesondere für gewisse behördliche Atte ein besonderes, die Rachrüfung regelndes Bersahren vorgeschrieben und nachdem dasselbe zum Abschlusse gebiehen ist, das Resultat als eine unaniastore Grundlage hingesellt hat, auf welcher weiter zu bauen ist. Dergleichen Borschriften sinden sich gerade auf dem Erbiete der Wahlen mehrsach. (Urth. d. DBG. d. 14. März 1890, Snith. Bb. XIX. S. 136.)

9) Unter ben "Betheiligten" find nicht die fammtlichen Areisangehörigen zu verstehen, sondern die bei der Bertheilung der Abgeordneten Betheiligten, d. h. die Alageberechtigung kann nur da gefordert und zugestanden werden, wo sie zur Beseitigung eines Eingriffes in schieder Bechte des Alageprätendenten führen kann und soll, was wieder zur Boraussehung hat, daß ein solcher Eingriff vorllegt.

Der Cinwand mangelnder Alagelegitimation gegenüber einzelnen bon mehreren Streitgenossen bei untheilbarem Streitgegenstande ist nicht durchgreifend. (Urth. d. OBC. d. 25. Sept. 1888, Entsch. Bb. XVII S. 8.)

*) bes Rreis- begin. Amisblattes.

Das find bie Befchluffe über Antrage auf Berichtigung ber Bergeldniffe.

§. 69. (Dannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 112a, nur andere Allegate: "§§. 67 und 68" und "§. 66 Abfat 2".

§. 70. (Deffen-Raffau.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 112a, nur andere Allegate: "§§. 68 und 69" und "§. 67 Absatz".

§. 57. (Weftfalen.)

§. 57. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 112a, nur andere Allegate: "§§. 55 und 56" und "§. 54 Absatz 2".

§. 99. (Schleswig-Polftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I § 112a, nur andere Megate: "§§. 97 und 98" und "§. 96 Abfat 2".

Entfcheibung über bie Gültigfeit ber Bahlen ber Rreistagsabgeorbneten.

§. 113. (Oftprovingen.)

Gegen bas zum Zwede ber Wahl ber Kreistagsabsgeordneten stattgehabte Wahlversahren i kann jedes Mitzglied einer Wahlversammlung 2) innerhalb zwei Wochen Sinspruch bei dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes erzheben. Die Beschluftassung über den Sinspruch, über welchen die Betheiligten vorab zu hören sind, steht dem Kreistage zu. 2)

Im Uebrigen prüft ber Kreistag bie Legitimation seiner Mitglieber von Amtswegen und beschließt barüber. Jebe Wahl verliert bauernd ober vorlibergehend ihre Wirkung, wenn sich ergiebt, daß die für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen nicht vorhanden gewesen sind, ober wenn diese Bedingungen gänzlich ober zeitweise aushören. Der Kreistag hat darüber zu beschließen, ob einer dieser Fälle eingetreten ist.

Gegen bie nach Raßgabe ber vorstehenben Bestimmungen gesaßten Beschlüsse sindet innerhalb zwei Bochen bie Klage bei dem Bezirksausschuffe statt. Die Klage hat teine aufschiebende Wirkung; jedoch bürfen bis zur rechtskräftigen Entscheidung Ersahwahlen nicht stattsinden.

Für bas Streitverfahren kann ber Kreistag einen bes sonberen Bertreter bestellen.

Die Namen ber Gewählten sind burch bas Kreiss bes ziehungsweise Amtsblatt bekannt zu machen.

1) Die Wahl zum Areistagsabgeordneten darf von einem Areisangehörigen (d. h. bemjenigen, welcher innerhalb des Areifes einen Wohnfitz hat), nur aus den im § 8 biefes Gefetzes angegebenen Gründen abgelehnt werden.

Lehnt ein Gewählter die Wahl ab und bleibt ungeachtet des himseises auf die Folgen einer ungerechtfertigten Ablehnung bei dieser Erkärung stehen, so ift, wenn die Erkärung im Wahltermin selbst erfolgt, von dem Wahlvorsieher sofort die Bornahme einer anderweiten Wahl zu veranlassen. Erfolgt die Ablehnung später, so ordnet der Landrath eine Neuwahl an. (Art. 13 d. Justr. v. 10. März 1873.)

2) Als Mitglieb einer Wahlversammlung ift Jeber anzusehen, welcher sich an ber Wahl, sei es in Person, sei es burch einen Stellvertreter, betheiligt hat. Es sind barunter ferner diesenigen zu verstehen, welche nach bestehendem Rechte einen Anspruch aus Bebelinahme an ben Wahlen haben; es muß Jebem der Rachweis ber entsprechenden Berechtigung im Verwaltungsfreitversaften ge-

ftattet fein, um fich gur Erhebung bes Einspruches gu legitimiren. (Urth. b. DBG. b. 8. Marg 1881, II. Sen. Rr. 373.)

Bu ben Mitgliebern einer Wahlversammlung gehört ein Jeber, welcher sich an ber Wahlversammlung sei es in Person, sei es, wo bies zulässig, durch einen Stellvertreter betheiligt hat; die Mitgliebschaft, welche solchergestalt seitens der erschienenen oder vorschriftsmäßig vertretenen Personlichseiten erworden worden ist, wird nicht dadurch eiwa wieder verloren, daß dem Betheiligten das Mitstimmen seitens des Wahlvorstandes demnächt versagt wird. (Urth. d. OBS. d. 7. Kebr. 1893. Entich. Bb. XXIV S. 23.)

- 3) Daraus, daß die Betheiligten nicht vorab gehört find, kann eine Aufhebung des Kreistagsbeichlusses nicht gefolgert werden. (Urth. d. OBG. v. 7. Sept. 1886, bezw. 25. Febr. 1886, Entsch. Bb. XIV S. 41.)
- 4) Der Kreistag ift zuständig, die Legitimation der aus den regelmäßigen Ergänzungswahlen hervorgegangenen Mitglieder vor seiner Ergänzung durch deren Eintritt zu prüfen. (Urth. d. OBC. v. 19. Dez. 1877, Entsch. Bd. III S. 31.)

Unter Mitgliebern bes Areistages können nur diejenigen verstanden werden, welche bis zur Brüfung ihrer Legitimation als einstweilen berechtigt zu Sitz und Stimme im Areistage anzusehen sind. Aur auf diese Mitglieber tann die dem Areistage zustehende Legitimationsprüfung sich erstrecken und das Ergebniß nur darb bestehen, daß die Wahl des derrefenden Mitgliebes für güttig ober ungültig erstärt wird. In beiden Fällen ist hiermit die Legitimationsprüfung beendet. Insbesondere ist im letzteren Falle die Einberusung eines anderen Mitgliebes, welches nach der Ansicht des Areistages sür gewählt hätte erstärt werden sollen, nicht zuläsig; vielmehr muß die Anordnung einer Reuwahl erfolgen. (Urth. d. DBG. b. 10. Kod. 1877, Entsch. Bb. III S. 17, und vom 24. Febr. 1881, Entsch. Bb. VII S. 94.)

Ein bestimmter Zeitpunkt für die die Legitimation seiner Mitglieber betreffende Prüfung und Beichluffassung des Kreistages und die Beziehung eines solchen Beschlusses auf die Wahlmännerwahl ift nicht vorgeschrieben. (Urth. d. DBG. v. 14. Dez. 1885, Entich. Bb. XII S. 18.)

Der Areistag ift hauptbellagter in dem gegen feine Beichluffe, betreffend die Gultigleit von Abgeordnetenwahlen, anhängig geworbenen Streitverfabren.

Bei Feststellung bes Wahlergebnisses Ermittelungen barüber anzustellen, in welchem Sinne der einzelne Wähler gestimmt hat, ift gesehlich unzulässig. (Urth. b. OBG. v. 25. März 1886, Entsch. Bb. XIII S. 29.)

Die Klage steht benjenigen zu, welche Einspruch erhoben hatten, sowie benjenigen, beren Wahl für ungültig erklärt worden ist, nicht aber allgemein den einzelnen in der Minorität verbliebenen Mitgliebern des Kreistages als solchen. (Urth. b. OBG. v. 13. Oft. 1877, Entsch. Wh. III S. 7.)

Wenn Gewählte die auf fie gefallene Wahl zu Areistagsmitgliedern angenommen haben, dann bei der Beschluffaffung des Areistages selbst für die Ungültigkeit ihrer Wahlen gestimmt haben, so ist ihnen doch das Recht, den Areistagsbeschluß im Wege der Klage anzusechten und die Gültigkeit ihrer Wahlen zu verlangen, nicht durch § 113 beschränkt. (Urth. d. DBG. d. 17. Mai 1883, Entsch. Bd. X S. 24.)

Die burch Beschluß bes Kreistages ausgesprochene Ungültigkeit ber Wahl eines Abgeordneten gegenüber dem an die Berwaltungsgerichte gebrachten Antrage des Gewählten, die Wahl für gültig zu erklären, kann im Streitversahren auch auf einen Ahatbestand gestützt werden, welcher nicht Gegenstand der Beschlußfassung des Kreistages gewesen ist. (Urih. d. DBG. v. 4. Sept. 1882, Entsch. 3d. 1X S. 15.)

Die Entscheidung auf die Rlage hat dahin zu ergehen, ob die Wahl gültig ober ungültig ist und kann sich daher nicht auf Ausbebung des angesochtenen Beschlusses beschränken. (Urth. d. DBG. d. 7. Sept. 1886, Entsch. Bb. XIV S. 41.)

Ueberschrift und §. 70. (Saunsver.)

Ueberschrift und §. 71. (Seffen-Raffau.)

Ueberschrift und §. 58. (Westfalen.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 113.

Ueberschrift und §. 58. (Rheinproving.) Ueberschrift und §. 100. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 113.

§. 114. (Oftprovingen.)

Die Areistagsabgeordneten erhalten weber Diaten noch Reisetoften.

b. h. sie erhalten aus ber Areistasse weber Diäten noch Reisetosten, bagegen wird es ihren Kommittenten freistehen, 3. B. den Stadtgemeinden, ihren Abgeordneten Diäten und Reisekosten zu bewilligen. (Sten.B. pro 1871 S. 1475.)

§. 71. (Pannover.)

§. 72. (Deffen-Raffan.)

§. 59. (Weftfalen.)

§. 59. (Rheinproving.)

§. 101. (Schleswig-Polstein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I & 114.

3meiter Abichnitt.

Non den Nerfammlungen und Geschäften des Areistages.

Gefdafte bes Rreistages.

a. Im Allgemeinen.

§. 115. (Oftprovingen.)

Der Kreistag ift berufen, ben Kreistommunalverband zu vertreten,') über die Kreisangelegenheiten nach näherer Borschrift dieses Gesetzes, sowie über diejenigen Gegenstände zu berathen und zu beschließen, welche ihm zu biesem Behufe durch Gesetze oder Königliche Berordnungen überwiesen sind oder in Zukunft durch Gesetze) überswiesen werden.

- 1) cfr. § 2 und bie Anmertungen bagu.
- 9) Nur burch Gefet, nicht auch ferner burch Königliche Berordnungen.

Ueberschrift und §. 72. (Hannover.)

lleberschrift und §. 73. (Deffen-Raffan.)

Ueberschrift und §. 60. (Westfalen.)

Ueberschrift und §. 60. (Rheinproving.)

Neberschrift und §. 102. (Schleswig-holstein.) Derselbe Wortlaut wie bei I & 115.

b. 3m Befonderen.

§. 116. (Oftprovingen.)

Insbesondere ift ber Rreistag befugt:

- 1) nach Maßgabe bes §. 20 statutarische!) und regles mentarische Anordnungen zu treffen;
- 2) zu bestimmen, in welcher Weise Staatsprästationen, welche treisweise aufzubringen find, und beren Aufbringungsweise nicht schon durch das Geset vorgeschrieben ist. revartirt werden sollen.2)

Bei ber Bestimmung in §. 5 Rr. 3 bes Gesetzes wegen ber Kriegsleistungen 2) vom 11. Mai 1851 (Gesetz-Samml. S. 362) behält es sein Bewenden; 4) 3) Ausgaben b) zur Erfüllung einer Berpflichtung ober im Interesse bes Kreises zu beschließen, und zu biesem Behufe

über bas bem Kreise gehörige Grunds bes ziehungsweise Rapitalvermögen zu versügen, Anleihen aufzunehmen und die Kreisanges hörigen mit Kreisabgaben zu belasten;

- 4) innerhalb ber Borschriften ber §§. 10 bis 18 ben Bertheilungs- und Ausbringungsmaßstab ber Kreisabgaben zu beschließen; •)
- 5) ben Kreishaushalts Etat festzustellen und himsichtlich ber Jahresrechnung Decharge zu ertheilen (§§. 127 und 129);
- 6) bie Grundsätz festzustellen, nach welchen die Bers waltung des dem Kreise gehörigen Grund- und Kapitalvermögens, sowie der Kreiseinrichtungen und Anstalten zu ersolgen hat;
- 7) bie Ginrichtung von Rreisämtern zu beschließen, bie Bahl und Besolbung ber Rreisbeamten zu bes ftimmen: 7)
- 8) bie Wahlen zum Kreisausschuffe (§. 130) und zu ben burch bas Geset für Iwede ber allgemeinen Landesverwaltung angeordneten Kommissionen b zu vollziehen, sowie besondere Kommissionen und Kommissare für Kreiszwede zu bestellen (§. 167).

Für die Bollziehung dieser Wahlen gelten die Borschriften des diesem Gesets beigefügten Reglements. Gegen das stattgehabte Wahlversahren kann jedes Mitglied des Kreistages dis zum

werben. (Erl. b. Min. b. J. und ber öffentlichen Arbeiten v. 4 Aug. 1880, MBI. S. 272.)

- *) Der Kreistag ist befugt, über ben Fortbestand und bie Zusammensehung einer treisständischen (Armen-) Rommission insbesondere dahin Beschlüß zu fassen, daß nach Einsührung der KrD. v. 13. Dez. 1872 die mittels älterer Bestimmung einer solchen Rommission überwiesenen treiskommunalen Geschäfte fortan von dem Kreisausschusse wahrgenommen werden sollen. (Urth. d. OBG. v. 17. April 1879, Entsch. 28.)
- 9) Rach § 61 ber Ard. für die Rheinprovinz entschebet, falls ein Einspruch gegen die in diesem Paragraphen vorgeschenen Wahlen erhoben wird, der Areistag selbst endgültig darüber, welcher auch nicht als gewöhnliche Areisversammlung, sondern als besonders konstituirte Wahlversammlung die Wahl dethätigt hat. (Urth. d. OBG. v. 6. Rod. 1888, Entsch. Bd. XVII S. 1.)

Ueberschrift und §. 73. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bet I §. 116, nur andere Alles gate: Rr. 5) "(§§. 83 und 86)", Rr. 8) "(§. 87)", "(§. 99)", Rr. 10) "(§. 72)".

Ueberfdrift und S. 74. (Seffen-Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 116, nur andere Alles gate: Nr. 5) "(§§. 84 und 87)", Nr. 8) "(§. 88)", "(§. 100)", Nr. 10) "(§. 73)".

Ueberschrift und §. 61. (Weftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 116, nur andere Alles gate: Rr. 5) "(§§. 71 und 74)", Rr. 8) "(§. 75)", "(§. 87)", Rr. 10) "(§. 60)".

Ueberichrift und §. 61. (Rheinproving.)

Derselbe Wortlaut wie bei I &. 116, Allegate wie bei IV. & 61.

Ueberschrift und §. 103. (Schleswig-Holftein.)

Derfelbe Bortlaut wie bei I §. 116, nur andere Alles gate: Rr. 5) "(§§. 114 und 117)", Rr. 8) "(§ 118)", "(§. 130)", Rr. 10) "(§. 102)".

Berfügung über Fonds einzelner Rreistheile.

S. 117. (Oftprovingen.)

Ueber Fonds, welche ber Gesammtheit bes platten Lanbes ober ber Stäbte gehören, sieht ben Kreistagsabgeordneten bes platten Lanbes beziehungsweise ber Stäbte bie Berfügung allein zu.

Insbesonbere haben über biejenigen Fonds, welche in ber Rur- und Neumark Brandenburg!) aus den Kontributionsüberschüffen angesammelt sind, die Kreistagsabgeordneten des platten Landes allein zu verfügen.2)

1) In ben Kreisen ber Kur- und Reumart Branbenburg sind aus den nach Abführung des Kontingents an die Staatskasse verbliebenen Ueberschüften der Kontribution, welche von den kontribuablen Einwohnern des platten Landes zu entrichten waren, besondere Fonds angesammelt, über welche bisher den Kreiskünden des ersten und britten Standes nach Maßgade eines durch die Allerh, Ord. d. 16. Juli 1838 genehmigten Regulativs d. 30. Juni 1838 die Verfügung zustand.

Da ben Städten kein Miteigenthum an diesen Fonds zufieht, so wird beren Bertretern auf dem Kreistage auch eine Mitbisposition nicht eingeräumt werden können, die ausschlichliche Olsposition vielemehr in den Sänden der Bertreter des platten Landes verbleiben

muffen. Im Uebrigen werben biefe Fonds fortan nach benselben gesetzlichen Borschriften zu behandeln sein, welche im gegenwärtigen Gesetze für das Kreisbermögen überhaupt vorgesehen sind, und erscheint die fernere Beibehaltung der Bestimmungen b. Regl. v. 20. Juni 1838 entbehrlich. (Begr. 1869 S. 434.)

2) Ob auch bie Rittergutsbefitzer mit zu ben kontribuablen Einwohnern gerechnet werben können, ift zweifelhaft. (Sten&). pro 1871/72 S. 1462.)

Ueberschrift und §. 104. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 117 Absatz 1.

Bernfung bes Areistags und Leitung ber Berhandlungen auf bemfelben.

§. 118. (Oftprovingen.)

Der Landrath 1) beruft die Kreistagsabgeordneten zum Kreistage durch besondere Sinladungsschreiben, unter Angabe der zu verhandelnden Gegenstände, sührt auf demsselben den Borsis, leitet die Berhandlungen2) und handshabt die Ordnung in der Bersamlung. In Behinderungssfällen3) übernimmt der dem Diensts beziehungsweise Lebensalter nach älteste anwesende Kreisdeputirte den Borsis.

Mit Ausnahme bringenber Fälle, in welchen die Frist bis zu 3 Kagen abgekürzt werden darf, muß die Sinladung sämmtlichen Kreistagsabgeordneten mindestens 14 Kage vorher zugestellt werden. Gegenstände, die nicht in die Sinladung zum Kreistage aufgenommen sind, können zwar zur Berathung gelangen, die Fassung eines bindenben Beschluffes über bieselben barf jedoch erft auf bem nächften Kreistage erfolgen.

Anträge von Kreistagsabgeorbneten auf Berathung einzelner Segenstände sind bei dem Landrathe anzusdringen und in die Sinladung zum nächsten Kreistage aufzunehmen, insofern sie vor Srlaß der Sinladungssschreiben eingehen. Der Landrath ist verpflichtet, jährlich wenigstens zwei Kreistage anzuberaumen, außerdem aber ist er hierzu berechtigt, so oft es die Seschäfte ersordern. Die Jusammenderufung des Kreistages muß ersolgen, sobald dieselbe von einem Viertel der Kreistagsabgeordsneten oder von dem Kreisausschuffe verlangt wird.

Bon einem jeben anzusetzenben Kreistage hat ber Lanbrath bem Regierungspräsibenten unter Einsenbung einer Abschrift bes Ginlabungsschreibens Anzeige zu machen.

- 1) Der Lanbrath hat ein Stimmrecht nur bann, wenn er gum Kreistagsabgeordneten gewählt ift.
- *) Nach Abschluß ber Borbereitungen zu bem Kreistage hat bem Lanbrath eine Einwirkung auf ben Gang ber eigenklichen Berhandlungen nur insowelt eingeräumt werden sollen, als dieselbe durch den Borsth auf dem Kreistage und die sich hieraus ergedende Leitung der Berhandlungen bedingt ift. Eine materielle Beeien Kuffung der Letteren, wie sie in der in Anspruch genommenen Besugnit, auf die Tagesordnung gesetzte Propositionen jeder Zeit und selbst noch unmittelbar vor der Abstimmung einseitig zurüczsehen zu können, erblickt werden mußte, ist mit den vorerwähnten Bestimmungen um so weniger vereindar, als die Rechte, welche dem Landrathe in dieser Beziedung den Beschlüssen des Kreistages gegenüber zustehen, im § 178 der Kr.D. besonders vorgesehen sind. (Berf. d. Min. d. K. d. 2. 28.)

9) Unter bie Behinberungsfülle ift ber Fall nicht zu rechnen, wo für die Berwaltung des Landrathsamtes von der Regierung ein besonderer Rommissarius bestellt worden ist.

Lehterem steht vielmehr ber Borsitz auf bem Areistage zu. (Erl. b. Min. b. J. v. 24. Oft. 1874.)

4) Die Abhaltung eines Kreistages hat gans zu unterbleiben, wenn auf bemfelben weber ber Landrath noch einer von den beiben Kreisbehutirten anweiend ift. Die Kreisberjammlung ift nicht befugt, durch die Geschäftsordnung oder einen sonstigen Beschluß eine Bestimmung zu treffen, wonach für den Fall, daß weder der Landrath noch bessen kreistage anweiend ist, die Kreisbersammlung unter Lettung dem Kreistage anweiend ist, die Kreisbersammlung unter Lettung des Altesten Mitgliedes einen Borsisenden zu wählen hat. (Erl. d. MRt. d. 3. d. 3. D. 39. Mai 1874. MBI. S. 186.)

Ueberschrift und §. 74. (Dannover.)

Ueberfdrift und §. 75. (Deffen-Raffan.)

Heberschrift und §. 62. (Westfalen.)

Ueberschrift und §. 62. (Rheinproving.)

Neberschrift und §. 105. (Schleswig-Polftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I \S . 118, nur statt zwei Kreistage "einen Kreistag".

Abfaffung befonderer Propositionen für den Areistag und Zustellung berfelben an die Areistagsmitglieder.

§. 119. (Oftprovingen.)

Soll auf bem Rreistage Beschluß gefaßt werben:

1) fiber bie Festsetzung bes Abgabenvertheilungsmaßstabes in Gemäßheit bes §. 12,

- 2) über Mehrs und Minderbelaftungen einzelner Kreisstheile in Gemäßheit bes §. 13,
- 3) über solche Gegenstände, welche Kreisausgaben nothwendig machen, die nicht auf einer gesetzlichen Berpflichtung des Kreises beruhen,

so ift ein ausführlicher Borschlag zu bem Beschluffe, welcher über

- a) ben 3med beffelben,
- b) bie Art ber Ausführung,
- c) bie Summe ber zu verwenbenben Roften,
- d) bie Aufbringungsweise

bas Nöthige enthält, von bem Kreisausschusse auszus arbeiten und jebem Abgeordneten mindestens 14 Tage vor Abhaltung bes Kreistages schriftlich zuzustellen. Die Frist darf bis zu drei Tagen abgekürzt werden, wenn einem Nothstande vorgebeugt oder abgeholsen werden soll.

Wenn nach § 119 ber Kr.D. zu gewissen Kreistagsbeschlüssen ein aussiührlicher Borichlag über Zweck, Art ber Aussiührung, Kostenbetrag und Ausbringungsweise von dem Kreisausschaften und jedem Kreistagsabgeordneten mindesens 14 Tage vor Abhaltung des Kreistages schriftlich zuzustellen ist, so ist die Abslädbieser Bestimmung nur darauf gerichtet, durch die Ausarbeitung und Uebersendung einer, diesen Boraussezungen entsprechenn Proposition den Kreistagsmitgliedern Gelegenheit zu geben, sich über besonders wichtige Berathungsgegenstände gründlich und rechtzeitig zu informiren. Der § 119 entsällt mithin zwar nähere Borschiften darüber, in welcher Weise Kreistagsbeschlüsse durch die Organe der Kreisderwaltung vorzubereiten sind, schließt jedoch nicht aus, daß der Kreisderwaltung vorzubereiten sind, schließt jedoch nicht aus, daß der Kreisderiton eine besondere Kommission beauftragen dars. (Erl. d. Min. d. R. d. 188. Zuni 1875, MBL. S. 287.)

lleberschrift und §. 75. (Hannover.)
Ueberschrift und §. 76. (Heffen-Raffan.)
Ueberschrift und §. 63. (Westfalen.)
Ueberschrift und §. 63. (Rheinprovinz.)
Ueberschrift und §. 106. (Schleswig-Holstein.)
Derselbe Wortlaut wie bei I §. 119.

Deffentlichteit ber Rreistagsfisnugen.

§. 120. (Oftprovingen.)

Die Sitzungen bes Kreistages sind öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann durch einen in geheimer Sitzung zu fassenben Beschluß ber Bersammlung die Oeffentlichkett ausgeschlossen werden.

Gegenüber ben Besorgnissen gegen ble Oeffentlichkeit ber Areistagsfihungen hob ber Regierungs-Kommissaria hervor, daß es sich nicht um eine unbeschränkte Oeffentlichkeit handle, daß vielmehr, wie bei ben öffentlichen Gerichisverhandlungen, Ginschränkungen, welche burch die öffentliche Ordnung und die zur Disposition stehenben Raumlichkeiten geboten erscheinen, zulässig sein würden. (Ber. b. Rom. b. S.S. 1871/72 S. 85.)

Ueberschrift und §. 76. (Hannover.)
Ueberschrift und §. 77. (Heffen Raffan.)
Ueberschrift und §. 64. (Westfalen.)
Ueberschrift und §. 64. (Rheinprovinz.)
Ueberschrift und §. 107. (Schleswig-Holstein.)
Derselbe Wortlaut wie bei I §. 120.

Befdluffähigfeit bes Rreistages.

S. 121. (Oftprovingen.)

Der Kreistag kann nur beschließen, wenn mehr als die Sälfte') der Mitglieder anwesend ist. Sine Ausnahme hiervon findet statt, wenn die Mitglieder des Kreistages, zum zweiten Male zur Berhandlung über denselben') Gegenstand berusen, dennoch nicht in beschließsfähiger Anzahl erschienen sind. Bei der zweiten Jusammenberusung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

- 1) Unter ber "Bulfte" ber Mitglieber ift bie Bulfte ber gefetlich feftgeftellen, nicht ber thatfuchlich borhanbenen zu berfteben.
- 9) Derfelbe Gegenstand muß ber zweiten Berhanblung zu Grunbe liegen.

Neberschrift und §. 77. (Hannover.)
Ueberschrift und §. 78. (Hessen-Rassau.)
Ueberschrift und §. 65. (Westfalen.)
Ueberschrift und §. 65. (Rheinprovinz.)
Ueberschrift und §. 108. (Schleswig-Holstein.)
Derselbe Wortlaut wie bei I §. 121.

Ausschluß von den Berhandlungen des Kreistages wegen perfönlichen Intereffes.

§. 122. (Oftprovingen.)

An Berhanblungen über Rechte und Verpflichtungen bes Rreises barf berjenige nicht theilnehmen, beffen Intersesse mit bem bes Kreises in Wiberspruch steht.

Ueberschrift und §. 75. (Paunsber.)

Reberschrift und §. 76. (Peffen-Raffan.)

Reberschrift und §. 63. (Weftfalen.)

Reberschrift und §. 63. (Theinproving.)

Reberschrift und §. 106. (Schleswig-Polstein.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 119.

Deffentlichfeit ber Areistagsfigungen. §. 120. (Oftbrovingen.)

Die Situngen bes Kreistages sind öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann durch einen in geheimer Situng zu fassenben Beschluß ber Versammlung die Deffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Gegenüber ben Besorgnissen gegen bie Oeffentlichteit ber Areistagsfigungen hob ber Regierungs-Kommisarius herbor, baß es sich nicht um eine unbeschränkte Oeffentlichteit handle, baß vielmehr, wie bei ben öffentlichen Gerichtsverhandlungen, Einschränkungen, welche burch bie öffentliche Ordnung und die zur Disposition stehenben Raumlichteiten geboten erscheinen, zuläsig sein würden. (Ber. b. Kom. b. D. 1871/72 & 85.)

Neberschrift und §. 76. (Hannover.)

Neberschrift und §. 77. (Heffen : Raffan.)

Neberschrift und §. 64. (Westfalen.)

Neberschrift und §. 64. (Theinprovinz.)

Neberschrift und §. 107. (Schleswig-Holstein.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 120.

Befoluffähigfeit bes Rreistages.

§. 121. (Oftprovingen.)

Der Kreistag kann nur beschließen, wenn mehr als die Halfe der Mitglieder anwesend ist. Gine Aussnahme hiervon findet statt, wenn die Mitglieder des Kreistages, zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben?) Gegenstand berusen, dennoch nicht in beschlüßsfähiger Anzahl erschienen sind. Bei der zweiten Jussammenberusung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

- 1) Unter ber "Balfte" ber Mitglieber ift bie Balfte ber gefehlich feftgeftellen, nicht ber thatfachlich vorhandenen zu verfteben.
- 9) Derfelbe Gegenstand muß ber zweiten Berhanblung zu Grunde liegen.

Ueberschrift und §. 77. (Sannover.)
Ueberschrift und §. 78. (Seffen-Raffan.)
Ueberschrift und §. 65. (Weftfalen.)
Ueberschrift und §. 65. (Rheinprovinz.)
Ueberschrift und §. 108. (Shleswig-Holftein.)
Derselbe Wortlaut wie bei I §. 121.

Ausschluß von ben Berhanblungen bes Kreistages wegen perfönlichen Intereffes.

§. 122. (Oftprovingen.)

An Berhanblungen über Rechte und Berpflichtungen bes Kreises barf berjenige nicht theilnehmen, bessen Intersesse mit bem bes Kreises in Wiberspruch steht. Auch an Abstimmungen über eigene Angelegenheiten barf er nicht theilnehmen; bemzufolge ist die Betheiligung der Areistagsabgeordneten an der Abstimmung über die Beanstandung ihrer Bahl als unzulässig anzusehen. (Erl. d. Min. d. J. v. 13. Juni 1874, Decker S. 28.8.)

Daß der Landrath an einem Befcluffe gemäß § 8 thellnahm, bem ftand fein Gefensand nicht § 122 entgegen.

Berhorrescirung einzelner Ritglieder des erstinstauglichen Gerichts ist in der Berufungsinstauz nicht mehr zuläffig. (Urth. d. OBG. v. 12. Jan. 1878, Entsch. Bd. III S. 46.)

lleberschrift und §. 78. (Hannsver.)

Neberschrift und §. 79. (Hesperschrift und §. 66. (Westfalen.)

Neberschrift und §. 66. (Rheinproving.)

Neberschrift und §. 109. (Schleswig-Holstein.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 122.

Theilnahme ber Mitglieber bes Kreisansfonffes an ben Kreistagsversammlungen.

§. 123. (Oftprovingen.)

Die Mitglieber des Kreistausschuffes, welche nicht Mitglieber des Kreistages sind, werden zu den Versammslungen des Kreistages eingeladen und haben in benselben berathende Stimme.

Neberschrift und §. 79. (Hannover.)
Ueberschrift und §. 80. (Veffen-Raffan.)
Ueberschrift und §. 67. (Westfalen.)
Derselbe Wortlaut wie bei I §. 123.

Ueberschrift und §. 67. (Rheinproving.) Ueberschrift und §. 110. (Schleswig-Holstein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 123.

Faffung ber Kreistagsbefcillffe nach einfacher unb awei Drittel Stimmenmehrheit.

§. 124. (Oftprovingen.)

Die Beschlüffe') bes Kreistages werben nach Mehrheit ber Stimmen gefaßt.

Bei Stimmengleichheit gilt ber Antrag als abgelehnt. Ju einem Beschlusse, burch welchen eine neue Beslastung²) ber Kreisangehörigen ohne eine gesetzliche Berspssichtung ober eine Beräußerung vom Grunds ober Kapitalvermögen bes Kreises bewirkt ober eine Beränbesrung³) bes festgestellten Bertheilungsmaßstabes für die Kreisabgaben (§ 12) eingeführt werden soll, ist jedoch eine Stimmenmehrheit von mindestens zwei Drittel⁴) der Abstimmenden erforderlich.

- 1) Der Lanbrath barf biefe Befdluffe beanftanben (6 178).
- 9) Der Beschluß bes Kreistages wegen Bewilligung von Mitteln zum Baue eines Kreishauses gehört nicht zu benjenigen Beschluffen, welche Zweibrittelmehrheit erforbern.

Der Kreis bilbet nach §. 2 einen Kommunalverband aur Selbsterwaltung seiner Angelegenheiten. Die Selbsterwaltung ber eigenen Angelegenheiten umfaßt das Recht und die Pflicht zur Befreitung ber damit verdundenen Berwaltungskoften. Zu diesen Kosten gehören die Ausgaben für Bereitstellung der nötigen Berwaltungsräume für die Kreiskommunalverwaltung. Der Beschuß darüber, wie die Bereitstellung dieser Käume ersolgen soll, liegt innerhalb des Rahmens der gesehlichen Berpflichtung des Kreises aur Tragung der Berwaltungskosten für Kreisangelegenheiten. Gine

neue Belastung ber Kreisangehörigen ohne eine gesetzliche Berpflichtung ist in einem solchem Beschlusse nicht zu finden. (Berf. b. Min. b. J. vom 30. Oft. 1890.)

- s) Rur für die Beränderung des gemäß § 12 festgestellten Berthellungsmaßstades für die Krelsabgaden ist die Stimmenmehrheit den zwei Dritteln vorgeschrieben; für die erstmalige Feststellung eines solchen Waßstades genügt die absolute Stimmenmehrheit. (Bescheb d. Min. d. J. d. 13. August 1874, MBL. S. 104.)
- 4) Eine Zweibrittelmehrheit erforbert § 124, soweit es sich um ben Bertheilungsmaßkab hanbelt, für Kreisabgaben nur bann, wenn eine Beränderung des festgestellten Bertheilungsmaßkabes für die Kreisabgaben eingestührt werben soll (§ 12); eine solche Beränderung liegt bei einem Beschlusse hinschlich der Mehrbelastung einzelner Kreistheile nach § 13 nicht vor, benn der Bertheilungsmaßkab wird badurch sein anderer, er bleibt vielmehr bestehen, und nur bestimmte Kreisangehörige werben nach ihm stärter herangezogen. (Urth. d. OBG. v. 12. Rod. 1885, Enisch. Bd. XII S. 27.)

Neberschrift und §. 80. (Sannover.)

Ueberschrift und §. 81. (Seffen-Raffan.) Ueberschrift und §. 68. (Weftsalen.)

Ueberschrift und §. 68. (Rheinproving.)

Ueberschrift und §. 111. (Schleswig-Holftein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I § 124.

Abfaffung und Beröffentlichung ber Rreistagsprotofolle.

§. 125. (Oftprovingen.)

Ueber die Beschlüsse. des Kreistages ist eine besondere Berhandlung auszunehmen, in welcher die Namen der dabei anwesend gewesenen Mitglieder aufgeführt werden müssen. Diese Berhandlung wird von dem Vorsitzenden

und von wenigstens brei Mitgliebern bes Kreistages vollsgogen,2) welche zu biesem Behuse von ber Bersammlung vor bem Beginne ber Berhandlung zu bestimmen und in letzterer aufzusühren sind.

Ueber die Bahl eines Protofollsührers und die Formen der Berhandlung bestimmt im Uebrigen die von dem Kreistage zu beschließende Geschäftsordnung.

Der Inhalt ber Kreistagsbeschlüffe ift, sofern ber Kreistag nicht in einem einzelnen Falle etwas Anderes beschließt, in einer von bem Kreistage zu bestimmenden Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Dem Regierungsprafibenten ift eine Abschrift bes Brototolls einzureichen.

- 1) Ueber die richtige Form und über ben Inhalt von Kreistagsbeschlüssen, welche höherer Bestätigung unterliegen, oder zu welchen die Erwirkung eines Allerhöchsten Privilegiums erforderlich ift, siebe Girk. v. 1. Nov. 1879 (WBI. 1880 S. 11) bei § 176.
- "Es ift die Wahrnehmung gemacht worden, daß Protofolle über die Berhanblungen einer Antis- ober einer Kreisversammlung in der Proding Hannober nicht felten den Bermert der Borlesund wind Genehmigung nicht tragen. Ein derartiges Protofoll erlangt aber wie jedes andere Protofoll formelle Beweistraft erst durch die Borlesung und die Genehmigung desselben in der betreffenden Bersammlung. Die Kreis- und Antisdersammlungen werden indessen für befugt zu erachten sein, zu beschließen, daß in der nächsten Sinna
 - a) bie Borlegung und Genehmigung bes Protofolls ober
- b) bie Auslegung beffelben gur Renntnifnahme behufs ber Erhebung von Wiberipruch bis jum Schluffe ber Sigung gu gefchen ober
- c) bie Anhörung ber Borlefung und bie Genehmigung burch einige von ber Berfammlung bagu ermächtigte Mitglieber zu erfolgen babe.

Wird die Fassung eines solchen Beschlusses und die Ausssührung bestelben sormell gültig nachgewiesen, so wird auch dem in entsprechente Weise festgestellten Krotosolle formelle Beweiskraft nicht zu versagen sein. (Cirk. d. Min. d. J. d. 10. Juni 1892, MBI. S. 194.)

*) Ein Mufter jur Geschäftsorbnung ift burch bas Reft. b. Min. b. J. b. 7. Juli 1873 (MBI. S. 215) wie folgt, mitgetheilt:

Bufammentritt bes Rreistages.

§ 1. Der Rreistag tritt auf bie fchriftliche Berufung bes Landraths zusammen. (§ 118 b. Kr.D.)

Brüfung ber Bablen.

- § 2. Bei bem ersten Zusammentritte bes neugebilbeten Areistags, sowie bei bem jebesmaligen kunftigen Gintritte ber zur gesetzichen Ergänzung bes Areistags neu gewählten Mitglieber (§ 108 a. a. D.) werben ber Bersammlung bie Bahlprotofolle nebst bem Berichte über bas Ergebniß ber bas erste Mal von bem Landrathe, bet ben späteren Ergänzungs- und Ersawahlen von bem Areisausschusse bei ben späteren Bredinzungs- und Ersawahlen von bem Areisausschusse von bem Areisausschusse
- § 3. Bis gur Ungulitigfeitserflarung einer Bahl hat ber Gewählte Sis und Stimme im Rreistage.

Mitglieber, deren Bahl beanstandet wird, dürfen in Beziehung auf ihre Bahl jede ihnen nöthig scheinende Aufslärung geben, nicht aber an der Abstimmung Theil nehmen.

Befdlugfähigteit.

§ 4. Der Rreistag ift nur befclugfabig, wenn mehr als bie Salfte ber Mitglieber anwefend ift.

Eine Ausnahme hiervon findet ftatt, wenn die Mitglieder des Kreistags jum zweiten Male zur Berhandlung über denselben Gegenftand berufen, dennoch nicht in beschlichtiger Anzahl erschienen sind, und wenn auf diese in § 121 der KrO. enthaltene Bestimmung bei der zweiten Ausammenberufung ausdrücklich bingewiesen ist.

Deffentlichfeit ber Sigungen.

§ 5. Die Sigungen bes Rreistags find öffentlich. Für einzelne Gegenstänbe tann auf Antrag bes Borfigenben ober breier Mit-

glieber burch einen in geheimer Sigung gu faffenben Befchluß bie Deffentlichfeit ausgefchloffen werben. (§ 120 b. RrD.)

Borfis.

- §. 6. Der Lanbrath führt auf bem Kreistage ben Borfit, leitet bie Bethanblungen und hanbhabt bie Ordnung in der Berfammlung. Die Kreisbeputirten vertreten den Landrath in Behinderungsfällen nach der Reihenfolge ihres Dienst- bezw. Lebensalters. (§ 118 Abf. 1 b. KrD.)
- Eröffnung ber Sigung. Bahl bes Prototollführers.
- § 7. Rachbem burch ben Borfibenben bie Sigung eröffnet und bie Ginführung ber etwa neu eingetretenen Mitglieber erfolgt ift (§ 109 b. Ard.), wirb auf Borfchlag bes Borfibenben entweber für bie betreffenbe Sigung ober für einen bestimmten Zeitraum ein Brotofollführer gewählt.

Der Protofollführer braucht nicht zu ben Mitgliebern bes Kreistags zu gehören, er muß jeboch, sofern er nicht Mitglieb bes Kreistags ift, bereibet fein. Nachbem bie Wahl bes Protofollführers erfolgt ift, find zur Bollziehung bes Protofolls wenigstens brei Mitglieber zu wählen. (§ 125 a. a. D.)

Brufung ber Ginberufung.

§ 8. Der Borfitende legt bem Rreistage bie Empfangsicheine über bie Behanbigung ber Ginlabungsichreiben und ber Propositionen vor.

Eine zu biefem Behufe nieberzusetzende Kommission pruft bie Form ber Einberufung, die Richtigkeit ber Einladung und die Innehaltung ber vorgeschriebenen Friften nach Maggabe ber Bestimmungen ber §§ 118 und 119 ber KrD. und halt bem Kreistage über bas Ergebnig biefer Pruffung Bortrag, welches sobann im Protofoll bermerkt wird.

Tagesorbnung.

§ 9. Die auf die Tagesorbnung gesetzten Gegenstände gelangen in berselben Reihenfolge zur Berathung, in welcher sie in bem Einlabungsschreiben angeführt find.

Die Bersammlung tann burch einstimmigen Beichluß biese Reihenfolge abanbern, sowie einzelne Gegenstänbe von ber Tagesorbnung absehen.

Gegenstände, welche nicht in die Ginlabung jum Areistage aufgenommen find, tönnen zwar auf Befchluß bes Areistags zur Berathung gelangen, die Fassung eines bindenden Beschlusses nier beiselben darf jedoch erft auf dem nächften Areistage erfolgen. (§ 118 Abs.) 2 b. Ard.)

In geeigneten Fallen barf Mitgliebern bes Areistags von bem Borfibenden auch vor ber Tagesorbnung bas Wott eribeilt werben.

Ginleitung ber Berathung.

§ 10. Die Berathung ber einzelnen Gegenftände wird burch einen Bortrag bes Borfihenben ober bes bon ihm zum Referenten bestimmten Mitgliebes bes Areisausschuffes ober Areistags eingeleitet.

Mbanberungsborichlage.

§ 11. Abauberungsvorichlage ju ben Antragen ber Tagesordnung (Amendements) tonnen ju jeber Beit vor bem Schluffe ber Blätuffen gestellt werben. Dieselben muffen mit ber Sauptsach in wesentlicher Berbindung stehen und schriftlich eingereicht werben. Die Begründung berselben barf nur in ber Reihenfolge ber Redner katifinden.

Rebeorbnung.

§ 12. Rein Mitglieb barf fprechen, ohne vorher bas Bort berlangt und von bem Borfigenben erhalten gu haben.

Die Anmelbung jum Borte erfolgt bei bem Borfigenben, welcher die Rebnerlifte führt.

§ 13. Das Recht, sich an ber Diskussion zu betheiligen, steht auch benjenigen Mitgliebern bes Kreisausschusses bezw. bem Synbikus zu, welche nicht Mitglieber bes Kreistags finb. (§ 123 ber KrO.)

Der Borfitenbe muß jeberzeit gehort werben.

§ 14. Sofortige Bulaffung jum Borte tonnen nur biejenigen Mitglieber verlangen, welche jur Gefchaftsorbnung reben wollen.

Rach bem Schluffe ber Debatte find nur noch perfonliche, nicht aber faktifche Bemerkungen ftatthaft.

§ 15. Der Borfitenbe ift berechtigt, bie Rebner auf ben Gegenftanb ber Berhanblung gurudjuweifen und gur Orbnung gu rufen. Ift das eine ober das andere in der nämlichen Rebe zweimal ohne Erfolg geschehen und fährt der Redner fort, sich von dem Gegenstande oder von der Ordnung zu entfernen, so tann der Kreistag auf die Anfrage des Borstienden ohne Debatte beschliehen, daß ihm das Wort über den vorliegenden Gegenstand genommen werden solle, wenn er zuvor auf diese Folge von dem Borstigenden aufmerkam gemacht ist.

Soluf ber Distuffion.

- § 16. Der Schluß ber Distuffton erfolgt burch ben Borfigenben nach Erichöpfung ber Rebnerlifte ober auf Befclug bes Rreistags.
- § 17. Der Antrag auf Schluß ber Debatte kann von jebem Mitgliebe gestellt werben. Rachbem die Rebnerlifte bon bem Borfigenden verlefen ift, wird ohne Diskuffion über ben Antrag abgefimmt.

Frageftellung.

- § 18. Rach geschloffener Diskussion ftellt ber Borsitzenbe bie Fragen. Urber bie Stellung berselben kann bas Wort begehrt werben; ber Kreistag beschließt barüber. Sind mehrere Fragen vorhanden, so hat ber Borsitzenbe solche sammtlich ber Reihenfolge nach vorzulesen. Die Fragen sind so zu stellen, baß sie einsach durch Ita und Rein beantwortet werden tonnen.
- § 19. Die Theilung ber Frage tann jebes Mitglieb bes Areistags verlangen. Wenn über beren Butdffigfeit Zweifel entftebt, fo entidelbet bei Untragen ber Untragfteller, in anderen Fallen ber Areistag.

Abftimmung.

- § 20. Unmittelbar bor ber Abstimmung ift bie Frage zu verlefen.
- § 21. Die Abstimmung geschieht burd Aufsteben ober Sigenbleiben (ober burch Aufzeben ber Sanbe). Die absolute Stimmenmehrheit entscheibet. Bei Stimmengleichheit gilt ber Antrag als abgelehrt.

Betrifft ber Antrag eine neue Belaftung ber Areisangehörigen ohne gefehliche Berpflichtung ober eine Berauherung bon Grund-

ober Rapitalbermögen bes Areises ober eine Beränberung bes festgestellten Bertheilungsmaßstabes für die Areisabgaben, so gilt berselbe nur bann als angenommen, wenn sich minbestens zwei Drittel
ber Abstimmenden für ihn erklärt baben. (§ 124 b. Ard.)

Die Feftstellung bes Stimmenverhaltniffes gefchieht burch Rablung.

§ 22. Die namentliche Abstimmung muß erfolgen, wenn auf ben Antrag bes Borfitenben ober breier Mitglieber bie Mehrheit ber Berfammlung fich bafür erklart.

Mablen.

§. 23. Für bie bon bem Kreistage zu bollziehenben Bahlen gelten bie Borfcriften bes ber Kreisorbnung beigefügten Bahlereglements. (§ 116 Rr. 8 ber KrD.)

(Es wird fich für ben Gebrauch ber Geschäftsorbnung empfehlen, berfelben ein Eremplar bes Babirealements anzuhängen.)

Rach § 11 bes Reglements tönnen Bahlen auch burch Afflamation ftatifinben, sofern Riemanb Wiberspruch erhebt.

BrotofolL.

§ 24. Rach Erlebigung fammtlicher Gegenstänbe ber Tagesorbnung erfolgt bie Berlefung bes Brotololls.

Daffelbe muß enthalten:

- 1) Die Ramen bes Borfigenben, sowie ber anwesenben Mitglieber bes Kreistags und bes Kreisausschusses, sowie bes Protokolfstübrers.
 - 2) bie amiliden Anzeigen bes Borfinenben.
- 3) einen kurzen Bericht über ben Gang ber Debatte bei ben wichtigeren Gegenstänben ber Tagesorbnung,
- 4) bie gefaßten Befdluffe in wörtlicher Anführung unter Angabe bes Stimmenverbaltniffes.
- 5) bas Ergebnig ber vollzogenen Bablen, gleichfalls unter Angabe bes Simmenverhältniffes.
- § 25. Wird gegen bie Fassung bes Protofolls Ginspruch erhoben, welcher sich burch bie Erklärung bes barüber zu hörenben Protofollsührers nicht heben läßt, so entscheibet auf Befragen bes Borsigenden die Bersammlung.

Rachbem hierauf von bem Borsihenden die Sigung geschloffen worben, erfolgt die Bollziehung des Protofolls durch den Borfihenden, die dazu bestimmten Mitglieder des Areistags (§ 7 Abs. 2) und den Protofollsuberer.

Befanntmadung ber Areistagsbeichluffe.

§ 26. Der Inhalt ber Kreistagsbeschlüsse mit Ausnahme ber in geheimer Sigung gesaßten (§ 5) ift, sofern ber Kreistag nicht in einem einzelnen Falle etwas Anberes beschließt, bon bem Kreisaussichusse burch das Kreisblatt zur öffentlichen Renntniß zu bringen. (§ 125 Abf, 3 b. KD.)

Orbnungsbestimmungen.

- §. 27. Wenn in ber Berfammlung ftorenbe Unruhe entfteht, fo tann ber Borfigenbe bie Sigung auf bestimmte Zeit ausfegen ober gang aufheben.
- §. 28. Wer von dem Zuhörerraume aus Zeichen des Beifalls oder Mißfallens giebt, oder sonst die Ordnung oder den Anstand verletzt, wird auf der Stelle entfernt.
- § 29. Entfteht in bem Buhörerraume eine ftorenbe Unruhe, fo tann ber Borfigenbe anorbnen, bag Alle, bie fich gur Zeit barin befinden, benfelben raumen.
- 4) Die Berbinblichteit der Kreistagsbeschlüsse ist durch die Berbiffentlichung ihres Inhalts bezw. der etwa erforderlichen ministerieuen Bestätigung nicht bedingt. (Urth. d. OBG. v. 25. Okt. 1880, Entsch. Bd. VII S. 49.)

Ueberschrift und §. 81. (Sannover.)

Ueberschrift und S. 82. (Seffen - Raffau.)

Ueberfchrift und S. 69. (Weftfalen.)

Ueberschrift und §. 69. (Rheinproving.)

Ueberschrift und §. 112. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 125.

Abfaffung von Betitionen und Gingaben bes Preistages.

§. 126. (Oftprovingen.)

Petitionen und Eingaben, welche Ramens des Kreistages in Bezug auf die seiner Beschlüßnahme unterliegens dem Angelegenheiten (§§. 115 und 116) überreicht werden sollen, müssen auf dem Kreistage selbst berathen und vollzzogen werden. Daß dies geschehen, ist in dergleichen Sinzgaben ausdrücklich zu bemerken.

Ueberschrift und §. 82. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 126, nur andere Allegate: "(§§. 72 und 73)".

Ueberschrift und §. 83. (Deffen: Raffan.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 126, nur andere Allegate: "(§§. 73 und 74)".

Ueberichrift und §. 70. (Beftfalen.)

Ueberschrift und §. 70. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 126, nur andere Alles gate: "(§§. 60 und 61)".

Neberschrift und §. 113. (Schleswig-Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 126, nur andere Alles gate: "(§§. 102 und 103)".

Dritter Abschnitt.

Non dem Areishaushalte.

Aufftellung nub Feststellung bes Rreishaushalts-Gtats.

§. 127. (Oftprovingen.)

lleber alle Einnahmen und Ausgaben, welche sich im Boraus bestimmen lassen, entwirft ber Kreisausschuß jährlich einen Haushaltsetat, 1) welcher von dem Kreistage sestgestellt und demnächt in derselben Weise, wie die Kreisstagsbeschlüsse, veröffentlicht wird. 2)

Bei Borlage bes haushaltsetats hat ber Rreisausfouß bem Rreistage über die Berwaltung und ben Stanb ber Rreistommunalangelegenheiten Bericht zu erstatten.

Sine Abschrift bes Stats und bes Berwaltungsberichtes wird nach erfolgter Feststellung bes ersteren sofort bem Regierungspräsibenten überreicht.

Ausgaben, welche außer bem Etat geleistet werben sollen, beburfen ber Genehmigung bes Kreistages.

1) Einzelnen Areiseinsaffen, welche sich burch die Feststellung bes Areishaushaltsetats beschwert erachten, steht nur ber Weg der Borftellung bei dem Landrathe behufs etwaiger Beanstandung des Beschlusses (§ 178) bezw. bei der höheren staatlichen Aufsichtsbehörde zu.

Einzelne Areiseinsaffen ober einzelne Gemeinden haben nicht bas Recht, ein Streitversahren gegen den Areisausschuß zum Zwede der Arufung der Gefehlickeit der auf die Etatsfeltehung bezüglichen Beschlüfte des Areistages durch Alage herdetzuführen, insbesondere nicht durch die im § 19 gegebene Alage über die Deranstehung oder Beranlagung der Gemeinden und einzelner Areisangehöriger zu den Areisabgaben. (Urib. d. OBG. b. 5. Jan. 1878, Entich. Bb. UI S. 46.)

Das im Laufe bes Jahres erfolgte Ausscheiben aus bem Berbanbe ber Kreisangehörigen hat auf bie Beitragspflicht bes ausicheibenben Angehörigen teinen Einfluß. (Urth. b. DBG. v. 5. Febr. 1880, Entich. Bb. VI S. 41.)

2) b. h. in einer bon bem Rreistage gu beftimmenben Beife.

1leberschrift und §. 83. (Hannover.)
1leberschrift und §. 84. (Heffen-Raffan.)
1leberschrift und §. 71. (Weithroving.)
1leberschrift und §. 71. (Rheinproving.)
1leberschrift und §. 114. (Schleswig-Solfiein.)

Revision ber Areistommunaltaffe.

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 127.

§. 128. (Oftprovingen.)

Die Kreiskommunalkasse muß an einem bestimmten Tage in jedem Monate regelmäßig nnd mindestens eins mal im Jahre außerordentlich revidirt werden. Die Revisionen werden von dem Borsisenden des Kreisaussschusses vorgenommen. Bei den außerordentlichen Revisionen ist ein von dem Kreisaussschusse zu bestimmendes Mitglied desselben zuzuziehen.

b. i. ber Lanbrath.

Neberschrift und §. 84. (Hannover.)
Neberschrift und §. 85. (Heffen-Raffan.)
Neberschrift und §. 72. (Westsfalen.)
Neberschrift und §. 72. (Rheinprovinz.)
Neberschrift und §. 115. (Schleswig-Holstein.)
Derselbe Wortlaut wie bei I §. 128.

§. 128a. (Oftprovingen.)

Der Bezirksausschuß beschließt, an Stelle ber Aufsichtsbehörbe, über die Feststellung und den Ersatz von Defekten der Kreisbeamten nach Maßgabe der Berordnung vom 24. Januar 1844.

Der Beschluß ist, vorbehaltlich bes orbentlichen Rechtsweges, enbgültig.2)

- 1) § 2. Bon biefer Behörbe b. i. bem Bezirksausschusse ift zugleich festzustellen, wer nach ben Borschriften ber gegenwärtigen Berordnung für ben Defett zu haften hat, und bei einem Defett an Materialien, auf wie hoch die zu erstattende Summe in Gelbe zu berechnen ift.
- § 3. Ebenso hat hier ber Bezirtsausichus bie Defette an foldem öffentlichen ober Aribatbermögen feftzuftellen, welches, ohne zu einer öffentlichen Rafie ober anberen öffentlichen Berwaltung gebracht zu fein, vermöge besonderer amtlicher Unordnung in die Gewahrsam eines Beamten getommen ift.
- § 4. Ueber ben Betrag bes Defetts, bie Berfon bes gum Erfat Berpflichteten und ben Grund feiner Berpflichtung ift ein motibirter Befoluf abzufaffen.
- § 8. Rach Befinden der Umftände kann die Behörde auch mehrere Beschlüsse abkassen, wenn ein Theil des Defekts sofort klar ist, der andere Theil aber noch weitere Ermittelungen nothwendig macht, ingleichen, wenn unter mehreren Personen die Berpstächung der einen feststeht, die der anderen noch zweifelhaft ist.
- § 9. In bem abzufassen Beichlusse ift zugleich zu beftimmen, ob ber Beamte zum Erfat bes Defekts ober nur zur Sicherstellung anzuhalten, und im ersten Falle, ob die Exekution unbedingt ober mit welchen näher zu bestimmenden Mobiskationen zu vollstreden.
- § 10. Der abzufaffenbe Befclug tann auf bie unmittelbare Berpflichtung gum Gras gerichtet werben:
- 1) fofern ber Defelt nach bem Ermeffen ber Behörbe burch Borfat bewirft worben, gegen jeben Beamten, welcher ber Unter-

fclagung ober Beruntrenung als Urheber ober Theilnehmer geftanbig ift, ober für überführt erachtet wirb;

- 2) sofern ber Defett nach bem Ermeffen ber Beborbe burch grobes Bersehen entftanben ift,
- a) gegen biejenigen, welchen bie Kaffe u. f. w. zur Berwaltung übergeben war, auf Sobe bes ganzen Defetts,
- b) gegen jeben anbern Beamten, der an der Sinnahme ober Ausgade, der Erhebung, der Absteferung oder dem Aransport von Kassengelbern oder anderen Gegenständen vermöge seiner dienklichen Stellung Abeil zu nehmen hatte, nur auf Höhe des in seine Gewährsam gekommenen Betrages.

Eben bies gilt gegen bie § 3 genannten Beamten in ben baselbst bezeichneten Källen.

§ 11. Der abzufassenbe Beidluß tann ferner auf Beschagnahme bes Bermögens ober Gehalts jur Sicherung bes bemudcht im Bege Rechtens auszuführenden Anspruchs, sofern der Defett aus bem Bermögen der § 10 genannten zunächt verantwortlichen Bemiten ober beren Diensttaution nicht zu beden sein sollte, gerichtet werben:

gegen biejenigen, welche zwar die befektirten Gelber ober andere Gegenstände nicht in ihrer Gewahrsam gehabt, aber an beren Bezeinnahmung, Berausgabung ober Berschlusse in der Weise unmittelber Theil zu nehmen hatten, daß der Defekt ohne ihr grobes Berschulben nicht bätte entstehen können.

- § 12. Sind Beamte, gegen welche die exekutivische Einziehung des Defekts auläffig ift, in der Berwaltung ihres Amtes, wofür sie eine Amtskaution bestellt haben, belassen worden, so ist die Exekution nicht aunächt in dies Auntion, sondern in das übrige Bermögen zu vollstreden, jedoch so wett die bestellte Kaution reicht, nur auf Sicherstellung eines gleichen Betrages zu richten.
- § 13. Bei Gefahr im Berzuge tann bie unmittelbar borgefeste Behörbe ober ber unmittelbar vorgefeste Beamte vorläufige Sicherbeitsmaßregeln burch Beidflagnahme bes Bermögens ober Gehalts gegen bie nach § 10 ber Exetution unterwortenen Beamten ergreifen; es muß aber bavon ber vorgefesten Behörbe ungefaumt Anzeige gemacht unb beren Genehmigung eingeholt werben.

- § 14. Die Berwaltungsbehörbe kann ben zur Bollftreckung geeigneten Befauß selbst zur Ausführung bringen, soweit bieselbe nach ben bestehenben Gesehen Exekution zu versügen befugt ift. Auskerbem ist das betreffende Gericht bieserhalb zu reautriren.
- § 15. Die Gerichte und Oppothekenbehörben find berpflichtet, ben an fie ergehenben Requisitionen zu genügen, die Exekution gegen die benannten Personen ohne vorgängiges Zahlungsmandat schleunig zu vollftreden, die Beschlagnahme ber zur Deckung bes Defetts erforderlichen Bermögensflude zu verfügen, und die in Antrag gebrachten Eintragungen, wenn sonst kein Anfrand obwaltet, im Oppothekenbuche zu veranlassen, ohne auf eine Beurtheilung der Rechtmäßiakeit einzugeben.

(Die Maßregeln ber §§ 10, 11, 13 können auch gegen bie Erben bes Beamten gerichtet werben. Urth. b. RG. v. 31. Mai 1880, Entsch. Bb. II S. 188 und v. 3. Juli 1882, Entsch. Bb. VI S. 335.)

9) § 16. Gegen ben Befchluß, wodurch ein Beamter zur Erstattung eines Defetts für verpflichtet ertlätt wird, steht bemselben sowohl hinschilch des Betrages als hinschilch der Ersatverbindlichtet, außer bem Returse an die vorgesehte Behörde, die Berufung auf rechtliches Gebor zu.

Bon biefer Befugniß muß jeboch innerhalb Eines Jahres, vom Tage ber bem Berpflichteten geschehenen Bekanntmachung bes vollstreckbaren Beschlusses, ober wenn ber Berpflichtete ausgetreten ift, vom Tage bes abgesaßten Beschlusses an Gebrauch gemacht werben. Die Exclution behällt, bes eingeschlagenen Rechtsweges ungeachtet, bis zur rechtskräftigen Entschlung nach Matgabe bes Beschlusses ihren Fortgang, wenn nicht von ber Berwaltung bavon Abstand genommen wirb.

In ber etwa eingeleiteten Untersuchung bleiben bem Berpflichteten, infofern es auf bie Bestrafung antommt, feine Ginreben gegen ben abgeschten Beschluß auch nach Ablauf bes Jahres, wenn gleich sie im Civilprozeß nicht mehr geltenb gemacht werben können, vorbebalten.

§ 17. Gegen einen Befchluß, woburch bie Befchlagnahme bes Bermögens ober Gehalts nach § 11 angeordnet worben, fieht bem

Beamten bie Berufung auf rechtliches Gebor in berfelben Beife gu, wie bies gegen einen gerichtlich angelegten Arreft guluffig ift.

Berordnung, betreffend bas Berwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Gelbbeträgen, v. 7. Sept. 1879. (GS. S. 591.)

§. 85. (Sannover.)

§. 86. (Seffen=Raffau.)

§. 73. (Weftfalen.)

§. 73. (Rheinproving.)

§. 116. (Schleswig-Bolftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 128 a.

Legung, Prüfung, Feststellung und Entlastung ber Nahresrechnung.

§. 129. (Oftprovingen.)

Die Jahresrechnung ist von dem Rendanten der Kreistommunalkasse innerhalb der ersten vier Monate nach Schluß des Rechnungsjahres zu legen und dem Kreisausschusse einzureichen. Dieser hat die Rechnung zu revidiren, solche mit seinen Erinnerungen und Besmerkungen dem Kreistage zur Prüfung, Feststellung und Entlastung einzureichen und demnächst einen Rechnungsauszug zu veröffentlichen. Der Kreistag ist befugt, diese Prüfung durch eine hiermit zu beauftragende Kommission bewirken zu lassen.

Gine Abschrift bes Feststellungsbeschlusses ift sofort bem Regierungsprafibenten porquiegen.

Ueberschrift und §. 86. (Hannover.) Ueberschrift und §. 87. (Heffen-Rassau.). Derselbe Wortlaut wie bei I &. 129. Neberschrift und §. 74. (Weftfalen.) Neberschrift und §. 74. (Rheinproving.) Neberschrift und §. 117. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 129.

Bierter Abicnitt.

Non dem Areisausschusse, seiner Ausammensehung und seinen Geschäften in der Areiskommunal- und allgemeinen Landesverwaltung.

Die Stellung bes Rreisausschuffes im Allgemeinen.

§. 130. (Oftprovingen.)

Bum Iwecke ber Berwaltung 1) ber Angelegenheiten bes Kreises und ber Wahrnehmung von Geschäften ber allgemeinen Landesverwaltung wird ein Kreisausschuß 2) bestellt.

- 1) Da ber Areisausicus nur von Beit zu Beit zusammentritt, hat in ber Zwijchenzeit ber Lanbrath bie Geschäfte zu führen (§ 137).
 - 9) Der Rreisausiduß ift:
 - a) tommungles Bermaltungsorgan bes Breisperbanbes,
 - b) begutachtenbes Organ beffelben,
- o) Befculugbeborbe in Sachen ber allgemeinen Lanbesber-waltung,
 - d) Rreisberwaltungsgericht gemäß §§ 7 unb 50 ff. b. 2BG.
 - e) Balbidutgericht auf Grund bes Gef. b. 6. Juli 1875.

Ueberschrift und §. 87. (Sannover.)

Ueberschrift und §. 88. (Seffen - Raffau.)

Ueberschrift und §. 75. (Beststalen.)

Ueberschrift und §. 75. (Rheinproving.) Ueberschrift und §. 118. (Schleswig-Holftein.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 130.

Die Bufammenfehung beffelben.

§. 131. (Oftprovingen.)

Der Kreisausschuß besteht aus dem Landrathe und sechs Mitgliedern, welche von der Kreisversammlung aus der Zahl der Kreisangehörigen nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden. Für die Wählbarteit gelten die im §. 96 1) für die Wahlberechtigung gegebenen Bestimmungen.

Seistliche, Kirchenbiener und Elementarlehrer können nicht Mitglieder des Kreisausschuffes sein; richterliche Besamte, zu denen jedoch die technischen Mitglieder der Handels:,2) Gewerdes und ähnlicher Gerichte nicht zu zählen sind, nur mit Genehmigung des vorgesetzten Misnisters.2)

- 1) Die Wählbarkeit zum Mitgliebe bes Arelsausschuffes seit bas Borhandensein berjenigen persönlichen Eigenschaften voraus, welche ber § 96 hinsichtlich ber Wahlberechtigung für die Wahl zum Areistage im Wahlverbande ber größeren Grundbestger vorschreibt; b. h. Reichsangehörigkeit, Selbstftändigkeit und Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte. (Erl. d. Min. d. J. v. 27. Okt. 1873, MBL S. 299.)
- 9) An Stelle ber Hanbelsgerichte find gemäß §§ 100 ff. b. GBG. b. 27. Jan. 1877 (MGBL S. 41) bie Kammern für Hanbelssachen getreten.
- 3) In der Proving Westfalen sind die ein besoldetes, der Aufsich des Landraths unterstelltes Amt bekleibenden Personen als Sinwohner einer zum Wahlverbande der Städte gehörigen Gemeinde, wenn sie das Bürgerrecht bezw. das Gemeinderecht bestigen, wie zu Kreistagsabgeordneten im Wahlverbande der Städte, so auch zu Kreistassschußmitgliedern wählbar. (Urth. d. OBG. v. 18. Juni 1889, Enisch. St. XVIII S. 7.)

Ueberschrift und §. 88. (Sannover.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 131, nur Allegat: "§. 52".

Ueberschrift und §. 89. (Seffen-Raffan.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 131, nur Allegat: "§. 53".

Ueberschrift und §. 76. (Weftfalen.)

Ueberschrift und §. 76. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 131, nur Allegat: "§. 50".

Ueberschrift und §. 119. (Schleswig-Holfein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 131, nur Allegat: "§. 82".

Beftellung eines Synbitus.

§. 132. (Oftprovingen.)

Der Kreistag kann nach Bebürfniß einen Synbikus bestellen, welcher die Befähigung zum höheren Richteramte besitzt. Derselbe nimmt an den Sitzungen mit berathender Stimme Kheil.

Der Synbitus wird fatultatib ju ben Sigungen bes Rreisausfouffes und bes Rreistages jugugieben fein.

Ueberichrift und &. 89. (Sannover.)

Ueberschrift und §. 90. (Seffen - Raffan.)

Ueberschrift und §. 77. (Westfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 132, es fällt nur das Wort "höheren" vor Richteramte fort.

Ueberschrift und §. 77. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 132, es fällt nur das Bort "höheren" vor Richteramte fort.

Ueberschrift und §. 120. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 132.

Amtsbauer, Bereibigung unb Dienftvergeben ber Ansichufmitglieber.

§. 133. (Oftprovingen.)

Die Bahl ber Ausschufmitglieber erfolgt auf fechs Jahre mit ber Maggabe, daß bei Ablauf ber Bablveriode die Mitgliedschaft im Ausschuffe bis zur Wahl bes Nachfolgers fortbauert. Alle zwei Jahre icheibet ein Drittel ber Mitglieber aus. Die bas erfte Mal Ausicheibenben werben burch bas Loos beftimmt.1) Die Ausgeschiebenen2) können wiebergewählt werben. Jebe Bahl verliert ihre Wirtung mit bem Aufhören einer ber für bie Bablbarteit porgeschriebenen Bebingungen. Der Rreisausiduß hat barüber zu beschließen, ob biefer Rall eingetreten ift. Begen ben Beidluß bes Rreisausichuffes findet innerhalb zwei Wochen die Rlage bei bem Bezirtsausschuffe ftatt. Die Rlage fteht auch bem Borfitenben bes Rreisausschuffes zu. Diefelbe hat teine aufschiebenbe Birtung; jeboch bürfen bis jur rechtstraftigen Enticheis bung Ersatmahlen nicht ftattfinden. Für bas Streitverfabren fann ber Rreisausichuß einen besonderen Bertreter beftellen.

Die Ausschufmitglieber werben vom Borfigenben

vereidigt. Sie können nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 32 3) des Gesets über die Organisation der alls gemeinen Landesverwaltung im Wege des Disziplinars verfahrens ihrer Stellen enthoben werden. 4)

- 1) a) Die Austoofung berjenigen Areisausschußmitglieber, welche nach Ablauf von zwei bezw. vier Jahren nach Einführung ber Areisordnung ausscheiben, erfolgt auf dem Areistage. Das Loos wird von der Hand des Landraths gezogen.
- b) Die Bahl ber Rachfolger finbet auf einem neuen Rreistage ftatt.
- 0) Diefes Berfahren ist bei den noch ausstehenden Wahlen zur Anwendung zu bringen. (Cirk. d. Min. d. J. d. 20. März 1876, MBC. S. 98.)
- 9) Gin freiwilliges Ausscheiben ift auch im Laufe bes Disziplinarberfahrens zulässig mit bem Erfolge, bag auf Enthebung von bem Amte nicht niebr erkannt werben kann.

Die wirksame Lösung des Amtsberhältnisse als Kreisausschußmitglied durch Rieberlegung des Amtes hat zur Boraussetzung, daß die Entlassung del berjenigen Instanz nachgesucht wird, don welcher die Besetzung des Amtes abhängig ist, d. i. die Kreisbersammlung. (Wienensich. d. DBG. d. L. 26. Mai 1883. Entlich. Bd. X. S. 370.)

- 9) § 39 b. Gef. lautet: Die gewählten Mitglieber bes Kreisaussichuffes tonnen aus Gründen, welche bie Entfernung eines Beamten aus seinem Amte rechtfertigen (§ 2 b. Gef. v. 21. Juli 1852, betr. bie Dienstvergehen ber nicht richterlichen Beamten), im Wege bes Diszliplinarverfahrens ihrer Stelle enthoben worben.
 - § 2 bes Wefeges vom 21. Juli 1852:

Gin Beamter, welcher

- 1) bie Bflichten verlett, bie ihm fein Umt auferlegt, ober
- 2) fich burch fein Berhalten in ober außer bem Amte ber Achtung, bes Anfehens ober bes Bertrauens, bie fein Beruf erforbert, unwurdig geigt.

unterliegt ben Borfdriften biefes Gefetes.

4) Die Rreisaumbugmitglieber tonnen alfo im Wege bes

Disziplinarverfahrens ihrer Stellen enthoben, aber nicht mit Orbnungsftrafen belegt werben.

Ueberschrift und §. 90. (Sannover.)

Absat 1 berselbe Wortlaut wie bei I & 133, nur britter Sat: "Die das erste und zweite Ral" u. s. w., dann:

Die Ausschufmitglieder werden von dem Borfitzenden vereidigt. Wird die Gidesleiftung von einem Ausschufzmitgliede abgelehnt, so ift an bessen Stelle ein Ausschufzmitglied von dem Oberpräsidenten zu ernennen.

Die Ausschußmitglieber können u. f. w. berselbe Worts laut wie bei I §. 133.

Ueberidrift und S. 91. (Seffen-Raffan.)

Absat 1 berselbe Wortlaut wie bei I §. 133, nur britter Satz: "Die bas erste und zweite Ral" u. s. w.

Die Ausschuffmitglieber werben von bem Borsitzenben vereidigt. Die Ausschuffmitglieber konnen u. s. w. bersfelbe Wortlaut wie bei I & 133.

Ueberschrift und §. 78. (Westfalen.)

lleberschrift und §. 78. (Rheinproving.)

Derselbe Wortlaut wie bei III §. 91.

Ueberschrift und §. 121. (Schleswig-Holstein.) Derselbe Wortlaut wie bei I & 133.

Die Geschäfte bes Kreisansschuffes in ber Kreiskommunal- und in ber allgemeinen Lanbesverwaltung.

§. 134. (Oftprovingen.)

Der Rreisausidus bat:

1) die Beschluffe bes Kreistages worzubereiten 1) und

auszuführen, soweit bamit nicht besonbere Kommissionen, Rommissarien ober Beamte burch Geset ober Kreistagsbeschluß beauftragt werben;

- 2) die Kreisangelegenheiten 2) nach Maßgabe der Geseiste und der Beschläffe des Kreistages, sowie in Semäßheit des von diesem festzustellenden Kreisshaushalts-Stats zu verwalten;3)
- 3) bie Beamten bes Kreises zu ernennen 1) und beren Geschäftsführung zu leiten und zu beaufsichtigen.

Sinsichtlich ber Besetung ber Kreisbeamtensstellen mit Militärinvaliben der gelten bie in Anssehung ber Stäbte erlassen Borschriften; hinssichtlich ber Dienstvergehen der Kreisbeamten sinden die Bestimmungen des §. 68 mit der Maßegabe Anwendung, daß das Recht zur Berhängung von Ordnungsftrasen auch dem Landrathe zusteht;

- 4) sein Gutachten über alle Angelegenheiten abzugeben, welche ihm von ben Staatsbehörben überwiesen werben:
- 5) biejenigen Geschäfte ber allgemeinen Lanbesvers waltung zu führen, welche ihm burch Geset überstragen werben.
- 1) Rur die Borbereitung von Kreistagsbeschlüssen liegt bem Kreisausschusse ob, nicht aber die Beschluftassung darüber, welche Gegenstände auf die Tagesordnung für den Kreistag zu bringen sind, letzteres ift Aufgabe des Landraths. (MR. v. 29. Mai 1875.)
- 9) Rach außen bin bebarf ber Areisausichuf gur Erhebung einer Rlage im Berwaltungsftreitberfahren rudfichtlich ber ihm übertragenen Bermaltung ber Areisangelegenheiten nicht noch einer

besonberen Legitimation seitens bes Areistages. (Urth. b. DBG. v. 27. Auni 1888, I S. 757.)

*) Der Kreisausschuß ist berechtigt, gegen eine Stabtgemeinbe, die den ihr zur Abführung im Ganzen überwiesenen Antheil an den Kreisabgaden auf den Kämmereisonds übernommen hat, demnächt noch eine Nachsorburung bereffs einzelner dei der früheren derteillung übergangener Censtien (Forensen) des Stadtbezirtes zu erheben, aber nur für das Kalenderjahr, in welchem die Nachsorderung geltend gemacht wird, (Urih, d. OBG, v. 7. Oft. 1878, Entsch. Bd. IV S. 52, und v. 9. Dez. 1878, Entsch. Bd. IV S. 55.)

Die Beschlutzassung bes Streistages, Borausteistungen für den Wegebau von den Gewerbetreibenden verlangen zu wollen, ist nothwendige Boraussehung der Erhebung des Anspruches seitens des Preises als Wegebaupstichtigen durch den Preistag. (Urth. d. DBG. d. 1. Rod. 1892, Entsch. Bd. XXIII S. 222.)

4) Der Kreisausschuß hat 3. B. den Rendanten und Kontroleur einer Kreissparkasse zu ernennen. (Erl. b. Min. d. J. v. 5. März 1876. WBL S. 109.)

Bet Benflonirung ber Areisbeamten wird die Militärdienstgeit nur dann in Berechnung kommen können, wenn das bei der Anstellung der Beamten im Areiskommunaldienste ausdrücklich berabredet worden ist. (Erl. d. Min. d. J. v. 17. Dezember 1867, RBL 1868 S. 186.)

- 3) Jest Gefet, betreffend die Besetzung ber Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Berwaltung der Kommunalberbande mit Militäranwärtern v. 21. Juli 1892 (GS. S. 214), in Kraft getreten am 1. Oft. 1892, mit folgenden Bestimmungen:
- § 1. Die Subaltern- und Unterbeamtenstellen in ber Berwaltung ber Rommunalverbände, jedoch ausschließlich ber Forstverwaltung, find gemäß ber nachstehenden Bestimmungen mit Militäranwärtern zu befeben.

Millicranwärter im Sinne biefes Gefetes ift jeber bem Preubischen Staate angehörige und aus bem Preußischen Reichsmillichtontingente hervorgegangene Inhaber bes Civilversorgungsscheins. Die unter Preußischer Berwaltung stehenden außervreußlichen

Rontingente und bie Raiferliche Marine find in biefer Begiebung bem Breuhifden Rontingente gleichgestellt. *)

*) Belde Beamtenftellen als Subaltern- und Unterbeamtenftellen au erachten finb. ift, fofern Ameifel in biefer Begiebung befteben, im Allgemeinen aus ber Anglogie ber Reftfetungen über bie ben Militaranmartern im Breukifden Staatsbienfte borbebaltenen Stellen au beantworten, insbesonbere im Sinblid auf bas burd ben Allerh, Erl. b. 30. Runi 1885 (MBI. S. 165) genebmigte Stellenbergeichnift und beffen Rachtrage. Mus bem Umftanbe, baf im 6 5 bes Befetes auf bie finngemake Rugrunbelegung ber für bie Reiche- und Staatsbehörben jeweilig geltenben Stellenverzeich. niffe für ben Rall biefes Bargaraphen ausbrucklich bingewiefen worben ift, barf nicht gefolgert werben, bak bie Stellenverzeichniffe bei ber Musführung ber 66 3-4 unb 6 bes Befetes nicht gleichfalls finngemaß zu bermertben feien. Infomeit auch auf biefem Bege au einem Ergebniffe nicht au gelangen ift, wirb grunbfaslich babon auszugeben fein, baf biefenigen Stellen, beren Inhabern eine felbftfranbige Bermaltung übertragen ift, au ben Subaltern- und Unterbeamtenftellen nicht zu rechnen finb. Gs gilt bies beispielsmeife bon ben Stellen ber Borfteber ber Irren. Beil- und Bflegeanftalten. ber Blinben., Taubftummen., Befferungs- und Erziehungsanftalten. ber tommunalen Rur- und Babeetabliffements, ferner ber Braubbireftoren, Stanbesbeamten, Boligei-Anspettoren und .Rommiffare.

Soweit hiernach bas Gefet auf Beamtenftellen überhaupt Anwendung findet, ift es unerheblich, ob bie Stellen etatsmäßige ober nicht etatsmäßige finb.

Anlangend die Frage, welche Berbände als Kommunalberbände im Sinne des § 1 zu gelten haben, so gehören zu denselben nicht nur die Land- und Stadtgemeinden, die Kreise und Krovinzen, sondern namentlich auch die in den alten Provinzen noch deskehenden kommunalständischen Berbände und die landschaftlichen Berbände in der Provinz Hannover, die hohensolernschen Amtsverbände, die Bezirksverbände der Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden, der hohenzolernsche und lauendurgische Landeskommunalverband, ferner die aus Gemeinden bezw. aus Gemeinden und

- § 2. Die Subaltern- und Unterbeamtenstellen in benjenigen Landgemeinden und ländlichen Kommunalverbänden, welche weuiger als 2000 Einwohner haben, unterliegen den Borschriften diese Gesehs nicht. Es tönnen jedoch bezüglich der Kriegsinvaliden durch Königliche Berordnung, von welcher dem Landtage dei seinem nächsten Zusammentritt Mitthellung zu machen ist, die Subalternund Unterbeamtenstellen in diesen Landgemeinden und Kommunalberbänden der Korschrift des 6 1 unterworfen werden.
 - 6 3. Musichlichlich mit Militaranwartern finb au befeben :
 - 1) bie Stellen im Rangleibienfte") einfolieglich berjenigen ber

Gutsbezirken für bestimmte kommunale Zwede gebilbeten Berbanbe, bie Gefammtarmenverbanbe und Wegeverbanbe, bie Bürgermeistereien in ber Rheinprobing, bie Aemter in Westfalen, bie Zwedberbäube im Sinne ber §§ 128 ff. b. LGO. v. 3. Juli 1891, — nicht bagegen bie lanbichaftlichen Krebitverbanbe.

Im Uebrigen muß baran sestigehalten werben, daß das Geset, nur von Beamten in der Berwaltung der Kommunalverbände spricht. Das Geset, sindet somit keine Anwendung auf die Stellen solcher Bersonen, welche, wie dies 3. B. in der Rheinprodinz und in Westfalen nicht selten der Fall ist, lediglich in einem personlichen Dienstverhältenisse au dem an der Spise des Kommunalverbandes Kehenden Beanten sich besinden und für die Besorgung von Geschäften in der diesem Beanten übertragenen sommunalen Berwaltung aus dem demselben bewilligten Kostenaversum besoldet werden.

Unter Militäranwärter ift nur ein solcher Inhaber bes Civilversorgungsscheins zu verftehen, welcher dem Breußischen Staate angehört und aus dem Breußischen Reichsmilitärkontingent hervorgegangen ift. (Cirk. b. Min. b. J. v. 30. Sept. 1892, MBI. S. 285.)

*) Bu ben Stellen im Kangleibienst gehören auch biejenigen, beren Insaber außer bem Schreibwerte nebenbei und in geringerem Umfange auch sonstige Dienste zu beforgen haben, wogegen zu biefen Stellen biejenigen nicht gehören, beren Inhaber nur nebenbei noch zur Beforgung bes Schreibwerts und ber bamit zusammenhängenben Dienstverzichtungen herangezogen werden.

Lohnschreiber,*) soweit beren Inhabern die Beforgung bes Schreibwerks und ber bamit zusammenhängenben Dienstberrichtungen obliegt,

- 2) fammtliche Stellen, beren Obliegenheiten im Befentlichen in mechanischen Dienftleiftungen befteben. **)
- § 4. Minbeftens gur Salfte mit Militaranwartern find gu befeben bie Stellen ber Subalternbeamten im Bureaubienft,***) jeboch
 mit Ausnahme
- 1) berjenigen Stellen, für welche eine befonbere wiffenschaftliche ober technische Borbilbung erforbert wirb, ?)

Entscheidend ift nicht der Titel, der einem Beamten gegeben, sondern die Funktionen, welche der Stelleninhaber zu erfüllen hat. Daraus erglebt sich, daß die Stellen solcher Stadisekreitre, die, wie es vielfach in Neineren Kommunalberbänden der Fall is, bornehmich mit den untergeordneten Geschäften im Bureaublenst beauftragt find. nicht zu benjenigen gerechnet werden dürfen, die nur im Wege des Aufrückens zu erlangen sind, daß dieselben den Millitäranwärtern

^{*)} Die Borichrift wegen ber Robnichreiber findet teine Anwenbung auf junge Leute, bie zwar beim Schreibwert auch gegen eine maßige Bergutung beschäftigt werben, inbessen ber hauptsache nach boch nur, um fitr ben fpateren Dienst als Subalternbeamte borbereitet zu werben.

^{**)} und feine technifden Renniniffe erforbern.

Die Frage, ob Polizeiwachtmeister- und Sergeantenstellen mit Militäranwärtern zu besehen, bleibt offen. (Cirk. b. Min. b. J. v. 30. Sept. 1892, MBI. S. 285.)

^{***)} Es gehören hierhin namentlich bie Stellen im Journal., Registratur., Expeditions., Kalkulatur- und Raffendienst.

^{†)} Bu biefen Stellen sind biejenigen ber Sekretare in größeren Kommunalberwaltungen, insbesondere auch ber Kreisausichußsekretäre ebenso wenig zu rechnen, wie die Sekretare bei bem Oberpräsidenten und ben Regierungen. Dagegen werden bie beregten Stellen gleich den Stellen ber Sekretare bei ben Regierungen u. f. w. ben Militäranwärtern nur im Wege bes Aufrückens zugänglich zu machen sein.

- 2) ber Stellen berjenigen Raffenborfteber, welche eigene Rechnung zu legen haben, sowie berjenigen Raffenbeamten,*) welche Raffengelber einzunehmen, ju berwahren ober auszugeben haben,
- § 5. In welchem Umfange die nicht unter die §§ 3 und 4 fallenden Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militäranwärtern zu besehen sind, ist unter Berücksichtigung der Anforderungen des Dienstes und unter sinngemäßer Zugrundelegung der für die Reichs und Staatsbehörden jeweilig geltenden Berzeichnisse über die den Militäranwärtern dorbehaltenen Stellen zu bestimmen. **)
- § 6. Insoweit in Ausführung ber §§ 4 und 5 einzelne Rlaffen von Subaltern und Unterbeamtenstellen ben Militäranwärtern nicht minbestens zur Hälfte vorbehalten werben können, hat nach Möglichkeit ein Ausgleich in ber Weise stattzussinden, daß andere berartige Stellen besselben Rommunalverbandes in entsprechenber Zahl und Besoldung vorbehalten werden.**)

vielmehr ohne eine folche Einschränfung jugänglich gehalten werben muffen.

Bezüglich ber eigenartigen Stellen ber Stabtfekretare in ber Probing Hannover (§§ 41, 46, 56 ber bortigen Stäbteorb. v. 24. Juni 1858) berbleibt es auch welterhin babei, baß biefelben mit Militaranwärtern nicht zu besetzen finb.

- *) Gegenbuchführer in ber Proving Bestifalen fallen unter die Ausnahmebestimmung, wenn sie Kassengelber einzunehmen, zu verwahren ober auszugeben haben. (Cirk v. 30. Sept. 1892, MBL S. 285.)
- **) Bei der Ausführung des Gefețes wird darauf zu halten sein, daß, wo wegen der Berschlebenheiten der Berwaltungen und deren Aufgaben die Anforderungen des Dienstes und die sinngemäße Zugrundelegung der Berzeichnisse sind nicht ohne Weiteres decken, die Anforderungen des Dienstes in erster Linie zu berücksichtigen sind. (Cirt. d. Min. d. J. d. 30. Sept. 1899, MBI. S. 285.)
- ***) Beispiel: Sätte eine Kommune 3. B. in einer Klaffe 10 Stellen 3u vergeben, von benen 6 unter § 3 ober eventuell unter § 4 fielen, bann verbleiben noch 4 Stellen, auf welche nach § 3 Militäranwärter und Civilpersonen gleiches Recht hätten. Bon ben fämmtlichen

Unter einer Alasse im Sinne bieses Gesetes ift die Gesammtheit ber bei einem kommunalen Berbande beschäftigten Beamten zu verstehen, beren bienstliche Obliegenheiten ihrer Natur nach im Wesentlichen bieselben finb.

Enthält eine Rlaffe nur eine Stelle, fo bleibt biefelbe ben Militaranwärtern vorbehalten ober verfagt, je nachbem fie unter Berüdsichtigung ber Anforberungen bes Dienftes jur Befetjung mit einem Militaranwärter geeignet ober nicht geeignet ift.*)

- § 7. Die ben Militaranwartern vorbehaltenen Stellen tonnen berlieben werben:
- 1) an Offiziere und Decoffiziere, welchen beim Ausschein aus bem aktiven Dienste bie Aussicht auf Anstellung im Civildienste verlieben worden ift:
- 2) ehemaligen Militäranwärtern, welche fich in einer auf Grund ihrer Berforgungsansprüche erworbenen etatsmäßigen Anftellung befinden ober in Folge eingetretener Dienftunfähigkeit in ben Rubestand verfest worben find:
- 3) ehemaligen Militärpersonen, welchen ber Civilversorgungsichein lebiglich um beswillen versagt worben ist, weil sie sich nicht
 fortgefett gut geführt haben und welchen gemäß einer von ber
 zuständigen Militärbehörbe ihnen später ertheilten Bescheinigung
 eine ben Militäranwärtern im Reichs- ober Staatsbienste vorbehaltene Sielle übertragen werben barf;
- 4) fonftigen Berfonen, benen bie Berechtigung zu einer Unftellung lanbesberrlich verlieben worben ift;
 - 5) folchen Beamten und Bebienfteten **) bes betreffenden Rom-
- 10 Stellen erhalten bie Militäranwärter nur 2. Diefe Sarte gu milbern, foll burch § 5 bie Möglichkeit eines Ausgleiches geschaffen werben, so gwar, baß ben Militäranwärtern von ben verbleibenben 4 Stellen möglichft 3 ober auch sonstige geeignete Stellen in andern Rlassen überlassen werben.
- *) Bon ben Aufsichtsbehörben wird ein für allemal festgustellen sein, ob eine Stelle ben Militäranwärtern vorzubehalten sei ober nicht. (KomBer. b. AbgQ. S. 14.)
- **) Unter ben "Bebienfteten" finb folde Berfonen gu berfteben, bie burd Pribatbertrag in ben Rommunalbienft aufgenommen

munalverbandes, welche für ihren Dienst unbrauchbar ober entbehrlich geworden sind und einstwellig oder dauernd in den Auhestand verleht werden müßten, wenn ihnen nicht eine den Militäranwärtern borbehaltene Stelle verlieben würde.

§ 8. Stellen, welche ben Militäranwärtern nur theilweise (zur Sälfte. zu einem Dritttheil u. s. w.) vorbehalten find, werden bet eintretenben Batangen in einer bem Antheilsversällinis entsprechenden Beihenfolge*) mit Militäranwärtern ober Civilpersonen beseth, und zwar ohne Midflicht auf die Zahl der zur Zeit der Beseing thatsädlich mit Militäranwärtern und Civilpersonen beseihen Stellen.

Wird die Reihenfolge auf Grund des § 7 unterbrochen ober wird in Folge des § 7 Ar. 5 eine ausschließlich mit Militäranwärtern zu besetzende Stelle mit einem Bediensteten des Kommunalverbandes besetzt, so ist eine Ausgleichung herbeizuführen. Dabei sind Personen, deren Anstellung auf Grund des § 7 Ar. 4 und erfolgt, als Civilpersonen, Bersonen, deren Anstellung auf Grund des § 7 Ar. 1 bis 3 erfolgt, als Militäranwärter in Anrechnung zu bringen.

In der Berfetung ober Beförderung eines besolbeten Subaltern- ober Unterbeamten auf eine andere nicht ausschließlich mit Militäranwärtern zu besetzende besolbete Subaltern- ober Unter-

sind. Es soll den Kommunalverbänden die Möglichkeit gewährt werden, solche Bersonen, die zur ferneren Berrichtung eines vielleicht anstrengenden, besondere körperliche Tüchtigkeit erfordernden Dienstes untauglich geworden sind, in leichteren Stellen noch zu verwenden, die an sich mit Militäranwärtern zu besetzen sein würden Bracht ein Kommunalverband von dem ihm hiernach gewährten Rechte Gebrauch, so hat jedoch gemäß § 8 Abs. 2 die dort angeordnete Ausgleichung zu erfolgen. (Cirk. v. 30. Sept. 1892, MBI. S. 285.)

^{*)} Also in benjenigen Fällen, in welchen die Sälfte der Stellen ben Militäranmärtern vorbehalten ift, abwechselnd mit Militäranmärtern und Civilpersonen. Die Bedeutung dieser Borschrift tritt klar zu Tage, sobald beispielsweise der Fall berücksicht wird, daß die Zahl der Stellen, welche ben Militäranwärtern zur Hälfte vorbehalten, eine ungerade ift.

beamtenstelle besselben Kommunalverbandes sind die Kommunalverbände nicht beschränkt. Wären die auf solche Weise mit einer Civilperson besetzten Stellen der bestehenden Reihenfolge nach mit einem Militäranwärter zu besetzen gewesen, so ist eine Ausgleichung berbeizuführen.")

§ 9. Die Militäranwärter **) haben fich um bie von ihnen begehrten Stellen bei ben Anftellungsbehörben zu bewerben.

Sie find gur Bewerbung vor ober nach ber Stellenerlebigung so lange berechtigt, als fie noch nicht eine etatsmäßige Stelle erlangt und angetreten haben, mit welcher ein penfionsfähiges Diensteinkommen von mindeftens 900 Mart berbunden ift. Bewerbungen um Stellen, welche nur im Bege bes Aufrüdens zu erlangen find, werben jedoch bierdurch nicht ausgeschlossen.

§ 10. Bewerbungen um noch nicht frei geworbene Stellen find allfährlich jum 1. Dez. ju erneuern, wibrigenfalls biefelben als erslochen gelten.***)

Im Uebrigen kann es nicht zweifelhaft fein. baß, wenn Stellen ben Militäranwärtern, beispielsweise zur Halfte vorbehalten sind, und eine vakant gewordene Stelle, welche nach der bestehnden Reihenfolge mit einem Militäranwärter zu besetzen sein würde, mit einer Civilperson besetz wird, weil die Bestehung mit einen Militäranwärter mangels einer Bewerbung nicht aussilhten ist, die nächte frei werdende Stelle wiederum mit einer Civilperson besetzt werden darf. (Cirk. d. 30. Sept. 1892, MBL. S. 285.)

^{*)} Abf. 3 foll ben befonberen Intereffen ber Kommunalverbande Rechnung tragen, welche es für blefe Berbanbe mitunter wünschenswerth machen, an bie Innehaltung ber Regel bei Befehung einer Stelle nicht unter allen Umftanben gebunden au fein.

^{**)} Militäranwärtern, beren Civilversorgungsschein abhanden gestommen ist, wird ein neuer Schein nicht ausgesertigt, sondern nur eine Bescheinigung von dem Generalkommando ertheilt, daß und wann ihnen ein Bersorgungsschein ausgestellt ist. (Cirk. d. 30. Sept. 1892, WBI. S. 285.)

^{***)} Bei ber Benachrichtigung über bie erfolgte Rottrung find bie Militaranwarter hierauf mit bem Bemerten hinguweifen, bag bie

§ 11. Stellen, welche mit Militäranwärtern zu befeten find, muffen im Falle ber Erlebigung, und wenn teine Bewerbungen von Militäranwärtern für biefelben borliegen, seitens ber Anftellungsbehörbe ber zuständigen Militärbehörde behufs ber Befanntmachung mittelst Ginreichung einer Nachweisung bezeichnet werben.")

Ift innerhalb fechs Wochen nach ber Bekanntmachung eine Bewerbung bei ber Anftellungsbehörbe nicht eingegangen, so hat biefelbe in ber Stellenbesetzung freie Danb.

§ 12. Die ben Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen dürfen, außer in dem Falle des § 7, mit anderen Personen nicht besetzt werden, sosen, sos

. Bu borübergehenber Beschäftigung **) als hilfsarbeiter ober Bertreter tonnen jeboch auch Richtversorgungsberechtigte angenommen werben.

In Anfehung berjenigen bienftlichen Berrichtungen, für welche wegen ihres geringen, bie volle Zeit und Thätigkeit eines Beamten nicht in Anspruch nehmenben Umfanges und ber Geringfügigkeit ber bamit verbundenen Remuneration besondere Beamte nicht an-

Erneuerung behufs Bermeibung bes angegebenen Rachtheils alljährlich bis jum 1. Dez., bas erfte Mal bis zum 1. Dez. bes auf bie Notirung folgenben Kalenberjahres, bei ber Anstellungsbehörbe eingegangen sein muß. (Cirk. b. 30. Sept. 1892, MBI. S. 285.)

*) Die Bezeichnung hat nachträglich zu erfolgen, wenn eine borliegende Bewerdung nicht zur Befetzung der Stelle mit einem Militäranwärter geführt hat, eiwa aus dem Grunde, weil der Bewerber zurückgetreten ist oder bei Anstellung auf Probe sich nicht als befähigt erwiesen hat. (Cirk. b. 30. Sept. 1892, MBI. S. 285.)

**) Die vorübergehende Befchäftigung Richtverforgungsberechtigter barf fich aber nicht zu einer Umgehung der Borschriften bes Gefehes geftalten, nach welchen Bersorgungsberechtigte anzuftellen find,

genommen, welche bielmehr an Brivatpersonen, an andere Beamte als Redenbeschäftigung ober an verabschiebete Beamte übertragen zu werben pflegen, behält es hierbei sein Bewenben. Wenn sich jeboch Militäranwärter ohne Aufforberung zu solchen bienftlichen Berrichtungen melben, so sind dieselben vorzugsweise zu berückstägtigen.

§ 13. Die Anftellungsbehörben find jur Berudflichtigung von Bewerbungen nur bann verpflichtet, wenn bie Bewerber eine gentigente Befähigung *) für die fragliche Stelle bezw. ben fraglichen Dienfisweig nachweifen. Darüber, ob ber Bewerber gentigende Befühigung befist, entschiebet auf Beschwerbe bie ftaatliche Aufflichtsbehörbe.

Sind für gewisse Dienststellen ober für gewisse Gattungen von Dienststellen befondere Brüfungen (Borprüsungen) borgeichrieden, so hat der Militäranwärter auch diese Brüfungen abzulegen. ") Auch fann, wenn die Eigenthümlichkeit des Dienstzweiges dies erheisch, die Ausstung zu dieser Prüfung oder die Annahme der Bewerdung überhaupt von einer vorgängigen informatorischen Beschäftigung in dem betreffenden Dienstzweige abhängig gemacht werden, welche in der Regel nicht über dies Monate auszubehnen ist. Ueber die Aussichsein ist. Ueber die Aussichseine in die Aussichen ließe Aussich diese Aussich die Aussich die Aussich die Aussich die Aufschäftigung entschebet die kaatliche Aufschäbebörde. Die Anstellung eines einberusenen Militär-

^{*)} Die genügenbe Befähigung begreift bie ausreichenbe torper-

^{**)} Dat zur Beurthellung ber Befähigung eine Brüfung stattgefunden, deren Ergebniß für den Bewerber ungünstig ausgefallen ist, so wird die Entschedung der Aufschläbehörde nur auf der Grundlage des psichtmäßigen Ermesens der Brüfungsbehörde erfolgen Ihnnen. Daß bei den abzulegenden Prüfungen an die Militäranwärter keine höberen Ansorberungen gestellt werden dürfen, als an andere Anwärter, wird kaun einer besonderen Dervordebung bedürfen. Stellenanwärter, welche sich noch im aktiven Militärdienst besinden, werden auf Beranlasiung der Anstellungsbehörde durch die vorgesehte Militärbehörde für die Dauer der Probezeit bezw. informatorischen Beschäftigung abkommandirt. (Cirk. d. 30. Sept. 1892, NRBL S. 385.)

anwärters kann zunächft auf Probe erfolgen ober von einer Probebienstleistung abhängig gemacht werben. Die Probezeit darf vordehaltlich der Abküraung bei früher nachgewiesener Besähigung in der Regel höchens 6 Monate, für den Dienst der Straßen- und Wassenberwaltung, mit Aussichluß der im § 3 bezeichneten Stellen, ein Jahr betragen. Danbelt es sich um Anstellungen im Bureau- oder Kassenblenst, so kann die Probezeit mit Genehmigung der staatlichen Aussichtsbehörbe unter Zustimmung der zuständigen Militärbehörbe ausnahmswelse bis auf die Dauer eines Jahres verlängert werden. Während der Anstellung auf Probe ist dem Anwärter das
bolle Stelleneinkommen, während der Probedienstleistung eine fortlaufende Remuneration von nicht weniger als Dreiviertheil des
Stelleneinkommens zu gewähren.

- § 14. Welche Subaltern- und Unterbeamtenstellen und, gegebenen Falls, in welcher Angahl biefelben gemäß den vorstehenden Bestimmungen den Militäranwärtern vorzubehalten sind, hat die Kommunalaufsichtsbebörde festzukellen. Gegen diese Festikellung ist die Beschwerbe zulässig. Stellen. wegen deren eine solche Festikellung noch nicht stattgefunden hat, dürsen, insosern nicht Militäranwärter zur Anstellung gelangen, oder das in diesem Gesehe sänglich der Beschung der Stellen mit Militäranwärtern vorgeschriebene Berfahren erledigt ist, dis zu der ersolgten Festikung nur widerrussich vorsenen. Die Anstellungsverhälnisse der Insaber von solchen Stellen, welche gemäß den vorstehenden Bestimmungen den Militäranwärtern vorzubehalten, dagegen ohne Berlehung der bisherigen Bestimmungen an nicht Bertorgungsberechtigte überragen worden sind, bleiben hierdurch unberihrt. Gleichfalls unberührt bleiben bereits erworben Ansprücke dom Militäranwärtern.
- § 15. Sind bei bem Intraftireten biefes Gefehes Civilpersonen seit minbestens brei Jahren in Stellen, welche benielben nach bem bisherigen Rechte ohne landesherrliche Berleihung der Berechtigung zu einer Anstellung nicht hätten übertragen werben durfen, so können die Civilpersonen in diesen Stellen belassen werben. Gehören biese Stellen zu benjenigen, welche gemäß ben Borschiften des gegenwärtigen Gesehes den Militäranwärtern ibeliweise vorbehalten sind, so mussen Gesehes den Militäranwärtern ben Militäranwärtern so lange

und in ununterbrochener Reihenfolge übertragen werben, bis ber ben Militäranwärtern vorbehaltene Theil erfüllt ift.

- 9) Die Uebung ber Disziplin über bie Rreisbeamten burch ben Kreisausschuß gehört nicht zu ben Kommunalangelegenheiten bes Kreises im Sinne bes § 69 b. ZusiG., sonbern ift ein Ausschuß ber Staatshoheit. (Urth. b. DBG. b. 23. Jan. 1878, Entich. Bb. III S. 55.)
- Die Disziplinargewalt über Rreiskommunalbeamte, welche bas Kreiskommunalamt als Rebenamt bekleiben und vermöge ihres Hauptamtes unmittelbare Staatsbeamte find, sieht den Organen ber Selbstverwaltung zu. (Urth. d. OBG. v. 3. Mai 1879, Entsch. Bd. V S. 41.)
- Die nach Maßgabe bes § 34 Mr. 3 festgefesten Gelbstrafen siehen zur Areiskommunalkasse. (Erl. b. Min. b. J. v. 23. März 1878, WBl. S. 46.)
- 7) Reff. b. 9. Mai 1874 (MBl. S. 119), betreffend die Zuziehung Königlicher Beamten seitens ber Areisausschüffe und Berwaltungsgerichte, bei Erledigung von Geschäften ber allgemeinen Lanbesberwaltung:

In Betreff ber Zusiehung Königlicher Beamten von Seiten ber Areisausichilfie und Berwaltungsgerichte ergeht hierburch nachftebenbe vorläufige Anweisung:

I. Die Kreisausschüffe find befugt, zur Erlebigung ber ihnen burch die KrD. b. 13. Dez. 1872 übertragenen. bezw. noch weiterhin gesehlich zu übertragenden Geschäfte der allgemeinen Landesverwaftung die Königlichen Kreis- und Rokalbeamten (Kreisbaubeamten, Kreis-Medizinalbeamten, Katasterbeamten, Oberförster, Dekonomie-Kommisfarien u. f. w.) durch Bermittelung ihrer vorgesehten Dienstheberbe als Sadversichnbige zu requiriren.

Die lettere wird biejenigen Angelegenheiten generell bezeichnen, in welchen Requifitionen unmittelbar an bie ihr untergebenen Beamten gerichtet werben burfen.

II. Soweit die genannten Beamten für Berrichtungen, welche fie im allgemeinen ftaatlichen Antereffe bleber im Auftrage ihrer vorgesehren Dienftbeborbe su vollgieben hatten, nunmehr aber anf Reauliftion bes Areikaulifchuffes bollgieben werben, eine befonbere

Bergutigung aus ber Staatstaffe nicht erhalten haben, fieht ihnen ein Anspruch hierauf auch gegen bie Rreife nicht gu.

In Zweifelsfällen enticheibet hieruber gunachft bie borgefegte Dienftbeborbe.

III. In allen übrigen Fällen haben bie genannten Staatsbeamten für Berrichtungen, welche fle auf Requifition bes Areisausschuffes vollziehen, Anspruch auf eine Bergütigung nach Maßgabe ber barüber bestehenben Bestimmungen.

In fireitigen Berwaltungssachen fallen biefe Bergutigungen (Gebühren) nach § 169 b. Ard. bem unterliegenben Theile gur Laft; in ben übrigen gur Kompeteng bes Kreisausschuffes gehörigen Angelegenheiten trägt biefelben nach § 164 a. a. D. ber Kreis.

IV. In gleicher Weise wie den Kreisausschüssen fieht auch den Berwaltungsgerichten die Befugniß au, die Königlichen Kreis- und Sofalbeamten, sowie die technischen Bezirtsbeamten (Regierungs-Bau-, Medizinal- und Forstbeamten u. f. w.) zur Erledigung der ihnen obliegenden Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung zu requiriren; jedoch mit der Maßgabe, daß die Requisition der technischen Bezirtsbeamten durch die Bermittelung des Regierungsprässenten oder des Dirigenten der betreffenden Generalkommission bezw. des Oberprässenten zu erfolgen hat.

Die ben Beamten gustehenben Gebühren sind, soweit fie nicht ber unterliegenben Partei gur Laft fallen, in Gemäßheit bes § 196 b. Ard. aus ber Staatskafie au gablen.

Ueberschrift und §. 91. (Sannover.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 134, nur Abanderung:

3) Absat 2: hinsichtlich ber Dienstvergehen ber Kreisbeamten kommen bie Bestimmungen bes Gesetzes vom 1. August 1883 über bie Juständigkeit ber Berswaltungss und Berwaltungsgerichtsbehörben (Gesetzenmt. S. 237) in Betreff ber Dienstvergehen ber ländslichen Gemeinbebeamten zur Anwendung.

§ 36. Bezüglich ber Dienftbergeben ber Gemeinbeborfteber,

Schöffen, Mitglieber bes Gemeinbeborftanbes und sonstiger Gemeinbebeamten, sowie ber Gutsborfteher kommen bie Bestimmungen bes Gesetz v. 21. Juli 1852 mit folgenben Maßgaben zur Anwendung:

1) Die Befugniß, gegen die Gemeinbeborsteher (Amtmänner in Bestfalen, Burgermeister in der Rheinproving), Schöffen, Mitglieber bes follegialischen Gemeindeborstandes und sonstige Gemeindebeamten, sowie gegen Gutsborsteher Ordnungsstrafen zu verhängen fieht bem Landrathe im Umfange des den Provinzialbehörden beigelegten Ordnungstrafrechts der Regierungspräsidenten zu.

Gegen bie Strafverfügung bes Lanbraths finbet innerhalb zwei Bochen bie Beschwerbe an ben Regierungspräfibenten, gegen bie Strafverfügungen bes Regierungspräfibenten innerhalb gleicher Frift bie Beschwerbe an ben Oberpräfibenten ftatt.

2) Gegen die von dem Amtmann in Westfalen ober dem Bilrgermeister in der Rheinprovinz auf Grund des § 83 der Westf. LGD. v. 19. März 1856, bezw. den §§ 83 u. 104 d. Rhein. GD. v. 28. Juli 1845 gegen Unterbeamte der Gemeinden, Aemter oder Bürgermeistereien erlassenen Strafverstügungen sindet innerfalb zwei Wochen die Beschwerde an den Landrath, und gegen den auf die Beschwerde ergesenden Beschluß des Landrathes innerfalb zwei Wochen die Beschwerde an den Regierungsprässdenten statt.

3) Gegen ben auf bie Beschwerbe in letter Inftang ergebenben Beschluß bes Regierungsprafibenten begw. Oberprafibenten finbet innerhalb zwei Bochen bie Rlage bei bem Oberberwaltungsgericht ftatt.

In ben Hohenzollernichen Lanben findet gegen bie Strafverfügungen bes Regierungsprafibenten innerhalb zwei Wochen bie Rlage unmittelbar bei bem Oberverwaltungsgericht ftatt.

4) In bem Berfahren auf Entfernung aus bem Amte wird die Sinleitung des Berfahrens von dem Landrathe oder von dem Regierungspräfidenten verfügt und von denfelben die Untersuchungskommission und der Bertreter der Staatsanwaltschaft ernannt. Als entschehred Disziplinarbehörde tritt an die Stelle der Bezirfsregierung der Areisausschuß, an die Stelle des Staatsministertums das Oberberwaltungsgericht.

Ueberschrift und §. 92. (Seffen-Raffan.) Ueberschrift und §. 79. (Beftfalen.)

Heberschrift und §. 79. (Rheinproving.)

Ueberschrift und §. 122. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei II §. 91.

§. 135. (Oftprovingen.)

Fortgefallen.

Der Landrath als Borfigender bes Kreisausfcuffes.

§. 136. (Oftprovingen.)

Der Lanbrath 1) leitet und beaufsichtigt ben Geschäftsgang bes Ausschuffes und forgt für die prompte Erledigung der Geschäfte.

Der Lanbrath beruft ben Kreisausschuß und führt in bemselben ben Borsit mit vollem Stimmrechte. Ift ber Lanbrath verhindert, so geht ber Borsit auf seinen Stellvertreter über.2) Ift dies der Kreissekretär, so führt nicht dieser, sondern das hierzu vom Ausschusse gewählte Mitalied den Borsit.3)

- 1) Der Landrath ist auch in seiner Eigenschaft als Borsitzenber bes Areisausschusses ber Aufsicht und Disziplin bes Regierungspräsibenten unterworfen. (Erl. b. Min. b. J. v. 8. Aug. 1874, MBI. S. 171.)
- 9) Der Borsit im Kreisausschusse geht auf ben Kreisbeputirten nur dann über, wenn er ben Landrath in seiner gesammten landräthlichen Berwaltung gertritt, während in vorübergehenden Berhinderungsfällen des Landraths, in denen der Kreissekretär zur Bertretung desselben berechtigt ift, nicht dieser, sondern das hierzu dom Kreisausschusse gewählte Migsled den Borsit zu übernehmen hat. (Erl. d. Min. d. J. v. 15, Okt. 1874, MBs. S. 259.)

- 3) Ein folder ftellvertretenber Borfigenber kann von bem Kreisausschusse auch auf einen gewissen Zeitraum, g. B. auf die Dauer eines Kalenberjahres ohne spezielle Beranlassung gewählt werben. (Erl. b. Min. b. R. v. 17. Des. 1875, MBl. v. 1876 S. 13.)
- 3) Unter bem Borfite im Rreisausfouffe ift nicht allein bas Brafibium in ben Sigungen bes Musichuffes au berfteben, fonbern ber Anbegriff berienigen Runttionen, welche bem Lanbrathe als Borfitenben bes Rreisausichuffes überhaupt gufteben. Da nach 6 136 ber Rreisfefretar als Stellvertreter bes Sanbrathe nicht ben Borfit im Rreisausicuffe führen barf, fo mirb fich berfelbe eintretenben Ralles ber Musibung aller lanbratblichen Befugniffe au enthalten haben, soweit lettere in ber Areisordnung ober in anberen Gefeten (a. B. im Gef. über bie Berfaffung b. BwG. b. 9. Ruli 1875. 56 37, 58 und 79. und im Gefete über Schutwalbungen b. 6. Ruli 1875, §§ 21, 44) ausbrücklich bem Borfigenben bes Rreisausschuffes beigelegt worben finb. Um ben geichaftlichen Schwierigfeiten thunlichft voraubeugen, welche burch biefe Trennung ber in bem Umte bes Lanbrathe bereinigten bericiebengrtigen Rombetengen für bie Rreisausidukbermaltung unter Umftanben eintreten fonnen, fann ber Rreisausiduk auch obne ipezielle Beranlaffung ein Mitglieb mablen, welches für ben Rall, bak unter ber Borausfebung bes 6 75 Abf. 2 bie Stellvertretung bes Lanbraths auf ben Rreisfefretar übergegangen ift, bie Obliegenheiten eines ftellvertretenben Borfibenben bes Rreisausichuffes mabraunehmen bat. (Berf. b. Min. b. 3. b. 17. Dez. 1875, MBI, 1876 S. 13.)

Im Falle ber Berhinberung des Borsitzenben bes Areis- (Stabt-) ausschusses bezw. seines Stellvertreters im Borsitze kann ein vereibeter Burcaubeamter bes Kreis- und Stabtausschusses mit ber Eröffnung und Bräsentation ber eingehenden Schriftstüde beauftragt werben. (StenB. b. Abas). 1881/82 S. 1648.)

Diejenigen Reisen, welche ber Lanbrath innerhalb seines Kreises zur Erlebigung von solchen Geschäften ausstührt, die zur Zuständigfeit des Kreisausschusses gehören, sind als landrathliche Dienstreisen zu erachten. Für solche Reisen steht baher dem Landrathe ein Anspruch auf Diaten und Reiserdsten nicht zu. (Berf, d. Min. d. R. v. v. 15. Oft. 1874, MBI. S. 258.)

Ueberschrift und §. 92. (Hannover.)
Ueberschrift und §. 93. (Heffen-Naffan.)
Ueberschrift und §. 80. (Weftfalen.)
Ueberschrift und §. 80. (Rheinproving.)
Ueberschrift und §. 123. (Chleswig-Holftein.)
Derselbe Wortlaut wie bei I §. 136.

§. 137. (Oftprovingen.)

Der Lanbrath führt die laufenden Seschäfte der dem Kreisausschuffe übertragenen Verwaltung. Er bereitet die Beschliffe des Ausschuffes vor und trägt für die Ausschuffurung derselben Sorge. Er kann die selbstständige Bearbeitung einzelner Angelegenheiten einem Mitgliede des Kreisausschuffes übertragen.

Er vertritt ben Kreisausschuß nach Außen, verhandelt Namens besselben mit Behörben und Privatpersonen, führt den Schriftmechsel und zeichnet alle Schriftstäte Namens des Ausschusses.

Urkunden 1) über Rechtsgeschäfte, welche den Kreis gegen Dritte verbinden sollen, ingleichen Bollmachten, müffen unter Anführung des betreffenden Beschlusses des Kreistages beziehungsweise Kreisausschusses von dem Landrathe und zwei Mitgliedern des Kreisausschusses beziehungsweise der mit der Angelegenheit betrauten Kommission unterschrieden und mit dem Siegel des Landraths versehen sein.

¹⁾ Bu biefen Urtunden gehören auch die Areisanleiheschiene, Areisobligationen, sowie die Areissparkaffenbilcher, welche also mit

bem Siegel bes Landraths zu versehen und von bem Dirigenten (Landrath) und wenigstens zwei anderen Mitgliebern bes Kuratoriums zu unterschreiben find. (Erl. b. Min. d. J. v. 5. März 1876, MBL S. 109.)

*) Der Lanbrath ift als Borfihenber bes Kreisausschusses sowbl zur Empfangnahme, wie auch bazu ermäcktigt, bas Empfangsbefenntniß Ramens bes Kreisausschusses zu vollziehen, ohne besonbere Bollmacht. Dasselbe gilt von dem Stellvertreter jedoch mit der Mahgabe, daß der Kreisselretär, da er den Borsit im Kreisausschusse nicht führen darf, auch die betreffenden Urfunden nicht unterzeichnen darf. Ist daher der Landrath und der Stellvertreter berhindert, so wird es einer besonderen Bollmacht bedürfen. (Berf. d. Min. d. J. v. 3. Juli 1878, WBL S. 141.)

§. 93. (Sannover.)

§. 94. (Seffen - Raffau.)

§. 81. (Weftfalen.)

S. 81. (Rheinproving.)

§. 124. (Chleswig-Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I &. 137.

Das Berfahren 1) vor bem Rreisausschuffe.

§. 138. (Oftprovingen.)

Die Anwesenheit breier Mitglieber mit Ginschliß bes Borsigenben genügt für bie Beschlußfähigkeit bes Kreissausschuffes.

Die Beschliffe werben nach Stimmenmehrheit gessatz. Ift eine gerade Zahl von Mitgliebern anwesend, so nimmt das dem Lebensalter nach jüngste gewählte Mitglied an der Abstimmung keinen Antheil.

- 1) Die §§ 138 und 139 sind nur noch für das Bersahren bor dem Kreisausschussel in Kreiskommunalangelegenheiten von Bedeutung; sür das Beschülch- und das Berwaltungsspreitversahren siehe die §§ 40, 61, 62, 115 und 116 des Ges. über die allgemeine Kandesberwaltung b. 30. Juli 1883 (GS. S. 195)
- ³⁾ Durch Einforbern und Berlautbarung schriftlicher Erklärungen ber zu einer Sigung nicht versammelten Mitglieder des Kreisausschusses über einen durch Beschlüsssaffung zu erledigenden Gegenstand kann ein Beschlüß des Kreisausschusses nicht herbeigeführt werben. (Urth. d. OBG. v. 12. Juni 1890, Entsch. Bd. XIX S. 4.)

*) Bezüglich ber Frage, ob, wenn ber Borfitz im Kreisausschussenicht vom Landrathe ober seinem Siellvertreter, sondern von einem vom Kreisausschusse gewählten Mitgliebe geführt wird, der Borfitzende, wenn er zugleich das jüngste Mitglieb ist, bei der Anwesenheit einer geraden Anzahl von Mitgliedern sich der Abstrummung zu enthalten hat, wird das Hauptmoment darauf zu legen sein, daß nach § 136 Abs. 2 der Krd. mit dem Borsitze volles Stimmrecht verbunden ist, und daß das Privilegium auf Jeden übergeht, welchen das Geseh dazu berust. Dierdurch sindet § 138 Abs. 2 eine selbstwersändliche Beschränkung. (Erl. d. Min. d. J. v. 15. Sept. 1878, MBl. S. 238.)

Das Berfahren vor bem Rreisansichuffe in Rreistommunalangelegenheiten.

§. 94. (Hannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 138.

Ueberschrift wie bei II.

§. 95. (Seffen-Raffan.)

§. 82. (Weftfalen.)

§. 82. (Rheinproving.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 138.

Ueberschrift wie bei II. §. 125. (Schleswig-Holftein.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 138.

§. 139. (Oftprovingen.)

Betrifft ber Segenstand ber Berhandlung einzelne Mitglieber bes Kreisausschuffes ober beren Berwandte') und Berschwägerte') in aufs ober absteigender Linie oder bis zu bem's) dritten Grade der Seitenlinie,') so bürsen bieselben an der Berathung und Entscheidung nicht Theil nehmen.

Sbensowenig dursen die Mitglieder des Kreisaussschuffes dei der Berathung und Entscheidung solcher Angelegenheiten mitwirken, in welchen sie in anderer als öffentlicher Sigenschaft ein Gutachten abgegeben haben oder in anderer als öffentlicher Sigenschaft thätig gewesen sind.

Wird badurch ein Kreisausschuß beschlußunstähig, so erfolgt, so weit es sich um Kreiskommunalangelegensheiten handelt, die Beschlußfassung durch den Kreistag, im Uebrigen nach Maßgabe des §. 54 des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung.

- 1) In geraber Linie verwandt find biejenigen, welche in ber Folge bom Bater auf ben Sohn bon einander abstammen.
- 2) Schmägericaft heißt bie Berbindung, welche burch Beirath zwifden bem einen Chegatten und bem Blutsbermandten best anderen besteht.
 - 3) "bis gu bem" heißt einschließlich.
- 4) Seitenlinie ift die Reihe der verwandten Personen, die nicht von einander, sondern von einem gemeinschaftlichen Dritten abftammen.

3) Jeht für das Berwaltungsftreitversahren nach § 62 Abs. 3, für das Beschlutversahren nach § 116 des Ges. über die allgemeine Landesverwaltung b. 80. Juli 1883.

§. 95. (Sannover.)

Absat 1 und 2 berselbe Wortlaut wie bei I §. 139.

Abfat 3. Wird baburch ein Kreisausschuß beschlußunfähig, so ersolgt die Beschlußfassung durch den Kreistag.

§. 96. (Seffen = Raffan.)

§. 83. (Weftfalen.)

§. 83. (Rheinproving.)

§. 126. (Schleswig - Holftein.)

Absat 1 und 2 berselbe Wortlaut wie bei I §. 139. Absat 3 berselbe Wortlaut wie bei II §. 95.

§§. 140 bis 163. (Oftprovinzen.) Fortgefallen.

§. 164. (Oftprovingen.)

Soweit die eigenen Sinnahmen des Kreisausschuffes und die vom Staate hierzu nach §. 70 zu überweisenden Beiträge nicht ausreichen, werden die Kosten, welche die Seschäftsverwaltung deffelben verursacht, von dem Kreise getragen.

Die Mitglieber bes Kreisausschuffes erhalten eine ihren baaren Auslagen entsprechenbe Entschäbigung. Ueber die Höhe berselben beschließt der Kreistag.

(Hannover.)

§. 96.

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 164, nur anderes Allegat: "§§. 109 und 110".

§. 97.

Der Kreisausschuß ift befugt, behufs ber örtlichen Ers ledigung ber zu seiner Zuständigkeit gehörigen Geschäfte bie Mitwirkung ber Ortspolizeibehörben, sowie ber Ges meindes und Gutsvorsteher in Anspruch zu nehmen.

(Deffen-Raffau.)

8. 97.

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 164, nur anderes Allegat: "§§. 110 und 111".

§. 98.

Derfelbe Wortlaut wie bei II §. 97.

(Weftfalen.)

8, 84,

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 164, nur anderes Allegat: "§§. 97 und 98".

§. 85.

Derfelbe Wortlaut wie bei II &. 97.

(Rheinbroving.)

§. 84.

Derselbe Wortlaut wie bei I &. 164, nur anderes Alleaat: "&S. 97 und 98".

§. 85.

Derfelbe Wortlaut wie bei II &. 97.

(Schleswig - Holftein.)

Augemeines.

§. 127.

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 164, nur anderes Allegat: "§§. 146 und 147".

Rolifc, Rreisorbnungen.

§. 128.

Derselbe Wortlaut wie bei II §. 97.

§. 166. (Oftprovingen.)

Im Uebrigen wird ber Geschäftsgang bei ben Kreisausschüffen burch ein von dem Minister des Innern zu erlassendes Regulativ geordnet.

Regulativ zur Ordnung des Geschäftsganges und des Berfahrens det den Kreisausschüffen und den an Stelle des Kreisausschüffen für Magistrat im Geltungsbereiche der KrO. v. 13. Dez. 1872 v. 28. Febr. 1884 (MBI. S. 14) mit folgendem Wortlaut:

Befdäftstreis.

§ 1. Der Rreisausichuß bat

a) in ber Areistommunalverwaltung bie ihm burch bie Areisordnung übertragenen Geschäfte zu verfeben,

b) in ber allgemeinen Lanbesverwaltung nach näherer Borichrift ber Gefetze mitzuwirken (§ 4 Abs. 1 b. LBG.) und bie Berwaltungsgerichtsbarkeit (Entscheibung im Berwaltungsstreitverfahren) auszuüben (§ 4 Abs. 1 und 2 a. a. D.).

Der Stadtausschuß in Stadtfreisen und der Magistrat in den einem Kandfreise angehörigen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern tritt bezüglich der unter lit. b bezeichneten Geschäfte in den durch die Geseige besonders bestimmten Fällen an Stelle des Kreisausschusses 4 Abs. 2 a. a. D.).

Die in ben nachfolgenben Baragraphen für ben Rreisausichuß gegebenen Borfchriften gelten auch für ben Stabtausichuß und ben Magiftrat, soweit leine besondere Bestimmung getroffen ift.

Berfahren.

§ 2. Das Berfahren bes Kreisausschuffes hinsichtlich ber im § 1 lit. b erwähnten Geschäfte ift in ben gesehlich besonbers bezeichneten Fällen bas Berwaltungsftreitverfahren, im liebrigen bas Beschlußversahren nach näherer Borschrift bes Lanbesverwaltungsgefetes und ber für gewiffe Angelegenheiten, insbefonbere auch gur Ausführung ber Reichsgewerbeordnung, erlaffenen Bestimmungen.

Sigungen.

§ 3. Der Areisausichuß versammelt sich auf Berufung seines Borfigenben. Dem Borfigenben bleibt es überlassen, im Boraus reaelmäkige Sigungstage zu bestimmen.

Bebinberung ber Mitglieber.

§ 4. Gin Mitglieb, welches burch Krantheit ober sonftige nicht zu beseitigende Umftände verhindert ift, einer Situng beizuwohnen ober fich ber Wahrnehmung ber ihm sonst obliegenden Geschäfte zu unterziehen, hat dies bem Borfitzenden sofort anzuzeigen.

Mitglieber, welche eine langere Entfernung von ihrem Bohnorte beabfichtigen, haben bies bem Borfigenben geltig anzugeigen.

Rerien.

§ 5. Der Kreisausichus halt Ferien währenb ber Beit bom 21. Juli bis jum 1. September. Dieselben find zwei Wochen bor ihrem Beginn burch bas Kreisblatt bezw. bas zur Aufnahme treispolizeilicher Befanntmachungen bestimmte Blatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Bahrend ber Ferien burfen Termine gur munblichen Berhandlung ber Regel nach nur in ichleunigen Sachen abgehalten werben.

Auf ben Lauf ber gefetlichen Friften bleiben bie Ferien ohne Ginfluft.

Befugniffe bes Borfigenben.

§ 6. Der Borfitenbe (§ 136 ber Ard.; §§ 36, 37 bes LBG.) leitet und beauffichtigt ben gesammten Geschäftsgang und forgt für bie prompte Erlebigung ber Geschäfte.

Er eröffnet die eingehenden Schriftstücke und vermerkt auf benjelben den Tag des Eingangs. Für den Fall der Behinderung des Borstsenden bezw. deffen Stellvertreters im Borsize kann ein bereidigter Bureaubeamter des Kreisausschusses mit der Eröffnung und Präsentation der eingehenden Schriftstücke beauftragt werben,

Ift von einer Partei im Berwaltungsftreitverfahren, ber Bor-forift bes § 66 bes BBG. juwiber, bie Einreichung von Duplitaten

berabfaumt, so tann bie Anfertigung berfelben auf Roften ber Bartei von bem Borfibenben angeordnet werben.

§ 7. Der Borfitzenbe vertheilt die Geschäfte unter die Mitglieber bes Rollegiums. In ben jur tollegiallicen Befclutzfassung ober Entscheidung gelangenden Sachen bestellt der Borfitzenbe aus der Bahl der Mitglieder einen Referenten und nach Befinden einen Korreferenten; auch tann er sich selbst und da, wo ein Spudins angestellt ift, auch diesen zum Referenten oder zum Korreferenten ernennen.

Er zeichnet bie Ronzepte aller Berfügungen.

§ 8. Abgeschen von den Fällen, in welchen das Gesets — §§ 60, 64, 86, 111, 117, 112 a. a. D. — den Borstigenden des Kreisausschusses ermäckitgt, bezw. anweist, Namens der Behörde Bertigungen ober Beicheibe zu ertasien, werden Bertsgungen, welche, ohne der sachlichen Beschlüche zu ertasien, werden Bertsgungen, welche, ohne der sachlichen Beschlüchen oder Entschenung vorzugreisen, zur Borbereitung derselben dienen oder die Leitung des Bertahrens bezwecken, und sir welche die Zustimmung des Kollegiums nicht besondern, und sir welche die Zustimmung des Kollegiums nicht besondern, und sone Borstrag im Kollegium entweder von dem Borsthegen netweser der unter seiner Mitzelchnung von demjenigen Mitgliede erlassen, welchem der Borstigende die Bearbeitung der Sache überträgt. Erglebt sich zwischenheit ober wird gegen das Versigenden eine Meinungsverschiedenheit ober wird gegen das Versigte Einspruch erhoben, so ist die Beschlüchkanfung des Kollegiums bierliber herbeizusschlüchen.

Dem Ermeffen bes Borfigenben bleibt es in allen Fällen überlaffen, ben vorgängigen Bortrag im Rollegium anzuordnen.

§ 9. Der Borsthenbe leitet die Berhanblung und Berathung in den Sitzungen, bei der Abstimmung stellt er die Fragen und sammelt die Stimmen — borbehaltlich der Entscheldung des Kollegiums, falls über die Fragestellung ober über das Ergebnitz der Abstimmung eine Meinungsverschiedenheit entsteht. Bei der Abstimmung giebt der Referent, soweit er Stimmrecht hat (§ 139 d. RTD.), seine Stimm zuerst ab.

Beweisaufnahme.

§ 10. In benjenigen Angelegenheiten, welche gu bem im § 1 lit. b bezeichneten Gefchäftstreise gehören, ift ber Rreisqusichufe

somohl im Berwaltungsstreit- als auch im Beschlußversahren (§ 2) zur Aufnahme bes Beweises nach näherer Borschrift der §§ 76 bis 79 und 120 a. a. D. befugt.

Munbliche Berhanblung.

- § 11. Die im Berwaltungsftreitverfahren ober Befchlugverfahren (§ 2) gur munblichen Berhanblung gelangenben Sachen
 werben ber Regel nach in ber burch ben Borfitsenben bestimmten,
 burch Aushang vor bem Sitzungszimmer bekannt zu machenben
 Retbenfolge erlebtat.
- In ber Borlabung ift bie zur munblichen Berhanblung bestimmte Stunde anzugeben. Die munbliche Berhanblung ift burch einen Bortrag bes Referenten über bas Sachberhältnig einzuleiten; bei bem Ericheinen sämmtlicher Betheiligten kann ber Borstigenbe biesen ben Bortrag bes Sachberhalts überlassen.

Der Borfigende hat babin ju wirten, bag bas Sachverfällnis vollftändig aufgeffart und die sachbienlichen Antrage von ben Betheiligten geftellt werben.

- § 12. Durch Aufnahme in bas Brototoll über bie münbliche Berhanblung find insbesonbere feftguftellen:
- a) neue thatfächliche Erklärungen und neue Antrage ber Betheiligten ober bie Thatfache, baß folche aus ben Borträgen ber Betheiligten nicht zu entnehmen waren;
- b) Anerkenninisse, Bergichtleistungen und Bergleiche, burch welche ber geltend gemachte Anspruch gang ober theilweise erlebigt wirb:
- o) die Aussagen der Zeugen und Sachberftänbigen, welche im Termine gur münblichen Berhanblung vernommen werben;
- d) bie jum Bwede ber Aufflärung bes Sachverhaltes ober ber förmlichen Beweisaufnahme erfolgte Borlegung von Aften und Borlegung von Schriftftuden;
- o) bas Ergebniß eines im Termin eingenommenen Augenfcheines.
- Das Protofoll ift insoweit, als es bie sub a bis o bezeichneten Gegenstände betrifft, ben Betheiligten vorzulesen ober zur Durchficht vorzulegen. In dem Protofoll ift zu bemerten, bas bies ge-

fchehen und die Genehmigung erfolgt fet, ober welche Einwendungen erhoben find. — Den Bethelligten ift auf Antrag Abschrift bes über die mundliche Berhandlung aufgenommenen Prototolls zu ertbellen.

§ 14. Der Borsitienbe verkündet bie ergangene Entscheibung ober ben ergangenen Beschluß. Wit die Berkündigung der Grinde der Entscheibung ober des Beschlusses für angemessen erachtet, so erfolgt sie durch Borlesung berselben ober burch mündliche Mittellung ihres weientlichen Indalts.

Sat die Berkundigung der Entscheidung ober des Beschlusses nicht sofort erfolgen tonnen, so bedarf es zu biesem Behuse nicht der Anberaumung einer besonderen Sigung; vielmehr genügt die Zustellung der mit Gründen versehenen Entscheidung ober des Beschlusses an die Betheiligten.

Rur in benjenigen Angelegenheiten, auf welche ber § 21 ber RGD. v. 21. Juli Anwendung findet, muß die Berkündigung der Entscheidung oder des Beschusses kets in öffentlicher Sitzung erfolgen. Erscheint in derartigen Sachen die Aussetzung der Entscheinung oder des Beschlusses nothwendig, so erfolgt die Berkundigung in einer weiteren Sitzung, welche sofort anzuberaumen und den Parteien bekannt zu machen ist.

Uridriften unb Ausfertigunen.

§ 15. Alle Entscheidungen, Bescheibe, Beschlüsse und Berfügungen, welche von der Behörde als Kollegium erlassen werden, sind in der Aussertigung mit der die Behörde bezeichnenden Unterschrift (Der Kreisausschuß des Kreises N. N. Der Stadtausschuß des Stadtseises R. N., Der Magistrat) zu versehen und von dem Borstigenden zu vollziehen. Dei Bescheiden und Bersügungen, welche von dem Borsigenden erlassen. Dei Bescheiden und Bersügungen, welche von dem Borsigenden erlassen. Dei Bescheidung welche das Geset ausdrücklich den Antrag auf mündliche Berhandlung oder auf Kollegialbeschluß zulätt (§§ 60, 64 Abs. 3, 111 Abs. 3, 117 Abs. 3 d. RBG.), lautet die Ueberschrift: Namens des Areisausschusses.

Die Urschriften ber von bem Kollegium erlassene Entscheibungen, Bescheibe und Beschlüsse find von bem Borsitzenben und wenigstens zwei Mitgliebern zu vollziehen.

Die Ausfertigung ber im Berwaltungsftreitberfahren ergangenen Enticheibungen find mit ber Ueberfchrift:

"Im Ramen bes Ronigs"

und mit dem Siegel der Behörde — für die Kreis- und Stadtaussichusse Kreußischer Abler mit einer die Behörde bezeichnenden Umsichrift, für den Magistrat das Magistratsssiegel — zu versehen, Dieselben müssen im Eingange den Sitzungstag, an welchem die Entscheidung getrossen worden ist, und die Mitglieder der Bedörde, welche an der Abstimmung theilgenommen haben, ersehen lassen.

Bezüglich ber Urkunden über Rechtsgeschäfte und der Bollmachten eines Kreisberbandes bewendet es bei der Borschrift des § 137 Abs. 3 d. Kr.D.

§ 16. Die gemäß §§ 64 Abs. 4, 67, 86 Abs. 4, 111 Abs. 2, 117 Abs. 3, 122 Abs. 2b. ABG. zu ertheilende Belehrung über die Rechtsmittel ist stets am Schließ der berteffenden Beschichtelden Berschiedungen und zwar, falls in benselben der Dispositionsinhalt von der Begründung geschieden ift, am Schlisse der Gründe in einer thunlicht in die Augen fallenden äußeren Form zu ertheilen.

Buftellungen.

§ 17. Alle Namens des Kreisausschusses zu bewirkenden Zuftellungen erfolgen durch die eigenen Beamten desselben oder durch die denfelben nachgeordneten Behörden, städtliche Bollzeiberwaltungen, Amisdorsteher, Gemeindeborsteher, Gutsdorsteher oder durch die Bost. Im Uedrigen finden auf diese Zustellungen die Borschriften des Rachtrags zu dem Regulative für den Geschäftsgang dei dem DVG. d. 22. Sept. 1881 (MBI. f. d. i. B. 1883 S. 49) mit der Waßgabe, daß die Zustellungsurfunde durch eine beglaubigte Empfangsbescheinigung der zur Annahme legitimirten Berson ersetzt werden kann, sinngemäße Anwendung.

Ginreidung ber Atten in bie bobere Inftang.

§ 18. Bei ber Ginreichung ber Aften in die höhere Inftang ift auf Bollftänbigkeit bes einzusenbenem Materials an Boraften und bergl. Bebacht zu nehmen und außerbem Folgenbes zu beachten:

- 1) Die Aften find ju folitren, mit einem vorzuheftenben vollständigen Inhaltsverzeichniß zu versehen und mittels besonderen Begleitberichts einzureichen, in welchem auf die Aftenfolken ber angesochtenen Entscheidung ober bes angesochtenen Beschlufes, der in ber höheren Inftanz gewechselten Erklärungen und ber von ben Betbelligten ausgestellten Bollmachten zu verweisen ift.
 - 2) In biefem Bericht find turg erfichtlich gu machen:
- a) die Art bes Berfahrens und die Bezeichnung bes Rechtsmittels (Beschwerbe, Berufung und Revision):
- b) Rame, Stand und Wohnort ber Betheiligten und bie Begeichnung besjenigen, ber bas Rechtsmittel eingelegt bat;
 - c) ber Begenftanb bes Berfahrens;
- d) im Berwaltungsstreitverfahren ber Berth bes Streitgegenftanbes.
- § 19. Wenn gemäß § 82 b. QBG. aus Grünben bes öffentlichen Intereffes gegen bie Enticheibung bes Rreisausichuffes bon bem Borfigenben Berufung eingelegt ift, fo bat berfelbe bierbon fofort bem Regierungsprafibenten gum Amede ber Beftellung eines Rommiffars für bie Berhandlung bor bem Begirtsausichuffe gemaß \$ 84 a. a. D. Unzeige zu machen. Wenn gemaß § 92 (§ 74 Abf. 2) a. a. D. ein befonberer Rommiffar bes Regierungsprafibenten gur Bahrnehmung bes öffentlichen Intereffes an ber munblichen Berhandlung in zweiter Inftang bor bem Begirtsausicuffe Theil genommen hat und bemnächft gegen bie ergangene Enticheibung feitens einer Bartei bas Rechtsmittel ber Revifion eingelegt wirb, jo hat ber Rreisausichuß hiervon bem Regierungspräfibenten Ungeige gu machen und gwar gleichzeitig mit ber Ginforberung ber Gegenerklärung auf bie Unmelbungs- unb Rechtfertigungsichrift. Abidrift biefer Schriftfage ift bem Regierungsprafibenten auf Berlangen mitzutbeilen.

Roften.

§ 20. Die Einziehung ber Kosten und baaren Auslagen bes Berfahrens gemäß §§ 108, 124, 157 Rr. 2 a. a. O., § 23 ber RGO. erfolgt nach Maßgabe ber hierüber besonders ergehenden Bestimmungen.

Die Festfehung ber einer Bartei im Berwaltungsftreitverfahren zu erfattenben baaren Auslagen gemäß § 108 b. 2BG. erfolgt auf Antrag ber Bartei, erforberlichen Falles nach Anhörung bes Geaners.

Befdaftstontrolbucher.

§ 21. Die Ginrichtung ber erforberlichen Geschäftskontrolbucher bleibt bis auf Weiteres ber Bestimmung bes Regierungsprafibenten, für ben Stabtausschuß zu Berlin ber bes Oberpräsibenten, überlaften.

Beidaftsjabr, Sabresbericht.

§ 22. Das Gefdaftsjahr ber Rreisqusichuffe ift bas Ralenberjahr. Um Jahresichluffe bat ber Borfitenbe bem Regierungsprafibenten, für ben Stabtfreis Berlin bem Oberprafibenten, eine Ueberficht ber borgetommenen Geschäfte berichtlich eingureichen. In ber Ueberficht ift bie Babl ber im Laufe bes Jahres abgehaltenen Sigungen, bie Babl ber anbangig gemachten erlebigten unb unerlebigt gebliebenen, im Bermaltungeftreitverfahren und im Befolugberfahren berhanbelten Sachen (§ 16, § 2 bes Regulatibs), beibe Sachen getrennt und nach Materien geordnet, ferner bie Rahl ber in biefen Sachen gufammen abgehaltenen Termine überhaupt, in benen munbliche Berhanblung ftattgefunden bat, anzugeben. Die Beftimmung eines Formulars für biefe Ueberficht bleibt porbehalten. In bem Bericht find bie gutachtlichen Bemertungen aufzunehmen. au benen bie bei Sanbhabung ber materiellen und formellen Befrimmungen ber einschlagenben Gefengebung und best gegenwärtigen Regulativs gemachten Erfahrungen Unlag bieten.

§. 98. (Sannober.)

Im Uebrigen wird ber Geschäftsgang bei ben Kreissausschussen, soweit berselbe nicht burch sonstige gesetliche Bestimmungen geregelt ift, burch ein von bem Minister bes Innern zu erlaffenbes Regulativ geordnet.

§. 99. (Seffen Raffau.) Derfelbe Wortlaut wie bei II §. 98.

- 1) Die Aften find zu folitren, mit einem norzuheftenben vollftändigen Inhaltsberzeichniß zu verseisen und mittels besorderen Begleitberichts einzureichen, in welchem auf die Altenfolien der angesochtenen Entscheidung oder bes angesochtenen Beschluses, der in der höheren Inftanz gewechselten Erflärungen und der von den Bethelligten außerliellten Beschwachten zu verweisen ist.
 - 2) In biefem Bericht find turg erfichtlich ju machen:
- a) die Art des Berfahrens und die Bezeichnung des Archtsmittels (Beschwerde, Berufung und Revision);
- b) Rame, Stand und Bohnort ber Betheiligten und die Bezeichnung besjenigen, ber bas Nechtsmittel eingelegt bat;
 - c) ber Gegenftanb bes Berfahrens;
- d) im Berwaltungsfireitverfahren ber Berth bes Streitgegen-
- \$ 19. Wenn gemag \$ 82 b. LBG. aus Grunben bes öffentlichen Intereffes gegen bie Enticheibung bes Rreisausicuffes von bem Borfinenben Berufung eingelegt ift, fo bat berfelbe bierbon fofort bem Regierungspräfibenten zum Amede ber Beftellung eines Rommiffars für bie Berhandlung bor bem Begirtsausichuffe gemäß § 84 a. a. D. Anzeige zu machen. Wenn gemäß § 92 (§ 74 Abf. 2) a. a. D. ein befonberer Rommiffar bes Regierungsprafibenten gur Bahrnehmung bes öffentlichen Intereffes an ber munblichen Berbanblung in sweiter Inftang bor bem Begirtsausschuffe Theil genommen hat und bemnächft gegen bie ergangene Entscheibung feitens einer Bartei bas Rechtsmittel ber Revifion eingelegt wirb, fo hat ber Rreisausichuß hierbon bem Regierungsprafibenten Angeige ju machen und gwar gleichzeitig mit ber Ginforberung ber Begenertlarung auf bie Unmelbungs- unb Rechtfertigungsichrift. Abidrift biefer Schriftfage ift bem Regierungsprafibenten auf Berlangen mitzutbeilen.

Roften.

§ 20. Die Einziehung ber Koften und baaren Auslagen bes Berfahrens gemäß §§ 108, 124, 187 Rr. 2 a. a. O., § 23 ber RGO. erfolgt nach Maßgabe ber hierüber besonbers ergehenben Bestimmungen.

Die Festfegung ber einer Bartel im Berwaltungsftreitverfahren gu erfattenben baaren Auslagen gemäß § 108 b. 2BG. erfolgt auf Antrag ber Bartel, erforberlichen Falles nach Anhörung bes Gequers.

Beidaftstontrolbuder.

§ 21. Die Ginrichtung ber erforberlichen Geschäftskontrolbucher bleibt bis auf Weiteres ber Bestimmung bes Regierungsprafibenten, für ben Stabtausschuß zu Berlin ber bes Oberprafibenten, überlaffen.

Beidaftsjabr, Sabresbericht.

6 22. Das Gefdaftsjahr ber Rreisausiduffe ift bas Ralenberjahr. Um Rabresichluffe bat ber Borfitenbe bem Regierungsbrafibenten, für ben Stabtfreis Berlin bem Oberprafibenten, eine Ueberficht ber borgetommenen Beschäfte berichtlich eingureichen. In ber Ueberficht ift bie Babl ber im Laufe bes Jahres abgehaltenen Sibungen, bie Babl ber anbangig gemachten erlebigten und unerlebigt gebliebenen, im Bermaltungeftreitverfahren und im Befolugberfahren berhanbelten Sachen (§ 16, § 2 bes Regulatibs), beibe Sachen getrennt und nach Materien geordnet, ferner bie Rahl ber in biefen Sachen gufammen abgehaltenen Termine überhaupt, in benen münbliche Berhanblung ftattgefunben bat, anzugeben. Die Befrimmung eines Wormulars für biefe Ueberficht bleibt porbebalten. In bem Bericht find bie gutachtlichen Bemertungen aufzunehmen, gu benen bie bei Sanbhabung ber materiellen unb formellen Befrimmungen ber einfolggenben Gefengebung und bes gegenwärtigen Regulativs gemachten Erfahrungen Unlag bieten.

§. 98. (Sannover.)

Im Uebrigen wird ber Geschäftsgang bei ben Kreisausschüffen, soweit berselbe nicht burch sonstige gesetliche Bestimmungen geregelt ift, durch ein von dem Minister bes Innern zu erlaffendes Regulativ geordnet.

§. 99. (Seffen:Raffan.) Derfelbe Wortlaut wie bei II §. 98. §. 86. (Weftfalen.)

§. 86. (Rheinproving.)

§. 129. (Schleswig - Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei II §. 98.

Fünfter Abichnitt. Hon den Areiskommiffionen.

§. 167. (Oftprovingen.)

Für die unmittelbare Berwaltung und Beaufsichtigung einzelner Kreisinstitute, sowie für die Besorgung einzelner Kreisangelegenheiten kann der Kreistag nach Bedürsniß besondere Kommissionen oder Kommissare aus der Zahl der Kreisangehörigen bestellen, welche ebenso, wie die durch das Gesetz für Zwede der allgemeinen Landesverwaltung angeordneten Kommissionen, ihre Geschäfte unter der Leitung des Landraths besorgen.

Der Landrath ist befugt, jederzeit den Berathungen ber Kreiskommissionen beizuwohnen und dabei den Borsit mit vollem Stimmrechte zu übernehmen, soweit nicht hierzüber hinsichtlich der für Zwede der allgemeinen Landessverwaltung angeordneten Kommissionen etwas Anderes gesehlich bestimmt ist.

Der Areistag kann unter gewissen Boraussetzungen auf bem Gebiete ber Kommunalberwaltung besondere Kommissionen ober Kommissare bestellen und unterliegt in dieser Organisation nicht, wie dies in Betreff der für die Zwede der allgemeinen Zandesberwaltung bestellten der Fall ist, Beschränfungen. (Urth. b. OBG. v. 17. April 1879, Entsch. Bb. V C. 39.)

Ueberschrift und §. 99. (Sannover.)

Ueberschrift und §. 100. (heffen-Raffan.)

Ueberschrift und §. 87. (Westfalen.)

Ueberschrift und §. 87. (Rheinproving.)

Ueberschrift und §. 130. (Schleswig-Holftein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 167.

§. 168. (Oftprovingen.)

Ueber bie Gemährung von Diaten und Reisekoften an die Mitglieber ber Kreiskommissionen zu bestimmen, bleibt bem Kreistage überlassen.

§. 100. (Sannover.)

§. 101. (Seffen-Raffan.)

§. 88. (Weftfalen.)

§. 88. (Rheinproving.)

§. 131. (Schleswig-Holftein.) Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 168.

Bierter Titel.

Bon ben Stadtfreisen.

§. 169. (Oftprovingen.)

In benjenigen Kreisen, welche nur aus einer Stadt bestehen (Stadtkreise), werden die Geschäfte des Kreistages und des Kreisausschusses, die des letzteren, soweit sich dieselben auf die Berwaltung der Kreissommunalangelegenheiten beziehen, von ben ftabtifden Behörben nach ben Borfdriften ber Stabteorbnung 1) mabrgenommen.

Die Bestimmungen bes zweiten Abschnittes bes ersten Titels 2) finden auf Staditreise keine Anwendung.2)

- 1) ofr. Städteorb. für die östlichen Provinzen v. 30. Mai 1853 (GS. S. 261).
- 2) b. h. bie Bestimmungen über bie Areisangehörigen, beren Rechte und Bflichten.
- 3) Durch Absat 2 hat ein Mehreres nicht ausgesprochen werben sollen, als daß die Stadtkreise Steuern, welche etwa als Kreisabgaben betrachtet werden können, weil sie zur Deckung von Kosten, die gesetzlich den Kreisen obliegen, bestimmt sind, nicht nach den Bestimmungen des zweiten Abschnitts des erften Titels der Kreisordnung, sondern lediglich nach Maßadde der für die Gemeindebsteuerung bestehenden Borschriften erheben dürsen. (Urth. d. DBG. d. April 1877, Entsch. Db. IV S. 36.)

Ueberschrift und §. 101. (Hannover.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 169 nur eingeschoben: "die Geschäfte bes Landrathes, des Kreistages" u. f. w.

Neberschrift und §. 102. (Seffen-Raffan.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 169 mit ber Gin-

Heberichrift und §. 89. (Weftfalen.)

icaltung: "bie Geschäfte bes Lanbrathes".

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 169 mit ber Sinschaftung: "bie Geschäfte bes Landrathes" und bem Zusat; "nach ben Borschriften ber Städteordnung vom 19. März 1856".

Ueberschrift und §. 89. (Mheinproving.) Derselbe Wortlaut wie bei I §. 169 mit der Sinsschaftung: "die Geschäfte des Landrathes" und dem Aus §. 170. 493

fat: "nach ben Borschriften ber Stäbteordnung vom 15. Mai 1856".

Ueberschrift und §. 132. (Schleswig-Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 169 mit ber Ginsschaltung: "bie Geschäfte bes Landrathes".

§. 170. (Oftprovingen.)

In den Stadtfreisen tritt an die Stelle des Kreissausschuffes zur Wahrnehmung von Geschäften der allges meinen Landesverwaltung in den durch die Gesetze des zeichneten Fällen der nach den Borschriften der §§. 30 ff. 1) des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landessverwaltung gebildete Stadtausschuf. 2)

1) Best § 37 bes Lanbesverwaltungsgefeges:

Darnach besteht ber Stadtausschuß aus bem Bürgermeister bezw. bessen beifen gesehlichen Stellvertreter als Borsihenben und 4 Mitgliebern, welche bom Magistrate (tollegialischem Gemeinbeborstanbe) aus seiner Mitte für die Dauer ihres Hauptamtes gewählt werben.

Für Fälle ber Behinberung sowohl bes Burgermeisters, wie seines gesehlichen Siellvertreiers mabit ber Stabtausichuß ben Borfigenben aus seiner Mitte. Derselbe bebarf ber Bestätigung bes Regierungspräsibenten, in bem Stabikreise Berlin bes Oberpräsibenten ber Probing Branbenburg.

Der Borfigenbe ober ein Mitglieb bes Stadtausichuffes muß jum Richteramte ober jum höheren Berwaltungsbienft befähigt fein.

In Stabifreisen, in benen ber Burgermeifter allein ben Gemeinbeborftand bilbet, werben bie außer bem Borfitenben zu beftellenben Mitglieber bon ber Gemeinbevertretung aus ber Zahl ber Gemeinbeburger gewählt.

Die Bahl erfolgt auf 6 Jahre, fonft gleiche Bestimmungen wie in ber Kreisorbnung.

9) Der § 9 bes Bufis. macht bas Buftanbetommen eines gultigen Befoluffes ober einer gultigen Enifcheibung bes Stabtausfcuffes

von ber Theilnahme eines jum Richteramte ober höheren Berwaltungsbienste befähigten Mitgliebes nicht abhängig. (Berf. b. Min. b. J. v. 18. März 1877, MBI. S. 114.)

Die Roften ber Berwaltung bes Stadtausschuffes, soweit fie in ben eigenen Ginnahmen bes letteren ihre Dedung nicht finden, fallen ber Stadtgemeinde jur Laft. (Berf. b. Min. b. 3. v. 13. Mai 1877.)

§§. 171 bis 175. (Oftprovingen.)

Fortgefallen.

§. 102. (Sannover.)

§. 103. (Seffen-Raffan.)

§. 90. (Weftfalen.)

§. 90. (Rheinproving.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 170, nur Allegat: "§§. 37 ff."

(Schleswig-Holftein.)

8, 133,

In ben Stadtkreisen, mit Ausnahme bes Stadtkreises Altona, u. s. w. berselbe Wortlaut wie bei I §. 170 mit bem Allegat: "§§. 37 ff."

Befondere Bestimmungen für ben Stadtfreiß Altona.

§. 134.

Der Kreistag bes Stabtkreises Altona besteht außer bem Oberbürgermeister ber Stabt Altona, welcher die Kreiskommunalverwaltung leitet und ben Borsit im Kreistage mit vollem Stimmrecht führt, aus 27 Mitgliebern, von benen

- 1) bie Stadt Altona 22,
- 2) die Stadt Ottensen 5 Abgeordnete entsendet.

§. 135.

Die Wahl ber Kreistagsabgeordneten erfolgt nach ben Borschriften bes §. 90 Absat 1.

§. 136.

Der Kreisausschuß bes Stadtkreises Altona besteht aus dem Oberbürgermeister der Stadt Altona, in Beshinderungsfällen dessen gletzlichem Stellvertreter, als Borssitzenden, und sechs Mitgliedern, welche von dem Kreisstage aus der Jahl der Mitglieder der Magistrate der beiden zum Stadtkreise Altona gehörigen Städte auf die Dauer ihres städtischen Amtes gewählt werden. Für Fälle der Behinderung sowohl des Oberbürgermeisters wie seines gestlichen Stellvertreters wählt der Kreisausschuß den Borsthen aus seiner Mitte. Derselbe bedarf der Bestätigung des Regierungspräsidenten.

§. 137.

Für ben Kreistag und ben Kreisausschuß bes Stabtstreises Altona gelten die Borschriften der §§. 102 und 103, 105 bis 119, 121 bis 126 dieses Gesetz, soweit sich dies selben auf die Berwaltung der Kreiskommunalangelegenzheiten beziehen.

§. 138.

Die Bestimmungen bes zweiten Abschnittes bes ersten Titels finden auf den Stadtfreis Altona gleichmäßige Anwendung.

Fünfter Titel.

Bon der Oberaufficht über die Areisverwaltung.

Genehmigung ber Rreistagsbefchluffe.

§. 176. (Oftprovingen.)

Befchluffe bes Kreistages, welche folgende Angelegenbeiten betreffen:

- 1) statutarische Anordnungen nach Maßgabe bes §. 20 Rr. 1,
- 2) Mehr, ober Minberbelaftung einzelner Kreistheile (§. 13),1)
- 3) eine Belastung ber Kreisangehörigen burch Kreisabgaben fiber 50 Prozent bes Gesammtaustommens ber biretten Staatssteuern.2)
- 4) Beräußerungen von Grundstüden und Immobiliars rechten bes Kreises,
- 5) Anleihen,3) burch welche ber Kreis mit einem Schulbenbestanbe belastet ober ber bereits vorhanbene Schulbenbestanb vergrößert werben würbe, sowie bie Uebernahme von Bürgschaften auf ben Kreis.
- 6) eine neue Belastung ber Kreisangehörigen ohne gesetzliche Berpflichtung, insofern die aufzubringenben Leistungen über die nächsten fünf Zahre hinaus fortbauern sollen,

bebürfen in ben Fällen zu 1 ber landesherrlichen Senehmigung, in ben Fällen zu 2 ber Bestätigung bes Ministers bes Innern, in ben Fällen zu 3 ber Bestätigung ber Minister bes Innern und ber Finangen, in ben übrigen Fällen ber Bestätigung bes Bezirksausschuffes.

Ohne die vorgeschriebene Bestätigung sind die bestreffenden Beschliffe des Kreistages nichtig.

1) § 13 überträgt dem Kreistage das Recht, zu beschließen, sofern es sich um Kreiseinrichtungen handelt und somit eine nach Quoten zu bemessende Mehr- oder Minderbelastung eintreten zu lassen. Grundsätz, nach welchen das Waß der den einzeinen Theilen aus der beitressenden Kreiseinrichtung erwachsenden Bortheile bemessen werden soll, sind im Gesetz nicht dorgesehn, vielmehr ist die Ermittelung und Feststellung angemessener Absusungen dem psichtmäßigen Ermessen dem inschaftlichen Rreisdertretung überlassen und der nach dem Geschäspunkt administrativer Zwecknäßigkeit zu beurtheilende Kreistagsbeschluß in seiner Gultigkeit von der Bestätigung des Ministers des Innern abhängig gemacht. (Urth. d. OBC. d. 28. Rat 1879, Entich. Bd. V. 5. 5.)

Die Borschift bes § Rr. 176 Ar. 2 hat nur folde Fälle im Auge, in benen ben Kreisangehörigen einzelner Kreistheile durch Beschluß des Kreistages gemäß § 13 a. a. D. eine Mehrbelaftung in ber bort borgesehenen Form bon Buschlagsquoten berjenigen Kreisachgaben auserlegt wird, welche für eine gewisse, auf Kosen bes Kreiseherhes herzustellende Kreiseinrichtung aufzuhringen sind.

Freiwillig übernommene Raturalleiftungen gu Gunften ber Ausführung ober Unterhaltung einer Rreiseinrichtung, bezw. einer, unter Belhufe bes Areifes hernuftellenden Anlage fallen bemaufolge nicht unter ben Begriff ber im § 13 a. a. D. erwähnten Dehrbelaftung.

Dieselben kommen insoweit auch bei Beurtheilung ber Frage, ob eine beschlossen Mehrbelastung bie heranziehung einzelner Kreistheile zu Kreisaben bon mehr als 50 % bes Gesammteinsommens an birekten Staatssteuern zur Folge haben würde, nicht in Betracht. (Berf. b. Min. b. S. v. 18. Rebr. 1888, MBI. S. 78.)

Die Mehrbelaftung barf nur nach Quoten ber für bie betreffenbe Einrichtung aufzubringenben Rreisabgaben, nicht aber in Form von quantitativ feststebenben Beträgen und ebensowenig nach Quoten bes Kostenbebarfs erfolgen. (Erl. b. Min. b. J. v. 19. Febr. und 11. Aug. 1875, MBl. S. 78 u. 215.)

") Bei Borlegung ber bezüglichen Kreistagsbefchlüffe behufs Erwirtung ber erforberlichen minifteriellen Genehmigung ift gleichzeitig bie Frage zu erörtern, ob ble beschloffene Auferlegung einer Bräzipualquote eine Belaftung ber betreffenben Kreisangehörigen burch Kreisabgaben über 50 % bes Gesammtauffommens ber bireften Staatssteuern zur Folge haben werbe, welche ber Genehmigung ber Minister bes Innern und ber Finanzen unterliegt.

Es kommt hierbei nicht barauf an, ob die Belastung mit Areisabgaden zu ben bestimmten Zwecken ber beschlossenen Areiseinrichtung — 3. B. 3u Berkehrszwecken — 50% jenes Steuerschlerericht, sonbern vieltmehr barauf, ob der aus den Beschlüssigen ber Areisvertretung sich ergebende Betrag der Areisabgaden, einschließlich der Präzipualbeiträge, unter Zurechnung des sonstigen gesammten Jahresbetrages der Areisabgaden, die eben bezeichnete Grenze des Sollaustommens der direkten Staatssteuern überschreitet. (Cirk. d. Win. d. Rin. d. 3. b. 1. Nob. 1879, WW. 1880 S. 11.)

Alle Rreistagsbeschliffe, welche bie Erhebung von Areisabgaben über 50 % bes Gesammtauftommens der direkten Staatssteuern betreffen, bezw. zur Folge haben, bedürfen der Bestätigung; dieselbe fällt nicht weg, wenn schon im Borjahre mit ministerieller Genehmigung ein die gedachte Belastungeruze übersteigender Areisabgabenbetrag erhoben worden ist. (Eirt. v. 13. Nob. 1886 d. Min. d. 3. u. d. 341., D. 31. u. d. 341., D. 324.)

Die Genehmigung kann für einen längeren Zeitraum ober für einen höheren Betrag Gultigkeit haben, als aus ihrem Wortlante hervorgeht. Schensowenig darf seitens der Areisderwaltung von mehreren bei verschiebenen Gelegenheiten ertheilten Genehmigungs zu lleberschreitung der Grenze von 50 % in einer Weise, die bei Ertheilung der Genehmigung gar nicht überschen werden kann, ein kumulativer Genehmigung gar nicht überschen werden in folchen Fällen besonders der Antrag zu ftellen, für Ortschaften, in welchen sich der Prozentiak weiter erhöhen würde, auch blesen Krozentiak besonders zu genehmigen. Hiervon kann nur dann abgesehen werden, wenn die gesammten Aretsabgaben sich immerbalb einer

§. 176. 499

Grenze halten, welche für bas laufenbe Jahr genehmigt war. Anbererseits ift in allen Fällen, in welchen sitt einzelne mehrbebelastete Kreistheile die Erhöhung der Kreisabgaben über 80% bisber nur auf einen gewissen Zeitraum genehmigt worden ist, nach Wblauf des letzeren nur da, wo für die mehrbelasteten Kreistheile die Höhe dieser Gesammtbelastung in dem Genehmigungsbeschlusse oder ben ihm zu Grunde liegenden Unterlagen begrenzt ist, vor jeder Ueberschreitung dieser Grenze die Genehmigung von Seuern nachzusuchen. In letzterem Falle hat das auch dann zu gelten, wenn die Ueberschreitung der früher genehmigten Grenze lediglich in Folge einer Erhöhung der allgemeinen Kreisabgaben eintritt, ohne Kücksich darauf, of sich diese unterhalb 50 % der direkten Staatssteuern halten oder diese Summen übersteigen. (Berf. d. Min. d. J. d. Ar. April 1891, MBL S. 62.)

- 3) Hinsichtlich ber Fassung ber Beschlüsse wegen Ausgabe auf ben Inhaber lautender Schuldverschreibungen der Areistorporationen (Areisdoligation) wird unter Bezugnahme auf die Circert. v. s. Sept. 1888 (MBI. S. 256), d. 22. März 1875 (MBI. S. 124 und 207) auf folgende Bunkte verwiesen:
- a) zur Tilgung ber in Inhaberpapieren aufzunehmenben Anleihen find außer einem bestimmten Prozentsate bes ursprünglichen Schulbkapitals — welche bei Anleihen zu gemeinnützten Anlagen und Einrichtungen auf minbestens 1 1% und bei Anleihen zu gewinnbringenben Anlagen auf minbestens 1 1/2% zu bemeffen ift auch bie durch fortschreitenbe Tilgung ersparten Insien und bie Extragsüberschüffe ber betreffenden Anlage zu verwenden;
- b) die auszugebenden Inhaberpapiere sind in Stücken, welche auf mindestens 300 Mark Rennwerth sauten, auszustellen, und Stückbeträge, welche wie 300, 600 und 1500 Mark geeignet sind, Gebrauch der Rechung nach der früheren Thalerwährung zu erhalten, thunlichst zu vermeiden;
- o) falls die Tilgung der Anleihe im Wege der regelmäßig wiederkehrenden Ausloofung der Obligationen bewirft werden soll, so ist dei Admessung der Zahl, in welcher die berschiedenen Mennwerthskategorien der Anleihestlicke auszugeben sind, auf die planmäßigen Allgungsbeträge Ricksich zu nehmen.

d) Nach ber Bestimmung in Rr. 8 b. CirkErl. v. 17. April 1854 (MBl. S. 94) hat die Bekanntmachung der ausgekoosten und gekündigten Schuldverschreibungen in Zeiträumen von 6, 3, 2 und 1 Wonat vor dem Zahlungstermin zu erfolgen und darf sich auf eine einmalige Beröffentlichung nicht beschränken. (Cirk. d. Min. d. 31. b. 1. Nov. 1879, NBl. 1880 S. 11.)

Bas bie formelle Behandlung ber Preistagsbefoluffe anlangt. fo bat bie Befchluffaffung bes Begirtsausichuffes über bie nach § 176 Mr. 5 bemfelben gugewiefene Beftatigung folder Breistags. befoluffe ber burch ben Minifter bes Innern begto, ber Minifter bes Innern und ber Fingngen auszulprechenben Beftätigung ber Rreistagsbeidluffe, foweit biefelben bie Debr- ober Minberbelaffung einzelner Rreistheile bezw. eine Belaftung ber Rreisangeborigen burch Preisabaaben über 50 % bes Gefammteinfommens ber biretten Staatsfteuern betreffen, borangugeben, benn einerfeits finb bie fraglichen Areistagsbeidluffe ohne bie Beftatigung bes Begirfequeiduffes nichtig, anbererfeits wirb biefe Beftatigung burch bie feitens ber Reffortminifter auszusprechenbe Beftatigung nicht erfent, weil lentere fich nur auf folde Theile bes betreffenben Rreistagsbeichluffes zu erftreden bat, welche bie Rechtsbeftanbigfeit bes Runbamentalbeidluffes (binfictlich ber Belaftung ber Rreisangehörigen mit ben Roften einer neuen Rreiseinrichtung, ber Aufnahme einer Anleihe u. f. w.) gur Borausfetung baben.

Die Anträge auf Ertheilung ber ministeriellen Genehmigung bezw. auf Erwirkung eines Allerhöchsten Privilegiums wegen Ausgabe von Inhaberpapieren sind mittels Verlicks des Regierungsprässenten vorzulegen. Der Bericht muß gleichzeitig gemäß den Bestimmungen des CirlErl. v. 8. Aug. 1854 (MBC. S. 183) eine gutachtliche event. im Einvernehmen mit der Finanzabiheilung der Bezirksregierung abzugebende Aeuherung darüber enthalten, ob die durch die Aussichtung der Areisangebörigen mit Areisachsabeichtlisse verursche Belastung der Areisangehörigen mit Areisachsaben die Sicherheit der Einziehbarseit der Staatssteuern gefährben würde. (Cirl. v. 1. Rob. 1879, WBC. pro 1880 S. 11.)

1) Nach Inhalt bes Erl. v. 15. März 1890 (MBC. S. 77) barf bie Ertheilung eines Privilegiums zur Ausgabe von Inhaber §. 176. 501

papieren nur dann nachgefucht werden, wenn es sich um die Beschäffung der Mittel für außerordentliche Ausgaben zu gemeinnützigen, nicht bloß der Gegenwart, sondern auch der ferneren Jutunft zu Gute tommenden Zwecken handelt. Unzulässig erscheinbiernach die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke, die erst späterhin des Mähreren bestimmt werden sollen, sodann auch für Zweck, welche entweder nur die Unterhaltung bereits bestehender Anlagen oder zwar die Bestellung neuer Anlagen detressen, jedoch solcher, die alljährlich, oder doch in ganz turzen Zwissennümmen von Neuem erforderlich werden. In diesen letzteren Fällen handelt es sich um regelmähige Ausgaben, sür welche mittels der ordentlichen Einnahmen des tommunalen Haushalts Borsorge getrossen werden muß.

- 2) Weiterhin kann, wie gleichfalls in bem Erl. v. 15. März 1890 bereits hervorgehoben worden ift, bei der Aufnahme einer Anleihe nur die Beschaftung der Mittel für sofort zu verwendende Alssagaben in Betracht kommen. Das Erforderniß der sofortigen Berwendung ist allerdings nicht bahin zu verstehen, daß es unzulässig wäre, mittels einer Anleihe die Mittel für eine größere Zahl von baulichen Anlagen aufzunehmen, welche im Laufe der nächsten Jahre allmählich zur Ausstührung gelangen sollen. Dagegen erscheint es unstatthaft, durch die Aufnahme einer Unteihe die Mittel für solche Zweck beschaften zu wollen, deren Ausführung einer späteren, vorläufig noch nicht näher zu bestimmenden Zeit überlassen sollen.
- 3) Was die Koften der Schulhausbauten betrifft, so ergiebt sich sichon aus den Grundsätzen unter Ziffer 1 dieses Erlasses, daß diese Kosten in benjenigen Gemeinden, deren Bevöllerung in stetiger Junahme begriffen ift, und in welchen baher das Bedürfniß zur Ausführung neuer Schulbauten in regelmäßigen Zwischenräumen wiederzukehren pflegt, nicht durch Anleihen, sondern durch Ansamulung von Bausonds zu beschaffen sind. Dis diese Fonds hinreichend leistungsfähig sind, tann außnahmweise noch die Berwendung von Anleihemitteln sür derartige Zwecke zugelassen werden, iedoch nur bet entsprechender Berstättung des Allaungsfabes in

Gemäßheit ber Borfcrift unter Biffer 6 am Schlusse bes zweiten Abfapes.

Anlangend bie Roften ber erften Bflafterung einer Strake. beispielsmeife auch bei ber Ummanblung einer dauffirten Strake in eine gepflafterte, fo wirb bie leibweife Beichaffung ber erforberlichen Mittel gestattet werben tonnen, fobalb nur wegen Reftfetung eines angemeffenen Tilgungsfates im Ginne ber Boridrift unter Riffer 6 biefes Erlaffes Borforge getroffen ift. Sanbelt es fich um bie Reuanlegung bon Strafen, fo finb fammtliche bon ben Unliegern für Freilegung, Entwässerung u. f. w. erhobenen Beitrage gur außerorbentlichen Tilgung ber Soulb gu berwenben, welche bebufs Unlegung ber Strafen aufgenommen worben ift. Uebrigen ergiebt fich icon aus ben Grunbfagen unter Riffer 1, bag alle Roften, welche lebiglich bie Unterhaltung bes beftebenben Bflafters betreffen, wogu auch bie Roften ber Umpflafterungen gu rechnen finb, nicht burch Unleiben gebedt werben burfen. Die Gr-Taffe bom 10. Oft. 1889 (DBC. S. 163) unb 15. Marg 1890 (DBL S. 77) werben bementfprechenb mobifigirt.

- 4) Ift ber Antrag wegen Aufnahme einer Anlage hinsichtlich bes Berwenbungszwecks auch unbebenklich, so kann bemselben boch nur bann entsprochen werben, wenn es sich um einen größeren Betrag hanbelt, welcher anberweitig und unter gleich günstigen Bebingungen, wie burch Ausgabe von Inhaberpapieren, nicht zu beichaffen wäre. Hiervon ausgehend, ist in einem Einzelfalle bie Ausgabe von Inhaberpapieren für unstatthaft erachtet worden, in welchem bie zu beschaftenbe Summe sich nur auf 192000 Mark belief.
- 5) Jur Prüfung ber Frage, ob die Mittel einer Anleihe für die angegebenen Berwendungszwecke einerfeits erforderlich, anderer seits auch ausreichend sind, bebarf es zwar nicht der Borlegung von betaillirten Kostenanschlägen, die zumal dann leicht werthsos werden können, wenn es sich um mehrsache größere Unternehmungen handelt, beren Ausführungen allmählich und während einer Reihe von Jahren geplant ist; es genügen vielmehr Kosteniberschläge. Auf der Borlage solcher Ueberschläge muß aber umsomehr bestanden werden, da ihre Ausstellung schon als Grundlage der entsprechenden Beschlüsse der zommunalen Behörden nicht zu einbehren ist. Sier-

Γ

su tommt, daß insbesondere die Bedürfniffe der Gemeinden an Ranalisations. Bafferleitungs- und Beleuchtungsanlagen, an Schul. Schlachthaus. Strahenbauten u. s. w. vielfach dieselben find und somit die wegen des Koftenpunktes in der einen Gemeinde gesammelten Ersahrungen in anderen Gemeinden leicht verwerthet werben tonnen.

6) Gemäß bes Erl. b. 1. Rob. 1879 (DBL 1880 S. 11) unb ber bort unter BII bezeichneten alteren Erlaffe find Unleiben au gewinnbringenben Ameden minbeftens mit 11/4 Brozent ber Anlagetoften unter Bumachs ber Binfen ber getilgten Unleihefcheine unb ber etmaigen meiteren Betriebsübericune, bagegen Anleiben au nicht gewinnbringenben 3meden nur mit 1 Brogent bes Unlage-Tapitale, im Uebrigen gleichfalle unter Rumgche ber Rinfen ber getilaten Anleibeideine au tilgen. Der Unteridieb amifden geminnbringenben und nicht gewinnbringenben Unlagen ift jeboch nicht immer feft su bestimmen, auch fann bor ber Musführung einer an fich gewinnbringenben Unlage nicht immer mit Sicherheit beurtheilt merben, ob ber Betrieb ber Unlage unter ben obmaltenben brilichen Berhaltniffen bemnächft in ber That Ueberfduffe abwerfen wirb. Bir find beshalb bamit einverftanben, baf bie Amortifation ber gewinnbringenben Unlagen in Butunft gleich berjenigen ber nicht gewinnbringenben Unlagen erfolgen.

Der Amortisationssat von 1 Brozent ift jedoch in dem gedachten Erlasse all Mindestderrag bezeichnet. Ob über diesen Mindestdetrag hinauszugeben, bezw. wie hoch der Tilgungssat zisfermäßig zu bestimmen ift, unterliegt der Beschüftlung der Bezirks (Kreis-) Ausschüftle nach Brüfung der einschlüßigen Berhältnisse. Diese Aussichen haben sich auch barüber schlüßig zu machen, ob dei Anleiben, welche zur Berkeltung gewinnbringender Anlagen bestimmt sind, die erzielten Betriebsüberschiftlig zu machen, ob zu Mrleiben, welche zur Strigung zu berwenden, bezw. inwieweit dieselben der betreffenden Gemeinde zur freien Berfügung zu überlassen find. Es wird dabei einerseits die allgemeine Finanzlage des betreffenden Gemeindewesens, andererseits werden die Grundsätze, nach welchen bei den Abschieden, auf das Anlagesapltal versahren werden soll, in Betracht zu ziehen sein. In Aus Malen Fällen, in welchen der Ivwed einer

Anleibe icon por bem Reitpunkte erschöpft ift. bei welchem eine Anleibe unter ber Borausfegung ber Amortifation mit nur Ginem Brogent - auguglich ber Binfen ber getilgten Anleihefcheine - getilgt fein murbe, muß biefer Amortifationsfas entfprechenb verftarti merben. Beifpielsweife wird alfo für eine Anleihe gu Strafenpflafterungen ber Tilgungsfat fo gu bemeffen fein, bag, wenn nach Ablauf ber Abnubungsberiobe bie Berftellung eines neuen Strafenpflafters erforberlich wird, bie für ben Strakenbau aufgenommene alte Schulb abgetragen ift, sum minbeften ift in foldem Ralle ber Tilgungefas auf 2 Brogent bes Unlagetapitals au bemeffen. Angleichen muß eine au Soulbauten aufgenommene Unleibe bis au bemienigen Beitpuntte getilgt fein, ju welchem nach ber borausfestlichen Bunahme ber iculpflichtigen Rinber für bie Gemeinbe bie Erbauung eines neuen Schulhaufes erforberlich wirb. Beiterbin beburfen Anleiben gur Ausführung bon Ranglifgtionen, ba bie letteren neben bem einmaligen, für ihre Serftellung aufgewendeten, in ber Regel fehr bebeutenben Roftenbetrage auch noch fortbauernb in Folge ber Roftspieligfeit ihrer Unterhaltung Anforderungen an die ftabtifche Raffe ftellen, einer beichleunigten Tilgung mit minbeftens 11/2 Brogent bes Anlagefabitals unter Rumache ber erfparten Binfen ber getilaten Unleibeideine.

Soll eine Anleihe zur Tilgung einer älteren verwandt werden, so ift gemäß des Grl. v. 6. Dez. 1881 (MBl. 1882 S. 5) der für die Amortisation der alten Anleihe festgeseite Endtermin innezufalten. Besteres gilt auch für den Fall der Derabsehung des Zinsfußes mittels Abstembelung der Anleibesdeine.

7. Gemäß bem Erl. v. 21. Febr. 1880 (MBl. S. 99) ift bas unter III b b. Erl. v. 1. Rov. 1879 mitgetheilte Schema qu einem Brivilegium wegen Ausgabe von streisanleihescheinen unter ben aus ben abweichenben Berhältniffen sich erzebenben Abanberungen bei bem Entwurfe eines Privilegiums qur Ausgabe von Stabtanleiheschien qum Muster qu nehmen.

Es bleibt hierbei jeboch zu berücksichtigen, baß nach Inhalt bes Erl. b. 23. Aug. 1884 (WBl. S. 231) bie Ausgabe von Zinsicheinen auch für zehnjährige Berioben gestattet ist. Weiterhin erachten wir für genügend, daß die Bekanntmachung ber ausgelooften Anleibe-

scheine nur einmal und zwar spätestens 3 Monate vor bem Termine ber Einlösung katisindet. Dagegen ift in benjenigen Hallen, in welchen die Tilgung durch Antauf von Anleihescheinen bewirft worden ist, dieser und zwar unter Angabe des Betrages der angelauften Anleihescheine und alsbald, nachdem der Antauf erfolgt ist, bekannt zu machen.

Die Blätter, in welchen die Bekanntmachungen ftattfinden follen, find in bem Entwurfe ber Anleihescheine ju bezeichnen; es ift unguläffig, biese Bezeichnung, wenn auch nur für einen Theil ber Blätter, junacht vorzubehalten.

Im Gebiete bes Frangöfischen Rechts enblich bleibt zu berücksichtigen, daß die Zinsen vom bargeliehenen Gelbe gemäß Urt. 2277 b. BGB. erft in 5 Jahren verjähren.

- 8. Die Abanberung ber Bebingungen eines ertheilten Privilegiums ift nur unter ber Borausfesung angängig, bag hierzu bie Allerhöchte Genehmigung eingeholt wirb und allen benjenigen Inhabern von Unleihescheinen, welche ber Abanberung nicht zufimmen, bieselben rechtzeitig gefünbigt werben. Bur Abanberung ber in einem Privilegium angegebenen Berwenbungszwecke bebarf es gleichfalls ber Allerhöchten Genehmigung.
- 9. Der biesseitigen Beschlußfassung auf einen Antrag kann, wie sich von selbst ergiebt, übrigens in bem Erl. v. 8. Dez. 1883 (MBl. 1884 S. 9) auch zum Ausbruck gebracht ist, baburch nicht vorgegriffen werben, daß ber Antragsteller unter der ftillschweigenden Boraussetzung der Genehmigung seines Antrags mit Beziehung auf densselben bereits bindende Berpflichtungen eingegangen ist.
- 10. Bei Borlage ber Anträge ber Kommunalverbände ift anzugeben, ob nach ber Auffassung ber Bezirksregierung durch die mit der Berzinsung und Tilaung der Anleihe verbundene Mehrbelastung der Angehörigen des Kommunalverbandes die Einziehbarkeit der Staatskeuern etwa gefährdet werde. (Liff. IV d. Erl. v. 1. Rob. 1879, MBI. 1880 S. 11.)
- 11. Die vorstehenden Bestimmungen, welche wegen bes Amortisationssasses ber Anleihen babon ausgehen, daß eine Anleihe für nur einen Berwendungszweck aufgenommen werde, finden sinnentsprechende Anwendung, wenn eine Anleihe für mehrere Berwen-

bungszwecke aufgenommen werben joll. Unterliegen in solchem Falle bie für die verschiebenen Zwecke geblanten Theilbeträge ber Anleibe, für sich allein betrachtet, verschiebenen Amortisationsfügen, so bleibt ber Beschlüßfassung bes Kommunalverbandes überlassen ob die ganze Anleibe nach einem entsprechenben durchschitlichen Amortisationssate, ober ob jeder Theilbetrag für sich nach dem für ihn gesondert zu bestimmenden Amortisationssate getilgt werben soll. Wird letteres beschlossen, so ift ebenfalls nur ein Tilgungsplan aufzustellen, in diesem jedoch die Amortisation der Theilbeträge in getrennten Abtsellungen nachzuweisen.

19. Rach ben gemachten Beobachtungen find bie auf Grund Merhöchfter Privilegien aufgenommenen Anleihen mehrfach zu anderen Zwecken berwendet worden, als für welche die Aufnahme ber Anleihe nach Inhalt ber Privilegien genehmigt worden war. Das Unzuläffige eines solchen Berfahrens kann nicht zweifelbatt fein.

Em. Hochwohlgeboren erfuchen wir beshalb ergebenft, gefälligft barauf zu achten und erforberlichenfalls bie geeigneten Kontrolen barüber einzurichten, daß bei Aufnahme, Berwendung und Tilgung von Anleihen ber bortigen Rommunalverbande, welche auf Erund eines Allerhöchken Privillegiums aufgenommen worben find, überal nach ben Bebingungen biefes Brivilegiums verfahren werbe.

13. Für ben Fall, baß die Anlagen, mit welchen bie Antrage hierhin eingereicht werben, im Uebrigen geheftet finb, muffen ber Entwurf bes Allerhöchken Privilegiums und beffen Anlagen jebenfalls ungeheftet bleiben.

Schliehlich will ich, ber mitunterzeichnete Minifter bes Innern nicht unerwähnt lassen, daß die Grundsätz, welche im Borstehenden insbesondere hinsichtlich der Zulässieit der Aufnahme von Anleiben und der Rothwendigkeit einer angemessenen Amortisation von solchen für den Fall der Ausgabe von Inhaberpapieren aufgestellt worden find, gleichmäßige Anwendung dann zu sinden haben, wenn eine Anleihe ohne Ausgabe von Inhaberpapieren aufgenommen werden soll. Ew. Hodwohlgeboren ersuche ich beshalb ergebenft, gefälligst darauf hinzuwirten, daß auch in dem leisteren

Falle seitens ber Areisausschuffe bes bortigen Begirts und seitens bes bortigen Begirtsausschuffes bementsprechend berfahren werbe. (Cirt., betr. die Anträge ber Areise und Gemeinden wegen Genehmigung der Aufnahme von Anleihen, b. 1. Juni 1891, MBl. C. 84.)

Rablreiche Rorporationen und Gemeinden, welche in neuerer Reit unter Benunung ber augenblidlichen Lage bes Gelbmarftes bie Berabfenung bes Rinsfufes ber bon ihnen ausgegebenen, auf ben Anbaber lautenben Anleibeideine (Obligationen) befoloffen unb au biefem Bebufe nicht ben Beg ber Abstempelung ber bisberigen Anleibeicheine, fonbern ben ber Ausgabe neuer Stude gemablt baben, find bierbei bon ber Abficht geleitet worben, mit bem Beitpuntte ber Begebung ber letteren eine neue Tilgungsfrift unter Beibehaltung bes Sates ber alten Tilgungsquote beginnen gu laffen. Durch eine berartige Rinangoperation wird eine Berlangerung ber urfprunglich festgefesten Tilgungsfrift bewirft, welche als aulaffig nicht erachtet werben tann. Diefelben Ermagungsgrunbe, welche au ber in ben CirfGrl. b. 8. Cept. 1868 (DBl. b. i. 28. 6. 276) und b. 22. Mara 1875 (MBl. 6. 124) enthaltenen Beftimmungen geführt haben, bag gur Tilgung ber bon Rorporationen in Inhaberpapieren aufzunehmenben Anleiben ein beftimmter Brogentfas bes urfprunglichen Schulbtapitals bermenbet merben foll. um eine ben allgemeinen vollswirthichaftlichen Intereffen entforedenbe Rormirung ber Tilgungefriften berbeiguführen, finb auch bafür maggebenb, bag grunbfaslich ber urfprünglich feftgefeste Enbtermin ber Tilgung auch für bie Tilgung berjenigen Unleiben innegehalten werben muß, welche an bie Stelle ber bisberigen gu treten beftimmt ift.

Die Tilgungsquote für bie fogenannte Konvertirungsanleihe ift baber fo gu berechnen und in ben begüglichen Korporations-beschilfen fo festguteten, baß die Tilgung ber neuen Anleihe mit bem für die Tilgung ber einzulöfenden Anleihe bestimmten Zeitpunkte beenbet ift. (Girk. D. 6. Aug. 1892, MBL. S. 321.)

10) Durch die Bestimmung eines Kreistagsbeschlusses wird die Kontrole hinsichtlich der Gülttigkeit desselben durch die Berwaltungsgerichte nicht ausgeschlossen, (Urth. d. DBG. v, 6. Rob. 1882, Entsch. 286. IX S. 29.)

Ueberschrift und §. 103. (Hannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I \S . 176, nur im ersten Absatz: "in ben Fällen zu 2, unbeschabet ber Bestimmung im \S . 114 $\Re r$. 2".

Ueberschrift und §. 104. (Heffen-Raffan.)
Ueberschrift und §. 91. (Bestsfalen.)
Ueberschrift und §. 91. (Rheinprovinz.)
Ueberschrift und §. 139. (Schleswig-Holstein.)
Derselbe Wortlaut wie bei I §. 176.

Auffichtsbehörben.

§. 177. (Oftprovingen.)

Die Aufsicht bes Staates über die Berwaltung ber Angelegenheiten der Landfreise wird von dem Regierungspräsidenten, in höherer und letzter Instanz von dem Ober-Präsidenten geübt, unbeschadet der in den Gesetzen geordneten Mitwirkung des Bezirksausschusses und des Provinzialrathes.

Beschwerben an die Aufsichtsbehörbe in Kreisangelegenheiten sind in allen Inftanzen innerhalb zwei Wochen anzubringen.

Die gefehlichen Bestimmungen weisen die Kreisangehörigen, welche burch die Feststellung des Kreishaushaltsetats sich beschwert erachten, lediglich auf den Weg der Borstellung bei dem Landrathe bezw. der höheren staatlichen Aufsichtsbehörde sin. Keineswegs ist dagegen den einzelnen Kreisangehörigen oder den einzelnen Gemeinden das Recht eingeräumt, ein Streitversahren gegen den Kreisaussichus zum Zwede der Prüsung der Gesehlickkeit der auf die Etatsaussichus bezüglichen Beschlichkeit der auf die Etatsaussichung bezüglichen Beschlichkeit der auf die Etatsaussichung bezüglichen Beschlichte des Kreistages durch

Rlage herbeizuführen, insbesonbere nicht burch bie im § 193 b. Ard. und § 65 bes Juft. gegebene Rlage über die Heranziehung ober Beranlagung ber Gemeinben ober einzelner Arelsangehörigen zu ben Arelsabgaben. (Urth. b. OBG. b. 5. Jan. 1878, Entsch. Bb. III S. 42.)

Neberschrift und §. 104. (Hannover.)
Neberschrift und §. 105. (Heffen-Raffan.)
Neberschrift und §. 92. (Westsfalen.)
Neberschrift und §. 92. (Rheinprovinz.)
Derselbe Wortlaut wie bei I §. 177.

Ueberschrift und §. 140. (Schleswig-Holftein.) Die Aufsicht des Staates über die Berwaltung der Angelegenheiten der Landkreise und des Stadtkreises Altona u.s.w., derselbe Wortlaut wie bei I §. 177.

S. 177a. (Oftprovingen.)

Die Aufsichtsbehörben haben mit ben ihnen in ben Gesetzen zugewiesenen Mitteln barüber zu wachen, baß bie Berwaltung ben Borschriften ber Gesetze gemäß geführt und in geordnetem Gange erhalten werbe.

Die Aufsichtsbehörben sind zu dem Ende befugt, über alle Gegenstände der Berwaltung Auskunft zu erfordern, die Einsendung der Alten, insbesondere auch des Haus-haltsetats und der Jahresrechnungen zu verlangen, sowie Geschäfts- und Kaffenrevisionen an Ort und Stelle zu veranlassen.

§. 105. (Hannover.) Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 177a. §. 106. (Seffen - Raffan.) §. 93. (Beftfalen.)

§. 93. (Mheinprovina.)

§. 141. (Schleswig - Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 177 a.

§. 178. (Oftprovingen.)

Beschliffe bes Kreistages, ber Kreistommissionen, sowie in Rommunalangelegenheiten bes Kreises!) gefaßte Beschlüffe2) bes Kreisausschuffes, welche beren Besugnisse überschreiten ober bie Geste verletzen,3) hat ber Landrath, entstehenden Falles auf Anweisung der Aufstätsbehörbe, unter Angabe der Gründe, mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden.4)

Gegen die Berfügung des Landraths sieht dem Kreistage, der Kreistommission beziehungsweise dem Kreistausschusses innerhalb zwei Wochen die Klage dei dem Bezirksausschusse zu. Dieselben können zur Wahrnehmung ihrer Rechte im Berwaltungsstreitversahren einen bessonderen Bertreter bestellen.

- 1) In Kreistommunalangelegenheiten gefaßte Beschliffe sind solche Beschlüsse, welche ber Kreisausschuß in den eigenen Angelegenheiten der Kreistorporation als deren Organ im Gegensah zu seiner Ahätigkeit als itaatliches Organ gefaßt hat. Zu diesen Beschlüssen gehören auch solche über Anträge auf Berichtigung von Berzeichnissen der Wahlberechtigten. (Urth. b. OBG. v. 11. Juni 1883, Entsch. Bb. X S. 44.)
- 3) Beschlüffe, welche ber Areisausschuf in Ausübung ftaatlicher Funktionen faßt, unterliegen nicht ben Bestimmungen bes § 178, so namentlich nicht feine Beschlüffe in Ausübung ber Dissiplinar-

gewalt über Kreisbeamte. (Urth. b. DBG. v. 23. Jan. 1878, Entfc. Bb. III S. 59.)

Diefe Befoluffe tonnen baber bom Lanbrathe nicht beanftanbet, muffen bielmehr mittels Rlage angefochten werben.

3) Jeber Befchliß ber genannten Organe, welcher gegen bie in ihrem wahren Sinne burch bie Regeln ber Auslegung festgesette gesehliche Rorm verftößt, enthält eine Berlehung des Gesehs. Ein Gegensat swischen Gesehseberlehung und unrichtiger Anwendung Eunslegung der Geseh) besteht nicht. (Urib. b. DBG. v. 19. Mai 1881, Entich. Bb. VII S. 115.)

Bwed ber Bestimmung bes § 178 ift, zu verhindern, daß ein die Befugniffe des Areistages überschreitender Beschluß zur Ausführung gelangen kann. Demzusolge hat das Berwaltungsgericht den beanftanbeten Beschluß entweder aufrecht zu erhalten oder aufzuheben; es ist nicht befugt, benselben zu modifiziren oder zu ergänzen. (Urth. d. DBG. v. 14. Juni 1880, Entsch. Bb. VI C. 74 und v. 11. Juni 1883, Entsch. Bb. X C. 44.)

4) Der Landrath ift zur Anfechtung eines Kreistagsbefchlusses auch dann noch befugt, wenn bereits die Ausführung des Beschlusses stattgefunden hat. (Urth. d. OBG. v. 5. April 1880, Entsch. Bb. VII S. 52.)

Das Berfahren bei ber Bollziehung ber Wahlen zum Kreisausschuffe lätzt für eine Beanstanbung von Seiten bes Kandraths nur dann Naum, wenn ein Mitglieb des Kreistages bis zum Schlusse bes Kreistages Einspruch gegen die Wahl erhoben und ber Kreistag endgilitg über den Einspruch Beschlus gefaßt hat.

Liegt ein solcher Einspruch nicht vor, so ift kein Beschluß vorhanden, und der Landrath nicht berechtigt, zu beanstanden. (Urth. b. DBG. v. 6. Jan. 1893, Entsch. Bb. XXIV S. 29.)

3) Die baaren Auslagen eines Berfahrens fallen, wenn fie bem Landrathe als unterliegendem Theile auferlegt find, nicht dem Kreiskommunalverbande, sondern der Staatskasse zur Laft. (Urth. d. OBG. v. 3. Jan. 1881, Entich. Bd. VII S. 88.)

Das Recht und bie Pflicht ber Bermaltungsgerichte, auf erhobene Rlage bie bestrittene Rechtsgultigfelt von Kreistagsbefcluffen au prufen, aus welchen eine Berpflichtung au Leiftungen bergeleitet wird, erftrect fic auch auf biejenigen Areistagsbeschlüffe, welche gesehlich einer Bestätigung bedürfen ober bestätigt worden find. (Urth. b. OBG. b. 6. Nov. 1882, Entsch. Bb. IX S. 29.)

Beschlüsse, welche ber höheren Genehmigung bedürfen, um vollsstreckbar zu werden, können, solange sie nicht bestätigt sind, nicht beanstandet werden. (Urth. b. OBG. v. 12. Mai 1880, Entsch. Bb. VI S. 68. und v. 11. Juni 1883, Entsch. Bb. X S. 44.)

Die Rreisordnung legt die Befugniß, jur Wahrnehmung ihrer Rechte im Berwaltungsftreitverfahren einen besonberen Bertreier ju bestellen, bei Beanstandungen ben Areistagen bezw. Amisausschiffen zu. (Urth. b. DBG. v. 18. Dez. 1889, Entich. Bb. S. 111.)

§. 106. (Sannover.)

§. 107. (Seffen = Raffan.)

§. 94. (Beftfalen.)

§. 94. (Rheinproving.)

§. 142. (Shleswig - Holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I §. 178.

Auflöfung bes Kreistages burch Rönigliche Berordnung.

§. 179. (Oftprovingen.)

Auf ben Antrag bes Staatsministeriums kann ein Kreistag durch Königliche Berordnung aufgelöst werden. Es sind sodann Neuwahlen anzuordnen, welche binnen sechs Monaten, vom Tage der Auslösung an, ersolgen müssen.

Im Falle der Auflösung eines Kreistages bleiben die von demselben gewählten Mitglieder des Kreisausschuffes und der Kreistommissionen so lange in Wirksamkeit, dis der neugebildete Kreistag die ersorderlichen Reuwahlen vollzogen hat. §. 107. (Sannover.)

§. 108. (Seffen = Raffau.)

§. 95. (Weftfalen.)

§. 95. (Rheinproving.)

§. 143. (Schleswig-Holftein.)

Derselbe Wortlaut wie bei I §. 179.

Bwangsweife Etatifirung gefehlicher Leiftungen burch bie Regierung.

§. 180. (Oftprovingen.)

Unterläßt 1) ober verweigert 2) ein Kreistag die ihm gesetzlich obliegenden,3) von der Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit sestgestellten Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen,4) so verfügt 2) der Regierungspräsident, unter Angabe der Gründe, die Eintragung in den Stat, beziehungsweise die Feststellung der außerordentlichen Ausgaben.0)

Segen die Berfügung bes Regierungspräsibenten steht bem Kreise innerhalb zwei Wochen die Klage bei bem Oberverwaltungsgerichte zu. Jur Aussührung ber Rechte bes Kreises kann ber Kreistag einen besonderen Bertreter bestellen. 7)

- 1) Wenn ein Areis gesetzliche Leistungen unterlätt, so ist bie gur Rlage berechtigte Beborbe nicht ber Lanbrath, sonbern ber Regierungspräfibent. (Urif. b. DBG. b. 8. Dez. 1879, Entich. Bb. IV S. 24.)
- 2) Das jur Zwangsetatifirung berechtigenbe Unterlaffen ober Bermeigern ber Statifirung bat bom Rreisausfcuffe auszugeben.

Bwifden Feststellung ber Leiftung und Anordnung ber Ctatifirung muß ein Zeitraum liegen, beibes barf nicht miteinanber berhunden werben.

Die Rechtskontrole des Berwaltungsrichters erstreckt fich auch darauf, ob die Leiftung eine dem Areise gesehlich obliegende und die Festkellung von der zuständigen Behörde ausgegangen ist. (Urth. d. OBG. v. 6. März 1882, Entsch. Bb. VIII S. 48.)

9) Die Zwangsetatistrung in Beziehung auf gesehlich ben Landgemeinden obliegende Leistungen ift nicht auf solche Leistungen
beschänkt, zu welchen die Gemeinden in der Eigenschaft als öffendlich-rechtliche Korporationen verpflichtet find, sondern unter den der
Gemeinde gesehlich obliegenden Leistungen sind alle diesenigen zu
verstehen, welche durch ein Staatsgeset oder durch eine nach Maßgade der Staatsgeset gesafte Entschliegung der in diesen herzu
berusenen Behörde der Gemeinde auferlegt sind, mag dieselbe der
gesehlichen Berpflichung lediglich und ausschließlich sir öffentliche
Korporationen (3. B. Armensursproge) oder auch für Private (3. B.
Deichkossen) entstehen können, sosern nur zu einer für die Gemeinde
verdinblichen Feststellung nicht ausschließlich die Gerichte, sondern
neben den Gerichten, oder an Stelle berselben eine andere öffentliche
Behörde zuständig ist. (Urth. b. DBG. b. 8. Jan. 1890, Entsch.

Bb. XIX S. 167.)

Die von einem Areise bewilligten und bemnächst auch aufgebrachten Besolbungszuschiffe zur Dottrung einer etatsmäßigen Areisthierarzifielle sind keine gesetzlich ben Areisen obliegenden, bei verweigerter Fortzahlung ber Zwangsetatistrung unterliegenden Leistungen, und werden zu solchen auch dann nicht, wenn deren Uebernahme von zuständiger Stelle aus genehmigt ift, oder die Besolbungszuschiffe in dem Staatshaushaltisktat Erwähnung sinden. (Urth. b. DBG. v. 9. Febr. 1889, Entsch. Bd. XVII S. 33.)

4) Die Ausübung bes Rechts ber Zwangsetatifirung ift nach Lage ber Gesetzebung allgemein von ber Boraussehung abhängig, daß die betreffenden Kommunalverbäube es unterlassen ober verweigern, die ihnen gesehlich obliegenden, von ber Behörbe innerhalb ber Grengen ihrer Zuftändigteit seigestellten Leistungen auf ben Jaushaltsetat zu bringen ober außervorbentilch zu genehmigen.

Bon einer folden Unterlaffung unb Beigerung gegenüber einer borangegangenen Reftstellung burd bie auftanbige Beborbe tann nur bann gesprochen werben, wenn ben Organen bes Rommunalperbanbes bie Doglichteit einer Entfoliegung gelaffen wirb. Dieraus folgt, bag jene Reftftellung ber Leiftung und bie Anordnung ibrer Gintragung in ben Gtat, auch wenn für beibe Runftionen biefelbe Beborbe guftanbig ift, nicht mit einanber verbunden werben barf, bag vielmehr in jebem Ralle awifden beiben Dagnahmen ein gemiffer Reitraum frei bleiben muß, ber, ba bas Befes in biefer Begiebung feine Borfdriften enthalt, nach ben Umftanben bes Gingelfalles au bemeffen ift. Die biernach ber Amangsetatiftrung porbergebenbe Berfügung ber guftanbigen Beborbe, burd welche bie Beiftung abicoliegenb feftgeftellt werben foll, muß eine Faffung erhalten, welche biefen Awed flar und beutlich ertennen und feinen Ameifel barfiber läßt, bag eine Abanberung ber Berfügung nicht mehr auf bem Bege wieberholter Borftellungen bei berfelben Inftans, fonbern geeignetenfalls nur mittels Unrufung einer boberen Inftang au erreichen fein murbe. (Cirt. b. Min. b. 3. b. 30. Des. 1890, MBI. 1891 6. 6.)

- o) Berfügungen bes Regierungspräsibenten, betreffend bie Zwangsetatistrung gesehlicher Leistungen bes Aresses mit der Wirfung, daß von da ab die Klagefrist zu laufen beginnt, sind dem Areisausschusse bezw. dem Borsigenden besselben zuzustellen. (Urth. d. BBG. d. 23. Juni 1884, Entich. Bd. XI S. 15.)
- 9) Auch Feststellungsverfügungen anberer Behörben als ber Kommunalaufsichtsbehörben können zum Erlaß von Zwangsetatistrungsversügungen führen, sobalb sie rechtsträftig geworden. Eine Bachprüfung ber Entschebungen anderer Behörben, welche bazu berusen sind, in besonders geregeltem Berfahren die Einzelnen oder Korporationen gesehlich obliegenden Zeistungen festzustellen, steht dem Oberverwaltungsgericht zu. Das öffentliche Interesse ist in allen diesen Fällen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, welche erheisch, daß Korporationen wie Pribarbersonen ihren rechtsgültig sesgeskellen Berpflichungen nachsommen. (Urth. b. DBC. b. 3, Webr. 1886, Entich. Bb. XIII C. 57.)

7) Die Areisordnung legt die Befugniß, jur Bahrnehmung der Rechte bes Areifes bezw. Amtsverbandes bei Zwangsetatiffrung einen besonderen Bertreter zu bestellen, bem Areistage zu. (Urth. b. DBG. b. 18. Dez. 1889. Entich. Bb. XIX S. 111.)

Neberschrift und §. 108. (Hannover.)
Ueberschrift und §. 109. (Heffen-Rassau.)
Ueberschrift und §. 96. (Westspalen.)
Ueberschrift und §. 96. (Mheinprovinz.)
Derselbe Wortlaut wie bei I §. 180.

Sechster Titel.

Besondere Bestimmungen für die Provinz Sachsen.

§. 181. (Oftprovingen,)

Für den Umfang der in der Provinz Sachsen belegenen Grafschaften Wernigerode, Stolberg-Stolberg mit dem vormaligen Amte Heringen, und Stolberg-Roßla mit dem vormaligen Amte Kelbra kommt dieses Geset mit den Waßgaben des Gesetzes vom 18. Juni 1876 (Gesetz-Samml. S. 245) zur Anwendung.

Gefet, betreffend bie Einführung ber Ard. b. 13. Dez. 1872 in ben Grafichaften Bernigerobe und Stolberg, b. 18. Juni 1876:

§. 1.

Mit bem 1. Oktober 1876 tritt in ben Grafschaften Wernigerobe, Stolberg Stolberg mit bem vormaligen Amte Heringen und Stolberg:Rohla mit bem vormaligen Amte Kelbra die Kreisordnung vom 13. Dezember 1872

in allen ihren Theilen, jedoch unter Ausschluß bes §. 181 mit nachstebenden Waggaben in Kraft:

- 1) Die Ernennung ber Amisvorsteher und beren Stellvertreter (§§. 56, 57), sowie die Bestellung kommissarischer Amisvorsteher (§. 58) erfolgt in den genannten Grafschaften nach Anhörung der Besitzer berselben, des Grafen zu Stolberg-Mernigerode, beziehungsweise des Grafen zu Stolbergs-Stolberg und des Grafen zu Stolbergs-Stolberg und des Grafen zu Stolberg-Rosla, und beschadt des dem Kreistage nach §§. 56, 57 zus stehenden Borschlagsrechtes.
- 2) Der Landrath des Kreises Wernigerobe wird nach Anhörung des Grafen zu Stolberg-Wernigerobe vom Rönige ernannt. Das der Kreisversammlung gemäß §. 74 zusiehende Borschlagsrecht wird hierburch nicht berührt.
- 3) Die Grafen zu Stolberg-Wernigerobe, Stolberg und Stolberg-Rohla sind befugt, das in bem Kreise Wernigerobe, beziehungsweise Sangers hausen ihnen zustehende Recht der Theilnahme an den von den Wahlverbänden der größeren Grundsbesister zu vollziehenden Wahlen von Kreistagsabgeordneten durch Stellvertreter in gleicher Weise, wie die Mitglieder der regierenden Säuser (§. 97 Rr. 5) auszuüben.

§. 2.

In den Grafschaften Bernigerobe und Stolberg ift noch vor dem im §. 1 gedachten Zeitpunkte zur Bahl der Gemeindevorsteher und Schöffen zur Bildung der Amtsbegirke und zur Ernennung ober Bestellung ber Amtisvorsteher in Gemäßheit ber Borschriften ber Kreisordnung zu schreiten.

§. 3.

Bon bem im §. 1 angegebenen Zeitpunkte ab treten bie von den Grafen zu Stolberg in den §. 1 bezeichenten Gebieten bestellten Polizeioberbeamten, Medizinalund Lokalbeamten, sowie die gräfliche Regierung und das mit ihr verbundene Medizinalkollegium in Wernigerode außer Wirksamkeit.

Die Befugnisse und Obliegenheiten bieser Behörben gehen, mit allen Autungen und Lasten, auf die nach der Kreisordnung oder den sonst bestehenden allgemeinen Borschriften zuständigen staatlichen oder kommunalen Behörben ilber.

§. 4.

Die durch Aufhebung der gräflichen Behörden (§. 3) disponibel werdenden öffentlichen Beamten der Grafen zu Stolberg find mit ihrem derzeitigen Gehalte, Dienstalter und Range in den unmittelbaren Staatsdienst zu übernehmen, oder geeigneten Falles für Rechnung der Staatsdasse mit Wartegeld oder Pension in den Ruheftand zu versetzen. Lehnt einer dieser Beamten die anderweite Anstellung ab, so ist er mit Pension in Ruhestand zu setzen.

§. 182. (Oftprovingen.) Fortgefallen.

Sechster Titel.

Befondere Bestimmungen für den Areis Herzogthum Lanenburg.

§. 145. (Schleswig-Holftein.)

Die §6. 10 bis 18, 20, 66, 70 bis 126, 127 Abfat 2, 130, 131 und 139 bis 144 bes gegenwärtigen Gesets treten im Rreise Bergogthum Lauenburg nicht in Kraft. Es verbleibt bort vielmehr bei ben Boridriften ber Artikel I, II und V ber Berordnung vom 24. August 1882, betreffend bie Bertretung bes Lauenburgischen Lanbestommunalverbanbes (Gefet : Samml. S. 343). Die im Artikel II ber Berordnung bezeichneten Baragraphen ber 13. Dezember 1872 treten jeboch im Kreisorbnung pom 19. Mära 1881 Rreise Berzogthum Lauenburg nunmehr auch insoweit in Rraft, als fie Bestimmungen enthalten, welche bie Berwaltung von Lanbesangelegenheiten burch ben Kreisausidug betreffen. Die bezügliche entgegenstebenbe Borschrift im Artikel II und bie Bestimmungen bes Artifels III ber Berordnung werben hierburch außer Wirtfamteit gefest.

Berordnung, beireffend bie Bertretung bes Lauenburgifchen Lanbestommunalverbanbes, b. 24. Aug. 1882 :

Mrt. I.

Der Lauenburgische Lanbeskommunalverbanb (§ 8 bes Gefehes bom 23. Juni 1876, Gefeh-Samml. S. 169) wird bom 1. Oktober 1882 ab an Stelle ber mit diesem Zeitpunkte außer Wirksamkeit tretenben Kitter- und Lanbschaft bes Perzogihums Lauenburg, burch eine Kreisbersamklung vertreten, welche nach ben Bestimmungen ber

66 84 bis 114 ber Rreisordnung für bie Bropingen Dft- und Reft. breuken, Branbenburg, Bommern, Schleften und Sachien bom 13. Desember 1872 (Befes-Samml. S. 179) au bilben ift.

19. Mära 1881

Dabei tommen für bie Beranlagung ber großeren lanblichen Grundbefiger gur Grund. und Gebaubefteuer, an Stelle ber im \$ 86 a. a. D. in Beaug genommenen Gefete bom 21. Mai 1861. bie Lauenburgifden Gefete bom 15. Februar 1875 (Offizielles Bochenblatt 6. 127 und 171) in Anwenbung.

Art. II.

In Betreff

- 1) ber Ernennung bes Lanbrathes.
- 2) ber Berfammlungen und Beidafte bes Rreistages.
- 3) bes Rreisbausbaltes.
- 4) bes Rreisqueiduffes.
- 5) ber Rreistommiffionen unb
- 6) ber Oberaufficht bes Staates über bie Rreisbermaltung treten bie Borfdriften ber §§ 74, 115 bis 139, 164 Abfat 2, 167, 168 13. Desember 1872 unb 176 bis 180 ber Rreisorbnung bom 19. Mära 1881 Ausnahme berjenigen Beftimmungen, welche bie Berwaltung bon Banbesangelegenbeiten burd ben Rreisausiduft betreffen, bom 1. Oftober 1882 ab auch für ben Lauenburgifchen Lanbestommunalperband in Rraft.

Mrt. V.

Mit bem 1. Oftober 1882 treten alle ber gegenwärtigen Berordnung auwiber laufenben Beftimmungen, insbesonbere auch bie Artitel III und IV bes Lauenburgifden Befetes bom 7. Dezember 1872 über bie Ginrichtung ber ftanbifden Lanbesberwaltung (Offigielles Bochenblatt S. 325), außer Rraft.

Reboch perbleibt es bei ben Boridriften bes 5 20 Abfan 2 bes gebachten Befeies beguglich ber Benfionirung, Bittmen- u. f. m. Berforgung und Gemahrung bon Wartegelbern für bie gur Beit im Dienft bes Lanbestommunglberbanbes fiebenben Beamten, insbefondere auch diejenigen, beren Amt burch bie Bestimmungen ber gegenwärtigen Berordnung in Beafall tommt.

Desgleichen bewendet es bei ben bisherigen Bestimmungen über das Erforbernis ber Bestätigung bes Direttors ber Lauenburgifchen Gelehrtenfchule und der höheren Beamten, sowie bei ber Bestätigung bes Forstbetriebsplanes.

Im Uebrigen ift bie Ginrichtung ber Berwaltung bes Bermögens bes bisherigen Lauenburgifchen Landestommunalberbandes burch Statut festzustellen, in welchem bas Recht ber Selbstverwaltung bem Kreise gewahrt wirb.

Die dienstlichen Berhältnisse ker Areisbeamten sind durch ein von dem Areistage zu erlassendes Reglement zu ordnen. Dieses, sowie die sonk für einzelne Berwaltungszweige und Einrichtungen zu erlassenden Reglements bedürfen der ministeriellen Genehmigung. Die Berwaltung der auf Grund des Lauendurgischen Gesetzt dem B. Dezemder 1866 (Offizielles Wochendel. 1867 S. 1) aufgenommenen Domanialanleihe ist nach wie vor von der dazu in Gemäheit des Lauendurgischen Gesetz dum 24. Dezemder 1875 (Ofsizielles Wochendelles Goden der Berwaltungsschaft des Bauendurgischen Gesetz dem Va. Dezemder 1875 (Ofsizielles Wochendelles Societa Rommission zu führen.

(Sannover.)

Sechster Titel.

Bon ber Dotation ber Rreisverbanbe.

§. 109.

Für die Durchsührung der Kreisordnung, insbesondere zur Bestreitung der Kosten des Kreisausschusses, hat der Provinzialverdand von Hannover vom Tage des Intrastiretens dieses Gesess ab die Jahressumme von 284 076 Mart, zur einen Hälste nach dem Mahstade des Flächeninhaltes, zur anderen Hälste nach dem Mahstade der durch die Jählung vom 1. Dezember 1880 sessenten Landskreise der Provinz zu vertheilen und denselhen alljährlich in vierteljährlichen Kheilzahlungen zu überweisen.

Scheibet gemäß §. 4 bes gegenwärtigen Gesetzes eine Stadt aus einem Landtreise aus, so ist derzenige Theil der dem letzteren gemäß der Bestimmung im ersten Abssatz überwiesenen Jahresrente, welcher nach dem daselbst vorgeschriebenen Maßstade auf die ausscheidende Stadt entfallen würde, nach eben diesem Maßstade auf sämmtliche Landsreise der Provinz zu vertheilen und um den hiernach auf jeden Landsreis entsallenden Betrag die Jahresrente desselben zu erhöhen.

§. 110.

In den im §. 109 bezeichneten Jahlungen ist die Jahressumme zu verwenden, welche dem Provinzialversbande von Hannover gemäß §. 26 Absatz 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1875 (Gesetze Samml. S. 497) aus den Einnahmen des Staatshaushaltes überwiesen ist.

(Seffen-Raffan.)

Sechster Titel.

Bon ber Dotation ber Areisverbaube.

§. 110.

Für die Durchführung der Kreisordnung, insbesondere zur Bestreitung der Kosten des Kreisausschusses, hat vom Tage des Inkrastitretens dieses Gesetzes ab, unter Berücksitigung der im letzen Absate vorgesehenen Ausgleichung, der Bezirksverband des Regierungsbezirks Cassel die Jahressumme von 91 428 Mark und der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesdaden die Jahressumme von 61 944 Mark zur einen Hälste nach dem Maßstabe bes Flächeninhalts, zur anderen hälfte nach bem Maßstabe der durch die Zählung vom 1. Dezember 1885 festgestellten Zahl der Civilbevölkerung auf die einzelnen Landkreise der beiden Regierungsbezirke zu verstheilen und denselben alljährlich in vierteljährlichen Theils zahlungen zu überweisen.

Bu biesen Zahlungen sind die Jahresrenten zu verwenden, welche gemäß §. 26 Absat 1 des Gesetes vom 8. Juli 1875 (Geset-Samml. S. 497) den kommunalständischen Berbänden in den Regierungsbezirken Cassel und Wiesbaden, beziehungsweise dem Stadtkreise Franksurt a. M. aus den Einnahmen des Staatshaushalts überwiesen sind. Die dem Stadtkreise Franksurt a. M. zustehende Jahresrente geht vom Tage des Inkrasttretens dieses Gesetes ab auf den Bezirksverdand des Regierungsbez zirks Wiesbaden über.

Die im Absat 1 bezeichneten Summen ermäßigen und bez ziehungsweise erhöhen sich umbenjenigen Betrag, welcher sür die dem Landtreise Franksurt a. M. zugetheilten Ortschaften des disherigen Kreises Hanau von der, dem kommunalsständischen Berbande im Regierungsbezirke Cassel übers wiesenen Zahresrente bei der hierüber stattsindenden Ausseinandersetzung (h. 113) dem Bezirksverbande des Resgierungsbezirks Cassel abgetreten werden wird.

6. 111.

Scheibet gemäß §. 4 bes gegenwärtigen Gesets eine Stadt aus einem Landtreise aus, so ift berjenige Theil ber bem letteren gemäß ber Bestimmung im §. 110 über-

wiesenen Zahresrente, welcher nach bem baselbst vorgesschiebenen Raßstabe auf die ausschiebende Stabt entsallen würde, nach eben diesem Raßstabe auf sämmtliche Landtreise des betreffenden Regierungsbezirks zu vertheilen und um den hiernach auf jeden Landtreis entfallenden Betrag die Jahresrente besselben zu erhöhen.

(Weftfalen.)

Sechster Titel.

Bon ber Dotation ber Rreisverbande.

§. 97.

Für die Durchführung der Areisordnung, insbesondere zur Bestreitung der Kosten des Areisausschusses, hat vom Tage des Intrastiretens dieses Gesetzes ab der Provinzialverband von Westfalen die Jahressumme von 194874 Mark, soweit über dieselbe nicht gemäß §. 28 dieses Gesetzes von der Provinzialvertretung anderweit verfügt wird, zur einen Sälfte nach dem Maßtade des Flächeninhalts, zur anderen Sälfte nach dem Maßtade der durch die Zählung vom 1. Dezember 1885 sestgestellten Zahl der Civilbevölkerung auf die einzelnen Landtreise der Provinz zu vertheilen und denselben alljährlich in vierteljährlichen Theilzahlungen zu überweisen.

Bu biefen Jahlungen ift bie Jahrestrente zu verswenden, welche gemäß §. 26 Absat 1 bes Gesetzes vom 8. Juli 1875 (Gesetzesamml. S. 497) dem Provinzialsverbande aus den Ginnahmen bes Staatshaushalts überwiesen ift.

§. 98.

Scheibet gemäß §. 4 bes gegenwärtigen Gesets eine Stadt aus einem Landtreise aus, so ist bersenige Theil ber bem letteren gemäß der Bestimmung im §. 97 überwiesenen Jahresrente, welcher nach dem daselbst vorgesschriebenen Maßstade auf die ausscheibende Stadt entsfallen würde, nach eben diesem Maßstade auf sämmtliche Landtreise des betreffenden Regierungsbezirks zu verstheilen und um den hiernach auf jeden Landtreis entsfallenden Betrag die Jahresrente desselben zu erhöhen.

(Rheinproving.)

Ueberschrift und §. 97.

Derselbe Wortlaut wie bei IV §. 97, nur: "Provins zialverband für die Rheinprovinz die Jahressumme von 333 411 Mark", und anderes Allegat: "§. 27".

§. 98.

Derfelbe Wortlaut wie bei IV. §. 98.

(Schleswig-Polftein.)

Siebenter Titel.

Bon der Dotation der Rreisverbande.

§. 146.

Für die Durchführung der Kreisordnung, insbesondere zur Bestreitung der Kosten des Kreisausschusses und der Amtsverwaltung, hat der Provinzialverdand von Schleswig-Polstein vom Tage des Intrafttretens dieses Geseges ab die Jahressumme von 135 819 Mart, zur einen Sälfte nach dem Maßstade des Flächeninhaltes, zur anderen Hälfte nach bem Maßstabe ber burch die Zählung vom 1. Dezember 1885 sestgestellten Zahl der Civilbevölkerung, auf die einzelnen Landeskreise der Provinz, mit Ausschluß des Kreises Herzogthum Lauenburg, zu vertheilen und denselben alljährlich in viertelzährlichen Theilzahlungen zu überweisen. Zu diesen Zahlungen ist die Zahressumme zu verwenden, welche gemäß §. 26 Absah 1 des Gesches vom 8. Juli 1875 (Geset-Samml. S. 497) dem Provinzialverbande aus den Sinnahmen des Staatshaushaltes überweisen ist.

§. 147.

Scheibet gemäß §. 4 bes gegenwärtigen Gesetzes eine Stadt aus einem Landtreise aus, so ist derzenige Theil der dem letzteren gemäß der Bestimmung im §. 146 übermiesenen Jahresrente, welcher nach dem daselbst vorgesschriebenen Maßstade auf die ausscheibende Stadt entsallen würde, nach eben diesem Maßstade auf sämmtliche Landstreise der Provinz, mit Ausschluß des Kreises Serzogsthum Lauenburg, zu vertheilen und um den hiernach auf jeden Landtreis entsallenden Betrag die Jahresrente besselben zu erhöhen.

Siebenter Titel.

Befondere Bestimmungen bezüglich der Mitglieder der ehemals reichsunmittelbaren Vamilien.

§. 99. (Weftfalen.) Die Borschriften bieser Kreisorbnung finden begüglich ber Mitglieber ber ehemals reichsunmittelbaren Familien mit nachstehenben Maßgaben Anwendung:

- 1) Die Mitglieber ber ehemals reichsunmittelbaren Familien, auch insoweit sie eine Befreiung von ben persönlichen Staatssteuern genießen, sind von ihrem gesammten Einkommen gleich ben übrigen Kreisangehörigen zu ben auf das Sinkommen geslegten Abgaben beizutragen verpslichtet. Bon ihrem Einkommen, welches aus anderen als den im §. 14 bezeichneten Quellen sließt, können diesselben, wenn sie in verschiedenen Kreisen einen Wohnsitz haben, nur in dem Kreise ihres Hauptwohnsitzs zu den Kreisabgaben herangezogen werden (§§. 14, 15, 16).
- 2) In benjenigen Amtsbezirken des Kreises Wittgensftein, zu welchem standesherrliche Besitzungen des Fürsten von Sayn-Wittgenstein-Hochenstein und von Sayn-Wittgenstein-Berleburg gehören, erfolgt die Ernennung der Amtmänner nach Anhörung des Fürsten von Sayn-Wittgenstein-Hohenstein des ziehungsweise des Fürsten von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, unbeschadet der Borschriften des § 27.
- 3) Die den Mitgliedern regierender häufer nach §. 45 Rr. 5 eingeräumte Befugniß, sich an den Wahlen zum Kreistage durch Stellvertretung zu betheiligen, steht auch den Mitgliedern der ehemals reichsunmittelbaren Familien zu.

Die Befreiung bon ben perfonlichen Staatsfteuern ift aufgehoben burch Gefet bom 18. Juli 1892 (GS. S. 210.)

Siebenter Titel.

Besondere Bestimmungen bezüglich der Mitsglieder der ehemals reichsnumittelbaren Familien.

§. 99. (Rheinproving.)

Die Borschriften bieser Kreisordnung sinden bezüglich der Mitglieder der ehemals reichsunmittelbaren Familien mit nachstehenden Maßgaben Anwendung:

- 1) Die Mitglieber ber ehemals reichsunmittelbaren Familien, auch insoweit sie eine Befreiung von den persönlichen Staatssteuern genießen, sind von ihrem gesammten Sinkommen gleich den übrigen Kreisangehörigen zu den auf das Sinkommen gelegten Kreisabgaben beizutragen verpslichtet. Bon ihrem Sinkommen, welches aus anderen als den im §. 14 bezeichneten Quellen sließt, können dieselben, wenn sie in verschiedenen Kreisen einen Wohnsit haben, nur in dem Kreise ihres Hauptwohnsitzes zu den Kreisabgaben herangezogen werden (§§. 14, 15, 16).
- 2) Der Landrath des Kreises Neuwied beziehungsweise des Kreises Wetzlar wird nach Anhörung des Fürsten zu Wied beziehungsweise des Fürsten zu Solms-Braunsels und zu Solms-Hohenschich ernannt. Das dem Kreistage nach §. 30 zustehende Borschlagsrecht wird bierdurch nicht berührt.
- 3) In benjenigen Lanbbürgermeistereien ber Rreise Reuwied und Weglar, zu welchen standesherrliche

Besitzungen ber Fürsten zu Wieb, zu Solms-Braunfels und zu Solms-Hohensolms-Lich gehören, erfolgt die Ernennung, sowie die kommissarische Bestellung der Bürgermeister nach Anhörung des Fürsten zu Wied beziehungsweise des Fürsten zu Solms-Braunfels und des Fürsten zu Solms-Hohensolms-Lich, undeschadet der Borschriften des §. 24. Sinsichtlich der Bestellung der Borsteher sür die aus Bestyungen der vorgenannten Fürsten gebildeten Rommunalverdände behält es dei den bezüglichen Bestimmungen der mit der Königlichen Staatsregierung abgeschlossen Rezesse sein Bemenden.

4) Die Befugniß, sich an ben Wahlen zum Kreistage burch Stellvertretung zu betheiligen, sieht auch ben Mitgliebern der ehemals reichsunmittelbaren Familien zu. (Bergl. §. 45 Rr. 5.)

Die Befreiung bon ben perfonlichen Staatsfteuern ift aufgehoben burch Gef. v. 18. Juli 1892. (GS. S. 210.)

(Oftprovingen.)

Siebenter Titel.

Allgemeine, Uebergangs- und Ansführungs-Bestimmungen.

§. 183.

Bis zu einer anberweiten Beschluftaffung ber Provinzialvertretungen tritt an bie Stelle bes im §. 86 festgestellten Betrages von 225 Mart Grund, und Gebäubesteuer für bie Kreise ber Provinz Sachsen ber Betrag von 300 Mart und für die Kreise bes Regierungsbezirks Stralsund ber Betrag von 750 Mart.

§. 184.

Für die ersten nach Maßgabe dieses Gesetzes vorzunehmenden Bertheilungen und Wahlen der Kreistagsabgeordneten sind die dem Kreisausschuffe beziehungsweise
dem Kreistage übertragenen Besugniffe von dem Landsrathe wahrzunehmen. Ingleichen liegt für diese ersten
Wahlen dem Landrathe die Prüfung der Wahlprotokolle
an Stelle des Kreisausschusses ob.

&. 185.

Für jeben Kreis wird die erfolgte Bildung der Amtsbezirke und die Ernennung der Amtsvorsteher durch eine von dem Ober-Präsidenten durch das Amtsblatt zu erslassende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Bis zu diesem Zeitpunkte bleiben die rücksichtlich der örtlichen Polizeiverwaltung bestehenden Vorschriften in Kraft.

Es entspricht bem Zwede, wenn bie Bekanntmachungen nur bie Grenzen ber einzelnen Amtsbezirke, sei es durch Angabe der einzelnen zu den Bezirken gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke, sei es, wo es sich um Theile solcher handelt, durch die Bezeichnung sonst bekannter Dertlichkeiten, sowie durch die Abgrenzung der benachbarten Amtsbezirke, erkennen lassen; sie brauchen nicht die einzelnen Grundstüde namhaft zu machen. (Urth. d. OBG. v. 30. Juni 1877. Entich. Bb. II S. 72.)

§. 186.

Die Amtsthätigkeit ber jegigen Gemeindevorfteger und Schöffen erlifcht am 30. Juni 1874. Die ichon jest

gemählten Gemeinbevorsteher und Schöffen bleiben jedoch in Funktion bis zum Ablauf ber in dem gegenwärtigen Gefetse vorgeschriebenen sechsährigen Amtsdauer, vom Tage ihrer Bestätigung gerechnet, sofern nicht eine Gemeinde eine frühere Wahl ausdrücklich beantragt.

§§. 187 bis 198.

Fortgefallen.

§. 199.

Alle bem gegenwärtigen Gesetz zuwiberlaufenben Besstimmungen werden aufgehoben und treten, mit Borbes halt der Borschriften der §§. 12, 185 und 186, mit dem 1. Januar 1874 außer Kraft. Die bisherigen kreissständischen Kommissionen bleiben dis zur anderweitigen Beschlußnahme des Kreistages über ihren Fortbestand und ihre Jusammensetzung in Wirksamkeit.

§. 200.

Der Minister bes Innern ist mit ber Aussührung bes gegenwärtigen Gesetzes beauftragt und erläßt bie bierzu ersorberlichen Anordnungen und Instruktionen.

(Sannover.)

Siebenter Titel.

Allgemeine, Uebergangs- und Ansführungs-Beftimmungen.

§. 111.

Die Rechte und Pflichten ber bisherigen treisstänbischen Berbanbe, ber Amis und Amtsversammlungsbezirte,

sowie der Wegeverbände, soweit dieselben zu den Bezirken der nach den §§. 1, 2 dieses Gesets gebildeten Kreise geshören, gehen, vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§. 112 die 115, auf den Kreissommunalverdand über.²) Im Kreise Ilseld bleibt die zu anderweitiger gesetlicher Regelung der den bisherigen Amtsbezirk Hohnstein umfassende Wegeverdand bestehen. Derselbe wird durch den Kreistag vertreten.²) In dem Landsreise Emden, sowie in den Kreisen Norden und Wittmund bilden die Nordseesinseln und die Gemeinde Wilhelmshaven nicht Theile des Kreissommunalwegeverdandes.

Auf den Kreiskommunalverband des Kreises Habeln gehen die Rechte und Pflichten des ständischen Kommunalverbandes des Landes Sadeln über.

1) Im Allgemeinen ist bavon ausgegangen, daß alle Rechte und Bflichten der zur Aufhedung kommenden disherigen kommunalen Bezirke und Berdände auf die neuen Kreise überzugehen haben, und daß die Auseinandersehung, welche in Folge der Zusammenlegung oder Theilung disheriger kommunaler Bezirke und Berdände innerhalb der neuen Kreise oder zwischen neuen Kreisen erforderlichwird, in dem Wege zu erfolgen hat, der für Auseinandersehungen, welche in Folge der Beränderung von Kreisgrenzen oder der Vildung neuer Kreise nothwendig werden, vorgesehen ist. (Begr. S. 62.)

3) Ausnahme bezüglich bes Kreises Ilselb hat gemacht werben müssen, ba von ben zu biesem Kreise zu vereinigenden Amitäbezirken Hohntein und Elbingerobe nur ber erstere einen Wegeverband billdet, während ber Amisbezirk Elbingerobe unter bem projektirten Kreise Bellerfelb ben Hannoverschen Parzbistritt ausmacht, auf welchen bas Hannov. Ges. v. 28. Juli 1851 keine Anwendung sindet.

Außerbem waren bie Norbseeinseln und die Gemeinde Wilhelmshaben nach ihrer örtlichen Lage, entsprechend dem bisherigen thatfächlichen Zustande, von dem betreffenden Areiskommunalverbande auszuschließen. (Begr. S. 63.)

§. 112.

Die Auseinandersetzung, welche in Folge der durch bie neue Kreisbildung eintretenden Jusammenlegung oder Theilung der im §. 111 bezeichneten bisherigen Berbände erforderlich wird, ist nach den Borschriften des §. 3 zu bewirken.¹) Bei dem Berfahren werden die bisherigen Berbände beziehungsweise Berbandstheile im Falle der Theilung von den Bertretungen der betheiligten neuen Kreise, im Falle der Jusammenlegung von denzeinigen Mitgliedern der neuen Kreistage vertreten, welche in den betreffenden Bezirken gewählt sind, oder ihren Wohnsit oder Grundbesitz haben.²)

1) Die Bezugnahme bes § 112 auf § 3 hat nur ben Sinn, daß bie im § 8 gegebenen Borschriften über bie Zuständigkeit ber Behörben und die den Beihelligten gewährten Rechtsmittel Anwendung finden sollen. Außerdem wird in § 112 noch bestimmt, wer die bisherigen Berbände und Berbandstheile bei dem Berfahren zu vertreten Hat.

Bei einer Zusammenlegung von Berbänden ist eine Auseinandersehung wegen der vermögendrechtlichen Interessen in erster Kinte nicht sowohl zwischen den Berbänden und Areisen, als vielmehr zwischen den verschiedenen zusammengelegten Berbänden unter sich herbeizussühren. Wenn zwei Armter zu einem Areise verdunden werden, von denen das eine Amt erhebliche Schulden, das andere erhebliches Bermögen hat, so gehen Schulden sowie Bermögen auf den Areis über. Die Auseinandersehung kann folglich nur darin besiehen, daß unter den beiben Aemtern ein billiger Ausgleich getrossen wird, damit nicht der eine Bezirk bevorzugt, der andere benachtheiligt wird. Die beiben Bezirke bilden ble Qauptfaktoren.

In gleicher Beise muß ein Umtsberband, ber weber Bermögen noch Schulben hat und beshalb weber Rechte noch Pflichten auf ben Rreis überträgt, bei bem Auseinanbersehungsverfahren als bethelligt angesehen und bemnach zugezogen werben, wenn er mit einem Berbande, der eine starte Schulbenlast besitht, zu einem Areise vereinigt wird.

Ohne Weiteres muß nun aber ein Stadtbezirk, obgleich er zu ben im § 111 erwähnten Berbänden nicht gehört, einem Amisberbande ohne Bermögen und ohne Schulden in dem zweiten der beiben Fälle gleichgestellt werden; seine Lage ist rechtlich und ihatsachlich genau bieselbe; wird also durch den Eintritt eines Amisderbandes eine Auseinandersehung durchaus erforderlich, so ift auch ein dem Kreise zugeschlagener Stadtbezirt bei dem Berfahren zuszieben.

Im Allgemeinen wird auch ber Areis zu verklagen sein, damit nicht das Bersahren in mehrere einzelne Streitfragen zerlegt werde; Boraussehung für die Nothwendigkeit, auch gegen den Areis die Rlage zu richten, bleibt jedenfalls, daß der Areis in dem Berusungsbersahren Stellung gegen den klagenden Berband genommen hat. Ift er dem lehteren beigetreten, so fällt die Möglichkeit, ihn als Beklagten zu behandeln, zweifellos weg: er kann dann nur als Beigeladener zugezogen werden. Dasselbe gilt auch, wenn der Areis in dem Bekaluberfahren nicht bestimmt für die eine oder die andere Partei eingetreten ist. (Urth. d. DBG. v. 27. Mai 1886, Enteld, Bb. XIII S. 19.)

3) Bei ber Auseinandersetzung nach einer durch die neue Areisbildung in ber Probing Hannover veranlaßten Zusammenlegung bisheriger Amisbegirte ift nicht der Areistag Bertreter des Areisberdandes ober der zusammengulegenden Aemter, sondern biejenigen Mitglieber des neuen Areistages, welche in den betreffenden Begirten gewählt find, ober ihren Wohnsit oder Erundbesit haben.

Der § 112 hat nur eine solche Auseinandersehung im Auge, bie ohne Beschränkung auf eine vorab begrenzte Beriode und ohne ben Borbehalt einer sich nothwendig periodisch wiederholenben Genehmigung alsdald zur definitiven Regelung der Verhältnisse führen und die gegenseitigen Ansprüche der betheiligten Berbande aus den durch die Areisordnung geschaffenen Beränderungen endgültig für immer ausgleichen soll. (Urth. b. DBG. b. 1. Nob. 1887, Entsch. XV S. 9 ff.)

§. 113.

Bei ber Auseinandersetzung kann ausnahmsweise bestimmt werden, daß einzelne, auf Kosten oder unter Gewähr eines Amtse oder Amtsversammlungsbezirkes errichtete Anstalten (zu vergleichen §. 29 des Hannoversichen Gesetzes, betreffend die Amtsvertretung, vom 28. April 1859 — Hannoversiche Gesetzesamml. S. 423 —) von dem Uebergange auf den Kreiskommunalverband auszuschließen und dem bisherigen Amtsbezirke beziehungsweise Amtsversammlungsbezirke vorzubehalten sind. In diesem Falle geht die Vertretung des Bezirkes hinsichtlich der betreffenden Anstalten von der Amtsversammlung auf den Kreistag über.

Die Anwendbarkeit der vorstehenden Bestimmungen wird dadurch nicht ausgeschloffen, daß einzelne zu dem Bezirke gehörende Gemeinden durch die Vereinigung derzselben mit einem anderen Areise, als der Bezirk selbst, von demselben getrennt werden. In diesem Falle erzsolgt eine Auseinandersetzung zwischen den ausscheidenden Gemeinden und dem Bezirke nach den Borschriften im S. 112.

Es wird vorzubehalten sein, daß bet der Auseinandersetzung einzelne, auf Kosten oder unter Gewähr eines Amis- oder Amisversammlungsbezirkes errichtete Anstalten von dem Uebergange auf
ben Kreiskommunalverband ausgeschlossen und dem bisherigen Bezirke belassen werben können. Der Uebergang solcher Anstalten, zu welchen insbesondere zahlreiche Amisspartassen gehören, auf
ben Kreiskommunalverband wird nicht in allen Fällen, 3. B. dann
nicht für angezeigt zu erachten sein, wenn dem Kreise eine Stadt
angebort, welche eine eigene Svarkasse beitet, die mit einer nicht felten in ber Stadt felbft bomigilirten Amtsfpartaffe in Ronturreng fteht. (Begr. S. 63.)

§. 114.

Wenn mehr als ein Wegeverband ober Wegeverbandstheil zu einem Kreisverbande gehören, gelten hinsichtlich bes Ueberganges der Rechte und Pflichten derselben auf den letzteren, unter Ausschluß des in den §§. 112 und 113 vorgesehenen Bersahrens, folgende Borschriften:

1. Die privatrechtlichen Berbinblichkeiten ber bisherigen Wegeverbände verbleiben ben letzteren, falls dieselben nicht, unter Justimmung eines jeden der vereinigten Wegeverbände und Wegeverbandstheile, vom Kreise übernommen werden (§. 103). In Betreff dieser Justimmung ersolgt die Bertretung der Wegeverbände und Wegeverbandstheile nach den Bestimmungen des §. 112. Dieselben Bestimmungen gelten im Falle der Theilung eines Wegeverbandstheile nach den Auseinandersetung unter den Wegeverbandstheilen hinsichtlich der privatrechtlichen Berzbindlichkeiten des Wegeverbandes.

Bei ber Abwicklung ber ben bisherigen Begeverbänden beziehungsweise Begeverbandstheilen verbleibenben privatrechtlichen Berbindlichkeiten werden die selbstständigen Städte, sofern sie für sich allein einen Begeverband gebildet haben, auch sernerhin durch die städtischen Organe, die übrigen Wegeverbände und Wegeverbandstheile aber, an Stelle der bisherigen Amtsversammlung, durch den neuen Kreistag vertreten.

2. Bei bem Neubau ber noch nicht ausgebauten Landsstraßen und Lanbstraßenstreden bes gegenwärtigen Lands

į

ftraßen-Etats ift, unter Rücksichtnahme auf die bisherigen Leiftungen für den Neubau und die Unterhaltung der Landstraßen und die daraus herrührenden noch bestehenden privatrechtlichen Berbindlichkeiten, auf die künstige Unterhaltungslast und auf die übernommenen Bauverpflichtungen eine billige Ausgleichung unter den bisherigen Wegeverdänden oder Wegeverdandstheilen des Kreises durch Boraus- oder Minderbelastung derselben mit Wegeverdandsumlagen zu bewirken.

Darilber, ob und in welchem Umfange eine solche Aussgleichung stattfinden soll, beschließt der Kreistag. Der Beschluß bedarf der Bestätigung des Provinzialrathes. Bei Versagung der Bestätigung kann der Provinzialrath unter Abänderung des Kreistagsbeschlusse eine Ausgleichung durch Beschluß feststellen. Der Beschluß ist endaatlig.

3. Die Unterhaltung ber Lanbstraßen geht ohne Ausgleichung auf ben Kreis über. Abweichenbe Beschlüsse ber Kreistage bebürfen ber Bestätigung bes Ministers bes Innern. Ohne biese Bestätigung sind solche Kreistagsbeschlüsse nichtig.

8. 115.

Die Befugnisse, welche Amtsversammlungen hinsichtlich ber Bertretung besonderer Kommunalverdände (Rebenanlageverdände u. s. w.) bisher zugestanden haben, gehen auf den Kreistag über. Sehört der Berbandsbezirk verschiedenen der neuen Kreise an, so hat der Oberpräsident den zuständigen Kreistag zu bestimmen. In diesem letzteren Kalle steht den zu dem betreffenden Kreise nicht gehörenben Gemeinben bie Befugnif zu, aus bem Berbanbe auszuscheiben. Die Auseinanbersetzung zwischen ben ausscheibenben Gemeinben und bem Berbanbe erfolgt nach ben Borschriften im §. 112.

Desgleichen werben fortan ber bisher burch die Landesversammlung vertretene Kommunalverband bes Alten Landes durch den Kreistag des Kreises Jork, und die bisher durch die Stände des Landes Habeln vertretenen besonderen Berbände (Deich- und Userbauverband, Entwäfferungsverband der Redem) durch den Kreistag des Kreises Sadeln vertreten.

§. 116.

Die für Kreisangelegenheiten in dem gegenwärtigen Gesetze getroffenen Bestimmungen über die Psichten der Kreisangehörigen (§§. 8 und 9), über Beschwerden und Einsprüche (§. 19), sowie über die Zuständigkeiten des Kreistages und des Kreisausschusses sinden auf die Angelegenheiten derzenigen besonderen Berdände und Bezirke, welche durch den Kreistag vertreten werden, sinngemäß Anwendung.

Beschlüffe bes Areistages über eine Abanberung bes Bertheilungsmaßstabes für bie von biesen Berbanben auszubringenben Abgaben bebürfen ber Bestätigung bes Bezirksausschuffes.

8. 117.

An ben Beschlüssen bes Areistages in Angelegenheiten berjenigen Berbände und Bezirke, welche durch ben ersteren vertreten werden, nehmen nur diejenigen Areistagsabgeordneten Theil, welche in den betreffenden Bezirken ge-

4

wählt find, oder bort ihren Wohnsis oder Grundbesis baben.

§. 118.

Das im §. 22 vorgesehene Borschlagsrecht für die Bessehung erledigter Landrathsämter ruht bei der ersten Ernennung der Landraths in den neuen Kreisen, sofern das Landrathsamt mit einem vor Erlaß dieses Geses in der Proving angestellten Kreiss oder Amtshauptmann besett wird.

§. 119.

Das gegenwärtige Geset tritt mit dem 1. April 1885, jedoch nur gleichzeitig mit dem Gesetze über die Sinführung der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 in der Provinz Hannover in Kraft.

Es ist aber noch vor dem gedachten Zeitpunkte zur Wahl der Kreistagsabgeordneten und des Kreisausschusses nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu schreiten, und es sind für die dabei vorzunehmenden Bertheilungen und Wahlen die Obliegenheiten des Kreistages, des Kreisausschusses und des Landrathes von einem für jeden der neuen Kreise seitens des Oberpräsidenten zu ernennenden Kommissar wahrzunehmen.

§. 120.

Das Geset vom 30. Juli 1883 über die allgemeine Landesverwaltung (Geset-Samml S. 195) und das Geset vom 1. August 1883 über die Juständigkeit der Bermaltungs: und Berwaltungsgerichtsbehörden (Geset-Samml. S. 237) treten in der Provinz Hannover mit dem 1. Juli 1885 in Kraft.

Bis zu biesem Seitpunkte sind die aus bem gegenwärtigen Gesets fich ergebenben Zuständigkeiten

bes Regierungspräsibenten von bem Landbroften,

bes Bezirksausschusses von ber Landbroftei,

bes Provinzialrathes von bem Oberpräsidenten wahrzunehmen.

Auf bie vor dem 1. Juli 1885 bereits anhängig gemachten Sachen finden in Beziehung auf die Zuständigkeit der Behörden, das Berfahren und die Zulässigkeit der Rechtsmittel die Bestimmungen der früheren Gesetze, jedoch mit den im §. 7 und im zweiten Titel des Gesetzes vom 30. Juli 1883 über die allgemeine Landesverwaltung bezeichneten Abänderungen Anwendung.

§. 121.

Mit dem im §. 119 bezeichneten Zeitpunkte treten alle bem gegenwärtigen Gesetze zuwiderlaufenden Bestimmungen außer Kraft.

Die bisherigen treisstänbischen Kommissionen und bie Ausschüffe ber Amtsversammlungen, sowie die Bertretungen berjenigen Berbände, welche fortan von dem Kreistage vertreten werden, bleiben aber bis zur anderweitigen Beschlußnahme des Kreistages über ihren Fortbestand in Wirksamkeit.

§. 122.

Der Minister bes Innern ist mit ber Ausführung bes gegenwärtigen Gesetzes beauftragt und erläßt die hierzu ersorberlichen Anordnungen und Instruktionen.

(Seffen-Raffan.)

Siebenter Titel.

Allgemeine, Uebergangs- und Ausführungs-Bestimmungen.

§. 112.

Die Rechte und Pflichten ber bisherigen treisstänbischen Berbänbe, sowie ber früheren Distriktsverbänbe (Distriktsgemeinden) im Kreise Geröselb gehen auf den Kreisskommunalverband über. Die Auseinandersetzung, welche in Folge der Theilung beziehungsweise Beränderung einzelner Kreise ersorderlich wird, ist nach den Borschriften des §. 3 zu bewirken. Bei dem Bersahren werden die bisherigen Berbände beziehungsweise Berbandstheile von den Bertretungen der betheiligten neuen Kreise vertreten.

§. 113.

Die Auseinandersetzung zwischen dem kommunalständischen Berbande im Regierungsbezirk Cassel und dem kommunalständischen Berbande im Regierungsbezirk Wießbaden wegen der dem Landkreise Franksurt a. M. zugestheilten, bisher zu dem Kreise Hanau gehörigen Gemeinden ist durch ein nach Anhörung der letzteren zwischen den genannten Berbänden unter Genehmigung des Ministers des Innern, undeschadet aller Privatrechte Dritter, zu treffendes Uebereinkommen zu bewirken. Kommt ein solches Uebereinkommen bis zum 1. Januar 1886 nicht zu Stande, so geschieht die betreffende Regelung im Wege Königlicher Berordnung. Streitigkeiten, welche sich bei

ber Ausführung ergeben, unterliegen ber Entscheibung bes Oberverwaltungsgerichts.

§. 114.

Der in dem vormals Landgräftich Gestsichen Amtsbezirk Homburg bestehende Rommunalverdand wird aufgehoben und mit dem Obertaunuskreise vereinigt. Die Leistungen, welche der Amtsbezirkstasse bisher auf Grund rechtlicher Berpslichtung obgelegen haben, sind von dem Kreise mit der Maßgade zu übernehmen, daß, soweit zur Ersüllung derselben nach Berwendung der auf den Kreis übergehenden Bermögensbestände die Erhebung von Abzgaden ersorderlich wird, letztere auf die Angehörigen des Bezirkes zu vertheilen sind. An den Beschlässen des Kreistages in den hierauf bezüglichen Angelegenheiten nehmen nur diesenigen Kreistagsabgeordneten Theil, welche in dem Bezirke gewählt sind, oder dort ihren Wohnsit oder Grundbessty haben.

Die im Artikel 6 bes Lanbgräflich Heffischen Gesetzs vom 9. Oktober 1849 (Archiv ber Lanbgräslich Hespischen Gesetz und Berordnungen S. 476) dem Bezirksrathe übertragene Mitaussicht über die Anstalten des Bezirks ist sortan von einer durch den Kreistag aus Angehörigen des Bezirks zu mählenden Kreistommission wahrzunehmen. Die Feststellung der Jahl der Mitglieder und der Amtsbauer derselben bleibt ebenso wie die Regelung des Geschäftsganges statutarischer Anordnung vordehalten. Den Borsit in der durch landesherrliche Berfügung vom 12. November 1831 eingesetzen Amtsarmenkommission

zu Homburg v. d. H., übernimmt an Stelle bes Amtsmannes der Landrath.

8, 115,

In bem Kreise Gelnhausen bleibt bis zu anderweitiger Regelung der den vormals Bayrischen Bezirk Ord umssassende Wegeverband bestehen. Die Berwaltung und Bertretung besselben geht auf den Kreis über. Für die Bertheilung der von dem Berbande aufzubringenden Lasten sind fortan die Borschriften in den §§. 10 ff. maßgebend.

Im Nebrigen wird der Kommunalverband des Bes zirks Orb aufgehoben und mit dem Kreise Gelnhausen dergestalt vereinigt, daß die Distriktösparkasse zu Orb, sowie die sonstigen Bermögensobjekte des Bezirks unter Borbehalt einer anderweiten Bereindarung zwischen den Betheiligten gesondert zu verwalten, und die versügbaren Neberschüffe, beziehungsweise Erträge derselben zum Besten der zu dem Bezirke gehörigen Gemeinden zu verwenden sind.

In Bezug auf die Theilnahme an den Beschliffen des Kreistages hierliber, sowie in Angelegenheiten des Wegeverbandes finden die Vorschriften im Absat 1 des §. 114 entsprechende Anwendung.

§. 116.

Die nach ber Berordnung vom 26. März 1862 (Berordnungsblatt für das vormalige Derzogthum Raffau S. 81) bem Amtsbezirksrathe zustehende Mitwirkung bei ber Fesifetzung der Besoldungen der Lehrer an den Bolkssichten in den ehemals Raffautschen Landestheilen geht

unbeschabet ber Borschriften in §. 45 bes Gesetzes über bie Zuständigkeit ber Berwaltungs- und Berwaltungs- gerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetz-Samml. S. 237) auf ben Kreisausschuß und in ben zu Städten erklärten Gemeinden auf ben Bezirksausschuß über.

Rerner find bie in 8. 9 Nr. 3 und 10 ber Berordnung vom 24. Juli 1854 (Berordnungsblatt für bas vormalige Bergogthum Naffau S. 160) bem Amtsbezirkerathe gugewiesenen Funktionen bei ber Beaufsichtigung ber Bewirthschaftung ber Bemeindes und Stiftungswaldungen fortan von bem Rreisausschuffe mahrzunehmen. An bie Stelle bes letteren tritt jeboch fur ben Stabtfreis Wiesbaben ber Begirtsausschuf mit ber Dagabe, bag bei einem Wiberspruche zwischen bem Beschluffe bes Bezirksaus: schuffes und bem Butachten ber Forftbehörde im Falle bes &. 9 Rr. 3 a. a. D. ber Oberpräfibent zu entscheiben bat. Sinfictlich ber Beanftanbung ber pon bem Kreisausichuffe und bem Bezirksausichuffe gefaßten Befcluffe fteben bem Landrathe, beziehungsweise bem Regierungs. präsidenten, die dem Amtmanne in §. 14 a. a. D. beigelegten Befugniffe au. Ueber ben Ginfpruch entscheibet ber Re gierungspräsident und im Stadtfreise Wiesbaden ber Oberpräfibent.

Soweit es sich endlich um die Festsetzung der Besoldungen der Bürgermeister in den zu Städten erklärten Gemeinden der vormals Nassausschen Landestheile handelt, ist an Stelle des Amtsbezirkrathes die Anhörung des Bezirksausschusses gemäß den Borschriften in §. 12 der Nassausschusses Gemeindeordnung vom 26. Juli 1854 (Berordnungsblatt für das vormalige Herzogthum Naffau S. 166) zu veranlasien.

Im Regierungsbezirke Cassel ist ber Kreistag mit seinem Gutachten zu hören bei Bestimmung ber in jedem Jahre von den Gemeinden auszusührenden Landwegesbauten, sowie über die Heranziehung von Gemeinden zu Landwegebauten außerhalb ihrer Gemarkungen.

Bu ben Bestimmungen ift gu erwähnen, bag bie Uebertragung ber bon ben bisberigen Amisbegirferathen mabraenommenen Runttionen in Beziehung auf bie Festfehung bes Gintommens ber Rolfsidullebrer, fowie ber Befolbungen ber Burgermeifter in ben au Stähten au ertlarenben Gemeinben ber pormals Raffquifden Ranbes. theile auf ben Rreis. und Besirfsausiduk feinen Schwierigfeiten begegnet. Dagegen ergiebt fich eine folche bei ber Uebertragung ber im § 9 Mr. 3 und 10 bes Raffauifchen Gefetes bom 24. Juli 1854 ermabnten Befugniffe infofern, als bei einem Biberfpruch amifden bem Gutachten ber Forfibeborbe und bem Befdluffe bes Amisbenirterathe im Ralle bes 6 9 Rr. 3 bie Banbeeregierung, an beren Stelle bie Regierung in Biesbaben getreten ift, und fünftigbin ber Regierungsprafibent bafelbft treten wirb, enticheiben foll. Die Rolge bierbon murbe fein, baf, wenn in ben au Stabten er-Marten Gemeinben ber Begirfsausichuf bem Umtsbegirferathe fubftituirt merben follte, in bem gebachten Ralle bem Regierungsprafibenten bie Enticheibung über ben Biberfpruch gwifden bem Begirfsausfcuffe und ber Forfibeborbe gufteben murbe. Da bies megen ber Stellung beffelben als Borfigenben bes Begirtsausicuffes für anganglich nicht gu erachten ift, fo ift bie Befdluffaffung in ben qu. Angelegenheiten auch in ben bemnächftigen Stabtgemeinben bem Rreisausiduffe überiragen und bierbon nur für ben Stabt. freis Biesbaben, in meldem ein Rreisausiduk nicht beftebt, eine Musnahme gemacht worben, bag für ben letteren bie foliefliche Entidelbung in bie Sand bes Oberprafibenten gelegt morben ift. Im Uebrigen follen bie bisherigen Rechte bes Amtmannes auf bie Beanstanbung ber betreffenben Befdluffe unberanbert auf ben

Lanbrath bezw. auf ben Regierungsprafibenten übergeben. (Begr. S. 52.)

8. 117.

Das im §. 24 vorgesehene Borschlagsrecht für die Besetzung erledigter Landrathsämter ruht dei der ersten Ernennung der Landräthe in den neuen Kreisen, sosem das Landrathsamt mit einem vor Intrastitreten dieses Gesetzt in der Provinz angestellten Landrathe oder Antomanne besetzt wird.

§. 118.

Das gegenwärtige Geset tritt vorbehaltlich der Bestimmungen im §. 113 mit dem 1. April 1886, sedoch nur gleichzeitig mit dem Gesetze über die Einführung der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 in der Provinz Heffen-Rassau in Krast. Ju dem gleichen Zeitpunkte werden die Gemeindebezirke Preungesheim, Verkersheim und Seckbach unter Abtrennung von dem Amtsgerichtsbezirke Bergen mit dem Bezirke des Amtsgerichts zu Bockenbeim vereinigt.

Noch vorher ist zur Wahl ber Kreistagsabgeordneten und des Kreisausschusses nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu schreiten, und es sind für die dabei vorzunehmenden Bertheilungen und Wahlen die Obliegenheiten des Kreistages, des Kreisausschusses und des Landrathes von einem für jeden der neuen Kreise seitens des Oberpräsidenten zu ernennenden Kommissar wahrzunehmen.

§. 119.

Das Geset vom 30. Juli 1883 fiber bie allgemeine Landesverwaltung (Geset Samml. S. 195) und bas

Seses vom 1. August 1883 über die Zuständigkeit der Berwaltungs, und Berwaltungsgerichtsbehörden (Gesetzsamml. S. 237) treten in der Provinz Hessen-Rassau mit dem 1. Juli 1886 in Kraft.

Bis zu biefem Zeitpunkte find bie aus bem gegenwärtigen Gesetse fich ergebenben Zustänbigkeiten

bes Bezirtsausschuffes von ber Regierung,

bes Provinzialrathes von bem Oberpräsibenten mahrzunehmen.

Auf bie vor bem 1. Juli 1886 bereits anhängig gemachten Sachen finden in Beziehung auf die Zuständigkeit der Behörden, das Berfahren und die Zulässigkeit der Rechtsmittel die Bestimmungen der früheren Geses, jeboch mit den im §. 7 Absat 3 und §. 18, beziehungsweise §. 23 Absat 2 des Gesetzes vom 30. Juli 1883 über die allgemeine Landesverwaltung bezeichneten Abanderungen Anwendung.

§. 120.

Mit bem im §. 118 bezeichneten Zeitpunkte treten alle bem gegenwärtigen Gesetz zuwiberlaufenben Besstimmungen außer Kraft. Die bisherigen kreisstänbischen Kommissionen bleiben bis zur anberweitigen Beschlußnahme bes Kreistages über ihren Fortbestand in Wirkssamkeit.

§. 121.

Der Minister bes Innern ist mit ber Ausführung bes gegenwärtigen Gesetzes beauftragt und erläßt die hierzu ersorberlichen Anordnungen und Instruktionen.

(Beftfalen.)

Achter Titel.

Allgemeine, Uebergangs= und Ansführungs= Beftimmungen.

§. 100.

Die Rechte und Pflichten ber bisherigen treisftanbifchen Berbanbe geben auf ben Rreiskommunalverband über.

§. 101.

Das gegenwärtige Geset tritt mit bem 1. April 1887, jedoch nur gleichzeitig mit dem Gesetze über die Sinführung der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 in der Provinz Westsalen, in Kraft.

Noch vorher ist zur Wahl ber Kreistagsabgeordneten und des Kreisausschuffes nach den Bestimmungen dieses Gesetzs zu schreiten, und es sind für die dabei vorzunehmenden Bertheilungen und Wahlen die Obliegenheiten des Kreistages und des Kreisausschuffes von dem Landrathe wahrzunehmen.

Bor ber ersten Wahl ber Kreistagsabgeordneten ist in benjenigen Landgemeinden und Amtsverbänden, in benen die Gemeindeversammlung beziehungsweise Amtsversammlung den Borschriften dieses Geses nicht entspricht, zu einer Reubildung derselben nach Maßgabe dieses Gesets zu schreiten.

Bu diesem Iwede findet eine Neuwahl der Gemeinde verordneten im November 1886 statt und treten die new gewählten Gemeindeverordneten mit dem 1. Januar 1887 ihre Verrichtungen an. Demnächst ist im Januar 1887 eine Neuwahl ber Amtsverordneten vorzunehmen, und treten die Reuges wählten sofort nach erfolgter Wahl in die Amtsvers sammlung ein.

Das Stimmrecht ber Besitzer ber in ber Rittergutss matrikel eingetragenen Güter in ber Semeinbeversammslung und ber Amtsversammlung (§§. 26 und 75 ber Landgemeinbeordnung) erlischt mit Ende Dezember 1886.

§. 102.

Das Geset vom 30. Juli 1883 über die allgemeine Landesverwaltung (Geset Samml. S. 195) und das Gessetz vom 1. August 1883 über die Zuständigkeit der Berwaltungss und Berwaltungsgerichtsbehörden (Gesetz Samml. S. 237) treten in der Provinz Westsalen mit dem 1. Juli 1887 in Kraft.

Bis zu biesem Zeitpunkte sind die aus dem gegenwärtigen Gesetze sich ergebenden Zuständigkeiten

bes Bezirtsausschuffes von ber Regierung, bes Provinzialrathes von bem Oberpräfibenten wahrzunehmen.

Auf bie vor bem 1. Juli 1887 bereits anhängig gemachten Sachen finden in Beziehung auf die Zuständigkeiten der Behörden, das Verfahren und die Zuläffigkeit der Rechtsmittel die Bestimmungen der früheren Sesetz, jedoch mit den im §. 7 Absat 3 und §. 18 des Sesetzs vom 30. Juli 1883 über die allgemeine Landesverwaltung bezeichneten Abänderungen Anwendung.

§. 103.

Mit dem im §. 101 bezeichneten Zeitpunkte treten alle bem gegenwärtigen Sesetz zuwiderlaufenden Bestimmungen außer Krast. Bei der Borschrift des §. 13 des Besetzes, betreffend Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Sinkommen gelegten direkten Kommunalabgaben, vom 27. Juli 1885 (Gesetz-Samml. S. 327) behält es jedoch auch für die Provinz Westfalen sein Bewenden.

Die bisherigen freisstänbischen Kommissionen bleiben bis zur anderweitigen Beschlußnahme bes Kreistages über ihren Fortbestand in Wirkamkeit.

§. 104.

Der Minister bes Innern ist mit ber Ausstührung bes gegenwärtigen Gesetzes beaustragt und erläßt die hierzu erforderlichen Anordnungen und Instruktionen.

(Rheinproving.)

Achter Titel.

Augemeine, Uebergangs- und Ausführungs-Bestimmungen.

§. 100.

Die Rechte und Pflichten ber bisherigen treisstänbifchen Berbanbe geben auf ben Kreistommunalverband über.

§. 101.

Das gegenwärtige Gefet tritt mit bem 1. April 1888, jeboch nur gleichzeitig mit bem Gefete über bie Sip

г

führung der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 in der Rheinprovinz in Kraft.

Noch vorher ist zur Bahl der Kreistagsabgeordneten und des Kreisausschusses nach den Bestimmungen dieses Sesess zu schreiten. Für die dabei vorzunehmenden Bertheilungen und Bahlen sind die Obliegenheiten des Kreisausschusses von dem Landrathe und die Obliegenheiten des Kreistages von dem bisherigen Kreistage mit der Waßgade wahrzunehmen, daß, wenn der letztere der hierauf gerichteten Aufsorderung binnen der gestellten Frist nicht nachkommt, der Landrath an seine Stelle tritt.

§. 102.

Bis zum 1. April 1892 ift ber Kreistag befugt, außer ben im §. 30 bieses Gesets bezeichneten Personen für bie Besetung eines erlebigten Landrathsamtes auch solche Personen in Borschlag zu bringen, welche nach ben vor bem 1. Januar 1887 geltend gewesenen Bestimmungen hierzu von dem Kreistage präsentirt werden konnten. Diese Borschrift tritt sofort in Krast.

6. 103.

Die Amtöthätigkeit ber jezigen Gemeindevorsteher und beren Stellvertreter erlischt am 1. Januar 1888 und ist schon vorher die Wahl von neuen Gemeindevorstehern und Stellvertretern nach Maßgabe dieses Gesetzes zu vollziehen.

§. 104.

Das Geset vom 30. Juli 1883 über die allgemeine Lanbesverwaltung (Geset-Samml. S. 195) und das Geset

vom 1. August 1883 über die Zuständigkeit der Berwaltungs, und Berwaltungsgerichtsbehörden (Gesetzsamml. S. 237) treten in der Rheinprovinz mit dem 1. Juli 1888 in Kraft.

Bis zu biesem Zeitpunkte sind bie aus bem gegenwärtigen Gesetze fich ergebenben Zuständigkeiten

bes Bezirksausschuffes von ber Regierung, bes Provinzialrathes von bem Oberpräsidenten wahrzunehmen.

Auf die vor dem 1. Juli 1888 bereits anhängig gemachten Sachen finden in Beziehung auf die Zuständigsteit der Behörden, das Berfahren und die Zusässigkeit der Rechtsmittel die Bestimmungen der früheren Gesetze, jedoch mit den im §. 7 Absat 3 und §. 18 des Gesetzes vom 30. Juli 1883 über die allgemeine Landesverwaltung bezeichneten Abänderungen Anwendung.

§. 105.

Mit bem im §. 101 bezeichneten Zeitpunkte treten alle bem gegenwärtigen Gesetz zuwiderlausenden Bestimmungen außer Krast. Bei der Borschrift des §. 13 des Gesetz, betreffend Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einstommen gelegten direkten Kommunalabgaben, vom 27. Zuli 1885 (Gesetz-Samml. S. 327) behält es jedoch für die Rheinprovinz sein Bewenden.

Die bisherigen treisständischen Rommissionen bleiben bis zur anderweitigen Beschlufinahme bes Kreistages über ihren Fortbestand in Wirksamkeit.

§. 106.

Der Minister bes Innern ist mit ber Ausführung bes gegenwärtigen Gesetzes beauftragt und erläßt die hierzu erforberlichen Anordnungen und Instruktionen.

(Schleswig-Polftein.)

Achter Titel.

Allgemeine, Uebergangs- und Ansführungs-Bestimmungen.

§. 148.

Die Rechte und Pflichten ber bisherigen treisstänbischen Berbanbe geben auf ben Kreiskommunalverband über.

Die Auseinandersetzung, welche in Folge des Aussscheinen der Stadt Flensburg aus dem bisherigen Kreise Flensburg (§. 1) zwischen dem Stadtkreise und dem Landskreise Flensburg erforderlich wird, ist nach den Vorschriften des S. 3 zu bewirken.

§. 149.

In ben Kreisen Giberstebt, Rorberbithmarschen und Süberbithmarschen werden die Landschaften, an Stelle ber bisherigen Bertretung, durch den Kreistag vertreten. Un den, die Angelegenheiten der Landschaft betreffenden Beschlüssen des Kreistages haben diesenigen Kreistagsabgeordneten nicht theilzunehmen, welche in dem Landsschaftsbezirte weder Mohnsts noch Grundbesit haben, noch von einem Wahlbezirte des Landschaftsbezirtes zum Kreistagsabgeordneten gewählt sind.

Mit ber entsprechenden Raßgabe vertritt im Kreise Habersleben der Kreistag auch sernerhin die Amtstommune und die Amtswegekommune.

Die für Kreisangelegenheiten in bem gegenwärtigen Gesetze getroffenen Bestimmungen über die Pstichten der Kreisangehörigen (§§. 8 und 9), über die Beschwerden und Einsprüche (§. 19), sowie über die Juständigkeiten des Kreistages und des Kreisausschusses sind die Angelegenheiten der vorstehend (Absat 1 und 2) bezeichenten Berbände sinngemäß Anwendung.

Beschlüsse bes Kreistages über eine Abänberung bes Bertheilungsmaßstabes für die von diesen Berbänden aufsaubringenden Abgaben bedürfen der Bestätigung des Bezirksausschusses.

Außer ben im Paragraphen genannten Lanbicaften und Rommunen find andere Berbanbe abnlicher Bebeutung, für welche eine gleiche Regelung geboten fein wurbe, nicht vorhanden.

§. 150.

Die auf §. 23 ber provisorischen Berkligung für bie Geeftbistrikte bes Herzogthumes Schlesmig vom 6. September 1863, betreffend die Ableitung und Benutung des Wassers behufs Berbesserung der Ländereien (Chronolog. Samml. S. 232), auf §. 17 der Wassersichungsordnung für die Geestbistrikte des Herzogthums Holstein vom 5. Januar 1857 (Gesetz und Ministerialblatt S. 208) und auf §. 16 der Wassersserungsordnung für das Herzogthum Lauenburg vom 22. Mai 1857 (Gesetz und Ministerialblatt S. 135) beruhende Verpflichtung zur vorschuße weisen beziehungsweise zur bestintiven Bestehungsweise zur bestintiven Bestehungsweise von

Wafferlösungskoften u. f. w. geht von ben bisher Berpflichteten auf ben Kreiskommunalverband (§. 13) über.

Die zu ben bisher Berpflichteten gehörenben Romsmunalverbände (Amtskommunen, Garben, Landschaften u. s. w.), sowie die im §. 149 Abs. 2 erwähnten Rommunen im Areise Habersleben bleiben nur so lange, als dies zur Abwickelung ihrer privatrechtlichen Berbindlichkeiten oder mit Rücksich auf die ihnen etwa sonst noch obliegens den öffentlich rechtlichen Berpflichtungen ersorberlich ist, bestehen und werden, sobald es hiernach zulässig erscheint, durch Beschluß des Bezirksausschusses aufgelöst.

Sbenso beschließt ber Bezirksausschuß, und zwar an Stelle ber Bezirksregierung, über die Austösung der früheren Wegebistrikte nach §. 6 Absat 1 des Geses vom 26. Februar 1879, betreffend die Abanberung der Wegegesetzgebung für die Provinz Schleswig Holstein (Gesetz-Samml. S. 94).

Die Auflösung ber einzelnen Berbande ist durch das Amtsblatt bekannt zu machen.

Der § 13 ift hier allegirt, weil eine daburch, baß die Wasserlösungskoften für die Geest vom Kreiskommunalverbande zu tragen sind, entstehende Unbilligkeit bei anderen Repartitionen innerhalb des Kreises und schlimmstenfalls durch Anwendung des § 13 ausgeglichen werden könnte.

8. 151.

Auf Beschwerben und Einsprüche, betreffend bie Herans ziehung ober die Beranlagung

a) zu ben Abgaben ber früheren Wegebiftritte, behufs Abwidelung ihrer privatrechtlichen Berbindlichkeiten und behufs Unterhaltung der noch nicht ausgebauten Rebenlandstraßen (§. 6 und §. 5 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Februar 1879),

b) zu ben Abgaben berjenigen Berbanbe von Semeinden beziehungsweise Gutsbezirken, welche für die Herstellung und Unterhaltung von Rebenwegen im §. 13 des Gesetzes vom 26. Februar 1879 aufrecht erhalten ober auf Grund jener gesetzlichen Bestimmungen gebildet worden sind, oder gebildet werden.

finden die Borschristen des §. 19 des gegenwärtigen Gesets mit den Maßgaden Anwendung, daß an Stelle des Areissausschusses die Berwaltung des betressenden Berbandes deschließt und dagegen die Alage dei dem Areisausschusse stattschaft und dagegen die Bestätigung der Statuten der unter des gedachten Berbände (§. 13 des Gesets vom 26. Februar 1879, Absat 3 am Schlusse) beschließt, an Stelle der Besirksreaierung, der Besirksausschus.

§. 152.

Für Gemeinden und weitere Kommunalverbande bebarf es zum Erwerbe von Grundeigenthum der, nach der Schleswig-Holfteinschen Becordnung vom 17. Mai 1799 (Chronolog. Samml. S. 27) erforderlichen Genehmigung fernerhin nicht.

§. 153.

Das gegenwärtige Geset tritt, unbeschabet der Bestümmung im §. 3 Absat 4, mit dem 1. April 1889, jedoch nur gleichzeitig mit dem Gesetz über die Sins

führung ber Provinzialordnung vom 29. Juni 1875, in ber Provinz Schleswig-Holftein in Kraft.

Noch vorher ist zur Wahl ber Kreistagsabgeorbneten und bes Kreisausschusses nach ben Bestimmungen bieses Gesetzes zu schreiten. Für die dabei vorzunehmenden Bertheilungen und Wahlen der Kreistagsabgeordneten sind die Obliegenheiten des Kreistages und des Kreissausschusses von dem Landrathe wahrzunehmen.

§. 154.

Für jeben Kreis wird die erfolgte Bildung der Amtsbezirke und die Ernennung der Amtsvorsteher durch eine von dem Oberpräsidenten durch das Amtsblatt zu erslassende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntniß gesbracht. Bis zu diesem Zeitpunkte bleiben die rücksichtlich der örtlichen Polizeiverwaltung bestehenden Borschriften in Kraft.

§. 155.

Das Geset vom 30. Juli 1883 über bie allgemeine Lanbesverwaltung (Geset Samml. S. 195) und bas Seset vom 1. August 1883 über bie Juständigkeit ber Berwaltungss und Berwaltungsgerichtsbehörden (Gesetz Samml. S. 237) treten in der Proving Schleswig-Polsstein mit dem 1. Juli 1889 in Kraft.

Bis zu biefem Zeitpuntte find bie aus bem gegens martigen Gefete fich ergebenben Buftanbigfeiten

bes Bezirksausschusses von ber Regierung, bes Provinzialrathes von bem Oberpräsidenten wabrzunehmen. Auf die vor dem 1. Juli 1889 bereits anhängig gemachten Sachen finden in Beziehung auf die Zuständigkeit der Behörden, das Berfahren und die Zusäffigkeit der Rechtsmittel die Bestimmungen der früheren Gesetze, sedoch mit den im §. 7 Absatz 3, §. 18 und §. 23 Absatz 1 des Gesetzes vom 30. Juli 1883 über die allges meine Landesverwaltung bezeichneten Abänderungen, Answendung.

§. 156.

Mit bem im §. 153 bezeichneten Zeitpunkte treten alle bem gegenwärtigen Sesetz zuwiberlausenben Bestimmungen außer Kraft. Bei ber Borschrift bes §. 13 bes Gesetz, betreffend Ergänzung und Abänberung einiger Bestimmungen über Erhebung ber auf das Einstommen gelegten direkten Kommunalabgaben, vom 27. Juli 1885 (Gesetz-Samml. S. 327) behält es jedoch auch für die Provinz Schleswig-Holstein sein Bewenden.

Die bisherigen treisständischen Kommissionen und bie Ausschüffe ber Bertretungen berjenigen Berbande, welche fortan von dem Kreistage vertreten werden (§. 149), bleiben bis zur anderweitigen Beschluftnahme bes Kreistages über ibren Fortbestand in Wirksamkeit.

8. 157.

Der Minister des Innern ist mit der Aussührung dieses Gesetzes beauftragt und erläßt die hierzu erforderlichen Anordnungen und Instruktionen.

Anlage A ju 8. 1 Sannover.

Merzeichniß

der in der Proving gannover ju bildenden Areife und der jugehörigen Aemter beziehungsweise felbftftändigen Atadte.

- I. Regierungsbegirt Sannober.
- 1) Diephola: Umt Diephola.
- 2) Spie: a) Amt Spie; b) Amt Freubenberg mit Ausnahme ber Semeinben Reuenfirchen und Cantrup; o) bom Amte Bruchhausen die Semeinbe Freiborf.
- 3) Hoha: a) Amt Hoha; b) Amt Bruchhausen, mit Ausnahme ber Gemeinden Affinghausen, Bensen, Freiborf, Mallinghausen, Menninghausen und Subwalbe.
 - 4) Rienburg: a) Amt Rienburg; b) Stabt Rienburg.
- 5) Stolzenau: a) Umt Stolzenau; Umt Uchte mit Ausnahme ber Gemeinden Bahrenborftel. holzhaufen, Rirchborf, Ruppenborf und Scharringhaufen.
- 6) Sulingen: a) Amt Sulingen; b) bom Amte Freubenberg bie Gemeinben Reuenkirchen und Cantrup; c) bom Amte Bruchhausen bie Gemeinben Affinghausen, Bensen, Mallinghausen, Wenninghausen und Subwalbe; d) bom Amte Uchte die Gemeinben Bahrenborftel, Holzhausen, Krchoorf, Kuppenborf und Scharring-bausen.
- 7) Reuftabt a. R.: a) Amt Reuftabt a. R.; b) Stadt Reuftabt a. R.: c) Stadt Bunftorf.
 - 8) Stabtfreis Sannover: Stabt Sannover.

- 14) Winfen: a) Amt Binfen a. b. 2.; b) Stadt Binfen a. b. 2.
- 15) Stabtfreis Barburg: Stabt Barburg.
- 16) Landfreis harburg: a) Amt harburg; b) Amt Toftebt.

IV. Regierungsbegirt Stabe.

- 1) Jork: a) Amt Jork; b) Stadt Burtehube; c) vom Amte Harsefelb die Gemeinde Reuland.
- 2) Stabe: a) Amt Himmelpforten, mit Ausnahme ber Semeinbe Eim; b) Amt Harsels, mit Ausnahme ber Gemeinbe Reuland; c) Stabt Stabe.
 - 3) Rehbingen: Amt Freiburg.
 - 4) Reuhaus a. b. D.: a) Amt Reuhaus a. b. D.; b) Amt Often.
 - 5) Sabeln: a) Amt Otternborf; b) Stabt Otternborf.
- 6) Lehe: a) Amt Dorum; b) vom Amte Lehe die Gemeinden bezw. Gutsbezirte Alfstedt, Antelohe, Bederkesa, Debstedt, Drangstedt, Einlohe, Fidmidhlen, Fidgeln, Großenhain, Dainmühlen, Hmenborf, Köhlen, Krempel, Kührstedt, Langen, Laben, Lehe, Lintig, Marschlamp, Weckelstedt, Reuenwalbe, Kingstedt, Sievern, Spaden, Wanhöben und Westben.
- 7) Geeftemünbe: a) vom Amte Lehe die Gemeinden bezw. Gutsbezirte Abelftedt, Alt-Luneberg, Apeler, Appeln, Beverstedt, Beverstedtermühle, Bezhöbede, Bramel, Brunshausen, Deelbrigge, Dohren, Donnern, Düring, Elsershube, Fleske, Frelsborf, Frelsborfermühlen, Freschluneberg, Geeftemünde, Geeftemborf, Geeftemseich, Herterbet, Hethorn, Heperhöfen, Holte, Lanhausen, Lohe, Logitedt, Meherhoff, Resse, Rückel, Osternborf, Schistoorf, Sellsedt, Sitnstedt, Stotel, Taben, Wachfolofz, Webledt, Welborf, Belle, Wellen, Besten, Besterbeverstedt, Wollingst und Wulsbachme der Gemeinden Aschwarzen und binnebed.
 - 8) Ofterholz: a) Amt Ofterholz; b) Amt Lilienthal.
- 9) Blumenthal: a) Amt Blumenthal; b) aus bem Amte hagen bie Gemeinden Afchwarben.Bruch und hinnebed.
 - 10) Berben: a) Amt Berben; b) Stadt Berben.
 - 11) Achim: Amt Achim.
- 12) Rotenburg: a) Amt Rotenburg; b) vom Amte Soltau bie Gemeinde Fintel.

- 18) Reben : Mmt Reben.
- 14) Bremervörbe: a) Amt Bremervörbe; b) Stabt Bremervörbe; o) vom Amte himmelpforten bie Gemeinbe Elm.

V. Regierungsbezirt Osnabrud.

- 1) Meppen: a) Amt Meppen, b) Amt Dafelünne, mit Ausnahme ber Gemeinben Uhmfen, Groß-Berffen, Rlein-Berffen, Derffum, Holte, Lähben, Laftrup, Bifmen und Wachtum.
 - 2) Afchenborf: a) Amt Afchenborf; b) Stabt Babenburg.
- 3) hummling: a) Amt hummling; b) bom Amte hafelunne bie Gemeinden Uhmfen, Groß-Berffen, Rlein-Berffen, herffum, holte, Laftrup, Binnen und Bachtum.
 - 4) Lingen: a) Amt Lingen; b) Amt Freren; c) Stabt Lingen.
- 5) Grafichaft Bentheim: a) Amt Bentheim; b) Amt Reuenhaus.
- 6) Berfenbrud: a) Amt Berfenbrud; b) Amt Fürstenau; 0) Stadt Quafenbrud: d) Amt Borben.
 - 7) Stabtfreis Denabriid: Stabt Denabriid.
 - 8) Lanbfreis Osnabriid: Amt Osnabriid.
 - 9) Bittlage: Amt Bittlage.
 - 10) Melle : a) Umt Gronenberg : b) Stabt Melle.
 - 11) 3burg: Amt 3burg.

VI. Regierungsbegirf Muric.

- 1) Rorben: a) Amt Rorben; b) Stabt Rorben.
- 2) Stabfreis Emben: Stabt Emben.
- 3) Banbfreis Emben: Amt Emben.
- 4) Bittmund: a) Amt Bittmund; b) Amt Efens; o) Stabt Efens.
 - 5) Aurich: a) Amt Aurich; b) Stabt Aurich.
 - 6) Beer: a) Amt Beer; b) Amt Stidhaufen; o) Stabt Beer.
 - 7) Beener: Amt Beener.

Anlage B ju g. 1 hannover.

Nerzeichniß

der Mahlbezicke für die Mahlen gum Saufe der Abgeordneten in der Proving hannover.

1. Bahlbegirt: Areis Diephols, Areis Spie; Bahlort: Baffum 1 2. Bahlbegirt: Areis Rienburg, Areis Honga, Areis Sulingen;	
2. Bahlbezirt: Areis Rienburg, Rreis Sona, Rreis Sulingen;	
Bablort: Menburg	
3. Bahlbegirt: Areis Stolgenau, Areis Reuftabt a. R.; Bahl-	
ori : Bab Rebburg	
4. Bahlbegirt: Stabtfreis Sannover; Bahlort: Sannover . 2	
5. Bahlbegirt: Banbfreis Dannover, Rreis Springe; Bahl-	
ori: Hannover ,	
6. Bahlbegirt: Rreis Linben; Bahlort: Linben 1	
7. Bahlbezirf: Rreis Sameln; Bablort: Sameln 1	
Summe 8	-
TT M - I - u - at - lud & lth - at - lu-	
II. Regierungsbegirt hilbesheim:	
1. Wahlbezirk: Stadtfreis Hilbesheim, Landkreis Hilbesheim,	
Areis Peine; Wahlort: Hilbesheim 1	
2. Wahlbezirk: Areis Gronau, Areis Alfelb; Wahlort:	
Gronau	
3. Wahlbezirt: Kreis Marienburg, Kreis Goslar; Wahlort: 1	
Salzgitter	
4. Wahlbezirk: Kreis Zellerfelb, Kreis Ilfelb; Wahlort:	
St. Andreasberg	
5. Wahlbezirk: Rreis Ofterobe, Kreis Duberstadt; Wahlort:	
Herzberg	
6. Wahlbezirt: Stadtfreis Göttingen, Landfreis Göttingen,	
Rreis Münben; Bahlort: Göttingen	
7. Bahlbezirt: Rreis Northeim, Rreis Ginbed, Rreis Uslar;	
Wahlort: Northeim	
Summe 7	•

III. Regierungsbezirt Lüneburg. Abg.	
1. Bahlbegirt: Rreis Gifhorn, Rreis Jenhagen; Bablort:	
Gifhorn	
2. Wahlbezirt: Stabifreis Celle, Lanbfreis Celle, Kreis Burg-	
borf; Bahlort: Celle	
3. Wahlbezirt: Rreis Fallingbostel, Kreis Soltau; Wahlort:	
Fallingbofiel	
4. Wahlbezirf: Kreis Uelzen; Wahlort: Uelzen 1	
5. Wahlbezirk: Kreis Dannenberg, Kreis Lüchow, Kreis	
Bledebe; Wahlort: Dannenberg	
6. Wahlbegirt: Stadtfreis Lüneburg, Landfreis Lüneburg,	
Kreis Winfen; Bahlort: Lüneburg	
7. Bablbegirt: Stabifreis Sarburg, Lanbfreis Sarburg;	
Wahlort: Harburg	
Summe 7	
IV. Regierungsbezirk Stabe.	
1. Bahlbegirf: Rreis Jorf, Rreis Rebbingen; Bahlort: Stabe 1	
2. Bahlbezirt: Rreis Stabe, Rreis Bremervorbe; Bahlort:	
Stabe	
Stabe	
ort: Reuhaus a. b. O	
4. Wahlbegirt: Kreis Lebe, Kreis Geeftemunbe; Bahlort:	
Веђе	
5. Wahlbezirk: Kreis Ofterhols, Kreis Blumenthal, Kreis	
Achim; Bahlort: Ofterholz	
6. Bahlbezirt: Rreis Berben, Rreis Rotenburg, Rreis Zeben;	
Wahlort: Rotenburg	_
Summe 6	
V. Regierungsbezirt Osnabrud.	
1. Bahlbegirt: Rreis Meppen, Rreis Afchenborf, Rreis humm-	
ling; Bahlort: Meppen	
2. Bablbegirt: Rreis Lingen, Rreis Graffcaft Bentheim;	
Wahlort: Lingen	
3. Baßbezirt: Kreis Berfenbrild, Kreis Bittlage; Bahlort:	
Promine 1	

Abg.
4. Bahlbegirt: Stadtfreis Osnabrud, Landfreis Osnabrud;
Bahlort: Osnabriid
5. Bahlbezirt: Rreis Melle, Rreis Iburg; Bahlort: Melle . 1
Summe 5
VL Regierungsbezirk Aurich.
1. Bahlbezirt: Areis Rorben, Stabtfreis Emben, Lanbfreis
Emben; Bahlort: Marienhafe
2. Bahlbezirt: Kreis Aurich, Kreis Bitimund; Bahlort:
Aurich
3. Bahlbezirl: Rreis Leer, Rreis Beener; Bahlort: Leer 1
Summe 3

Anlage A ju g. 1 Geffen-Raffan,

Nerzeichniß

der in der proving geffen-Naffan ju bildenden Kreife und der ju diefen gehörigen einzelnen Beftandtheile.

I. Regierungsbegirt Caffel:

- 1) Stabtfreis Caffel: Stabt Caffel.
- 2) Lanbtreis Caffel: Lanbtreis Caffel.
- 3) Rreis Efchwege: Preis Efchwege.
- 4) Rreis Frankenberg : Preis Frankenberg.
- 5) Rreis Friglar: Preis Friglar.
- 6) Rreis Fulba: Preis Fulba.
- 7) Rreis Belnhaufen: Rreis Belnhaufen.
- 8) Rreis Gersfelb: Rreis Gersfelb.
- 9) Stabifreis Sanan : Stabt Sanan.
- 10) Landtreis Sanau : Bisheriger Areis Hanau mit Ausfcluf ber Stadtgemeinben Bodenheim und Sanau, sowie ber Landgemeinben

Schein, Cicersheim, Ginnheim, Praunheim, Preungesheim, Berfersheim und Sechaci.

- 11) Rreis Bersfelb: Rreis Bersfelb.
- 19) Rreis Sofgeismar: Rreis Sofgeismar.
- 13) Rreis Somberg: Rreis Somberg.
- 14) Rreis Bunfelb: Rreis Bunfelb.
- 15) Rreis Rirchhain: Rreis Rirchhain mit Ausschluß ber Gemeinbe Schröd.
 - 16) Rreis Marburg : Rreis Marburg nebft ber Gemeinbe Schröd.
 - 17) Rreis Melfungen : Rreis Melfungen.
 - 18) Rreis Rinteln : Rreis Rinteln.
 - 19) Rreis Rotenburg: Rreis Rotenburg.
 - 20) Rreis Sollidtern : Rreis Sollidtern.
 - 21) Preis Comalfalben: Preis Comalfalben.
 - 22) Rreis Minenbaufen: Rreis Minenbaufen.
 - 23) Areis Bolfbagen: Areis Wolfbagen.
 - 24) Rreis Riegenhain: Rreis Riegenhain.
 - II. Regierungsbegirt Biesbaben.
 - 1) Rreis Biebentopf : Rreis Biebentopf.
 - 2) Dillfreis: Umt Dillenburg, Umt Berborn.
- 3) Oberwesterwalbtreis: Amt Marienberg, Amt hachenburg, aus bem Amte Selters bie Gemeinben Dreifelben, Linben, Schmibthahn und Steinebach.
- 4) Rreis Besterburg: Amt Rennerob mit Ausschluß ber Gemeinbe Rudersbaufen. Amt Ballmerob.
- 5) Unterwesterwalbfreis: Amt Montabaur, Amt Selters mit Ausschluß ber Gemeinben Dreifelben, Linben, Schmibthahn und Steinebach.
- 6) Oberlahntreis: Amt Beilburg, Amt Aunkel, aus bent Amte Rennerob die Gemeinde Rudershaufen, aus dem Amte Habamar die Gemeinden Riebertiefenbach und Balbernbach.
- 7) Rreis Limburg: Amt Limburg, Amt Habamar mit Ausschlich ber Gemeinben Riebertiefenbach und Walbernbach, aus bem Amte Ihftein bie zum Amtsgerichtsbezirf Ramberg gehörigen Semeinben Ramberg, Dombach, Gijenbach, Erbach, Schwidershaufen. Rieberfelters, Oberfelters und Wirges.

- 8) Unterlahntreis: Amt Diez, Amt Raffau, aus bem Ante Raftätten die zum Amtsgerichtsbezirf Rahenelnbogen gehöngen Gemeinben Allenborf, Berghaufen, Bernbroth, Rahenelnbogen, Dörsborf, Ebertshaufen, Cifighofen, Ergeshaufen, Herold, Aingelbach, Mittelstichbach, Oberfischach, Mubershaufen, Reckenrath und Rettert.
- 9) Areis St. Goarshaufen: Amt Braubach, Amt St. Coarshaufen, Amt Raftatten mit Ausschluß ber zum Amtsgerichtsbezirk Kabenelubogen gehörigen Gemeinben.
 - 10) Rheingaufreis: Amt Rubesheim, Amt Eltville.
- 11) Landfreis Wiesbaben: Amt Wiesbaben, Amt hochheim mit Ausschluß ber zum Amtsgerichtsbezirf höchft gehörigen Gemeinben Langenhain, Lorsbach und Marrheim.
- 12) Untertaunuskreis: Amt Langenschwalbach, Amt Behen, Amt Ibstein mit Ausschluß ber Gemeinden Rieberems mit Reinborn, Oberems, Biffems, Reichenbach, Steinfichbach, sowie ber jum Amtsgerichtsbezirk Ramberg gehörigen Gemeinden Kamberg, Dombach, Sijenbach, Erbach, Schwidershaufen, Rieberselters, Oberselters und Bitraes.
- 13) Krels Ufingen: Amt Ufingen aus bem Amte Königstein bie Gemeinden Ober- und Rieber-Reisenberg, aus dem Amte Ihfein die Gemeinden Rieberems mit Reinborn, Oberems, Wüstems, Reichenbach und Steinflichbach.
- 14) Obertaunustreis: Amt Homburg, Amt Königstein mit Aussichluß ber Gemeinden Ober- und Rieber-Keisenberg, aus dem bisberigen Stadtsteise Frankfurt a. M. der Hobemartwald und der zum Ortsbezirf Riederursel (Dessitioner Antheil) gehörige Riederurseler Gemeindewald, aus der Gemarkung des zum bisherigen Areise Janau gehörigen Ortsbezirks Praunheim der Praunheimer Gemeindewald.
- 15) Areis Söchft: Ant Söchft mit Ausschluß bes bormals Raffauischen Gemeinbebezirts hebbernheim, aus bem Amte Hochheim bie zum Amtsgerichtsbezirt höchft gehörigen Gemeinben Langenhain, Lorsbach und Marxheim.
- 16) Lanbfreis Frankfurt a. M: Die bis jum bisherigen Stabttreife Frankfurt a. M. gehörigen Gemeinben Bonames, Dausen,

Rieberrab, Oberrab, Rieberurfel (Frankfurter Antheil) nebst bem bormals Großberzoglich Deistigen Ortsbegirte Rieberurfel (Deistiger Antheil) mit Aussiglus bes Hohemartwalbes und des Antheil) mit Aussiglus der bormals Großberzoglich Dessiftscheim, aus den Amer Höbelheim, aus dem Amer Höbelheim, aus dem Amer Höbelheim, aus dem Disherigen Areise Hanau die zum Amtsgerichtsbezirk Bodenheim gehörigen Ortschaften Stadt Bodenheim, Edenheim, Eschenbewalbes, sowie die zum Amtsgerichtsbezirk Bodenheim, Grunbeim, Braunbeim mit Ausschluß des Gemeindewalbes, sowie die zum Amtsgerichtsbezirk Bergen gehörigen Gemeinden Preungesheim, Berkersheim und Seechaach.

- 17) Stabtfreis Biesbaben: Stabt Biesbaben.
- 18) Stadtfreis Frantfurt a. M .: Stadt Frantfurt a. M.

Anlage B ju g. 1 Seffen-Raffau.

Merzeichniß

der Wahlbegirke für die Mahlen jum Sause der Abgeordneten in der Proving geffen-Raffau.

	I. Regierungsbezirt Caffel.		81	bg.
1	. Wahlbezirt: Areis Rinteln; Wahlort: Rinteln			1
2	. Bablbegirt: Rreis Dofgeismar, Rreis Bolfhagen; M	3ah	l-	
	ort: Grebenftein			1
8	. Wahlbezirt: Stabifreis Caffel; Wahlort: Caffel			1
4	. Wahlbezirt: Lanbtreis Caffel, Kreis Wigenhaufen; W	ab	Į.	
	ort: Gr. Almerobe			1
5	. Wahlbezirk: Kreis Gichwege, Kreis Schmaltalben; Wah	lor	t:	
	Efcmege bei zwei Bahlen, bei ber britten Bahl Sch	ma	I-	
	talben			1
6	. Wahlbezirt: Kreis Rotenburg, Kreis Hersfelb; Wah	ior	t:	
	Hersfelb			1
7	'. Wahlbezirk: Kreis Melfungen, Kreis Frişlar; Wah	lor	t:	
	Felsberg		,	1

Rreisorbnung.

	NGA.
8.	Bahlbegirt: Rreis homburg, Rreis Biegenhain; Bahlort:
	Riegenhain
9.	Bahlbegirt : Rreis Rirchhain, Rreis Frantenberg ; Bahlort :
	Raufchenberg
10.	Bahlbezirf: Rreis Marburg; Bahlort: Marburg 1
	Bablbegirt: Rreis Bunfelb, Rreis Gersfelb; Bablort:
	Bunfelb
12.	Wahlbegirt: Kreis Fulba; Wahlort: Fulba 1
13.	Bahlbezirt: Rreis Schlüchtern, Rreis Gelnhaufen; Bahl-
	ort: Salmünfter
14.	Wahlbezirt: Stadifreis Hanau, Landfreis Hanau; Wahl-
	ort: Hanau
	Summe 14
	II. Regierungsbezirt Biesbaben.
1.	Bahlbegirf: Rreis Biebentopf; Bahlort: Biebentopf 1
	Bahlbegirf: Dillfreis, Oberwesterwalbtreis; Bahlort:
	Drieborf
3.	Bahlbegirt: Rreis Befterburg, Unterwefterwalbireis;
	Bahlort: Montabaur
4.	Bahlbezirk: Unterlahnfreis; Bahlort: Diez 1
5.	Wahlbezirt: Kreis Limburg; Wahlort: Limburg 1
6.	Bahlbezirt: Oberlahntreis, Areis Ufingen; Bahlort: Beil-
	burg
	Wahlbezirf: Kreis St. Goarshaufen, Rheingautreis, Kreis
	Meisenheim (Regierungsbezirk Roblenz); Bahlort: Rübes-
	heim
	Bahlbezirk: Landfreis Biesbaben, Kreis Söchft; Bahl-
	ort: Hochheim
	Bahlbezirt: Stabifreis Biesbaben, Untertaunustreis;
	Wahlort: Wiesbaben
	Wahlbezirt: Obertaunustreis, Landfreis Frantfurt a. M.;
	Bahlort: Homburg b. d. H
	Wahlbezirk: Stadtkreis Frankfurt a. M. ; Wahlort: Frank-
	furt a. M
	Summe 12

Mahlreglement.

S. 1. (Oftbrobingen.)

Acht Tage vor ber Mahl werben bie Mähler zu ben Mahlen mittels schriftlicher Sinlabung ober burch ortsälbliche Bekanntmachung berufen. Die Sinlabung und Bekanntmachung muß bas Lokal, ben Tag und die Stunde ber Mahl genau bezeichnen. hinsichtlich ber von bem Kreistage vorzunehmenden Mahlen bewendet es bei den für die Berufung des Kreistages vorzeschrenen Fristen.

Die Bahlen ber Gemeinbeschreiber und Ortssteuererheber erfolgen in ber bisherigen ortsüblichen Beise. (Infir. b. Min. b. J. v. 20. Sept. 1873, MBI. S. 258.)

Der erste Sat ersett die Borschrift des § 53 Tit. 6 Th. II ARR. (Urth. d. OBG. d. 21. Mai 1881, Entsch. Bd. VII S. 198.)

§. 1. (Sannover, Seffen-Raffau, Beftfalen, Rheinproving, Schleswig-Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

§. 2. (Oftprovingen.)

Der Wahlvorstand 1) besteht aus dem nach den besstehenden Borschriften zur Leitung des Wahlaktes besrufenen Beamten 2) als Borsitzenden 3) und aus zwei oder vier von der Wahlversammlung aus der Jahl der Wähler

zu wählenden Beisitzern.4) Der Borsitzende ernennt einen der Beisitzer zum Protokollsührer.4) In den Fällen der §§. 23, 51 Rr. 1 und 100 der Kreisordnung.4) kann auch eine nicht zur Wählerversammlung gehörige Person zum Protokollsührer ernannt werden.

- 1) Die gesetzmäßige Bilbung des Wahltvorstandes ist unerläßliche Boraussetzung der Gültigkeit der Wahlen. (Urth. d. OBC. v. 22. Oct. 1881, Entsch. Bd. VIII S. 119.)
- 9) Unter ben gur Leitung bes Bahlaftes berufenen Beamten finb gu berfteben:
- a) bezüglich ber Wahlen ber Gemeindevorsteher und Schöffen (§ 28), ber zum Amtsausschuffe zu wählenben Gemeindemitglieder (§ 51), sowie der Wahlmänner der Landgemeinden (§ 100) der Gemeindevorsteher oder ein Schöffe;
- b) bezüglich ber nach § 103 vorzunehmenben Wahlen von Kreistagsabgeordneten im Wahlverbande der Landgemeinden der Landrath bezw. sein Bertreter im Amte oder ein von dem Landrathe bezeichneter Amisvorsteher;
- c) in ben Fällen ber §§ 94 und 104 (Wahlen von Areistagsabgeordneten im Berbande ber größeren Grundbeitzer bezw. ber Städte) ber Landrath ober sein Bertreter im Amte. Der Landrath bezw. sein gesehlicher Bertreter hat die Leitung des Wahlattes in biesen beiden Fällen persönlich vorzunehmen und ist nicht befugt, einen Anderen, 3. B. einen Amisvorsteher oder Bürgermeister hierzu mit Auftrag zu versehen. (Cirkert. d. 26. März 1881, MinWl. S. 69 Urih. d. OBG. d. 23. Jan. 1878, Entsch. Bd. III S. 60 und d. 17. Mai 1885, Entsch. X S. 24.)
- 3) Lebiglich ber Gemeinbevorfieher ober in feiner Bertretung ein Schöffe, nicht aber eine andere von bem Gemeinbevorfieher etwa hierzu bestimmte Berfon hat als Bahlborfteher in ben Fällen zu 2a zu fungiren.
- 4) Die Beisitzer sind nicht vom Wahlvorsteher zu ernennen, sondern von der Wahlversammlung zu wählen. Die Wahl durch mündliche Stimmabgade oder durch Allamation ist zulässig. (Urth, d. OVG. v. 22. Oft. 1881, Entsch. Bd. VIII S. 119.)

Die nicht unter Beobachtung ber Borfchriften bes § 2 von ber Bablerversammlung gewählten Beifiger werben ungultig. (Urth. b. DBG. v. 25. Oft. 1882, Entic. Bb. IX S. 87.)

3) Die Ernennung bes Protokollführers und ber Stimmengabler burch ben Bahlvorsteher ohne Wiberspruch ber Beisiger ift gultig. Besonbere Stimmengahler brauchen nicht ernannt gu werben. (Urih. b. OBG. b. 29. Okt. 1881, Entich. Bb. VIII S. 119.)

9) Dies find bie Faue ber Rr. 2a.

§. 2. (Sannover.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, nur anderes Allegat: "§. 56."

§. 2. (Seffen-Raffau, Weftfalen.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, nur andere Allegate: "§. 57."

8. 2. (Rheinproving.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, aber ber lette Sat faut fort.

§. 2. (Schleswig-Bolftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I, nur andere Allegate: "§§. 38 Rr. 1 und 86."

§. 3. (Oftprovingen.)

Während der Wahlhandlung 1) dürfen im Wahls lokale weder Diskussionen stattsinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden. 2) Ausgenommen hiervon sind Diskussionen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäfts besdingt sind.

1) Die Wahlhanblung wird von dem Gemeinbevorsteher als Wahlvorsteher durch Berlefung des Wahlreglements und Mittheilung des wesentlichen Inhalts des Urt, 12 Nr. 8 bis 27 der gegenwärtigen Inftruktion eröffnet.") Allsbann werben bie Ramen aller filmmberechtigten Gemeinbemitglieber in ber Reihenfolge berlefen, wie fie in ber Bablerlifte verzeichnet finb.

Rach erfolgter Berlefung ber Lifte haben fich bei bem Wahlborsteber biejenigen Personen zu melben, welche als Bertreter solcher Gemeinbemitglieber erschienen find, welche in ber persönlichen Auslübung bes Stimmrechts ortsberfassungsgemäß burch britte Bersonen vertreten werden Bunen.

Der Wahlborfteher prüft die Legitimation diefer Personen und trägt dieseuigen berselben, beren Legitimation er anerkennt, in die Wählerliste neben den Namen der burch sie bertretenen Personen in die Aubril Bemerkungen ein.

Ueber Einwendungen, welche gegen die Entscheidungen des Bahlvorftebers erhoben werben, hat der Bahlvorftand nach seiner erfolgten Konftitutung au beschließen.

Alle anwefenden, in die Wählerliste nicht aufgenommenen Bersonen werden mit Borbehalt der späteren Wiederzulasjung bezw. Ausschliehung derzenigen Personen. dinsichtlich deren Legitimation auf die Entscheidung des Wahlborkandes prodozitr worden ist, zum Abtreten veranlaßt, und wird so die Wahlbersammlung Conkituirt. (Instr. wegen Kreistagswahlen v. 10. Nädz 1873 Nr. 8.)

9) Rr. 10 ber Inftruttion:

Der Tisch, an welchem ber Wahlborstand Plat nimmt, ist so aufzustellen, daß berselbe von allen Seiten zugänglich ist. Auf blesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Bor dem Beginne der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß dasselbe leer ist.

Rr. 11. Der Bahlborfteher berpflichtet bie Beifiger") unb ben

^{*)} Die Wahl, bei welcher die Wahlberhandlung nicht durch Borlesen des Wahlreglements und Mittheilung des wesentlichen Inhaltes der dazu ergangenen Inftruktion eröffnet ift, ift gültig. (Urth. d. OBG. d. 2. April 1881, Entsch. Bb. VIII S. 24.)

^{**)} Die Berpflichtung ber Beifiger nach bem Beginne bes eigentlichen Bahlattes ift nicht ein folder Formfehler, welcher bie Un-

Protofollführer mittels hanbschlages an Gibesstatt und konstituirt fo ben Wahlporstand.

Rr. 18. Der Bahlvorftanb beidließt gundoft über bie nach Rr. 8 feiner Entideibung vorbehaltene Bulaffung begw. Ausschließung ftimmberechtigter Gemeinbemitglieber.")

Rachbem ben Befcluffen beffelben gemäß bie Wählerlifte berichtigt und bie Zulaffung bezw. Aussichließung ber betreffenben Berfonen erfolgt ift, beginnt bie Wahl.

Das Berfahren bei Bollziehung ber Wahlen zum Kreisausschuffe lät keinen Raum für eine Beanstandung von Selten des Landraths. (Urth. b. OBG. p. 6. Jan. 1893, Entsch. Bb. XXIV S. 29.)

§. 3. (Sannover, Seffen-Raffau, Weftfalen, Rheinproving, Schleswig-Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

§. 4. (Oftprovingen.)

Zebe Wahl erfolgt in einer besonderen Wahlhandlung burch Stimmzettel.

Die Stimmgettel brauchen nicht mehr abgeftempelt gu fein.

Rr. 15 ber Inftruttion: Bor jebem Bablgange wird einem jeben anweienben Wähler ein Stimmgettel eingehanbigt, auf welchen er ben Ramen besjenigen gu ichreiben hat, bem er feine Stimme geben will.

Schreibensuntundigen fteht es frei, fich ben Ramen bes Ranbibaten burch einen anderen fchreibenstundigen Wähler im Wahllotale felbft fchreiben gu laffen.

gültigfeit ber Bahl nach sich sieht. (Urth. b. OBC. v. 11. Mai 1885, Nr. II S. 359.)

^{*)} Der Bahlborftand ift zur Zurückweisung von Bollmachten befugt, welche den Auftrag enthalten, für eine bestimmte Person zu stimmen. (Urth. d. OBG. d. 12. Nob. 1881, Entsch. Bb. VIII S. 130.)

§. 4. (Sannsver, Seffen Raffan, Weftfalen, Rheinproving, Schleswig-holftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

§. 5. (Oftprovingen.)

Die Mähler werben in ber Reihenfolge, in welcher sie in ber Bählerliste verzeichnet sind, aufgerufen. Ieder Aufgerufene legt seinen Stimmzettel') uneröffnet in die Bahlurne.

Die mährend ber Wahlhanblung erscheinenden Wähler können an der nicht geschlossenen Wahl theilnehmen.2)

Sind keine Stimmen mehr abzugeben, so erklärt ber Bahlvorstand die Wahl für geschlossen; der Borsitzende nimmt die Stimmzettel einzeln aus der Wahlurne und verliest die darauf verzeichneten, von einem Beistiger, welchen der Borsitzende ernennt, laut zu zählenden Namen.

1) Rr. 17 ber Inftruktion: Die Stimmzettel muffen so zusammengefaltet sein, daß ber auf ihm verzeichnete Name verbeckt ift. Stimmzettel, bei welchen hiergegen verstoßen ift, hat der Wahlvorstand zurückzuweisen.

Rr. 18. Der Protofollführer bermertt die erfolgte Stimmabgabe jebes Bablers neben bem Ramen beffelben in ber bagu beftimmten Rubrit ber Bablerlifte.

3) An einer engeren Bahl tönnen auch inzwischen erschienene Bähler theilnehmen, welche fich am ersten Bahlgange nicht beiteiligt haben. (Urih. b. DBG. b. 14. Nob. 1877, Entich. Bb. UI. S. 18.)

Rr. 20 der Instruktion: Der Protokollsührer nimmt den Ramen jedes Kandibaten in das Brotokoll auf und vermerkt neben demfelben jede dem Kandibaten gusallende Stimme. In gleicher Weise führt einer der Beisiger eine Gegenliste, welche ebenso wie die Wählleriste dem Schlusse der Wahlbandlung von dem Wählbor-

ftanbe und bem Protofollfuhrer zu unterfchreiben und bem Prototolle beigufügen ift.

Die Gegenliste bient lediglich als Sicherungsmittel bafür, daß ber Protofollführer den Namen jedes Randibaten in das Protofoll aufgenommen und neben demselben jede dem Kandidaten zugefallene Stimme berwerft hat. Fehlt es an der Gegenliste, so liegt hierin teine Berlehung einer wesentlichen Borschrift des Wahlreglements und der Instruktion, sofern nur darüber kein Zweisel besteht, daß der Protofollführer in ordnungsmäßiger Weise versahren ist. (Urth. d. OBG. d. 2. April 1881, Entich. Bd. VIII S. 124.)

Gegenüber ber Borschrift bes Gesetzes, daß die Abstimmung eine geheime ift, und mittels unerdffneter Stimmzettel zu erfolgen hat, ist demnächt ausschließlich der Inhalt der letzteren entscheidend und jede Ermittelung über die Autorschaft der einzelnen Zettel, als mit dem Wesen der geheimen Abstimmung unvereindar, ausgeschlossen. (Urth. d. OBC b. 25. März 1886, Entsch. Bb. XIII S. 139.)

§. 5. (Hannover, Heffen-Raffau, Bestfalen, Rheinsproving, Schleswig-Holftein.)

Derfelbe Mortlaut mie bei I.

§. 6. (Oftprovingen.)

Ungültig finb

- 1) Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier, ober welche mit einem außeren Kennzeichen versehen find,
- 2) Stimmzettel, welche keinen ober keinen lesbaren Ramen enthalten,
- 3) Stimmzettel, aus welchen bie Person bes Gemahlten nicht unzweifelhaft zu erkennen ift,
- 4) Stimmzettel, auf welchen mehr als Ein Name, ober ber Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist,

 Stimmzeitel, welche einen Protest ober Borbehalt enthalten.

Der Bahlvorftand ift nicht unter allen Umftänden verpflichtet, alle Stimmzettel, deren Fassung zu Zweiseln über die Berson des Gewählten auch nur eine entsernte Möglichteit geben könnte, unbedingt für ungültig zu erklären; die Frage, ob sich die Berson des Gewählten aus den Stimmzetteln mit Sicherheit erkennen läßt, ift eine thatsächliche. (Urth. d. OBG. b. 3. Mai 1876, Entsch. Id. 8.)

§. 6. (hannover, heffen - Raffan, Weftfalen, Rheinproving, Schleswig-Bolftein.)

Derfelbe Bortlaut wie bei I.

§. 7. (Oftprovingen.)

Mie ungültigen Stimmaettel werben als nicht abgegeben betrachtet. Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel entscheibet vorläufig der Wahlvorstand.

Die Stimmzettel sind dem Wahlprotokolle beizufügen und so lange aufzubewahren, dis sider die gegen das Bahlversahren erhobenen Sinsprüche rechtskräftig entschieben ift.

Dem Bahlprototolle find fammiliche Stimmzetiel, gultige und ungultige, beigufügen.

§. 7. (Sannover, Seffen - Raffan, Beffalen, Rheinproving, Schleswig-Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

§. 8. (Oftprovingen.)

Als gemählt ift berjenige zu betrachten, welcher bie absolute Stimmenmehrheit (mehr als bie Balfte ber Stimmen) erhalten hat.1)

Ergiebt sich keine absolute Stimmenmehrheit, so kommen biejenigen zwei Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf die engere Wahl Haben mehr als zwei Personen die meisten und gleich viel Stimmen erhalten, so entscheibet das durch die Hand des Borstenden zu ziehende Loos darüber,2) wer auf die engere Wahl zu bringen ist; in gleicher Weise erfolgt die Entscheidung, wenn auch die engere Wahl keine Stimmenmehrbeit ergiebt.3)

1) Als gewählt ift berjenige zu betrachten, welcher mehr als bie Salfte ber gultig abgegebenen Stimmen erhalten bat. Saben beitpielsweife fechs Babler Stimmen abgegeben, bon benen funf auf einen nicht Bablfählern gefallen find, und eine auf einen Wahlfähigen, fo ift letterer als gewählt anzusehen. (Urth. b. DBG. b. 18. Gebt. 1877 Rr. 2903.)

Die rechtswibrig erfolgte Ausschließung eines stimmberechtigten Mitgliedes bom Wahlatte nöthigt nicht unter allen Umftänden zur Aufhebung ber rechzeitig angefochtenen Mahl. Maßgebend ift, ob das veröffentlichte Wahlergebniß trob der vorgfallenen Ordnungswidrigkeit als der wirklich klar erkennbare Ausbruck des freien Willens der Mehrbeit der Wöhler angelehen werden kann. (Urth. d. OBG. v. 21. Mai 1881, Entsch. 80. VI C. 195.)

3) Ob überhaupt nur zwei ober ob noch mehrere Bersonen im erften Bablaange Stimmen erhalten haben, ift hierbei ohne Ginfuß. Die Bornahme einer engeren Wahl muß in allen Fällen ftatifinden, wo ber erfte Wahlgang eine absolute Stimmenmehrheit nicht ergeben hat. Die Entschelung burch bas Loos tritt nur ein:

a) behufs Entideibung ber Frage, wer von mehreren aus bem erften Strutinium mit einer gleichen Angahl Stimmen herborgegangenen Bersonen auf bie engere Rabl zu bringen ift, unb

b) behufs Entideibung ber Frage, wer von ben auf die engere Wahl gebrachten Personen bei Stimmengleichheit als ichließlich, b. h. als im zweiten Wahlgange gewählt, zu betrachten ift. (Urth. b. DBG. b. 2. Mai 1876, Entsch. Bb. I S. 8.)

*) Der bei der Wahl fungirende Wahlvorkand hat sich darüber schlissig au machen, ob eine Wahl zukande gekommen ist, oder nicht. Daß die Feststellung dieser Frage erfolgt set, muß erkennbar gemacht werben. Die Wahlhandlung erlangt erst hiermit ihren nothwendigen formellen Abschlüß. Die Wahl darf ohne die, dom Wahlvorkande vorzunehmende und zu verkündende Feststellung, wer als gewählt zu erachten ist, nicht beendet werden. Eine bedingte Feststellung ist unstatthaft. Die Thätigkeit des Wahlvorkandes ichließt mit der Beendigung des Wahlattes, der Borstand ist also nicht besugt, zum Zweck späterer Feststellung des Wahlerergebnisse nach Schluß des Wahlattes noch Ermittelungen vorzunehmen bezw. Verstgungen zu erlassen. (Urth b. DBG. v. 24. Febr. 1881, Entsch. Bd. VII S. 94.)

Der Einspruch gegen bie Orbnungsmäßigkeit ber Bahl ift bet bem Gemeinbevorsteher ober bei bem Bahlvorsteher, ober, wenn er von bem Gemeinbevorsteher ober bem Schöffen selbst erhoben wird, bet bem Borstenben bes Kreisausschusses zu erheben. (Urth. b. OBG. v. 22. Oft. und 3. Dez. 1881, Entich. Bb. VIII S. 114.)

Der Einspruch tann münblich erhoben werben, ift aber vor ber Bahl unzuläffig. (Urth. b. DBG. v. 22. Juni 1881, Entsch. Bb. VIII S. 114.)

§. 8. (Sannover, Geffen-Raffau, Weftfalen, Rheinproving, Schleswig-Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

§. 9. (Oftprovingen.)

Die Bahlprotokolle sind von dem Bahlvorstande zu unterzeichnen.

Berweigert ein Beisitzer die Mitunterzeichnung des Wahlprototolls, so wird badurch die Wahlhandlung nicht ungültig. Ebenso, wenn die Unterzeichnung des Prototolls durch den Wahlborstand aus dringenden Gründen erft nachträglich in einem andern Raume, als im Wahllotale selbst erfolgt. (Urth. d. OBG. v. 17. April 1880, Enisch. 3d. VI S. 153.)

Der Berluft bes Wahlprotofolls macht ben Wahlakt felbst nicht ungültig. (Urth. b. OBG. v. 2. April 1881, Entsch. Bb. VIII S. 194.)

Das Wahlprotofoll ift fogleich bem Lanbrath einzureichen.

§. 9. (Sannover, Seffen-Raffan, Beftfalen, Rheinproving, Schleswig-Holftein.)

Derfelbe Wortlaut mie bei I.

§. 10. (Oftprovingen.)

Der Borsizende des Wahlvorstandes hat die Sewählten von der auf sie gefallenen Wahl mit der Aufforderung in Kenntniß zu setzen, sich über die Annahme oder Ablehnung innerhalb längstens fünf Tagen zu erklären. Wer diese Erklärung nicht abgiebt, wird als ablehnend betrachtet.

Die nochmalige Auslegung ber Wählerliste barf, wenn eine Wiederholung ber Wahl statistuden muß, nur dann unterbleiben, wenn der Sewählte sofort oder binnen 5 Tagen die Wähl abgelehnt bezw. dinnen der letzteren Frist keine Erklärung abgegeben hat. (Urth. d. OBG. b. 3. Dez. 1881, Entsch. Bd. VIII S. 117.)

§. 10. (Sannover, Seffen-Raffau, Weftfalen, Rheinproving, Schleswig Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

§. 11. (Oftprovingen.)

Wahlen, welche auf dem Kreistage vorzunehmen find, können auch durch Aktlamation ftattfinden, sofern Niemand Biderspruch erhebt. *) Der bei der Wahl fungirende Wahlborstand hat sich darüber schlüssig zu machen, ob eine Wahl zustande gekommen ist, oder nicht. Daß die Festkellung dieser Frage erfolgt sei, muß ersennbar gemacht werben. Die Wahlbandlung erlangt erst hiermit ihren nothwendigen formellen Abschlüß. Die Wahl darf ohne die, dom Wahlborstande vorzunehmende und zu verkündende Festkellung, wer als gewählt zu erachten ist. nicht beendet werden. Eine bedingte Festkellung ist unstatthaft. Die Thätigkeit des Wahlvorstandes ichließt mit der Beendigung des Wahlastes, der Vorstand ist also nicht besugt, zum Zwede späterer Festkellung des Wahlergebnisses nach Schlüß des Wahlastes noch Ermittelungen vorzunehmen bezw. Bersügungen zu erlassen. (Urth d. DBG, v. 24. Febr. 1881, Entsch. Wil S. 94.)

Der Einspruch gegen bie Orbnungsmäßigkeit ber Bahl ift bei bem Gemeinbevorsteher ober bei bem Bahlvorsteher, ober, wenn er von dem Gemeindevorsteher ober dem Schöffen selbst erhoben wird, bei bem Borstenben des Kreisausschusses zu erheben. (Urth. b. DBG. v. 22. Oft. und 3. Dez. 1881, Entisch Bb. VIII S. 114.)

Der Einspruch kann mündlich erhoben werden, ift aber vor der Bahl unzuläffig. (Urth. d. OBG. v. 22. Juni 1881, Entsch. Bb. VIII S. 114.)

§. 8. (Sannover, Seffen-Raffau, Weftfalen, Rheiuproving, Schleswig-Solftein.)

Derfelbe Wortlaut wie bei I.

&. 9. (Oftprovingen.)

Die Bahlprotokolle sind von dem Wahlvorstande zu unterzeichnen.

Berweigert ein Beisitzer die Mitunterzeichnung des Wahlprototolls, so wird badurch die Wahlhandlung nicht ungültig. Ebenso, wenn die Unterzeichnung des Prototolls durch den Wahlborstand aus dringenden Gründen erft nachträglich in einem andern Raume, als im Wahllotale selbst erfolgt. (Urth. d. OBG. v. 17. April 1880, Entsch. 3d. VI S. 153.)

6. 3.

Die Kreisstände vertreten die Kreissorporation in allen, den ganzen Kreis betreffenden Kommunalangelegensheiten, ohne Rücksprache mit den einzelnen Kommunen oder Individuen. Sie haben Ramens derselben verstindende Erklärungen abzugeben. Sie haben Staatsprästationen, welche kreisweise aufzubringen sind, und deren Ausbringung durch das Gesetz nicht auf eine bestimmte Art vorgeschrieben ist, zu repartiren. Bei allen Abgaben, Leistungen und Raturaldiensten zu den Kreisbedürfniffen, sollen sie zuvor mit ihrem Gutachten gehört werden, auch von allen Geldern, welche dahin verwendet, sollen ihnen die Rechnungen alljährlich zur Abnahme vorgelegt werden. Wo eine ständische Berwaltung der Kreis-Kommunal-Angelegenheiten stattsindet, verbleibt den Ständen das Recht, die Beannten dazu zu möhlen.

Berordnung über bie Befugniffe ber Rreisftanbe in ber Brobing Bofen, Ausgaben zu beichließen und bie Areiseingeseffenen baburch zu verpflichten, vom 25. März 1841 (GS. S. 88):

- § 1. Die Rreisstände find ermächtigt, ju nachstehenben Zweden mit ber Wirtung, bag bie Rreiseingeseffenen baburch berpflichtet werben, Ausgaben ju beschließen:
- a) zu gemeinnützigen Ginrichtungen und Anlagen, welche in ben Intereffen bes gesammten Kreifes beruben,
 - b) gur Befeitigung eines Rothftanbes.
- §§ 2, 3, 5 und 6 find burch die Bestimmungen im Artifel V B. Rr. 5 b. Gef. v. 19. Mai 1889 außer Wirksamkeit gefest.
- § 4. Zulagen für Unfer Areis-Beamten-Bersonal und Zuschüffe zu ben Bureaufoften bes Landraths Winnen bon ben Areisftänden überall nicht bewilligt werden.
 - § 7. Bei jeber in Gemäßbeit ber Bestimmungen biefer Ber-

VII. Kreisordnung für die Proving Pofen.

Bom 20. Rejember 1828.

(Gefet Samml. 1829. S. 3.)

§. 1.

Die Kreisversammlungen haben ben Zwed, die Kreisverwaltung des Landraths in Kommunalangelegenheiten zu begleiten und zu unterftützen Diese Berwaltung innerhalb der bestehenden Gesetzebung macht den Gegenstand ihrer Berathungen und Beschlüsse aus.

§. 2.

Die bestehenden landrathlichen Rreife bilben bie Besgirte der Rreinftande.

Durch Geset vom 6 Juni 1887 (GS. S. 197) ift die Theilung von 14 Areisen verordnet worden, so daß jetzt 40 Areise in der Proving bestehen.

Art. V B. Rr. 1 bes Gefetes über bie allgemeine Lanbesberwaltung in ber Proving Posen vom 19. Mai 1889:

In den Fällen der Veränderung der Kreisgrenzen und der Bildung neuer Kreise, sowie des Ausscheidens grosser Städte aus dem Kreisverbande beschliesst der Bezirksausschuss über die Auseinandersetzung der betheiligten Kreise, vorbehaltlich der den letzteren gegen einander zustehenden Klage bei dem Bezirksgerichte.

j

§. 3.

Die Kreisstände vertreten die Kreistorporation in allen, den ganzen Kreis betreffenden Kommunalangelegensteten, ohne Rücksprache mit den einzelnen Kommunen oder Individuen. Sie haben Ramens derselben verbindende Erklärungen abzugeben. Sie haben Staats-Prästationen, welche kreisweise aufzubringen sind, und deren Ausbringung durch das Gesetz nicht auf eine bestimmte Art vorgeschrieben ist, zu repartiren. Bei allen Abgaben, Leistungen und Raturaldiensten zu den Kreisbedürsnissen, sollen sie zuvor mit ihrem Gutachten gehört werden, auch von allen Seldern, welche dahin verwendet, sollen ihnen die Rechnungen alljährlich zur Adnahme vorgelegt werden. Wo eine ständische Berwaltung der Kreis-Kommunal-Angelegenheiten stattsindet, verbleibt den Ständen das Recht, die Beamten dazu zu wählen.

Berordnung über bie Befugniffe ber Rreisftänbe in ber Proving Bofen, Ausgaben zu beschlieben und bie Areiseingeseffenen baburch zu verpflichten, vom 25. März 1841 (GS. 3. 58):

- § 1. Die Rreisftande find ermächtigt, ju nachftebenben Zweden mit ber Wirfung, bag bie Rreiseingeseffenen baburch verpflichtet werben, Ausgaben ju beschlieben:
- a) zu gemeinnützigen Ginrichtungen und Anlagen, welche in ben Intereffen bes gesammten Areifes beruben,
 - b) gur Befeitigung eines Rothftanbes.
- §§ 2, 3, 5 und 6 find burch die Bestimmungen im Artikel V B. Rr. 5 b. Ges. v. 19. Mai 1889 außer Wirksamkeit gesetzt.
- § 4. Bulagen für Unfer Arels-Beamten-Berfonal und Buschüffe zu ben Bureaufoften bes Landraths Winnen bon ben Kreisstünden überall nicht bewilligt werden.
 - 5 7. Bei jeber in Gemagbeit ber Bestimmungen biefer Ber-

ordnung an die Areisftände ju bringenden Proposition foll ein ausführlicher Borschlag zu dem Beschluffe, welcher

- a) über ben 3wed beffelben, b) bie Art ber Ausführung.
- c) die Summe ber zu berwenbenben Roften und
- d) bie Aufbringungsweise

das Röthige enthält, ausgearbeitet, und jedem Mitgliebe bes Areistages vier Bochen bor dem zur Berathung und Beschluftnahme barüber anberaumten Termine in Abschrift zugefertigt werden.

§ 8. Bur Gültigkeit eines nach ben Bestimmungen dieser Berorbnung zu sassen Beschlusses soll überhaupt eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Areistages erforderlich sein, jedoch, wenn auch diese vorhanden sein sollte, ein Beschluß sir nicht zu Stande gekommen erachtet werden, sosenn die Areiskände in Theile gegangen sind, und zwei Stände sich gegen benielben ausgesprochen baben.

Wenn nur ein Stand in der durch die Areisordnung festgesetzen Form eine abweichende Auslicht erklärt hat, bleibt die Entscheldung Unseren Ministern des Innern und der Finanzen vorbebalten.

2) Art. V B. Rr. 3 bes Gefetes vom 19. Dai 1889:

In Beziehung auf die Vertheilung der Kreisabgaben treten die §§. 10 bis einschliesslich 18 der Kreisordnung für die Provinzen Ostpreussen, Westpreussen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 13. Dezember 1872 (Gesetz-Samml. 1881 S. 179) auch in

der Provinz Posen mit der Massgabe in Kraft, dass die in §. 12 festgesetzten Termine

vom 30. Juni 1874 auf den 31. Oktober 1891,

vom 31. Dezember 1875 auf den 31. März 1893 und vom 1. Januar 1876 auf den 1. April 1893 verlegt werden.

(Den Wortlaut ber §§ 10 bis 18 siehe bei I; auch bie Anmerkungen bazu.)

3) Art. V B. Rr. 4 bes Gefeges bom 19. Mai 1889:

Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend die Heranziehung oder die Veranlagung zu den Kreisab-

gaben, beschliesst der Kreisausschuss.

Beschwerden und Einsprüche der gedachten Art sind innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Bekanntmachung der Abgabebeträge bei dem Kreisausschusse anzubringen. Einsprüche gegen die Höhe von Kreiszuschlägen zu den direkten Staatssteuern, welche sich gegen den Prinzipalsatz der letzteren richten, sind unzulässig.

Gegen den Beschluss des Kreisausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt. Hierbei ist die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichtsbehörden auch insoweit begründet, als bisher durch §. 79 Titel 14 Theil II des Allgemeinen Landrechts, beziehungsweise §§. 9, 10 des Gesetzes über die Erweiterung des Rechtsweges vom 24. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 241) oder sonstige bestehende Vorschriften der ordentliche Rechtsweg für zulässig erklärt war.

Die Beschwerden und die Einsprüche, sowie die

Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

Gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses ist nur das Rechtsmittel der Revision zulässig.

(Siebe § 19 bei I und bie Unmertungen bagu.)

4) Art. V B. Rr. 5 bes Gefetes bom 19. Mai 1889:

Beschlüsse des Kreistages, welche folgende Angelegenheiten betreffen:

a) Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreistheile,

 b) eine Belastung der Kreisangehörigen durch Kreisabgaben über 50 Prozent des Gesammtaufkommens der direkten Staatssteuern,

c) Veräusserung von Grundstücken und Immobiliar-

rechten des Kreises,

d) Anleihen, durch welche der Kreis mit einem Schuldenbestande belastet oder der bereits vorhandene Schuldenbestand vergrössert werden würde, sowie die Uebernahme von Bürgschaften auf den Kreis.

 e) eine neue Belastung der Kreisangehörigen ohne gesetzliche Verpflichtung, insofern die aufzubringenden Leistungen über die nächsten fünf

Jahre hinaus fortdauern sollen,

bedürfen in den Fällen zu a der Bestätigung des Ministers des Innern, in den Fällen zu b der Bestätigung der Minister des Innern und der Finanzen, in den übrigen Fällen der Bestätigung des Bezirksausschusses.

Ohne die vorgeschriebene Bestätigung sind die be-

treffenden Beschlüsse des Kreistages nichtig. (cfr. § 176 bet I und die Anmerfungen başu.)

§. 4.

Die freisftanbifche Berfammlung befteht:

- A) aus dem Fürsten von Thurn und Taxis und dem Fürsten Sultowski, in den Kreisen, in welchen ihre Besitzungen liegen, imgleichen aus allen Ritters gutsbesitzern des Kreises,') welchen die im §. 6 aufgeführten Bestimmungen nicht entgegenstehen und welche in Unserer Monarchie ihren Wohnsit haben;2)
- B) aus einem Deputirten von einer jeben im Rreise belegenen Stadt; 3)
- C) aus drei Deputirten ber Landgemeinden.4)
- 1) Unter Rittergütern find nach Artikel V ber Königlichen Berordnung vom 15. Dezember 1830 biejenigen Güter zu versteben, welche in ben Grundbüchern als Rittergüter eingetragen find. Der

Fistus ift nicht berechtigt, fic betreffs ber in feinem Befige befindlichen vormals abligen Guter auf den Kreistagen vertreten zu laffen. (Erl. d. Min. d. J. b. 11. Febr. 1886.)

- 9) Der Fistus ift auch nicht berechtigt, fich betreffs ber bon ber Anfiebelungstommiffion angetauften Rittergüter auf bem Kreistage vertreten zu laffen. (Erl. b. Min. b. 3. v. 27. Juni 1887.)
- 3) Wenn trot biefer Beftimmung einzelne Stabte mehr als einen Bertreter auf ben Kreistagen haben, fo rührt bies baber:

Durch Art. 67 b. Gef. b. 11. Mara 1850, betreffend bie Rreis., Begirts- und Brovingialordnung, und burch bie bon bem Minifter bes Innern am 21. Jan. 1851 erlaffene "Ginfimeilige Rreis- unb Begirfoorbnung für bie Brobing Bofen" murben an Stelle ber Rreistage Rreisfommiffionen, und fpater, nach einem Grl. b. Min. b. 3. b. 16. Juli 1851 an Stelle ber Rreistommiffionen wieber bie Rreisftanbe mit ber Bestimmung gefest, bag eine Berftarfung ber Bertreter ber Stabte und ber ganbgemeinben auf ben Rreistagen burd Rugiebung aller gu benfelben noch nicht geborigen Bertreter biefer Rategorien in ben Rreistommiffionen einzutreten babe. Diefe Berftartung ift beftatigt burd b. Gef. b. 24, Dai 1858 (GS. S. 248), welches unter Aufbebung ber Rreis., Begirfs- und Brovingialorbnung b. 11. Mars 1850, fowle unter Intraftfebung ber fruberen Befete im Art. VI Abi. 2 bie Beftimmung enthält, baf für biejenigen Rreistage, in welchen feit Berfunbigung ber Rreis., Begirfs- und Brovingialordnung bom 11. Mars 1850 eine Berftartung ber früheren Rabl ber Rreistagsabgeorbneten ber Stäbte unb Sanbgemeinben ftattgebabt batte, es bei biefer Ginrichtung bis gum Erlaffe eines neuen Rreisverfaffungsgefenes fein Bewenben baben follte.

4) ofr. Anm. 3.

§. 5.

Bertretungen finb geftattet: 1)

- a) unmunbigen Rittergutsbefigern burch ihren Bater ober Bormunb;2)
- b) Chefrauen burch ihre Chegatten;

- c) Batern ober Muttern burch ihre volljährigen Sobne:
- d) unverheiratheten Befigerinnen;
- e) allen qualifizirten Besitzern, insofern sie behindert sind, personlich zu erscheinen.

Die Bertreter muffen jederzeit selbst Besitzer Iandtagssähiger Rittergüter im Preußischen Staate sein, umb die Bedingungen des §. 6 ihnen nicht entgegenstehen. Auch ist es gestattet, einen andern beim Kreistage erscheinenden Gutsbesitzer zur Abgabe der Stimme besonders zu bevollmächtigen.

- 1) Die Befugnifi, fich bertreten zu lassen, bezieht fich auch auf die bom Kreistage vorzunehmenden Wahlen. (Erl. d. Min. d. J. v. 2. März 1886.)
- Die zur Dotation von Pfarreien gehörenben Rittergüter werben, als Zubehör bes im Gigenthum ber Kirchengemeinde ftebenben Kirchenvermögens, im Kreistage durch ein Mitglied bes Kirchenvorstandes vertreten, soweit biefer nicht nach § 50 mit seiner Bertretung einen Rittergutsbesitzer bevollmächtigt. (Erl. b. Min. b. J. b. 20. Rob. 1866.)
- 9) Ein Bormund kann mit ber Bertretung eines minberjährigen Rittergutsbesigers einen anberen Rittergutsbesiger beauftragen, auch wenn ber Bormund felbst die Boraussehungen jur Ausübung bes Rechtes ber Rreisstanbschaft nicht erfüllt. (Erl. b. Min. b. J. b. 31. Oft. 1885, MBL S. 244.)

8. 6.

Bur persönlichen Ausübung bes Stimmrechts auf ben Kreistagen ist bei allen Ständen und gestatteten Bertretern ersorberlich:

a) bie Bemeinschaft mit einer ber driftlichen Rirchen;1)

- b) bie Vollenbung bes 24 ften Lebensjahrs;2)
- c) unbeicholtener Ruf.

Wo biefer Auf von ber Bersammlung bestritten wirb, ift auf ben Bericht bes Ober-Prasibenten von Unserm Staatsministerio zu entscheiben.

- 1) Aufgehoben burch bas Reichsges. v. 3. Juli 1869, betreffenb bie Gleichberechtigung ber Konfessionen in bürgerlicher und ftaatsbürgerlicher Besiehung. (BGBl. S. 292.)
- 2) Das Lebensalter von 24 Jahren ist beibehalten; biese Bestimmung ift weber burch bas Ges. v. 9. Dez. 1869 über bas Alter ber Großjährigkeit (GS. S. 1177), noch durch eine andere gesehliche Bestimmung abgeändert worden. (Grl. b. Min. b. J. b. 31. Oft. 1885. NBI. S. 244.)

§. 7.

Rittergutsbesitzer, geiftliche ober milbe Stiftungen, sowie Städte, welche mehr als ein Rittergut im Rreise besitzen, find jeberzeit nur jur Führung einer Stimme berechtigt.

8. 8.

Städte, welche als folche bie Berechtigung haben, auf bem Kreistage durch einen Abgeordneten zu erscheinen und sich im Besitze eines Ritterguts befinden, sind ebenfalls nur zur Führung einer Stimme berechtigt.

Wenn sie aber noch in einem anberen Rreise Ritters güter besitzen, beschien sie auch bie bortigen ftanbischen Bersammlungen.

8. 9.

Bu stäbtischen Abgeordneten auf ben Kreistagen

können alle biejenigen Personen gewählt werben, welche bie einem Landtagsbeputirten bieses Standes nothwendige Befähigung, jedoch in Beziehung auf das Alter unter der S. 6 b ausgesprochenen Modifikation, besitzen.

§. 10.

Unter berfelben Mobifikation sind zu Abgeordneten ber Landgemeinden die zu Deputirten biesse Standes auf dem Provinziallandtage qualifizirten Grundbesitzer wählbar.

Gefet wegen Anordnung ber Probinzialstände für die Probinz Bofen v. 27. März 1824 (GG. S. 141):

§ 5. Bei ber Bahlbarteit ber Abgeorbneten aller Stanbe jum Provinziallandtage werben folgende Bebingungen vorausgefest:

1. Der Abgeordneten aller Ctanbe:

- 1) Grundbefit, in auf- und absteigender Linie ererbt, oder auf andere Weise erworben, und gehn Jahre lang nicht unterbrochen. Im Bererbungsfalle wird die Zeit des Besitzes des Erblassers und bes Erben ausammengerechnet:
 - 4) ber unbescholtene Ruf; unb
- 5) daß ber ju Bahlenbe für einen Brenfifchen Unterthan ju halten fet.
- § 6. Bon ber Bebingung bes gehnjährigen Befitges gu bisbenfiren, behalten Wir Uns Allerhöchfielbft vor.

2. Der Abgeordneten ber einzelnen Stände, und zwar:

b) Des zweiten Standes.

§ 10. Als Abgeordnete bes zweiten Standes fonnen nur ftabilde Erundbefiger gemöhlt werben, welche entweber zeitige Magifrats-Bersonen find, ober ein bitrgerliches Gewerbe treiben. Bet ben letztern muß ber Erundbestig mit bem Gewerbe zusammen einen nach ber Berschiebenheit ber Stabte abzumessenben Werth baben, welchen bie § 4 vorbehaltene besondere Berordnung *) bestimmen wirb.

o) Des britten Stanbes.

§ 11. Bei bem britten Stande wird ju der Eigenschaft eines Banbtags Abgeordneten ber Befitz eines als Hauptgewerbe felbft

*) a) Berordnung wegen ber nach bem Gefete bom 27. Märg 1824, bie Anordnung ber Provinzialstände in ber Provinz Posen Betreffend, vorbehaltenen Bestimmungen vom 15. Dezember 1830 (CS. 1831 C. 9).

Artifel IX.

Bei benjenigen fläbitschen Grundbesitzen, welche aus der Klasse ber Klasse fläbitschen Gewerbetrelbenden zu Laubtags-Abgeordneten gewählt werden sollen, muß der Grundbest und das Gewerbe zusammen bei Städten mit Birilstimmen einen Werth von 4000 Thalern (12000 Mark), bei den übrigen Städten einen Werth von 1800 Thalern (4500 Mark), haben.

Der Betrieb bes Aderbaues auf ftabtifchen Grunbftuden ift für ein ftabtifches Gewerbe ju achten. Die auf ftabtifcher Felbmart wohnenben Grunbbefiger werben ben ftabtifchen gleichgeftellt.

Auch follen ftabtische Grundbefiber, die gum mindeften gehn Jahre lang ein ftabtisches Gewerbe betrieben, bon bemfelben aber fich gurudgezogen haben, gleich ben wirklichen Gewerbetreibenben wählbar fein.

- b) Berordnung, die Abanderung bes § 9 ber Kreistagsordnung für die Broving Bosen vom 20. Dezember 1828 betreffend, vom 21. November 1837 (GS. S. 217).
- 1) In benjenigen Stäbten, in welchen bie revibirte Stäbteordnung !) eingeführt ift, jollen Anfritg die Magiftrats-Mitglieder und Stadtverorbneten, auch ohne Grundbesits, zu ftäbtischen Kreistags-Abgeordneten gewählt werden tonnen.
- 3) Das Borhandenfein der § 6 vorgeschriebenen allgemeinen Requisite bleibt hierbei allenthalben vorausgefest.

¹⁾ In allen Städten gilt jest die Städteord. v. 30. Mai 1858 (GS. S. 261).

bewirthicafteten Landguts erfordert, bessen Größe ebenfalls bie besondere Berordnung ') (§ 4) festsehen wird.

Artifel XIII.

Als Deputirte ber Landgemeinden sind nur diejenigen wählbar, welche ein ländliches Grundstild von wenigstens sechszig Ragbeburger Morgen (= 15,39 ha) bestigen.

§. 11.

Für einen jeben Abgevrbneten ber Stäbte und Landgemeinden wird ein Stellvertreter erwählt, welcher ebenfalls die §§. 6, 9 und 10 angegebenen Eigenschaften haben muß.

§. 12.

In den Städten ermählen der Magistrat und die Gemeindevertreter, welche zu diesem Behuse zu einem Bahlkollegio vereinigt werden, die Kreistags-Abgeordneten.

§. 13.

Bei der Bahl der drei Abgeordneten und Stellvertreter der Landgemeinden wird wie bei der Bahl der Bezirkswähler verfahren. Ein jeder Landrath hat Behufs dieser Bahlen seinen Kreis in drei Bezirke einzutheilen, in deren jedem ein Deputirter und ein Stellvertreter zu mählen ist.

Berordnung, betreffend das Berfahren bei ftänbischen Bahlen in dem Stande der Landgemeinden der Provinz Posen vom 19. Dezember 1845 (CS. 1846 S. 18).

^{*)} Berordnung wegen ber nach bem Gefete vom 27. März 1824, bie Anordnung ber Provingialftände in ber Proving Pofen bertreffend, bordehaltenen Bestimmungen vom 15. Dezember 1830 (CS. 1831 S. 9).

§ 1. Diejenigen länblichen Grundbesitzer, welche nach § 12 bes Gesets bom 27. März 1824 und Artifel X ber Berordnung bom 15. Dezember 1830 bei ständischen Wahlen ein Wahlrecht auszuüben befugt sind, treten in Zukunft bei solchen Wahlen nicht mehr in Diftrikten zur unmittelbaren Wahl ber Areistagsabgeordneten ober beren Stellvertreter (Areisordnung bom 20 Dezember 1828, § 18), sonbern in ben einzelnen Gemeinden zur Wahl von Ortswählern zusammen.

a) § 19 bes Gefeses bom 27. Märs 1824:

زيني

جينا

3.

₽,

ŧ

2

4

4

•

t

Die Bebingungen ber Bahlbarteit treten auch für die Befugnis jur Bahl ein, mit bem Unterschiebe, baß für die Bahlenben ober Bahlmanner bie Bollenbung bes 24. Lebensjahres genügt; und nicht zehnjähriger. sonbern nur eigenthumlicher Befitz erforberlich ift.

Bei bem britten Stanbe wird baffelbe burch ben Befit eines Landguts von einer gemiffen, burch bie Berordnung (§ 4) gu beftimmenben Grofe bebungen.

b) Urtifel X ber Berorbnung bom 15. Dezember 1830:

Diejenigen ländlichen Grundeigenthumer, welche bas Bahlrecht ausliben (§ 19 b Gef. v. 27. März 1894), follen zum wenigsten ein ländliches Grundftild von 80 Magbeburger Morgen (7,66 ha) befisen.

- §. 2. Jebe Gemeinbe ift befugt, einen Ortsmahler gu ermablen.
- § 3. Die Ortswähler (§ 2) treten mit ben Bestigern berjenigen länblichen Gitter, von ber im Artikel X ber Berordnung vom 15. Dezember 1830 settgeseiten Größe, welche weber Rittergiter find, noch zu einer Dorfgemeinde gehören, bezirksweise zusammen und wählen in jedem Bezirke einen Kreistagsabgeordneten und besiene Stellvertreter (§ 13 ber Areisordnung vom 20. Dezember 1828).
- § 5. Die Wahlen in den einzelnen Dorfgemeinden (§ 1) werden burch den Landrath ober in feinem Auftrage durch von ihm ernannte Kommissarien geleitet.

§. 14.

Die Wahlen der Landgemeinden stehen unter Aufssicht des Landraths.

§. 15.

Die Bahl ber Deputirten ber Städte und Landsgemeinden erfolgt auf sechs Jahre, bergestalt, daß von drei zu brei Jahren die Hälfte, das erste Mal nach dem Loose, ausscheibet.

§. 16.

Der Landrath, oder wenn derselbe behindert ist, der älteste Kreistagsbeputirte, beruft die Stände zum Kreistage, sührt daselbst den Borsis, leitet die Geschäfte und ist verpflichtet, die Ordnung in den Berathungen zu erhalten. Wenn seine Erinnerungen kein Gehör finden, ist er besugt, die ordnungstörenden Mitglieder von der Bersammlung auszuschließen; jedoch hat er darüber sofort an den Oberpräsidenten der Provinz zur weiteren Berssügung zu berichten.

§. 17.

Der Landrath ift verpflichtet, alljährlich wenigstens einen Areistag anzusehen; außerdem aber ist er hierzu berechtigt, so oft als er es den Bedürsniffen der Geschäfte für angemessen hält. Er hat der ihm vorgesetzten Regierung von einem jeden anzusehenden Areistage Anzeige zu machen.

§. 18.

So lange Rommunal-Gegenstände früherer Areisverbande abzumideln find, ist die Bereinigung mehrerer Areise, oder der Theile verschiedener Areise, zu diesem Zwede gestattet. Gegenstände, welche nur eine Klasse der Stände treffen, können auf besondern Konventen dieser Stände verhandelt werden.

§. 19.

Die Stände verhandeln auf dem Kreistage gemeinsschaftlich. Die Beschlüffe werden nach einsacher Stimmenmehrheit gesaßt. Der Landrath hat als solcher keine Stimme. Er stimmt mit, wenn er zugleich Kreisstandist, kann jedoch auch ohne Stimme den Borsts führen.

Bei gleichen Stimmen entscheibet die Stimme bes Borsitzenden, und, wenn derselbe nicht stimmfähig ift, die Stimme des ältesten Kreisdeputirten. Er hat alle Kreistagsbeschlüffe zur Kenntniß des ihm vorgesetzen Regierungspräsidenten zu bringen, zu denjenigen Besschlüffen aber, durch welche neue Berwaltungsnormen seitgesetzt,1) und den Kreiseinsassen neue Berbindlichteiten aufgelegt werden sollen,2) die Bestätigung der Regierung 3) besonders einzuholen und bis zu deren Eingang mit der Ausstührung Anstand zu nehmen.

- 1) ofr. § 8 b. Berorb. b. 25. Mära 1841 oben bei § 3.
- 2) ofr. Art. VB Rr. 5 b. Gef. v. 21. Mai 1889 oben bei § 3.
- 3) Best bes Regierungsprafibenten, 6 18 b. QBG.

§. 20.

Findet ein ganger Stand burch einen Rreistagsbeschluß in seinen Interessen sich verlet, so sieht ihm mittelst Einreichung eines Separatvoti ber Returs an biejenige Behörde zu, von welcher die betreffende Angelegenheit ressort.

Bei Zusammenberufung ber Kreisstände hat ber Landsrath in der Kurrende die zu verhandelnden Gegenstände anzugeben.

Die Erscheinenben sind bann befugt, einen Beschluß zu fassen, und burch solchen bie Außenbleibenben, wie die Abwesenden zu verbinden.

\$ 21.

Der Lanbrath führt bie Beschlüffe ber Rreisstände aus.

1) Art. IV b. Gef. über bie allgemeine Lanbesberwaltung u. f. w. in ber Proving Pofen vom 19. Mai 1889 :

§. 1.

An der Spitze der Verwaltung des Kreises steht der Landrath.

Der Kreisausschuss besteht aus dem Landrathe als Vorsitzenden und sechs Mitgliedern, welche von dem Oberpräsidenten aus der Zahl der Kreisangehörigen ernannt werden.

Die Ernennung erfolgt auf Grund von Vorschlägen des Kreistages, in welche aus der Zahl der Kreisangehörigen die zu Mitgliedern des Kreisausschusses

befähigten Personen aufzunehmen sind.

Lehnt ein Kreistag die Aufforderung des Oberpräsidenten zur Vervollständigung dieser Vorschläge ab, so hat der Provinzialrath auf Antrag des Oberpräsidenten darüber zu beschliessen, ob und welche Personen nachträglich in die Vorschlagsliste aufzunehmen sind.

Personen, welche in die Vorschlagsliste nicht aufgenommen sind, können vom Oberpräsidenten zu Mitgliedern des Kreisausschusses nur unter der Zustimmung des Provinzialrathes ernannt werden Lehnt der Provinzialrath die Zustimmung ab, so kann dieselbe auf Antrag des Oberpräsidenten durch den Minister des Innern ergänzt werden.

Geistliche, Kirchendiener und Elementarlehrer können nicht Mitglieder des Kreisausschusses sein: richterliche Beamte, zu denen jedoch die technischen Mitglieder der Handels-, Gewerbe- und ähnlicher Gerichte nicht zu zählen sind, nur mit Genehmigung des vorgesetzten Ministers.

(ofr. §§ 180 u. 131 bei I und bie Anmertungen başu.)

8. 9

Zu Mitgliedern des Kreisausschusses können nur solche Kreisangehörige ernannt werden, welche:

a) selbstständige¹) (Art II Abs. 2) Angehörige des Deutschen Reiches sind und das 21. Lebensjahr vollendet haben.

b) sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Das Recht zur Mitgliedschaft geht verloren, sobald eines der vorstehenden Erfordernisse bei dem Mitgliede nicht mehr zutrifft. Es ruht während der Dauer eines Konkurses, ferner während der Dauer einer gerichtlichen Untersuchung, wenn dieselbe wegen Verbrechen oder wegen solcher Vergehen, welche den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen müssen oder können, eingeleitet oder wenn die gerichtliche Haft verfügt ist²)

1) Rach Art. II Abf. 9 gilt als felbstftändig berjenige, welchem bas Recht, über fein Bermögen zu verfügen und baffelbe zu verwalten, nicht burch gerichtliche Anordnung entgogen ift.

2) ofr. § 96 bei I unb Unmertungen bagu.

8. 3.

Die Ernennung der Kreisausschussmitglieder erfolgt auf sechs Jahre mit der Massgabe, dass bei Ablauf dieser Periode die Mitgliedschaft im Ausschusse bis zur Ernennung des Nachfolgers fortdauert. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Mitglieder aus. Die das erste und zweite Mal Ausscheidenden werden durch das Loos bestimmt. Die Ausgeschiedenen

können wiederernannt werden. Jede Ernennung verliert ihre Wirkung mit dem Aufhören einer der im § 2 vorgeschriebenen Bedingungen. Der Kreisausschuss hat darüber zu beschliessen, ob dieser Falleingetreten ist Gegen den Beschluss des Kreisausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt Die Klage steht anch dem Vorsitzenden des Kreisausschusses zu. Dieselbe hat keine aufschiebende Wirkung; jedoch darf bis zur rechtskräftigen Entscheidung die Ernennung eines Ersatzmannes nicht stattfinden Für das Streitverfahren kann der Kreisausschuss einen besonderen Vertreter bestellen.

Die Ausschussmitglieder werden vom Vorsitzenden

vereidigt.

Die Ausschussmitglieder können nach Massgabe der Bestimmungen des § 39 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung im Wege des Disciplinarverfahrens ihrer Stellen enthoben werden.

(cfr. § 133 bei I und Anmerkungen bagu.)

§. 4.

Bei Behinderung des Landrathes geht der Vorsitz im Kreisausschusse auf seinen Stellvertreter über. Ist dies der Kreissekretär, so führt nicht dieser, sondern das hierzu vom Kreisausschusse gewählte Mitglied den Vorsitz

(cfr. § 136 bei I unb Anmertungen bagu.)

8. 5.

Soweit die eigenen Einnahmen des Kreisauschusses nicht ausreichen, werden die Kosten, welche die Geschäftsverwaltung desselben verursacht, von dem Kreise getragen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses erhalten eine ihren baaren Auslagen entsprechende Entschädigung,

Ueber die Höhe derselben beschliesst der Bezirksausschuss.

(ofr. § 164 bei I unb Anmerfungen bagu.)

S. 6.

Der Kreisausschuss ist befugt, behufs der örtlichen Erledigung der zu seiner Zuständigkeit gehörigen Geschäfte die Mitwirkung der Polizeidistriktskommissarien, sowie der Gemeinde- und Gutsvorsteher in Anspruch zu nehmen.

2) Art. VB Rr. 2 b. Bef. v. 19. Mai 1889 :

Durch Beschluss des Kreistages kann dem Kreisausschusse die Verwaltung der Angelegenheiten des Kreises übertragen werden. Hinsichtlich dieser Verwaltung gelten die Bestimmungen der §§ 123 und 134, 1 bis 4 der Kreisordnung für die Provinzen Ostpreussen, Westpreussen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 18. Dezember 1872 (Gesetz-Samml. 1881 S. 179).

(ofr. §§ 123, 134, 68 bei I unb Anmerfungen bagu.)

3) Art, VB Mr. 6 b. Gef. b. 19. Mai 1889:

Der Bezirksausschuss beschliesst, an Stelle der Aufsichtsbehörde, über die Feststellung und den Ersatz von Defekten der Kreisbeamten nach Massgabe der Verordnung vom 24. Januar 1844 (Gesetz-Samml. S. 52). Der Beschluss ist vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges endgültig.

(cfr. § 198 a bei I unb Unmertungen bagu.)

4) Art. VB Rr. 7 b. Gef. b, 19. Mai 1889:

Unterlässt oder verweigert ein Kreis die ihm gesetzlich obliegenden, von der Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit festgestellten Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder ausserordentlich zu genehmigen, so verfügt der Regierungspräsident, unter Angabe der Gründe, die Eintragung in den Etat, beziehungsweise die Feststellung der ausser-

ordentlichen Ausgaben

Gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten steht dem Kreise innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberwaltungsgerichte zu. Zur Ausführung der Rechte des Kreises kann der Kreistag einen besonderen Vertreter bestellen.

(ofr. § 180 bei I unb Anmertungen bagu.)

§. 22.

Der Oberpräsibent ber Provinz hat die zu dem Zusammentritte der Kreisstände nach vorstehenden Borsschriften erforderlichen Berfügungen ungesäumt zu versanlassen.

Sachregister.

(Die angeführten Biffern bebeuten bie Seitengahlen.)

91.

Mbänberungen ber Areisorbnung für bie Graffchaften Stolberg 519; ber Landburgermeistereien 158.

Mbnubung 93.

Memter, unbefolbete, Annahme, Ablehnung, Grünbe, unberechtigte 24 ff.

Agentur 74, 76, 119.

Mitiengeselichaften 39, 56, 63, 66, 78, 95, 384, 338, 340, 344, 346, 348, 349; Einfommen ber 94 ff.

Aftipvermögen bes Rreifes 16.

Mügemeine Bestimmungen für Dannober 531 - 540: Dessensons 531 - 540: Dessensons 532 - 531: Abeinbroving 550 bis 553; Schleswig-Holkein 553 bis 558: Westfalen 548 - 550.

Miter 24, 166.

Amortifationsfat 503.

MmtBangehörige 266.

Amthausichus 254 ff; Beankanbung der Befoluffe des 261: Befugniffe 256 ff. Berufung des 260: Befolufishigteit 260; Beichluffe, Fiffung der 260; Stimmengleichbeit, Leberfchreiten der Befugniffe, Berlebung der Gefete 261; Deffentlichleit der Sizungen, Borfits 260; Wahlen ber Abgeordneten zum 255; Wegfall des 254.

Antmann, Befoldung 314; Dienftunkoftenentschädigung 315; Ghrenamt 314 Ernennung 214; Eefadfite des 217 fommissarisches 313: Organ des Kandrachs 217: Ortspolizeiverwaltung 217; Berbängung d. Orbungsstrafen accen 315: Bervssichtung des 317.

Amtebezirke 146, 157; Wödnberung ber 153, 154, 248: Bilbung ber 246; Eintbellung ber 245 Heftftellung, enbgültige ber 24°; Rebision ber 248; zusammengesete 246, 247.

Amtsbiener, Anftellung, Diensteib, Dieziblinarftrafrecht gegen, Liniform 258.

MmtBaefänaniffe 259.

Amthiefretare, Anftellung, Befolbung ber 257.

Amtsverbände, Aufficht über die Berwaltung 264: Beickliffe betr. die Aufnahme von Anleiben und Beräußerung von Grundftücken 272: Bestätigung der 263; Desenvollerniche 461: Rechnungen, Abnahme, Enilastung 265; Urfunden, Berpflichtung, Bertretung nach außen 263; Buangsbolkrechung gegen 368,

Amisverordneter in Beftfalen, Ablebnung, Enticulbigungsgrunbe, Riebertegung, frühere, Strafen 212.

Amtsversammlung in Weftfalen, Bilbung ber, Bahl ber Mitglieber, ber Stimmen 210, 211.

Amtsvoriteher, Ableben 270: Umteffegel 268; Umteuntoften. entichabigung 301, 302, 304; Mufficht liber bie Weichaftsführung bes 297 : Beitellungsurfunde 267 Befugniffe polizeiliche 275; benachbarter 268, 269; Beidmerben gegen Berfügungen in polizeilichen Ungelegenheiten, in nicht polizeilichen Ungelegenheiten 298; Dauer ber Ernennung bes 265; Dienftuniform bes 267; Dienftbergeben bes 269 ff. : Erlebigung bes Umtes 268, 269; Ernennung 265, 517; Grias b. baaren Unsiagen 302; Belbftrafen gegen 300; Silfebeamter ber Staatsanwaltichaft 268, 276 : Roften ber Mmt&. bermaltung 301 ; Roften bes Dissiplinarperfahrens 301: Dbliegenheiten bes 275; ortspolizeiliche Boridriften, Begenftanbe ber 282; Bolizeiftrafverordnungen 281; Bflichten bes 279; Rechte bes 279; Reifetoften 302; Revifton ber Gemeinbetaffe - Rech. nungen 297; Stellvertretung 283, 517: Straffeftfegung, porläufige, Recht gur 283; Stellung, bienftliche gum Lanbrathe 296; Stellung, bienitliche gum Rreisaus. ichuffe 296; Tagegelber 302; Borichlagsrecht gum 265, 266; Bereidigung bes 265: Berbinberung bes 268, 269; Amangebefuaniffe bes 280.

Amisborfteher, fommissarischer, Bestellung 272 ff., 517; Remuneration 301, 302.

Anfectung ber Bablen 160.

Anleihen 499.
Anleihen 499.
Anfeilgescheite 503.
Anftalten, öffentliche 23.
Anftalungsbehörden 469.
Apenrobe 15.
Arenberg, Herzog von 376.
Armenhäuser 129.
Armenpflege, öffentliche 36.
Artilleriespiebe 129.
Alshendors, Kreis 376.
Ansbewahrungsanstalten 129.
Ausbringung der Areisabgaben 32, 137.

Aufenthalt 71, 116, 122. Aufenthaltsgemeinde 124. Auffichtsbehörden, Befugnisse, Bflichten 509.

Auseinanberfesung zwischen Rreifen 7 ff., 16 ff.

Ausführungsbestimmungen f. oben allgemeine Bestimmungen. Ausgleichung ber ich bei ber Berthellung ber Kreistagsabgeordneten ergebenden Bruchthelle 365 ff.

Musicheiben großer Stabte aus ben Rreifen 9. 16 ff.

23.

23äthe 128.

Bantgefcäfte 101, 112, 120, 121. St. Barbara, Röwenbrüden 4. Bauausführungen 282. Bauerfchaftsvorfteher 218. Baumpflanzungen 282. Baumichuten 128. Beamte, befolbete, Berechnung ber Dienstzeit, Benftonirung 216;

Beftätigung ber 225; in b. Graficaften Stolberg 518: in Sannover 185; bes Kommunalverbanbes 445 ber Landgemeinben unb Landbürgermeisterelen 225; unbesolbete 169, 170, 189; Wahl ber 223.

Beamtenprivilegium 131 ff. Bebienftete bes Rommunalberbanbes 465.

Beburfniffe bes Kreifes 30. Befreiung bon Kreisabgaben 126.

Begrabnifplate 128, 130, 218. Beherbergung bon Fremben 282 Beigeordneter 152, 189, 201 ff.,

215, 223. Beifiger bei ber Bahl 163, 230.

Beiftanb 218. Beitragspflichten gu ben Rreis-

abgaben 30. Belegenheitsgemeinde 124.

Bentheim, Fürft von 376. Bergbau 38.

Bergbaubetrieb 74, 76, 113, 119. Berggewertichaften 39, 56, 64,

95, 98 385. Bergpolizeilige Borfcriften 286.

Bergwertsabgaben 35. Bergwertsbefiger 57, 65, 378, 382,

389, 390, 407.

Bernftein 38.

Befcaftigung, borübergebenbe 468.

Beidlagnahme 187.

Befchwerben wegen ber Beranlagung ber Kreisabgaben 137, 585.

Befit ber bürgerlichen Chrenrechte 188, 240.

Befigerinnen, unberheirathete 185, 239; bermittwete 186, 239.

Befitungen, tommunalfreie 378. Befferungsanftalten 129.

Beftandtheile bes Rreifes 158.

Beftellung bes Stellvertreters bes Gutsborftebers 183.

Betrieb ber Landwirthichaft, pactmeifer 80.

Betriebsgemeinde 122 ff.

Betriebstoften 92.

Betriebsftätte 74, 76, 119.

Bewöllerung, ortsanwefenbe 408. Bewerbung um Stellen 467.

Begirteberbanbe 461.

Bezirtsvorfteher 218.

Bibliothefen 128. Bierwirthicaften 282.

Bilanz 89. 94.

Bilbung neuer Rreife 7 ff.

Brennerei, landwirthschaftliche 38. Brüden 128.

Brunnen 128.

Bürgerausichuß 151.

Bürgermeister 198 ff.: Ablehnung 201: benachbarter 222, 381; Bertufung 221: Betätigung 201; Ehrenamt 221: Ernennung 202, 221; Festlechung ber Besolvung 222: Ordnungskrofen agen 222: Kepte bes 192, 300: Uebertragung als Chrenamt, mit Besolvung 221: auf Widerung 222: Rechtstung 221: Auf Widerung 221: Berpflichung 221: auf Widerung 222: Perpflichung 221: auf Widerung 205: Perfagung der Bestätigung 206.

Bureaudienft 463. .

Œ.

Centralftudienfonds, Raffauiicher 377.

Chauffeen 15, 50.

- Bauerlaubnis au Bauten an 277.
- Baufdulben 18.
- Bolizei Rontrapentionen 208. 319.
- Unterbaltungslaft 18. Civilbeamte ber Militarbermaltuna 17.

Civilverionen 466. Collegium, ftabtifches 19.

Dauernbe Bermaltung 378. Dedoffiziere 465. Defette, Erfas ber, Feftftellung ber 449 ff., 599

Deimanlagen 128, 408.

Deichverbande 408.

Deichverbandsidulben 61.

Diaten ber Rreistagsabgeorbneten 423.

- ber Mitalieber ber Breistom. miffionen 491.

Dienft, öffentlicher 196.

Dienfteib 171.

Diensteintommen ber Beamten 131, 133,

Dienftgrundftude ber Beiftlichen, Rirchenbiener und Glementarfdullebrer 131.

Dienfthaufer ber Bifcofe, Erg-bifcofe, Domgeiftlichen 128: Chmnafiallebrer 129; Ruratgeiftlichteit128 : Rufter129 : Bfarrgeiftlichen 128 ; Ecullebrer. Seminarlebrer 129.

Dienftleiftungen, medanifde 463. Dienftfiegel 181.

Dienftuntenoffentichäbigung ber Amtmanner 915; ber Bilrgermei fter 222; ber Gemeinbevorfteber 179 ff.; ber Butsporfteber 188. **34**0.

- Abtommen wegen 172: Aufbringung ber 171; Erhöhum ber 172; Feftjebung ber 188, 189. 234: Streitigfeiten megen 173.

Dienftverachen ber Rreisbeamten 459.

Dienstwehnungen ber Forftbeamten 129.

Diftrittstammillarius 169, 175. 178.

Disziplinargelbftrafen 312. Disziplinargewalt 182, 471. Domänenbächter 372.

Dobbelbeftenerung, Unaulaffig. feit ber 68, 105.

Dorfaefdworener 157, 159.

Dorfrichter 157, 159. Dorfvorfteber 218.

Dotation ber Rreisverbanbe in ber Broving Sannover 521: Deffen-Raffau 522; Rheinpropins 525: Schleswig Dolftein 525; Beftfalen 524.

Durchiudungen 177.

Œ

Chefrauen 179, 194, 239, 373. Chemann 373.

Chrenamt bes Amimanns, bes Beigeorbneten 29.

Chrenbürgermeifter 221.

- ablebnunggarünbe 224. Chrenfelbhüter 170.

Cib, Bufdiebung, Burudfdieba. 6.

Ginerfieht 15. Eimelrob 8.

Gintommen ber Attiengefellichaf. ten 94 ff.; aus Bergbau 89. 91; aus Forften 88; aus Ge-werbe 89; aus Grunbvermögen 79; aus Sanbel 89, 92; aus Riegenichaften 88; bes Ber-miethers 82; bes Berpachters

Gintammenftenergefes 35 ff., 67.

Ginnahmen aus Belbbufen, Ronfistaten 319.

Ginrichtung, öffentliche 93.

Ginfpruche megen ber Beranlagung ber Rreisabgaben 187.

- gegen bie Babl ber Abaeorbneten sum Amtsausiduffe 255.

Ginmandsberechtigte 841.

Ginmohnersahl 16.

Gifenbahnabgabe 85.

Gifenbahnbetrieb 74, 76. 119.

Gifenbahnftation 63, 74, 108, 110 118.

Gifenbahnunternehmen 68.

Elbrollgerichte 286.

Œltern 373.

Entel 374.

Entidäbigungsanibrüce 19.

Entidulbigungsgründe 25.

Erhebung bffentlicher Abgaben und Befalle 286.

be8 Erias baarer Auslagen Bemeinbeporfteber# 288; ber Sobffen 179, 174.

Erfasgelbanfprüche 198. Erefutivgelbbusen 819.

Ernebitianabienft 468.

₩.

Rabrifen, Unternehmer bon 71, 427.

Nahrwege 128.

reichsun-Namilien. ebemals mittelbare 377, 380, 526, 528.

Reilhalten, öffentliches von Rab. rungemitteln 2×2.

Welber, Sous ber 282.

Relbhüter 170.

Relbmeffer 183.

Relbvolizei 275.

Renervolizei 275.

Rifmereivalizei 275, 278. Ristus 56, 64, 66, 409.

Alecenverordnetenverfamm.

luna 397.

Mensburg 4.

Mluffe, öffentliche 277.

Nondsmatter 75. Morenien 23, 386.

- Berangiebung ber, gu ben Rreisabaaben 56 ff.

Morften. Ginfommen aus 88.

Forsthüter 170.

Norftvolizei 975.

Frantfurt a./M. 387.

Grauen, Stimmrecht ber 385.

Areiwillige 17. - Giniabria. 17.

Frembe, Aufnahme, Beberberaung pon 282.

Ariebrichftabt 15.

Murforge gegen Feueragefahr 282. Rürftenhaus, ebemals Raffaui-

iches, ebemals Beffifches 877.

Aubrendienft 278.

Auhrverleiher 75. Stutwege 128.

Gi.

Garten. botanifche 128. Basanftalten 75.

Baffen 128.

Saftwirthidaft 192.

Bebanbe, fistalifde, ber Boftverwaltung 130 ; jum öffentlichen Bottesbienfte, jum öffentlichen Unterrichte 129.

Bebanbeftener 32, 45, 408.

Gebäubeftenernefes 126.

Bebraud, öffentlicher 126.

Befängnis . Auftalten 129:

- Gtrafe 371.

Begenbudführer 464.

Sehälter 105, 112, 121.

Behöferichaften 347.

Gemeinbeausidus 150.

Semeinbebeamte 169, 170, 189; Beftätigung 213, 233; Feftfegung ber Befolbung 189: Bereibigung 233; Babl 205, 213.

Gemeinbehäuser 128.

Semeindemitglieder, ftimmberechtigte 160, 384, 400.

Bemeindenusungsberechtigte 341.

Gemeinberath 150, 219, 220, 395.

Bemeinbeidreiber 160.

Bemeindeversammlung 160 ff.

Bemeindevertretung 160 ff., 384, 393, 394,

Gemeindevorftand 393, 394.

Bemeindevorfteher, Ablebnung 165, 189; Mmt 157; Mmtsbiener 161; Beftatigung 168, 170, 189, Gefellichafter, ftiller 59.

212, 219, 288; Dienfteib 171; Dienftflegel 158; Dienfruntoken entidabigung 171; Erfan bauet Muslagen 234; Gutachten 16. 170, 189, 219; Reumabl 29; Bflichten 174, 191, 234; Redt 174, 191, 234; Stellung, bient liche, jum Amtsporfteber 256. 296 : jum Silfsbeamten bes Pant rathe 327, 328; Bereibigung 178. 218; Berfagung ber Befratigung 168, 170, 189 ff.; Bertretung 158, 159; Bahl 160, 161, 162. 218. 219, 229, 518,

Benbarmen. Stellung bienfliche ber, gum Amteborfteber 295, 296.

Benefienidaften, eingetragene 385.

Gerichtsgeichworene 157, 159.

Berichtsmänner 157, 159.

Berichtsftand bes Rreifes 5.

Berichtsvollzieher 134.

Befammtarmenverbanbe 462. Geidäfte 24. 166.

Beidaftsorbnung, Dufter gur, bes Rreistages 440 ff.; Aban-berungsvorfchlage 442; Abftimmung 443: Befanntmachung ber Rreistagebeichluffe 445: foluffabigleit 440; Ginleitung ber Berathung 442: Eröffnung ber Sigung 441; Frageftellung 443: Ordnungebeftimmungen 445: Deffentlichfeit ber Ginungen 440; Brotofoll 444; Brutung ber Ginberufung 441: Rebeord. nung 442: Schluk ber Distuffion 443; TageBordnung 442; Borfis 441: Bablen 444; Babl bes Brotofollführers 441: Rufammentritt 440.

Befellicaft mit befdrantter Daf. tung 122.

Gefinbe, Berlegung ber Pflichten bes 312.

Befinbepolizei 275.

Geftütvorwerte 130.

Gefundheit, Sorge für 275. Gefundheitsvolizei 275.

Gemerhe 59.

.

1

Gewerbebetriebe 74, 113; Anfündigung der 277; kommunale, öffentlicher Berbände, der Reichsbank, des Staates 38.

Gewerbegerichte 286.

Gewerbepolizei 275.

Gewerbefteuer 39, 45.

Gewerbtreibenbe 385, 339, 340, 344, 346, 348, 849, 878, 389, 389, 407.

Gnabenmonat 135.

Grabenräumungen 185.

Grabftellen 62.

Grundbefit, Reinertrag aus 85. Grundbefiter, meiftbegüterte 381.

Grunbeigenthum 374.

Grunbfteuer 32, 45, 408.

Grundfteuergefen 126.

Guter, felbftftanbige 349, 850, 851.

Güterichuppen 130.

Gutsbezirte, Befugniffe, Leiftungen, Pflichten, felbftftanbige 178, 238.

Gutsbiener 185.

Gutspächter 373.

Sutsborfteher 178, 194, 238; Ablehnung, ungerechtfertigte 180; Befugnisse 206, 207; Bestätigung 137, 196, 208, 219, 240; Dienstsiegel 181; Disziplinargewalt 182; Entschäftigung der Stellvertreter 181, 184; Festsehung der Dienstunkostenentschäbigung 188, 240; Beiftungen 206, 207; Riebertegung 180; Remuneration bes Stellbertreters 181, 184; Stellung, bienstliche zum Umtsvorsteher 209, 214; zum Uflisbeamten bes Landraths 227, 328; Uebertragung ber Gehäfte 179, 238; Bereibigung 187, 209, 213, 240; Berfagung ber Bestätigung 188, 196, 208, 213, 240;

Chmnafien 62.

S.

Habeln, Kreis 325.

Säfen 128.

Hafenpolizei 275.

Saffe 129.

60, 115.

Pafttoften 293.

| Saftung, Gesellschaft mit be-| schränkter 122.

Sandel, Gintommen aus 89, 92. Sandelsgefellichaft, offene 56,

Sanblungen, gemeingefährliche, gemeinichabliche 282,

Sarbespoat 245.

Saubergsgenoffenschaften 341,

Saushaltsetat 311.

Paufirgewerbefteuer 82, 34, 46.

Sausstand, eigener 399. Sebammenbezirte 145.

Seffen, vormals Rurfürstenthum 387, 394.

Beffifche, bormals großherzogliche Ranbestheile 387.

Beringen, Amt 516.

BilfBarbeiter 468.

fcaft 177, 268, 276. Binterbliebene ber Geiftlichen 131. Böringhaufen 3. Balannaen, gemeinicaftliche 841. 344. Somburg, borm. lanbgraff. Beff. Amt 8, 151, 387, 394. Sümmling 376. Sunbeftener 38, 145. **Ouium** 15. R. Saabbezirle 180. Zaabbolizei 278. Sahnidaften 344. Sahr 403, 407. Sabresrednung, Entlaftung, Reftfebung, Begung, Brufung ber 452. Mitelb, Rreis 376. Individualbesteuerung 40.

Inftanbhaltung bon Begen 180. Intereffe, öffentliches 10 ff. Invaliditätsgehalt 135. Inventur 89. 94. St Johannis 244. Sohanniterfranfenhäufer 129. Sournalbienft 468.

Buriftifche Berfonen 61, 66, 70, 78, 118, 334, 338, 340, 344, 346, 848, 849, 372, 375, 885.

Auftigebäube 128.

Spehoe 244.

Ω.

Raffeewirthidaften 282. Ralenderjahr 403, 407.

Silfsbeamte ber Staatsanwalt- | Ralfbrume 38. Ralfulaturdienft 463. Ranal 76. Ranale, ichiffbare 126. Panaldämme 130. Ranglisation&werke 38. Rangleidienft 462. Ravellen 198. Stavitulanten 17. Raffenbeamte 464; Dienft 463; Berbanb 216; Borfteber 464. Ratafterbeamte 471. Riesarnben 88. Rinber unter baterlicher Gemalt 179, 194, 373, Rirgen 128. Rirdenpläse 62. Rirchböfe 128. Rirdibiele 247. Stirminielpagt 245. Rlaffen ber Unterbeamtenftellen 464 Rlaffenftener 32. Aleinbahnen 38. Rleinhandel mit Branntwein 192.

> Rlofterfonds, allgemeiner 376. Rolmifdes Recht 180. Rolleftipftimmen 382, 388, 407. Rollettivftimmredt, Ausübung bes 382, 388.

Klinifen, äratliche 129.

Rommanditgefellicaften 56. 60: auf Aftien 39, 56, 63, 66, 95, 372, 375, 385.

Rommiffion, freisftanbifche 428. Rommunalabgabengefet 118 ff.

Rommunalverbande 4, 5, 460.

Romptoir 71, 76.

Ronturs 188, 209, 213, 240, 370. **Rontributionsüberschüffe** 429.

Rooge, oftropirte 245.

Storporationen 5, 873.

Roften ber Amtsverwaltung 301, 304, 310; ber gerichtlichen Anseigen 206; ber polizeilichen Einrichtungen 305.

Strantenhäuser 129.

Rrantheit, anhaltenbe 24, 166; anftedenbe 304.

Areditgefchäfte 101, 109, 120, 121. Areditinftitute 38.

Areidebrüche 38.

Areis, Aftivbermögen bes 16; Begrengung be't 1; Beftanbthelle bes 185; Bildung neuer 7 ff.; Glieberung bes 146. 155; Gerichisftand ber 5; Wassibormögen bes 16; Umfang ber 1; Bermögen bes 30; Gusammenlegung mehrere 7 ff.

Rreisabgaben, Aufbringung ber, Bertheilung ber 32, 137; Bofen 584.

Areisabgabenmafftab, Feststellung bes 45.

Rreisangehörige, Pflichten, Rechte ber 21, 23, 24, 80.

Rreisausidus 5:

- Gefchäfte bes Areisausjoufies 458 ff.; Abgabe bon Guiacien 459; Unftellung bon Militärinvaltden459; Beaufsichtigung
ber Geschäftsführung 449; Begewalt ere Zudalterne und Unterbeamtenstellen mit Militäranwärtern 460 ff.; Disziplinargewalt 471, 472; Ernennung ber
Beamten 459; Führung ber Geschäfte der allgemeinen Landesberwaltung 459, Leitung ber

Geschäftsführung 459; Mensiomirung ber Beamten 460; Werwaltung ber Arelsangelegenheiten 459; Borbereitung der Arelsangsbeschälbsse 459; Zuziehung Königlicher Beamten 471.

Rreisansicut, Mitglieber, Umtbbauer, Aufhören ber Witfrung ber Wahl, Ausloofung, Auslicheiben, Dienstvergegen, Bereibigung 456, 457; Wahl, Bahlbarteit 454; Busammenjezung 454.

— Mitglieber in Bofen, Ernennung, Borausiezung ber Ernennung, Borfälagslifte 597; Ruhen ber Mitgliedichaft, Berluft 597; Amsteut, Ausschleiben, Disziplinarverfahren, Bereibigung ber 597.

- Stellung im Allgemeinen 453.

— Berfahren bor bem, Ausfolus vom Stimmrecht 479; Beichluffähigtett 477; Enrichtigung ber Mitglieber 480; Haffung von Befalliffen 477; Roften bes Artelsaussichuffes 480, 598; Mitwirfung ber Ortspolizeibehörben 481; Regulativ über ben Gefchättsaana 489 ff.

— Beschlüsse über Aufbringungs und Berthellungsmahitab ber Kreisabgaben, Ausgaben 429: Beschlüssiädigkeit des 435; Bestimmung der Jahl und der Beschlüssiädigkeit des 435; Bestimmung der Beanten, Einrichtung der Bedarge, Festiellung des Kreisbausbaltiseitats, Festiellung des Kreisbausbaltiseitats, Festiellung des Kreisbausbaltiseitats, Festiellung der Berwaltungsgrundsätzeitat, 430; Interesse, Aussichlus den den Interesse 4385; Bestinten Interesse 4385; Bestinten Interesse 4385; Bestinten Interesse 4385; Bestinten der Berband-

lungen 430: Milicht sur Aufammenberufung 431; fatutarifde Anordnungen 434; Theilnabme ber Mitalieber bes Rreisansfouffes an ben Breibtageberfemmi ungen436; Berfhanna über Ronbe einzelner Preiftheile 429: Borfit 430; Bablen s. Rreitantfouffe u. au Rreistommtffionen 425 : Bahrnehmung fonftiger Ge-icafre 436; Bahl ber Rreistage 431; Babl ber Rreistagsmitalieber 330; Bufammenfennng bes Rreistages 329 ff.

Arrisausidus, in ber Bro-Ding Bofen: Berufung bes Areistages 594; Befchluffe 585; Faffung ber Beichluffe 595; Beitung 594; Stimmrecht bes Sanbrathe 595; Borfin 594.

Arcisbanheamte 471.

Areisbaumeifter 427.

Arcisbeamte 471.

Breifblätter 145.

Rreisbebutirte, Beftätigung, Diaten. Reifetoften, Remunerationen. Bereidiaung, Babl 315 ff.

Areiseinrichtungen 48, 49.

Arcishänser 128.

Arcishaushaltsetat. Aufftellung bes Gtats. Bericht, Feftftellung, Beröffentlichung 447.

Arcistommiffionen, Befugniffe bes Sanbrathe, Beftellung ber, Diaten ber Mitglieber, Reifeber 490, 491,

Areistommunalfaffe, Revifion ber, außerorbentliche, regelmahige 89, 448.

Areistrantenhaus 24.

Areis. lanbrathlicher in ber Brobing Bofen, Ausicheiben großer Rreistansbeidluffe, Saffung ber,

Stäbte and bem Preidherhaube. Dilbung neuer Preife, Rerunberung ber Rreisgrensen 582.

Rreismedizinalbeamte 471.

Breidletretär 315, 317: Rebenbeidaftigung 317; Stebtperorbueter 118: Stellbertreber 317. Greisbarfalle 34.

Rreisftanbe in Bofen, Rechte ber 583.

Areiskändifde Berfammlungen in Boien, Bertretungen ber Rib glieber 587; Bufammenfenung Det 586.

Oreistatuten 144. Rreistenerinftem 33.

Rreiftag, Auflöfung burch Agl. Berorbnung 33; Folgen ber Anflofung 512; Gefchafte im Allgemeinen , Bertretung bes Rommunalberbanbes 423: Ge dafte im Befonberen 424 ff.; Abgabe bon Gutachten 426: Abfaffung bon Betitionen, Gingaben 446 und befonderen Bropofitionen für ben Rreistag 432: Antrage von Areistagsmitgliebern 431; Aufbringung bon Staatspraftationen 424; binberung bes Borfisenben, Berufung bes Rreistages 430.

Areistagsabgeorbuete, Untreten bes Mmtes 406, 407; Mufboren ber Babibarteit403: Andloofung. Ausicheiben ber 403: Daner ber Bablperiobe403; Diaten ber 423: Entideibung über bie Biltigfeit ber Bahlen 419 ff. ; Ergangungsmablen, Erfasmablen, Bornabme, ber Bablmanner frühere, neue. Beit 404, 405; Reifetoften 423; Borausfenungen ber Bablbarteit jum 398, 401, 408; Biebermabl 403.

Stimmengleichbeit. Stimmenmebrheit einfache, zwei Drittel 437; Beanftanbung ber 510; Rlage gegen bie Beanftanbung 511: Genebmigung ber 496 ff.: Anleiben, Belaftung ber Rreisangeborigen, Belaftung, neue, Dibrbelaftung einzelner Rreis. theile, Minberbelaftung einzelner Rreistheile, ftatutarifche Unorbnungen, Uebernahme bon Burg-Beräußerung fcaften . nad Brunbftuden unb 3mmobiliar. rechten bes Rreifes 496 ff.

1

.

1

Areistansprotofolle. Abfaffung 488; Inbalt, Brototollführer 439; Beröffentlichung bes Inbalts, Bollgiebung 438.

Areistagsversammlungen, Ort

Areisverfaffung, Grunblagen b.1. Areisverfammlungen in Bofen. Amed ber 582. Ariegsinvaliben 462. Runbigung, Anftellung auf 225. Ruppelei, fdmere 371.

Aurmark Branbenburg 429. **Aure** 58.

٤.

Lanbbürgermeiftereien 155, 380, 406; Abanderungen ber 156. Lanbbotationen 171-174. Landestommunalverbanb. bobengollernicher, lauenburgifcher 461. Landgemeinde 147, 157. Landgeftüte 130. Landfreis Frantfurt a. D. 199. Ranbrath 297 ff.; Umt, Befähigung jum 315; Beurlaubung Martericaftsgenoffen 341.

316: Ernennung 315, 517; Grlag von Boligeivorfdriften, Regulativen 321, 322; Silfabe-beamte bes 326; Leitung ber Erfasmablen sum Rreistage 390. 391 : Bflichten bes 321. 329. 329, 594; Boligeiverwaltung im Rreife 321; in ben Stabten 323; Rechte bes 321, 322, 329, 594; Etellbertretung 311, 315, 517; Borichlagerecht jum 315 ff., 517; Borfigenber bes Rreistages 319 ff.; als Borfinenber bes Rreisausicuffes, Beaufficti-gung, Berufung, Gefcafte, Beltung, Reifen, Stimmrecht, Berhinderung, Berpflichtung burch Urfunden 474 ff.; in Bofen: Ber waltung bes Rreifes 596; Bebinderung 598 : Bflichten, Rechte be8 594.

Landboat 245. 282.

Lauenburg, Bergogthum 143; befonbere Beftimmungen für 519. Leben, Sorge für 282.

Legitimation, Brufung ber Mbgeordneten gum Amtsausichuffe

Lehmaruben 38. Lebusmann 229.

Leichtiafeit bes Berfebrs 282.

Leinbfabe 128.

Liegenichaften 126: Eintommen aus 88.

Löhne 105, 112, 121.

Lohnidreiber 463.

Lotalbeamte 471.

Log-Corsmaren, Bergog bon 376. Luftgärten 128.

902.

Maar 4.

Wheelfiret 291, 395, 396. Maltelerfrantenhäufer 129. Martthallen 38. Maritverlehr 282. Martille 130. Mehrbelaftung einzelner Rreistheile 48 ff. Meineib 371. Mebben, Rreis 376. Meraelaruben 38. Miethewerth 79, 83. Miethszins 79, 81. Militäranwärter 460. Militärärste 136. Militärbeamte 16. Militärdienft, aftiber 408. Militärgebände 128. Militarperfonen, attibe 16, 21, 22, 329 ff.; angefeffene 22: ebemaliae 465 ; fervisberechtigte 21. 22.39 : Strafverfahren gegen 294. Minberbelafinna einzelner Greis. theile 48 ff. Mitbenutung öffentlicher Ginrichtungen 23, 137, 309. Mitalieber bes Rreisausiduffes. fiebe Rreisausiduf. Mitglieber regierenber Saufer 373.

N.

Mufter gur Geidaftsorbnung bes

fiebe Beidafts-

Mufcen 128.

orbnung.

Rreistages .

Nachforberung b. Steuern 35, 42. Nachau borm. Herzogthum 387, 394. Naturalbeiträge 171 ff. Naturalleiftungen 48, 52, 53. Rebensandfraßen 54, 143. Renmarf Brandenburg 499. Renmaßl 168 ff., 189 ff., 414, 416, 421. Rieberlegung bon Armtern, frübere 212; ungerechtfertigte 180. Rießbrand 77, 81, 82, 114. Ratare 59. 75.

Đ. Dheraufficht über bie Rreisbermaltuna 496. Oberförfter 265, 471. Deffentlichteit ber Rreistagsfibungen 434. Defonomicachanbe 199. Defonomietommiffarien 471. Offiziere 16, 17 465. Orbnung bes Berfehrs 282. Orbnung, öffentliche 174, 175. Orbnungsbolizei 275. Orbnungeftrafen 222. Drbnungsftrafremt ber Bilfabeamten bes Landraths, fiebe Lanbrath. Ort 196. Ort ber Areistaasperfammlungen 145. Ortsvolizeiverwaltung 196, 228.

B

Ortsfteuererheber, Amt ber 160.

234.

Osnabrück 565. Otternborf 326.

Pachtbetrieb 74, 113. Pachtzins 79, 80, 81. Passibbermögen bes Kreises 16. St. Pauli 4. Benflonen 135. Benfionirung bon Rreisbeamten 460. Benfionsberechtigung 227. Benfionstaffe, Beitrage gur 226: Bildung einer 220; Bermaltung ber 216, 226. Berionen, juriftifde, fiebe Suriftifche Berfonen. Perfonen, moralifde 5, 39. Berionen, Schut ber 282. Perfonen, weibliche 373. Bertinenzien 81. Betitionen bes Rreistages. 216. faffung bon 446. Pfändung bon Thieren 193. Pfandhäuser 38. Ofarr - Anfthaus 132. Bferbebahnen 76, 103. Bfleger 179, 194, 373. Bläte 128. Bolizei (einzelne Ameige) 275 ff. Polizeiauffict 176, 178, 235. Bolizei, Ausübung ber 244. Polizeibeamte 170. Polizeigebäude 128. Polizeifergeantenftellen 463. Polizeiftrafverordnungen ber Umteborfteber 281. Polizeiverfügungen in Bref. fachen 324. Bolizeivermaltung 234: burch ben Lanbrath in Stabten 323. Bolizeimachtmeifterftellen 463. Bortepee-Sähnrich 22. Bortoauslagen 305. Bofen, Rreisorbnung für bie Brobing 582 ff.

Postgebühren 292.
Postverwaltungsgebäube 128.
Präcipualbeiträge 427.
Pragis, ärziliche, wundärziliche 26, 117.
Preek 244.
Privatveiche 128.
Privateisenbahnen 38, 103.
Privatirrenanstalten 178.
Probezeit 470.
Protofolschiver 163, 230.
Prisinaen 469.

Rechnungen, Abnahme, verweigerte, Entlasung ber 263.

Rechtsanwaltichaft 59, 75. Mediswea 140. Regierungsgebäube 128. Reglements 144. Requiativ gur Orbnung bes Geicafisganges und bes Berfahrens bei ben Rreisausichuffen 4×2 ff.: Musfertigung ber Beichluffe ac. 486 Befugniffe bes Borfigenben 483: Behinderung ber Mitglieber 483: Bemeisaufnahme 484 Ginreichung ber Afren in bie bobere Inftang 487: Ferien 483; Beicafteiahr 489; Beichafetontrolbucher 4×9; Gefchafistreis 482: Rabresbericht 489: Roften 488: munbliche Berhandlungen 485; Sigungen 483; Urfdriften 486; Berfahren 482; Buftellungen 486.

Reichsbeamte 22, 133. Reichswährung 408. Reineintommen, jährliches 77; ber Privatechenen 119; ber Staatsbahnen 119. fcaftetem Grundbefis 85.

Reifetoften ber Amisborfteber 302: ber Rreisbeputirten 317; ber Rreistagsabgeorbneten 423; ber Mitalieber ber Rreistom. miffionen 491.

Refruten 17.

Remuneration ber tommiffarifcen Amteborfteber 801, 802; ber Rreisbepurirten 317; ber ftellbertretenben Gutsvorfteber unb Amtmanner 209, 214; ber auf Brobezeit angenommenen Dilitaranwärter 468, 470.

Repräfentantentollegium, burgericaftlices 391.

Revifion ber Bemeinbetaffen 297; ber Bemeinberechnungen 297; ber Rreistommunaltaffe, außerorbentliche unb regelmäßige 448;

Mheinfaifffahrtsgerichte 286.

Minter 157, 159, 597.

Mittergüter, Aufhebung ber Borrechte ber 209.

Muhe, öffentliche 174, 175.

Ruhegehalt. Fortfall bes, Ruhen bes 227.

Sadfen, Proving, befonbere Beftimmungen für bie 516, 517. Canbarnben 38.

Chanimirthe 168, 189, 192.

Shieferbrüche 38.

Edienenwege ber Gifenbahnen

Smifffahrtsbolizei 275. Schlachthäufer 38.

Schleufeneinrichtungen 130.

Salöffer, Ronial, 126.

Reinertrag aus felbfibewirth- | Choffe, Amisbauer, Bereibigung, Babl 160 ff., 230 ff.

Emiffenamt 157, 159.

Emulabaaben 180.

Emullehrer, Dienftgebaube ber 129.

Chultheiß 149, 199, 201.

Edulverbande 247.

Coulge 157, 159; Schulgenamt, Aufhebung ber Berechtigungen 240 ff. : Museinanderfesung 240. Cefretare 463.

Seminarlehrer, Dienstgebaube ber 129.

Setung bon Sobenpfahlen in Fluffen 304.

Eicherheit bes Bertebrs 282: öffentliche 174, 175; Bolizei 275. Sittenvolizei 275.

Conberburg 15.

Chartaffe 38.

Chaziergänge 128.

Epetulationsgewerbe 90.

Staatsamt, Bermaltung eines unmittelbaren 27, 166.

Staatsbeamter 22, 26; mittelbarer, unmittelbarer 131, 133.

Staatseisenbahnen 38, 105, 112, 119. 121.

Stantausidus, Borfit im, Babl ber Mitalieber, Aufammenfegung be8 493.

Stabtgemeinben 149, 150.

Stabtfreis 16, 146, 156; Bahrnehmung ber Beichafte im 491.

Stabtfreis Altona, befondere Befrimmungen für. Rreistag bes 494.

Stabtrath in Seffen-Raffau 394. Stabtiefretare 463.

Stadtverordnete 391, 395, 396. Städtewahlbezirke, Bollziehung ber Wahlen in den 391 ff.

Standesämter, Stäbteorbnung, Berleihung der 154, 155, 181, 305.

Stationsgebände 130.

Cteinbrüche 38.

Stellung, bienftliche, ber Gemeindeborsteher zum Amtsborsteher, der Genbarmen zum Amtsborsteher zum Amtsborsteher zum Amtsborsteher zum Amtsborsteher zum Andrathe, der Amtsborsteher zum Kreisausschuffe 296; des Gemeindeborstehers zum dissehennten des Kandraths, des Gutsborstehers zum dissehennten des Kandraths, des Gutsborstehers zum dissehennten des Kandraths 327, 328.

Stellvertreter ber Abgeordneten, ber Banbgemeinben und ber Stäbte in ber Proving Bofen 592.

Stellvertreter ber Gemeinbevorfieber, Bestätigung, Bestellung, Dientunfostenentschäbigung, Bereibigung ber 168 ff., 189 ff., 212, 213, 218, 219, 229, 233.

Stellverterter ber Guisborfieher 181, 182, 195, 307; Bestätigung 187, 196, 208, 240; Bestellung 183; Entschädigung 181, 184; Remuneration 188, 209, 240; unentgeltliche Berwaltung 234; Bereibigung 187, 240.

Stellvertretung ber Bablberechtigten in dem Bahlberechber größeren Grundbesiber 373 ff.; Abministrator, Aftiengesuschaft 373, 373, 386: Bestiper, gemeinichaftliche, Bestiperinnen, underhetrathete 373; Centrassubertrethete fonds, Nasaulicher 377; Ehefrauen, Ettern 373; Gitter, größere 374. Kinder unter diter, größere 374. Kinder unter diter, licher Gewalt 378; Kommanditgefellschaften auf Attien 379, 376, 385 - Kordorationen 372, 375, 385 : Mitglieder regierender Haufer 373; Perfonen, bebormundete 373; juristische 372, 375, 385; Söhne 373; Stolberg-Mernigerode, Hirti von, Stolberg-Stolberg, Graf von 517; Berpachtung 377; Berwaltung 377; Bollmacht zur 376; Wittwen 375.

Stembelfteuer 169, 170, 189.

Sterbemonate 135.

Steuergebäude 128.

Stiftungen 61, 69.

Stimmrecht, Ausübung bes, personiche Ausübung, Borausjetungen, Borauslepung bes, ber ftäbrischen Abgeordneten in
ber Proving Posen 588, 589;
bes Landraths in ber Proving Posen 595.

Stimmrecht bes Bürgermeifters in Deffen-Raffau 396.

Stimmrecht, Berluft bes 160.

Stolberg-Stolberg, Ginführung ber Rreisorbnung in 516, 517.

Stolberg-Mernigerobe, Ginführung ber Kreisorbnung in 516, 517.

Straffeftjesung, Recht gur borläufigen 283.

Strafverfügung, Auslagen, baare 291, 293; Ginipruch gegen 287; Gebühren 291 Gebürafe 299; Saftösten 293; Inhalt 287; Kosten ber Beitreibung ber Elbirafe 293; Billitärpersonen, gegen 294; Bostgebühren 293; Grempel 291: Exansportfosten 293; Bolfredung 291; vorläufige Festnahme bes Belguibiaten 293: Wiebertinfesung in

ben borigen Stand 290: Zu-ftellung ber 288, 289.
Enbalternbemtenstellen, Bejetzung ber 461 ff.
Eubstanz 78; Berringerung ber 77.
Epnditus, Bestellung eines 455.

T.

Lagegelder b. Amisborsteher 302. Lantibmen 105, 119, 121. Theilnehmer eines gewerblichen Unternehmens 373. Theilung von Areisen 8, 9. Thongruben 38. Litel 427. Lodesfirase 371. Lovessirase 371. Lovessirase 38. Lovessirase 38.

U. Uebergangsbestimmungen für Hannover 531 – 540; Defien-

Raffau 541-547; Oftbrobingen 529 531; Rheinproving 550 bis 553: Colesma Solftein 553 bis 558 : 2Beftfalen 548 - 550. Mebertragung ber Butsporftebergefchäfte 179, 238. Heterien 244. Univerlitätsaebäude 128. Unterbeamte ber Landgemein. ben, Unftellung auf Ründigung. Befiatigung, Babl 170, 225. Unterbeamtenftellen. Befegung ber mit Militaranwartern 461 ff. Unterhalt ber Bebrer 180 Unterlaffung ber Beftellung bes ftellbertretenben Butsborftebers 188, 196, 209, 213, 240.

378, 389, 389, 390, 407. Unterrint. Gebäube jum öffentlichen 128 Unterfühung aus öffentlichen Mitteln 36. Unterfuhung, gerichtliche 370, 371. Untervertheilung ber Kreisabgaben 39. Urfunden, Berpflichtung burch 262.

gewerbliche

23.

Bater 378.

Urlanh 400.

Beränderungen der Gemeinbegrengen 7 ff.: der Gutibbegirtsgrengen 7 ff.: der Areisgrengen in Pofen 582; der Prodinzialgrengen 12: der Regierungsbegirte 12. Wahlbegirtsgrengen 8 ff.

Berbande, kommunalständische 461; landschaftliche 461; öffent- liche 38.

Bereinigung bon Grunbftuden mit Gemeinbebegirfen 7 ff.: bon länblichen Gemeinben und Gutsbegirten mit Stabtfreifen 198, 249, 251.

Bereinigungen bon Guisbefigern 341, 346.

Berhältniffe, privatrechiliche 21. Berhäugung von Ordnungsfirafen gegen Amimanner 215. Berhinderung bes Amisborftebers 269.

Bertaufsftätte 74, 76, 119. Berlegung bes Amtsfitzes 8. Berleihung ber Stäbteorbnung 154, 155.

Berlegung ber Gefete 261. Berluft bes Stimmrechts 160.

Bermagen bes Rreifes 30.

M

.

e fair

沒是

1

45

100

11/0

jiel ngs

uct

iát

ø

ø

ď

į

Bernehmung einer Berfon 176, 234.

Berpflichtung zur Uebernahme von Aemtern 165, 166, 189, 223. Merfänmnik 6.

Berficherungsgeschäfte 101, 102, 120, 121.

Berficherungsgefellichaften 97, 107, 108.

Bertheilung ber Amisunfoften 306: ber Areisabgaben 39, 137; in Bofen 584.

- ber Baften 214.

Bertheilungsplan ber Abgeorb. neten, Muffrellung bes 411 ff ; aubermeite Bertheilung 414. 416; Musicheiben einer Stabt 414, 416; Berichtigung bes 414; Befdluß bes Rreistages 412; Betheiligte 418; Rlage bei bem Begirtsausichuß 417: Reumabl 414, 416; Rebifion, Rechtsmittel gegen bie Urtheile 417; Revifion bes, Beröffentlichung bes 412; Borichlag bes Rreisausichuffes 419; Babl b. Stabte, Bermehrung, Berminberung 414, 416; Beitbauer bes 413: Amifchengeit 413.

Bertheilungsplan ber Rreisabgaben 112.

Bertretung bes Amisberbanbes nach außen 262.

Bertretung bes Rreifes 23.

Bertretung ber Mitglieber ber freisstänbischen Bersammlung in Bosen 587.

Bermaltung bes Rreifes 23.

Berwaltung eines unmittelbaren Staatsamtes 24, 166.

Bermaltung felbftftänbiger Güter 873.

Bermaltungsbezirfe 1, 2.

Berzeichnis ber Wahlberechtlaten 407 ff.; Aufftellung bes 407; Anträge auf Berächtigung 408: Berichtigung 409: Befaluh bes Arceisausschuffel 408, 410; Einwand ber ros judioata 410; Ergänzung bes 410; Rage geges ben Befalus 408.

Berzeichnis ber in ber Broving Dannover zu bilbenden Kreife und ber zugehörigen Kenter, bezw. selbstätlich eindsteilen Reglerungsbezirt Aurich 583; Dannover 589; Pilvedheim 580; Lüneburg 581; Dönabrück 583; Etabe 562.

Berzeichnis ber in ber Brobing Deffen-Raffau zu öllbenben Rreije und ber au blefen gehörigen einzelnen Beftanbiselle im Regierungsbezir Raffel 566; Biesbaben 567.

Bicebürgermeister 202.

Biehhöfe 38.

Wiehfeuchen 278.

Böhl 3.

Boltsbäber 38.

Bolfsjählung 408.

Bollmadt 375.

Bollftredung ber Gelbftrafe 293.

Borausleistungen 13. Borauslebung ber Befreiung von

ber Gebäubefteuer 197. Borbilbung, techniche, miffen-

jaftliche 463.

Boreinfchähungstommiffion, Ditglieb ber 167.

Borfluthsangelegenheiten 280, 281.

Borführungbes Festgenommenen, unverzügliche 177. Borläufige Feftnahme 176, 234, | 293.

Bormund 174, 179, 373,

Borifilagsrecht gum Amisborborfteber 265.

Borfduftvereine 62.

Borfis im Amisqueiduffe 260.

23.

Mählbarfeit 21; Borausfetungen ber, zum Probinziallandtag in Bofen 590.

Bählerlifte 409.

Balber, Cous ber 282.

Wahl ber Abgeordneten gum Amtsausschusse zest; der Abgeordneten ber Landgemeinden und Schöte zum Prodinziallandiag in Wosen 592; der Gemeindekoamten 200, 213; der Areisdeputirten 315, 316, 318; der Unterbeamten der Landgemeinden 225.

Bahlbegirte, 2. Bilbung bon 361, 364; ber Amteberbande, Bollgiebung ber Bablen in 379; Unordnung fatutariiche, Ausschluk bon ber Theilnabme an ber Babl ber Rreistageabgeorbneten 379; ber Landbürgermeiftereien, Bollgiebung ber Bablen in 380 ff.: Bürgermeifter, benachbarter 381; Grundbefiger.meiftbegüterte381 : bes Berbandes ber Lanbaemeinben 378 ff.: Beramertebefiger 378; Befigungen, tommunalfrete 378 : Befammiftimmen 382 : Bewerbetreibenbe 378; @uter, felbftftanbige378; Rolleftibftimmrecht, Aufübung bes 382; Unternehmungen, gewerbliche 378; Bollgiebung ber Bablen 378; Bergeichnig ber, für bie Bahlen jum Saufe ber Abgeordneten in ber Brobing Sannober 564-566; in ber Probing Deffen - Raffan 569, 570.

Bahlen ber Lanbgemeinben in Bojen, Beaufflchtigung 593.

Bahlen in ben Stäbten beam. Ctabtemablbegirten 391 ff. ; Bittgerausicuk 394 : Würgermeifter. Etimmrecht bes 396; Borfis bes 193; Bürgervorfteber 392: Rledenberorbnetenberfammlung 397 : Gemeinbeausichuk 394 : Bemeinberath in ber Rheinprovina 395 ; Bemeinbevertret, in Deffen-Raffau , Gemeinbevorftand in Beffen-Naffau und in Weftfalen 393, 394; Magifirat 391, 395, 396; Reprafentantencollegium , burgerichaftliches 391, 395, 396; Stabtrath in Deffen-Raffan 394: Stabtverorbnete 391, 395. 396; Bollgiebung ber Bablen in 391ff .: Bablreglement 397; Bablverfammlung 392-395.

Wahlgang 163, 164.

Wahlmann, Wählbarfeit zum 398 ff: Amt, befoldetes 401; Bürgerrecht 398, 402; Gemeinberabgaben 399; Gemeinberecht 402; Gemeinbestimmrecht in Hannover 400; Grundbestig, ländlicher 399; Handbürgermeistereien 402; Setaatsbeamte 401; Wahlberechtigung 401, 402.

Bahlmänner, Wahl ber in ben Landgemeinden 384 ff.; Ablehnung ber Wahl 389; Angehörige bes Deutschen Reiches 384; Armenunterstütung 383; Ausicus 388; Bergwertsbester 383; Besse ber birgertichen Bahlrechts 389; Bergwertsbester 383; Besse ber birgertichen Eprenrechte 384; Kestger eines selbstständigen Gutes 389; Gemeindebertretung 384; Eenossenscheinschaften, eingetragene 385: Gemerbetreibenbe 889 ; Rollettibftimmen 388 : StaatBeintommenfteuer 385; ftimmberechtigte 384 . Stimmenmehrheit, abfolute 384; Stimmrecht ber Forenfen 886; ber Frauen 385 ; ber juriftifchen Berfonen 385; Bahlergebnig 386; Bablort 390: Bablrealement

Mahlperiobe ber Rreistagsab. geordneten 403 ff. ; Aufhören ber 28ahlbarteit 403 ; Ausloofung 403; Musicheiben 403; Grfas burch neue 403; Ralenberjahr 403, 407; Biebermahl 403.

Mahibrotofoli 164.

Bahlrecht, aftibes 409; Musibuna bes in ben Graficaften Stolberg 517.

Bahlreglement 571 ff.; Abgabe ber Stimmgettel 576; Acclamationewahl 381 : Annahme der Babl 581; Aufbewahrung ber Stimmgettel 578; Aufruf ber Babler 576; Berufung ber Bab-Ier 571; Ginlabungsichreiben, Inhalt bes 571; Enticheibung über bie Gultigfeit 578; Gemählter 578: Brotofollführer 572 : Ctimmgettel 575 ; Ungultig. feit ber Stimmaettel 577: Bablhanblung 578; Schluß ber Babl-hanblung 576; Bahlprotofoll, Unterzeichnung bes 580; Bahlboritand 571.

Bahlverband ber Umteperbande _ 352.

- ber größeren lanblichen Grundbefiger 332 ff.; Bilbung bes 384, 388, 340, 344, 346; Bollatebung ber Bahlen in 367 ff. ; Angehoriae bes Deutiden Reiches 370: Beifiger 868 Ehrenrechte, burgerliche, Abertennung 371, Befit 370: Erganzungsmablen 368: Begeberbefferungen 185.

Ponturs 370: Lanbrath, Borfite 367: Brotofollführer 368: Stellpertreter ber Bablberechtigten 369; ftimmberechtigt Stimmaahler 368: Substitution bes kanbratbe369: Unterfuchung. gerichtliche 370, 371; Bablhanb-lung 368; Bablrecht, Ruben, Berluft bes 370.

Mahlberband ber Lanbburgermeiftereien 352.

— ber Lanbaemeinben, Bilbung bes 349-352; Bertheilung ber au mablenben Abgeordneten auf bie eingelnen Bablbegirte 361 ff.

- ber Stäbte, Bilbung bes 352: Bertheilung ber au mablenben Abgeorbneten auf bie einzelnen Stabtaemeinben 862.

- ber Stäbte unb Amteberbanbe. Bertbeilung ber au mablenben Abaeorbneten 364.

- ber Stabte unb Lanbburgermeiftereien. Bertbeilung ber au mablenben Abgeorbneten 364.

Mahlverbanbe, Bilbung bon für bie Mabl ber Areistaasabgeorbneten 332 : Bertheilung ber Rreis-tageabgeorbneten auf bie eingelnen Berbanbe 355, 356.

Malbftreuberechtigung 812. Bafferbolizei 275, 279. Mafferwerte 38, 76. Begebaubezirte 247. Begepolizei 275. Beae. Unterhaltung ber 276. Begeverbanbe 6, 55, 462. Begeverbanbslaften 36, 73.

Maifenhäufer 129.

Megeberbanbsumlagen 58.

Wegfall bes Amisausicipises 253, 254.
Weiben, Schub ber 282.
Weibenanlagen 130.
Weinberge, Schub ber 282.
Wersten 138.
Werstätten 74, 76, 119.
Wiebereinschung in den vorigen Stand 290.
Wiesen, Schub der 282.
Wehnst 22, 23, 114, 122, 374.
— mehrfacer 116.
Wehnstagemeinde 122, 124.

Bahl ber fährlichen Abgeordneien 355.
Biegelet 71.
Binfen 60, 69.
Buchthausstrafe 271.
Burlauben 4.
Busammensein, öffentliches 282.
BusangsvollstredungwegenGelbforberungen 6 st.
Bwangsvolse Gratistrung gefehilder Reifungen burch bie Beglerung, Gründe zur 513, 600.
Bwedverbände 462.
Rweigneiselberlassungen 74. 75.

4.7.6.

Drudfehlerberimtigung.

Seite 278 Zeile 5 bon oben muß es heißen "Biehseuchen". Seite 306 Zeile 8 bon unten muß es beißen "Bb. VII". Seite 371 Zeile 12 von unten fehlt "WStr@B".

3. Guttentag, Berlagsbuchhandlung in Berlin.

- 17. Gebührenordnung für Rechtsanwälte. Bon R. Sybow. Bierte Anflore. 60 Bf.
- 18. Gefet, betreffend die Reichstempelabgaben in ber Fasiung bes Gesets von 1894 (Börsensteuergeset). Bon B. Caupp. Sechste Auflage von Loed, ca. 2 Mart 50 Pf.
- 19. Die Seegefetgebung bes Deutschen Reiches. Bon Dr. jur. 28. C. Anitiatu. Rweite Auflage. 3 Mart 80 Bf.
- 20. Arantenversicherungsgesets vom 15. Juni 1883 und vom 10. April 1892. Bon C. v. Boebtte. Fünste Austage. 2 Mark.
- 21. Die Konfulargefesgebung bes Deutschen Reiches Bon Dr. Bh. Born. 4 Mart.
- 22. Patentgefes. Gefes, betr. ben Schus von Gebrauchsmustern. Gefes über Muster- und Mobellichus; Baarenzeichen. Bon Berger. Bierte Aust. ca. 1 M. 60 Bf.
- 23. Unfallversicherungsgeset und Geset über bie Ausbehnung der Unfall- und Arankenbersicherung. Bon C. von Boebtke. Bierte Austage. 2 Mark.
- 24. Beichsgesen, betreffend die Kommanditgesellschaften auf Altien und die Altiengesellschaften. Bon & Reynner und Dr. H. Simon. Dritte Auslage. 1 Mark.
- 25. Gefek wegen Exhebung ber Branftener vom 31. Mai 1872. Bon C. Bertho. 1 Mart 60 Bf.
- Die Reichsgesetzung über Münzennb Bautwefen, Papiergelb, Arämienpapiere und Reichsanleihen. Bon Dr. B. Roch. Amett Aufgage. 2 Bart 40 Bf.
- 27. Die Gefetgebung betr. b. Gefundheitswefen im D. Reich. Bon Dr. jur. C. Goefd und Dr. mod. J. Karften. 1 Mart 60 Bf.
- 28. Gefet, betreffenb bie Unfallverficherung ber bei Bauten beschäftigten Bersonen. Bon Leo Rugban. 1 Mart 25 Pf.
- 29. Sefes, betreffend die Erwerbs und Wirthschaftsgenoffenschaften. Bon L. Parifius. 5. Auslage. 1 Wart 25 Pf. 30. Gesek, betreffend die Anbalibitäts und Alterspersiches
- rung der Arbeiter. Bon C. von Boebtle. 4. Auflage. 2 Bart.
- 31. Reichsgefes, betr. die Gewerbegerichte. Bom 29. Juli 1890, Bon L. Rugban. Dritte Auflage, 1 Mart 50 Pf.
- 32. Reichsgefet, betreffend die Gefellschaften mit befchränkter haftung, Bon L. Parifius. 2. Auflage. 1 Mart.
- 33. Das Bereins: und Berfammlungsrecht in Deutsch. Iand. Bon C. Ball, In Borbertung.
- 34. Gefet, betr. bie Abzahlungsgefchafte. Bon Geb. Regierungsrath Soffmann. In Borbereitung, ca. 1 Mart.

Guttentag'hae Cammlung

Prengijder Wefete.

Origination will Superfusion. Zaldenformet communication

- 1 Die Berfaffungpurfunde fur ben Greublichen Itaat,
- "Bennten flefehgebung, Mreuhilde, Undahmt in wichtigen begiegebe. Ron & Palteroth Acets Bunge.
- 1. Zie Preubilde Mefengebung, betr. Die Zwangovellfitzefung in bes andewegliche Bermogen. Ben br. J. Arr & und be. C. Ailver. Trib Aufage. I Maff.
- 4. The Accussificien Geleke, beir, das Antariat is ben Lautebfiedlen bes gemeinen Neckes und der Laubercher. Neu bertriebt von E. Cyclore und A. Bellinge, Justik Kuffger. I Benef der P.
- * Tie Brenhifden Anoführungsgesehe und Verordnungen ju den Reichsinftigeschen. Bon M. Solon. Soch Enlage. I Mart.
- 7. Allgemeine Gerichtsorbunne für die Prenhifchen Ziaaten bom 6. Juli 1793 und Prenhifche Konfursatbunng bom 8. Mei 1803. Dan F. Blerboun. 28aart 50 M.
- Zie Bormanbichaftdordnung vom 3. Inti 1873, nebft ber begge einsteinen Indengafesen und Magenelinen Bertigungen. Mon Bar Saulten flein. Procht Mindag. 1 Mark in 180.
- D. Die Proudifche Gennabuchgesengebung. Bon Brof, Dr.
- 10. Zust Gintaumenfteuergefen, Bom 24. Juni 1891. Aon ft. Weiter gweit finboabe. I Mart.
- 11 Memorbesteuergoseb, Dom 21. Inni 1891. Bon Wegierungsenth " Accoon, in In.
- 12. Milliomeitres Bermafen in ber Faffung ber Nordle obm.
- 11. Productingostenergesets. Bom 14, Zuli 1893. (Bermogentosos osteba Bon Regimungsmap at, Sections, 80 M.
- 18. Die Areiberdumigen für ben Breutifden Staat. 200